Mit digitalen Aufgabenkästen

Politik aktuell 11

Gesellschaft, Medien, Demokratie, Rechtsstaat und Globalisierung

Politik und Gesellschaft

UpdateCodes
Aktualisierung von Grafiken, Statistiken und Tabellen

C.C.BUCHNER

Gymnasium Bayern

Politik aktuell 11

Gesellschaft, Medien, Demokratie, Rechtsstaat und Globalisierung

Politik und Gesellschaft

Bearbeitet von
Jens Beck
Christine Betz
Jan Castner
Anita Hitzler
Sabine Hoffmann
Ansgar Stich
Thomas Volkert
Friedrich Wölfl
Sonja Zimmermann

UpdateCodes

Aktualisierung von Grafiken, Statistiken und Tabellen

Mit digitalen Aufgabenkästen

Digitale Hilfen für Operatoren und Methoden, Zusatzmaterialien, interaktive Anwendungen (Abstimmungen, Rankings, ...)

Erklärfilm

73000-521

Gymnasium Bayern

C.C.BUCHNER

Politik aktuell – Bayern

Politik und Gesellschaft 11 – Gesellschaft, Medien, Demokratie, Rechtsstaat und Globalisierung

Bearbeitet von Jens Beck, Christine Betz, Jan Castner, Anita Hitzler, Sabine Hoffmann, Ansgar Stich, Thomas Volkert, Friedrich Wölfl, Sonja Zimmermann

Zu diesem Lehrwerk sind erhältlich:
- Digitales Lehrermaterial **click & teach** Einzellizenz, Bestell-Nr. 719161
- Digitales Lehrermaterial **click & teach Box** (Karte mit Freischaltcode), ISBN 978-3-661-71916-0

Weitere Materialien finden Sie unter www.ccbuchner.de.

Dieser Titel ist auch als digitale Ausgabe **click & study** unter www.ccbuchner.de erhältlich.

Die enthaltenen Links verweisen auf digitale Inhalte, die der Verlag bei verlagsseitigen Angeboten in eigener Verantwortung zur Verfügung stellt. Links auf Angebote Dritter wurden nach den gleichen Qualitätskriterien wie die verlagsseitigen Angebote ausgewählt und bei Erstellung des Lernmittels sorgfältig geprüft. Für spätere Änderungen der verknüpften Inhalte kann keine Verantwortung übernommen werden.

An keiner Stelle im Schülerbuch dürfen Eintragungen vorgenommen werden.

1. Auflage, 1. Druck 2023
Alle Drucke dieser Auflage sind, weil untereinander unverändert, nebeneinander benutzbar.

Dieses Werk folgt der reformierten Rechtschreibung und Zeichensetzung. Ausnahmen bilden Texte, bei denen künstlerische, philologische oder lizenzrechtliche Gründe einer Änderung entgegenstehen.

© 2023 C.C. Buchner Verlag, Bamberg
Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlags. Hinweis zu §§ 60 a, 60 b UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und/oder in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Fotomechanische, digitale oder andere Wiedergabeverfahren sowie jede öffentliche Vorführung, Sendung oder sonstige gewerbliche Nutzung oder deren Duldung sowie Vervielfältigung (z.B. Kopie, Download oder Streaming), Verleih und Vermietung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags.

Redaktion: Kai Peetz
Layout und Satz: Wildner + Designer GmbH, Fürth
Druck und Bindung: Firmengruppe Appl, aprinta Druck, Wemding

www.ccbuchner.de

ISBN 978-3-661-**71911**-5

Inhaltsverzeichnis

Zur Arbeit mit dem Buch ... 5

1. Die Bedeutung der demografischen Entwicklung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verstehen ... 8

1.1 Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung in Zeiten demografischen Wandels ... 10

METHODE: Diagramme und Grafiken analysieren ... 16

1.2 Wertewandel und Vielfalt an Lebensentwürfen – Ursachen der Bevölkerungsentwicklung ... 20

1.3 Gesellschaft unter Druck – Folgen der Bevölkerungsentwicklung? ... 28

1.4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Ziel staatlichen Gestaltens – Möglichkeiten und Wirksamkeit staatlichen Handelns in Zeiten sinkender und alternder Bevölkerung ... 36

KOMPETENZEN ANWENDEN ... 44

2. Politische Willensbildung im Medienzeitalter reflektieren ... 46

2.1 Machen Medien Politik – oder umgekehrt? ... 48

2.2 Die Medienlandschaft im 21. Jahrhundert – ein Problem für die Demokratie? ... 57

METHODE: Nachrichtenformate vergleichen ... 65

2.3 Zwischen Politikvermittlung und Inszenierung – vom Nutzen der Medien für die Politik ... 68

METHODE: Die Macht der Bilder im digitalen Zeitalter hinterfragen ... 73

2.4 Neue demokratische Öffentlichkeit – von der analogen zur digitalen Öffentlichkeit? ... 78

2.5 Wie Verschwörungsmythen die politische Willensbildung beeinflussen können ... 86

2.6 Wie soll Desinformation, Hass und Hetze begegnet werden? ... 93

KOMPETENZEN ANWENDEN ... 102

3. Für den demokratischen Rechtsstaat eintreten ... 104

3.1 Recht und Gesetz – was unseren Rechtsstaat kennzeichnet ... 106

3.2 Gleichberechtigung und Teilhabe als Ziele des demokratischen Rechtsstaates ... 115

3.3 Populismus – eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat? ... 126

METHODE: Politisches Framing erkennen und einordnen ... 133

3.4 Politischer Extremismus – Herausforderung für die freiheitliche demokratische Grundordnung? ... 137

METHODE: Gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit argumentieren ... 147

3.5 Minderheitenschutz und Gleichberechtigung – unsere gemeinsame Aufgabe ... 152

KOMPETENZEN ANWENDEN ... 162

4. Die föderale Demokratie in Deutschland mitgestalten 164
4.1 Föderalismus in Deutschland – eine Chance für politisches Handeln? 166
METHODE: Eine Pro-Kontra-Diskussion führen 171
4.2 Das Volk als Gesetzgeber – Direkte Demokratie im Freistaat Bayern 177
4.3 Politik vor Ort mitgestalten – Die kommunale Ebene in Bayern 187
KOMPETENZEN ANWENDEN 196

5. Die politische Gestaltung des globalen Zusammenlebens reflektieren 198
5.1 Wir und die Welt – die Welt und wir: soziale, ökologische und kulturelle Auswirkungen der Globalisierung in Grundzügen 200
5.2 Was tun? Spannungsfeld zwischen nationalstaatlichen, bilateralen und multilateralen Möglichkeiten zur politischen Gestaltung der Globalisierung 210
5.3 Die UNO: Weltregierung oder „zahnloser Tiger"? Ziele, Aufbau und Handlungsmöglichkeiten 219
METHODE: Ein Planspiel durchführen: Konfliktbewältigung im Rahmen der UNO 225
5.4 Weniger ist mehr: Verzicht als Gewinn? Gegenbewegungen zur Globalisierung 233
KOMPETENZEN ANWENDEN 244

Anhang

Methodenglossar 246
Lexikon Politik und Gesellschaft 254
Register 259
Bildnachweis 264
Erläuterungen zu den Operatoren

Methoden im Überblick

Diagramme und Grafiken analysieren 16
Nachrichtenformate vergleichen 65
Die Macht der Bilder im digitalen Zeitalter hinterfragen 73
Politisches Framing erkennen und einordnen 133
Gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit argumentieren 147
Eine Pro-Kontra-Diskussion führen 171
Ein Planspiel durchführen: Konfliktbewältigung im Rahmen der UNO 225
Karikaturen analysieren und interpretieren 246
Eine Positionslinie bilden 247
Einen Kurzvortrag halten 248
Mit dem Grundgesetz arbeiten 249
Die Qualität von Web-Auftritten beurteilen 250
Eine Concept Map erstellen 251
Eine Talkshow durchführen 252

Zur Arbeit mit dem Buch

Der Band Politik aktuell 11 wurde nach den Vorgaben des LehrplanPLUS für das Fach Politik und Gesellschaft in Bayern neu konzipiert. Er ermöglicht Ihnen, liebe Schülerinnen und Schüler, die zentralen Inhalte und Kompetenzen des Faches anhand vieler Beispiele aus Ihrem Leben und Ihrer Umgebung zu erwerben. Für die Lehrerinnen und Lehrer ist das Buch eine Hilfe, einen modernen und binnendifferenzierten Unterricht zu verwirklichen.

1 Kapitelauftaktseiten

Jedes Kapitel beginnt mit einer Auftaktdoppelseite. Eine Materialseite und offene Aufgaben ermöglichen Ihnen eine erste Annäherung an die Inhalte des neuen Kapitels. Dabei können Sie auch zeigen, was Sie bereits über das Thema wissen. Ein kurzer Einführungstext hilft Ihnen außerdem, einen Überblick zu erhalten. Schließlich erfahren Sie, welche Kompetenzen Sie am Ende des Kapitels erworben haben sollten.

Gesellschaft unter Druck? Demografische Entwicklung und gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Bundesrepublik Deutschland 1

2 Einführung in die Unterkapitel

Jedes Unterkapitel beginnt mit einer knappen Einführung. In der Rubrik **„Zum Thema“** werden Sie an das jeweilige Thema herangeführt. Hier erfahren Sie, was das zu behandelnde Problem auf den nachfolgenden Seiten ist und mit welchen Themen es bearbeitet werden kann. Im Anschluss an die thematische Hinführung beginnt jedes Unterkapitel mit einem Einstiegsmaterial und entsprechenden Einstiegsaufgaben. Diese gewährleisten einen motivierenden und problemorientierten Auftakt für den Unterricht.

126

3.3 Populismus – eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat?

Zum Thema: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ So definiert das Grundgesetz in Art. 20 Abs. 1 den demokratischen Grundsatz der Volkssouveränität. Damit ist aber noch nicht geklärt, was „Volk“ eigentlich heißt. Populistische Politik (lat. populus: Volk) hat auf diese Frage je nach Ausrichtung eine eindeutige Antwort und gibt sich als „Stimme des wahren Volkes“ aus. Nicht nur die Ausgrenzung der „anderen“ wirft Probleme auf, die die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit berühren.

M12 Was sagen berühmte Persönlichkeiten zu Freiheit und Toleranz?

3 Aufbau der Unterkapitel

Durch die Arbeit mit dem Materialienteil und den speziell ausgewiesenen Methodenkarten sowie Urteilsbildungsseiten schulen Sie Ihre Analyse-, Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenzen. Die sorgfältig ausgewählten Quellen zeigen unterschiedlichste Perspektiven und vertiefen die zentralen Themenaspekte. Die Aufgaben am Ende jedes Unterkapitels zeigen Ihnen, wie Sie das Thema mittels der Materialien erarbeiten können, wobei die Aufgaben in der Regel eine konkrete Handlungsanweisung (Operator) enthalten. In einigen Aufgabenblöcken finden Sie am Ende sogenannte Vertiefungsaufgaben. Diese helfen Ihnen, das erworbene Wissen und Können multiperspektivisch und kontextorientiert anzuwenden. Die Vertiefungsaufgaben sind nicht obligatorisch.

Zudem unterstützen die Angebote „H“ (Hilfe) und „F“ (Fordern) in der Randspalte zu den Aufgabenkästen bei der Bearbeitung der Aufgaben und ermöglichen dadurch einen binnendifferenzierenden Unterricht.

4 Methodenkarten

„Politik aktuell“ bietet Ihnen eigens konzipierte Methodenkarten, um einzelne Themen und Aufgaben besser bearbeiten zu können. Die Fach- und Bearbeitungsmethoden in den Kapiteln und im Methodenglossar ab S. 245 stärken die Methodenkompetenz.

26 WISSEN KOMPAKT

Demografische Übergänge – M7

Der Begriff dient der Umbenennung der Bevölkerungsentwicklung von Gesellschaften in verschiedenen Phasen, die idealtypisch den Zusammenhang zwischen Sterbeziffer und Geburtenrate beschreibt. Im klassischen 4-Phasen-Modell werden folgende vier Phasen unterteilt:

Phase 1: Stark schwankende Sterbe- und Geburtenrate ist auf hohem Niveau (vormoderne Zeit bis Mitte 19. Jahrhundert).

Phase 2: Sinkende Sterberate bei gleichbleibender Geburtenrate führt zu einem stetig größer werdenden Geburtenüberschuss (Mitte 19. Jahrhundert bis von dem Ersten Weltkrieg) und wachsender Bevölkerung.

Phase 3: Geburtenrate sinkt sehr bald rasche als die Sterberate, so dass der Geburtenüberschuss stetig abnimmt (Erster Weltkrieg bis zu den 1980er Jahren) und zu einem sich verlangsamenden Bevölkerungswachstum führt.

Phase 4: Sterbe- und Geburtenrate sinken auf niedriges Niveau, was zu einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung oder einem geringen Bevölkerungswachstum führt (1960er bis heute).

Eine Sonderform liegt in entwickelten Gesellschaften (z. B. Deutschland, Italien, Singapur, Japan) vor, in denen die Sterbe- und die Geburtenrate auf niedrigem Niveau übereinstimmen und es zu einem Bevölkerungsrückgang kommt (sofern kein ausgleichend positives Zuwanderungssaldo vorliegt).

Werte – M13

Jeder Mensch hat eine bewusste oder unbewusste Vorstellung davon, was für ihn wertvoll ist. Innerhalb eines Kulturraums gibt es einen gewissen Wertekonsens. Mithilfe von Fragen wie „Welche Prinzipien leiten mein Handeln?“ lässt sich der eigene Wertekosmos ermitteln. Werte werden in der Sozialisation übernommen, internalisiert und verändern sich zumindest in ihrer Ausprägung im Laufe des Lebens stetig. Auch in gesellschaftlicher Hinsicht sind Werte wandelbar (Wertewandel).

Geschlechterverhältnis – M2

In den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg kommt es v. a. in den westlichen Gesellschaften zu einer Veränderung des Geschlechterverhältnisses. Die verfassungsrechtliche Ernangenschaft der Gleichstellung von Frau und Mann (z. B. in der Weimarer Reichsverfassung und im GG) werden durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen in konkrete politische Entscheidungen umgesetzt. Bildungseinrichtungen öffnen sich immer stärker für Mädchen und Frauen und führen letztlich dazu, dass z. B. an den Gymnasien mehr Mädchen als Jungen unterrichtet werden (Schuljahr 2019/20: 163.385 zu 147.827) und in den letzten Jahren der Frauenanteil an den Erstsemestern 50 Prozent erreichte. Mit dem Familiengesetz aus dem Jahr 1977 können verheiratete Frauen ohne Zustimmung der Ehemänner eine Berufstätigkeit ausüben. Dennoch ist die Geschlechtung der Geschlechter auch heute in vielen Bereichen noch nicht erreicht. Trotz positiver Entwicklung liegt der Frauenanteil in Vorständen der DAX-Unternehmen auch 2022 weiterhin nur bei 21,8 % (2012: 7,8 %). Als Gender-Pay-Gap bezeichnet man den unterschiedlichen Bruttostundenlohn von Frauen und Männern für die gleiche Arbeit.

Lebensformen – M10

Seit den 1970er Jahren haben sich die Formen, in denen Menschen als Familie oder allein leben, stark verändert. Die traditionelle Familie mit Frau, Mann und Kindern in Ehe zusammenlebend ist immer noch die vorherrschende Form, hat aber in ihrer Bedeutung als gesellschaftliches Rollenmodell stark an Bedeutung verloren. Neben den Single-Haushalten gewinnen nichtehelich Lebensgemeinschaften in den verschiedensten Facetten an Bedeutung. Dies reicht von gleichgeschlechtlichen Paaren über Patchworkfamilien, Familien, in denen die Eltern ohne Trauschein zusammenleben, bis hin zu Alleinerziehenden mit Kindern. Diese zunächst dauerhaft angelegten Lebensformen werden noch durch zeitlich begrenzte Lebensformen wie z. B. Wohngemeinschaften, ergänzt.

27 WISSEN IM KONTEXT

Die Geburtenziffer verharrt mittlerweile seit Jahrzehnten auf niedrigem Niveau und wird ergänzt um eine nachlige bzw. leicht steigende Sterberate. Sobald der fast immer positive Zuwanderungssaldo aus den Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung herausgerechnet wird, ergibt sich eine stetige Bevölkerungsabnahme. Nur eine stetige Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten sorgte dafür, dass die Bevölkerung Deutschlands nicht abnahm. Dieser Prozess hatte jedoch kaum Auswirkungen auf den Altersdurchschnitt der Bevölkerung in Deutschland, da dieser über die letzten Jahrzehnte betrachtet kontinuierlich stieg.

Nach wie vor bestehen Vorbehalte gegen kinderreiche Familien. Weiterhin bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein Problem. Trotz erkennbarer Fortschritten mangelt es z. B. an Kinderbetreuungsangeboten bzw. an passgenauen Angeboten, die den gestiegenen Anforderungen der Arbeitswelt hinsichtlich Flexibilität und Mobilität den Arbeitnehmenden und Arbeitnehmern gerecht werden.

Eine weitere Ursache ist die berufliche Orientierung der Frauen. Da sich der Großteil der Frauen nach Schulzeit und Ausbildung zunächst darauf konzentriert, beruflich Fuß zu fassen, steigt das Durchschnittsalter der Frauen bei der ersten Geburt.

Vereinfacht lässt sich festhalten: Je höher der Bildungsabschluss desto später wird der evtl. Kinderwunsch umgesetzt. Hinzu kommt, dass sich für die Umsetzung des Kinderwunsches nicht immer Partnerinnen bzw. Partner finden lassen oder sich die Bereitschaft der Männer, den entsprechenden Anteil der Familienarbeit zu übernehmen, nur langsam ändert.

Eine Familiengründung um des Kinderwunsches willen ist längst nicht mehr gesellschaftliche Normalität. Auch das Leben in einer Konsumgesellschaft verbunden mit einem anspruchsvollen Lebensstil lässt Menschen vor dem Hintergrund der Kosten für Kinder vor der Familiengründung immer weiter Abstand nehmen.

Diese Aufzählung an Ursachen ist sicherlich nicht erschöpfend und muss in ihrer gegenseitigen Bedingtheit verstanden werden.

Die möglichen Gegenmaßnahmen von staatlicher Seite korrespondieren naturgemäß mit den genannten Ursachen. Neben direkten staatlichen Hilfen (z. B. Kindergeld, Elterngeld, Erziehungsgeld, Erziehungszeit) müssen weitere finanzielle Mittel für den Ausbau einer familienfreundlichen Infrastruktur (z. B. Ganztagesangebote im Vorschul- und Schulalter) in die Hand genommen werden. Zusätzlich bedarf es einer Politik, die Familien stärker in den Fokus rückt (z. B. steuerliche Vorteile, familienfreundliche Rahmengesetzgebung z. B. in der Arbeitswelt und im Bildungsbereich) und Anreize vermittelt, die die Ausgangslage in der Familienarbeit zwischen Frau und Mann fördern.

Inwieweit diese Anreize auf die individuelle und private Entscheidung, ein Kind zu bekommen, nachweisbaren Einfluss haben, ist in der Wissenschaft umstritten. Ein letzter Aspekt wäre die Verzeitigung bzw. Erhöhung des positiven Zuwanderungssaldos (vgl. Unterkapitel 1.3 und 1.4).

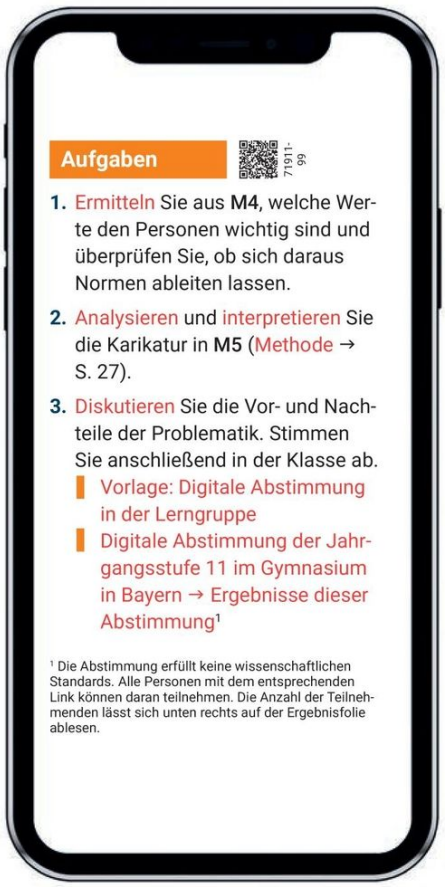
Wie ist der demografische Ist-Zustand in Deutschland? M7

Was sind die Ursachen des demografischen Wandels? M8 M11

Welche Möglichkeiten staatlicher Gegenmaßnahmen gibt es? M5, M12, M13

5 Kapitelabschluss

Die Rubrik „Wissen kompakt“ am Ende der Unterkapitel hilft Ihnen, das erworbene (und an einigen Stellen thematisch verwandte) Wissen in Bezug auf wichtige Begriffe zu sichern. Diese Begriffe werden im Anschluss daran in der Rubrik „Wissen im Kontext“ konkret in anwendungsbezogene Fragestellungen eingebunden. Dies ermöglicht eine Wiederholung zentraler Inhalte. Großkapitel schließen mit der Rubrik „Kompetenzen anwenden“: Hier können Sie die am Kapitelanfang formulierten Kompetenzen an komplexen Aufgabenstellungen zeigen und weiter ausbauen. Die QR- und Mediencodes in der Rubrik „Wissen kompakt“ führen zu interaktiven Übungen, mithilfe derer Sie das erlangte Wissen selbstständig mittels eines digitalen Endgeräts überprüfen können.


Aufgaben 71911-99

1. Ermitteln Sie aus **M4**, welche Werte den Personen wichtig sind und überprüfen Sie, ob sich daraus Normen ableiten lassen.
2. Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur in **M5** (Methode → S. 27).
3. Diskutieren Sie die Vor- und Nachteile der Problematik. Stimmen Sie anschließend in der Klasse ab.
   - Vorlage: Digitale Abstimmung in der Lerngruppe
   - Digitale Abstimmung der Jahrgangsstufe 11 im Gymnasium in Bayern → Ergebnisse dieser Abstimmung[1]

[1] Die Abstimmung erfüllt keine wissenschaftlichen Standards. Alle Personen mit dem entsprechenden Link können daran teilnehmen. Die Anzahl der Teilnehmenden lässt sich unten rechts auf der Ergebnisfolie ablesen.

6 Digitale Aufgabenkästen

„Politik aktuell“ gibt vielen Aufgabenkästen einen „digitalen Zwilling“. Mithilfe der QR- und Mediencodes in den Kopfzeilen der Aufgabenkästen können die jeweiligen Aufgaben digital abgerufen werden. Diese digitalen Aufgaben sind identisch mit den jeweiligen Aufgaben im Schulbuch, bieten aber folgenden Mehrwert:

- Digitale interaktive Anwendungen zu den Aufgaben: Aufgaben aus dem Schulbuch werden um digitale, interaktive Anwendungen (z. B. Abstimmungen, Wortwolken, Rankings, …) erweitert. Diese digitalen Anwendungen sind sowohl im Klassenraum (z. B. moderiert durch die Lehrkraft) als auch im ganzen Bundesland Bayern (moderiert durch den Verlag) möglich. Mit anderen Worten: Die digitalen interaktiven Anwendungen ermöglichen einen anonymen Vergleich in der Klasse – und im Bundesland.
- Operatoren- und Methodenkarten werden zu den jeweils passenden Operatoren und Methoden verlinkt. Mithilfe von digitalen Endgeräten können somit wichtige Verständnis-, Strukturierungs- und Formulierungshilfen für einzelne Operatoren oder Methoden angeschaut und direkt an der Aufgabe, ohne blättern zu müssen, genutzt werden.

7 UpdateCodes

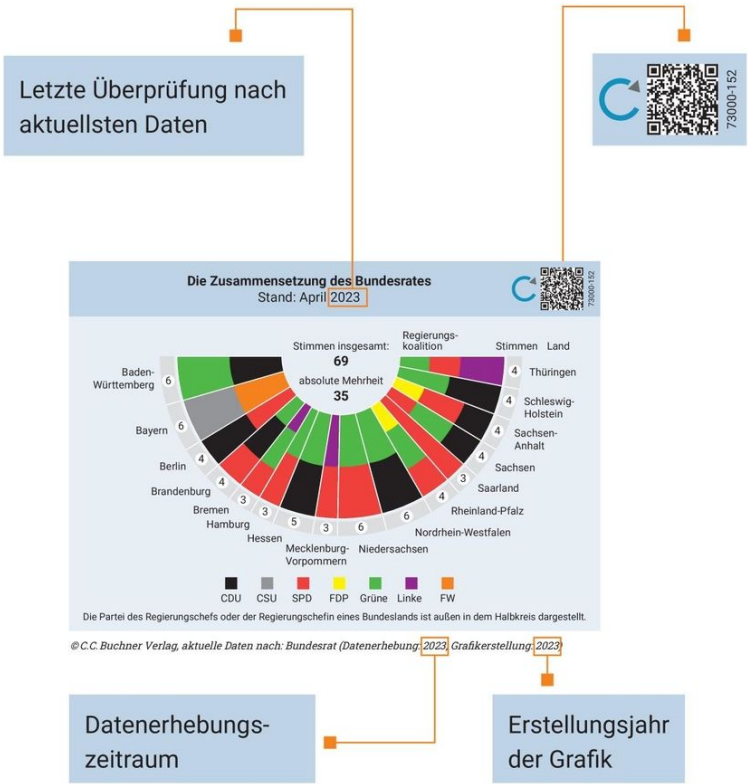
Zahlreiche Grafiken, Schaubilder und Tabellen mit dem Icon werden regelmäßig aktualisiert und stehen mit Hilfe eines QR- und Mediencodes neben der jeweiligen Grafiküberschrift kostenfrei zum Download zur Verfügung. Die Grafiken sind wie folgt konzipiert:

- Unter der Grafiküberschrift findet sich der jeweilige Stand der Grafik-Aktualisierung, z. B. „Stand: 2023“. Dieser Stand zeigt immer die letzte Datenüberprüfung an.
- Die Quellenangabe unter der Grafik informiert über den jeweiligen Datenerhebungszeitpunkt.

*Lesebeispiel zur nebenstehenden Grafik: Die Daten von **M6** stammen vom Bundesrat aus dem Jahr 2023. Die letzte Datenüberprüfung, ob es neuere Daten gibt, fand im Jahr 2023 statt.*

Weitere Informationen zum Aktualitätendienst finden sich im nebenstehenden QR- und Mediencode.

73000-519



8 Allgemeine Hinweise

- Das Methodenglossar am Ende des Buches bietet Ihnen einen Überblick über wichtige Methoden, um die Aufgaben besser bearbeiten zu können.
- Das Register zum Auffinden von Querverweisen kann ein wichtiges Hilfsmittel sein und das selbstständige Arbeiten mit dem Buch erleichtern.
- Geschlechtergerechte Sprache: Die Reihe „Politik aktuell“ lebt Vielfalt und Gleichheit unabhängig von Alter, Herkunft, Handicap, sexueller Orientierung, Geschlecht und individueller Identität. In den Texten der Bearbeiterinnen und Bearbeiter verwenden wir nach Möglichkeit eine binäre Nennung der weiblichen und männlichen Form oder neutrale Begriffe. Wird entweder lediglich die weibliche oder männliche Form verwendet, dient dies in der Regel ausschließlich der besseren Lesbkarkeit. Aus urheberrechtlichen Gründen finden sich an einigen Stellen des Buches unterschiedliche Varianten geschlechtergerechter Schreibung.
- Materialien ohne Quellenangaben sind von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern verfasst.
- Sofern bei Materialien aus dem Internet kein Verfasserdatum ermittelt werden konnte, wird das „Abrufdatum“ genannt.
- Die URL/vollständigen Internetadressen aller verwendeten Materialien aus dem Internet können Sie über den nebenstehenden QR- und Mediencode einsehen.

QR- und Mediencodes in Politik aktuell 11

71911-01

URL aller verwendeten Materialien aus dem Internet

71911-02

1 Ende 2019 sorgte eine satirische Verfremdung des bekannten Kinderliedes „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“ durch den WDR-Kinderchor für große Empörung. Der WDR nahm den Clip mit einem Post aus dem Netz, in dem das Lied als geplante Satire bezeichnet wurde. Der WDR entschuldigte sich bereits kurz darauf, da das „Satire-Video […] ganz offensichtlich bei vielen Menschen Gefühle verletzt“ habe. Vor allem das Wort „Umweltsau“ im Zusammenhang mit der Großelterngeneration wurde scharf kritisiert.

Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad, Motorrad, Motorrad. Das sind 1000 Liter Super jeden Monat. Meine Oma ist ne alte Umweltsau!
Meine Oma sagt Motorradfahren ist voll cool, echt voll cool, echt voll cool. Sie benutzt das Ding im Altersheim als Rollstuhl, meine Oma ist ne alte Umweltsau.
Meine Oma fährt im SUV beim Arzt vor, beim Arzt vor, beim Arzt vor. Sie überfährt dabei zwei Opis mit Rollator, meine Oma ist ne alte Umweltsau.
Meine Oma brät sich jeden Tag ein Kotelett, ein Kotelett, ein Kotelett. Weil Discounterfleisch so gut wie gar nichts kostet, meine Oma ist ne alte Umweltsau.
Meine Oma fliegt nicht mehr, sie ist geläutert, geläutert, geläutert. Stattdessen macht sie jetzt zehnmal im Jahr ne Kreuzfahrt, meine Oma ist doch keine Umweltsau.
RJS: WDR-Kinderchor singt „Oma ist ne alte Umweltsau“. In: www.merkur.de, 07.01.2020

2

Die Großelterngeneration auf einer Demonstration gegen den Klimawandel

Wütender Vorwurf der jüngeren Generation, dass die ältere Generation die Zukunft der jüngeren verspielt.

Die Bedeutung der demografischen Entwicklung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verstehen

1

Das Zusammenleben der Menschen unterliegt einem beständigen Wandel. Dabei ändert sich nicht nur die Anzahl der Menschen, die in einem Land zusammenleben, sondern auch die Zusammensetzung der Gesellschaft bzw. in welchen Regionen die Menschen leben (Alt-Jung, Hiergeborene-Hinzugezogene, Verhältnis Stadt- und Landbevölkerung etc.). Was die Ursachen dieser Entwicklung in Deutschland sind, welche Folgen sich daraus ergeben und welche Auswirkungen diese Entwicklung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben, sind Inhalte dieses Kapitels. Zunächst erfolgt eine Bestandsaufnahme der demografischen Situation in Deutschland, an die sich die Frage nach den Ursachen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen v. a. vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Zusammenhalts anschließt. Abschließend wird die Wirksamkeit staatlichen Handelns im Bereich der demografischen Entwicklung Deutschlands reflektiert und hinsichtlich des gesellschaftlichen Werts der Solidarität beurteilt.

Kompetenzen

Am Ende des Kapitels sollten Sie Folgendes wissen und können:

- wesentliche Faktoren der Bevölkerungsstruktur und Grundzüge der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland durch Auswerten grafischer Darstellungen erschließen, um zu erwartende Auswirkungen auf den Altersaufbau und die geographische Verteilung der Bevölkerung zu erkennen sowie die damit verbundenen Herausforderungen zu beurteilen
- die Aufbereitung demografischer Datenreihen untersuchen, um den Aussagewert und die Intention unterschiedlicher Darstellungsweisen zu beurteilen
- zentrale Ursachen des demografischen Wandels reflektieren, um Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Lenkung zu erkennen und eine aktuelle politische Maßnahme bewerten
- mögliche Auswirkungen demografischer Entwicklung auf unterschiedliche Lebensbereiche analysieren, um die Bedeutung staatlichen Gestaltens für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu erkennen

Aufgaben

71911-100

1. Fassen Sie den Inhalt des Liedes 1 auf Seite 8 kurz in eigenen Worten zusammen.
2. Beurteilen Sie das Verhalten des WDR vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Zusammenhalts zwischen den Generationen und berücksichtigen Sie dabei auch die Fotografien in 2 auf der linken Seite.

1.1 Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung in Zeiten demografischen Wandels

Zum Thema: Der Anteil der *Stadt-* und *Landbevölkerung* oder wie viele *alte* und *junge* bzw. *arme* und *reiche* Menschen in einer Gesellschaft leben, bestimmt neben anderen Faktoren, etwa *Religionszugehörigkeit* und *Haushaltsformen* (wer bzw. wie viele Menschen in einem Haushalt leben), die demografische Situation einer Gesellschaft. Diese demografischen Gegebenheiten unterliegen einem ständigen Wandel. Welche Folgen hat dieser Wandel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt heute?

M1 Unterschiedliche Lebensentwürfe – die demografische Situation Deutschlands

Eine ältere Dame fährt ein schweres Motorrad.

Eine bayerische Großstadt während eines Straßenfests.

Ein Dorf in Bayern.

Einstiegsaufgaben

71911-101

1. Stellen Sie ausgehend von den Bildern 1 - 3 und dem Text „Zum Thema“ Vermutungen zur demografischen Situation in Deutschland an, indem Sie die *hervorgehobenen* Begriffe des Textes berücksichtigen (Bevölkerungs- Vermögens-, Konfessions- und Haushaltsstrukturen).
2. Erstellen Sie zu zweit ein Wordcluster, das die von Ihnen vermutete demografische Situation Deutschlands aus Aufgabe 1 in Hypothesen beschreibt.

Cluster
Bei einem Cluster handelt es sich um eine Art Mindmap, die von einem zentralen Begriff startet und zur Sammlung von Ideen dient.

M2 Wie entwickelt(e) sich die Bevölkerungsstruktur Deutschlands?

Die Bevölkerungszahl eines Landes wird v. a. von den drei Faktoren Geburten (Wie hoch ist die Anzahl der Kinder pro Frau?), Sterblichkeit (Wie hoch ist die Anzahl der Todesfälle innerhalb eines bestimmten Zeitraums?) und Migration (Wie viele Menschen wandern zu bzw. ab?) bestimmt. Diese Faktoren unterliegen wiederum verschiedenen Einflüssen: Historische Ereignisse, politische Entscheidungen, wirtschaftliche Faktoren sowie gesellschaftlicher Wandel haben Auswirkungen auf die Bevölkerungszahl bzw. -struktur eines Landes. So ist zu erwarten, dass sich auch die Corona-Pandemie auf die Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland auswirkt.

Bearbeiter

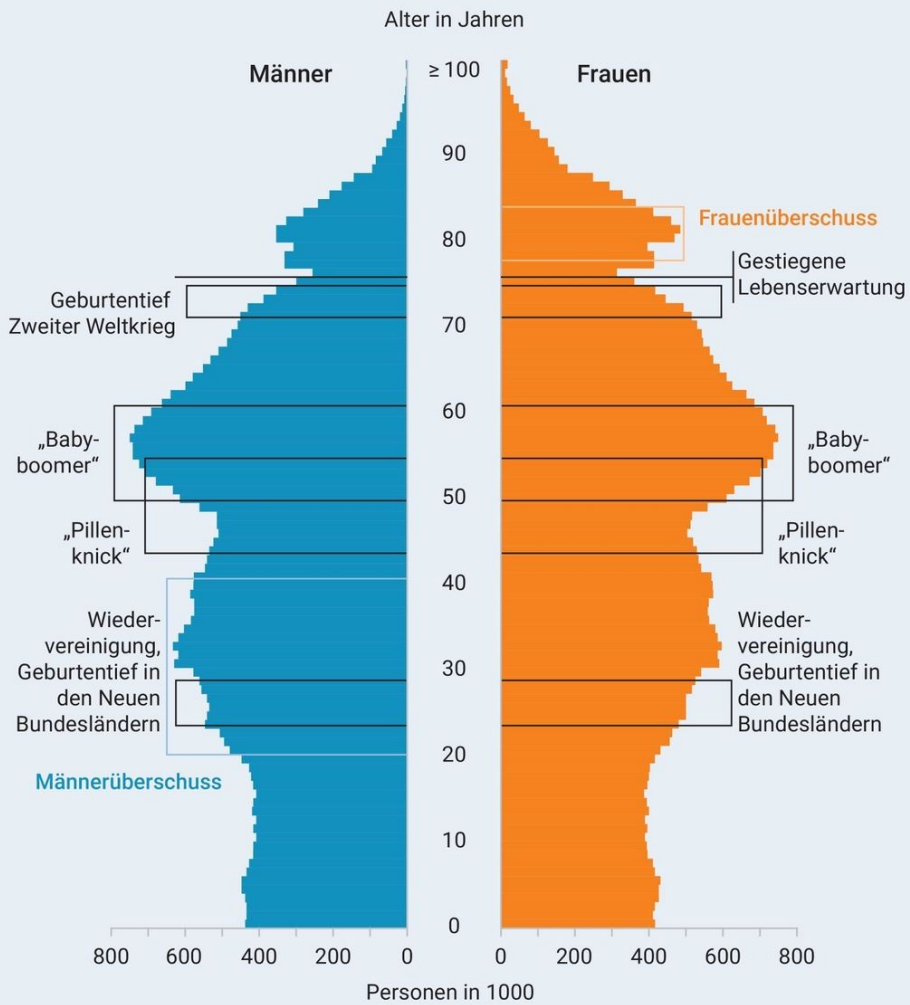
Interaktive Bevölkerungspyramide des statistischen Bundesamtes

71911-102

1 Welchen Altersaufbau hat die deutsche Bevölkerung im Jahr 2022?

Altersaufbau Deutschlands mit wichtigen demografischen Ereignissen (Stand: 2023)

73000-507



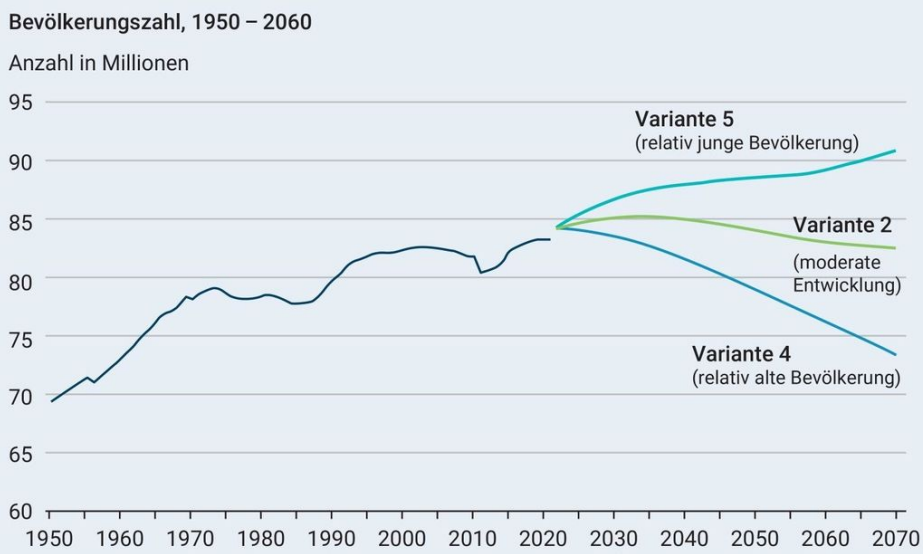
„Babyboomer“
sind Angehörige der Generation, die zu den Zeiten steigender Geburtenraten nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde.

„Pillenknick“
meint den Zusammenfall einer niedriger werdenden Geburtenrate mit der Einführung hormoneller Verhütungsmittel in Tablettenform („Antibabypille“), wobei Letztere als alleinige Erklärung für den Geburtenrückgang nicht haltbar ist.

© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DESTATIS (Datenerhebung: 2022; Grafikerstellung: 2023)

2 Drei Szenarien: Wie entwickelt sich die Gesamtbevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland?

Drei Zukunftsszenarien für die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2070 (Stand: 2023)



*ab 2020: 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Nach: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung / demografie-portal.de

Hinweis zu Grafik
Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf eine Abbildung der Varianten 1 und 3, welche Variationen der Variante 2 sind, verzichtet.

M3 Veränderungen der Sozialstruktur in den Bereichen Einkommen, Herkunft, Haushaltsgröße und Konfession

In Deutschland sind die Einkommen ungleich verteilt. Die einkommensstärksten 10 % der Bevölkerung hatten 2017 einen Anteil von 32,7 % am Nettovermögen. Der Anteil war damit höher als die unteren fünf Zehntel zusammen (24,8 %). Die einkommensschwächsten 10 % der Bevölkerung verfügten lediglich über 2,2 % des Nettovermögens. Zwischen 1991 und 2016 hat sich das Realeinkommen der einkommensstarken Gruppen stärker erhöht als die Einkommen der einkommensschwachen. Am stärksten nahm das Durchschnittseinkommen des obersten Zehntels zu, während das Einkommen zwischen 1991 und 2016 nur bei einem Zehntel sank: Dem einkommensschwächsten Zehntel.
Zwischen 2010 und 2016 verfestigte sich die Einkommensungleichheit in Deutschland und erreichte im Jahr 2016 ihren bisherigen Höchststand seit der Wiedervereinigung. Dieser Unterschied wird nach aktuellen empirischen Untersuchungen (z. B. WSI Report Nr. 62, November 2020) durch die Corona-Pandemie weiter zunehmen.
Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Deutschland stieg zwischen 1990 von 5,6 % auf 12,7 % im Jahr 2020. Was bei einer ersten Betrachtung wie ein kontinuierlicher Anstieg aussieht, muss bei näherer Betrachtung differenzierter betrachtet werden. Lag der Anteil von 2000 bis 2015 um die 7-8 %, erfolgte bis 2016 ein Anstieg auf 11,2 %. Bei dem Großteil der Zuzüge nach Deutschland handelt es sich um Menschen aus EU-Mitgliedsländern. Über 40 % der ausländi-

Sozialstruktur
bezeichnet die Zusammenhänge einer Gesellschaft, in die die Individuen eingebunden sind (Familie, Bildungseinrichtungen, Bevölkerungsgruppen, Wirtschafts- und Vermögensverhältnisse etc.) und die auf das Verhalten des einzelnen Menschen Einfluss haben.

Ausländerinnen und Ausländer
Dazu gehören alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des GG Art. 116 Abs. 1 sind, d. h. die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

schen Bevölkerung stammten 2021 aus EU-Staaten (42,8 %). Die Anzahl der Deutschen mit einem Migrationshintergrund hat sich laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes seit 2005 nahezu kontinuierlich von ca. 14 Millionen auf über 22 Millionen Personen im Jahr 2021 erhöht.

Seit Ende der 50er Jahre lässt sich beobachten, dass die Haushaltsgröße (Anzahl der Menschen pro Haushalt) in Deutschland tendenziell abnimmt. Ab den 70er Jahren sind Einpersonenhaushalte der am häufigsten vorkommende Haushaltstyp, so nahm ihre Zahl zwischen 1991 und 2019 von 11,9 auf 17,6 Millionen zu. Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten stieg in diesem Zeitraum von 33,6 % auf 42,3 %. Die Zahl der Zweipersonenhaushalte stieg nicht so ausgeprägt, aber erhöhte sich zwischen 1991 und 2014 beständig von 30,8 % auf 34,4 %, sank aber bis 2019 auf 33,2 %. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der Haushalte mit drei bzw. vier Personen beständig ab – von 30,5 % auf 21,0 % aller Haushalte. Dieser Trend setzte sich bei Haushalten mit fünf oder mehr Personen fort. Hatten diese 1970 noch einen Anteil von 12,9 % an allen Haushalten in Westdeutschland, machten sie im Jahr 2019 in Deutschland nur noch 3,5 % aus.

Gehörten nach dem Krieg weit über 90 % der Deutschen einer der beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften an (ca. 50 % der evangelischen und knapp über 45 % der katholischen Kirche), hat sich in den letzten Jahrzehnten ein steter Wandel vollzogen. Die Zahlen der Religionszugehörigkeiten in Deutschland zum 31.12.2021* lauten: 41,3 Mio. evangelische und katholische Christen (49,7 %), ca. 5,6 Mio. Muslime (ca. 6,7 %), ca. 8,3 Mio. andere Religionsgemeinschaften (1 %) und ca. 35 Mio. Konfessionslose (ca. 42 %). Diese Zahlen sagen aber wenig über die tatsächliche Religiosität der Menschen aus.

Basierend auf: Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Konstanz und München: 9. Aufl. 2012, S. 16
*und Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland / Hans Böckler Stiftung: Corona-Krise verschärft Ungleichheit zwischen hohen und niedrigen Einkommen. / Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland: Religionszugehörigkeiten 2020. *Zahlen vom Bearbeiter aktualisiert*

Migrationshintergrund
Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge besitzt eine „Person […] einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt." Diese Definition umfasst folgende Personengruppen:

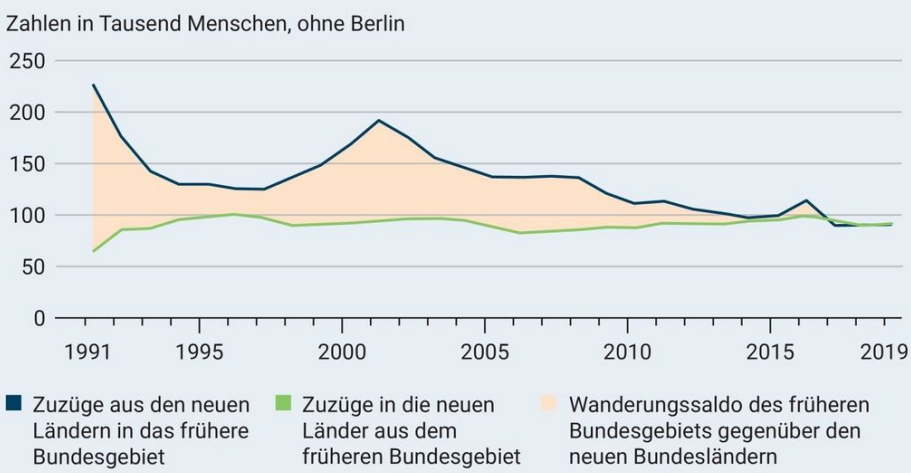
- zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer,
- zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte,
- Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler,
- Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption durch einen deutschen Elternteil erhalten haben,
- mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Kinder der vier zuvor genannten Gruppen.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. In: www.bamf.de, Abruf am 01.08.2022

M4 Welche Wanderungen gibt es innerhalb Deutschlands?

Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern (Stand: 2023)

73000-508



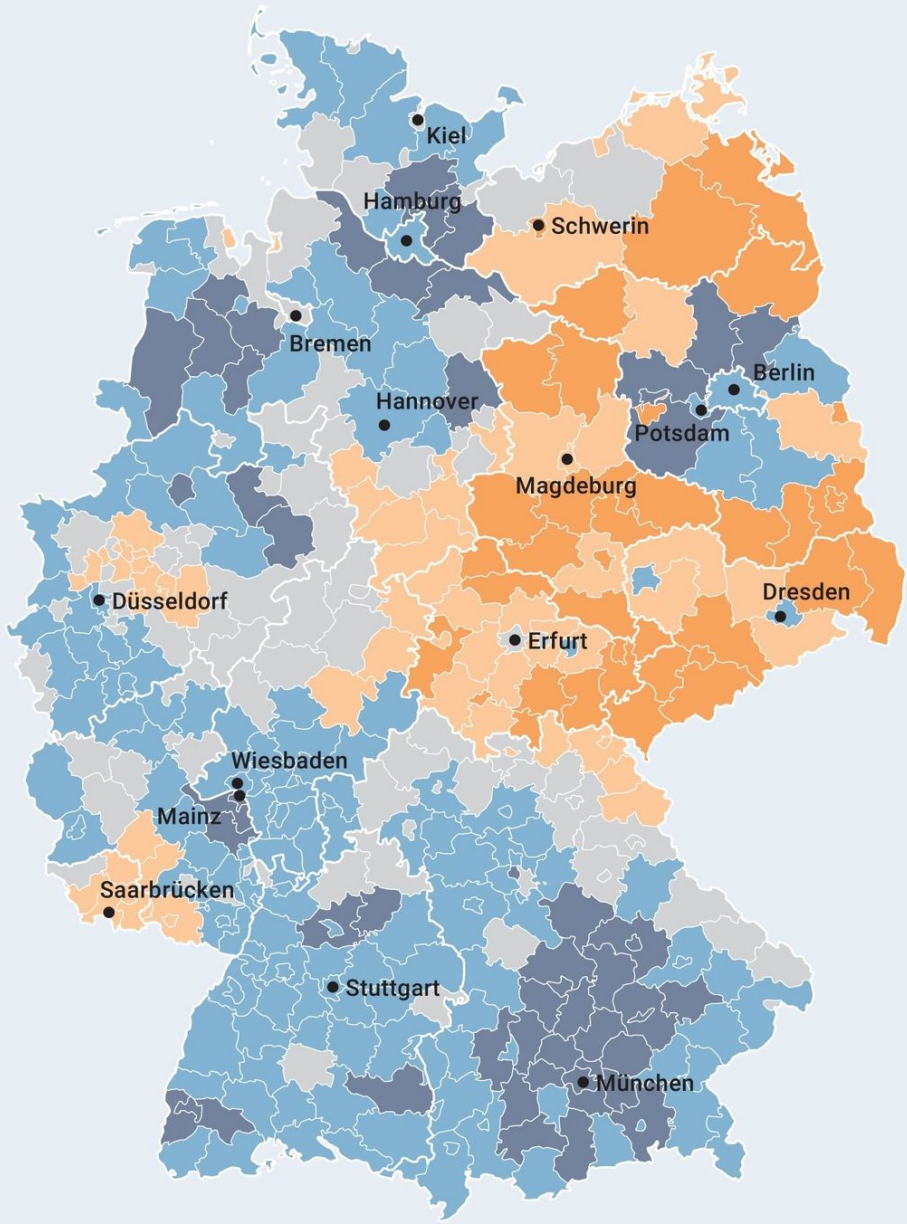
© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DESTATIS (Datenerhebung: 2021; Grafikerstellung: 2023)

Binnenmigration
Von Binnenmigration wird gesprochen, wenn Personen oder Gruppen von Personen innerhalb eines Staates wandern.

M5 Wie verteilt sich die deutsche Bevölkerung auf Stadt und Land?

1 Wie hat sich die Verteilung der deutschen Bevölkerung auf Kreisebene geändert?

Veränderung der deutschen Bevölkerung auf Kreisebene (1990-2019)



Nach: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Datenquelle: Statistisches Bundesamt, GeoBasis-DE, 2020

2 Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung Deutschlands

1960	2005	2010	2015	2019	2020
71,4 %	76,0 %	77,0 %	77,2 %	77,4 %	77,5 %

Nach: World Bank, 2022

Hinweis
Der Stadtbegriff in **M5** 2 bezieht sich auf 361 Kreisregionen in Deutschland, die in vier Kategorien eingeteilt werden. Der Anteil der Stadtbevölkerung ist der Anteil an der Gesamtbevölkerung, der auf die Kategorien „Kreisfreie Großstädte und „Städtische Kreise" entfällt.

INFO

Urbaner und ländlicher Raum

Der urbane (städtische) Raum zeichnet sich v. a. durch Größe und hohe Bevölkerungs- und Bebauungsdichte aus. Daneben besitzen städtische Gebiete eine Zentrumsfunktion, die sich in der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Bedeutung des Raumes widerspiegelt. Der ländliche (dörfliche) Raum wird oft als „Restgröße" angesehen, als Gebiet, das weder Verdichtungsraum noch Randzone eines Verdichtungsraumes ist und in diesem Sinne im Gegensatz zum städtischen bzw. urbanen Raum steht.

Aufgaben

71911-104

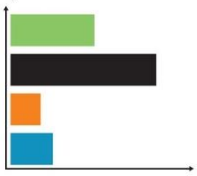
1. Analysieren Sie die Grafik (**M2** 1) hinsichtlich des Altersaufbaus und des Frauen- und Männeranteils innerhalb der Bevölkerung in Deutschland.
2. Diskutieren Sie ausgehend von der Grafik **M2** 1 mögliche Auswirkungen für die jüngere Generation in Deutschland.
3. Stellen Sie einen Zusammenhang zwischen den zentralen Faktoren der Bevölkerungsentwicklung und der Prognose (**M2** 2) zur weiteren Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland her.
4. Scannen Sie den QR-Code zur dynamischen Bevölkerungspyramide des Statistischen Bundesamtes, ändern Sie die Annahmen und erklären Sie die sich daraus ergebenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung Deutschlands.
5. Fassen Sie die zentralen Aussagen zur Sozialstruktur (**M3**) zusammen und gestalten Sie eine übersichtliche Tabelle.
6. Beschreiben Sie anhand der Karte (**M5** 1) die Veränderung der Bevölkerung in Deutschland auf Kreisebene und beziehen Sie die Binnenmigration zwischen Ost- und Westdeutschland (**M4**) bzw. die geografische Verteilung innerhalb Deutschlands in Ihre Überlegungen mit ein.
7. Beschreiben Sie anhand der Materialien **M5** 1 und 2 die Veränderungen im Verhältnis zwischen dörflichem und städtischen Raum in Deutschland.
8. Im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung sind als Staatsziel gleichwertige Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger formuliert. Beurteilen Sie anhand Ihrer Ergebnisse aus Aufgabe 6 und 7, inwieweit die Bundesrepublik Deutschland als Staat diesem Ziel gerecht wird.
9. Formulieren Sie drei Thesen, welche Folgen sich aus den Veränderungen in den Bereichen Sozialstruktur, Einkommen, Herkunft, Haushaltsgröße und Konfession für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das gesellschaftliche Zusammenleben ergeben.
10. Vergleichen Sie abschließend Ihre in der zweiten Einstiegsaufgabe auf S. 10 geäußerten Beobachtungen mit den aus den Materialien erarbeiteten Befunden.

METHODE

Diagramme und Grafiken analysieren

Statistiken helfen uns in vielen Alltagssituationen. Es gibt kaum einen Lebensbereich, der nicht statistisch erfasst wird. Eine Statistik ist die systematische Sammlung und Ordnung von Informationen in Form von Zahlen. Diese Zahlen werden entweder in Tabellen oder optisch aufbereitet als Diagramme und Grafiken ausgewertet und dargestellt. Diese gilt es, zu analysieren.

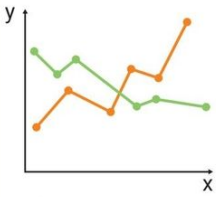
a)



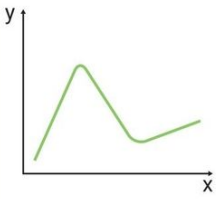
Balkendiagramm

Säulendiagramm

b)



Liniendiagramm



Kurvendiagramm

c)

Kreis-/Kuchen-/
Tortendiagramm

1 Diagramme und Grafiken beschreiben

1. Was ist das Thema des Diagramms oder der Grafik?
2. Es gibt verschiedene Arten von Diagrammen:
   a) in Balken- und Säulendiagramme lassen sich verschiedene Zahlenwerte gut miteinander vergleichen,
   b) durch Linien- und Kurvendiagramme können zeitliche Entwicklungen gut dargestellt werden,
   c) Kreis-/Kuchen-/Tortendiagramme lassen die jeweiligen Anteile an der Gesamtmenge gut erkennen.

2 Diagramme und Grafiken analysieren

- In welcher Maßeinheit sind die Zahlenwerte angegeben? Handelt es sich um absolute Zahlen?
- Sind die Zahlen „in Tausend“ oder „in Millionen“ angezeigt. Sind die Zahlen relativ, also in Prozent (%) dargestellt?
- Welcher Zeitpunkt oder Zeitraum ist dargestellt?
- Woher kommen die Zahlen, was ist als Quelle der Darstellung angegeben?
- Was zeigen die Zahlen und Daten?
- Gibt es Besonderheiten oder Auffälligkeiten?
- Wie groß ist die Stichprobe bzw. wie viele Menschen wurden befragt?

3 Diagramme und Grafiken interpretieren

- Ist die Form der Darstellung korrekt? Passen die Abstände im Koordinatensystem?
- Wie ist die Aussage des Diagramms bzw. der Grafik in das Thema einzuordnen?
- Fehlt etwas im Diagramm?
- Welche Entwicklung kann aus dem Diagramm heraus nicht beantwortet werden und macht weitere Recherchen erforderlich?

Bearbeiter

A **Gesundheitsausgaben in Deutschland als Anteil am BIP und in Mio. €**

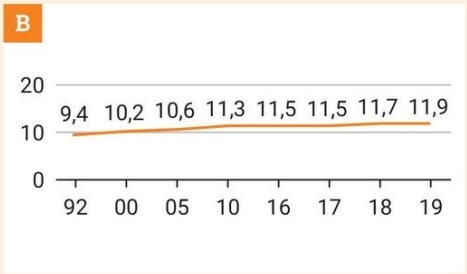
	Jahr							
Sachverhalt	**1992**	**2000**	**2005**	**2010**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Gesundheitsausgaben in Mio. €	159.468	214.651	242.016	291.051	359.214	375.979	391.580	410.849
Anteil am BIP in %	9,4	10,2	10,6	11,3	11,5	11,5	11,7	11,9
Gesundheitsausgaben je Einwohner in €	1.981	2.635	2.975	3.625	4.362	4.549	4.723	4.944

Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes, 2021

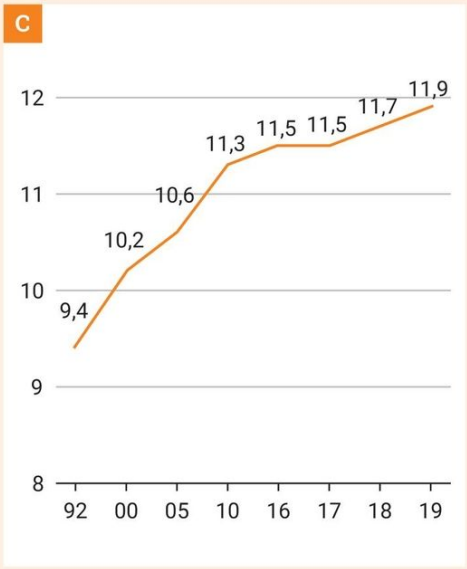
Betrachtet man die Tabelle **A** mit den Gesundheitsausgaben in Deutschland, fällt sofort auf, dass sich die Gesundheitsausgaben in absoluten Zahlen je Einwohnerin oder Einwohner und absolut in dem betrachteten Zeitraum mehr als verdoppeln, während die Steigerung in Prozent am BIP moderat ausfällt. Der Grund dafür ist, dass die Angaben in Euro nicht inflationsbereinigt aufbereitet sind.

Je nach politischer Absicht kann man nun auf eine der Zahlenreihen zurückgreifen. Sollte einem daran gelegen sein, eine Kostenexplosion in den Gesundheitsausgaben darzustellen, stellt man die Steigerungen der Gesundheitsausgaben absolut und je Einwohnerin bzw. Einwohner in den Mittelpunkt. Möchte man dagegen betonen, dass die Gesundheitsausgaben im Laufe der letzten drei Jahrzehnte nur moderat gestiegen sind, dann fokussiert man sich auf den prozentualen Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP. Eine weitere Möglichkeit, einen bestimmten Eindruck eines Diagramms oder eines Schaubilds hervorzurufen, ist die grafische Umsetzung der vorliegenden Zahlenreihe selbst. So kann man die Steigung eines Graphen sehr einfach über Stauchen und Strecken der Achsen verändern (vgl. **B**). In diesem Beispiel kann selbst die moderate Steigerung des Anteils der Gesundheitsausgaben am BIP als dramatische Steigung des Graphen abgebildet werden, indem die Y-Achse etwas angepasst wird (vgl. **C**). Deshalb bedarf es bei der Analyse von Statistiken und deren grafischer Aufbereitung eines kritischen Blickes, weshalb Inhalte in gerade dieser und nicht anderer Form dargestellt werden

B



C



Bearbeiter

WISSEN KOMPAKT

Gesellschaft
Eine Gesellschaft besteht in der Soziologie (= Wissenschaft von der Gesellschaft) aus einer Vielzahl von Gruppen zusammenlebender Menschen, deren Verhältnis zueinander durch Normen, Konventionen und Gesetze bestimmt ist.
Eine Gemeinschaft unterscheidet sich von einer Gesellschaft durch eine größere Nähe und Verbundenheit der Menschen, während in einer Gesellschaft die individuelle Freiheit im Fokus steht und das Zusammenleben zweck- und nutzenorientiert begründet ist. Die Soziologie untersucht das soziale Verhalten in einer Gesellschaft, d. h. Aufbau und Aufgaben der Gruppen und deren Beziehungen untereinander.

82000-680

Sozialstruktur → M3
Der Begriff Sozialstruktur bezeichnet Einteilungsmöglichkeiten von Gesellschaften nach sozialen Merkmalen und deren vergleichende Beschreibung. Wichtige Bereiche der Sozialstruktur einer Gesellschaft sind u. a. Altersaufbau, Lebensformen, Bildung und Ausbildung, Arbeitswelt und Beschäftigung, Einkommensverhältnisse, Aufstiegschancen, Zuwanderung, ethnische Zusammensetzung und Religionszugehörigkeit.

82000-681

Demografie → M2
Die Demografie (= Bevölkerungswissenschaft) erforscht die soziale Struktur der Bevölkerung und deren Veränderung. Die Zusammensetzung einer Bevölkerung wird v. a. durch drei Faktoren bestimmt: Geburten, Lebensdauer, Migration.

Demografischer Wandel → M2
Demografischer Wandel beschreibt Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung hinsichtlich Altersstruktur, quantitativem Verhältnis von Männern und Frauen, Geburten- und Sterbefallentwicklung, Migration, Emigration, ethnische Zusammensetzung.

82000-683

WISSEN IM KONTEXT

Demografischen Entwicklung Deutschlands nach 1945
M2

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Bevölkerungszahl in Deutschland um fast 14 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner erhöht. Da die Anzahl der Sterbefälle die der Geburten auf ein Jahr gerechnet bereits ab 1972 übersteigt, hätte dieses Geburtendefizit bereits seit Jahrzehnten zu einer sinkenden Bevölkerungszahl führen müssen. Die negative Bevölkerungsbilanz konnte in der Vergangenheit durch einen positiven Zuwanderungssaldo mehr als ausgeglichen werden, was auch die Anzahl der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund erhöhte. 2019 besaßen über ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands einen Migrationshintergrund. Nur bei einer deutlich über dem langfristigen Durchschnitt liegenden Zuwanderung würde die Einwohnerzahl auch in Zukunft stabil bleiben oder gar weiter steigen. Dies hängt vor allem mit zwei Entwicklungen zusammen:

- Die seit Jahren niedrige Geburtenrate sorgt dafür, dass die heutige Elterngeneration deutlich kleiner ist als frühere, d. h. es kommen bereits an sich weniger Frauen in Frage, die Kinder gebären können.
- Auch die Sterbefälle werden trotz steigender Lebenserwartung zunehmen, da die geburtenstarken Jahrgänge zunehmend in ein Alter kommen, in dem die Sterbewahrscheinlichkeit stark zunimmt.

Demografische Vorausberechnungen gehen davon aus, dass bis 2050 das Geburtendefizit von heute 170.000 auf über 400.000 Personen pro Jahr steigen könnte. Deshalb wird eine im langfristigen Durchschnitt liegende Nettozuwanderung von rund 250.000 Menschen pro Jahr nicht mehr ausreichen, den Überschuss an Sterbefällen zu kompensieren.
Das zweite zentrale Ergebnis der demografischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Deutschland ist die zunehmende Alterung der Gesellschaft. So hat sich das Medianalter in Deutschland von um die 35 Jahre in den 1960er Jahren auf um die 45 Jahre im letzten Jahrzehnt erhöht. Dieser Prozess stellt Staat und Gesellschaft in Deutschland vor große Herausforderungen (z. B. Altersvorsorge, Gesundheitssystem, Infrastruktur).

Zur Sozialstruktur Deutschlands – der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Prüfstand
M3-M5

Nicht nur die Alterung der Gesellschaft verlangt eine Antwort auf die Frage nach einer zeitgemäßen Definition gesellschaftlichen Zusammenhalts. Weitere Veränderungen in der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland müssen vor dem Hintergrund einer solidarischen Gesellschaft mitbedacht werden:

- Die Unterschiede im Einkommen zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten haben sich in den letzten Jahrzehnten verfestigt bzw. sind größer geworden.
- Ebenso hat die Vielfalt an Haushaltsformen zugenommen. Die klassische Haushaltsform der Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (Mutter, Vater, Kind) hat sich spätestens mit der Wiedervereinigung überlebt. Paare ohne Kinder und Singlehaushalte sind mittlerweile die vorherrschenden Lebensformen in Deutschland.
- Die Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen bedeutet ein höheres Maß an religiöser Vielfalt in der deutschen Gesellschaft, wobei aber die mit Abstand stärkste Zunahme in der Gruppe der Konfessionslosen erfolgt, die mittlerweile über ca. 40 % der Bevölkerung in Deutschland umfasst.
- Der ungebrochene Trend der Urbanisierung hat sich durch die Binnenwanderung von Ost nach West nach der Wiedervereinigung bzw. durch die Attraktivität wirtschaftlich starker Regionen verstärkt. Ländlichen und wirtschaftlich schwachen Regionen fällt es zunehmend schwer, ihre Infrastruktur hinsichtlich der ärztlichen Versorgung, des öffentlichen Nahverkehrs und der Bildungsangebote aufrecht zu erhalten. Gelingt dies auch zukünftig immer weniger, werden die ländlichen Regionen weiter an Attraktivität für junge Leute verlieren.

1.2 Wertewandel und Vielfalt an Lebensentwürfen – Ursachen der Bevölkerungsentwicklung

Zum Thema: Was sind die Ursachen der Bevölkerungsentwicklung? Der Rückgang der Geburtenrate und das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung in entwickelten Gesellschaften, die als Merkmale der dritten und vierten Phase des demografischen Übergangs (→ S. 26) bezeichnet werden, bedürfen der genaueren Erklärung. Häufig wird der Wertewandel (in Bezug auf die Bedeutung der Familie oder das Geschlechterverhältnis) in den Gesellschaften und die damit einhergehende Vielfalt an Lebensentwürfen als Erklärung herangezogen. Trifft das zu?

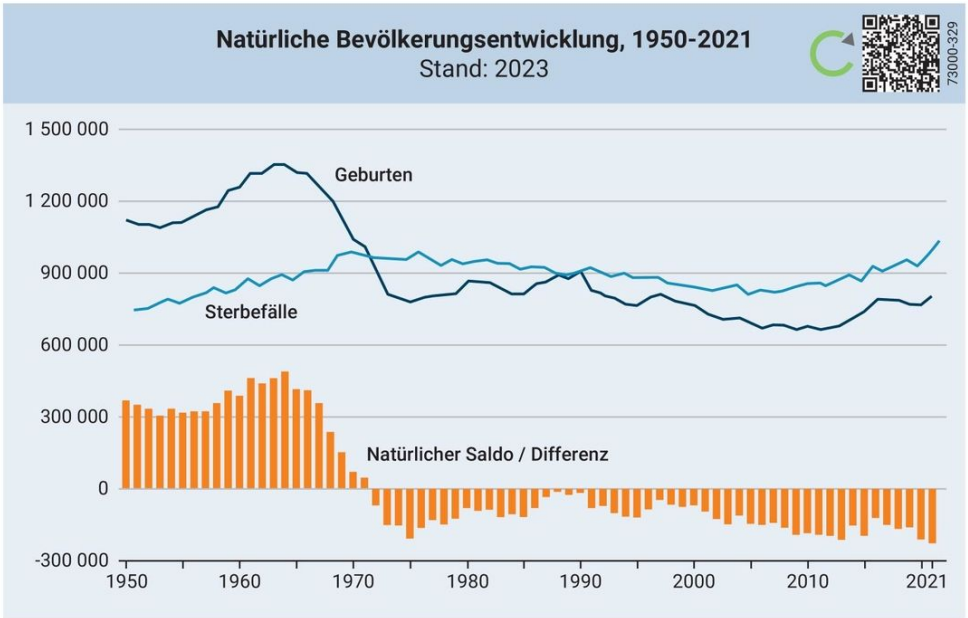
M6 Karikatur zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Karikatur: Gerhard Mester, 2005

Einstiegsaufgaben 71911-105

1. Analysieren Sie die Karikatur.
2. Formulieren Sie eine treffende Überschrift bzw. einen treffenden Titel zur Karikatur und stellen Sie sich Ihre Vorschläge gegenseitig in der Klasse vor.
3. Erstellen Sie zu zweit eine Liste mit drei staatlichen „Anreizen", die die Geburtenzahl in Deutschland steigern könnten.

M7 Wie haben sich Geburten und Sterbefälle in Deutschland entwickelt?

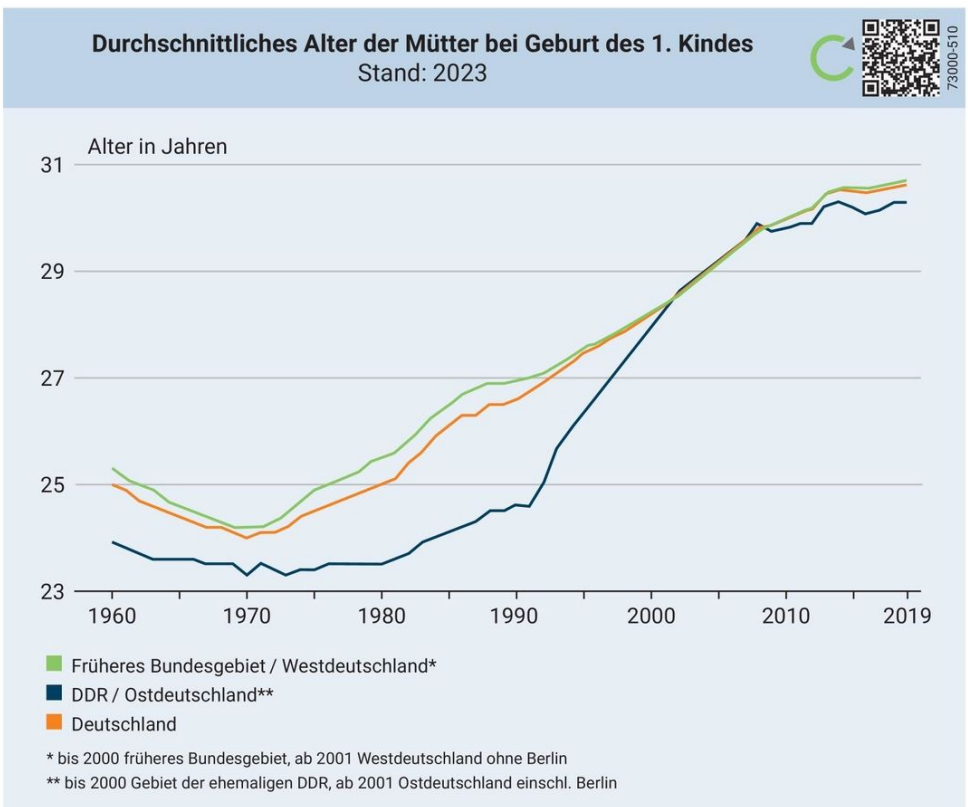


© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DESTATIS (Datenerhebung: 2022; Grafikerstellung: 2023)

Geburtenziffer (Fertilitätsrate) und Höhe für demografische Regeneration
Für Deutschland gilt gegenwärtig ein grober Richtwert von 2,1 als Bestandserhaltungsniveau, d. h.: gebären 1.000 Frauen eines Geburtsjahrgangs weniger als 2.100 Kinder, so schrumpft die Bevölkerung.

Geburtenrate in Deutschland
1990: 1,45
2000: 1,38
2010: 1,39
2020: 1,53
2021: 1,58
2022: 1,58

M8 Wie alt sind Mütter bei der Geburt des ersten Kindes?



Nach: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Datenquelle: Europarat (bis 1989), Statistisches Bundesamt

DDR
Aufgrund politischer Vorgaben („sozialistisches Frauenbild") und wirtschaftlicher Notwendigkeit kam es bereits früh nach Gründung der DDR zum Ausbau von Kinderbetreuungsstätten und staatlichen Unterstützungsangeboten, damit Mütter der unter Arbeitskräftemangel leidenden Volkswirtschaft der DDR zur Verfügung stehen konnten. Die dadurch im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland einfachere Vereinbarkeit von Familie und Arbeit gilt als ein Aspekt, der in den 1960er bis 80er-Jahren den Unterschied im durchschnittlichen Alter von Erstgebärenden in Ost- und West begründet.

M9 Mehrkindfamilien als Auslaufmodell?

Hinweis
Anfang der 1970er Jahre haben etwa 30 Prozent der Frauen in Deutschland drei oder mehr Kinder zur Welt gebracht. Seitdem ist dieser Anteil deutlich auf derzeit etwa 16 Prozent gesunken.

BiB
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

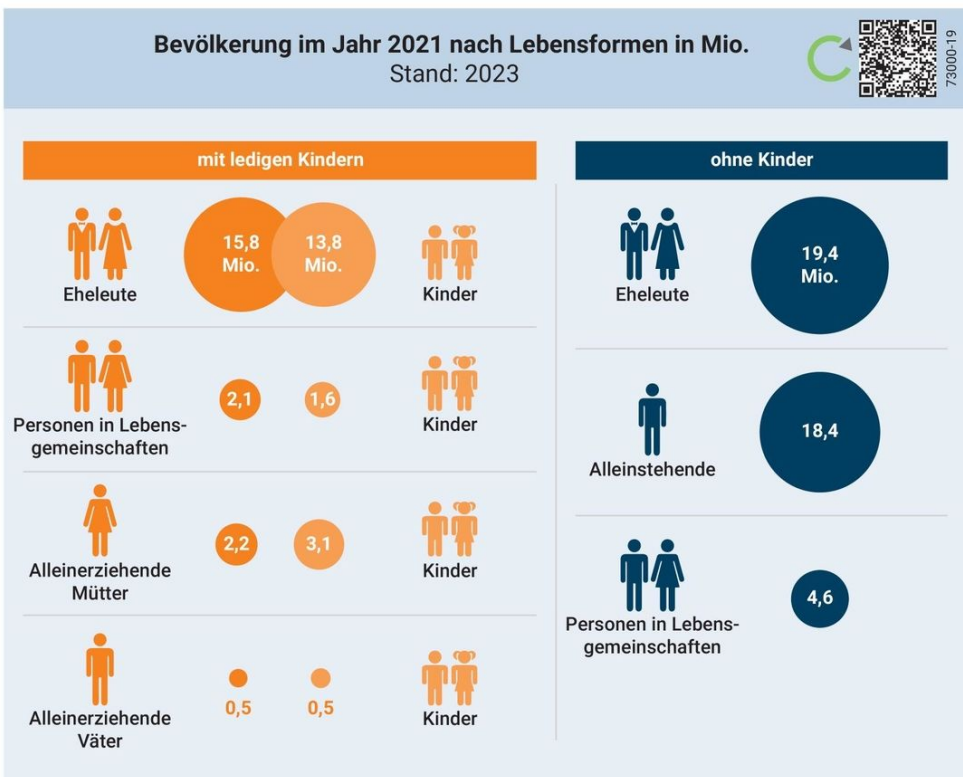
Typisch für Mehrkindfamilien ist die traditionellere Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Kinderreiche Frauen sind zum Großteil in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt und zudem deutlich häufiger nicht erwerbstätig als Männer. Stattdessen investieren sie doppelt bis dreimal so viel Zeit in Kinderbetreuung und Hausarbeit. Infolgedessen verfügen kinderreiche Frauen jedoch über erheblich weniger Erwerbseinkommen als ihre männlichen Pendants und sind daher oft ökonomisch abhängig. Dies ist besonders bedeutsam, da kinderreiche Frauen seltener in stabilen Partnerschaften leben als Männer und die Kinder auch im Trennungsfall häufiger den Haushalt der Frauen teilen. Bei der jungen Generation von Frauen ist darüber hinaus der Wunsch nach Erwerbstätigkeit und finanzieller Unabhängigkeit weit verbreitet, insbesondere bei den hoch qualifizierten Frauen. Wenn der Wunsch nach mehreren Kindern für die Frauen mit einem dauerhaften Ausscheiden aus dem Beruf und ökonomischen Risiken verbunden ist, kann das dazu führen, dass sie diesen Kinderwunsch nicht umsetzen. Vielfach sehen sich große Familien mit Stigmatisierungen konfrontiert. So gaben in einer Studie des BiB immerhin 82 Prozent der befragten 24- bis 43-Jährigen an, dass sie meinen, die Gesellschaft betrachte Kinderreiche als „asozial". Selbst befragt sieht die breite Mehrheit der jungen Erwachsenen hingegen kinderreiche Familien überwiegend als positiv an.

Kinderreiche Familien in Deutschland. Auslaufmodell oder Lebensentwurf für die Zukunft? Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden im Juni 2019, S. 59

M10 Private Lebensformen – wie leben Menschen in Deutschland?

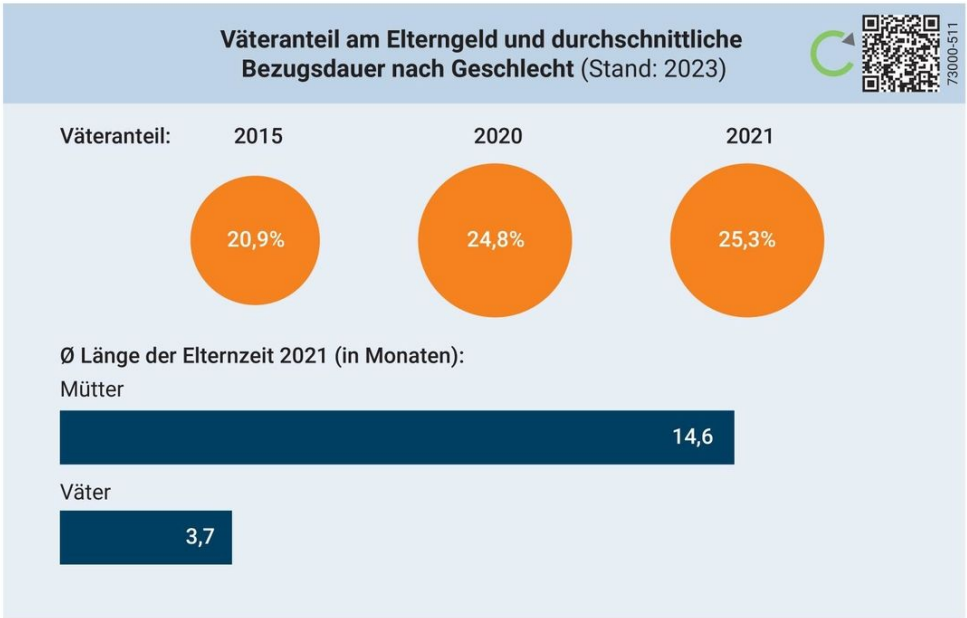
Lesehilfe: Kinder sind hier ledige Personen ohne Lebenspartner bzw. Lebenspartnerin und ohne eigene Kinder im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben. Als Kinder gelten im Mikrozensus – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht.

Mikrozensus
„Kleine Volkszählung", eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung, die seit 1957 jedes Jahr bei einem Prozent der Bevölkerung bundesweit durchgeführt wird.



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DESTATIS (Datenerhebung: 2021; Grafikerstellung: 2023)

M11 Wie häufig beziehen Väter in Deutschland Elterngeld?



Lesehilfe: Der Väteranteil gibt den Anteil der männlichen Bezieher an allen Elterngeldbezügen an. Er würde also genau 50 % betragen, wenn bei allen Kindern sowohl der Vater als auch die Mutter gleichermaßen Elterngeld bezögen.

© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DESTATIS (Datenerhebung: 2021; Grafikerstellung: 2023)

Elternzeit/Elterngeld
Das Elterngeld ist eine vom Nettoeinkommen abhängige und befristete staatliche Ausgleichszahlung für Eltern, weil sie nach der Geburt zeitweise weniger oder gar nicht mehr arbeiten, z. B. in Elternzeit sind. Elternzeit ist der rechtliche Anspruch von Eltern, die ihr Kind selbst betreuen und erziehen, eine unbezahlte Auszeit vom Berufsleben zu nehmen. Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz trat am 1. Januar 2007 in Kraft. Neben anderen Zielen ist ein Ziel des Elterngeldes bzw. der Elternzeit, die Anzahl der Geburten zu steigern.

M12 Warum werden in Deutschland immer weniger Kinder geboren?

Die Sozialwissenschaften sind eine interdisziplinäre Wissenschaft, die sich mit der Analyse und Erklärung von gesellschaftlichen Phänomenen beschäftigt. Nach Bernhard Schäfers sind folgende Erklärungsversuche für den Geburtenrückgang von besonderer Bedeutung:

- Kinder zu haben, gehört nicht mehr zu den sozialen und kulturellen Selbstverständlichkeiten in der bundesdeutschen Gesellschaft, z. B. zur Betonung stark emotional verengter Paarbeziehungen.
- Die im Arbeitsleben vorherrschenden Werte wie »lebenslanges Lernen«, Flexibilität und Mobilität sind den familiären Werten eher entgegengesetzt.
- Die Wirtschaft bevorzugt den (räumlich) mobilen, (zeitlich) jederzeit verfügbaren Single.
- Die unterschiedlichen Ausbildungs- und Berufskarrieren von Mann und Frau, auch örtlich, machen längerfristige Planungen hinsichtlich des Kinderwunsches schwierig.
- Die »Opportunitätskosten« von Kindern, also ggf. der Verzicht auf Karriere und Einkommen (welche durch mehr Familien- und Privatleben gehemmt werden können), lassen manche Erwachsenen zögern.
- Konsumdenken sowie anspruchsvoller Lebensstil mit viel Unterhaltung und Reisen stehen dem Kinderwunsch gegenüber.
- Eine teilweise nach wie vor existierende mangelnde Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen erschwert die Familienplanung.

Bearbeiter, basierend auf: Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Konstanz und München: 9. Aufl. 2012, S. 79 f.

Bernhard Schäfers
(*1939) ist ein deutscher Soziologe mit dem Forschungsschwerpunkt Sozialstruktur.

M13 Wertewandel in Deutschland – überschätzt oder im Umbruch?

1 Wertewandel und Familie

Der Datenreport 2021, ein Forschungsbericht zur Gesellschaft in Deutschland, der von der Bundeszentrale für politische Bildung und verschiedenen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen herausgegeben wird, hält die folgenden Ergebnisse zur Einstellung der Menschen der Familie gegenüber fest:

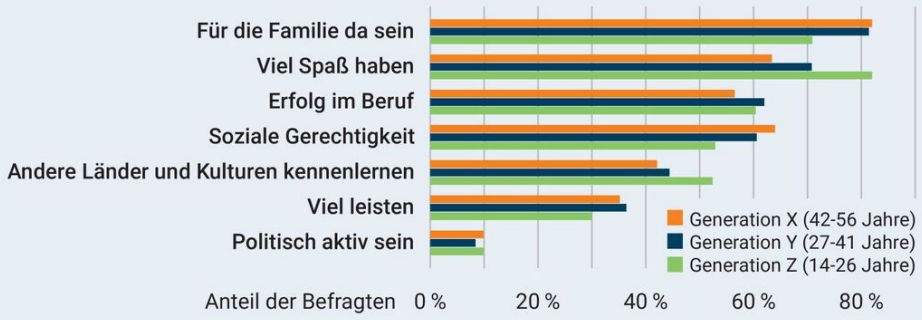
Zunehmende Möglichkeiten der Lebensgestaltung für Frauen und Männer lassen die Frage aufkommen, ob Familie neben Karriere, Sport, Reisen und anderen Dingen noch Bestand hat. Braucht man eine Familie, um wirklich glücklich zu sein? Fast zwei Drittel der Bevölkerung (65 %) bejahten 2018 diese Frage, während ein gutes Viertel (26 %) der Meinung war, dass man ohne Familie genauso glücklich leben könne. Dass man ohne Familie glücklicher sei, glaubte dagegen so gut wie niemand (1 %). Geht man davon aus, dass eine höhere formale Bildung auch mehr Lebensoptionen bietet, gerade in Hinblick auf Beruf und Karriere, dann besteht die Vermutung, dass Familie in diesem Fall in Konkurrenz zu anderen Lebenszielen treten kann. Tatsächlich glaubten Personen mit (Fach-)Abitur häufiger, auch ohne Familie glücklich sein zu können. Zudem fanden sich auch fast 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch Einstellungsunterschiede zwischen Menschen aus den alten und den neuen Bundesländern. Während Familie für 63 % der Westdeutschen einen wichtigen Glücksfaktor ausmachte, waren es in Ostdeutschland 74 %. Obwohl also kulturelle Unterschiede seit der deutschen Vereinigung zurückgegangen sind, ist Familie in den neuen Bundesländern weiterhin wichtiger als in den alten. Gemeinsam ist beiden Landesteilen, dass seit den 1990er-Jahren ein Bedeutungsrückgang zu beobachten ist.

Über die verschiedenen Altersgruppen variierte die Bedeutung von Familie 2018 wenig und war gerade in der jüngeren Generation der 18- bis 29-Jährigen relativ hoch. Vergleichsweise niedrig war sie im Gegensatz dazu bei den 45- bis 59-Jährigen, die sich häufig in einer Familienphase mit eher älteren Kindern befinden, die oft noch im Haus wohnen oder selbst noch keine eigene Familie haben. Unterscheidet man allerdings zusätzlich nach Elternschaft, dann zeigt sich, dass die niedrigere Zustimmung in dieser Altersphase nicht durch Eltern zustande kam, sondern dass Kinderlose in diesem Alter eher zufrieden mit ihrer Situation waren. Damit bestätigen sich Befunde, dass vor allem eine feste Partnerschaft, die das Bedürfnis nach emotionaler Nähe und Vertrauen erfüllt, für die Lebenszufriedenheit in dieser Altersphase entscheidend ist, während der Zuwachs an Lebenszufriedenheit, den jüngere Kinder bewirken, mit deren Älterwerden schwindet. Im Normalfall haben sich 45- bis 59-Jährige im Beruf etabliert und können im Vergleich zu Familien, zum Beispiel bezüglich Reisen und Freizeitgestaltung, mehr Freiheiten genießen, da sie einerseits relativ gesehen mehr Geld zur Verfügung haben und andererseits an weniger Verpflichtungen, zum Beispiel Ferienzeiten, gebunden sind. Sowohl bei Jüngeren als auch bei Älteren waren Kinderlose, denen Familie wichtig ist, wieder stärker vertreten. Bei Eltern war die Wertschätzung von Familie generell höher als bei Kinderlosen. In beiden Fällen spiegelt sich die eigene Erfahrung in der Bewertung von Familie insofern wider, als das Lebensmodell, das man gewählt hat, auf Dauer auch befürwortet wird.

Ruckdeschel, Kerstin: Einstellungen zu Elternschaft, Familie und Lebensformen. In: Datenreport 2021, S. 420 f.

2 Wertewandel in anderen Bereichen

Umfrage: Was halten Sie persönlich im Leben für besonders wichtig und erstrebenswert? (Stand: 2022)



Nach: Statista, 2022, 23.015 Befragte, Mehrfachnennungen möglich

Generationen
Mitglieder der Generation Y sind auch als „Millennials" bekannt. Sie sind in den frühen 1980ern bis späten 90ern geboren. Bei Generation X handelt es sich um die Nachfolgegeneration der „Baby Boomer". Generation Z beginnt etwa ab 1997 bis 2012.

Aufgaben

71911-106

1. Interpretieren Sie die Grafik zur Geburten- und Sterberate in Deutschland (**M7**) und stellen Sie die Folgen dieser Entwicklung dar.
2. Analysieren Sie die Grafik (**M8**) und stellen Sie einen Zusammenhang mit Ihren Ergebnissen zu **M6** bzw. den dazugehörigen Aufgaben auf S. 20 her.
3. Setzen Sie die Grafiken **M7** und **M8** in Beziehung zueinander.
4. Erläutern Sie die in **M9** genannten Gründe für den Rückgang von Mehrkindfamilien.
5. Verfassen Sie einen Erklärtext von 300 Worten zu dem Schaubild über die Lebensformen (**M10**) in Deutschland, der auch die Ursachen für die Vielfalt an Lebensformen in Deutschland in den Blick nimmt.
6. Diskutieren Sie mögliche Zusammenhänge zwischen der Pluralität an Lebensformen und einer niedrigen Geburtenrate (**M12**).
7. a) Interpretieren Sie die Grafik zur Elternzeit (**M11**) unter Zuhilfenahme der Erklärungen zum Elterngeld und der Elternzeit.
   b) Erarbeiten Sie zu zweit mögliche Gründe für die unterschiedliche Inanspruchnahme der Elternzeit bzw. des Elterngeldes durch Mütter und Väter.
   c) Das Elterngeld bzw. die Elternzeit gibt es bereits seit 2007. Gut 15 Jahre später hat sich die Geburtenziffer kaum verändert (vgl. S. 21, **M7**). Das Ziel, über eine erleichterte Familiengründung für berufstätige Eltern die Anzahl der Geburten zu steigern, wurde bisher nicht erreicht. Reflektieren Sie mögliche Ursachen.
8. Ordnen Sie die einzelnen Materialien (**M7-M11**) den Bernhard Schäfers genannten Ursachen (**M12**) für den Geburtenrückgang zu.
9. Arbeiten Sie anhand des Textes **M13** 1 die Einstellung der Gesellschaft zur Familie heraus und setzen Sie Ihre Ergebnisse in Bezug zu den Lebenseinstellungen der verschiedenen Generationen (**M13** 2).
10. Überprüfen Sie anhand Ihrer gewonnen Erkenntnisse die in der Einstiegsaufgabe auf S. 20 gesammelten staatlichen Anreize zur Erhöhung der Fertilitätsrate.
11. Diskutieren Sie in der Klasse, ob es tatsächlich zentrale Aufgabe eines Staates ist, Anreize für das „Kinderkriegen" zu setzen.

F zu Aufgabe 8
Recherchieren Sie im Internet Beispiele für die von Bernhard Schäfers genannten Ursachen, die sich nicht in den Materialien wiederfinden.

F zu Aufgabe 9
Gestalten Sie mithilfe der im Text genannten Prozentzahlen einfache Balkendiagramme, die die Einstellung der Gesellschaft zur Familie abbilden.

WISSEN KOMPAKT

Demografische Übergänge → M7

Der Begriff dient der Unterteilung der Bevölkerungsentwicklung von Gesellschaften in verschiedene Phasen, die idealtypisch den Zusammenhang zwischen Sterberate und Geburtenrate beschreibt. Im klassischen 4-Phasen Modell werden folgende vier Phasen unterteilt:

Phase 1: Stark schwankende Sterbe- und Geburtenrate ist auf hohem Niveau (vorindustrielle Zeit bis Mitte 19. Jahrhundert).

Phase 2: Sinkende Sterberate bei gleichbleibender Geburtenrate führt zu einem stetig größer werdenden Geburtenüberschuss (Mitte 19. Jahrhundert bis vor dem Ersten Weltkrieg) und wachsender Bevölkerung.

Phase 3: Geburtenrate sinkt sehr bald rascher als die Sterberate, so dass der Geburtenüberschuss stetig abnimmt (Erster Weltkrieg bis zu den 1980er Jahren) und zu einem sich verlangsamenden Bevölkerungswachstum führt.

Phase 4: Sterbe- und Geburtenrate sinken auf niedriges Niveau, was zu einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung oder einem geringen Bevölkerungswachstum führt (1980er bis heute).

Eine Sonderform liegt in entwickelten Gesellschaften (z. B. Deutschland, Italien, Singapur, Japan) vor, in denen die Sterberate die Geburtenrate auf niedrigem Niveau übersteigt und es zu einem Bevölkerungsrückgang kommt (sofern kein ausreichend positives Zuwanderungssaldo vorliegt).

82000-686

Werte → M13

Jeder Mensch hat eine bewusste oder unbewusste Vorstellung davon, was für ihn wertvoll ist. Innerhalb eines Kulturraums gibt es einen gewissen Wertekonsens. MIthilfe von Fragen wie „Welche Prinzipien leiten mein Handeln?“ lässt sich der eigene Wertekatalog ermitteln. Werte werden in der Sozialisation übernommen, internalisiert und verändern sich zumindest in ihrer Ausprägung im Laufe des Lebens stetig. Auch in gesellschaftlicher Hinsicht sind Werte wandelbar (Wertewandel).

82000-687

Geschlechterverhältnis → M2

In den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg kommt es v. a. in den westlichen Gesellschaften zu einer Veränderung des Geschlechterverhältnisses. Die verfassungsrechtliche Errungenschaft der Gleichstellung von Frau und Mann (z. B. in der Weimarer Reichsverfassung und im GG) werden durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen in konkrete politische Entscheidungen umgesetzt. Bildungseinrichtungen öffnen sich immer stärker für Mädchen und Frauen und führen letztlich dazu, dass z. B. an den Gymnasien mehr Mädchen als Jungen unterrichtet werden (Schuljahr 2019/20 163.385 zu 147.827) und in den letzten Jahren der Frauenanteil an den Erstsemestern 50 Prozent erreichte. Mit dem Familiengesetz aus dem Jahr 1977 können verheiratete Frauen ohne Zustimmung der Ehemänner eine Berufstätigkeit ausüben. Dennoch ist die Gleichstellung der Geschlechter auch heute in vielen Bereichen noch nicht erreicht. Trotz positiver Entwicklung liegt der Frauenanteil in Vorständen der DAX-Unternehmen auch 2022 weiterhin nur bei 21,8 % (2012: 7,8 %). Als Gender-Pay-Gap bezeichnet man den unterschiedlichen Bruttostundenlohn von Frauen und Männern für die gleiche Arbeit.

82000-688

Lebensformen → M10

Seit den 1970er Jahren haben sich die Formen, in denen Menschen als Familie oder allein leben, stark verändert. Die traditionelle Familie mit Frau, Mann und Kindern in Ehe zusammenlebend ist immer noch die vorherrschende Form, hat aber in ihrer Bedeutung als gesellschaftliches Rollenmodell stark an Bedeutung verloren. Neben den Singlehaushalten gewinnen nichteheliche Lebensgemeinschaften in den verschiedensten Facetten an Bedeutung. Dies reicht von gleichgeschlechtlichen Paaren über Patchworkfamilien, Familien, in denen die Eltern ohne Trauschein zusammenleben, bis hin zu Alleinerziehenden mit Kindern. Diese zunächst dauerhaft angelegten Lebensformen werden noch durch zeitlich begrenzte Lebensformen, wie z. B. Wohngemeinschaften, ergänzt.

82000-689

Wie ist der demografische Ist-Zustand in Deutschland?
M7

Die Geburtenziffer verharrt mittlerweile seit Jahrzehnten auf niedrigem Niveau und wird ergänzt um eine niedrige bzw. leicht steigende Sterberate. Sobald der fast immer positive Zuwanderungssaldo aus den Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung herausgerechnet wird, ergibt sich eine stetige Bevölkerungsabnahme. Nur eine stetige Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten sorgte dafür, dass die Bevölkerung Deutschlands nicht abnahm. Dieser Prozess hatte jedoch kaum Auswirkungen auf den Altersdurchschnitt der Bevölkerung in Deutschland, da dieser über die letzten Jahrzehnte betrachtet kontinuierlich stieg.

Was sind die Ursachen des demografischen Wandels?
M8-M11

Nach wie vor bestehen Vorbehalte gegen kinderreiche Familien. Weiterhin bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein Problem. Trotz erkennbaren Fortschritten mangelt es z. B. an Kinderbetreuungsangeboten bzw. an passgenauen Angeboten, die den gestiegenen Anforderungen der Arbeitswelt hinsichtlich Flexibilität und Mobilität den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gerecht werden.
Eine weitere Ursache ist die berufliche Orientierung der Frauen. Da sich der Großteil der Frauen nach Schulzeit und Ausbildung zunächst darauf konzentriert, beruflich Fuß zu fassen, steigt das Durchschnittsalter der Frauen bei der ersten Geburt.
Vereinfacht lässt sich festhalten: Je höher der Bildungsabschluss desto später wird der evtl. Kinderwunsch umgesetzt. Hinzu kommt, dass sich für die Umsetzung des Kinderwunsches nicht immer Partnerinnen bzw. Partner finden lassen oder sich die Bereitschaft der Männer, den entsprechenden Anteil der Familienarbeit zu übernehmen, nur langsam ändert.
Eine Familiengründung um des Kindeswunsches willen ist längst nicht mehr gesellschaftliche Normalität. Auch das Leben in einer Konsumgesellschaft verbunden mit einem anspruchsvollen Lebensstil lässt Menschen vor dem Hintergrund der Kosten für Kinder vor der Familiengründung immer weiter Abstand nehmen.
Diese Aufzählung an Ursachen ist sicherlich nicht erschöpfend und muss in ihrer gegenseitigen Bedingtheit verstanden werden.

Welche Möglichkeiten staatlicher Gegenmaßnahmen gibt es?
M6, M12, M13

Die möglichen Gegenmaßnahmen von staatlicher Seite korrespondieren naturgemäß mit den genannten Ursachen. Neben direkten staatlichen Hilfen (z. B. Kindergeld, Elterngeld, Erziehungsgeld, Erziehungszeit) müssen weitere finanzielle Mittel für den Ausbau einer familienfreundlichen Infrastruktur (z. B. Ganztagesangebote im Vorschul- und Schulalter) in die Hand genommen werden. Zusätzlich bedarf es einer Politik, die Familien stärker in den Fokus rückt (z. B. steuerliche Vorteile, familienfreundliche Rahmengesetzgebung z. B. in der Arbeitswelt und im Bildungsbereich) und Anreize verstärkt, die die Ausgewogenheit in der Familienarbeit zwischen Frau und Mann fördert.
Inwieweit diese Anreize auf die individuelle und private Entscheidung, ein Kind zu bekommen, nachweisbaren Einfluss haben, ist in der Wissenschaft umstritten. Ein letzter Aspekt wäre die Verstetigung bzw. Erhöhung des positiven Zuwanderungssaldos (vgl. Unterkapitel 1.3 und 1.4).

1.3 Gesellschaft unter Druck – Folgen der Bevölkerungsentwicklung

Zum Thema: Die niedrige Geburtenrate bzw. die Überalterung der Gesellschaft als Aspekte der aktuellen Bevölkerungsentwicklung ziehen gesellschaftliche Folgen nach sich. An ausgewählten Bereichen werden diese Folgen veranschaulicht und mögliche Antworten auf diese Fragen gesucht: Gelingt uns die Aufwertung der Pflegeberufe? Müssen wir die Kommunen altersgerecht umgestalten? Brauchen wir ein anderes Gesundheitssystem?

M14 Pflegenotstand – eine Folge der demografischen Entwicklung?

Immer mehr Pflegekräfte fehlen
Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln prognostiziert bis zum Jahr 2035 eine Versorgungslücke in der stationären Pflege von ca. 300.000 Pflegekräften. Die Versorgungslücke im gesamten Pflegebereich könnte auf ca. 500.000 Fachkräfte ansteigen. Immer mehr Pflegebedürftige und fehlende Gehaltsanpassungen sind u. a. Gründe für diese Entwicklung.

Pflegekräfte demonstrieren für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.

Einstiegsaufgaben

71911-107

1. Beschreiben Sie das Bild und stellen Sie einen Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung Deutschlands her.
2. Begründen Sie vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Deutschlands die Notwendigkeit massiver Lohnsteigerungen in den pflegenden Berufen.

M15 Immer älter, immer teurer – steht das deutsche Gesundheitssystem vor dem Kollaps?

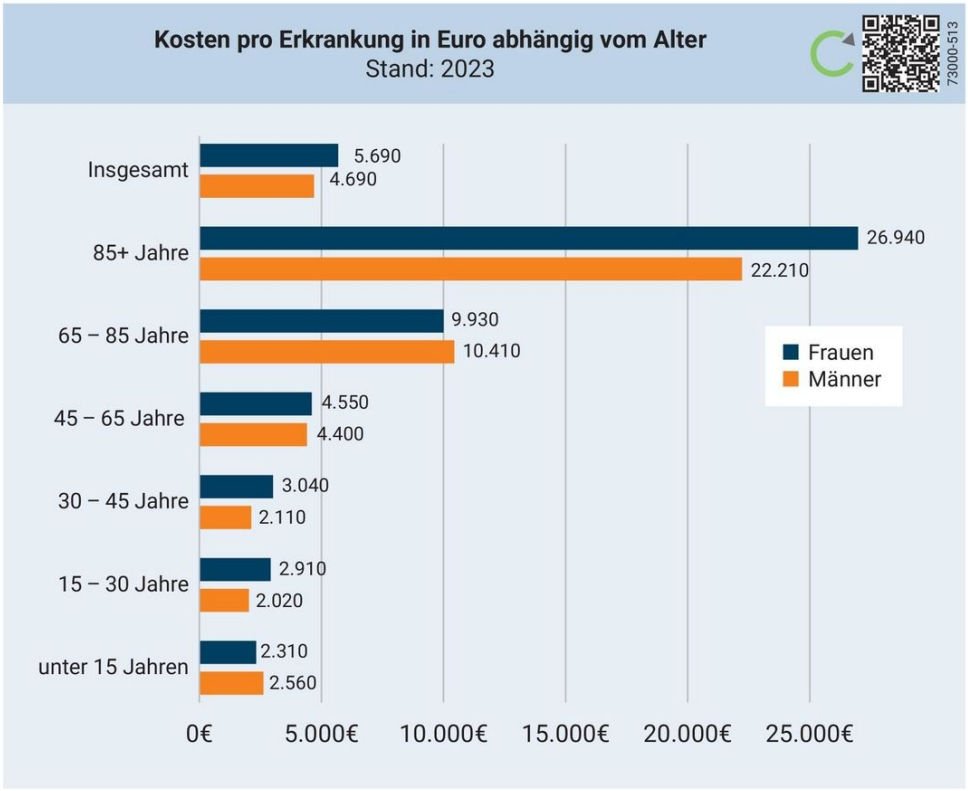
1 **Welchen Anteil haben die Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt?**

Weitere Datensätze zu den Gesundsheitsausgaben
→ Methodenkarte, S. 17

Gesundheitsausgaben in Deutschland als Anteil am BIP				
	1992	2000	2010	2019
Gesundheitsausgaben in Mio. €	159.468	214.651	291.051	410.849
Anteil am BIP in %	9,4	10,2	11,3	11,9
Gesundheitsausgaben je Einwohner in €	1.981	2.635	3.625	4.944

Nach: Gesundheitsberichterstattung des Bundes, 2021

2 **Wieviel kostet eine Erkrankung die deutsche Volkswirtschaft im Durchschnitt?**

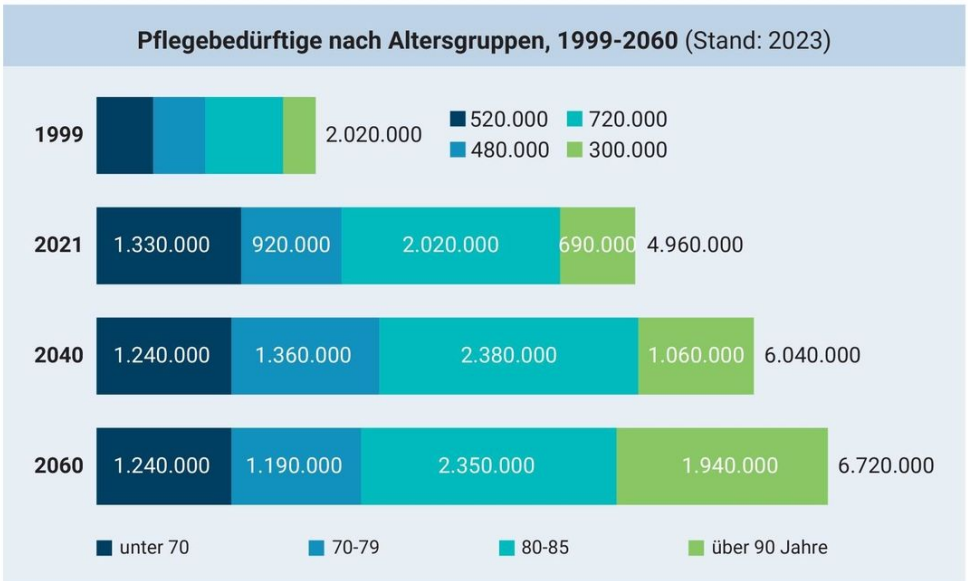


© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DESTATIS (Datenerhebung: 2020; Grafikerstellung: 2023)

Lesehilfe: Wie hoch sind die Krankheitskosten? Unterscheiden sich die Krankheitskosten nach Geschlecht und Lebensalter? Die Krankheitskostenrechnung des Statistischen Bundesamtes gibt darüber Auskunft. Unter Krankheitskosten werden dabei die unmittelbar mit *einer* medizinischen Heilbehandlung, Präventions-, Rehabilitations- oder Pflegemaßnahme verbundenen Ausgaben verstanden.

M16 Wie kann man mit dem demografischen Wandel umgehen?

1 **Wie entwickelt sich die Anzahl der Pflegebedürftigen in Deutschland voraussichtlich?**



Nach: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Demografieportal), 2023

Fachkräftemangel
Der Fachkräftemangel bezieht sich aktuell in Deutschland vor allem auf die Pflegebranche, in der eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen nicht mit entsprechend qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden kann. Eine der Ursachen ist der demografische Wandel, da z. B. die Anzahl junger Menschen, die für eine Ausbildung zur Verfügung stehen, insgesamt sinkt.

2 Alternative Wohnkonzepte als Lösung? „Wahlverwandte" in Nürnberg

Rund zehn Jahre dauerte die Entstehung des Wohnprojekts „Wahlverwandtschaften" in Nürnberg. Seit Ende 2019 wird das Gebäude nun bewohnt. Das Besondere: Der Nachbar ist hier mehr Verwandter als Unbekannter. Hier wird Wert auf Gemeinschaft gelegt.

Drei Familien starteten die Initiative zum Wohnprojekt „Wahlverwandtschaften" in Nürnberg. Es dauerte sehr lange, bis ein geeignetes Grundstück in der Stadt gefunden wurde. Ohne Zuschüsse und Unterstützung der Stadt entstand das komplett privat finanzierte Wohnprojekt am Bielingplatz. Seit Ende 2019 ist es fertig und inzwischen sind 38 Erwachsene und 16 Kinder in das Mehrgenerationenhaus eingezogen. Die Bewohner des Mehrgenerationenhauses nennen sich selbst „Wahlverwandte". Die Idee dahinter ist, in einer Gemeinschaft mit allen Bewohnern zu leben, obwohl jeder seine eigenen vier Wände hat. „Für mich ist das wie eine neue Familie", erklärt Isabell Gregor, die mit ihrem Mann und zwei Kindern eingezogen ist. Für die junge Mutter ist es schön, dass ihre Kinder und auch sie selbst immer Gesellschaft haben können, wenn sie es möchten. Grundlage des Zusammenlebens ist auch, dass alle Entscheidungen gemeinschaftlich getroffen werden. Es werden keine Mehrheiten gebildet, die sich durchsetzen, sondern immer im Konsens entschieden. Das bedeutet, dass ein Kompromiss gefunden werden muss, mit dem alle Bewohner leben können.

Die Bewohner konnten je nach Platzbedürfnis aus sieben Wohnungstypen – vom Studentenapartment bis zur Familienwohnung – auswählen. Um Platz zu sparen, gibt es auf jedem Stockwerk Waschmaschinenräume und im Keller eine gemeinsame Werkstatt. Im Dachgeschoss gibt es einen großen Gemeinschaftsraum mit Küche und Zugang zur Dachterrasse und Gemüsegarten. Auch der begrünte Innenhof steht allen zur Verfügung. Das Erdgeschoss ist an eine Kindertagesstätte vermietet. Die Bewohner des Wohnprojekts haben sich in einer eigenen Genossenschaft organisiert. Die Genossenschaft ist demnach die Eigentümerin des Gebäudes. Jeder Bewohner wurde aber durch Eigenkapitaleinlagen ein Genosse und er ist zugleich auch Mieter einer Wohnung. Neben Eigenkapital wurde das Bauprojekt auch über andere Darlehen finanziert.

Mehrgenerationenwohnhäuser sind komplexe Bauvorhaben und gerade zu Beginn kann das Baugemeinschaften überfordern, erklärt die Architektin Margarete Weidinger vom Verein „Der Hof e.V.". Die Interessierten kennen sich noch nicht lange, stehen aber in der Verantwortung, ein großes Bauprojekt finanziell zu stemmen und sich immer wieder einigen zu müssen. Daher holen sich solche Bau-Gemeinschaften oft Berater an die Seite. Die „Wahlverwandten" haben sich den Nürnberger Verein „Der Hof e.V." als Projektbegleiter an die Seite geholt. […]

Mittlerweile sind im Großraum Nürnberg einige solcher alternativen Wohnprojekte entstanden. Sie unterscheiden sich aber erheblich in ihrer Organisationsform und Größe. Manche sind privat organisiert, andere durch Vereine, soziale Organisationen wie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) oder manche durch Wohnbaugenossenschaften […].

Private Initiativen wie die der „Wahlverwandtschaften" sind eher selten. Oft scheitert es daran, überhaupt ein Grundstück für privat-initiierte Wohnprojekte zu bekommen. Geglückt ist das auch dem Mehrgenerationenwohnprojekt „Spiegelfabrik" in Fürth, das fast bezugsfertig ist und dem Bauprojekt „Raumteiler" in Erlangen, die noch in der Planungsphase sind.

BR24: Alternativ Wohnen – Wahlverwandte in Nürnberg. In: www.br.de, 26.10.2020

Mehrgenerationenhäuser
Stand Mitte 2022 gibt es in Deutschland 531 Mehrgenerationenhäuser im Rahmen eines Bundesprogramms.

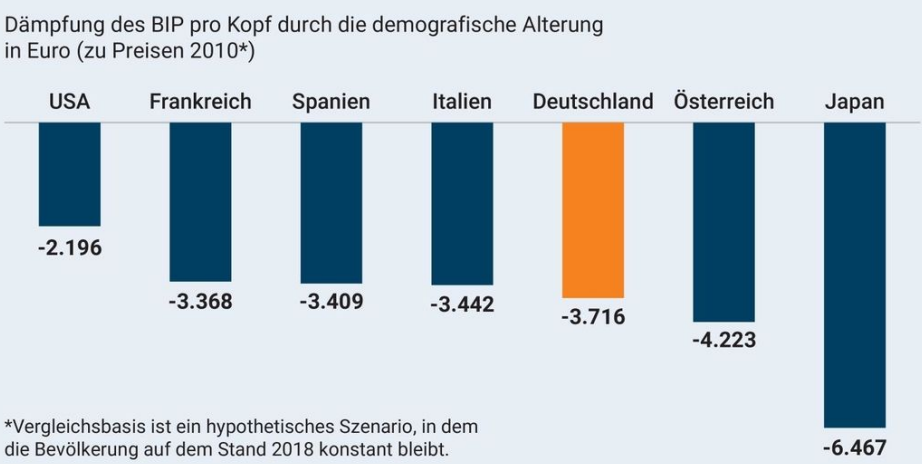
M17 Welche anderen Folgen hat der demografische Wandel?

1 Wohlstandseinbußen als Folge des demografischen Wandels

Ein Grund für die Wohlstandseinbußen ist der Wandel der Erwerbsbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten: Immer weniger Personen im Erwerbsalter stehen immer mehr Rentnerinnen und Rentnern gegenüber. Aber auch die Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung wandelt sich: In den nächsten zehn bis 20 Jahren wird in fast allen untersuchten Ländern der Anteil älterer Menschen (55- bis 64-Jährige) an der Erwerbsbevölkerung zunehmen. Da empirisch betrachtet die individuelle Produktivität eines Menschen ihren Höhepunkt im Lebensalter von etwa 50 Jahren erreicht und danach langsam zurückgeht, wirkt sich dies negativ auf die Arbeitsproduktivität der gesamten Wirtschaft aus.

Bearbeiter, basierend auf: nach Lizarazo, López / Petersen, Thieß: Alterung der Gesellschaft führt zu hohen Wohlstandseinbußen in Deutschland. In: www.bertelsmann-stiftung.de

Das kostet der demografische Wandel 2040
Stand: 2019



Nach: Bertelsmann Stiftung, 2019

2 Wirtshäuser verschwinden …

In einem Artikel des Magazins „Kommunal" vom März 2020 beschreibt die Journalistin Dorothea Walchshäusl eine weitere Folge des demografischen Wandels.

Die bayerische Wirtshauskultur ist legendär und lange Zeit über war das Gasthaus neben der Kirche das gemeinschaftliche Zentrum eines Dorfes. Die Lage hat sich drastisch verändert. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat Bayern zwischen den Jahren 2006 und 2015 fast ein Viertel seiner Schankwirtschaften verloren und damit auch eine zentrale Institution im Leben der betroffenen Kommunen. […] Im 850-Einwohner-starken Dorf Geratskirchen im Landkreis Rottal-Inn in Niederbayern war ein solches Miteinander lange Zeit über selbstverständlich. Bis vor fünf Jahren gab es hier drei Gaststätten im Ort. „Darauf waren wir recht stolz", erzählt Bürgermeister Johann Gaßlbauer. „In so einem kleinen Ort ist das Wichtigste die Kirche und direkt danach kommt das Wirtshaus", sagt Gaßlbauer, und in Geratskirchen gelte das auch in der heutigen Zeit noch. So sei man nach dem sonntäglichen Kirchgang regelmäßig noch zum Frühschoppen gegangen und [es] wurden

Link zum vollständigen Artikel

71911-108

auch private Feste mit der Familie beim Wirt gefeiert. Zudem war das Wirtshaus ein wichtiger Anlaufpunkt für die zahlreichen Vereine im Dorf. Senioren- und Pfarrnachmittage, Faschingsfeiern und Bürgerversammlungen wurden dort veranstaltet und auch im Anschluss an die Gemeinderatssitzung sei man geschlossen zum Wirt gegangen, so Gaßlbauer. Dann aber brachen der Reihe nach alle Wirtshäuser weg und als Mitte Dezember 2019 auch noch die „Hofmark" überraschend schließen musste, war das ein herber Einschnitt. „Das hat uns ganz schön erwischt", sagt der Bürgermeister. Weihnachtsfeiern wurden verschoben oder ganz abgesagt und das kommunikative Zentrum des Ortes lag plötzlich brach. Bis vier Mitglieder verschiedener Vereine des Dorfs eine Idee hatten. So drehten die vier ein originelles Video unter dem Motto „Dorf sucht Wirt" und stellten dieses [ins Internet]. Mit großem Erfolg: Knapp 47.000-mal wurde das Video mittlerweile geklickt und überregionale Medien berichteten. „Dass das so einschlägt, hat keiner gedacht", sagt Gaßlbauer. Das Schönste aber sei, dass tatsächlich ein Wirt gefunden wurde.

Walchshäusl, Dorothea: Rettet die Stammtische – Tipps gegen das Wirtshaussterben. In: www.kommunal.de, 10.03.2020

3 Bevölkerungsrückgang – ein Mittel im Kampf gegen den Klimawandel?

Die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs für Energie und Umwelt sind [...] positiv, da der Ressourcenverbrauch und die Umweltverschmutzung bei einer geringeren Bevölkerungszahl ceteris paribus [unter gleichen Umständen] abnehmen. Auf nationaler Ebene könnte ein Bevölkerungsrückgang zur Renaturalisierung in einigen Regionen genutzt werden. Weitaus bedeutender ist hier jedoch die globale Perspektive, da der Ressourcenverbrauch in Industrieländern wie Deutschland überproportional hoch ist [...]. Der pro Kopf bezogene Ressourcenverbrauch in den Industrieländern hat seit den 1970er-Jahren bezüglich der meisten Ressourcenarten zugenommen. Der ökologische Fußabdruck ist pro Person von 1961 bis 2007 in Europa um 30 % und in Deutschland um 42 % angestiegen [...]. Ein Maßstab für Nachhaltigkeit ist, dass sich die genutzten Umweltressourcen langfristig regenerieren lassen. In einer globalen Perspektive ist dies nicht der Fall, was sich v. a. durch den Klimawandel und den Verlust an Biodiversität sowie durch eine zunehmende Ressourcenknappheit an Energie, Wasser oder Fischbestand auswirkt. Hier kann ein Bevölkerungsrückgang auch eine Chance sein, den Ressourcenverbrauch und den Klimawandel zu reduzieren.

Hohes Verkehrsaufkommen auf der Bismarckstraße in Berlin

Bujard, Martin: Folgen der dauerhaft niedrigen Fertilität in Deutschland. Demografische Projektionen und Konsequenzen für unterschiedliche Politikfelder. In: Comparative Population Studies. 40 (Juni 2015).

INFO

Weitere mögliche positive Effekte des demografischen Wandels in den entwickelten Industrieländern wie Deutschland

In der Forschung wird mehrheitlich davon ausgegangen, dass der demografische Wandel in den entwickelten Ländern (hier: Deutschland) mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringt. Dennoch gibt es, neben den in **M17** 3 benannten, weitere positive Folgen:

- Mit einem langfristigen Rückgang der Geburtenzahlen sinkt z. B. die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber auf Lehrstellen oder Studiengänge, so dass geburtenschwache Jahrgänge eine größere Wahlmöglichkeit hinsichtlich ihrer Lebensentwürfe besitzen.
- Zudem stehen bei einem Bevölkerungsrückgang mehr Ressourcen pro Person zur Verfügung.
- Idealerweise kann das Pro-Kopf-Einkommen bei Bevölkerungsrückgang wachsen.
- Die bereits in **M17** 3 angesprochene Abnahme des Ressourcenverbrauchs und der Umweltverschmutzung hat insgesamt das Potenzial, zu einer Verbesserung der Lebensqualität zu führen.

Bearbeiter

Aufgaben

71911-109

1. a) Formulieren Sie in Kleingruppen (3-4 Personen) anhand des Diagramms und der Tabelle (**M15** 1 und 2) thesenartig die Herausforderungen, vor denen das Gesundheitssystem Deutschlands steht.
b) Vergleichen Sie die beiden Grafiken zum Anteil der Gesundheitskosten am BIP (**M15** 1 und 2) hinsichtlich ihrer Aussagekraft.

2. Formulieren Sie mithilfe von **M16** 1 und der Informationen in der Randspalte in Stichpunkten die Herausforderungen, die sich aus der deutlich steigenden Zahl an Pflegebedürftigen ergeben.

3. a) Beschreiben und beurteilen Sie die Organisation und Zielsetzung eines Mehrgenerationenhauses vor dem Hintergrund einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (**M16** 2).
b) Reflektieren Sie, ob diese Lebensform Ihnen entsprechen würde.

4. Analysieren Sie mithilfe des Textes in **M17** 1 die dort ebenfalls dargestellte Grafik.

5. a) Beschreiben Sie die Rolle, die ein Wirtshaus für ein Dorf spielen kann.
b) Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen dem demografischen Wandel und dem Rückgang der Wirtshäuser im ländlichen Bereich und diskutieren Sie mögliche Auswirkungen auf das dörfliche Zusammenleben (**M17** 2).

6. Bewerten Sie vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Wechselwirkung zwischen dem Verlust wichtiger „Institutionen" auf dem Dorf (z. B. Kindergarten, Schule, Freizeiteinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten) und dem Bevölkerungsverlust ländlicher Regionen in Deutschland.

7. Fassen Sie die möglichen Vorteile (**M17** 3), die sich aus einem Bevölkerungsrückgang ergeben könnten, in Stickpunkten zusammen.

8. a) Gestalten Sie mithilfe **M15-M17** eine (digitale) Pinnwand, die die Folgen der demografischen Bevölkerungsentwicklung darstellt.
b) Diskutieren Sie innerhalb der Klasse, welche weiteren Folgen mit auf die (digitale) Pinnwand übernommen werden sollten.

F **zu Aufgabe 5**
Formulieren Sie zu zweit Handlungsoptionen, die diesem Prozess Einhalt gebieten könnten. Greifen Sie dabei auf den gesamten Artikel (QR-und Mediencode neben **M17** 2 auf S. 31) zurück.

WISSEN KOMPAKT

Fachkräftemangel → M14
Der Fachkräftemangel bezieht sich auf die Situation, in der es in bestimmten Berufsfeldern, insbesondere im Bereich der Pflege, einen gravierenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gibt. Dieser Mangel wird verstärkt durch den demografischen Wandel, da die Zahl der älteren Menschen, die Pflege benötigen, steigt. Die Folgen sind eine Überlastung des bestehenden Personals, eine reduzierte Qualität der Pflege und eine Verschlechterung der Versorgungssituation für die ältere Bevölkerung.

Alternde Gesellschaft, individuelle Produktivität und Wohlstandseinbußen → M15, M17
Die individuelle Arbeitsproduktivität eines Menschen nimmt im Durchschnitt bis zum Alter von 50 Jahren zu. Jüngere Menschen befinden sich in beruflicher Ausbildung oder am Beginn ihrer beruflichen Entwicklung. Sie verfügen damit zunächst über ein geringeres Erfahrungswissen und besitzen eine niedrigere Arbeitsproduktivität. Bis zum Alter von ca. 50 Jahren bauen Menschen Erfahrungswissen auf und steigern ihre Arbeitsproduktivität. Im höheren Alter kann zunächst durch Erfahrungsleistung die physische und kognitive Leistungsabnahme wettgemacht werden, bis es letztlich doch zu einer Abnahme der Arbeitsproduktivität kommt. Wenn in einer alternden Gesellschaft immer mehr Menschen in diese Altersspanne kommen, wird sich dies aufgrund der insgesamt sinkenden Arbeitsproduktivität negativ auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesellschaft auswirken und Wohlstandseinbußen nach sich ziehen, da auch das Konsumverhalten einer alternden Gesellschaft zurückhaltender ist.

82000-690

Altersgerechte Umgestaltung der Kommunen → M16
Aufgrund der signifikanten Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen stehen Dörfer wie Städte vor der Herausforderung, ihre Infrastruktur dieser Entwicklung anzupassen. Nicht nur die Zunahme an Mehrgenerationenhäusern und Pflegeheimen, gerade auch im ländlichen Umfeld, sind eine Reaktion auf diese Entwicklung. Auch die Anpassung des ÖPNV, der Freizeitmöglichkeiten und Einkaufsmöglichkeiten in den Kommunen erfolgt sukzessive. Inwieweit die Bedürfnisse der jungen Menschen noch ausreichend Berücksichtigung finden, wird die große Herausforderung in diesem Prozess sein. Sollte dies nicht gelingen, werden die regionalen Unterschiede in Deutschland noch verstärkt, da dies die Abwanderung junger Menschen in ein attraktives Lebensumfeld zur Folge haben wird (vom Land in die Stadt, von Ost nach West).

82000-691

Generationenvertrag → M16 2, M17 1
Der Generationenvertrag beruht auf dem Prinzip, dass die jüngere Generation die ältere Generation unterstützt und dafür im Gegenzug eine ähnliche Unterstützung im Alter erhält. Der Generationenvertrag umfasst verschiedene Aspekte wie Rentensysteme, soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung. Der demografische Wandel und die zunehmende Lebenserwartung stellen jedoch eine Herausforderung für den Generationenvertrag dar. Problematisch ist dies v. a. in Bezug auf das Solidarprinzip und das Umlageverfahren, da sich die aktuell arbeitende Bevölkerung zwar das Recht auf eine faire Rente erarbeitet, aber nicht vollkommen klar ist, wie diese in Zukunft finanziert werden kann.

82000-682

Generationenkonflikt und Regionenkonflikt
Der Generationenkonflikt bezieht sich auf die unterschiedlichen Ansichten und Wertvorstellungen zwischen verschiedenen Altersgruppen, insbesondere zwischen älteren und jüngeren Generationen. Dieser Konflikt entsteht oft aufgrund von unterschiedlichen Lebenserfahrungen, sozialen und politischen Haltungen sowie dem Einfluss von Technologie. Der Regionenkonflikt hingegen beschreibt Konflikte, die auf geografischen und kulturellen Unterschieden zwischen verschiedenen Regionen basieren. Solche Konflikte können territoriale, ethnische, wirtschaftliche oder politische Aspekte beinhalten und führen oft zu Spannungen, Rivalitäten und Unstimmigkeiten zwischen den betroffenen Regionen. Der Umgang mit beiden Konflikten erfordert Dialog, gegenseitiges Verständnis und Kompromissbereitschaft, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Die gesamtgesellschaftlichen Kosten für die Altersvorsorge nehmen zu bzw. werden die Bürgerinnen und Bürger zwingen, einen größeren Teil ihrer Einnahmen für die Altersvorsorge aufzuwenden.

Der in der Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte währende Generationenvertrag gerät aufgrund des demografischen Wandels zunehmend unter Druck. Im Verhältnis zahlen immer weniger Menschen Beiträge in die Rentenkasse ein, aus der immer mehr in Ruhestand befindliche Menschen ihre Rente beziehen (vgl. Unterkapitel 1.4). Gleiches gilt auch für die Pflegeversicherung und das Gesundheitssystem insgesamt. Eine alternde Bevölkerung bedeutet eine größere Zahl an Pflegebedürftigen und höhere Kosten im Gesundheitssystem, da ältere Menschen im Vergleich zu jüngeren eine häufigere und intensivere medizinische Versorgung benötigen, die aber angesichts des Fachkräftemangels im Pflegebereich vorerst schwer zu bewerkstelligen ist. Insgesamt wird deshalb in der jüngeren Generation mit Wohlstandseinbußen zu rechnen sein.

Weiterhin stehen die Kommunen vor der kostenintensiven Aufgabe, ihre Infrastruktur an die veränderte demografische Situation anzupassen (z. B. altersgerechte Kommune, Rückbau kommunaler Einrichtungen bzw. von Bildungseinrichtungen in Regionen mit Bevölkerungsabnahme und umgekehrt). Die bereits bestehenden regionalen Disparitäten zwischen Stadt und Land bzw. zwischen Ost und West werden sich tendenziell eher verstetigen. Die Attraktivität urbaner Regionen hinsichtlich des Angebots im medizinischen und kulturellen Bereich bzw. des Arbeitsumfelds und Bildungsangebots wirkt als Magnet und verstärkt die Unterschiede in der Lebensqualität. Zu befürchten ist, dass angesichts dieser Effekte eine Kluft zwischen den Generationen entsteht, die sich bis hin zu einem Generationenkonflikt entwickeln kann.

Auch die in der Gesamtbetrachtung der demografischen Situation naheliegende Zuwanderung kann zu gesellschaftlichen Spannungen führen. Alle genannten Aspekte des demografischen Wandels stellen eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar, der ein wesentliches Ziel staatlichen Gestaltens in der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Daneben bietet der demografische Wandel Chancen, die durch staatliche Gestaltung, etwa gesetzliche Rahmenbedingungen oder finanzielle Ressourcen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt verstärken können.

Welche möglichen negativen Effekte könnte der demografische Wandel haben?
M14-M18

Eine alternde Gesellschaft wird zu einer Zunahme an Arbeitsplätzen im Pflege- und Gesundheitsbereich führen. Sie bietet aber auch die Chance, den Zusammenhalt zwischen Jung und Alt durch Lebensformen jenseits herkömmlicher Familienstrukturen (z. B. Mehrgenerationenhäuser) zu stärken. Die vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen (Bildung, Arbeit, etc.) verteilen sich auf weniger Menschen und bieten damit größere Entwicklungschancen.

Die mittel- bis langfristige Abnahme der Bevölkerung führt zu einem sinkenden Verbrauch natürlicher Ressourcen und damit einer Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen bzw. der Verlangsamung des Klimawandels vor allem in globaler Perspektive.

Eine kontinuierliche Zuwanderung kann zur Stärkung der gesellschaftlichen Vielfalt führen und so den Zusammenhalt einer pluralen Gesellschaft vertiefen.

Welche möglichen positiven Effekte könnte der demografische Wandel haben?
M19

1.4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Ziel staatlichen Gestaltens – Möglichkeiten und Wirksamkeit staatlichen Handelns in Zeiten sinkender und alternder Bevölkerung

Zum Thema: An den Politikfeldern Altersvorsorge und Migration wird exemplarisch gezeigt, wie Deutschland als Staat auf die Herausforderungen des demografischen Wandels reagiert. Abschließend beurteilen Sie die Wirksamkeit einzelner staatlicher Maßnahmen in diesen Zusammenhängen.

M18 „Die Rente ist sicher" – sicher?

Grundsicherung
Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung können bedürftige in Deutschland wohnhafte Menschen bekommen, wenn sie entweder die Regelaltersgrenze – das ist der Zeitpunkt, an dem Sie die reguläre Altersrente beziehen können, erreicht haben oder sie dauerhaft voll erwerbsgemindert und mindestens 18 Jahre alt sind.

Karikatur: Thomas Plaßmann, 2021

Einstiegsaufgaben

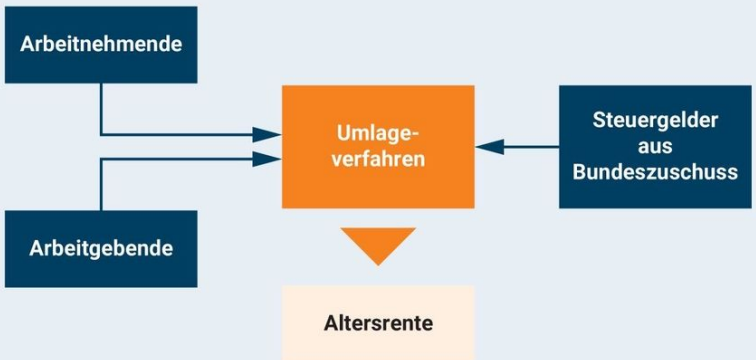
71911-110

1. Analysieren Sie die Karikatur.
2. In nahezu allen Wahlen zum Deutschen Bundestag spielte die „sichere Rente" eine wichtige Rolle für die Wahlentscheidung der Menschen. Bestimmen Sie zu zweit Gründe für diese Bedeutung vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Zusammenhalts und berücksichtigen Sie die Ergebnisse Ihrer Interpretation der Karikatur.
3. Recherchieren Sie kurz zum Ursprung und der Bedeutung des Slogans „Die Rente ist sicher" und dessen Bedeutung für die deutsche Politik.

M19 Immer mehr Rentnerinnen und Rentner pro Beitragszahlende: Ist der Generationenvertrag noch zu halten?

1 Wie wird die Rentenversicherung finanziert?

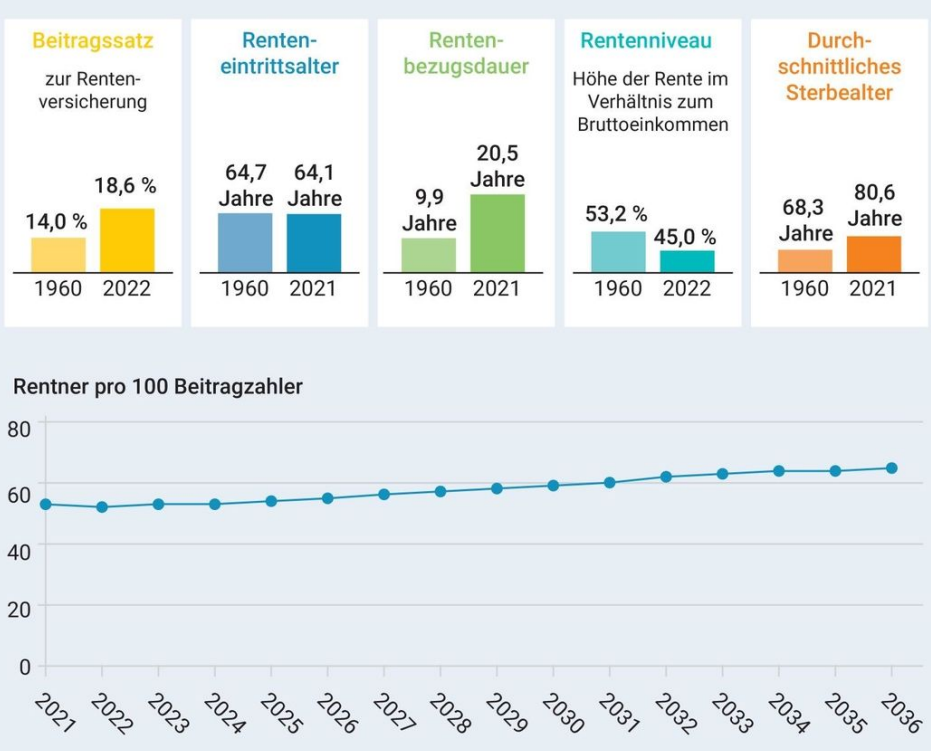
Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung (vereinfacht)



Bearbeitergrafik

2 Welche Probleme hat die Rentenversicherung?

Die Probleme der Rentenversicherung
Stand: 2023



*Rentner:innenquotient | 1960: Angaben für Westdeutschland

© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DRV / BMAS (Datenerhebung: 2022; Grafikerstellung: 2023)

Umlageverfahren
Im Gegensatz zum Kapitaldeckungsverfahren finanzieren die Beitragszahlenden nicht die eigene Rente, sondern die Bezüge der aktuellen Rentenbeziehenden. Sie erwerben allerdings einen Anspruch auf die eigene Rente.

Hinweis
Der Beitragssatz zur Rentenversicherung bezieht sich auf das Bruttoarbeitsentgeld.

Solidarprinzip
Bürgerinnen und Bürger einer definierten (Solidar-)Gemeinschaft gewähren sich gegenseitig Unterstützung und Hilfe und sind nicht für sich allein verantwortlich.

M20 Wie reagiert der Staat auf Probleme mit der Rentenversicherung?

1 Die Rentenreform 2001

[Durch sie] sollte eine Entlastungswirkung für die Rentenversicherung vor allem durch Einführung einer kapitalgedeckten [privaten] Altersvorsorge erzielt werden, die die umlagefinanzierte bisherige Rentenversicherung ergänzt. Damit soll auch der Beitragssatz für die Versicherungspflichtigen auf Dauer unter 20 % gehalten werden, ohne dass das Rentenniveau der Rentenempfänger deutlich gekürzt wird, um insgesamt die Belastungen auf die verschiedenen Generationen möglichst gleichmäßig zu verteilen (Generationengerechtigkeit). [...] Aktuell zeigt sich die Gefahr steigender Altersarmut bzw. ein Absinken auf die Grundsicherung, auch bedingt durch die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 % (2030) infolge von Erwerbsbiografien mit längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit und aufgrund von Niedriglohnbeschäftigungen.

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

Betriebliche Altersvorsorge
Arbeitnehmende haben grundsätzlich Anspruch auf eine betriebliche Altersversorgung (letzte gesetzliche Reform 2018). Ein bestimmter Betrag des Bruttolohns kann auf Wunsch der Arbeitnehmenden vom jeweiligen Arbeitgebenden in eine betriebliche Altersversorgung umgewandelt werden. Die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung können auch ganz oder teilweise vom Arbeitgebenden übernommen werden. Um die Organisation der betrieblichen Altersversorgung kümmert sich der Arbeitgebende, der auch die Anlageform der Betriebsrente wählt. Durch steuerliche Vorteile für beide Seiten unterstützt der Staat die Betriebsrente finanziell zumindest indirekt.

2 Rente mit 75?

Um den zu erwartenden kontinuierlichen Anstieg [der] Lebenserwartung und Rentenbezugsdauer (zumindest teilweise) auszugleichen, [ist einer wissenschaftlichen und politischen Debatte zufolge] die weitere Anhebung der Regelaltersgrenze [auf 67 Jahre] unverzichtbar. Hinsichtlich der für erforderlich gehaltenen Höhe der Regelaltersgrenze variieren die Vorstellungen: So nennt der Sachverständigenrat eine Altersgrenze von 71 Jahren, das Institut der Deutschen Wirtschaft (2016) geht gar von 75 Jahren aus. [...] Nicht alle Älteren haben die positive Entwicklung der Lebenserwartung im gleichen Maße mitgemacht und werden sie auch in Zukunft nicht mitmachen. Und auch die Vorstellung, dass sich die Arbeitsbedingungen, einhergehend mit dem wirtschaftsstrukturellen Wandel, im ‚Selbstlauf' weiter verbessern würden, erweist sich als fragwürdig. Differenzierte Analysen zeigen, dass sich vielmehr Belastungsschwerpunkte verschieben und es zu Verschiebungen auch zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen kommt. Auffällig ist vor allem die deutliche Zunahme bei den psychischen Anforderungen und Belastungen.

Bäcker, Gerhard / Kistler, Ernst: Rente erst ab 70? In: www.bpb.de, 30.01.2020

Sachverständigenrat
Die „fünf Wirtschaftsweisen" sind ein Gremium, dass sich auf wissenschaftlicher Basis mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands beschäftigt.

3 Private Vorsorgeprodukte als ein Baustein staatlicher Altersvorsorge?

Die private Altersvorsorge beruht auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und der Kapitalanlage: Im jüngeren und mittleren Lebensalter werden durch Konsumverzicht und Spartätigkeit Vermögensbestände angesammelt, die sich durch Wertzuwächse (Zinseszinseffekte oder Kurssteigerung von Wertpapieren) in ihrer Summe kontinuierlich erhöhen (sollen). Im Alter kann dann der Lebensunterhalt durch die Zinserträge und die sukzessive Vermögensauflösung bestritten bzw. unterstützt werden. [...]

Die Rendite des Vermögens und damit die Einkommenshöhe im Alter werden durch die Bedingungen und Ergebnisse des Marktes bestimmt. Dazu gehört auch, dass risikoreiche Anlagen, deren Rendite anfangs hoch erscheint, sich langfristig sogar zu Verlusten wandeln können. Anbieter auf diesen Märkten, die Umsätze und auch Gewinne in Milliardenhöhe ermöglichen, sind Banken, Versicherungen und Finanzdienstleister [...].

Bäcker, Gerhard / Kistler, Ernst: Vorsorgeprodukte. In: www.bpb.de, 30.01.2020

4 Was sind Riester-Verträge?

Riester-Verträge sind eine staatlich geförderte Altersvorsorge [benannt nach Walter Riester (SPD), Arbeitsminister von 1998 bis 2002], die die private Altersvorsorge stärken soll, in dem sie verschiedene Anlagen mit staatlichen Mitteln unterstützt (ab 2002).

Nach wie vor hat aber – trotz aller anfänglichen Dynamik in den Verbreitungsquoten – eine deutliche Mehrheit der Anspruchsberechtigten [ca. 20-24 Millionen von 35-40 Millionen Anspruchsberechtigten] keine Riester-Verträge abgeschlossen. Zudem flacht der „Riester-Boom" merklich ab und ist mittlerweile rückläufig. Auch wenn bei einer freiwilligen Regelung keine Verbreitungsquote von 100 Prozent erwartet werden kann, weil z. B. die Arbeitnehmer im rentennahen Alter oder die Beschäftigten mit einer als ausreichend angesehenen betrieblichen Altersversorgung auf das Riestern verzichten, so zeigen die Daten doch, dass der Ansatz des Paradigmenwechsels in der Alterssicherung, nämlich die private Vorsorge als einen flächendeckenden Ersatz für die sinkenden Leistungen der Rentenversicherung vorzusehen, nicht erreicht worden ist.

Bäcker, Gerhard / Kistler, Ernst: Verbreitung und Nutzung. In: www.bpb.de, 30.01.2020

Die Probleme der Riesterrente

- zu hohe Gebühren bei Vertragsabschluss
- die Rendite ist zu gering
- sie ist insgesamt ineffiezient

Bearbeiter, basierend auf: Verbraucherzentrale Bundesverband: Stoppt die Riester-Rente! In: www.vzbz.de, 19.11.2021

M21 Ist Migration eine mögliche Lösung für den demografischen Wandel?

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland
Stand: 2022

73000-26

Wanderungssaldo
Bezeichnet die Differenz zwischen der Zu- und Abwanderung innerhalb eines Landes in einer bestimmten Zeit (z. B. ein Jahr).

*bis 1990 früheres Bundesgebiet

© C.C. Buchner Verlag. aktuelle Daten nach: DESTATIS. 2021

Interaktive Karte zum Anteil ausländischer Bevölkerung in Deutschland

71911-111

Seit der deutschen [Wiedervereinigung] sind per Saldo 7,5 Millionen Menschen nach Deutschland zugewandert. Davon hatten 1,1 Millionen Personen die deutsche und 6,4 Millionen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Da die Zuwanderer durchschnittlich jünger als die ansässige Bevölkerung Deutschlands sind, wirkt die Nettozuwanderung der Alterung entgegen und verjüngt stetig die Altersstruktur der Einwohner. Die Zuwanderung wird zwar die Alterung nicht umkehren können, bremst diese jedoch ab.

Als Folge der Migration leben heute in Deutschland Menschen mit vielen unterschiedlichen Nationalitäten. Im Jahr [2019] hatten [11,2] Millionen Menschen oder [13,5 %] der Bevölkerung eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die meisten Ausländerinnen und Ausländer kamen aus Europa (70 %) und Asien (21 %). Besonders verbreitet waren darunter türkische (15 %), polnische (8 %), syrische (6 %), italienische (6 %) und rumänische (5 %) Staatsangehörige.

Die Gesamtzahl der Menschen mit Migrationshintergrund (einschließlich Deutsche mit ausländischen Wurzeln) betrug 2019 rund 21,2 Millionen. Auch hier ist Europa weiterhin die wichtigste Herkunftsregion. Die Bedeutung anderer Erdteile ist in den letzten fünf Jahren jedoch gestiegen. Mittlerweile haben 3,2 Millionen Menschen in Deutschland ihre Wurzeln im Nahen und Mittleren Osten. Rund 988.000 Menschen sind afrikanischer Herkunft.

Nach: Statistisches Bundesamt: Migration in Zeiten des demografischen Wandels. www.destatis.de, Abruf am 29.07.2022

M22 Wie viele Menschen müssten zuwandern, damit die deutsche Bevölkerung nicht schrumpft?

per Saldo
hier: aufgrund des Saldos (→ S. 39) bzw. Differenzbetrags

Um die Bevölkerungszahl Deutschlands bei dauerhaft niedriger Fertilität konstant zu halten, müssten nach eigenen Modellrechnungen, die den Zeitraum 2000 bis 2040 überdecken, jedes Jahr durchschnittlich 317.000 Personen per Saldo zuwandern. Berechnungen der UN für den Zeitraum 1995 bis 2050 wiesen mit 324.000 Personen im Jahr ein vergleichbares Ergebnis aus. Zum Vergleich: Die tatsächlichen Außenwanderungssalden Deutschlands im Zeitraum von 1950 bis 2015 lagen bei gut 190.000 Personen pro Jahr (Statistisches Bundesamt). Hinter diesen Durchschnittswerten der Ersatzmigration verbergen sich allerdings – auch über den jeweils genannten Betrachtungshorizont hinaus – von Jahr zu Jahr zunehmende Wanderungsgewinne. Diese wären nötig, um die bei anhaltend niedriger Geburtenhäufigkeit wachsenden Sterbeüberschüsse zu kompensieren. Die notwendigen Zuwanderungen lägen nach den Modellrechnungen in der zweiten Hälfte des Betrachtungszeitraums in jedem Jahr über dem genannten Durchschnitt und im letzten Viertel des Zeitraums bei über 400.000 pro Jahr. Sollten Zuwanderungen die demografische Alterung bei anhaltend niedriger Geburtenhäufigkeit

Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern, trifft sich auf seiner Reise nach Albanien in einem Café mit Erion Veliaj, Bürgermeister von Tirana. Mit eigenen Mitarbeitenden und einem neu gegründeten Büro will Bayern potenziellen Pflege- und Fachkräften die Einreise in den Freistaat erleichtern.

stoppen, bräuchte es weit höhere Wanderungssalden als die oben genannten. Entsprechend würde die Bevölkerungszahl ein überaus starkes Wachstum erfahren. [...] Den Berechnungen der UN für den Zeitraum 1995 bis 2050 zufolge wären in Deutschland zwischen 1995 und 2050 durchschnittliche Wanderungsgewinne von gut 3,4 Mio. Personen pro Jahr notwendig, um zu verhindern, dass der Altenquotient (hier: ab 65-Jährige je 100 der 15- bis 64-Jährigen) über den gesamten Zeitraum zunimmt. [...] Ob Politik und Gesellschaft so hohe und kontinuierlich zunehmende Zuwanderungen hinreichend akzeptieren würden, ist daher fraglich. [...] Zuwanderungen in den genannten Größenordnungen, die ein starkes Bevölkerungswachstum bewirken würden, lassen sich auch in infrastruktureller, versorgungstechnischer, ökonomischer oder organisatorischer Hinsicht kaum realisieren.

Siedhoff, Mathias: Replacement Migration – ein Konzept mit begrenzter Reichweite. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2018, S. 87

Außenwanderungssaldo
Die Differenz zwischen Zuzügen aus dem Ausland und Wegzügen ins Ausland. Ein negatives Außenwanderungssaldo (d. h. mehr Wegzüge als Zuzüge) entspricht einem Außenwanderungsdefizit.

INFO

Ist die Geburtenziffer abhängig von der Herkunft der Mutter?

Die Angleichung der Geburtenrate zwischen deutschen und ausländischen Frauen zeigt die Auswirkungen des Integrationsverlaufs im Zielland der Migration. Frauen mit Migrationshintergrund, die in zweiter Generation bereits in Deutschland geboren oder später eingebürgert wurden, zeigen tendenziell eine niedrigere Fertilität als Frauen der ersten Zuwanderungsgeneration. Selbstverständlich hängt die Geburtenrate jedoch nicht per se von der Nationalität ab, denn auch andere Faktoren wie das Einkommen oder der soziale Status im Herkunftsland und in Deutschland spielen eine Rolle. Diese Faktoren stehen zueinander in enger Wechselwirkung.

Aufgaben

71911-112

1. a) Erläutern Sie anhand des Schaubilds (**M19** 2) die Herausforderungen, vor denen die Altersvorsorge in Deutschland steht.
   b) Fassen Sie die Funktionsweise der Rentenversicherung in eigenen Worten zusammen.
   c) Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse in der Klasse.
2. a) Bestimmen Sie anhand der Materialien (**M20** 1 - 4) die staatlichen Reaktionen auf die demografische Entwicklung hinsichtlich der Altersvorsorge in Deutschland, in dem Sie einzelne Maßnahmen bzw. Vorschläge tabellarisch festhalten.
   b) Setzen Sie sich zu zweit mit den einzelnen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung auseinander.
   c) Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einem Kurzvortrag Ihrer Klasse vor.
3. Diskutieren Sie, ob angesichts der demografischen Entwicklung und der vermehrten Umstellung auf eine private Altersvorsorge noch von einem echten Generationenvertrag (**M19** 1 und 2, **M20**) gesprochen werden kann (vgl. Unterkapitel 1.3).
4. Beschreiben Sie mit Hilfe von **M21** den Stand der Migration in Deutschland.
5. Ermitteln Sie zu zweit weitere Chancen und Herausforderungen der Migration in den Bereichen Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Zusammenhalt.
6. Diskutieren Sie mithilfe Ihrer Ergebnisse aus Aufgabe 5 sowie **M21**, ob die in die Migration gesetzten Hoffnungen hinsichtlich des demografischen Wandels und gesellschaftlichen Zusammenhalts gerechtfertigt sind.

WISSEN KOMPAKT

Rentenversicherung → M21-M22

Die gesetzliche Rentenversicherung ist eine Pflichtversicherung, der alle Arbeitnehmenden bis zu einer bestimmten Bemessungsgrenze angehören (ca. 32 Millionen von 40 Millionen aktiven Arbeitnehmenden). Aufgrund der demografischen Entwicklung zeichnet sich schon seit längerem ab, dass die bisherige Altersvorsorge in Deutschland vor enormen Herausforderungen steht. Die Anzahl der Rentenempfangenden pro Erwerbstätige wächst stetig, so dass die eingezahlten Beiträge in die Rentenkasse schon seit langem nicht mehr ausreichen, die Renten der Rentnerinnen und Rentner zu bezahlen und deshalb durch Bundesmittel aufgestockt werden müssen. Ca. ein Viertel der Gesamtausgaben der Rentenversicherung werden aus Bundesmitteln bestritten. Ab dem 1. Januar 2023 liegt die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung bei 7.300 € in den alten und 7.100 € in den neuen Bundesländern. Personen, die ein monatliches Einkommen über dieser Bemessungsgrenze beziehen, zahlen nur bis zu dieser Grenze Beiträge. Für diejenigen Teile des Einkommens, die oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen, sind keine Beiträge zu zahlen. Damit beteiligen sich diese einkommensstarken Personen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze an der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Bereits 2001 versuchte eine Rentenreform die gesetzliche Rentenversicherung durch die Einführung einer kapitalgedeckten und staatlich geförderten Altersvorsorge (z. B. Riesterrente) zu entlasten und in Zeiten des demografischen Wandels zu stabilisieren. Ziel war es, den Beitragssatz für die Versicherungspflichtigen auf die Dauer unter 20 % zu halten, bei gleichzeitiger Absenkung des Rentenniveaus (bis 2025 auf 48 % auf Basis eines durchschnittlichen Einkommens), so dass die Generationengerechtigkeit zwischen Erwerbstätigen und Rentenempfangenden durch eine möglichst gleich verteilte Belastung gewahrt bleibt.

82000-693

Staatliche Maßnahmen zur Finanzierung der Rentenversicherung → M20

Trotz der getroffenen Maßnahmen zur Finanzierung der Rentenversicherung hat sich die Situation hinsichtlich der bestehenden Finanzierungsprobleme aufgrund der unveränderten demografischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. M2 1 und M7) nicht entschärft. Dass das Renteneintrittsalter ab 2012 bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben wird, ist ein weiterer Versuch, der Generationengerechtigkeit zu entsprechen. Begründet wird diese Erhöhung zudem mit der gestiegenen Lebenserwartung, die im Schnitt eine längere Rentenbezugsdauer nach sich zieht und dadurch zu einem höheren Finanzierungsbedarf führt. Häufig aber gehen Menschen bereits vor Erreichen der Altersgrenze mit Abschlägen in Rente, was in der Realität zu einer Rentenkürzung führt und zusammen mit der Absenkung des Rentenniveaus die Gefahr der Altersarmut hervorruft. Der Aufbau der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge – im Einzelfall ergänzt um eine staatlich geförderte betriebliche Altersvorsorge –, erfolgte bislang noch nicht in dem Ausmaß, dass die Gefahr der Altersarmut v. a. für Bezieherinnen und Bezieher geringer staatlicher Renten gebannt wäre. Um wiederum dieser Gefahr entgegenzusteuern, versucht der Staat mit Hilfe der Grundsicherung (vgl. S. 36), Rentenempfangende mit niedriger Rente vor der Altersarmut zu bewahren. Am Beispiel des demografischen Wandels und des Generationenvertrags vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit zeigt sich exemplarisch die Notwendigkeit staatlicher Gestaltung im Sinne eines ständigen Nachsteuerns.

82000-694

Wie hängt in Deutschland der demografische Wandel mit den Aspekten Altersvorsorge und Migration zusammen?
M21-M25

Die durch den demografischen Wandel in den Fokus gerückten Herausforderungen der Altersvorsorge und der Migration sind beide untrennbar mit dem Aspekt der Solidarität als zentralem gesellschaftlichem Wert verknüpft. Gelingt es nicht, die Absicherung der älteren Bevölkerung, deren Zahl allen Prognosen nach weiter zunehmen wird, so zu gestalten, dass die in das System der Rentenversicherung einzahlenden Erwerbstätigen nicht über Gebühr belastet bzw. weiterhin das Vertrauen haben, dass auch sie in Zukunft von dem Solidarprinzip der Rentenversicherung profitieren werden, stellt sich aus Sicht der Einzahlenden die Frage nach der Generationengerechtigkeit. Gleiches gilt auch für die Rentenempfangenden, wenn das Niveau der Rente so stark absinkt, dass viele Rentenempfangende in die Altersarmut abzusinken drohen.

Dass sich ein späteres Renteneintrittsalter – in der Diskussion kursieren mittlerweile Zahlen um die 70 Jahre – durch die bei Frauen und Männern gestiegene Lebenserwartung statistisch rechtfertigen lässt, ist wissenschaftlich nachvollziehbar, aber politisch und gesellschaftlich höchst umstritten.

Antworten auf diese Herausforderung zu finden, ist eine zentrale Aufgabe der Politik, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Stabilität des demokratischen Systems Deutschlands gewahrt bleibt.

Bei der zweiten Herausforderung, der Migration, verhält es sich ähnlich. Alle staatlichen Maßnahmen in der Vergangenheit und Gegenwart haben nicht zu einer signifikanten Erhöhung der Geburtenrate geführt.

Um zumindest einen Bestandserhalt der Bevölkerung in Deutschland zu gewährleisten, ist laut wissenschaftlichen Prognosen eine Nettozuwanderung von 300.000 bis 400.000 Menschen pro Jahr (v. a. im erwerbstätigen Alter) notwendig.

Die Zuwandernden sollen nach Vorstellung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Erwerbstätige die notwendigen Beiträge für die Sozialkassen (z. B. gesetzliche Krankenversicherung und Altersversicherung) entrichten, um das Solidarprinzip der Kranken- und Rentenversicherung langfristig zu stabilisieren.

Um dies zu gewährleisten, benötigt Deutschland einen weiteren Ausbau der Zu- bzw. Einwanderungsregeln (z. B. Fachkräftezuwanderungsgesetz) für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Dass daneben weiterhin Migration aus Krisengebieten stattfinden wird, sollte mitbedacht werden. Nur wenn es gelingt, die durch Migration nach Deutschland kommenden Menschen in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, wird die gesellschaftliche Akzeptanz vorhanden sein, die Zuwanderung politisch zu gestalten. Integration muss sowohl aus Sicht der Migrantinnen und Migranten als auch der Menschen in Deutschland gesellschaftlich und politisch gewollt sein.

KOMPETENZEN ANWENDEN

Kompetenz-Check Kapitel 1

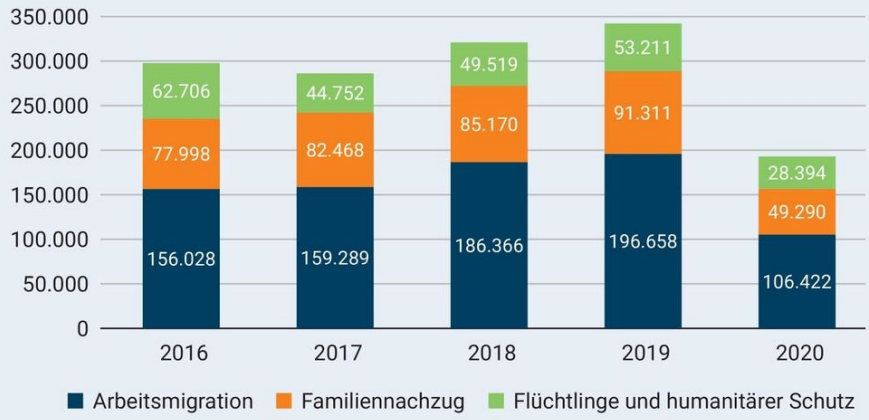
71911-113

Die nachfolgenden Aufgaben bieten Ihnen die Möglichkeit, sich selbst zu überprüfen. Sie erlauben Ihnen, abzuschätzen, inwieweit Sie die gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt anwenden können. Mögliche Lösungsvorschläge finden Sie über die QR- und Mediencodes zu den jeweiligen Aufgaben.

1 Kanada als Vorbild? Wer darf nach Kanada einwandern?

Einwanderung nach Kanada nach Einwanderungskategorie
Stand: 2023

73000-516



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Open Government Portal Canada (Datenerhebung: 2020; Grafikerstellung: 2023)

2 Kanadas Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik: Entwicklungen seit 2015

In Kanada wird Einwanderung häufig als Mittel der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung betrachtet. Kanadas bekanntes Punktesystem bevorzugt hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte. Das System weist Personen, die über die Wirtschaftskategorie einwandern wollen, Punkte nach sechs Auswahlfaktoren zu: Kenntnisse der Amtssprache (Englisch und/oder Französisch), Alter, Ausbildung, Berufserfahrung, Stellenangebot in Kanada und Anpassungsfähigkeit. Je mehr Punkte erzielt werden, desto höher ist die Chance, dass eine Person [...] nach Kanada einwandern darf.

Im März 2019 kündigte die Trudeau-Regierung eine neue Initiative für die Wirtschaftskategorie an: das Rural and Northern Community Pilot Program. Dieses Pilotprogramm hilft kleineren Gemeinden in ländlichen Regionen und im Norden des Landes, [Wirtschaftsmigrierende] zu rekrutieren, um ihre wirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Bedürfnisse zu befriedigen. Für Neueinwandernde scheinen größere Städte wie Vancouver [...] und Montreal häufig einen besseren Zugang zu Dienstleistungen und Arbeitsmarktchancen zu bieten. Die Konzentration auf ländliche und nördliche Gemeinden könnte eine Verlagerung hin zu einer Dezentralisierung der Einwanderungspolitik bedeuten. [...]

Justin Trudeau ist seit 2015 der 23. Premierminister Kanadas

In Kanada existieren drei Resettlement-Wege: staatlich unterstütztes Resettlement (Government Assisted), private Flüchtlingspatenschaften (Private Sponsoring) und das sogenannte Blended Visa-Office Referred, bei dem sowohl der Staat als auch zivilgesellschaftliche Akteure für die Flüchtlingsaufnahme aufkommen. Staatlich unterstützte Flüchtlinge erhalten Umsiedlungshilfe von der Bundesregierung. Die Aufnahme von Flüchtlingen, die über private Flüchtlingspatenschaften nach Kana-

da kommen, wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Gruppen von Personen, die die kanadische Staatsangehörigkeit besitzen oder über ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Kanada verfügen, finanziert. […] Private Flüchtlingspatenschaften sind ein einzigartiges Modell, das es in Kanada seit 40 Jahren gibt. Die kanadische Regierung stützt sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen auf das Mobilisierungspotenzial der Zivilgesellschaft. Unternehmen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Glaubensgemeinschaften oder Gruppen von mindestens fünf Personen sind berechtigt, Flüchtlingspatenschaften zu übernehmen. Sie verpflichten sich, mindestens zwölf Monate lang die Kosten für Nahrung, Unterkunft und andere Ausgaben zu tragen, die bei der Aufnahme eines Flüchtlings anfallen. Zudem unterstützen sie bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, beim Sprachunterricht, in der Schule und bei anderen Maßnahmen zur sozialen Integration.

Sommers, Shaina: Kanadas Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik: Entwicklungen seit 2015. In: www.bpb.de, 14.10.2019

3 Voraussetzungen für Fachkräfte aus dem Ausland in Deutschland

Auf einer Webseite, die in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Auswärtigen Amt aufgesetzt wurde, finden Sie folgende Informationen zu dem ab 01.01.2020 geltenden Fachkräfteeinwanderungsgesetz in der Bundesrepublik Deutschland:

Fachkräfteeinwanderungsgesetz – Voraussetzungen

- Die Fachkraft muss eine für Deutschland anerkannte Qualifikation vorweisen
- Gute nachgewiesene Deutschkenntnisse im mindestens Sprach-Niveau-B1
- Kandidaten müssen ihren Lebensunterhalt während der Jobsuche selbst bestreiten
- Mit einem Sperrkonto ist der Lebensunterhalt während der Jobsuche nachzuweisen
- Alle Kandidaten benötigen eine Krankenversicherung und eine nachweisliche Unterkunft
- Bei Arbeitsaufnahme muss die volle Lebensunterhaltssicherung durch die eigene Arbeit gesichert sein
- Arbeitsvertrag für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit mindestens 35 Wochenarbeitsstunden

Bezug von Sozialleistungen ist während der Jobsuche ausgeschlossen!

Wisniewski, Christian: Fachkräfteinwanderungsgesetz. In: www.fachkraefteeinwanderungsgesetz.de, Abruf am 23.05.2023

Aufgaben

71911-114

1. Arbeiten Sie anhand von 1 und 2 die Grundzüge des kanadischen Migrationsregimes heraus.
2. Erläutern Sie einzelne Maßnahmen Kanadas, die die Integration der Migrierenden und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft besonders fördern.
3. Beurteilen Sie auf Basis von 3, inwieweit das Ziel des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, dauerhaft eine größere Anzahl an Fachkräften für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen, erreicht werden kann.
4. Diskutieren Sie abschließend in der Klasse, inwieweit Kanada in Fragen der Migration ein Vorbild für die Bundesrepublik Deutschland sein kann. Berücksichtigen Sie dabei auch die ab 2023 beabsichtigen Änderungen des Fachkräfteinwanderungsgesetzes (QR-Code).

Lösungsvorschläge

71911-115

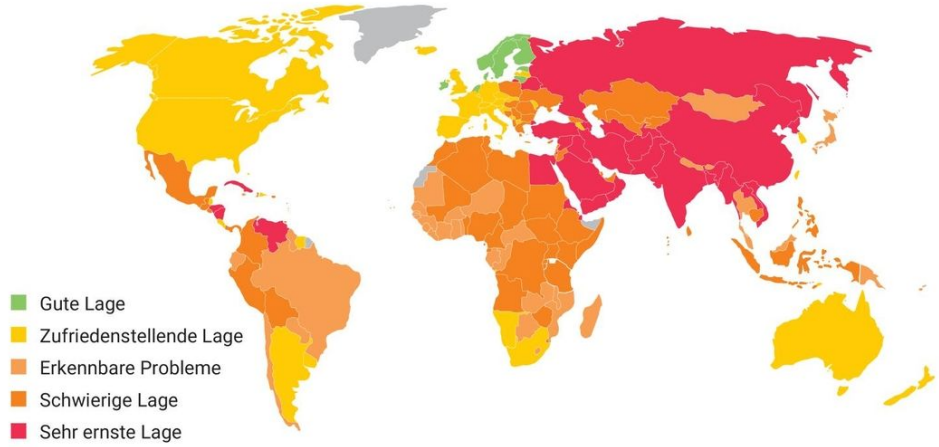
Fachkräfteeinwanderungsgesetz

71911-116

1

Weltkarte der Pressefreiheit
Stand: 2023

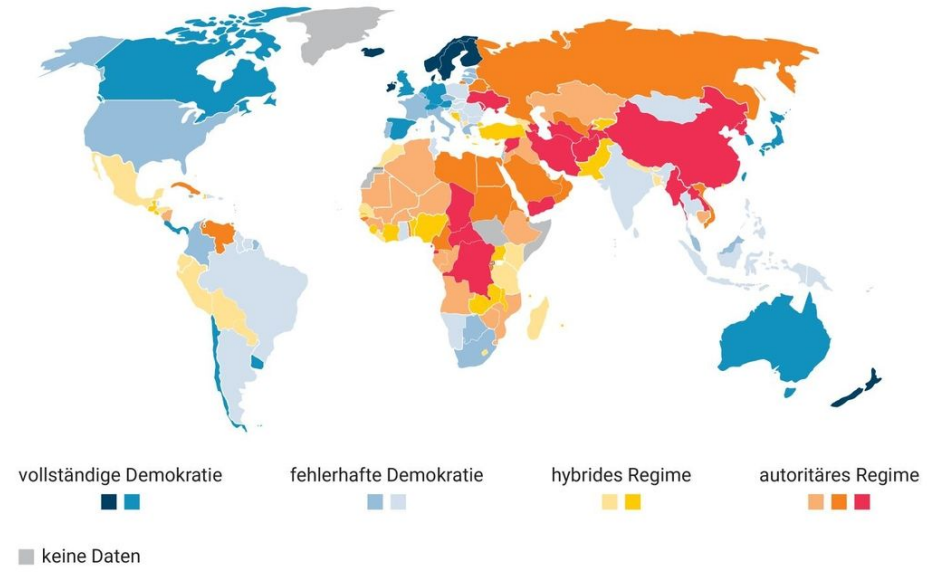
73000-41



Nach: © Reporter ohne Grenzen, 2023

2

Wie demokratisch sind die Länder der Welt? – eine mögliche Einordnung
Stand: 2022



Grafik der Bearbeiterin, Daten nach: The Economist Group Limited, EUI, London 2022

Politische Willensbildung im Medienzeitalter reflektieren

2

Klassische sowie digitale Medien spielen im Alltag eine zunehmend bedeutsame Rolle. Auch in demokratischen Kontexten sind sie enorm wichtig: Für Bürgerinnen und Bürger sind sie für die politische Willensbildung unerlässlich und Politikerinnen und Politiker nutzen sie unter anderem dafür, um sich und ihre Vorhaben in der Öffentlichkeit ins rechte Licht zu rücken.
Auch Soziale Medien haben inzwischen einen wichtigen Platz in der politischen Arena eingenommen. Sie bieten interessante Möglichkeiten, führen allerdings auch zu Herausforderungen, denen sich eine Demokratie stellen muss. Dies sinnvoll zu gestalten, ist unter anderem die Aufgabe von Politik.

Kompetenzen

Am Ende des Kapitels sollten Sie Folgendes wissen und können:

- wesentliche Entwicklungen in der Medienlandschaft recherchieren und deren Auswirkungen auf das Mediennutzungsverhalten untersuchen.
- sich vor dem Hintergrund der Gewaltenteilung kritisch mit der wichtigen Rolle der Medien als „Vierte Gewalt im Staat“ auseinandersetzen.
- die durch mediale Vermittlung bzw. durch die Selbstdarstellung von Politikerinnen und Politikern beeinflusste Wahrnehmung von Politik in der Öffentlichkeit beschreiben, um die Darstellung politischer Vorgänge zu beurteilen.
- Möglichkeiten und Gefahren der Einflussnahme auf den politischen Diskurs in digitalisierten Gesellschaften analysieren und wesentliche Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie erkennen.
- sich kritisch mit der zunehmenden Bedeutung von Verschwörungsmythen auseinandersetzen, um deren Wirkmechanismen zu durchschauen und deren Einwirken auf die politische Willensbildung zu erkennen.
- Regularien zum Schutz gegen Desinformation und den Missbrauch der Meinungsfreiheit im Netz diskutieren, um deren Notwendigkeit und Grenzen zu begreifen.

Aufgaben

71911-200

1. Schlagen Sie Kriterien vor, die den Rang eines Landes hinsichtlich der Pressefreiheit auf der linken Seite bestimmen könnten.
2. Deutschland ist in der Liste der Pressefreiheit (2) nicht auf den vordersten Plätzen, im Jahr 2023 ist es sogar von Rang 16 (2022) auf Platz 21 gerutscht. Stellen Sie Vermutungen an, warum Deutschland in diesem Ranking nicht besser ist und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse im Kurs.
3. Formulieren Sie Annahmen über die Zusammenhänge zwischen der Pressefreiheit 1 und dem Zustand der Demokratie 2 in einem Land.

2.1 Machen Medien Politik – oder umgekehrt?

Zum Thema: In einer demokratischen Gesellschaft sind Medien von zentraler Bedeutung, haben aber auch eine enorme Macht, die manipulativ eingesetzt werden kann. Gibt es trotz der verfassungsmäßig garantierten Freiheit gewisse Regularien, an die sich Medienvertreterinnen und Medienvertreter freiwillig halten? Und was passiert, wenn tatsächlich staatliche Akteure auf die Meinungsfreiheit zugreifen?

M1 Fallbeispiele: Wo treffen Medien und Politik aufeinander?

Eine Fernsehkamera im Plenarsaal des Bundestages

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Bürgerinnen und Bürgern

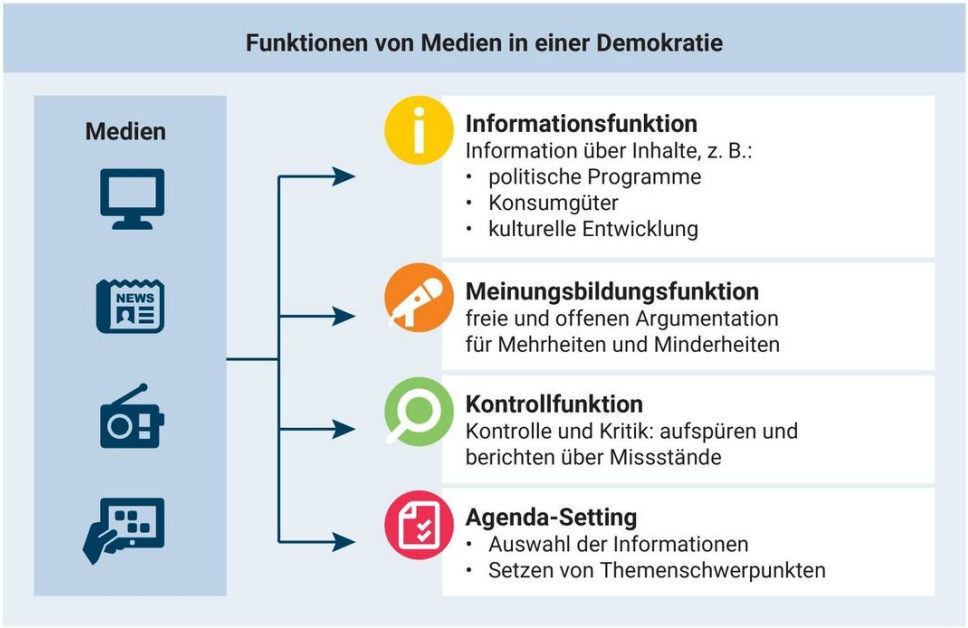
Christian Lindner (FDP), Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), Markus Söder (CSU), Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW Berlin) bei Anne Will (Mitte) in einer Talkshow.

Einstiegsaufgaben

71911-210

1. Beschreiben Sie anhand der Bilder jeweils den Zusammenhang zwischen Medien und Politik.
2. Nennen Sie drei von Ihnen bevorzugte Medien, die Sie zur Information über politische Inhalte nutzen.

M2 Wiederholung: Funktionen der Medien in der Politik



Nach: Selg, Olaf: Funktionen von Medien in einer Demokratie, www.bpb.de, 2014, Bundeszentrale für Politische Bildung / CC BY-NC-ND/3.0/de/

M3 Warum sind Medien wichtig?

Der Blick auf die Medienlandschaft zeigt ein buntes Bild: Die Angebote reichen von der Tagesschau bis zur Verbreitung von Klatsch und Tratsch. Hergestellt wird, was sich auf dem Markt verkaufen lässt. Den Inhalt der Medien bestimmt nicht der Staat, sondern letztlich das Publikum, denn produziert wird auf Dauer nur, was auch Absatz findet. […] Dieser Zustand ist durch das Grundrecht der Presse- und Rundfunkfreiheit geschützt, das sich in Artikel 5 des Grundgesetzes findet. Es schützt die Herstellung und Verbreitung der Medien generell gegen staatliche Eingriffe und vor allem gegen solche, die sie an der Wahrnehmung ihrer „öffentlichen Aufgabe" hindern würden. Ihre „öffentliche Aufgabe" erfüllen die Medien dadurch, dass sie an der freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildung mitwirken, indem sie zu Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung Nachrichten sowie Informationen beschaffen und verbreiten, die jeder Einzelne benötigt, um sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. […]

Den Kern der öffentlichen Aufgabe bildet die Mitwirkung der Medien an der politischen Meinungsbildung. Um dieser Aufgabe willen stellen freie Medien einen unverzichtbaren Bestandteil jeder freiheitlichen Demokratie dar. Das Funktionieren einer Demokratie, in der alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht (Art. 20 Abs. 2 GG), setzt voraus, dass dessen Mitglieder über die Informationen verfügen, die sie benötigen, um sich auf rationale Weise eine eigene Meinung zu allen politischen Fragen bilden zu können. Diese Informationen können sie zum größten Teil nur aus den Medien beziehen. Deren Aufgabe besteht deshalb vor allem darin, die erforderlichen Informationen zu beschaffen, auszuwählen und so zusammenzustellen und ggf. kritisch zu kommentieren, dass ihr Publikum sie versteht und sich seine eigene Meinung bilden kann. Damit stellen die Medien zugleich eine Verbindung zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern her: Parlamentarier und Regierung erfahren nicht zuletzt aus

Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 5 GG)
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

den Medien, was im Volk gedacht und gewollt wird, und das Volk erfährt, was Parlament und Regierung vorhaben und tun. Schließlich üben die Medien gegenüber den Machthabern eine Kontrollfunktion aus, indem sie auch solche Informationen verbreiten, die jene gern geheim gehalten hätten, und zu diesen Informationen kritisch Stellung nehmen. Auf Grund dieser Kontrollfunktion werden die Medien auch als „Wachhunde" der Demokratie (watchdogs) oder als „vierte Gewalt" bezeichnet.

Branahl, Udo: Warum Medien wichtig sind: Funktionen in einer Demokratie. In: www.bpb.de 08.06.2011

M4 Die Macht der Redaktionen: Agenda-Setting

Mini-Fragebogen zu Framing

71911-212

JournalistInnen wählen bestimmte Themen oder Ereignisse, über die sie berichten, nicht nur aus. Sie betonen diese Themen in ihrer Berichterstattung auch unterschiedlich stark, beispielsweise durch die Häufigkeit der Veröffentlichung oder durch die Platzierung und die Aufmachung eines Beitrags. Die Agenda-Setting-Forschung konnte zeigen, dass die Medien auf diese Weise beeinflussen, welche Bedeutung bestimmten Themen in der Gesellschaft beigemessen wird. In der Forschungspraxis wird die Bedeutungszuschreibung oft in Meinungsumfragen mit einer Frage nach dem wichtigsten Problem gemessen. Eine sehr einfache Methode, die Betonung von Themen in den Medien zu messen, ist das Zählen von Beiträgen.

Werden die beiden Werte (Bedeutungszuschreibung eines Themas in der Bevölkerung und Präsenz des Themas in den Medien) über einen längeren Zeitraum gegenübergestellt, kann man Aussagen darüber treffen, welche Einflussrichtung zwischen diesen beiden Werten vorherrscht.

Freie Universität Berlin: Online-Studienfachwahl Assistent: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (B. A). In: www.osa.fu-berlin.de, Abruf am 13.10.2022

M5 Die Macht der Medien karikiert

Karikatur: Gerhard Mester, 2012

M6 Beispielfälle des Deutschen Presserats

1 **Fahrer ohne Fahrschein im Bericht als „Iraner" bezeichnet (29.01.2020)**

Zufällig ist eine Polizistin dabei, als ein junger Mann mit einem Zugbegleiter aneinandergerät, weil der ihn ohne Fahrschein ertappt hat. Die örtliche Zeitung berichtet. Passage: „Wie die Bundespolizei am Mittwoch mitteilte, war die uniformierte Beamtin zufällig zugegen, als ein 19-jähriger Iraner mit einem Zugbegleiter bei der Fahrkartenkontrolle aneinandergeriet." Die Beamtin überwältigte den jungen Mann und übergab ihn an der nächsten Bahnstation an Kollegen. Ein Leser der Zeitung stört sich an der Nennung der Herkunft des Fahrers ohne Fahrschein.

2 **An der Adresse des Täters bestand kein öffentliches Interesse (11.12.2019)**

Eine Regionalzeitung berichtet über die Festnahme des mutmaßlichen Mörders des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Unter der Überschrift „Nach Festnahme im Fall Lübcke: Haus des Verdächtigen Stephan E. in Kassel durchsucht" zeigt sie dessen Wohnhaus, nennt den Stadtteil und den Straßennamen. Ein Leser empfindet die Veröffentlichung dieser Details als unnötig. Der Beschwerdeführer spricht von der „Sensationsgeilheit" eines lokalen Mediums, durch die der verbleibenden, dreiköpfigen Familie möglicherweise die Wohngelegenheit genommen werde. Es sei nämlich nicht unwahrscheinlich, dass diese Art der Berichterstattung zu Sensationstourismus führen könne.

3 **Redaktion übernahm Dramaturgie des Täters (08.10.2020)**

Der Attentäter von Halle hat seine Tat auf einem Video dokumentiert. Eine Boulevardzeitung präsentiert online Ausschnitte. Gezeigt wird der Attentäter, wie er im Auto am Steuer in Selfie-Pose seine Tat mit antisemitischen Parolen rechtfertigt, wie er seine Waffen präsentiert und selbstgebaute Sprengsätze zeigt. Die veröffentlichten Sequenzen zeigen außerdem, wie der Mann aus dem Auto steigt, einen Sprengsatz über die Mauer der Synagoge wirft und versucht, die Tür mit Schüssen zu öffnen. Zu hören – nicht zu sehen – ist, wie er eine Passantin erschießt. Am Schluss zeigt ein längerer Ausschnitt, wie der Täter sich bei seinen „Zuschauern" dafür „entschuldigt", dass er nicht mehr Menschen getötet hat. Er spricht von Mängeln an seinen selbstgebauten Waffen und beschimpft sich selbst. Immer wieder wird ein Reporter eingeblendet, der vor der Kamera die Ausschnitte ausführlich kommentiert und interpretiert. Zwei Leser der Zeitung kritisieren, dass die Redaktion dem Täter die Aufmerksamkeit schenke, die dieser mit seinem Video habe erzielen wollen.

Deutscher Presserat: Aktuelle Entscheidungen des Presserats. In: www.presserat.de, 29.01.2020 / 29.01.2020 / 08.10.2020

Deutscher Presserat
Der Deutsche Presserat (Gründung: 1956) ist die Freiwillige Selbstkontrolle der Printmedien und deren Online-Auftritte in Deutschland.

Zentrale Ziele und Aufgaben des Presserats
- Aufstellen und Fortschreiben von publizistischen Grundsätzen sowie Richtlinien für die redaktionelle Arbeit (Pressekodex)
- Selbstregulierung des Redaktionsdatenschutzes
- Beseitigung von Missständen im Pressewesen

Anhand von Beschwerden überprüft der Deutsche Presserat die Einhaltung ethischer Regeln für die tägliche Arbeit von Journalistinnen und Journalisten, die im Pressekodex festgehalten sind.

Sanktionsmöglichkeiten des Presserats
- öffentliche Rüge (mit Abdruckverpflichtung)
- nicht-öffentliche Rüge (auf Abdruck wird verzichtet, z. B. aus Gründen des Opferschutzes)
- Missbilligung
- Hinweis

Der Pressekodex

71911-213

M7 Das Verhältnis von Politik und Medien: immer konfliktfrei?

1 Fallbeispiel: Unfreiwillige Überwachung der Presse – das Pegasus Projekt

Pegasus
Pegasus ist ein Spähprogramm zum Ausspähen von Handys und wird als Cyberwaffe eingestuft. Das Unternehmen NSO-Group vermarktet das Produkt hauptsächlich an Staaten. Bei aktuellen Versionen bemerkt die Besitzerin oder der Besitzer des Mobiltelefons es gar nicht mehr, wenn das Gerät von dem Spionageprogramm angegriffen wird.

AFP
Die französische Agence France-Presse ist die älteste internationale Nachrichtenagentur.

Geheimdienste und Polizeibehörden haben offenbar weltweit Cyberwaffen missbraucht, um damit Journalistinnen, Menschenrechtsaktivisten, Anwälte und Politiker zu überwachen. Das zeigen monatelange Recherchen eines internationalen Journalistenkonsortiums [...]. Auslöser der Recherchen ist eine Liste potenzieller Ziele mit mehr als 50.000 Telefonnummern, die dem Verein Forbidden Stories sowie Amnesty International zugespielt wurde [...].

In den Daten finden sich auch die Handynummern von mehr als 180 Journalistinnen und Journalisten, darunter Reporterinnen von Le Monde, Mediapart und Le Canard Enchaîné in Frankreich, eine Reporterin des US-Fernsehsenders CNN, Journalisten von The Wire in Indien, ein AFP-Korrespondent in Marokko, eine prominente Fernsehmoderatorin in Mexiko sowie Redakteure in Ungarn und Aserbaidschan. Bei etlichen Betroffenen bestätigen forensische Untersuchungen der Telefone die Spähangriffe. [...] Die Handynummern wurden nach Angaben von Forbidden Stories in ein System der NSO Group eingespeist, eines Unternehmens, das seine Spähsoftware Pegasus weltweit an Polizeibehörden und Geheimdienste verkauft. Das Programm kann iPhones und Android-Smartphones in Echtzeit ausspähen, Gespräche mitschneiden, Standortdaten auslesen, die Kamera aktivieren und die Verschlüsselung von Chatnachrichten umgehen. [...] Monatelange Recherchen des Journalistenkonsortiums [...] legen [...] einen weitreichenden Missbrauch der Cyberwaffe durch Staaten wie Saudi-Arabien, Marokko, Kasachstan, Aserbaidschan, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ungarn nahe. [...]

Offiziell ist Pegasus ausschließlich dafür gedacht, Polizeibehörden und Geheimdienste im Kampf gegen schwere Kriminalität und Terrorismus zu unterstützen. NSO rechtfertigt den Export der Software damit, dass es technisch keinen anderen Weg gebe, Verbrecher zu überwachen, die moderne Chatprogramme wie WhatsApp, Telegram oder Signal nutzen. Deren Verschlüsselung gilt als kaum zu knacken. Die Technologie von NSO habe „dabei geholfen, Terroranschläge, Schusswaffengewalt, Autobomben und Selbstmordattentate zu verhindern", heißt es in einer Stellungnahme von NSO gegenüber Forbidden Stories und den beteiligten Medien. [...]

Die Recherchen zeichnen das Bild einer Digitalwaffe, die hocheffizient wirkt – die Staaten aber nicht nur gegen Terroristen und Verbrecher einsetzen, sondern auch als Werkzeug der innenpolitischen Repression sowie zur Spionage. [...] Einige Beispiele:

In Ungarn wurde 2019 das Smartphone eines Redakteurs des Investigativmediums Direkt36 mit Pegasus gehackt. Dies wird durch eine forensische Untersuchung bestätigt. Ebenso erging es einem Kollegen von ihm. Ein ehemaliger NSO-Mitarbeiter bestätigte [...], dass Ungarn zu den Kunden des israelischen Unternehmens zählte. Die ungarische Regierung widersprach dem auf Nachfrage nicht. Sie teilte mit, ihr sei keine entsprechende „Datensammlung" bekannt. „Verdeckte Methoden" würden von staatlichen Stellen in Ungarn stets nur im gesetzlichen Rahmen eingesetzt, die Anwendung werde regelmäßig kontrolliert. [...]

In Aserbaidschan wurde die preisgekrönte Investigativreporterin Khadija Ismayilova überwacht. [...]. Ismayilova hatte wegen ihrer kritischen Berichterstattung in Aserbaidschan bereits massive Repressionen erlitten, war festgenommen worden und saß in Haft. Ebenfalls infiziert war laut der Forensik das Handy der aserbaidschanischen Reporterin Sevinc Vaqifizi, die seit Mai als Stipendiatin des Vereins Reporter ohne Grenzen in Berlin arbeitet.

Die Journalisten Stavros Malichudis, Eliza Triantafillou und Thanasis Koukakis bei einer Anhörung des EU-Untersuchungsausschusses zur Verwendung der Pegasus-Spyware in Griechenland.

In Frankreich wurde laut forensischer Untersuchung 2019 das Handy des Gründers der Rechercheplattform Mediapart, Edwy Plenel, infiziert. Plenel ist einer der bekanntesten Investigativjournalisten Frankreichs. […]

Für einige Betroffene hatten die Cyberangriffe weitreichende persönliche Folgen, etwa für die Verlobte des getöteten saudischen Dissidenten und Publizisten Jamal Khashoggi. Der Kolumnist der Washington Post war im Oktober 2018 in Istanbul unter anderem von Mitgliedern der königlichen Leibgarde des saudischen Kronprinzen ermordet worden. Bei seiner Verlobten, der türkischen Wissenschaftlerin Hatice Cengiz, ergab die forensische Analyse ihres Handys, dass das Telefon nur vier Tage nach dem Mord, am 6. Oktober 2018, mit einer Schadsoftware attackiert wurde, die Amnesty als Pegasus identifiziert. Von ihrem Handy flossen laut der Analyse mindestens 324 Megabyte an Daten ab – welche, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. […] Reportern und Reporterinnen des Journalistenkonsortiums berichtete Cengiz […]: „Jamals Freunde haben die Verbindung zu mir beendet aus Angst um ihre Sicherheit." […] Ins Visier der Geheimdienste geriet laut der geleakten Daten auch die saudische Frauenrechtsaktivistin Loujain al-Hathloul. Ihre Handynummer wurde demnach Anfang 2018 in das System eingegeben, schon die Abfrage ihrer Standortdaten machte es den Sicherheitsbehörden prinzipiell möglich, sie zu orten. Sie hatte zuvor in ihrem Heimatland gegen das Autofahrverbot für Frauen aufbegehrt und hielt sich in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf. Im März 2018, nur Wochen nachdem sie in der Liste potenzieller Ziele auftauchte, nahmen Sicherheitskräfte al-Hathloul in Dubai fest und verschleppten sie nach Saudi-Arabien. Dort saß sie mehr als zwei Jahre lang im Gefängnis und kam erst Anfang 2021 frei. […] In einer Stellungnahme verwahrt sich NSO dagegen, eine Mitverantwortung an der Verhaftung und Folterung zu tragen. […]

Die globale Geheimdienstaffäre hat eine internationale Debatte über den Missbrauch von Cyberwaffen und unabhängige Berichterstattung ausgelöst. „Die Pressefreiheit ist zentral und jede unrechtmäßige staatliche Einmischung oder Überwachung von Journalisten ist inakzeptabel", so die Chefredakteurin der Financial Times, Roula Khalaf, deren Nummer ebenfalls auf der geleakten Liste steht.

Biermann, Kai / Geisler, Astrid / von Randow, Gero / Stark, Holger / Venohr, Sascha: Cyberangriff auf die Demokratie. In: www.zeit.de, 18.07.2021

2 Die „vierte Gewalt“ als Kontrolleurin?

DIE VIERTE GEWALT

Karikatur: Schwarwel, 2018

Aufgaben

71911-214

1. a) Erklären Sie vor dem Hintergrund des Artikels 5 GG (**Randspalte**) die Rolle der Medien in der Demokratie (**M2-M3**).
   b) Begründen Sie, ob es gerechtfertigt ist, von den Medien als Vierter Gewalt zu sprechen.
2. a) Konkretisieren Sie mit eigenen Worten die Begriffe „Agenda-Setting“ und „Framing“ (**M4/Randspalte**) und stellen Sie auch den Zusammenhang zu **M5** her.
   b) Folgen Sie dem QR-Code in der Randspalte zu **M4** auf S. 50 und beantworten Sie die Fragen des Minifragebogens: Welche Aussagen lassen sich anhand der Grafik treffen?
   c) Untersuchen Sie ggfs. anhand einer eigenständigen Medienrecherche, welches kontrovers diskutierte Thema aktuell im Fokus steht. Welche Rückschlüsse lassen sich daraus ziehen? Welche Fähigkeiten sollte demnach eine Person mitbringen, die sich für die Arbeit im Medienbereich interessiert?
   d) Diskutieren Sie, inwiefern Themenschwerpunkte in der Berichterstattung und/oder Wahlprognosen Einfluss auf Wahlentscheidungen haben können.
3. Über den QR- und Mediencode gelangen Sie zum Pressekodex des Presserates.
   a) Erläutern Sie mithilfe von Beispielen die Bedeutung der Richtlinien.
   b) Überprüfen Sie in Kleingruppen, ob die in **M6** beschriebenen Fälle gegen den Pressekodex verstoßen. Welche Richtlinie ist jeweils betroffen?
4. Kontrolle kann auch von staatlichen Akteuren ausgehen.
   a) Erarbeiten Sie aus **M7** 1 die Gründe für das Ausspähen der Journalistinnen und Journalisten und Konsequenzen für die Betroffenen.
   b) Erschließen Sie mögliche Konsequenzen für die Gesamtgesellschaft.
5. Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur in **M7** 2.

Meinungs- und Pressefreiheit → M3-M7

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist in Artikel 5 unseres Grundgesetzes als eines der zentralen Grundrechte festgeschrieben. Sie ist nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft hinsichtlich der Informationsgewinnung, Meinungsbildung und der Meinungsäußerung von großer Bedeutung, sondern vor allem auch wegen der Kontrollwirkung, die von ihr hinsichtlich sämtlicher staatlicher Akteure ausgeht. Staatliche Eingriffe in die Arbeit der Presse und weiterer Massenmedien (z. B. durch Zensur) sind nicht gestattet. Der Zustand der Pressefreiheit in einem Land gilt auch als Gradmesser für den Zustand des staatlichen Systems insgesamt.

82000-801

Funktionen der Medien in der Demokratie → M2-M4

Die Informationsvermittlung ist eine zentrale Aufgabe der Medien. Dadurch können sich die Bürgerinnen und Bürger eine Meinung bilden. Allerdings erfüllen Medien über ihre Berichterstattung auch eine Kontrollfunktion, denn Fehlverhalten gesellschaftlicher und politischer Akteure beispielsweise wird öffentlich gemacht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Andererseits haben Medien auch die Möglichkeit, selbst Themen in die aktuelle Diskussion einzubringen bzw. auf gesellschaftliche Missstände hinzuweisen, die von staatlicher Seite abzuarbeiten sind (Agenda Setting). Sie können sogar durch die Art und Fülle der Berichterstattung die Wahrnehmung von Themen in der Öffentlichkeit steuern (Framing).

82000-802

Grenzen der Pressefreiheit → M6

Die Pressefreiheit findet da ihre Grenzen, wo Persönlichkeitsrechte verletzt werden, gegen Bestimmungen des Jugendschutzes verstoßen wird oder die freiheitliche demokratische Grundordnung angetastet wird. Die Pressegesetze der Bundesländer und die Richtlinien des Deutschen Presserates (Pressekodex) stellen eine Kontrollinstanz für Medienschaffende dar.

8200-803

Investigativer Journalismus → M7

Investigativer Journalismus nimmt sich in der Regel gesellschaftlich relevante Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor. Ziel ist es, durch gründliche Recherche Missstände, Skandale und Affären aufzudecken. Oft sind die Quellen nicht öffentlich zugänglich oder unterliegen der Geheimhaltung. Die Recherchen erfolgen meist verdeckt und können auch für die beteiligten Journalistinnen und Journalisten gefährlich sein, weil oft auch das Handeln von einflussreichen Personen oder Institutionen unter Verdacht steht.

82000-804

Gewaltenteilung → M7 2

Horizontale Gewaltenteilung

Legislative	Exekutive	Judikative	(Medien)
Gesetzgebung durch Bundestag, Bundesrat	Ausführende Gewalt: Bundesregierung, Verwaltung, Polizei	Richterliche Gewalt: Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichte und einzelne Gerichte der Bundesländer	Information, Thematisierung, Meinungsbildung, Herstellung von Öffentlichkeit, Kritik und Kontrolle

Vertikale Gewaltenteilung: Machtverteilung auf Bund, Länder und Kommunen

WISSEN IM KONTEXT

Welche Rolle spielen Medien in einer Demokratie?
M1-M4, M7 2

Hinsichtlich ihrer Aufgaben in einem modernen und demokratischen Staat und ihrer einflussreichen Rolle bezüglich der Aufklärung und Herstellung von Öffentlichkeit kann wohl bestätigt werden, dass moderne Massenmedien neben Legislative, Exekutive und Judikative als Vierte Gewalt im Staat anzusehen sind. Sie haben zwar keine tatsächliche politische Entscheidungsmacht, bringen aber ob ihres Handelns bzw. ihrer Berichterstattung konkrete Themen in den Fokus, regen zur öffentlichen und politischen Diskussion an und wirken demnach meinungsbildend und -steuernd.

Wie groß ist die Macht der Medien tatsächlich?
M4-M5

Aus der unüberschaubaren Vielzahl an gesellschaftlich relevanten Themen und Ereignissen eine Auswahl zu treffen, ist nicht einfach. Berichterstattende sind dabei natürlich dazu angehalten zu hinterfragen, inwiefern das öffentliche Interesse betroffen ist, Themen gesellschaftlich relevant sind, eine Vielzahl an Meinungen abgebildet ist, auch Minderheiteninteressen vertreten sind usw. Und natürlich ist der Auftrag an die Medien, so unverzerrt und wahrhaftig wie möglich zu berichten, damit die Menschen informiert sind und sich selbstständig eine Meinung bilden können. Doch allein schon die konkrete Auswahl bestimmt mit, ob und wie die Bevölkerung die Problematik wahrnimmt, und erst recht, wie darüber berichtet wird. Nicht zuletzt spielt dabei auch die persönliche Haltung der Journalisten und Journalistinnen eine Rolle, die in ihrer Berichterstattung mehr oder weniger zu Tage tritt.

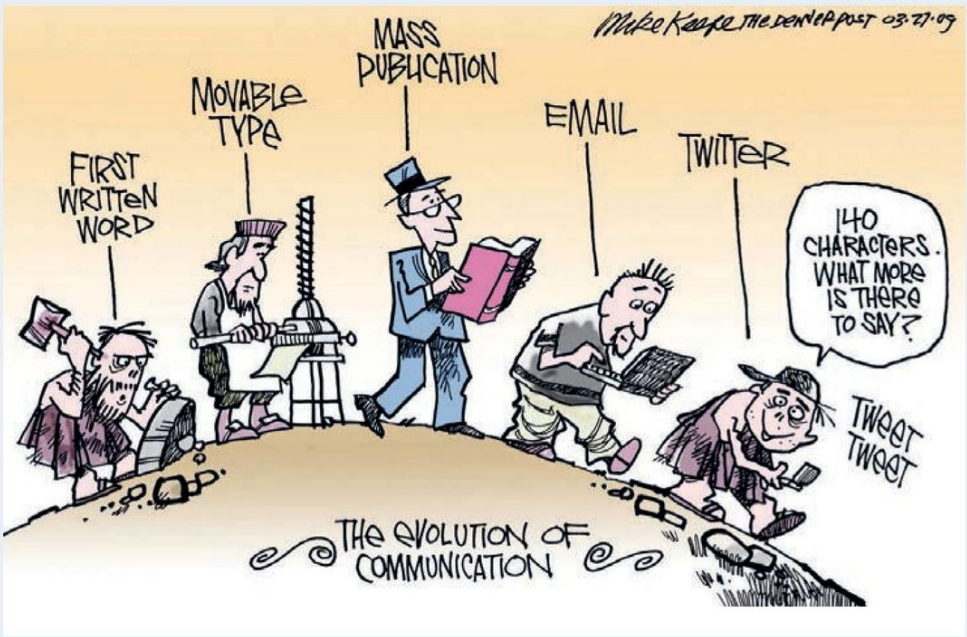
Welche Grenzen werden den Medien gesetzt?
M6-M7

Vor allem die Prinzipien des Grundgesetzes und weitere Pressegesetze setzen den Medien rechtliche Grenzen. Viele Medienschaffende haben sich zudem mit dem Pressekodex des Deutschen Presserates einen ethischen und moralischen Verhaltenskatalog gegeben, der eine Art Selbstverpflichtung darstellt, und der sie an ihre Rolle und ihren Auftrag in einer demokratischen Gesellschaft erinnert und bindet. Daneben existieren leider auch Einschränkungen gesellschaftlicher oder politischer Art, die nicht vorgesehen sind, aber dennoch die Pressefreiheit in einer Demokratie empfindlich schädigen können: Beispielsweise, wenn Reporter und Reporterinnen bei Demonstrationen von Demonstrierenden angegriffen und in ihrer Arbeit behindert werden, eingeschüchtert werden und damit der öffentliche Diskurs beschränkt wird. Immer häufiger müssen Redaktionen wegen wirtschaftlicher Zwänge mit weniger Personal auskommen, weswegen Recherchen eingeschränkt oder ganz unmöglich sein können. In manchen Ländern kann es leider auch passieren, dass die Kontrolle und der Druck von staatlicher Seite erfolgt, indem Medien in bestimmten Ländern z. B. unter staatliche Aufsicht gestellt werden, die Berichterstattung zensiert wird oder Journalistinnen und Journalisten ihren Job verlieren, weil sie Informantinnen und Informanten nicht preisgeben wollen oder sie die Regierungsarbeit kritisch dargestellt haben. In diesen Fällen sind die Auswirkungen oft besonders weitreichend, da die Medien ihrem Informations- und Kontrollauftrag nicht nachkommen können und so die Gesellschaft nicht genug aufgeklärt werden kann. Hier wird auf illegale Weise die Pressefreiheit beschränkt.

2.2 Die Medienlandschaft im 21. Jahrhundert – ein Problem für die Demokratie?

Zum Thema: Die Medienlandschaft hat sich zunächst über einen längeren Zeitraum kontinuierlich hin zu den uns bekannten Massenmedien entwickelt. Mit der Erfindung des Internets in den 80er-Jahren und dessen zunehmender Bedeutung in Privathaushalten in den 90er-Jahren haben rasante Entwicklungen unsere Mediennutzung in den letzten 25 Jahren drastisch geändert. Die digitalen und sozialen Medien nehmen inzwischen auch in der politischen Informations- und Meinungsbildung eine zunehmend bedeutende Rolle ein und sind aus unser aller Leben kaum noch wegzudenken.

M8 The Evolution of Communication?



Karikatur: Mike Keefe, 2009

Hinweis
Seit dem Jahr 2017 können einzelne Posts bei Twitter auch 280 Zeichen haben. Seit Februar 2023 sind gegen Bezahlung auch bis zu 4.000 Zeichen möglich.

Einstiegsaufgaben

71911-220

1. Analysieren Sie die Karikatur.
2. Beschreiben Sie kurz Ihre persönlichen Erfahrungen hinsichtlich moderner Kommunikationswege.
3. Definieren Sie den Begriff *Massenmedien* und finden Sie heraus, ab welchem Zeitpunkt sich dieser Begriff tatsächlich verwenden lässt.

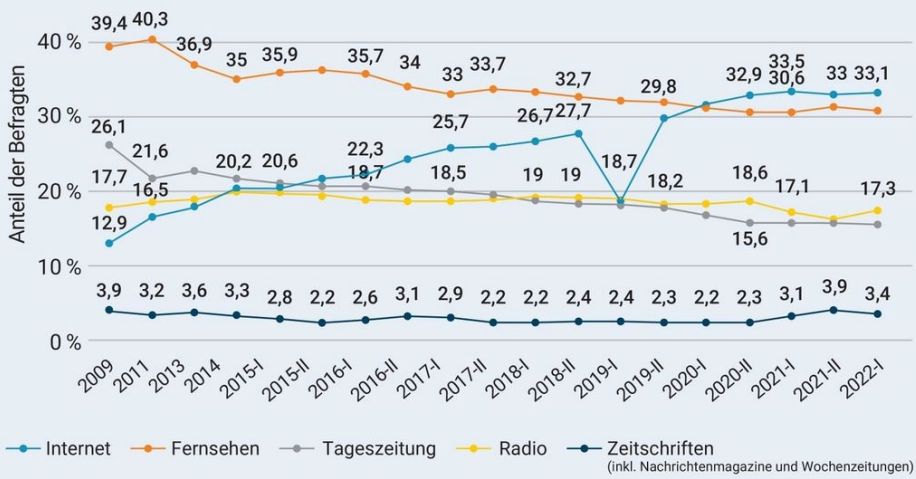
H zu Aufgabe 2
Wofür eignen sich Textnachrichten oder E-Mails? Wozu sind sie eher ungeeignet?

M9 Welches Verhältnis haben die Deutschen zu Medien?

1 Welches Informationsmedium nutzen die Menschen in Deutschland zur Meinungsbildung?

Wichtigstes Medium der Deutschen zur Meinungsbildung im Trend
Stand: 2022

73000-522



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Statista (Datenerhebung: 2022; Grafikerstellung: 2023). Jeweils erste (I) und zweite (II) Jahreshälfte

2 Welche Medien halten die Deutschen für am glaubwürdigsten?

Glaubwürdigkeit der Medien
Stand: 2020

Ich nenne Ihnen jetzt einige Medien. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diese für glaubwürdig oder für weniger glaubwürdig halten.

	glaubwürdig	weniger glaubwürdig
öffentlich-rechtliche Radiosender	+3	81 / 14
öffentlich-rechtliche Fernsehsender	+5	79 / 19
Tageszeitungen	-2	74 / 20
Internetangebote öffentlich-rechtlicher Sender	+4	63 / 22
Internetangebote von Zeitungen oder Zeitschriften	-1	45 / 32
private Radiosender	±0	44 / 43
private Fernsehsender	+3	29 / 65
Internetangebote privater Sender	+2	22 / 54
Youtube	-1	18 / 62
Twitter	-1	7 / 58
Facebook	±0	7 / 69
Boulevardpresse	-1	6 / 87
Instagram	+1	5 / 63

Nach: infratest dimap, September bis Oktober 2020; 1.001 Befragte; ab 18 Jahre

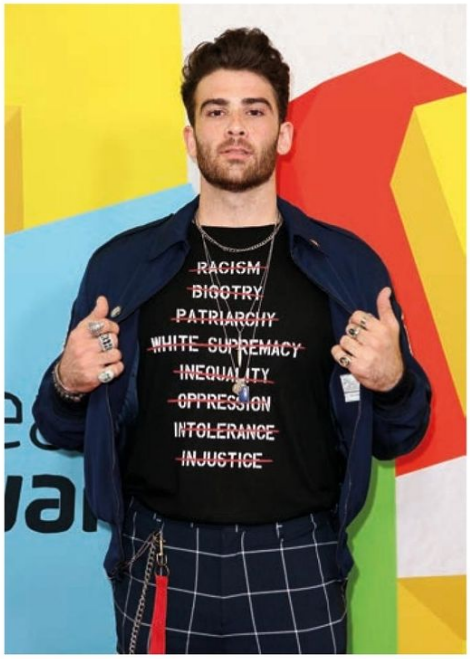
M10 Welche Rolle haben einzelne Informationsmedien heutzutage?

1 Soziale Medien: Politische Webvideoformate – die neuen Politikexpertinnen und -experten?

Mit dem Aufstieg und der Verbreitung der sozialen Medien hat sich die mediale Repräsentation von Politik maßgeblich verändert. [...] Als „Influencer" bezeichnet man einen Medienakteur in sozialen Netzwerken, dem aufgrund seiner starken Präsenz und seines hohen Ansehens als Träger öffentlichkeitswirksame Aufmerksamkeit gilt.

Die hohe Beteiligung und das große Interesse an Webvideos in der Online-Kommunikation hat Forscher/-innen der digitalen Gesellschaft dazu veranlasst, von einer neuen Ära der Videokratie zu sprechen. [...] Mit dem breitenwirksamen Durchbruch von Facebook, YouTube, Twitter und Instagram hat sich eine neue Einflussgröße politischer Medialisierung etabliert. [...]

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von nachfragestarken Medienakteuren und -akteurinnnen, die über große Fangemeinschaften verfügen und eine breit gestreute Medienaufmerksamkeit aufweisen. Die politischen Webvideoformate auf YouTube haben sich mittlerweile ausdifferenziert. Neben einzelnen Vloggern, die (anfänglich) aus privater Initiative ihre Inhalte hochgeladen haben, treten in letzter Zeit zusätzliche Vermittler wie das Medienunternehmen Mediakraft Networks mit Sitz in Köln auf, das Online-TV-Inhalte produziert und vermarktet. Mediakraft ist das größte deutsche Multi-Channel-Netzwerk und für die breite Wahrnehmung politischer Videoblogs maßgeblich verantwortlich. LeFloid, der prominenteste Polit-Vlogger Deutschlands, hat von Mediakraft Reichweitenvergrößerung, Produktion, Vermarktung und technische Unterstützung erhalten und mehr als drei Millionen Abonnenten und Abonnentinnen aufgebaut. [...] Relevante Aufmerksamkeitsträger von politischen Webvideoformaten sind Glaubwürdigkeit und Unterhaltungswert der Protagonisten und Protagonistinnen –



Der Livestream von Hasan Piker alias hasanabi war während der US-Präsidentschaftswahl 2020 extrem populär und machte hinsichtlich Zuschauerzahlen US-Fernsehsendern wie Fox News und CBS Konkurrenz.

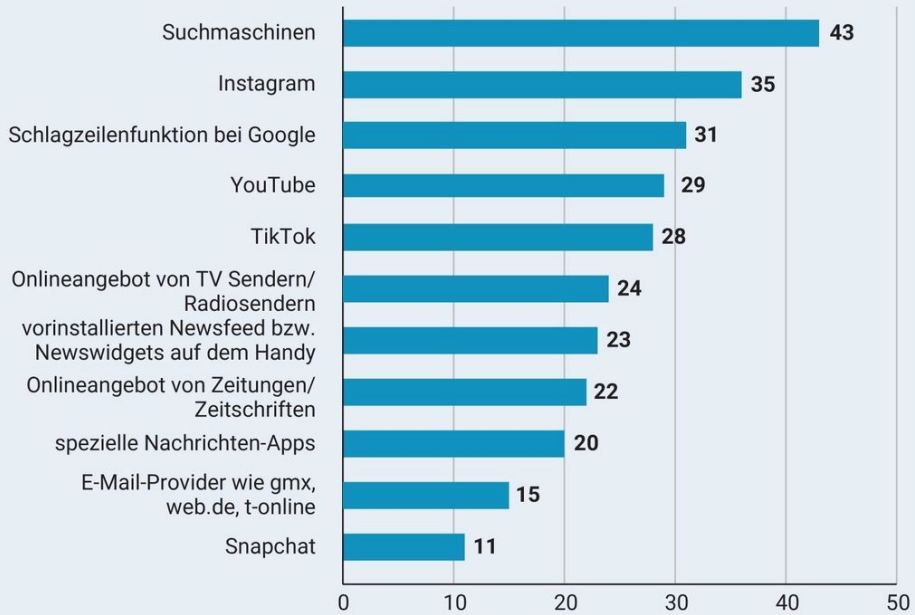
von diesen Faktoren hängt die Reichweite der politischen Vlogs ab. Die typische YouTube-Ästhetik der direkten Adressierung durch einen Talking Head hat sich zu einer formelhaften Inszenierungsregel entwickelt, die zum verbindlichen Maßstab für eine erfolgreiche Kommunikation geworden ist. Politische Inhalte werden an bildästhetische Normen (Personalisierung, Face-to-face-Kommunikation), narrative Stile (subjektiv-lebensweltlicher Diskurs), genreübergreifende Wiedererkennungsmerkmale (Boulevard-Thematik, Comedy-Formate) und dramaturgisches Set-Design (Home Video-Optik) angepasst, um sie reichweitenstark verbreiten zu können. So bedienen sich auch vergleichbare Kanäle mit politischen Themen im deutschsprachigen Raum wie „Jung & Naiv" [(knapp 500.000 Abonnenten, Stand: 2023)] und „MrWissen2Go" [(mehr als 3 Mio. Abon-

nenten, Stand: 2023)] dieser Formensprache, um ihre Inhalte mit zusätzlichem Schauwert zu versehen. [...] Heute haben auch die Parteien und arrivierten Medienvertreter/-innen den werbepolitischen Wert von Online-Medien bei der Erschließung jugendlicher Zielgruppen erkannt und wollen sich Zugang zu den jugendlichen Kommunikationsräumen im Netz verschaffen.

Dr. Reichert, Ramon: Infotainment? Meinungsmache? Bildung? – Politische Webvideoformate auf YouTube. In: www.kinofenster.de, 13.07.2017 Zahlen von Bearbeiterin aktualisiert

2 Politische Sozialisation durch Soziale Medien?

Tätigkeiten im Internet – Schwerpunkt: Informationen zum aktuellen Tagesgeschehen (Stand: 2022)



Nach: JIM 2022. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, Angaben Nutzung täglich / mehrmals pro Woche in Prozent. n=1.197 (12 bis 19 Jahre), abgebildet Nutzerinnen und Nutzer im Alter von 16-17 Jahren

JIM-Studie
Seit 1998 wird mit der JIM-Studie (Jugend, Information, (Multi-) Media) im jährlichen Turnus eine Studie zum Medienumgang der 12- bis 19-Jährigen durchgeführt.

3 Soziale Medien: die neuen Gatekeeper?

Im Jahr 2020 gaben in einer Umfrage des Reuters Institute for the Study of Journalism der Universität Oxford bereits 37 % der Befragten in Deutschland an, soziale Medien als Nachrichtenquelle zu nutzen – ein Anteil, der sich seit 2013 mehr als verdoppelt hat. Zum Vergleich: Printnachrichten werden nur noch von einem Drittel als Nachrichtenquelle genannt. Das Fernsehen bleibt mit 70 % zwar die Hauptnachrichtenquelle, das Internet in seiner Gesamtheit liegt 2020 jedoch erstmals gleichauf. Gut ein Viertel der Befragten nutzt Suchmaschinen regelmäßig, um spezifische Themen zu recherchieren. Vor allem junge Nutzer_innen konsumieren digitale Nachrichtenangebote in zunehmendem Maße nicht mehr über gezielte Aufrufe ausgewählter Medien, sondern mittelbar über Suchmaschinen und personalisierte Newsfeeds. Die großen Technologieunternehmen [...] sind damit zu mächtigen Gatekeepern bei der Informationsvermittlung geworden. Sie setzen eta-

Gatekeeper
(traditionelle) Journalistinnen und Journalisten, die mit ihrer Themenwahl Einfluss auf den öffentlichen Diskurs haben.

Newsfeed
abonnierbare elektronische Nachrichten im Internet

blierte Nachrichtenmedien unter redaktionellen und wirtschaftlichen Druck. Die schiere Menge an Inhalten, die im Internet zirkuliert, macht Sortierungsmechanismen für eine praktikable Nutzung schwer verzichtbar. Im Gegensatz zu traditionellen Medien erfolgt bei solchen Medienintermediären [...] die Auswahl von Inhalten für die Nutzer_innen nicht über einen redaktionellen Prozess, sondern personalisiert mithilfe algorithmischer Systeme. Stehen bei journalistischer Informationsvermittlung in der Regel normative Ziele im Vordergrund, so unterliegt die Inhaltsauswahl bei intermediären primär wirtschaftlichen Interessen – insbesondere dem Werbegeschäft solcher Plattformen. Während die Auswahl und Aufbereitung von Nachrichten in klassischen Medien wie Zeitungen oder Nachrichtensendungen für alle Konsument_innen gleich ist, sorgen individualisierte Nachrichtenströme zumindest theoretisch für stark differierende Themensetzungen und Einordnungen. Die konkreten Auswahlkriterien und Sortiermechanismen von Empfehlungsalgorithmen bleiben jedoch weitestgehend nicht nachvollziehbar. Das erschwert eine aufgeklärte und selbstbestimmte Nutzung. Diese Neustrukturierung digitaler Öffentlichkeit wirft empirische und ethische Fragen über menschliche kognitive Fehleinschätzungen und die Gestaltung einer positiven Medienordnung auf.

Gahntz, Maximilian / Neumann, Katja T. J. / Otte, Philipp C. / Sältz, Bendix J. / Steinbach, Kathrin: Medienpolitik. In: Breaking the News? Politische Öffentlichkeit und die Regulierung von Medienintermediären. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Februar 2021, S. 5-6.

Medienintermediäre
Medienintermediäre sammeln Informationen und journalistische Inhalte, ordnen sie und stellen sie so zur Verfügung. Dazu verwenden sie selbstgewählte algorithmische Mechanismen, welche auch auf Basis gesammelter Nutzerdaten Inhalte und Informationen nach Relevanz bewerten. Dies entscheidet somit auch darüber, welche Informationen für Nutzerinnen und Nutzer leicht und häufig gefunden werden. Soziale Netzwerke, sog. Video-Sharing-Dienste und Suchmaschinen sind demnach Medienintermediäre.

Landesanstalt für Medien NRW: Medienintermediäre. In: www.medienanstalt-nrw.de, Abruf am 07.08.2021

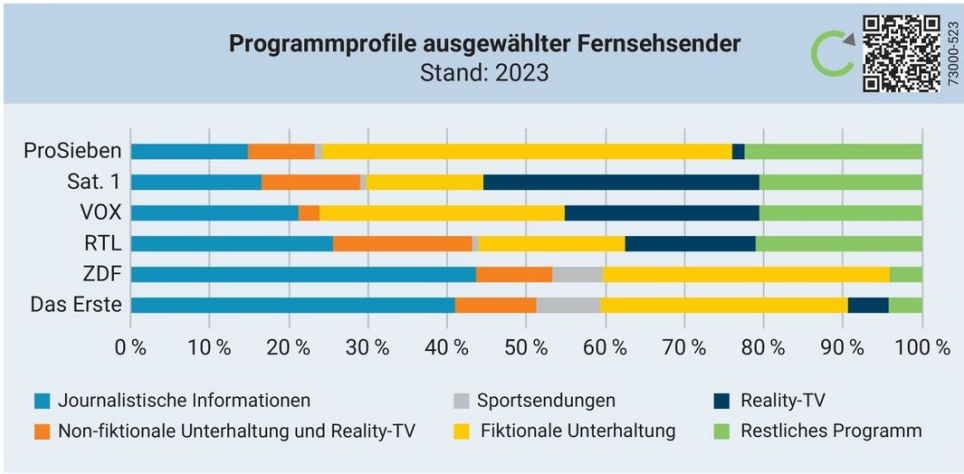
4 Fernsehen: Öffentlich rechtliche vs. private Sender – wo liegt der Unterschied?

Das duale Rundfunksystem der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender

	Öffentlich-rechtliche Sender	Private Sender
Gründung	1945	1984 (SAT.1 und RTL)
Sender	z. B. ARD/Das Erste, ZDF, 3sat, ARTE, BR Alpha, Phoenix, Kinderkanal KI.KA	z. B. RTL, RTL2, SAT.1, PRO7, Kabel1
Organisationsform	Nonprofit-Organisation	Kommerzielle Unternehmen
Auftrag	Gesetzlicher Auftrag: • Grundversorgung an Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung • Beitrag zur Meinungsbildung und Aufklärung • Programmvielfalt • Unabhängigkeit	Gewinn- und nachfrageorientiert: Angebotsausrichtung an den Präferenzen der Zielgruppen und Werbung
Finanzierung	Rundfunkbeitrag	Werbefinanzierung
Kontrolle	Rundfunkrat (ARD) und Fernsehrat (ZDF) sind mit Vertreterinnen und Vertretern untersch. gesellsch. Gruppierungen besetzt (z. B. Kirchen, Gewerkschaften, polit. Parteien, Vereine und Verbände, ...).	Wettbewerbsmechanismen, Landesmediengesetze regeln die Zulassung und Aufsicht über private Rundfunkveranstalter.

Bearbeiterin

5 Fernsehen: auf der Suche nach einer neuen Aufgabe?



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Statista (Datenerhebung: 2022; Grafikerstellung, 2023).

Hinweis
Reality-TV: Real-Life-Inszenierungen, Castingshows, Daily Talks, Doku-Soaps, Coachingformate, Gescriptete Doku-Sopas, Gerichtsshows

Restliches Programm: Trailer, Werbung, Sponsoring, religiöse Sendungen, sonstige Sendungen

6 Zeitungen: für Jugendliche nicht mehr relevant?

Bearbeiterinnengrafik, Zahlen nach: Digitalpublisher und Zeitungsverleger e. V., Anteil an deutschsprachiger Bevölkerung in Prozent

M11 Ist die Medienvielfalt in Gefahr und ist das ein Problem?

Medienunternehmen
In Deutschland gibt es etwa 320 regionale Tageszeitungen. Dahinter stehen jedoch fast immer Großkonzerne: Die 10 größten Verlagsgruppen der Branche haben einen Marktanteil von über 60 Prozent.

Die E-Mail kam am Freitagvormittag, um 10.30 Uhr. Betreff: „An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter". Absender: Peter Esser, Herausgeber der Mittelbayerischen Zeitung. Er hatte etwas mitzuteilen, eine „für Sie wahrscheinlich überraschende Entscheidung", wie er schreibt. Die Verlagsgruppe der Passauer Neuen Presse (PNP) kauft die Mittelbayerische Zeitung (MZ), das ist die Kernbotschaft der Mail. [...] Mit dem Kauf schraubt die PNP ihre Auflage von zuletzt gut 145000 Exemplaren (IVW) auf mehr als 232000 Stück nach oben. Dazu kommen die mehr als 75000 Exemplare des Donaukurier aus Ingolstadt, den die PNP bereits im November 2016 gekauft hatte. Der Kauf macht die Verlagsgruppe nach eigenen Angaben „zu einem der auflagenstärksten Regionalzeitungs-Verlage in Bayern" - was noch untertrieben sein dürfte. Die Anteilsverhältnisse sind kompliziert auf dem Markt der Regionalzeitungen, „wir haben auch lange hin und her gerechnet", sagt Michael Busch, der Vorsitzende des Bayerischen Journalisten-Verbandes (BJV). Nach dem Kauf der MZ wäre die PNP „vermutlich nicht nur in Bayern, sondern deutschlandweit in den Top drei", sagt Busch. Er spricht von einem „Mega-Mediendeal". [...]

Schon damals, nach der Übernahme des Donaukurier, hatte die Branche gerätselt, welchen Plan PNP-Verlegerin Simone Tucci-Diekmann mit ihrer Expansion verfolgt. […] Bei ihrem Amtsantritt nannte sie vor allem ein Ziel: Wachstum. So gesehen passt es ins Bild, dass Tucci-Diekmann ihre Einkaufstour fortsetzt, diesmal also in Regensburg. Eine „perfekte Ergänzung" der bisherigen Verlagsaktivitäten, so lässt sie sich in ihrer eigenen Zeitung zitieren. […] Wirtschaftlich begründet Simone Tucci-Diekmann den Schritt auch damit, dass den Werbekunden künftig ein „noch zielgenaueres, Regionen übergreifendes Angebot gemacht werden" könne.

„Die Landkarte von Passau nach Ingolstadt, jetzt über Regensburg, ist PNP-Gebiet. Das hat natürlich mit Medienvielfalt nicht mehr viel zu tun", sagt BJV-Chef Busch über den Deal, dem das Kartellamt erst noch zustimmen muss. „Wir beobachten mit einer Grundskepsis, was da gerade passiert."

Verschiedene Tageszeitungen mit ähnlichem Titelblatt.

Glas, Andreas: „Das hat mit Medienvielfalt nichts mehr zu tun". In: www.sueddeutsche.de, 30.07.2021

Deutsche Pressekonzerne und ihre größten Marken

71911-222

M12 Welche Folgen hat die Medienkonzentration?

Neben den großen überregionalen Zeitungen gibt es in Deutschland Dutzende Regionalzeitungen: Vom Hamburger Abendblatt über die Westdeutsche Allgemeine bis zur Stuttgarter Zeitung. Diese Regionalzeitungen haben alle auch einen bundespolitischen und internationalen Teil, den sogenannten Mantel. Diesen Mantel haben die Zeitungen jahrzehntelang zu großen Teilen selber bestückt, mit eigenen Korrespondenten im Ausland, und vor allem auch in der deutschen Hauptstadt. Dann kam das Internet. Leser wanderten ab, Anzeigenkunden wanderten ab.

„Das hält auch nach wie vor an, der Verlust. Es ist Jahr für Jahr ein Minus", sagt die Medienjournalistin Ulrike Simon. „Und dann hieß es zunächst, die Redaktion muss sparen, das heißt die Chefredaktion hatte dann Jahr für Jahr weniger Geld zur Verfügung für Recherche, um die Redakteure zu bezahlen. Es wurden Stellen gestrichen, aber irgendwann war kein Fett mehr da, das man hätte wegschneiden können. Und da kam es dazu, da wurde dann die Entscheidung getroffen: Wir müssen uns komplett neu organisieren." Und so bauten vor vier, fünf Jahren die großen deutschen Regionalzeitungsverlage Zentralredaktionen auf […].

Das RedaktionsNetzwerk Deutschland erreicht mit seinen über 50 Regionalzeitungen nach eigenen Angaben täglich sieben Millionen Menschen. Diese Reichweite erleichtere die Arbeit und führe zu besserer Qualität für die Regionalzeitungen, sagt Repinski: „In einer Selbstverständlichkeit bekommen die Leser der Hannoverschen Allgemeinen oder der Leipziger Volkszeitung oder der Ostsee-Zeitung ein Interview mit der Bundeskanzlerin [Angela Merkel], mit [einem] Bundespräsidenten, auch andere Gespräche, exklusive Informationen, vielleicht auch das erste Mal eine Hintergrundgeschichte aus dem Gesundheits- oder dem Rentenbereich. Das kannten die Leser vorher nicht."

Banse, Philip:. Verlust von Vielfalt oder Bündelung der Kräfte? In: www.deutschlandfunk.de, 12.11.2018

Beispiele für Zentralredaktionen deutscher Zeitungen

Zur Funke Mediengruppe gehören 13 Regionalzeitungen, von der Westdeutschen Allgemeinen bis zur Bergedorfer Zeitung. Überregionale Artikel bekommen diese Regionalzeitungen seit drei Jahren aus der Funke Zentralredaktion in Berlin. Ähnlich machten es die Südwestdeutsche Medienholding mit 16 Zeitungen wie der Stuttgarter Zeitung; ähnlich machte es die Madsack Mediengruppe. Deren Redaktionsnetzwerk Deutschland versorgt nach eigenen Angaben rund 50 Tagesszeitungen mit überregionalen Nachrichten […].

ebd.

Link zu funk

71911-224

INFO

funk

funk ist das Content-Netzwerk von ARD und ZDF mit Formaten aus den Bereichen Information, Orientierung und Unterhaltung, die auf sozialen Medien sowie im Internet zu finden sind. Die Inhalte der unterschiedlichen Formate richten sich an Menschen zwischen 14 und 29.
Da es sich bei funk um ein öffentlich-rechtliches Angebot handelt, wird es durch den Rundfunkbeitrag finanziert.
Insgesamt steht den Macherinnen und Machern damit ein jährliches Budget von etwa 45 Millionen Euro zur Verfügung.

Bearbeiterin

Aufgaben

71911-223

1. a) Erläutern Sie die dargestellte Entwicklung der Mediennutzung in **M9** 1.
   b) Ergänzen und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit den Informationen aus **M9** 2 und **M10** 4.
2. a) Erklären Sie anhand **M10** 1 die Rolle von Webvideoformaten für die Vermittlung von Politik.
   b) Ermitteln Sie die Rolle von Social Media als Nachrichtenmedium aus **M10** 2 und bewerten Sie diesen Trend.
   c) Erörtern Sie Chancen und Risiken von Social Media (**M10**) als die neuen Gatekeeper in der Medienlandschaft.
3. Führen Sie in Ihrem persönlichen Umfeld in unterschiedlichen Altersgruppen (Gleichaltrige, Eltern, Großeltern) eine Befragung durch, mittels welcher Medien und welcher Formate sich die Personen über politische Inhalte informieren. Werten Sie Ihre Ergebnisse aus und tauschen Sie sich darüber im Unterricht aus.
4. Erarbeiten Sie aus **M10** 4 und 5, wie die Fernsehsender ihr Programmangebot gestalten. Auf welche Zielgruppe ist das jeweilige Programm ausgerichtet?
5. a) Werten Sie die Diagramme in **M9** 1 und **M10** 6 aus und beurteilen Sie die sich ändernde Rolle von Zeitungen in der Medienlandschaft.
   b) Verdeutlichen Sie anhand von **M11** und **M12** das Problem der Medienkonzentration im Zeitungsbereich und erschließen Sie daraus Konsequenzen für demokratische Gesellschaften.
6. a) Diskutieren Sie positive und negative Aspekte der im Unterkapitel besprochenen Entwicklung für die Demokratie.
   b) „Mit ihren Polit-Videos sprechen populäre Vlogger wie „MrWissen2Go“ oder „LeFloid“ netzaffine Jugendliche an und beeinflussen durch diese Form des Infotainments deren politische Sozialisation“. Nehmen Sie Stellung zu dieser Aussage. Wie erklären Sie sich den Erfolg sogenannter Influencer bei Jugendlichen?
7. Informieren Sie sich auf funk.net über das Angebot der öffentlich-rechtlichen Anbieter. Wählen Sie sich drei Polit-Vlogs aus und vergleichen Sie deren Angebote (Inhalt, Präsentationsweise, Sprache).

F **zu Aufgabe 6**
Hinterfragen Sie den Begriff „Influencer“ kritisch.

Nachrichtenformate vergleichen

Wählen Sie sich je eine Nachrichtensendung (im Idealfall vom gleichen Tag) der öffentlich-rechtlichen und der privaten Sender aus und vergleichen Sie sie nach den Kriterien, die im folgenden Leitfaden vorgeschlagen werden.

1 Auswahl und Platzierung der Themen

Worüber wird berichtet? Wie umfangreich wird über die jeweiligen Themen berichtet? Wo werden Sie im Ablauf der Sendung platziert? In welchem Verhältnis stehen Sachthemen zu unterhaltenden Themen? Fehlen wichtige Themen des Tages?

2 Textinformation

Wird das gesprochene Wort durch Schrifteinblendungen begleitet? Ist der Redestil des Moderators oder der Sprecherin sachlich-neutral oder eher umgangssprachlich, locker oder gar reißerisch?

3 Bildinhalt und Informationsgehalt

Bildinhalt: Unterstützen grafische Elemente wie Hintergrundbilder und Schaubilder die Textaussage oder sind sie eher ablenkend? Vermittelt die Studiogestaltung Seriosität oder betont sie den Unterhaltungs- oder Show-Charakter des Formats?
Informationsgehalt: Lassen sich die Darstellung von Sachverhalten und Meinungsäußerungen klar unterscheiden? Werden unterschiedliche Sichtweisen angeboten? Sind Verhalten, Sprache und Präsentationsweise der Nachrichtensprecherin oder des Nachrichtensprechers neutral oder lässt sich eine Wertung erkennen?

4 Intention und Wirkung

Wie kommt die Präsentation der Nachrichten an? Handelt es sich um eine umfassende Information und hilft sie den Zuschauerinnen und Zuschauern, sich eine eigene Meinung zu bilden oder spricht sie eher die Gefühlsebene an?

5 Bewertung und Fazit

Beziehen Sie bei Ihrer abschließenden Bewertung ihr Wissen über öffentlich-rechtliche bzw. private Anbieter sowie das allgemeine Programmprofil mit ein. Lassen sich davon auch Aussagen zu möglichen Adressaten ableiten?

Bearbeiterin

WISSEN KOMPAKT

Analoge und digitale Medien → M9, M10

Zunächst geht es bei den Begriffen *analog* und *digital* nur um die Signalübertragung von technischen Geräten. Der Begriff *analog* bedeutet dabei die kontinuierliche und stufenlose Übertragung von Signalen, *digital* demgegenüber die Komprimierung von analogen Signalen und die Übertragung von einer sehr hohen Anzahl von analogen Daten. Als analoge Medien werden demnach vor allem die klassischen Medien bezeichnet, also alle Printmedien wie Zeitungen, Magazine, Bücher, Plakate usw. aber auch elektronische Medien wie Fernsehen, Radio und z. B. auch Schallplattenspieler. Digitale Medien sind all jene Informationsträger, die auf der Basis von digitaler Informations- und Kommunikationstechnologie funktionieren. Wichtig ist, dass das Internet nur eine Form digitaler Medien ist. Digitale Medien können online und offline genutzt werden.

82000-806

Medienkonzentration → M11, M12

Der Begriff „Medienkonzentration" bezeichnet das Ausmaß, in dem zunehmend größer werdende Medienunternehmen eine marktbeherrschende Stellung einnehmen. Die Medienkonzentration ist ein Hinweis auf den Wettbewerb und die Medienvielfalt in einem Land.

82000-807

Vollredaktion – Mantelredaktion → M12

Bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts besaßen fast alle Zeitungen sogenannte **Vollredaktionen**. Sämtliche Beiträge wurden von Journalistinnen und Journalisten der entsprechenden Zeitung selbst geschrieben. Viele Regional- und Lokalzeitungen haben heute nur noch eigene Lokalredaktionen, jedoch keine Vollredaktion mehr. Das heißt, sie nutzen für die weiteren Ressorts außerhalb des Lokalressorts sogenannte **Mantelredaktionen**. Der Mantel ist der überregionale Teil einer Regionalzeitung, bestehend aus der Titelseite, Politik, Wirtschaftsnachrichten, überregionalem Feuilleton und Sport. Regional- oder Lokalzeitungen lassen sich die Mantelseiten häufig zuliefern. Überregionale Zeitungen, die sich eine eigene Vollredaktion leisten können, werden als publizistische Einheit bezeichnet. Alle jene Zeitungen, die den gleichen Zeitungsmantel besitzen, werden ebenso zu einer publizistischen Einheit zusammengefasst. Die Zahl der publizistischen Einheiten hat sich im Zeitraum von 1954 bis 2018 von 225 auf 114 reduziert.

Algorithmen → M10

Algorithmen sind prinzipiell programmierte Problemlösungsmechanismen, die nach einem immer gleich ablaufenden Schema ähnliche Problemlagen zu lösen versuchen. Sie werden in sehr unterschiedlichen Kontexten eingesetzt: Über das Navi werden die kürzesten Wege angezeigt oder sie überprüfen die Rechtschreibung in den Rechtschreibprogrammen. Große Internet-Plattformen versuchen, anhand der Daten aus Suchmaschinen die Präferenzen von Internetnutzerinnen und –nutzern auszuwerten, um dann entsprechende Produkte anzuzeigen. Ebenso erfolgt das Anzeigen von politischen und gesellschaftlichen Inhalten und Themen auf den großen Internetplattformen.

82000-808

Gatekeeper → M10

Dieser Begriff (wörtlich übersetzt: Torhüter) bezeichnet im Kontext der klassischen Medien Journalistinnen und Journalisten, die mit ihrer Themenauswahl und ihrer Positionierung der Themen in den entsprechenden Medien Einfluss darauf haben, was in den öffentlichen Diskurs gelangt. Im Kontext der digitalen Medien und von Social Media sind es inzwischen Algorithmen, die die Präferenzen der Nutzerinnen und Nutzer auswerten und entsprechende Inhalte anzeigen.

82000-809

WISSEN IM KONTEXT

Digitale Medien haben analoge Medien inzwischen in sehr vielen Bereichen abgelöst, so auch in der Informations- und Nachrichtengewinnung, wenn auch noch Unterschiede in unterschiedlichen Altersgruppierungen festzustellen sind. Beständig hoch ist allerdings das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen TV- und Radio-Sender sowie in Zeitungen und Magazine, was den Informationsgehalt betrifft, und zwar altersunabhängig.

Wie hat sich die Medienwelt verändert?
M8-M12

Klassische Printmedien wie Zeitungen und Magazine können häufig nicht in der Nachrichtenproduktion mit digitalen Medien mithalten, da ihre Formate auf fundierter Recherche beruhen, die Zeit und Geld in Anspruch nimmt. Personelle und ökonomische Zwänge führen deshalb dazu, dass sich lokale und regionale Zeitungen zunehmend von größeren Redaktionsnetzwerken mit Artikeln zu den Hauptressorts versorgen lassen müssen. Das führt natürlich zu Einschränkungen in der Medienvielfalt. Immer mehr Leser und Leserinnen konsumieren gleichlautende Inhalte, was in der Konsequenz auch zu Einschränkungen in der Meinungsvielfalt (Pluralismus) führt.

Welche Probleme ergeben sich aus der Medienkonzentration?
M13-M14

Viele, vor allem junge Nutzerinnen und Nutzer, verlassen sich bei ihrer Informations- und Nachrichtengewinnung inzwischen fast ausschließlich auf digitale und zunehmend auch auf soziale Medien. Über Suchmaschinen und personalisierte Newsfeeds bekommen sie Informationen und Nachrichten angeboten. Das macht diese Medienintermediäre zunehmend zu den neuen Gatekeepern. Problematisch an dieser Entwicklung ist, dass hinter dieser Inhaltsauswahl vor allem die wirtschaftlichen Interessen der Plattformen stehen, die die Auswahl Algorithmen überlassen und eben nicht Journalistinnen und Journalisten, die einem konkreten Berufsethos folgen. Zudem ist die konkrete Funktionsweise der Algorithmen nicht wirklich nachvollziehbar. Es ist aber davon auszugehen, dass die Zuweisung von Inhalten beruhend auf den Präferenzen einer Person grundsätzlich zu einer Bestätigung der eigenen Sichtweisen und Meinungen führt, was zu Filterblasen- und Echokammer-Effekten führen kann. Divergierende Sichtweisen werden tendenziell ausgeblendet, was also seltener eine Auseinandersetzung mit anderen Meinungen erfordert.

Welche Konsequenzen hat die Ablösung von klassischen Medien durch digitale Medien und Social Media bei der Nachrichtenvermittlung?
M15-M16

Zunehmend übernehmen sogenannte Influencer und Influencerinnen das Erklären von politischen Themen und Problemstellungen. Es scheint fast so, als ob diese Vlogerinnen und Vlogger die neuen Polit-Expertinnen und -Experten wären. Sie sprechen natürlich in vielfacher Hinsicht das Zielpublikum an und gelten als Vorbilder. Von Vorteil ist, dass jüngere Menschen mit diesen Formaten an politische Themen herangeführt und vielleicht sogar auf Dauer für sie begeistert werden können. Vielleicht schafft es diese vor allem durch Bilder und filmisches Material geprägte politische Sozialisation sogar, junge Menschen auch an eine vertiefte und aktive Auseinandersetzung mit Politik heranzuführen. Es bleibt noch abzusehen, wie nachhaltig und tiefgründig diese Art der politischen Bildung ist.

Welche Folgen ergeben sich aus der politischen Sozialisation der jüngeren Generation durch Influencerinnen und Influencer?
M17-M18

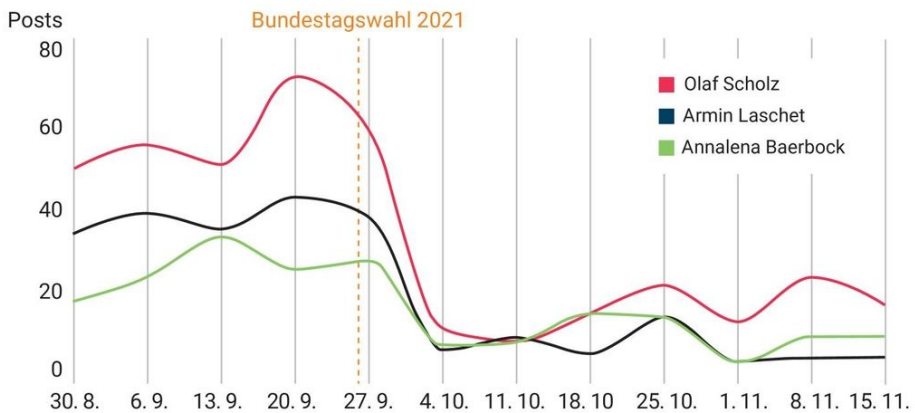
2.3 Zwischen Politikvermittlung und Inszenierung – vom Nutzen der Medien für die Politik

Zum Thema: Wie werden konkrete Medienformate ganz bewusst von politischen Akteurinnen und Akteuren genutzt, um bestimmte Botschaften zu senden? Wie inszenieren sich die Vertreterinnen und Vertreter der Politik in den Medien? Wie wollen Sie gesehen werden? Kommen die Inhalte zu kurz, weil die Personalisierung der Politik an Bedeutung gewonnen hat?

M13 Bundestagswahl 2021: Wie lief der Wahlkampf auf sozialen Medien?

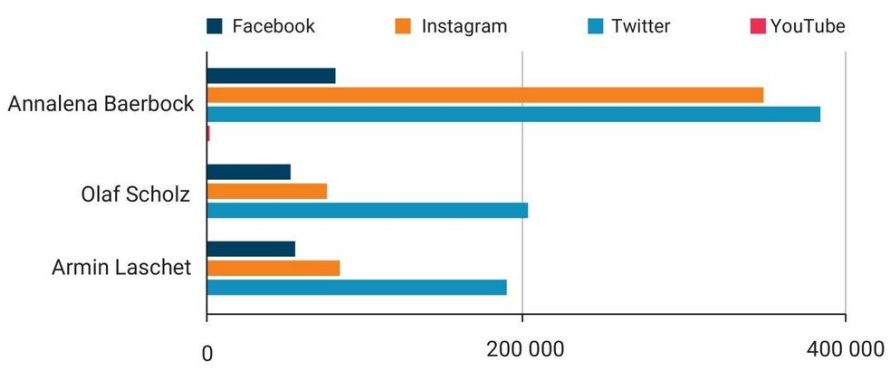
Hinweis
Im Gegensatz zur Bundestagswahl 2017 hatten 2021 über die Hälfte der Abgeordneten eine Social-Media-Präsenz. Wahltag für die Bundestagswahl 2021 war der 26.09.2021.

1 **Wie oft posten die Spitzenkandidaten der Bundestagswahl 2021 auf Social Media?**



Nach: Tagesspiegel, 2021

2 **Followerinnen, Follower, Abonnentinnen und Abonnenten der Kandidatin und Kandidaten zur Bundestagswahl 2021**



Nach: Tagesspiegel, 2021

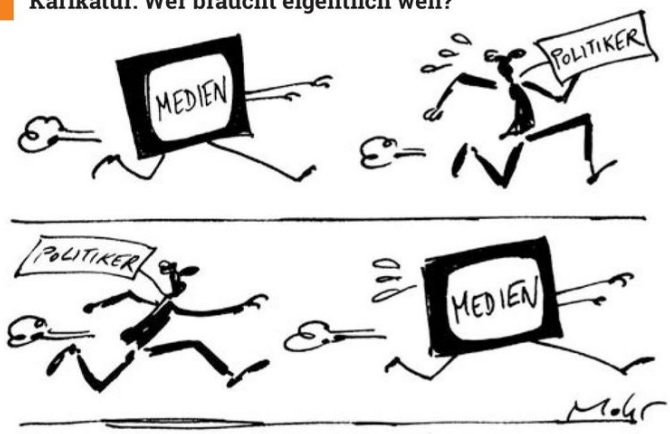
Einstiegsaufgaben

71911-230

1. Erklären Sie, welche Bedeutung Social Media für Politikerinnen und Politiker im Wahlkampf hat.
2. Besuchen Sie einen Social-Media-Account einer Politikerin oder eines Politikers Ihrer Wahl und beurteilen Sie den Auftritt: Wer überzeugt? Wer überzeugt nicht? Warum?
3. Recherchieren Sie Daten zur Nutzer-Demografie der einzelnen sozialen Netzwerke und ziehen Sie Rückschlüsse zur Aktivität der Politikerin bzw. Politiker.

M14 Politikerinnen und Politiker im Fernsehen: Kommunikation oder Selbstinszenierung?

1 Karikatur: Wer braucht eigentlich wen?



Karikatur: Burkhard Mohr

2 Ist Politik plötzlich auch für Privatsender interessant?

Ausgerechnet bei ProSieben gab Annalena Baerbock als frisch gekürte Kanzlerkandidatin der Grünen ihr erstes ausführliches Interview. Natürlich war die 40-Jährige im Lauf des Abends auch noch im „Heute-Journal" und in den „Tagesthemen" zu Gast. Dort bewegten sich die Interviews aber im üblichen Magazinrahmen – während der Münchner Privatsender für das Interview zur Primetime ab 20.15 Uhr außerplanmäßig satte 45 Minuten zur Verfügung stellte.

Auch das Setting des Gesprächs war ungewöhnlich: Keiner der arrivierten Hauptstadtkorrespondenten stellte die Fragen, sondern die Publizistin Katrin Bauerfeind (38) und der Autor und Moderator Thilo Mischke (40). Dass im Nachhinein manche Medien ihre Fragen an die Spitzenfrau der Grünen als „zahm" kritisieren, trifft die Sache zwar zum Teil. Die Kritik ist aber auch schlicht Ausdruck des Erstaunens, dass sich hier ein Stück Polit-Fernsehen an ungewohntem Ort wiederfindet – ausgerechnet beim Münchner „Spaßsender" ProSieben. [...] Für Annalena Baerbock passte die Anfrage von ProSieben jedenfalls perfekt. Sie positioniert sich ja bewusst als Newcomer-Kandidatin der „Scharniergeneration", also zwischen den hochengagierten Jüngeren und den aktuell mit politischer Macht ausgestatteten Älteren à la Laschet/Söder/Scholz. Bei kaum einem Sender erreicht Baerbock ihre Wunschwähler besser als hier: Im Gesamtquotenranking lag ProSieben 2020 mit vier Prozent im Jahresdurchschnitt zwar nur auf Platz sechs [...], doch bei den eben nicht nur für die Werbung, sondern auch für die Grünen besonders relevanten 14- bis 49-Jährigen erreichen die Münchner [...] den zweiten Platz: 9,1 Prozent. [...]

Zweifellos erzielt ProSieben solche Werte [...] vor allem mit spektakulären Showformaten [...], aber Senderchef Daniel Rosemann gab am Dienstag als Einschaltquote für das Baerbock-Interview bei den 14- bis 49-Jährigen 8,5 Prozent an – das heißt, der Sender hat seine aktuelle Zielmarke von 9,1 Prozent mit dieser zuvor ja gar nicht groß angekündigten Sondersendung fast erreicht. Wenn die Münchner also tatsächlich planen, ihr Programmprofil mit politischen Akzenten zu ergänzen, werden sie sich am Tag danach durch die Zahlen bestärkt sehen.

Schleider, Tim: Der Münchner „Spaßsender" macht jetzt Politik. In: www.stuttgarter-zeitung.de, 20.04.2021

M15 Politik, Politikerinnen und Politiker in verschiedenen Zeitungen – eine Presseschau

Medialisierung
Medialisierung beschreibt [...] die Annahme, dass sich Bereiche der Gesellschaft wie Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zunehmend der Logik der Medien anpassen. Das bedeutet, dass sie sich an den Rollenvorgaben in den Medien orientieren [und] Stilmittel wie z. B. Skandalisierung, Personalisierung und Emotionalisierung übernehmen [...].

Nach: bpb: Medialisierung. In: www.bpb.de, Abruf am 26.05.2023

1 Koalitionsstreit über Energiepolitik: Klimapolitisch handlungsunfähig
Mit der Blockade-Partei FDP kann man nicht mehr rational argumentieren. Sie spielt Fachpolitik zu einem Kulturkampf hoch.

Krüger, Anja: Klimapolitisch Handlungsunfähig. In: www.taz.de, 02.03.2023

2 Koalition am Limit: Ampel-Bündnis ist in einer Sackgasse
Wenn auch ein Gesprächsmarathon nicht mehr zu Ergebnissen führt, ist das ein schlechtes Zeichen. SPD, Grüne und FDP sollten sich jetzt vom sturen Abarbeiten ihres Vertrags lösen. (27.03.2023)

Junginger, Bernhard: Koalition am Limit: Ampel-Bündnis ist in einer Sackgasse. In: www.augsburger-allgemeine.de, 27.03.2023

3 Der EU läuft langsam die Zeit davon
Die Zahl der Asylbewerber steigt – droht langfristig der Zusammenbruch des Schengenraums?

Kelnberger, Josef: Der EU läuft die Zeit davon. In: www.sueddeutsche.de, 28.03.2023

4 Ökonom Hans-Werner Sinn kritisiert Energiepolitik: „Wir ruinieren die deutsche Autoindustrie"
Der Top-Ökonom Hans-Werner Sinn geht mit der Energiepolitik der Bundesregierung hart ins Gericht und fordert eine rasche Kehrtwende.

Meyerhofer, Lisa: Top-Ökonom Hans-Werner Sinn kritisiert Energiepolitik. In: www.merkur.de, 07.10.2022

5 Keine Aufträge, kein Wachstum: Die Industrie liegt am Boden
Erstmals liegt schwarz auf weiß vor, wie schwer die Ausgangsbeschränkungen die deutsche Industrie treffen. Ökonomen verbreiten Zuversicht, doch die harten Zahlen machen bislang wenig Mut.

Zàboji, Niklas: Die Industrie liegt am Boden. In: www.faz.net, 05.06.2020

6 Ungarn vs. Europäische Union: Orban gewinnt, Europas Werte verlieren
Das EU-Parlament will Ungarn Zahlungen in Milliardenhöhe streichen, doch droht zu scheitern.
Viktor Orban scheint zu gewinnen, obwohl er den Rechtsstaat abschafft. (21.11.2022)

Röller, Ulf: Orban gewinnt, Europas Werte verlieren. In: www.zdf.de, 21.11.2022

7 Ist das noch UN oder kann das weg?
Die Party fällt mager aus: Zu ihrem 75. Geburtstag sind die Vereinten Nationen so angeschlagen wie nie zuvor.

Böhm, Andrea; Grefe, Christiane: Ist das noch UN oder kann das weg? In: www.zeit.de, 18.09.2020

M16 Inszenierung auf sozialen Medien: die Politik als Bühne?

Politik lebt von und auf der Bühne, auf der sie stattfindet. Mit sozialen Medien hat sich diese Bühne extrem vergrößert. Theoretisch kann nun die ganze Welt mit wenigen Klicks dabei sein, wenn Politiker und Politikerinnen via [Social Media] die Nähe zu den Wählern und Wählerinnen suchen. Sie haben so eine eigene Bühne mit großer Sichtbarkeit und Reichweite. Und noch etwas hat sich fundamental verändert: Waren Politiker und Politikerinnen vor der Zeit der sozialen Netzwerke nur die Protagonisten auf dieser Bühne, so sind sie heute außerdem ihre eigenen Verleger, Produzentinnen, Regisseure, Dramaturginnen und Darsteller in Personalunion. Und wenn sie, wie viele deutsche Parlamentarier und Parlamentarierinnen, kein Team für die digitale Kommunikation haben, sind sie zudem auch noch für Kamera, Ton, Maske und Requisite zuständig. Alles, was wir in der politischen Kommunikation wahrnehmen, ist auf die eine oder andere Weise inszeniert. Erfolgreiche Inszenierung bemerkt man als Bürger oder Bürgerin im besten Falle nicht, da sie authentisch daherkommt. Das gilt auch – und insbesondere – für soziale Medien, wo Politiker und Politikerinnen sich gerne als besonders nahbar präsentieren und auch schon mal persönliche Details preisgeben. Diese Form der (Selbst-)Darstellung kommt bei den Bürgern und Bürgerinnen durchaus an. Die Reichweiten gut gemachter Instagram-Stories reichen noch nicht an die Tagesschau ran, übertreffen aber viele andere Formate, in denen Politik bisher stattfand.

Politik und politische Kommunikation sind durch die Möglichkeiten der digitalen Bühne unterhaltsamer, leichter verständlich und zugänglicher geworden. Die Inhalte müssen dabei aber keineswegs oberflächlicher sein, häufig wird hier zu aktuellen politischen Themen diskutiert. Für viele Politiker und Politikerinnen, die nicht in der ersten Reihe stehen, sind soziale Medien die einzige Möglichkeit, um neben eigenen Veranstaltungen überhaupt eine Wahrnehmung außerhalb des eigenen Kollegen- und Kolleginnenkreises zu erzielen.

Durch die neuen medialen Formate und Möglichkeiten sind jedoch auch die Ansprüche an Politiker und Politikerinnen enorm gestiegen. Ebenso die Kompetenzen, die sie mitbringen müssen, um ihre Politik erfolgreich zu erklären und im demokratischen Diskurs wahrgenommen zu werden. Die Möglichkeiten der Darstellung mögen größer, bunter und vermeintlich einfacher geworden sein – sich auf eigenen, meist kostengünstigen digitalen Bühnen zu präsentieren, erfordert aber neben zeitlichem Aufwand vor allem auch ein Händchen für die eigene Zurschaustellung.

Natürlich hinterlässt diese tägliche Theaterproduktion des eigenen politischen Handelns Spuren. Seitdem jeder Politiker und jede Politikerin ihr Theater in Form des Smartphones in der Hosentasche dabei hat, verspüren viele den Druck, auf den einschlägigen sozialen Netzwerken immer präsent sein zu müssen. Alles, was gerade im Netz heiß läuft, muss kommentiert werden – am besten als Erster, um bei der Vielfalt der Inhalte überhaupt registriert zu werden. Das Informationsüberangebot führt dazu, dass Politiker und Politikerinnen stärker zuspitzen, polarisieren und Argumente verknappen. Ihre Statements sollen möglichst originell und neu sein, um überhaupt noch aus der Kakofonie der Nachrichten herauszustechen. Dabei passieren auch Fehler: Informationen werden falsch bewertet oder Schnellschüsse versendet, die wenig durchdacht sind. Es entsteht der Eindruck, dass seitdem soziale Medien die politischen Kommunikationskanäle durchdrungen haben, insgesamt weniger nachgedacht wird, bevor etwas verbreitet wird.

Fuchs, Martin: Selbstinszenierung auf sozialen Medien. Die Politik als Bühne. In: www.goethe.de, Abruf am 07.11.2022

M17 Ein Ereignis, mehrere Bilder: G7-Gipfel 2018

Angela Merkel
Deutsche Bundeskanzlerin 2005 – 2021

Emanuel Macron
Seit 2017 Staatspräsident der Französischen Republik

Theresa May
Premierministerin des Vereinigten Königreichs 2016 – 2019

Weitere Bilder zu M17

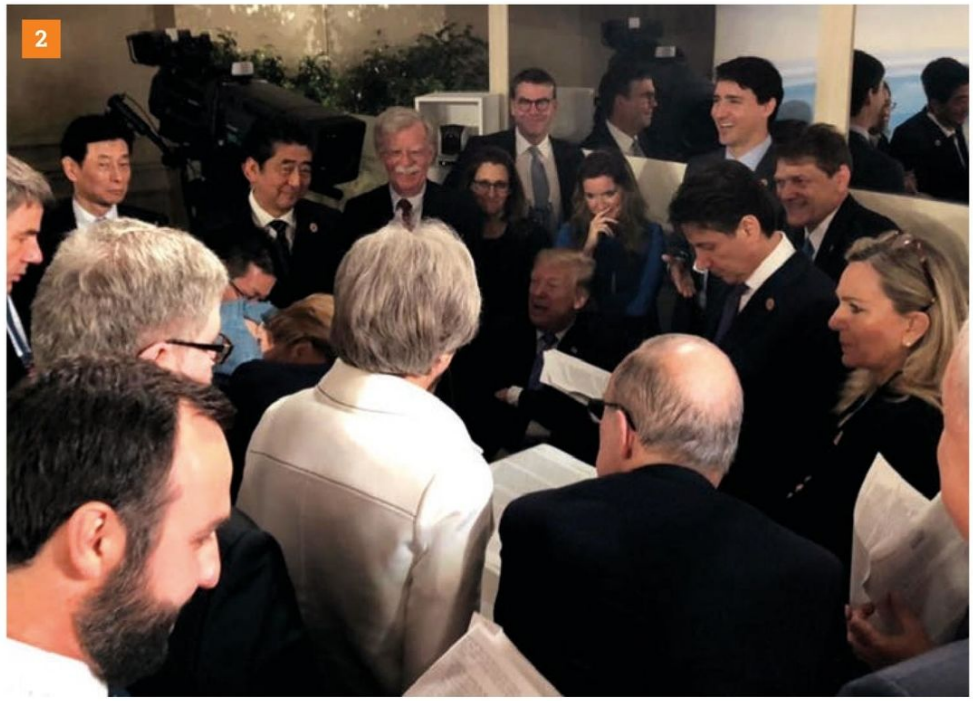
71911-232

Das europäische Trio Merkel, Macron und May, Japans Ministerpräsident Shinzo Abe und Trumps Wirtschaftsberater Larry Kudlow (links) sowie sein Sicherheitsberater John Bolton (rechts) und Donald Trump selbst (ganz rechts)

1

Offizielles Foto der deutschen Bundesregierung

2



Donald Trumps Social-Media-Director postete dieses Foto als „Blick hinter die Kulissen“ in den sozialen Medien.

Die Macht der Bilder im digitalen Zeitalter hinterfragen

Seit dem Beginn des digitalen Zeitalters hat die Allgegenwart von technisch und elektronisch erzeugten Bildern erheblich zugenommen. Wir sehen uns ständig umgeben von Bildern aller Art, die Weltbilder vermitteln, Sichtweisen prägen, aber auch die Erinnerung bestimmen, wobei sie natürlich nie die absolute Realität darstellen, sondern stets [gewollt oder ungewollt] subjektiv geprägt sind. Obwohl es zahlreiche Unterschiede gibt zwischen verschiedenen Bildertypen, sind auch viele Gemeinsamkeiten unübersehbar, sodass der untenstehende Leitfaden helfen kann, Bilder aller Art zu analysieren.

1 Beschreiben

- von wem stammt das Bild und zu welchem Anlass ist es entstanden?
- wen oder was zeigt das Bild?
- welche Darstellungsmittel wurden verwendet (Bildaufbau, Perspektive, Farbgebung, Symbole)
- ist ein tatsächliches oder ein fiktives Ereignis abgebildet?

▼

2 Analysieren

- welches Ereignis (aktuell / vergangen / historisch) wird dargestellt?
- ist ein historischer Kontext erkennbar?

▼

3 Interpretieren

- Für welche Adressaten und welche Verwendung war das Bild vorgesehen?
- Welche Aussageabsicht verfolgt es?
- Wie unterstützen Titel oder Text die Wirkung des Bildes?
- Wie lassen sich Aussage und Wirkung des Bildes bewerten?
- Gibt es Aspekte und Informationen die fehlen oder falsch sind?

Bearbeiterin

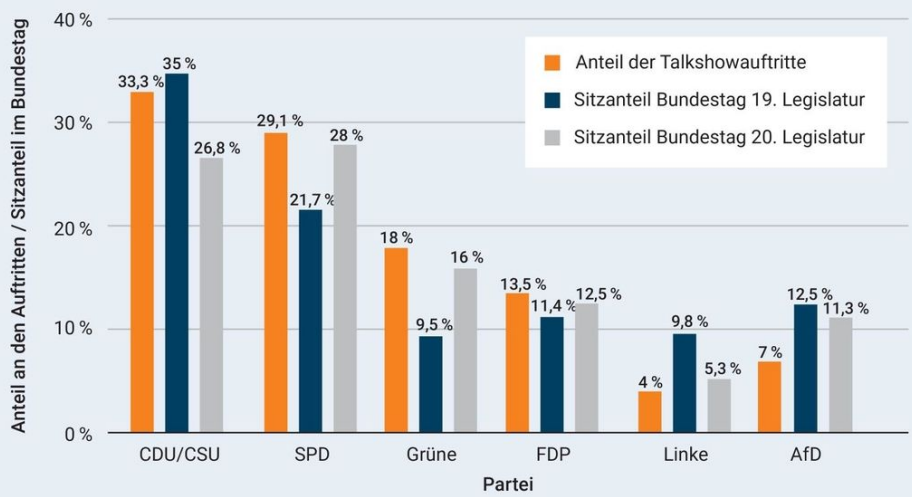
M18 Zwischen Ersatzparlament und Infotainment

Karikatur: Gerhard Mester, 2001

M19 Behandeln die Fernsehsender die Parteien gleich?

1 **Wie sind die Bundestagsparteien in Talkshows repräsentiert?**

Auftritte von Parteiabgeordneten im Verhältnis zum Wahlergebnis



Nach: Statista 2023, Talkshows in ARD und ZDF: „Anne Will", „Menschen bei Maischberger", „Hart aber fair", „Markus Lanz", „Maybrit Illner", ohne Partei „SSW"

2 … und wo gibt es noch Probleme?

- ✓ Zwei Drittel aller Gäste kommen aus Politik (42,6 %) und Medien (22,9 %); 8,8 Prozent aus der Wissenschaft; 6,4 Prozent aus der Wirtschaft; 2,8 Prozent aus der Kultur; 2,7 Prozent aus der organisierten Zivilgesellschaft; 1,5 % aus dem sozialen Kontext
- ✓ 70 Prozent der talkenden PolitikerInnen sind von der Bundesebene, 7,3 Prozent von der europäischen und 2,4 Prozent von der kommunalen Ebene
- ✓ 84,8 Prozent der PolitikerInnen haben eine westdeutsche, 15,2 Prozent eine ostdeutsche politische Biografie
- ✓ Acht von zehn Gästen aus der Wirtschaft repräsentieren die Unternehmerseite, Gewerkschaften und Verbraucherschutz sind selten präsent
- ✓ Zwei Drittel der Gäste aus der organisierten Zivilgesellschaft sind AktivistInnen (Hauptthema: Klima), Nichtregierungsorganisationen kommen kaum zu Wort
- ✓ Zu Corona stieg der Anteil der Gäste aus der Wissenschaft auf 26,5 Prozent, aus dem Sozialbereich und der Bildung kamen zu Beginn der Krise nur jeweils 0,7 Prozent der Gäste

Fröhlich, Paulina / Hillje, Johannes: Studie „Die Talkshow-Gesellschaft". Repräsentation und Pluralismus in öffentlich-rechtlichen Polit-Talkshows. Das Progressive Zentrum. September 2020.

Aufgaben

71911-231

1. a) Erschließen Sie aus **M14** die Motivation beider Seiten für diese Art der Kooperation. Erklären Sie das Besondere an dem Fernsehauftritt der Kanzlerkandidatin der Grünen bei Pro7 und beziehen Sie auch die Karikatur in Ihren Ausführungen mit ein.
b) Nehmen Sie Stellung: Wer profitiert mehr von diesem Auftritt, der Fernsehsender oder die Kanzlerkandidatin?

2. a) Gleichen Sie die Zeitungsüberschriften (**M15**) mit der Definition in der Randspalte ab und tauschen Sie sich mit einer Partnerin oder einem Partner über mögliche Konsequenzen aus.
b) Überprüfen Sie anhand einer eigenständigen Recherche in den von Ihnen genutzten Medien, inwiefern Medien zunehmend dieser Haltung bei der Berichterstattung über politische Themen folgen.

3. a) Ermitteln Sie anhand von **M16**, inwiefern sich die politische Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation im Zuge der zunehmenden Bedeutung von Social Media verändert haben.
b) Diskutieren Sie die Chancen und Risiken für Politik und Öffentlichkeit.
c) „Es entsteht der Eindruck, dass seitdem soziale Medien die politischen Kommunikationskanäle durchdrungen haben, insgesamt weniger nachgedacht wird, bevor etwas verbreitet wird." (**M16**, Z. 88-93). Nehmen Sie dazu Stellung.

4. a) Führen Sie eine Blitzlichtumfrage durch: Welche Rolle spielen Talkshows in der Demokratie: politische Information und Meinungsbildung oder eher Unterhaltung?
b) Erschließen Sie die zentrale Aussage der Karikatur von **M18** und beziehen Sie Stellung.
c) Informieren Sie sich anhand des Diagramms **M19** 1 und der Ergebnisse der Studie (**M19** 2) über die Repräsentativität von Polit-Talkshows. Beurteilen Sie anschließend, inwiefern Talkshows ihrer Rolle in einer Demokratie gerecht werden.

5. Erarbeiten Sie arbeitsteilig die Intention der Bilder (**M17**) anhand der vorgestellten Vorgehensweise (Methode → S. 73).

WISSEN KOMPAKT

Mediatisierung oder Medialisierung der Politik → M14-M16

Darunter lässt sich der zunehmende Bedeutungsgewinn der Medien im demokratischen Beziehungsdreieck von Politik, Medien und Öffentlichkeit beschreiben. Das heißt aber auch, dass sich Politikerinnen und Politiker in der Präsentation und Vermittlung von sich selbst und politischen Inhalten zunehmend an Arbeitsweisen der Medien anpassen: immer präsent sein, häufig verkürzte, damit auch einseitige Darstellung von Themen. Dies kann in der Folge zu Vereinfachung, Emotionalisierung und Polarisierung führen.

82000-810

Selbstinszenierung → M13, M19

Darunter versteht man den Versuch, sich und seine Arbeit in einem bestimmten Licht darzustellen, sich also positiv zu präsentieren. Politikerinnen und Politiker wollen sich zum Beispiel als fürsorglich, gut informiert und immer auf dem Laufenden präsentieren. Darüber hinaus wollen sie auch originell, modern und sympathisch wirken.

Info-/Politainment → M14, M16

Unter dem Begriff Infotainment (Kombination der Wörter *Information* und *Entertainment*) bzw. Politainment (Verschmelzung der Wörter *Politik* und *Entertainment*) sind solche Medienangebote zu verstehen, die sowohl informieren als auch unterhalten wollen. Oft geht es darum, komplexe Sachverhalte aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik auf unterhaltende Weise zu vermitteln.

82000-813

Personalisierung → M13, M19

Personalisierung bezeichnet grundsätzlich die Tendenz, einzelne Personen und deren persönliche Eigenschaften in den Vordergrund zu stellen. Sowohl die Medien als auch die Politik nutzen dieses Instrument: Damit können Politiker und Politikerinnen mit bestimmten Themen verbunden werden, um so Zustimmung/Ablehnung zu erreichen. Andererseits steht dahinter auch das Bestreben, die Verantwortung für politische Entscheidungen in der Öffentlichkeit diesen Personen zuzuschreiben.

Zunehmend nutzen Politikerinnen und Politiker auch die Plattformen von Social Media und die Sendezeit privater Sender, um sich besser, vielleicht auch persönlicher zu präsentieren. Damit soll auch eine stärkere Identifikation mit dem politischen Personal erzeugt werden. Diese Kanäle ermöglichen eine umfassendere Sichtbarkeit und Reichweite, was nicht nur die eigene Community bedienen und mobilisieren soll, sondern letztlich auch neue Wähler- und Wählerinnenpotentiale generiert. Außerdem soll Politik dadurch unterhaltsamer und verständlicher wirken. Andererseits können Politikerinnen und Politiker es sich auch gar nicht mehr leisten, nicht regelmäßig auf Social Media zu posten, mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten oder selbst Inhalte anderer zu kommentieren. Jede und jeder muss beweisen, am Puls der Zeit zu sein und am Gegenüber interessiert zu sein. Diese Accounts werden wie Aushängeschilder wahrgenommen, weswegen zeitliche und kreative Ressourcen investiert werden müssen. Dabei besteht allerdings auch die Gefahr, dass Themen verkürzt und vereinfacht dargestellt werden, was falsch verstanden und/oder polarisierend wirken kann.

Wie nutzen Politikerinnen und Politiker die Medien zu ihrem Vorteil?
M13-M16

Demgegenüber nutzen bestimmte Formate auch Politiker und Politikerinnen für den eigenen Vorteil, auch solche, deren Fokus nicht eindeutig in der Politik zu verorten ist. Politikerinnen und Politiker strahlen in der Regel Seriosität aus, was bestimmte Medienprodukte bzw. Formate für sich nutzen, um möglicherweise das eigene Publikum mehr mit gesellschaftlich relevanten Themen zu konfrontieren oder um das eigene Image aufzubessern und vielleicht auch neue Zielgruppen zu generieren.

Wie nutzen Medienunternehmen Politikerinnen und Politiker für ihre Zwecke?
M16, M19

Die unterschiedlichen Medien und Plattformen, von klassisch analog bis digital, werden selbstverständlich auch dazu genutzt, um politische Entscheidungen zu erklären, zu bewerben und vielleicht auch unterhaltsam darzustellen. Damit kommt die Politik auch ihrer Verantwortung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nach. Indem sie unterschiedliche Kanäle zur Vermittlung ihrer Themen und Entscheidungen nutzt, können auch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen und Milieus angesprochen werden. Wünschenswert wäre, dass sich dadurch alle Bürgerinnen und Bürger von der Politik wahrgenommen und mitgenommen fühlen und Verständnis für die Politik erzeugt werden kann. Staatliche Akteure laufen dabei auch immer Gefahr, überwältigend oder übergriffig wahrgenommen zu werden oder müssen sich den Vorwurf der Manipulation gefallen lassen.

Wie können Entscheidungen positiv verstärkt und beworben werden?
M16, M19

Zunächst ist das Auftreten von politischen und gesellschaftlichen Akteuren in Talkshows und anderen politischen Formaten als positiv zu bewerten. Sie stellen sich einer größeren medialen Öffentlichkeit und präsentieren sich dadurch als zugewandt und offen. Außerdem müssen sich die Politikerinnen und Politiker in diesen Kontexten ohne direkten parteipolitischen Rückhalt normalerweise eher kritischen Fragen stellen. Des Weiteren geht es auch darum, sich inhaltlich von den gegnerischen Diskussionspartnerinnen und -partnern zu unterscheiden und die eigene politische Position überzeugend darzustellen. Diese Formate sind ob ihres Settings und der Möglichkeit einer diversen Besetzung an Gesprächspartnerinnen und -partnern sowie der Gesprächsleitung durch eine Moderatorin oder einen Moderator beliebte Plattform für Zuschauerinnen und Zuschauer sowie für Politikerinnen und Politiker. Zunehmend fällt aber auf, dass bestimmte Politikerinnen und Politiker deutlich häufiger in Talkshows auftreten (dürfen) als andere, mit der Konsequenz, dass bestimmte Parteien mehr Aufmerksamkeit bekommen, sich besser erklären können und nachdrücklicher die Öffentlichkeit mit ihren Argumenten beeindrucken können als andere. Demgegenüber sind Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft oder von Nichtregierungsorganisationen seltener gesehene Gäste.

Werden Talkshows als Ersatzparlamente missbraucht?
M19

2.4 Neue demokratische Öffentlichkeit – von der analogen zur digitalen Öffentlichkeit?

Zum Thema: Die zunehmende Bedeutung digitaler und sozialer Medien für die Politik hat auch Auswirkungen auf die politische und demokratische Öffentlichkeit. Zunächst sehen viele ausschließlich die vielfältigen neuen Partizipationsmöglichkeiten. Doch betreffen diese wirklich alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen? Andererseits treten immer deutlicher auch Schwachstellen zu Tage, die zunehmend in den Blick geraten. Und was bedeutet dies für die Demokratie?

M20 Online-Petitionen als Form der digitalen Partizipation?

Petitionsrecht
Das Petitionsrecht ist als Grundrecht in GG Art. 17 festgeschrieben: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden."

Zivilgesellschaftliche Plattformen
Zivilgesellschaftliche Plattformen unterscheiden sich von staatlichen u. a. dadurch, dass sie mehr und einfachere Möglichkeiten zum Teilen der Petition via verschiedenster Kommunikationskanäle und Social Media bieten.

Online-Petitionen in Deutschland

Plattform	Petitionen veröffentlicht online (neu gestartet)	Registrierte Nutzerinnen und Nutzer	Unterzeichnungen
Bundestag			
2016	633	2 Millionen	222.000 (nur online)
2017	703	2,1 Millionen	165.000 (nur online)
2018	886	2,6 Millionen	685.000 (nur online)
2019	926	3,3 Millionen	1.089.811 (nur online)
Change.Org			
2016	7710	4,7 Millionen	13,7 Millionen
2017	8894	5,3 Millionen	12,1 Millionen
2018	12027	6,0 Millionen	21,1 Millionen
2019	9508	6,2 Millionen	18,1 Millionen
2020	12450	7,1 Millionen	20,7 Millionen
openPetition			
2016	2062	3,6 Millionen	2,7 Millionen
2017	1984	4,7 Millionen	3,6 Millionen
2018	2061	5,5 Millionen	3,5 Millionen
2019	2313	6,7 Millionen	4,4 Millionen
2020	3593	9,6 Millionen	7,4 Millionen

Voss, Kathrin: Engagiert, politisch, digital? In: Online-Petitionen als Partizipationsform der digitalen Zivilgesellschaft. Studie der Friedrich Ebert Stiftung. Berlin 2021. S. 22

Einstiegsaufgaben 71911-240

1. Fassen Sie knapp die Daten in **M20** zusammen.
2. Tauschen Sie sich über Ihre eigenen Erfahrungen aus: Haben Sie schon selbst eine dieser Plattformen zur politischen Partizipation genutzt? Warum (nicht)? Welche anderen Formen der politischen Beteiligung online/offline nutzen Sie?
3. Führen Sie in der Klasse eine Befragung durch: Online-Petitionen – Handelt es sich hierbei um echte demokratische Partizipation oder nur um eine Art „Klick-Demokratie"?

F zu Aufgabe 3
Recherchieren Sie den Begriff „Slacktivism"

M21 Was eine Studie über die Menschen herausgefunden hat, die Online-Petitionen starten

- Die Generation 50 plus stellt die große Mehrheit der Petent_innen, die unter 30-Jährigen sind kaum vertreten.
- Auch Bildung ist, wie bei politischer Partizipation insgesamt, ein wichtiger Faktor bei Petitionen. Die Mehrheit der Petent_innen sind Akademiker_innen.
- Bei Online-Petitionen zeigt sich, wie bei vielen anderen Partizipationsformen, ein klarer Gender Gap. Männer starten deutlich häufiger Online-Petitionen als Frauen.
- Petitionen sind zudem das Mittel der Engagierten. Nur ein kleiner Anteil war noch nie in irgendeiner Form engagiert.
- Die große Mehrheit der Petent_innen nimmt ihre Petitionen als aktive Gestaltung des politischen Prozesses wahr. Die meisten Petent_innen möchten mit ihrer Petition eine gesetzliche Regelung für ein Problem finden und bieten selbst einen konkreten Lösungsvorschlag an. Viele wollen zudem eine öffentliche Debatte anstoßen.
- Petitionen führen selten zum Erfolg, oft ist die Erfahrung dennoch positiv.
- Petent_innen haben ein sehr aktives Verständnis von der Rolle des Bürgers in der Demokratie. Bürger_innen sollten demnach weit über Wahlen hinaus aktiv werden. Besonders individuelle, unkonventionelle Formen der politischen Partizipation werden als etwas eingeordnet, das Bürger_innen tun sollten, zum Beispiel die Unterstützung und Initiierung von Petitionen, die direkte Kontaktaufnahme mit Politiker_innen, Demonstrationsteilnahmen und Online-Aktivismus.

Voss, Kathrin: Engagiert, politisch, digital? In: Online-Petitionen als Partizipationsform der digitalen Zivilgesellschaft. Studie der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2021, S. 7-9

M22 Wie unterstützt die Digitalisierung Bürgerinnen und Bürger?

1 Politischer Aktivismus oder mehr?

Der Blackout-Tuesday war eine Online-Protestaktion als Reaktion auf die Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizisten

Die *Black Lives Matter*-Bewegung hat auch in Deutschland (hier: München) viele Menschen auf die Straßen gebracht.

2 Eine Hilfe für die politische Willensbildung?

Der News-Test

71911-241

Der Wahl-O-Mat

71911-245

Der Wahl-O-Mat kann Menschen dabei unterstützen, eine Wahlentscheidung zu treffen

M23 Internet-Blockaden: Warum fürchten Autokraten soziale Medien?

Soziale Netzwerke [...] haben selbst viel Macht, doch sie verleihen auch Macht, nämlich an ihre Nutzer: Über den Hashtag #EndSARS fanden in Nigeria im Oktober 2020 vor allem junge Menschen zu Protesten gegen die „Special Anti-Robbery Squad" (SARS) zusammen. Diese Spezialeinheit der Polizei für Raubüberfälle ist in den letzten Jahren wegen ihres brutalen, unrechtmäßigen Vorgehens gegen Unschuldige in Verruf geraten. Schon oft hatte die Regierung Reformen versprochen, nach den mehrwöchigen Protesten löste sie die Einheit auf.

Ein Happy End ist das trotzdem nicht, [weil] die Nöte der jungen Bevölkerung damit kaum gelöst sind. Dennoch zeigen die #EndSARS-Proteste, dass soziale Medien die Zivilgesellschaft und ihr Eintreten für Grundrechte stärken können. Und das macht wiederum vielen autokratischen Herrschern vor allem in Afrika und Asien Angst.

So ist zu erklären, dass die nigerianische Regierung Anfang Juni [2021] Twitter für alle Nutzer im Land gesperrt hat. Der Hintergrund: Twitter hatte einen Tweet von Präsident Muhammadu Buhari gelöscht mit dem Hinweis, er verstoße gegen die Regeln. Buhari hatte in dem Tweet einer[r] Sezessionsgruppe [...] gewaltsame Strafen angedroht. Nur zwei Tage nachdem dieser Tweet gelöscht worden war, kündigte die Regierung – ironischerweise auf Twitter – an, sie werde den Dienst auf unbestimmte Zeit sperren. Die Regierung begründete ihren Schritt damit, dass die Plattform ständig für Aktivitäten genutzt werde, die Nigeria wirtschaftlich schaden könnten.

In Nigeria ist der Twitter-Bann ein Novum. Im Senegal, dem Tschad oder der Republik Kongo hingegen sind die Präsidenten schon öfter gegen soziale Medien vorgegangen. [...]

Seit 2015 haben 30 der 54 afrikanischen Länder schon mal soziale Medien gesperrt, vor allem nach Protesten und vor Wahlen [...]. Auch mit Gesetzen wollen Autokraten soziale Medien kontrollieren. Etwa indem sie Unternehmen zu zwingen versuchen, ihre Büros vor Ort zu errichten, damit sie lokalen Gesetzen unterworfen sind. Offiziell haben solche Gesetze das Ziel, Hassreden und Falschmeldungen in den sozialen Netzwerken einzudämmen. Menschenrechtler befürchten aber, dadurch könnte das auch in Nigeria, Kenia oder Uganda in der Verfassung verbriefte Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden.

Kräuter, Melanie: Die Angst der Autokraten vor sozialen Medien. In: www.weit-sichten.org, 22.08.2021

M24 Wie können Informationen die Öffentlichkeit beeinflussen?

[M]ittlerweile [sind] knapp 90 Prozent der Bevölkerung online, bei den 14- bis 29-Jährigen sind es sogar 100 Prozent. Mittlerweile nutzt die Hälfte derjenigen, die das Internet frequentieren […]. Die intensive Nutzung dieser Kanäle wirkt sich auch auf die demokratische Partizipation und die Debattenkultur aus. Auf der einen Seite ist der Zugang zu Wissen so niedrigschwellig und damit auch so demokratisch wie nie zuvor, noch vor wenigen Jahrzehnten war er viel stärker an die finanziellen Möglichkeiten von Menschen gebunden. Auf der anderen Seite stellt das die Menschen jedoch vor neue Herausforderungen. Der ehemalige Vorsitzende von Wikimedia Deutschland, Sebastian Moleski, schrieb dazu […]: „Zuvor bestand die Herausforderung darin, Quellen zu beschaffen, um Wissen zu erhalten. Heute liegt ein weit höherer Anspruch auf dem Filtern, Auswählen und Bewerten der meist umfangreich vorhandenen Informationen." Diese Kompetenz ist auch deswegen nötig, weil ein beachtlicher Anteil von Informationen in den Sozialen Medien Falsch- oder gezielte Desinformationen enthält.

Eine Studie, die im Mai 2020 […] [an] der Ottawa Universität in Kanada veröffentlicht […] [wurde], zeigte zum Beispiel, dass mehr als ein Viertel der meistgesehenen englischsprachigen COVID-19-Videos auf YouTube irreführende oder ungenaue Informationen enthielt. Nach einer anderen Analyse, die […] im Januar 2020 veröffentlicht […] [wurde], wiesen 16 Prozent der Top-100-Videos auf YouTube, die basierend auf dem Suchbegriff „Erderwärmung" empfohlen wurden, Fehlinformationen über den Klimawandel auf. [Und eine weitere Studie aus dem Jahr 2020] befasste sich mit der Rolle von YouTube bei der Radikalisierung und hatte dazu über 300.000 Videos, zwei Millionen Empfehlungen und 79 Millionen Kommentare ausgewertet. Die Analyse zeigte, dass YouTubes Empfehlungssystem rechtsextreme Kanäle unterstützt. Die Algorithmen der Videoplattform sind so angelegt, dass immer radikalere Inhalte präsentiert wurden – und zwar unabhängig von der Thematik. […] Das Problem: Videos wirken generell glaubhafter und überzeugender und lösen meist viel mehr Emotionen aus als Texte.

Lamperty, Pia: Zwischen Fluch und Segen: Wie beeinflussen soziale Medien unsere Gegenwart? In: www.bpb.de, 11.11.2020

Hate Speech
Hate speech ist die Verwendung von verbalen Äußerungen oder schriftlichen Inhalten, die Hass, Diskriminierung oder Gewalt gegenüber einer bestimmten Personengruppe aufgrund ihrer Rasse, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung oder anderen geschützten Merkmalen fördern oder provozieren.

Artikel: Resilienz gegen Desinformation
71911-244

Die Folgen von Hate Speech
In den acht Monaten vor der Bundestagswahl 2021 gingen bei HateAid (→ S. 95) 542 Beratungsanfragen ein. Im Vorjahr waren es im selben Zeitraum 187.

M25 Welchen Einfluss haben soziale Medien auf den politischen Diskurs?

1 Haben soziale Medien einen schlechten Einfluss auf die Diskussionskultur?

48 % sehen in Debatten, die in den Sozialen Medien geführt werden, keine Bereicherung für die Demokratie.

54 % schätzen den Einfluss Sozialer Medien auf die Diskussionskultur als eher negativ ein.

51 % ist der Ton in den Sozialen Medien zu rau.

75 % der Social Media-Nutzer:innen halten sich bei politischen Debatten lieber zurück.

57 % wünschen sich, dass der Wahlkampf im Internet weniger aggressiv geführt wird.

Basierend auf: Reset. / pollytix: Debattenkultur in Sozialen Medien. In: public.reset.tech, 21.07.2021. Bundesweite Befragung von wahlberechtigten Internetnutzenden (22.-29.06.2021), n=3.009

Silencing
Andere Meinungen und Erfahrungen werden in Diskussionen ignoriert und unterdrückt.

Derailing
Debatten werden in eine andere Richtung gelenkt, um vom eigentlichen Thema abzulenken.

2 Wie gefährlich sind digitale Medien für die Demokratie?

Kausalität
Die Änderung einer Variablen hat eine Änderung einer anderen Variable zur Folge, d. h. der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang ist bekannt.

Korrelation
Es gibt einen statistischen Zusammenhang zwischen verschiedenen Variablen. Eine Änderung einer Variablen hat aber nicht zwangsläufig eine Auswirkung auf die andere Variable.
Beispiel: Wo mehr Störche leben, werden mehr Kinder geboren. Die Storchenpopulation korreliert also mit der Geburtenrate. Es besteht allerdings kein kausaler Zusammenhang, da eine dritte Variable die eigentliche Ursache für die höhere Geburtenrate ist: die sozio-ökonomische Situation von Menschen im ländlichen Raum.

Eine der umstrittensten Fragen unserer Zeit ist, ob die rasante weltweite Verbreitung digitaler Medien mitverantwortlich ist für eine Schwächung der Demokratie. Während Öffentlichkeit und Politik die Risiken sozialer Medien breit diskutieren, argumentieren Technologieunternehmen, dass die Auswirkungen nicht eindeutig belegt sind. Pauschal zu verteufeln sind digitale Medien sicherlich nicht. Allerdings können sie Polarisierung und Populismus – besonders in etablierten Demokratien – befeuern. […]

Für die einen gelten digitale Medien als Gefahr für die Demokratie, für die anderen bedeuten sie die Chance auf mehr Partizipation für Bürgerinnen und Bürger. Ein Forschungsteam des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, der Hertie School und der University Bristol hat sich in einer Übersichtsarbeit damit beschäftigt, ob und wie sich digitale Medien auf politische Verhaltensweisen auswirken. Dafür haben die Forschenden [korrelative und kausale] Belege aus fast 500 wissenschaftlichen Artikeln über den Zusammenhang zwischen digitalen Medien und Demokratie weltweit zusammengefasst und in der Zeitschrift Nature Human Behaviour veröffentlicht.

[Ein Autor der Studie,] Philipp Lorenz-Spreen vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung[,] beschäftigt sich im Forschungsbereich Adaptive Rationalität damit, wie neue Technologien zu einer online gelebten partizipativen Demokratie beitragen können. Zwar lasse sich die Rolle der digitalen Medien für die Demokratie nicht einfach nur als ‚gut' oder ‚schlecht' bewerten, doch zeigten die Ergebnisse deutlich, dass digitale Medien sehr wohl Einfluss auf politisches Verhalten haben können, so der Autor weiter.

Sechs Schlüsselfaktoren verändern sich mit der Nutzung digitaler Medien besonders und haben einen relevanten Einfluss auf die Demokratie: Partizipation, politisches Wissen, Vertrauen, Polarisierung, Populismus sowie Echokammern. Die ersten beiden Faktoren wirken sich dabei tendenziell positiv aus: Die Möglichkeit politischer Teilhabe über Online-Medien fördert die Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern und die Wahlbeteiligung, was die demokratische Legitimation von Regierungen und Parlamenten stärkt. Zudem können digitale Medien politisches Wissen fördern und für ein vielfältigeres Nachrichtenangebot sorgen. Ein kleinerer Teil der Untersuchungen belegt aber auch negative Auswirkungen auf politische Kenntnisse, beispielsweise durch den Effekt „news-finds-me": So tendieren Social Media User dazu, sich nicht mehr aktiv zu informieren, da sie davon ausgehen, dass wichtige Informationen sie automatisch erreichen.

Eine Vielzahl der zugrundeliegenden Studien bescheinigt, dass die Nutzung digitaler Medien das Vertrauen in die Politik und in demokratische Institutionen wie Parlamente beschädigt. Auch das Vertrauen in klassischen Medien wie Zeitungen und Fernsehsendern sinkt. Zusätzlich wachsen der Populismus – in Europa besonders am rechten Rand des politischen

Für viele junge Menschen ersetzen soziale Netzwerke etablierte Medien als Nachrichtenquelle.

Spektrums – und die Polarisierung in der Bevölkerung. […]

Beim Phänomen der „Echokammern", also der Problematik, dass Meinungen und Informationen online nur unter Gleichgesinnten ausgetauscht werden, war bislang fraglich, ob es tatsächlich existiert. Nach der aktuellen Untersuchung hängt die Antwort stark davon ab, welche digitalen Medien untersucht wurden. So können im Internet allein keine Echokammern festgestellt werden, innerhalb der Beziehungsnetzwerke in sozialen Medien dagegen schon. Und dort haben sie durch ihre Abgeschlossenheit und mögliche Radikalisierung auch einen negativen Einfluss auf die Demokratie.

Die Bewertung der Schlüsselfaktoren insgesamt hängt allerdings stark vom politischen Kontext ab. „In unsere Arbeit gingen Studien aus aller Welt ein. So können wir zeigen, wie sich digitale Medien auf politische Systeme im globalen Kontext unterschiedlich auswirken", sagt Co-Autor Ralph Hertwig, Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Was in etablierten Demokratien potenziell destabilisierend wirkt, kann für aufstrebende Demokratie förderlich sein und in autoritären Regimen die Opposition stärken. Der positive Einfluss digitaler Medien auf die politische Partizipation und die Nutzung von Nachrichten ist in den aufstrebenden Demokratien in Südamerika, Afrika und Asien am deutlichsten ausgeprägt. Die negativen Auswirkungen sind dagegen stärker in etablierten Demokratien wie in Europa und in den Vereinigten Staaten zu beobachten.

Max-Planck-Gesellschaft: Wie gefährlich sind digitale Medien für die Demokratie? In: www.mpg.de, 07.11.2022

Aufgaben

71911-243

1. Versuchen Sie, die Aussagen in **M21** zu erklären. Wägen Sie die Chancen digitaler Medien für mehr Demokratie ab.
2. a) Erklären Sie den Nutzen von Social Media für die hier dargestellten gesellschaftlichen Gruppierungen (**M22** 1). Finden Sie weitere Beispiele und stellen Sie deren Bedeutung für eine demokratische Gesellschaft dar.
   b) Testen Sie das in **M22** 2 und in der Randspalte genannte Tool und geben Sie eine Bewertung hinsichtlich dessen Beitrag zur politischen Willensbildung ab.
3. Diskutieren Sie anhand von **M25** den Nutzen von Social Media für die Zivilgesellschaft.
4. Erarbeiten Sie aus dem Material (**M24**) positive und negative Konsequenzen für die Informationsgewinnung über Social Media.
5. Informieren Sie sich über den QR-Code (**neben M24**) über eine Studie, die herausgefunden hat, warum manche Länder anfälliger für Desinformation sind als andere.
   a) Fassen Sie die Informationen zusammen, klären Sie in Kleingruppen Verständnisschwierigkeiten.
   b) Diskutieren Sie, inwiefern die Ergebnisse nachvollziehbar sind.
6. a) Überprüfen Sie, inwiefern sich die Befragungsergebnisse in **M26** 1 durch die Studienergebnisse in **M26** 2 bestätigen lassen.
   b) Konkretisieren Sie die Schlüsselfaktoren (**M25** 2, Z. 44 ff.) anhand von Beispielen und beurteilen Sie, inwiefern Chancen bzw. die Herausforderungen hinsichtlich des Einflusses von Social Media und digitalen Medien auf die Demokratie bestimmend sind.

F zu Aufgabe 3
Finden Sie vergleichbare Beispiele und berichten Sie darüber. Ermitteln Sie die Grenzen solcher Initiativen.

WISSEN KOMPAKT

Digitale Partizipation → M20-M21

Online-Petitionen gehören inzwischen ganz alltäglich zum Instrumentarium der politischen Beteiligung. Zuweilen wird auch vom Zeitalter der „Klick-Demokratie" gesprochen. Online-Petitionen sind sehr beliebt und es gibt sie zu den unterschiedlichsten Themen und Anliegen. Ihre Beliebtheit ist wohl auch auf die einfache Teilnahme zurückzuführen: In der Regel sind nur Name und Mailadresse anzugeben, manchmal noch das Alter. Die Teilnehmenden haben das Gefühl am politischen Prozess aktiv teilzuhaben, sie können der eigenen Stimme Gehör verschaffen und für das konkrete Anliegen kann Aufmerksamkeit generiert werden.

82000-814

Hatespeech → M24

Direkt übersetzt bezeichnet der Begriff „Hass-Rede". Konkret sind damit Äußerungen gemeint, die Hass, Beleidigungen und Bedrohung ausdrücken, mit dem Ziel, bestimmte Personen oder Personengruppen herabzusetzen und zu entwürdigen.

82000-818

Silencing → M25

Damit ist gemeint, dass Menschen aus Angst vor Hass und Hetze vor allem im digitalen Raum von Social Media ihre Meinung nicht mehr sagen. Davon sind besonders häufig auch Angehörige von marginalisierten Gruppen betroffen, deren Themen und Anliegen aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden sollen.

82000-819

Internet-Blockaden → M23

Autokratien nutzen Internet-Blockaden als wirksames Instrument, um die Informationsfreiheit einzuschränken und die Bevölkerung zu kontrollieren. Durch die Sperrung oder Einschränkung des Zugangs zum Internet können autokratische Regime unerwünschte Inhalte filtern, Kommunikation überwachen und den Informationsfluss kontrollieren.

Es gibt verschiedene Methoden, mit denen Autokratien Internet-Blockaden umsetzen. Eine Möglichkeit besteht darin, bestimmte Webseiten oder Social-Media-Plattformen zu blockieren, um den Zugang zu kritischen Informationen, oppositionellen Ansichten oder unabhängigen Medien zu verhindern. Dies geschieht oft unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit oder des Schutzes der öffentlichen Ordnung während politisch sensibler Ereignisse wie Wahlen oder Protesten.

82000-817

Welchen Nutzen haben digitale Medien und Social Media für die Öffentlichkeit?
M20-M22

Die vielen Möglichkeiten und Chancen digitaler Medien, explizit auch von Social Media, hinsichtlich ihrer politischen Wirkung sind offensichtlich. Der Zugang zu einer Vielzahl an Informationsquellen trägt dazu bei, dass Menschen sich fundiert informieren können, sich austauschen und diskutieren können, um sich schließlich eine abgewogene Meinung bilden zu können. Auch die Möglichkeiten der politischen Partizipation haben durch digitale und soziale Medien deutlich hinzugewonnen: Politischer Aktivismus lässt sich mühelos über Social Media mobilisieren und flexibel gestalten, vor allem auch in nicht-demokratischen Staaten, deren Kommunikation noch stärker auf diese Kanäle angewiesen ist. All dies sind Voraussetzungen für das Gelingen von pluralistischen und demokratischen Gesellschaften, bei näherer Untersuchung lässt sich allerdings erkennen, dass die Nutzung konkreter Plattformen (z. B. für Online-Petitionen) überwiegend gesellschaftlichen Gruppierungen und Milieus vorbehalten ist, die sowieso aktiv und interessiert sind. Jüngere Altersgruppen, die in alternden Gesellschaften tendenziell unterrepräsentiert sind, lassen sich seltener darüber aktivieren. Das demokratische Potential von digitalen Medien ist also grundsätzlich vorhanden, wird aber nicht gleichermaßen genutzt. Damit drängt sich allerdings auch der Gedanke auf, dass digitale und soziale Medien gesellschaftliche Ungleichheiten eher noch verschärfen als sie auszugleichen.

Welchen Schaden können digitale Medien und Social Media anrichten?
M23-M25

Die demokratischen Möglichkeiten sind also durchaus nachweisbar, nichtsdestotrotz lassen sich auch bestimmte Defizite und Probleme nicht ignorieren: Hass, Hetze, Desinformation und Verschwörungstheorien breiten sich dank der digitalen Möglichkeiten leider ebenso schnell und ungehindert aus.

Besonders in politisch und gesellschaftlich angespannten Zeiten verbreiten sich diese umso schneller, weil die Menschen einerseits empfänglicher sind und andererseits auch hier die Empfehlungsmechanismen von großen Plattformen dafür sorgen, dass die Nutzerinnen und Nutzer das zu lesen bekommen, womit sie eh schon beschäftigt sind und womit sie auf der Plattform zu halten sind. Und das sind in der Regel eher reißerische und extreme Inhalte, die emotionalisieren, als auf Fakten beruhende Informationen.

Das führt allerdings auch dazu, dass Menschen, die sich einen gemäßigten Austausch wünschen, auf manchen digitalen Plattformen nichts mehr beitragen und somit verstummen. Damit droht leider auch der digitale Austausch zu verrohen. Manche Hinweise lassen sogar die Annahme zu, dass die Diskussionen und Auseinandersetzungen auf Social Media-Plattformen eher zum Auseinanderdriften und zur Polarisierung von Gesellschaften beitragen als zu mehr Verständnis füreinander.

Sicher ist, dass diese Tendenzen einerseits Medienkompetenz verlangen, um mit der Fülle an Informationen umgehen zu können, um seriöse von nicht-verlässlichen Quellen unterscheiden zu können und um den Mechanismen von Algorithmen bewusst begegnen zu können. Andererseits sind auch staatliche Regulierungsmechanismen gefragt, die bei strafrechtlich eindeutigen Inhalten schnell reagieren und mehr Aufklärung bezüglich der Wirkmechanismen von Algorithmen einfordern.

2.5 Wie Verschwörungsmythen die politische Willensbildung beeinflussen können

Zum Thema: Immer wieder finden sogenannte Verschwörungsmythen ihren Weg in die Öffentlichkeit und manchen gelingt es sogar, Menschen von sich und ihren oft sehr abwegigen Ideen zu überzeugen. Mit den Möglichkeiten des Internets und der digitalen Medien hat die Verbreitungsgeschwindigkeit um ein Vielfaches zugenommen. Leider versuchen einige dieser Mythen zuweilen auch die Legitimität des gesellschaftlichen und politischen Systems und seiner Institutionen offen und bisweilen aggressiv in Frage zu stellen.

M26 Verschwörungsmythen: seltsame Mythen oder menschenverachtendes Weltbild?

A „Passagierflugzeuge versprühen tödliche Chemikalien."

B „Die Mondlandung hat nie stattgefunden"

C „Geheimgesellschaften und ‚Eliten' haben das Ziel, eine autoritäre Weltregierung („New World Order") zu errichten."

D „5G-Mobilfunkmasten sind gesundheitsschädlich und / oder verbreiten das Coronavirus"

Einstiegsaufgaben

71911-270

1. Ordnen Sie die Bilder den Statements zu und stellen Sie Vermutungen an, welche Motive den wiedergegebenen Behauptungen zugrunde liegen könnten.
2. Sammeln Sie in Gruppen Argumente gegen die abgebildeten Verschwörungsmythen.
3. Tauschen Sie sich darüber aus, was Verschwörungsmythen attraktiv macht und welche Menschen für sie besonders empfänglich sein könnten.

M27 Studien zur Verschwörungsmentalität in Deutschland

Grafik der Bearbeiterin, Zahlen basierend auf Lamberty/Rees 2019 und Lamberty/Rees 2021. 2019: n = 925; 2021: n = 725; 5 Antwortmöglichkeiten. Hier „eher ja" und „voll und ganz" addiert

M28 Was sind die Kennzeichen von Verschwörungsmythen?

1 Was treibt Querdenkerinnen und Querdenker an?

Die Haltung „Ich lasse mir von niemandem reinreden" geht Hand in Hand mit der Vorstellung, von [bösen] Mächten ferngesteuert zu werden. Eine empirische Studie der Universität Osnabrück vom Mai 2020 belegt: Die Corona-Proteste und Verschwörungstheorien docken nahtlos aneinander an. […] Freiheit verstanden als reine Selbstbestimmung sei bei vielen Verschwörungsideologen ein wiederkehrendes Motiv, sagt Christian Schiffer, Buchautor und BR24-Experte auf diesem Gebiet: „Das zeigt sich zum Beispiel an Szene-Begriffen wie ‚Schlafschafe' oder auch NPC (Non Player Charakter – Spielfiguren aus Computerspielen), mit denen anderen unterstellt wird, sie hätten keinen freien Willen."

Die Überbetonung der Selbstbestimmung passt zu dem, was die Psychologie über Verschwörungsgläubige weiß: „Viele Menschen", sagt Schiffer, „die an Verschwörungstheorien glauben, leiden unter sogenannten Selbstwirksamkeitsstörungen. Das heißt, sie haben das Gefühl, nicht auf ihre Umwelt einwirken zu können. Die eigene Autonomie und Selbstbestimmung überzubetonen, ist eine Reaktion darauf." […]

Das Freiheitsverständnis der Querdenker richte sich in erster Linie „gegen den Grundgedanken der gesellschaftlichen Solidarität", sagt Jens-Christian Wagner. „Und dann richtet es sich gegen den Staat, von dem sie – verblendet durch Verschwörungslegenden – glauben, er sei eine [Diktatur."]

Die Dämonisierung des demokratischen Staates als „faschistisch" ist in Wagners Augen „das eigentlich Gefährliche an den ‚Querdenkern': Sie leisteten dem Geschichtsrevisionismus mit geschmacklosen und ahistorischen NS-Gleichsetzungen Vorschub und delegitimieren zugleich unsere Demokratie, deren Schutz der Grundrechte eine explizite Lehre aus dem Nationalsozialismus ist."

Lang, Jürgen: Analyse: Was „Querdenker" mit Freiheit meinen. In: www.br.de, 07.05.2021

Geschichtsrevisionismus
Der Versuch geschichtliche Ereignisse anders als in der Geschichtswissenschaft zu deuten; häufig angereichert mit rechtsextremen Gedankengut

Delegetimieren
hier: der Institution Staat die Daseinsberechtigung absprechen

2 **Welche Merkmale haben Verschwörungsmythen?**

Bearbeitergrafik

M29 Was sind die psychologischen Wirkungsmechanismen von Verschwörungsmythen?

Confirmation Bias
Bezeichnet die Neigung von Menschen, Informationen auszuwählen, zu suchen oder zu interpretieren, die die eigenen Erwartungen bestätigen. Gegenteiliges wird (bewusst oder unbewusst) ignoriert oder ausgeblendet.

Verschwörungsideologien haben eine Reihe von komplexen psychologischen Wirkungsmechanismen, die jedoch durchaus wissenschaftlich erklärbar sind. ForscherInnen fanden Beweise dafür, dass einige Personen eine grundlegende Tendenz zum Verschwörungsdenken oder sogar zu einer verschwörerischen Denkweise (andere verwendete Begriffe: Verschwörungsprädisposition, Verschwörungsmentalität, Verschwörungsweltanschauung) haben. Dieses Konzept hängt mit politischer Sozialisierung, Medienkompetenz, Bildungsniveau, Einkommen, Beschäftigung, und dem sozialen Umfeld zusammen.

Darüber hinaus spielen auch verschiedene sozialpsychologische Motive eine entscheidende Rolle, v. a. der Bedarf, etwas zu verstehen […], der Bedarf nach Kontrolle […] und der Bedarf, ein positives Image zu bewahren […]. Verschwörungsideologien können wesentlich zur Erfüllung dieser Grundbedarfe beitragen und können ihre Wirkung dadurch entfalten […]. Zudem kommen auch noch psychologische bzw. kognitive Verzerrungen […], u. a.: „confirmation bias", hinzu […].

Diese Wirkungsmechanismen hängen jedoch vom Auftreten bestimmter Faktoren ab. […] Ein Szenario, das ein hohes Risiko für das Glauben an Verschwörungstheorien birgt, wäre eines, in dem emotionalisierte Informationen aus einer vertrauenswürdigen Quelle eine Person dazu bringen, eine legitime Bedrohung von außen für eine wichtige Peer-Gruppe wahrzunehmen; diese Bedrohung ist relativ unbekannt und es kann wenig dagegen unternommen werden; und die Person befindet sich in einem emotionalen Zustand (sei es Wut oder Angst), nachdem sie kürzlich ein persönliches Trauma oder eine Krise erlebt hat. Das Schlüsselwort hier ist Wahrnehmung: Keines der oben genannten Kriterien muss objektiv wahr sein, um Verschwörungsdenken auszulösen.

Nach: Extremismus.info: Dossier: Verschwörungsideologien. In: www.extremismus.info/psych-verschw, Abruf am 30.05.2023

M30 Welche Folgen kann der Glaube an Verschwörungsmythen haben?

In Bezug auf politische Einstellungen finden sich [auch] Verschwörungsideologien stärker bei Menschen, die sich als politisch rechts verorten oder rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien wählen. Dies konnten verschiedene Studien mittlerweile für unterschiedliche Länder bestätigen. In Großbritannien zeigte sich, dass Menschen, die für den sogenannten Brexit, also den Austritt Großbritanniens aus der EU, gestimmt hatten, stärker an Verschwörungen glaubten. Auch in den USA findet sich der Glaube an Verschwörungen stärker bei Menschen, die Donald Trump gewählt haben, als bei denen, die für Hillary Clinton stimmten.

Lange Zeit wurde jedoch von der Forschung außer Acht gelassen, welche Rolle der Glaube an Verschwörungen tatsächlich für politischen Extremismus und Gewaltbereitschaft spielt. Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die individuelle Tendenz, an Verschwörungserzählungen zu glauben, mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einhergeht, Gewalt zu befürworten oder sogar selbst gewalttätig zu werden. Laut den Ergebnissen der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2019 zeigte sich bei 25 Prozent der Verschwörungsgläubigen, welche 38 Prozent der Gesellschaft repräsentieren, eine erhöhte Gewaltaffinität. Man kann Verschwörungserzählungen deshalb auch als Radikalisierungsbeschleuniger bezeichnen. Wer davon überzeugt ist, dass die Regierung wirklich so weit geht, die Bevölkerung durch ein geheimes Komplott in Gefahr zu bringen, der sieht es auch eher als gerechtfertigt an, Gewalt gegen den Staat und seine Repräsentantinnen und Repräsentanten anzuwenden. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass beinahe alle terroristischen oder extremistischen Gruppierungen Verschwörungserzählungen nutzen, um ihre Mitglieder zu mobilisieren. Der Glaube an Verschwörungen geht auch mit einem Rückzug aus dem demokratischen System einher. Wer meint, die Regierung sei nur eine Marionette von dahinterstehenden Mächten, geht weniger wahrscheinlich wählen oder nimmt weniger teil am demokratischen Diskurs. Stattdessen, auch das belegen Studien, werden tendenziell eher anti-demokratische Wege gewählt, um die eigenen politischen Ziele durchzusetzen.

Welche Gefahr von solchen Verschwörungsmythen bzw. -erzählungen ausgeht, zeigt nicht nur der rechtsextreme Terroranschlag in Halle 2019. Der Attentäter glaubte an einen angeblichen „großen Austausch" der Bevölkerung und meinte, dass dieser von Jüdinnen und Juden gelenkt werde. Dies veranlasste ihn dazu, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur die Synagoge in Halle anzugreifen mit dem Ziel, so viele Jüdinnen und Juden wie möglich zu töten.

Lamberty, Pia: Politisches Handeln und Verschwörungserzählungen: Ist doch alles ganz harmlos? In: www.bpb.de, 11.11.2020

US-Präsidentschaftswahl 2016
Bei der Wahl trat der spätere Sieger Donald Trump für die Republikaner gegen die Demokratin Hillary Clinton an.

M31 Wie geht man mit Verschwörungsmythen um?

1 „Ich schaue mir Texte und Überschriften genau an"

Kritisch betrachten: Es ist wichtig die Glaubwürdigkeit von Informationsquellen beurteilen zu können. Allerdings gibt es hierfür keine generell gültige Methode, oft muss hier der gesunde Menschenverstand greifen.

Tipp: Falschmeldungen locken oft mit reißerischen Überschriften und so genannten Clickbaits, die Ihre Emotionen ansprechen. [Wenn] schockierende Behauptungen in einer Überschrift unglaubwürdig klingen, sind sie es vermutlich auch.

2 „Ich prüfe woher die Informationen kommen“

Quellen genau prüfen: Wenn Sie mehr über eine bestimmte Aussage wissen wollen und Sie sich eine eigene Meinung bilden wollen, dann hilft die Recherche nach weiteren Informationen, die das Thema möglichst umfassend von unterschiedlichen Seiten beleuchten.

Tipp: Wo kommt die Information her und ist der Absender vertrauenswürdig? Seien Sie besonders skeptisch, wenn überhaupt keine Quelle angegeben wird oder auf einer Website gar das Impressum fehlt.

3 „Ich checke, ob es sich um Fake News handelt“

Fakten checken: Bei der Überprüfung des Wahrheitsgehaltes veröffentlichter Informationen durch unabhängige journalistische Institutionen helfen sogenannte Faktenchecker-Seiten. Einige Redaktionen haben es sich zur Aufgabe gemacht, Fake News zu überprüfen und veröffentlichen die Ergebnisse auf ihren Websites. […]

Tipp: Sind die Informationen wirklich korrekt? Wurde noch in anderen Medien, Zeitungen, Internetseiten darüber berichtet? […]

Faktenchecker-Websites

71911-271

4 „Ich sage dem Urheber der Meldung, dass er Verschwörungsmythen verbreitet“

Hinweisen: Fake News und Verschwörungstheorien erkennt man schnell daran, dass entweder keine oder unprüfbare Quellen angegeben werden. Schlagen Sie, falls es diese gibt, die angegebenen Nachweise kurz nach und prüfen Sie, ob Zitate und zugeschriebene Äußerungen korrekt wiedergegeben werden.

Tipp: Weisen Sie den Urheber der Meldung darauf hin, dass er oder sie möglicherweise auf eine Verschwörungstheorie gestoßen ist, bzw. eine solche verbreitet. Fordern Sie eine korrekte Quellenangabe. Seien Sie dabei stets respektvoll.

5 „Ich melde Fake-News auf Social Media”

Problematische Inhalte melden: Verstoßen Nutzer von Sozialen Netzwerken gegen bestimmte Regeln oder Gesetze, haben andere die Möglichkeit, die Inhalte zu melden.

Tipp: Inhalte, die Fake News oder Verschwörungstheorien enthalten, können direkt beim Onlinedienst als solche gemeldet werden, damit sie gelöscht werden.

Nach: Zivile Helden: Tipps für den Umgang mit Verschwörungstheorien. In: www.zivile-helden.de, Abruf am 30.06.2023

Aufgaben

71911-272

1. Werten Sie das Diagramm in **M27** zur Verschwörungsmentalität der Deutschen aus und nehmen Sie Stellung dazu.
2. a) Erklären Sie mithilfe von **M28** die „Logik“ von Verschwörungsmythen und wie Internet und Social Media den Glauben an Verschwörungsmythen stärken.
   b) Begründen Sie – auch aufgrund eigener Erfahrungen –, was den Glauben an Verschwörungsmythen bei (jungen) Menschen attraktiv machen könnte.
3. Vollziehen Sie die Wirkungsmechanismen von Verschwörungsmythen nach und erschließen Sie, warum in konfliktgeladenen Zeiten, wie während der COVID-19-Pandemie oder des Kriegs in der Ukraine, Verschwörungsmythen besonders glaubwürdig erscheinen (**M29**).
4. Erarbeiten Sie auf Basis von Erkenntnissen aus **M30** mögliche Konsequenzen von Verschwörungsmythen für die politische Willensbildung und den demokratischen Staat.
5. a) Vollziehen Sie die Tipps für den Umgang mit Verschwörungsmythen in **M31** nach und tauschen Sie sich mit einer Partnerin oder einem Partner darüber aus, wie oft Sie selbst schon in einer Situation gewesen sind, in der Sie so reagiert haben bzw. reagieren hätten können.
   b) Erarbeiten Sie grundlegende Vorschläge zum Umgang mit Personen, die an Verschwörungsmythen glauben und solche auch verbreiten.

F zu Aufgabe 5
Ergänzen Sie weitere Tipps zum Umgang mit sogenannten „Deep Fakes“ und wie diese erkannt werden können.

Verschwörungsmythen / Verschwörungserzählungen → M28

Gemeinsam ist Verschwörungsmythen die Annahme, dass es im Verborgenen wirkende, mächtige Personen oder Gruppen gibt, welche das Weltgeschehen oder wichtige Ereignisse beeinflussen, um der Bevölkerung absichtlich zu schaden bzw. ihre eigenen Interessen zu verfolgen. „Nichts passiert zufällig – nichts ist, wie es scheint – alles ist miteinander verbunden." (Michael Barkun)

Meist arbeiten Verschwörungsmythen mit „alternativen Fakten" oder „Fake News", also mit Behauptungen, die der allgemeinen Sichtweise auf die Wirklichkeit widersprechen, um sich gegen Einwände unanfechtbar zu machen.

82000-805

Begriff: „Verschwörungstheorie" → M28

Der gängige Begriff „Verschwörungstheorie" sollte vermieden werden. Die Verwendung des wissenschaftlichen Begriffs Theorie erhebt einen Wahrheitsanspruch, den Verschwörungsmythen nicht für sich beanspruchen können. Diese fußen weder auf wissenschaftlich begründeten Tatsachen, noch sind sie für andere Erklärungsansätze offen, wie es dem wissenschaftlichen Selbstverständnis entspricht. Begrifflich sollte deshalb genauer differenziert werden. Eine mögliche Einteilung wäre:

82000-811

Verschwörungsmythos	Zusammenfassung mehrerer Verschwörungserzählungen mit gemeinsamen Hintergrund
Verschwörungserzählung	konkrete Geschichte, die an einen Verschwörungsmythos „andockt"
Verschwörungsideologie	individuelle Neigung, hinter allem eine Verschwörung zu wittern
Verschwörungshypothese	machen rationale, überprüfbare und somit widerlegbare Aussagen über angenommene Verschwörungen; stellen sich mitunter als zutreffend heraus (z. B. Watergate-Affäre)

Querdenken-Initiative → M28

„Querdenken 711" – die Nummer leitet sich von der Telefonvorwahl Stuttgarts ab – wurde von dem IT-Unternehmer Michael Ballweg im Frühjahr 2020 initiiert und bezeichnet sich selbst als „Initiative" zum Schutz der demokratischen Grundrechte.

Faktisch handelt es sich bei der Bewegung, die schnell zahlreiche Ableger in anderen deutschen Städten bildete, um ein Sammelbecken von Kritikerinnen und Kritikern der Regierungsmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie mit uneindeutiger weltanschaulicher Grundorientierung. Vor allem in der unzureichenden Distanzierung von radikalisierten Verschwörungsgläubigen und Rechtsextremen und dem wachsenden Aggressionspotenzial gegenüber Staat, Polizei und Medien zeigt sich ein gespaltenes Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

82000-812

Delegitimierung des Staates→ M30

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht seine Aufgabe darin, gegen die Sicherheit des Bundes oder der Länder gerichtete oder die FDGO gefährdende extremistische Bestrebungen zu identifizieren und aufzuklären.

Mit dem neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" reagiert die Behörde auf neuere gesellschaftliche Entwicklungen, die sich darin äußern, dass wachsende Teile unserer Gesellschaft die Legitimität des Staates anzweifeln, das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen und sich behördlichen Anordnungen systematisch widersetzen. Der neu geschaffene Phänomenbereich erlaubt es dem Verfassungsschutz, gegen diese Kräfte mit nachrichtendienstlichen Mitteln vorzugehen.

82000-815

WISSEN IM KONTEXT

Warum sind manche Menschen verschwörungsgläubig?
M28

Repräsentative Umfragen belegen, dass in Deutschland gegenwärtig mindestens 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger empfänglich sind für Verschwörungsmythen. Die Sozialpsychologie bietet Erklärungsansätze:

- In unserer komplexen Welt liefern Verschwörungsmythen einfache, scheinbar plausible Erklärungen für alles, was Ängste auslöst oder als unbefriedigend empfunden wird. Die Reduktion von Komplexität wirkt entlastend; das Undurchschaubare erhält vordergründig Struktur und Sinn.
- Verschwörungsmythen ermöglichen es, sich von anderen abzugrenzen. Über elitäres Wissen zu verfügen, weckt Überlegenheitsfantasien, die das Selbstwertgefühl steigern.
- Unsichere oder als bedrohlich empfundene Lebenslagen fördern die Suche nach Feindbildern. Schuld sind die „geheimen Mächte". Das Selbst wird aufgewertet.
- Sich mit wenigen anderen im Besitz der alleinigen „Wahrheit" zu wähnen, schafft ein starkes Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl.

Wie funktionieren Verschwörungsmythen und welche Rolle spielen das Internet und Social Media?
M29

Die Wirkung von Verschwörungsmythen hängt in der Regel vom Zusammenspiel verschiedener Faktoren ab. Dazu gehören die politische Sozialisation, Medienkompetenz, Bildungsniveau, Einkommen, Beschäftigung, und das soziale Umfeld.
Emotionale Krisen und subjektiv wahrgenommene Bedrohungen (z. B. für sich selbst oder die eigene Peer-Gruppe) machen Menschen angreifbar und empfänglich für Verschwörungsmythen.
Die Funktionsweise von Social Media macht eine schnelle Verbreitung von Posts jeglicher Art sehr einfach. Die oft unüberlegten Reaktionen vieler Nutzerinnen und Nutzer verstärkt den Effekt des Glaubhaften.

Kann Verschwörungsglaube zur Gefahr werden?
M30

Wer sich zu tief in Verschwörungsmythen verstrickt, verliert auf Dauer den Bezug zur Realität. Das kann zu sozialer Isolation führen und persönliche Lebenskrisen verstärken.
Gesellschaftlich relevant wird das Problem, wenn das Vertrauen in öffentliche Institutionen schwindet und der Wahrheitsanspruch von Wissenschaft und Medien in Frage gestellt wird. Jede Gesellschaft braucht ein Mindestmaß an Verständigung darüber, was als richtig oder falsch gelten soll. Ansonsten gehen Orientierung und Zusammenhalt verloren. Wenn Aufgeschlossenheit und Toleranz beschädigt werden, weil der eigene Standpunkt verabsolutiert wird, kommt es zu einer Polarisierung in unversöhnliche Teilgruppen. Das fördert Radikalisierungsprozesse bis hin zu politisch motivierten Straftaten.

Wie gehe ich sinnvoll mit solchen Informationen online um und wie gehe ich mit Menschen um, die offensichtlich an solche Mythen glauben?
M32

Zentral ist, dass die Information kritisch hinterfragt wird. Oft ist auf den ersten Blick schon erkennbar, dass die reißerisch aufgemachte Nachricht beeindrucken will, aber meist nichts dahinter steckt. Um wirklich sicher eine Aussage über die Information machen zu können, sollte die Quelle überprüft werden und weitere seriöse Quellen sollten miteinbezogen werden. Oft hilft auch ein Faktencheck über eine unabhängige journalistische Einrichtung zur Überprüfung. Wenn nachweisbar ist, dass es sich um ein Fake oder einen Verschwörungsmythos handelt, so sollte die verbreitende Person darauf hingewiesen werden und für eine Richtigstellung sorgen. Auf Social Media sollten solche Nachrichten sofort gemeldet werden, so dass sie gelöscht werden können. Im Kontakt mit Personen, die an Verschwörungsmythen glauben, ist es wenig hilfreich, die Person vehement davon zu überzeugen wollen, dass es sich hier um einen Verschwörungsmythos handelt. Das Gegenüber lässt sich in der Regel nicht davon abbringen. Manchen Menschen gibt der Verschwörungsmythos Halt und Orientierung. In solchen Fällen ist es deshalb besonders wichtig, Verständnis zu zeigen und mit der Person im Gespräch zu bleiben, zumal vor allem Menschen mit wenig sozialen Kontakten besonders anfällig für diese Ideen sind.

2.6 Wie soll Desinformation, Hass und Hetze begegnet werden?

Zum Thema: Der Twitter-Account des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump (2017 – 2021) wird gesperrt und eine Studie stellt fest, dass viele Menschen das Gefühl haben, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können. Heißt das, dass unsere Meinungsfreiheit trotz all der Möglichkeiten der digitalen Medien in Gefahr ist? Welche Regeln und Gesetze gelten tatsächlich, die das Online-Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer regulieren und Tech-Unternehmen wie Facebook, Google und Twitter zur Rechenschaft ziehen und in ihre Grenzen verweisen können. Und: Wie effektiv sind sie tatsächlich?

M32 Januar 2021: Twitter sperrt das Konto des US-Präsidenten

1 Donald J. Trump @realDonaldTrump

Of course there is large scale voter fraud happening on and before election day. Why do Republican leaders deny what is going on? So naïve!

8:33 AM – 17 Oct 2016

2 Donald J. Trump @realDonaldTrump

We are up BIG, but they are trying to STEAL the Election. We will never let them do it. Votes cannot be cast after the Poles (sic!) are closed!

4:44 PM – Nov 4, 2020

3 Donald J. Trump @realDonaldTrump

THE OBSERVERS WERE NOT ALLOWED INTO THE COUNTING ROOMS, I WON THE ELECTION, GOT 71,000,000 LEGAL VOTES. BAD THINGS HAPPENED WHICH OUR OBSERVERS WERE NOT ALLOWED TO SEE. NEVER HAPPENED BEFORE. MILLIONS OF MAIL-IN BALLOTS WERE SENT TO PEOPLE WHO NEVER ASKED FOR THEM!

4:53 PM – Nov 7, 2020

4 Donald J. Trump @realDonaldTrump

"People are upset, and they have a right to be. Georgia not only supported Trump in 2016, but now. This is the only State in the Deep South that went for Biden? Have they lost their minds? This is going to escalate dramatically. This is a very dangerous moment in our history....

9:33 AM – Dec 10, 2020

5 Donald J. Trump @realDonaldTrump

Everyone is asking why the recent presidential polls were so inaccurate when it came to me. Because they are FAKE, just like much of the Lamestream Media!

6:48 PM – Nov 11, 2020

6 Donald J. Trump @realDonaldTrump

The BIG Protest Rally in Washington, D. C., will take place at 11.00 A.M., on January 6th. Locational details to follow. StopTheSteal!

2:53 PM - Jan 1, 2021

Quelle: www.thetrumparchive.com, Abruf am 09.11.2022

Nach der Erstürmung des Kapitols am 06.01.2021 durch Anhänger von Donald Trump hat der Kurznachrichtendienst Twitter das wichtigste Konto des abgewählten US-Präsidenten nach eigenen Angaben dauerhaft gesperrt. Grund sei das „Risiko einer weiteren Anstiftung zur Gewalt", teilte Twitter mit. […] Twitter ist die wichtigste Kommunikationsplattform Trumps gewesen. Er hatte sich über die Plattform meist mehrfach täglich direkt an seine Anhänger und die Weltöffentlichkeit gewandt.

Tagesschau: Twitter sperrt Trump „dauerhaft". In: www.tagesschau.de, 09.01.2021

Hinweis
Donald Trumps Konto wurde am 09.01.2021, also drei Tage nach der Amtseinführung von Joseph Biden gesperrt. Nach dem Kauf Twitters durch den Milliardär Elon Musk wurde die Sperrung am 20.11.2022 wieder aufgehoben.

Einstiegsaufgaben

1. Diskutieren Sie: Halten Sie die Sperrung des Kontos für gerechtfertigt oder übertrieben?
2. Recherchieren Sie zum Kauf Twitters durch Elon Musk und den Änderungen an den Moderationsregeln.

M33 Welche Konsequenzen haben Hasspostings im Internet?

Strafverfolgung
Noch immer besteht bei Hasspostings eine große Dunkelziffer. Beim 2019 gegründeten Programm HessengegenHetze sind Stand Juli 2022 21.500 Meldungen eingegangen. 4.100 hatten strafrechtliche Relevanz. Bei 2.800 wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und 1.200 Tatverdächtige wurden identifiziert. Das bayerisch-baden-württembergische Kooperationsprogramm „REspect!" hat Stand August 2023 bei 37.498 Meldungen in 6.082 Fällen Anzeige erstattet.

Walter Lübcke
Walter Lübcke war ein hessischer CDU-Politiker, der wegen seines Engagements für Flüchtlinge am 01.06.2019 ermordet wurde.

Der Anschlag in Hanau
Der Anschlag in Hanau (19.02.2020) war ein rechtsextremistischer Terrorakt, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund ums Leben kamen.

Bundesweiter Aktionstag
Seit Dezember 2015 gibt es den jährlich stattfindenden bundesweiten Aktionstag zur Bekämpfung von Hasspostings.

Stell dir vor, es ist ein ganz normaler Mittwochmorgen, du steigst gerade aus der Dusche, frühstückst, fütterst deine Katze … Vielleicht liegst du sogar noch im Bett. Dann klingelt es plötzlich an der Tür. Du öffnest und vor dir stehen drei Polizist*innen mit einem Durchsuchungsbeschluss für deine Wohnung. Am 24. Februar ist das zehn Männern und einer Frau in Hessen passiert. Waren sie überrascht? Ja. Denn die meisten von ihnen waren sich sicher, nichts Unrechtes getan zu haben.

Dem war aber nicht so: Gegen alle elf Beschuldigten laufen aktuell Ermittlungsverfahren. Alle haben auf Social-Media-Plattformen […] Postings und Kommentare verfasst oder geliket, die strafbar waren. Und damit haben sie sich selbst strafbar gemacht, denn: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum! […]

Alle Meldungen, die zu den Strafverfahren geführt haben, kamen aus der Zivilgesellschaft. User*innen […] haben die Inhalte also gemeldet. Nachdem die strafrechtliche Relevanz der Äußerungen überprüft wurde, hat die Generalstaatsanwaltschaft […] die Ermittlungserfahren eingeleitet. Kurze Zeit später hatte das LKA die Beschuldigten identifiziert – die vermeintliche Anonymität des Internets hat ihre Grenzen! […] Für den Aktionstag #HessenGegenHetze wurde daraufhin eine koordinierte und gleichzeitige Aktion geplant: Alle Durchsuchungen sollten zur gleichen Zeit stattfinden.

Um 6 Uhr morgens – nach Ende der Nachtruhe und vor Beginn des Arbeitstages – standen jeweils bis zu drei Polizist*innen vor den Wohnungen der Beschuldigten. Die Täter*innen mussten ihre IT-Geräte (Handys, Laptops, Tablets, PCs) entsperren und den Polizist*innen zur Beweissicherung zur Verfügung stellen. Fast überall zeigte sich dabei das gleiche Bild: Geschockte, peinlich berührte und meist durchaus kooperative Personen, die nicht fassen konnten, dass ein Post zu einer Wohnungsdurchsuchung durch die Polizei führt. […] Täter*innen sind immer wieder geschockt, dass digitale Gewalt genauso geahndet wird, wie analoge Gewalt. „Aber ich habe doch nichts geklaut!". Nein, hast du nicht. Aber du hast jemanden beleidigt, verleumdet oder ein Verbrechen gebilligt. Und ja: Damit hast du dich strafbar gemacht! […]

Doch welche Kommentare waren das genau, die die Beschuldigten gepostet hatten? Die Bandbreite an strafbaren Kommentaren im Netz ist riesig. Im Falle der Beschuldigten vom Aktionstag #HessenGegenHetze handelte es sich um Kommentare, die den Mord an Walter Lübcke oder die Gewalttat von Hanau billigten – die Billigung von Straftaten ist nach § 140 StBG strafbar und kann mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe geahndet werden! Einige der Kommentare […] hetzten gegen Geflüchtete und Parteien. […] Auch das Liken von strafbaren Äußerungen kann strafbar sein – es ist nichts anderes, als wenn du Straftaten im analogen Leben billigst!

Niemand der Täter*innen war vorbestraft – das kommt ihnen natürlich zugute. […] Äußerungsdelikte können sowohl mit Freiheits- als auch mit […] Geldstrafen geahndet werden, wenn das Verfahren vor Gericht endet. Beim Tatbestand Volksverhetzung gibt es sogar ein Mindeststrafmaß von drei Monaten Freiheitsstrafe! Als Nebenstrafe droht den Beschuldigten zudem der Einzug der IT-Geräte.

Die Generalstaatsanwaltschaft Hessen muss jetzt für jeden Fall einzeln prüfen, welches Strafmaß tat- und schuldangemessen ist. Auf die Beschuldigten warten bis zu ihren Prozessen oder der Einstellung des Verfahrens (oft in Verbindung mit Geldstrafen oder Sozialstunden) wohl einige schlaflose Nächte.

Hate Aid: #HessenGegenHetze: Wenn die Polizei vor deiner Tür steht. In: www.hateaid.org, 23.03.2021

M34 Wie kann man das Internet zu einem besseren Ort machen?

Es fing an als eine dieser satirischen Aktionen des Moderators Jan Böhmermann, der sich vor zwei Wochen mit Sturmmaske und Stahlhelm vor die Kamera setzte, das Grundgesetz in der Hand, und dazu aufrief, „den Wichsern, die uns den Spaß am Internet verderben, den Spaß am Internet zu verderben". Gemeint waren die sogenannten Hass-Trolle, die mit ihren populistischen und beleidigenden Postings den Tonfall im politischen Online-Diskurs beeinflussen – und bislang ohne nennenswerte Gegenreaktion ihr Unwesen treiben. Jetzt sieht es so aus, als habe Böhmermann, wie er vergangene Woche sagte, mit diesem Beitrag „aus Versehen eine Bürgerrechtsbewegung ins Leben gerufen".

Aktuell bieten über 50.000 Teilnehmer, die sich auf dem Chatserver seiner „Reconquista Internet" organisieren, dem „Hass-Trolling" und Populismus im Netz Paroli. Sie kapern Hashtags, beeinflussen Umfragen und reagieren moderierend und beschwichtigend auf beleidigende Posts und Kommentare: „immer freundlich, verständnisvoll, vernünftig und zugeneigt", wie es im Reconquista-Internet-Kodex heißt, der mit dem ersten Artikel des Grundgesetzes beginnt. Sie erzielten innerhalb kurzer Zeit eine derartige Dominanz und Reichweite, dass man sich die Augen rieb. […]

Ausgangspunkt der Aktion ist eine einjährige Recherche des Netzwerks funk von ARD und ZDF, deren Ergebnisse der YouTuber Rayk Anders unter dem Titel „Lösch dich!" Ende April auf seinem Kanal veröffentlicht hat. Ein kleines Team aus Journalisten und Experten war in die Tiefen der organisierten Rechten im Netz eingetaucht und ist dabei auf ein Netzwerk namens „Reconquista Germanica" gestoßen [offensichtlich seit Ende 2019 aufgelöst]. Dahinter verbergen sich rund 6.000 Nutzer, die, streng hierarchisch organisiert, mithilfe von Fake-Accounts diffamierende und populistische Inhalte verbreiten und ausgesuchte Ziele in sozialen Netzwerken angreifen – „organisierte Volksverhetzung, gezielte Einschüchterungsversuche und Manipulation mit illegalen Mitteln" nennt Böhmermann das in dem *Neo Magazin*-Beitrag. Ungeliebte Accounts, Posts, Videos oder Kommentare werden binnen weniger Minuten mit Dislikes und Beschimpfungen überschüttet. Die Gruppe liket und teilt die Äußerungen ihrer Mitglieder gegenseitig – laut funk-Recherche sind auf diese Weise nur fünf Prozent der Accounts verantwortlich für 50 Prozent der Likes unter einem Hass-Post. Diese scheinbare Mehrheit verzerrt das Bild der Meinungsverhältnisse und kann Dritte beeinflussen bis hin zu Wahlentscheidungen. […]

Tatsächlich – und das stellten die Spontan-Guerillas der Reconquista Internet fest – ist die kollektive Einflussnahme im sozialen Web erschreckend leicht. Innerhalb weniger Stunden hatten die „Love-Trolls" am Tag der Arbeit den Hashtag #1mai mit ihren Inhalten besetzt, der bis zu diesem Zeitpunkt vor allem aus bunten Herzchen und freundlichen Wünschen bestand. Gleiche Kommunikationsstrategie, anderes Framing.

Schmidt, Hanna: Angriff der Liebes-Trolle. In: www.zeit.de, 08.05.2018

INFO

Organisationen gegen Hassrede im Internet

HateAid ist die einzige Beratungsstelle Deutschlands, die ausschließlich Betroffene von digitaler Gewalt unterstützt. HateAid bietet eine kostenlose App an, mit der alle Formen digitaler Gewalt, egal ob Beleidigungen, Verleumdungen, sexistische digitale Gewalt, Hasskommentare oder Volksverhetzung direkt in der App gemeldet werden können.

Digitale Zivilcourage – **#Ichbinhier** ist ein Verein, der gegen Hasskommentare und Hetze im Internet vorgeht. Ziel des Vereins ist es, das Diskussionsklima in sozialen Netzwerken zu verbessern und zu einer respektvollen Debattenkultur beizutragen und setzt damit ein zivilgesellschaftliches Statement für unsere Demokratie.

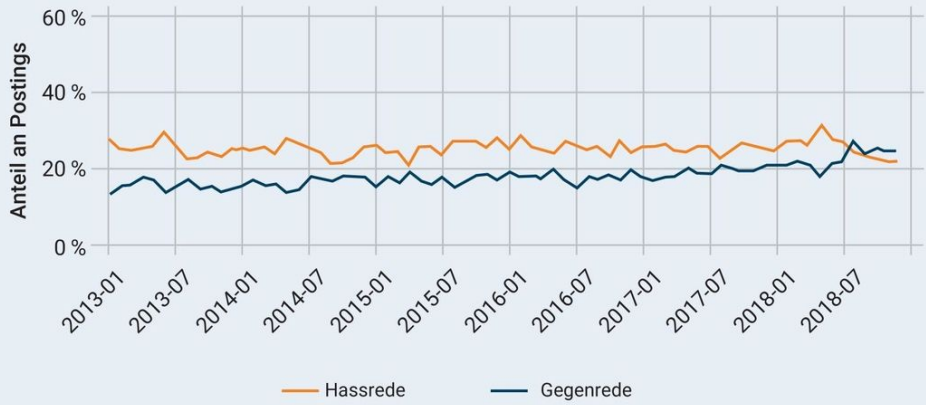
M35 Bringt Gegenrede überhaupt etwas?

Forschungsprojekt Gegenrede

71911-251

Zusammenhang zwischen Hassreden und Gegenreden im Internet

Hinweis zum übrigen Anteil jenseits von Hass- und Gegenrede
Der übrige Anteil entfällt auf „other Speech", also alles, was weder als Hass-, noch als Gegenrede klassifiziert wurde.



Grafik der Bearbeiterin nach: Garland/Ghazi-Zahedi/Young/Hébert-Dufresne/Galesic: Countering hate on social media: Large scale classification of hate and counter speech. 05.06.2020

M36 NetzDG: endlich mehr Handhabe gegen Hass im Netz?

Das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) ist seit dem 1. Oktober 2017 in Kraft. Das Gesetz zielt darauf, Hasskriminalität, strafbare Falschnachrichten und andere strafbare Inhalte auf den Plattformen sozialer Netzwerke wirksamer zu bekämpfen. Dazu zählen z. B. Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, öffentliche Aufforderung zu Straftaten, Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und Bedrohung. Um die sozialen Netzwerke zu einer zügigeren und umfassenderen Bearbeitung von Beschwerden insbesondere von Nutzerinnen und Nutzer über Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte anzuhalten, wurden mit dem NetzDG gesetzliche Compliance-Regeln für soziale Netzwerke eingeführt. Dies beinhaltet eine gesetzliche Berichtspflicht für Anbieterinnen und Anbieter sozialer Netzwerke über den Umgang mit Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten, Vorgaben zum Vorhalten eines wirksamen Beschwerdemanagements sowie zur Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten. Verstöße gegen diese Pflichten können mit Bußgeldern gegen das Unternehmen und die Aufsichtspflichtigen geahndet werden. Außerdem wird Opfern von Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Netz ermöglicht, aufgrund gerichtlicher Anordnung die Bestandsdaten der Verletzerinnen und Verletzer von den Diensteanbietenden zu erhalten.

Compliance Regeln
regelkonformes, ethisch korrektes Verhalten

Bundesministerium der Justiz: Regeln gegen Hass im Netz – das Netzwerkdurchsuchungsgesetz. In: www.bmj.de, 28.06.2021

M37 Bundestag stärkt Nutzerrechte gegenüber sozialen Netzwerken

Es gibt ein paar Zahlen, die ganz schnell zeigen, dass etwas passieren musste: Im zweiten Halbjahr 2020 wurden auf Twitter gut 800.000 Beschwerden nach dem alten Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) eingereicht. Auf Youtube waren es über 300.000, auf TikTok knapp 250.000 und auf Facebook … gerade mal 4.200.

Facebook hat das NetzDG aus dem Jahr 2017 […] ganz offensichtlich bislang nicht ernst genommen. Mehr noch, der US-Konzern hat es unterlaufen, mit einem gut versteckten Meldeformular. Nutzerinnen und Nutzer, die etwas potenziell Strafbares melden wollten, wurden anstatt auf das offizielle Beschwerdeformular nach dem NetzDG auf ein hauseigenes Formular gelenkt – dort aber galten bisher nur eingeschränkte Nutzer-Rechte.

Mit der [Gesetzesneuerung], die der Bundestag jetzt beschlossen hat, soll dieser Trickserei bei Facebook ein Riegel vorgeschoben werden. Das offizielle Formular darf nicht nur nicht mehr versteckt werden, sondern es muss auch einen Link geben, so dass ein Inhalt, über den man sich beschweren will, direkt mit der Beschwerde verknüpft werden kann. Außerdem gelten auch beim hauseigenen Formular künftig die Beschwerderechte nach dem NetzDG. […] Klar strafbare Inhalte müssen binnen 24 Stunden gelöscht werden, auf Beschwerden soll nach spätestens 48 Stunden reagiert werden. Zudem müssen die Unternehmen alle sechs Monate einen Bericht über ihren Umgang mit Beschwerden veröffentlichen.

Facebook handelt nicht nur auf Beschwerden hin, sondern ist auch selbständig gegen Hass und Hetzte aktiv. Dazu war das Netzwerk zuletzt vom EuGH verpflichtet worden. Facebook durchkämmt auch deshalb seine Seiten mit Hilfe von Algorithmen, um entsprechende Posts zu löschen. Da die Programme aber nicht unterscheiden können, ob es sich zum Beispiel um einen wirklich hetzerischen Eintrag handelt, oder nur um ein Zitat aus einem solchen Eintrag, besteht die Gefahr, dass zu viel gelöscht wird (Overblocking). Dem will die Novelle des NetzDG entgegenwirken, indem es Usern das Recht auf Wiederherstellung gelöschter Inhalte zugesteht.

BR24: NetzDG: Bundestag stärkt Nutzerrechte gegenüber Facebook und Co. In: www.br.de, 06.05.2021

ALGORITHM WATCH

AlgorithmWatch
AlgorithmWatch ist eine gemeinnützige Forschungs- und Advocacy-Organisation mit dem Ziel, Systeme automatisierter Entscheidungsfindung (Automated Decision Making Systems – ADM) und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu beobachten und zu analysieren.
Ein ähnliches Forschungsprojekt zur Priorisierung von Bildern und Videos bei Instagram wurde von AlgorithmWatch durchgeführt. Vor der Veröffentlichung der Ergebnisse erhob Facebook jedoch vermeintliche datenschutzrechtliche Einwände und drohte rechtliche Schritte an. Im Juli 2021 wurde das Projekt nach 14-monatiger Forschungsarbeit eingestellt.

M38 Sperren: negative Folgen für die Meinungsfreiheit?

Laura Edelson war auf dem Weg zu einem Abendessen, als sie am Dienstag eine automatisierte E-Mail von Facebook bekam. Ihr Account war gesperrt worden. Schnell stellte sich heraus: Mehr als zwei Dutzend ihrer Kollegen und einige Journalisten waren ebenfalls von Facebook ausgesperrt worden. Edelson ist Programmiererin und Forscherin an der New York University (NYU) und eine der wohl profiliertesten Expertinnen in der Frage, wie auf Facebook mit politischer Werbung Desinformation betrieben wird. […]

Edelson und ihre Kollegen wollten am kommenden Montag (09.08.2021) das „Ad Observatory" in Deutschland veröffentlichen, ein interaktives Datenprojekt über die politischen Facebook-Kampagnen im aktuellen Bundestagswahlkampf. Im Interview per Zoom teilt sie ihren Bildschirm und zeigt eine fertige Seite mit aufwendigen Grafiken zu den Werbeaktivitäten deutscher Parteien, alles ins Deutsche übersetzt. Doch diese Seite wird vorerst nicht online gehen. […]

Der Grund für die Sperre, so erklärt Facebook-Manager Mike Clark in einem Blogpost am Dienstag, sei eine Verletzung der Nutzungsbedingungen. Die Forscher hätten sich durch sogenanntes Scraping unerlaubt Daten beschafft: „Das Ad Observatory Projekt mag gute Absichten verfolgen,

aber dessen regelmäßige Verstöße gegen den Schutz vor Scraping können nicht ignoriert werden." Der Sperre war eine längere Auseinandersetzung zwischen Facebook und dem Team der NYU vorausgegangen, […].

Laura Edelson und ihre Kollegen haben seit Dienstag keinen Zugang mehr zu Facebooks APIs, also den Schnittstellen, über die sie bis dahin relevante Daten der Werbetreibenden für ihr Projekt gesammelt hatten. In der nun anlaufenden heißen Phase des Bundestagswahlkampfs wollten sie ihre Datenbank auf diesem Weg ständig aktualisieren. Doch ohne diesen Zugang müssen sie das Projekt nun abbrechen. Die Forscherinnen und Forscher hinter dem Ad Observatory hatten sich zuletzt ausführlich mit dem US-amerikanischen Wahlkampf befasst. Das Projekt hat das Ziel, Daten über zielgerichtete politische Facebook-Werbung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Denn diese sogenannten Targeted Ads seien „unglaublich mächtig", so Edelson. In der Vergangenheit wurden solche Anzeigen auch benutzt, um jenseits von öffentlicher Kontrolle Desinformation zu verbreiten.

Altland, Nils: Wegen Facebook-Sperre: Aus für Datenprojekt zur Bundestagswahl. In: www.bdr.de, 06.08.2021

M39 Ein Grundgesetz fürs Internet?

Margarethe Vestager ist eine dänische Politikerin und seit 2019 geschäftsführende Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Digitales

1 Digital Services Act – Das Gesetz über digitale Dienste

Das Gesetz über digitale Dienste erleichtert die Entfernung illegaler Inhalte und schützt die Grundrechte der Nutzer/innen – darunter die Redefreiheit – im Internet. Außerdem sorgt es für eine strengere Beaufsichtigung von Online-Plattformen, insbesondere von Plattformen, die mehr als 10 % der EU-Bevölkerung erreichen.
Konkret bedeutet das:

- **Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Waren, Dienstleistungen oder Inhalte** im Internet mit einem Mechanismus, der Nutzerinnen und Nutzern das Kennzeichnen solcher Inhalte erlaubt und Plattformen die Zusammenarbeit mit „vertrauenswürdigen Hinweisgebern" ermöglicht
- **Neue Vorschriften für die Rückverfolgbarkeit gewerblicher Nutzer** auf Online-Marktplätzen, um Verkäufer illegaler Waren leichter aufspüren zu können
- **Wirksame Schutzvorkehrungen für die Nutzer** mit der Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten
- **Erhöhung der Transparenz von Online-Plattformen** in unterschiedlichen Bereichen, unter anderem bei für Vorschläge verwendeten Algorithmen
- **Verpflichtungen für sehr große Plattformen**, den Missbrauch ihrer Systeme zu verhindern, indem sie risikobasierte Maßnahmen ergreifen und ihr Risikomanagementsystem von unabhängiger Seite prüfen lassen
- **Zugriff für die Forschung auf die Kerndaten** größerer Plattformen, um das Fortschreiten von Online-Risiken nachvollziehen zu können
- **Eine Beaufsichtigungsstruktur, die der Komplexität des Online-Raums gerecht wird**: Die Hauptrolle kommt den Mitgliedstaaten zu – sie werden dabei von einem neuen Europäischen Gremium für digitale Dienste unterstützt. Bei sehr großen Plattformen übernimmt die Kommission eine erweiterte Überwachung und Durchsetzung.

Europäische Kommission: Gesetze über digitale Dienste: mehr Sicherheit und Verantwortung im Online-Umfeld. In: www.ec.europa.eu, Abruf am 10.11.2022

2 Digital Markets Act – Das Gesetz über digitale Märkte

Durch das **Gesetz über digitale Märkte** erhalten Unternehmen Zugang zu bestimmten Daten von Gatekeepern. Sie werden außerdem zwischen verschiedenen Plattformen wählen können, auf denen sie ihre Waren oder Dienstleistungen anbieten. Darüber hinaus soll es einfacher werden, Dienstleistungen entsprechend ihren Bedürfnissen zu wechseln und zu kombinieren.

Änderungen durch das neue Gesetz über digitale Märkte

- Unternehmen erhalten mehr Informationen darüber, wie sich ihre Produkte oder Dienstleistungen auf Plattformen Dritter verkaufen.
- Schluss mit unfairem Ranking: Gatekeeper können das Angebot anderer Unternehmen auf derselben Plattform nicht mehr gegenüber eigenen Dienstleistungen und Produkten herabstufen.
- Für Unternehmen wird es leichter, Verbraucher/innen zu werben, da diese nicht mehr an Gatekeeper-Plattformen gebunden sind.
- Kleine Unternehmen und neue Marktteilnehmer können leichter wachsen, expandieren und es mit den Gatekeeper-Plattformen aufnehmen.
- Durch den stärkeren Wettbewerb wird das Innovationspotenzial kleiner Unternehmen freigesetzt. Die Dienstleistungsqualität dürfte ebenfalls steigen, was wiederum den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute kommt.

Europäische Kommission: Ein Europa für das digitale Zeitalter – was sich für Unternehmen ändert. In: www.ec.europa.eu, Abruf am 10.11.2022

Aufgaben

71911-252

1. Fassen Sie die zentralen Informationen in **M33** zusammen und kommentieren Sie zusammen mit den Informationen in der Randspalte die Notwendigkeit und Nachhaltigkeit solcher Aktionen.
2. a) Informieren Sie sich in **M34** und **M35** über die Hintergründe der Bürgerrechtsbewegung Reconquista Internet (inzwischen: Forum:neuland).
   b) Erläutern Sie die Bedeutung solcher zivilgesellschaftlicher Aktionen für eine Gesellschaft.
3. a) Fassen Sie die zentralen Punkte des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (**M36**) in eigenen Worten zusammen und erklären Sie, wie dadurch die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer von Social-Media-Plattformen gestärkt werden sollen.
   b) Ermitteln Sie die Gründe für die Neuerungen am NetzDG (**M37**) und wie damit der Rechtssicherheit der Nutzerinnen und Nutzer Nachdruck verliehen werden kann.
4. Diskutieren Sie die Notwendigkeit und Grenzen der in **M33-M37** dargestellten Möglichkeiten zur Reaktion auf Desinformation und Hass im Netz.
5. a) Erarbeiten Sie das Forschungsvorhaben und die Hintergründe der Sperrung der Facebook-Zugänge für das Team der Forschungsgruppe (**M38**).
   b) Weisen Sie daran die Rolle von Forschung und Wissenschaft (vgl. auch Projekt von AlgorithmWatch in der Randspalte) in demokratischen Gesellschaften nach.
6. a) Konkretisieren Sie anhand von Beispielen die zentralen Inhalte des Gesetzesvorhabens der Europäischen Union (**M39** 1 und 2).
   b) Nehmen Sie eine begründete Einschätzung vor, inwiefern mit diesen Regelungen zentrale demokratische Prinzipien gestärkt werden.

F zu Aufgabe 2
Ermitteln Sie, wie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der konkreten Wirkung von Gegenrede auf die Spur zu kommen versuchen.

F zu Aufgabe 5
Lässt sich ein Zusammenhang herstellen zu dem Zeitpunkt der Sperrung der Forschungsgruppe?

WISSEN KOMPAKT

Counterspeech – Zivilgesellschaftliches Engagement → M34, M35

Wörtlich übersetzt bedeutet der Begriff „Gegenrede“. Konkret bedeutet das, sich den Hassreden, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen im Internet entgegenzustellen, indem man sich für eine faire Diskussionskultur einsetzt.

82000-820

Staatliche Maßnahmen gegen Hasspostings → M33, M36-M39

Staatliche Maßnahmen wie das Netzwerkdurchsuchungsgestz (NetzDG) zielen darauf ab, die Verbreitung von illegalen und schädlichen Inhalten im Internet einzuschränken und somit Hassrede effektiv zu bekämpfen. Unter Expertinnen und Experten sind sie jedoch nicht vollkommen unumstritten. Einige Gegnerinnen und Gegner dieses Gesetzes fürchten eine übermäßige Zensur, da Plattformen möglicherweise aus Angst vor Strafen Inhalte entfernen, die legal sind, jedoch kontrovers diskutiert werden.

Scraping → M38

Dabei handelt es sich um eine Funktion, bei der eine Anwendung Informationen von einer Website oder einem Online-Dienst ausliest und speichert, sozusagen die Informationen vom Bildschirm „kratzt“. Bekannte Anwendungsfälle dieser Technik sind etwa Bots von Suchmaschinen wie Google, die kontinuierlich im Internet unterwegs sind, um Internetseiten zu analysieren. Aber auch Vergleichsportale nutzen die Methode, um Daten zu sammeln und auszuwerten.

82000-823

Targeted Ads → M36

Targeted Advertising ist eine Methode des Online-Marketings, durch die Werbung einer sehr klar definierten Zielgruppe angezeigt werden soll. Ziel ist es, zunächst nur die wirklich Interessierten zu erreichen und dann mögliche Neukundinnen und Neukunden anzusprechen. Targeting kann sich zum Beispiel am Alter der Zielpersonen ausrichten, an deren Interessen, ihrem Suchverhalten in Suchmaschinen oder Online-Shops.

82000-824

Konsequenzen von Hasspostings im Internet → M33

Hasspostings im Internet sind keine Kavalliersdelikte. Relevante Strafbestände des Strafgesetzbuches sind § 86a StGb (Verbotene Symbole), § 111 StGb (Öffentlicher Aufruf zu Straftaten), § 130 StGb (Volksverhetzung), § 131 StGb (Gewaltdarstellung), § 185 StGb (Beleidigung), § 186 StGb (Üble Nachrede), § 187 StGb (Verleumdung), § 240 StGb (Nötigung), § 241 StGb (Bedrohung) oder die Verletzung von Persönlichkeitsrechten (z. B. des Rechts am eigenen Bild, § 201a StGb). Abhängig von Umfang und Häufigkeit werden die Straftaten von den Staatsanwaltschaften verfolgt. Das Internet bietet keine Anonymität, da zu Aufklärungszwecken auch die Daten der Netzbetreiber angefragt werden dürfen.

82000-825

WISSEN IM KONTEXT

Das zentrale Werkzeug einer jeder Bürgerin, eines jeden Bürgers ist Zivilcourage, sich mutig gegen menschenverachtende Äußerungen zu stellen und damit den betroffenen Personen zur Seite zu stehen. Dies ist in der Regel ein sehr wirksames Mittel, online wie offline. Anhand verschiedenster Studien wurde nachgewiesen, sobald eine Person problematisches Verhalten oder Äußerungen kritisch kommentiert, folgen andere dem Beispiel. Das Unbehagen ist bei vielen in der Regel vorhanden, aber den Mut aufzubringen, beleidigten oder beschimpften Personen beizustehen, verlangt häufig eine größere Überwindung. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann prinzipiell von jedem und jeder im Rahmen der eigenen Möglichkeiten geleistet werden.
Neben den verschiedenen Hassmeldestellen gibt es inzwischen auch eine Vielzahl von Initiativen und Organisationen, die aktiv gegen die Flut an Falschinformationen und Desinformation im Internet vorgeht. Eine kleine Auswahl bildet folgende Aufzählung: der Mimikama Verein, Correctiv, faktenfinder, Jugendschutz.net, …

Wie kann die Zivilgesellschaft auf Hass und Desinformation reagieren?
M34, M35

Das Strafrecht formuliert sehr deutlich, welches Verhalten nicht gestattet und demnach geahndet wird: online wie offline. Etliche Delikte fallen darunter: Volksverhetzung, Beleidigung, Verleumdung, Nötigung und die öffentliche Aufforderung zu Straftaten. Dies setzen die Strafverfolgungsbehörden, also die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden, entsprechend durch. Bayern hat seit Anfang 2020 sogar eine Hate-Speech-Stelle geschaffen. Angesiedelt ist diese Position in der Bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus. Zusammen mit rund 30 Staatsanwältinnen und -anwälten, die an 22 Orten in Bayern in sogenannten Hatespeech-Sonderdezernaten ermitteln, soll der vermeintlichen Anonymität des Internets begegnet werden.

Was tun staatliche Akteure, um die digitale Welt zu regulieren?
M33, M36, M37

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sammeln mit ihrer Arbeit Hinweise und Beweise für manipulative und übergriffige Strukturen und Entwicklungen von Internet-Plattformen. Denn diese haben leider häufig das Potential, die Entscheidungs- und Meinungsfreiheit der Nutzerinnen und Nutzer einzuschränken. Beides zentrale demokratische Prinzipien, die immer wieder von digitalen Plattformen untergraben werden. Politikerinnen und Politiker sind auf die kontinuierliche Arbeit und die Expertise der Wissenschaft angewiesen, um auf deren Forschungsergebnissen basierend Gesetze zu gestalten, die den Schutz der Nutzerinnen und Nutzer besser gewährleisten können.

Was können Wissenschaft und Forschung dazu beitragen, dass Internet-Plattformen transparenter werden?
M35

Mit dem Digital Services Act (DSA) will die Europäische Union neue Regeln schaffen, die für große Plattformbetreiber, für Onlinehändler, für die Werbeindustrie, Internetprovider usw. gelten, die digitale Dienste anbieten. Das Ziel ist, die Nutzerinnen und Nutzer vor extremen Datensammlungen zu schützen, effektive Regeln gegen Hass und Hetze zu etablieren, und jede und jeden selbst entscheiden zu lassen, ob Nachrichten von einem Algorithmus sortiert werden sollen oder nicht. In Kombination mit dem Digital Markets Act (DMA) soll mehr Fairness auf den Online-Märkten erreicht werden, damit also auch kleine Unternehmen neben der Marktmacht der großen bestehen können. Letztendlich geht es also auch darum, das demokratische Potential des Internets wieder zu stärken, um allen Nutzerinnen und Nutzern einen fairen und gehaltvollen Austausch zu ermöglichen.

Was wird auf Europäischer Ebene getan, um Internetplattformen in ihre Grenzen zu weisen?
M36-M39

KOMPETENZEN ANWENDEN

Kompetenz-Check Kapitel 2

71911-260

Die nachfolgenden Aufgaben bieten Ihnen die Möglichkeit, sich selbst zu überprüfen. Sie erlauben Ihnen, abzuschätzen, inwieweit Sie die gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt anwenden können. Mögliche Lösungsvorschläge finden Sie über die QR- und Mediencodes zu den jeweiligen Aufgaben.

1 Analyse eines Pressefotos

Die Ampel-Koalitionspartner auf dem Weg zur Pressekonferenz zur Vorstellung des Koalitionsvertrags am 24.11.2021. Abgebildet sind Norbert Walter-Borjans (SPD), Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), Olaf Scholz (SPD), Christian Lindner (FDP), Volker Wissing (FDP), Saskia Esken (SPD).

Aufgaben

1. Analysieren Sie das Bild nach der in diesem Kapitel vorgestellten Methode.
2. Nehmen Sie Stellung zu dem gegebenen Zitat:
   „Wer die Bilder beherrscht, beherrscht auch die Köpfe." (Bill Gates, US-amerikanischer Programmierer, Microsoft-Gründer, Vorsitzender der Bill & Melinda Gates Stiftung)

Lösungsvorschlag

71911-261

2 Aussagen zur zunehmenden Bedeutung digitaler Medien

Social Media war ein Fehler. Heute glauben wir Menschen lieber einem Vlogger aus dem Internet als einer Expertin oder einem Experten!

Früher war ich nie politisch interessiert. Dank sozialer Medien merke ich, dass Politik einen riesigen Einfluss auf mein Leben hat!

Aufgabe

Erörtern Sie auf Basis der beiden Aussagen die Chancen und Risiken, welche die zunehmende Digitalisierung der Medienlandschaft für die politische Willensbildung hat.

Lösungsvorschlag

71911-262

3 Schafft die Wahlumfragen ab! (Gerd Bosbach)

Es gibt nur wenige präzise Erhebungen darüber, wie stark veröffentlichte Beliebtheitswerte Wahlentscheidungen beeinflussen. […] Doch es ist alles andere als abwegig anzunehmen, dass manch ein Wähler gern aufseiten der Sieger steht.

In einer Umfrage des Instituts für Grundlagenforschung aus Salzburg gaben 25 Prozent aller Befragten in Österreich an, ihre Wahlentscheidung mindestens einmal nach Umfrageergebnissen ausgerichtet zu haben. Und da ein solches Verhalten eher zögerlich zugegeben wird, ist die folgende Zahl vielleicht noch aussagekräftiger: 68 Prozent unterstellten anderen Wählern, sich nach Umfrageergebnissen zu richten.

Umfragen sind ungenau, Umfragen verzerren Wählerentscheidungen. Und: Umfragen entpolitisieren. Wenn im Zentrum der Aufmerksamkeit der Spielstand zwischen den Spitzenkandidaten steht, dann werden tiefe inhaltliche Debatten schnell als nervtötend und anstrengend empfunden. Wenn ihnen nicht schon vorher die Relevanz verloren geht, weil das Ergebnis ohnehin schon feststeht – laut Umfragen.

Schauen wir nur auf die mit unfassbarem Ernst vorgetragenen persönlichen Beliebtheitswerte. Ist es wirklich wichtig, wer in der Rangfolge von Platz 7 auf Platz 10 gerutscht ist? Sollte es nicht bei Berichten und Interviews mit Politikern eher darum gehen, wie, sagen wir, mit der Verteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums umgegangen werden soll?

Was also tun? Es ist ein erster Schritt, über die Fehleranfälligkeit und die Wirkung von Wahlprognosen zu sprechen, aber er wird nicht reichen. Wir sollten ein Verbot von Meinungsumfragen kurz vor den Wahlen erwägen, wie es in anderen europäischen Ländern längst Realität ist. Wenigstens für die letzten ein oder zwei Wochen sollten sich die Debatten ausschließlich um politische Themen drehen.

Bosbach, Gerd: Schafft die Wahlumfragen ab! In: www.zeit.de, 04.09.2017

Gerd Bosbach
Gerd Bosbach ist ein deutscher Statistiker und Hochschullehrer. Sein Forschungsschwerpunkt liegt in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik.

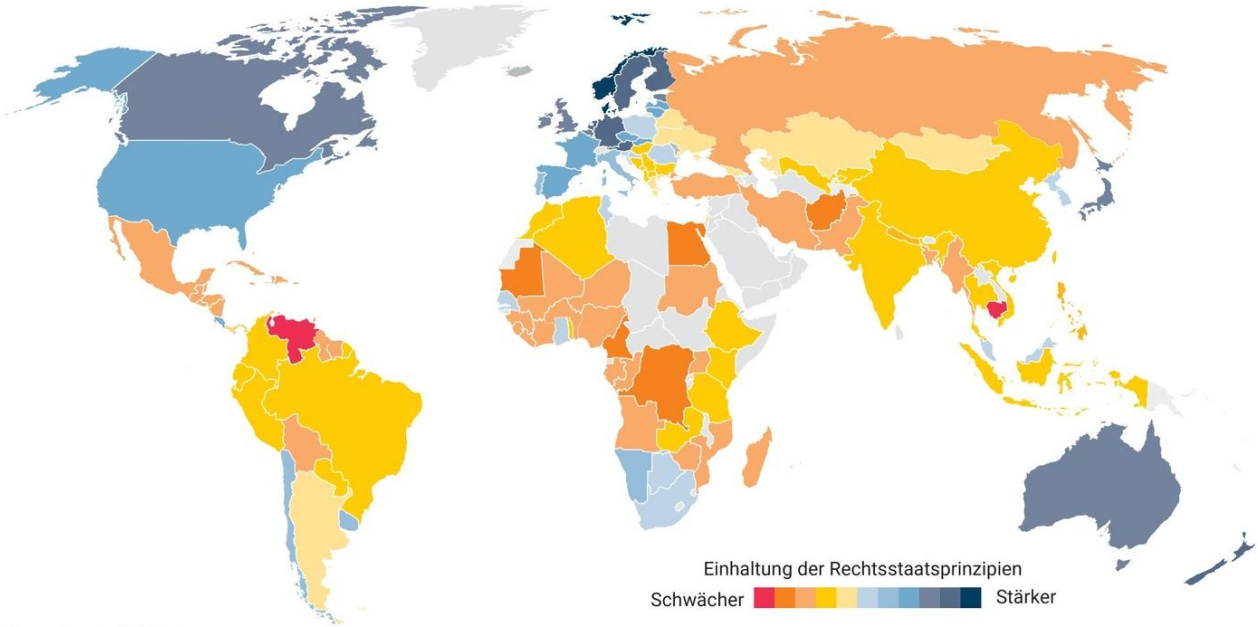
Aufgaben

1. Begründen Sie auf Basis des Textes, warum Herr Bosbach findet, dass Wahlprognosen und Meinungsumfragen kurz vor Wahlen nicht mehr gesendet werden sollten.
2. Diskutieren Sie den Einfluss, den (digitale) Medien auf das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger haben könnten.
3. Begründen Sie, warum eine Einschränkung, wie Herr Bosbach sie fordert – heute mehr denn je – schwierig umzusetzen sein könnte.

Lösungsvorschlag

71911-263

1 **Index der Rechtsstaatlichkeit (rule of law index)** (Stand: 2022)



Bewertungsfaktoren

1. Funktionierende Gewaltenkontrolle, Chance auf geregelten Machtwechsel
2. Abwesenheit von Korruption
3. Transparenz des Regierungshandelns/Möglichkeit der politischen Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger
4. Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten
5. Geordnete Verhältnisse, Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und gewalttätigen Konflikten
6. Bereitschaft zur Durchsetzung von Recht und Gesetz
7. Chance auf zivilrechtliches Gehör, Garantie eines fairen Verfahrens
8. Effektive Verbrechensaufklärung, Fairness des Verfahrens, Einhaltung justizieller Grundrechte für Angeklagte

Nach: World Justice Project, 2022

2 **Auf der Straße aufgeschnappt: Statements zum Thema Rechtsstaat**

„Manchmal glaube ich, für reiche Menschen gelten andere Regeln als für Normalbürgerinnen und -bürger."

„Wenn etwas durch ein Gesetz verboten ist, dann hat das sicherlich seinen Grund und ist auch richtig so!"

„Ich bin froh, in einem Land zu leben, in dem ich ein Anrecht auf ein faires Verfahren habe"

„Wenn du nichts zu verbergen hast, dann musst du auch nichts befürchten!"

„Unbequeme Aussagen muss eine demokratische Gesellschaft aushalten können."

„Warum sollte jemand Grundrechte haben, der die Grundrechte anderer missachtet?"

Bearbeiter

Für den demokratischen Rechtsstaat eintreten

3

Die Geschichte des Rechtsstaats reicht weit zurück. Staatstheoretiker und Philosophen der Aufklärung entwarfen die prägenden Konzepte, auf denen sich unsere Vorstellungen eines gerechten und gleichberechtigten Zusammenlebens gründen.
Doch noch immer sind Chancengleichheit, Toleranz und Gewaltfreiheit keine Selbstverständlichkeit, gehören z. B. Ausgrenzung und Diskriminierung zum Leben in vielen – auch demokratisch verfassten – Gesellschaften.
Hinzu kommen die wachsenden Probleme durch freiheitsgefährdende populistische oder extremistische Strömungen, die unsere demokratische Staatsordnung schleichend unterhöhlen oder offen in Frage stellen.
Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit den Bedingungen des Rechtsstaats, den aktuellen Herausforderungen, die er zu bewältigen hat, sowie den verschiedenen Möglichkeiten, ihn vor Gefährdungen zu schützen.

Kompetenzen

Am Ende des Kapitels sollten Sie Folgendes wissen und können:

- Kennzeichen der Rechtsstaatlichkeit erschließen und aktuelle Herausforderungen für den Rechtsstaat erfassen, um die Notwendigkeit und die Grenzen staatlichen Handelns zu reflektieren
- auf Grundlage aktueller Medienberichte Herausforderungen durch Extremismus, Fundamentalismus oder Terrorismus für die freiheitliche demokratische Grundordnung u. a. in Sozialen Medien diskutieren, um das Erfordernis des Eintretens für demokratische Grundwerte zu erkennen
- vor dem Hintergrund der Entstehungsbedingungen des Grundgesetzes wesentliche Kennzeichen und Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie erarbeiten und deren Wirksamkeit zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung diskutieren
- staatliche und gesellschaftliche Strategien im Umgang mit alltäglichen Ausgrenzungen (z. B. Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus) analysieren und Möglichkeiten des persönlichen Engagements für Minderheitenschutz und Gleichberechtigung im demokratischen Rechtsstaat erfassen
- sich mit Funktionsweisen und Zielen von Populismus in Deutschland und ggf. in Europa auseinandersetzen und dessen mögliche Auswirkungen auf die Demokratie diskutieren

Aufgaben

71911-300

1. Definieren Sie Ihr Verständnis von Gerechtigkeit und tauschen Sie sich im Kurs darüber aus.
2. Analysieren Sie die Weltkarte der Rechtsstaatlichkeit (1).
3. Haben Sie Äußerungen wie in 2 schon selbst gehört? Diskutieren Sie in der Lerngruppe, was diese Aussagen mit dem Thema Rechtsstaatlichkeit zu tun haben, und beleuchten Sie sie kritisch.

3.1 Recht und Gesetz – was unseren Rechtsstaat kennzeichnet

Zum Thema: Rechtsstaatlichkeit heißt zuallererst, dass sich alle staatlichen Instanzen an Recht und Gesetz halten müssen, also nicht willkürlich handeln dürfen. Fälle aus der politischen Praxis zeigen jedoch auch, dass politische Interessen mit rechtsstaatlichen Normen in Konflikt geraten können. Demokratische Verfassungen sorgen deshalb dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Streitfall vor Gericht ziehen dürfen, um ihre Rechte durchzusetzen.

M1 Freiheit und Sicherheit – ein schwieriges Verhältnis

Vorsicht, Fake!

Neues Gesetz im Kampf gegen den Terror

Patania – vfa/tvo Das Parlament der patanischen Republik hat gestern ein Gesetz verabschiedet, dass es den Polizeibehörden erlaubt, terrorverdächtige Personen auf unbegrenzte Zeit in Gewahrsam zu nehmen. Eine Vorführung vor einen Haftrichter ist zwar nach wie vor notwendig, kann aber bis zu sechs, in Einzelfällen sogar bis zu zwölf Monate hinausgezögert werden, wenn gewichtige ermittlungsdienstliche Gründe dies erforderlich machen. Die patanische Regierung zeigte sich befriedigt über die Entscheidung. Das Gesetz sei ein großer Schritt auf dem Weg zu mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Zeitaufwändige, die Ermittlungsbehörden beeinträchtigende gerichtliche Verfahren seien an sich unnötig und gehörten nun endgültig der Vergangenheit an.

Bearbeiter

Einstiegsaufgaben

71911-310

1. Tauschen Sie sich darüber aus, ob das in der fiktiven Zeitungsmeldung dargestellte „neue Gesetz" Ihrem Bedürfnis nach Sicherheit entgegenkäme.
2. Diskutieren Sie, welche Folgen es hätte, wenn ein Staat die Rechtsordnung tatsächlich in der beschriebenen Weise verändern würde.
3. Setzen Sie die Aussage der Karikatur in Bezug zum Inhalt der Zeitungsmeldung.

Karikatur: Gerhard Mester

M2 Beispiele: Rechtsstaatlichkeit in der politischen Praxis

1 Cyberangriff auf die Demokratie

Hunderte Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Oppositionelle weltweit sind offenbar Opfer umfassender illegaler staatlicher Abhöraktionen geworden. Das belegen Recherchen der Süddeutschen Zeitung, des Journalisten-Netzwerks Forbidden Stories sowie 15 weiterer internationaler Medien wie Washington Post, Guardian und Le Monde.

Demnach haben etliche Staaten die zur Terror- und Kriminalitätsbekämpfung entwickelte Spionage-Software Pegasus des israelischen Herstellers NSO Group großflächig eingesetzt, um Regimegegner und kritische Journalisten ins Visier zu nehmen. [...] Im Zuge monatelanger Recherchen, an denen in Deutschland die Süddeutsche Zeitung, NDR, WDR und Die Zeit beteiligt waren, ist es gelungen, Tausende dieser Nummern konkreten Personen zuzuordnen – in Ungarn etwa hochrangigen Medienmanagern, Rechtsanwälten und Oppositionellen sowie sogar einem ehemaligen Minister. Forensische Untersuchungen bestätigten in etlichen Fällen Infektionen mit der Software. [...]

Mit dem Einsatz von Pegasus lassen sich Smartphones vollkommen unbemerkt für den Besitzer in ferngesteuerte Abhörwanzen verwandeln. Auf Handys, die mit dem Trojaner infiziert worden sind, ist keine Kommunikation mehr sicher.

Obermaier, Frederik / Obermayer, Bastian / Wiegand, Ralf: Cyberangriff auf die Demokratie. In: www.sueddeutsche.de, 18.07.2021

2 Brückenkletterer bleiben bis Sonntag in Gewahrsam

In München bleiben neun Gegner der Internationalen Automobilausstellung IAA Mobility bis zum Ende der Messe in polizeilichem Gewahrsam. Die Anwendung der sogenannten Präventiv-Haft, verankert im bayerischen Polizeiaufgabengesetz, bestätigte ein Sprecher des Amtsgerichts Erding auf Anfrage des Bayerischen Rundfunks. Die neun Aktivisten waren gestern an den Plakat- und Abseilaktionen über mehreren Autobahnen rund um München beteiligt und wurden anschließend festgenommen. Sie hatten unter anderem Ausfahrtsschilder überklebt mit Hinweisen wie „Verkehrskollaps 2000 Meter". [...]

Ein Gerichtssprecher sagte, den Anträgen der Polizei sei in neun von zehn Fällen stattgegeben worden, da die Aktionen an den Autobahnen geplant und vorbereitet gewesen seien. Darum bestehe nach Ansicht der Polizei Wiederholungsgefahr. [...] Die Protestierer sehen in den Plakat-Aktionen oben auf den blauen Autobahnschildern keinen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr. [...]

Münchens Polizeivizepräsident Michael Dibowski nannte die Protestaktion „verantwortungslos". Die „selbsternannten Aktivisten" hätten die Gefährdung von Menschenleben in Kauf genommen und sowohl sich als auch Unbeteiligte und Einsatzkräfte in Gefahr gebracht. [...]

Das Polizeiaufgabengesetz (PAG) erlaubt laut Art. 17 Absatz 1.2 den vorsorglichen Gewahrsam, wenn er unerlässlich ist, um unmittelbar bevorstehende Straftaten oder für die Allgemeinheit bedeutende Ordnungswidrigkeiten zu verhindern.

BR24: IAA Proteste: Brückenkletterer bleiben bis Sonntag in Gewahrsam. In: www.br.de, Aufruf am 14.09.2021

M3 Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

1 Gewaltenteilung

2 Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns

3 Verpflichtung des Staates zur Achtung der Menschenwürde

4 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

5 Rechtssicherheit und Rechtsklarheit

6 Rechtsschutz und Recht auf faires Gerichtsverfahren

7 Minderheitenschutz

A Alle Staatsgewalt ist verpflichtet, die Menschenwürde (Art. 1 GG) zu achten und persönliche Grundrechte zu gewähren. Als Abwehrrechte gegen den Staat schützen die Grundrechte die Bürgerinnen und Bürger vor staatlichen Übergriffen, d. h. einem Machtmissbrauch des Staates.

B Nach Art. 19 Abs. 4 GG steht allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich durch Maßnahmen der vollziehenden Gewalt in ihren Rechten verletzt fühlen, der Rechtsweg offen. Wer sich z. B. durch einen Bußgeldbescheid der Verkehrsüberwachung ungerecht behandelt fühlt, kann dagegen Widerspruch einlegen. Damit sollen willkürliche Maßnahmen der Behörden vermieden werden. Unabhängige Gerichte sind dafür zuständig, einen effektiven Rechtsschutz zu gewähren.
Die Art. 101 und 103 GG garantieren die prozessualen Grundrechte. Dazu zählen u. a. das Recht auf den gesetzlichen Richter sowie der Anspruch von Angeklagten, zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen angehört zu werden, das Verbot rückwirkender Strafgesetze und die mehrmalige Bestrafung für dieselbe Tat.

C Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (rechtsprechende Gewalt) werden auf verschiedene Organe übertragen. So kontrolliert beispielsweise die parlamentarische Opposition die Arbeit der Bundesregierung und kann bei Regierungsversagen u. a. einen Untersuchungsausschuss einberufen. Das verhindert Machtmissbrauch durch Machtkonzentration. (Art. 20 Abs. 2 GG).

D Neben der Wahrung der Grundrechte muss jedes vom Gesetz vorgesehene Mittel auch angemessen sein. So darf z. B. die Polizei bei einer einfachen Personenkontrolle nicht grundlos Handschellen benutzen. Genügt eine mildere Maßnahme, um das Ziel (z. B. den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität) zu erreichen, so ist die strengere nicht notwendig. Schließlich muss die gesetzlich vorgesehene Regelung dem oder der Betroffenen zumutbar sein. Ein Ladendiebstahl rechtfertigt z. B. keine Untersuchungshaft der beschuldigten Person; es genügt die Feststellung der Personalien und die Vorladung vor Gericht.

E Alles staatliche Handeln muss rechtmäßig sein; der Staat darf sich also nicht über das Gesetz stellen. Jedes Gesetz und jeder untergeordnete Rechtsakt müssen den Maßstäben des Grundgesetzes genügen. Ansonsten sind sie verfassungswidrig. Im Zweifelsfall entscheidet hierüber das Bundesverfassungsgericht.

F Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich jederzeit darauf verlassen können, dass sich der Staat ihnen gegenüber rechtlich verhält. Ändert sich die Rechtsauffassung, müssen Gesetze novelliert (überarbeitet) und neu verabschiedet werden und gelten dann nur für die Zukunft. Gesetze müssen hinreichend klar und so bestimmt sein, dass die Konsequenzen eingeschätzt werden können, die aus Verstößen erwachsen.

G Ein Rechtsstaat muss gewährleisten, dass Recht und Gesetz für alle Bürgerinnen und Bürger gelten, auch wenn diese sich anders definieren als die gesellschaftliche Mehrheit. Dazu zählen z. B. Gruppen von Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen, religiösen, sprachlichen oder kulturellen Identität in der Gesellschaft in der Minderheit sind. Es ist die Aufgabe des Staates die Interessen dieser Gruppen durch politische Maßnahmen zu schützen, um etwa Diskriminierung und Ausgrenzung zu verhindern.

Bearbeiter

INFO

Gesetz und Recht – nicht zwingend dasselbe

Als Folge der Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat entschieden sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes für eine wertgebundene Ordnung unseres Gemeinwesens. Sie grenzten sich damit deutlich ab von der Schule des „Rechtspositivismus" (von lat. Positum, ‚gesetzt'), die davon ausgeht, dass ein Gesetz schon dadurch rechtens ist, indem es auf formal korrektem Weg zustande kam. Selbst der systematische Genozid an sechs Millionen Juden beruhte auf formal korrekt zustande gekommenen Erlassen der NS-Führung und wäre aus rechtspositivistischer Sicht nicht zu beanstanden gewesen.

In Anlehnung an die „Radbruch'sche Formel" geht die Wertordnung des Grundgesetzes stattdessen von höherrangigen Quellen des Rechts aus, die von keiner gesetzgebenden Instanz infrage gestellt werden dürfen. Dazu zählt vorrangig die naturrechtlich begründete Idee unveräußerlicher Menschenrechte.

Die Radbruch'sche Formel bildete die Grundlage der „wehrhaften Demokratie" und war ein wichtiges Rechtsinstrument zur Aufarbeitung der Naziverbrechen: Erst dadurch konnten die Untaten des NS-Regimes und seiner Helfershelferinnen und -helfer als „legales Unrecht" gebrandmarkt werden.

Formales Rechtsstaatsprinzip: Recht ist nur, was formal korrekt zustande gekommen ist (positives Recht). **IUSTITIA**	„Das ist nur recht und billig."*	**Materielles Rechtsstaatsprinzip:** Ein Gesetz ist nur legitim, wenn es vor einer höherrangigen Idee von Gerechtigkeit Bestand hat. **AEQUITAS**

** Die Redewendung kennzeichnet eine Meinung oder ein Verhalten, das sowohl dem Buchstaben des Gesetzes als auch dem natürlichen Rechtsempfinden entspricht.*

Bearbeiter

Gustav Radbruch (1878-1949), bedeutender deutscher Rechtsgelehrter der Weimarer Republik; „[W]o Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Setzung positiven Rechts bewußt verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur ‚unrichtiges' Recht, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur. Denn man kann Recht, auch positives Recht, gar nicht anders definieren als eine Ordnung und Satzung, die ihrem Sinne nach bestimmt ist, der Gerechtigkeit zu dienen."

Radbruch, Gustav: Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht. In: Süddeutsche Juristenzeitung 1 (1946) Nr. 5, S. 105-108; nachgedruckt in: Gesamtausgabe Radbruch, hrsg. von Kaufmann, Arthur, Heidelberg 1990, Band 3, S. 83-93.

M4 Das Bundesverfassungsgericht – Hüter der Verfassung oder Schöpfer des Rechts?

Anna Katharina Mangold (*1977) ist eine deutsche Rechtswissenschaftlerin und Hochschullehrerin. Sie war unter anderem an der Humboldt-Universität in Berlin tätig. Sie ist Expertin für Öffentliches Recht (d. h. die Beziehung von Bürgerinnen und Bürger zum Staat).

SZ: Frau Mangold, welches Urteil aus der Geschichte des Gerichts würden Sie als kompletten Missgriff bezeichnen?

Anna Katharina Mangold: Als Erstes fällt mir die Entscheidung zur Strafbarkeit von Homosexualität aus dem Jahr 1957 ein. Und zwar deshalb, weil das Gericht damals etwas tat, was es danach nie wieder getan hat: Es erklärte eine Strafrechtsnorm für zulässig, indem es sich auf das „allgemeine Sittengesetz" berief. Also auf das Gefühl der Mehrheit, das in diesem Fall ein Ressentiment war. Das reicht in einer Demokratie nicht aus, um Handlungen einzuschränken, bei denen niemand zu Schaden kommt. [...]

Welche Urteile des Gerichts fanden Sie denn besonders gelungen?

Da gibt es sehr viele. Aus der Frühzeit ist das vor allem die Entscheidung, in der das Gericht sagt: Der Satz im Grundgesetz, wonach Männer und Frauen gleichberechtigt sind, ist wirklich ernst gemeint. Das war in den konservativen 50er-Jahren nicht so selbstverständlich, wie es aus heutiger Sicht klingen mag. Da wollte der Gesetzgeber das patriarchal geprägte Familienrecht gern fortgelten lassen, Grundgesetz hin oder her. Da hat das Gericht sehr früh eine klare und progressive Position bezogen und den Ton geprägt.

Auffallend ist, dass das Gericht das Grundgesetz gerade beim Thema Familie stetig erneuert hat. Es überrascht, wie unterschiedlich sich der gleiche Text im Wandel der Jahrzehnte liest.

Um einmal mit Napoleon Bonaparte zu sprechen: Eine Verfassung muss kurz und dunkel sein. Das gilt auch für das Grundgesetz. Man kann nicht alles daraus ableiten, und das ist auch gut so. Die Verfassung ist eine Rahmenordnung. Sie gibt äußerste Grenzen vor, lässt aber einen großen Spielraum. Das Grundgesetz gewährleistet den Schutz von Ehe und Familie, beantwortet aber nicht im Detail, was unter Ehe und Familie zu verstehen ist. Wenn also beispielsweise lesbischen Paaren das gemeinsame Elternrecht vorenthalten wird, das Heteropaaren automatisch zugestanden wird, dann kann das heute ein Eingriff in den Schutz von Ehe und Familie sein – auch wenn man das früher anders gesehen hat. [...]

Mitunter schafft das Verfassungsgericht auch echte Innovationen. Zuletzt beim Klimaschutz, wo es mit einem furiosen Beschluss die Generationengerechtigkeit einklagbar gemacht hat.

Manchmal werden wirklich gänzlich neue Grundrechte erfunden. So war es etwa beim Computergrundrecht, das die Privat- und Intimsphäre auch auf der Festplatte schützt. Das Verfassungsgericht hat das aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht abgeleitet. Aber im Wortlaut der Verfassung findet sich das nicht. Und jüngst hat das Gericht die intergenerationelle Gerechtigkeit beim Klimaschutz entdeckt: Das ist eine Vorwirkung der Grundrechte von jetzt schon lebenden Menschen, ein Schutz für die Zukunft.

Besteht da nicht die Gefahr, dass politische Fragen tendenziell ins Verfassungsrecht verlagert werden?

Beim Klimaschutzbeschluss sehe ich die Gefahr nicht. Da geht es vielmehr um eine wichtige demokratische Funktion des Grundrechtsschutzes: Wie stellt man sicher, dass die Mehrheit nicht über die Rechte und Interessen der Minderheit hinweggehen kann? Nehmen Sie die „Fridays for Future"-Bewegung: Die Demonstrierenden sind oft jünger als 18 Jahre und damit noch nicht wahlberechtigt. Sie haben also keinen Einfluss auf politische Entscheidungen, die maßgeblich dafür sein werden, wie viel Freiheit für ihr Leben übrig bleibt. Soll das Verfassungsgericht sagen: Wartet ab? Vertraut auf eure Eltern? Wenn man alle Lasten auf künftige Generationen verschiebt, ist das ein evidentes Gerechtigkeitsproblem. [...]

In zehn Jahren wird das Bundesverfas-

sungsgericht 80 Jahre alt. Welche Probleme sollten bis dahin gelöst sein?
Ich würde sehr gern ein Urteil lesen, das sich um Rassismus dreht, etwa zum Thema Racial Profiling. Schon deshalb, um einmal deutlich zu machen, dass dies tatsächlich ein verfassungsrechtliches Thema ist. Und schließlich: Der Umgang mit der AfD wird ein Riesenproblem werden. Eine offen rechtsradikale, verfassungsfeindliche Partei im Deutschen Bundestag. Das ist eine epochale Aufgabe für die wehrhafte Demokratie.

Interview von Janisch, Wolfgang: Manchmal werden wirklich gänzlich neue Grundrechte erfunden. In: Süddeutsche Zeitung, 07.09.2021

Racial Profiling
Diskriminierende Praxis, bei der Menschen aufgrund ihrer (oft sichtbaren) Zugehörigkeit zu einer Minderheit von Strafverfolgungsbehörden häufig kontrolliert, durchsucht oder anders behandelt werden.

M5 Eine Demokratie „mit Zähnen" …

1 Wie schützt sich das Grundgesetz vor seinen Feinden?

Art. 5 Abs. 3 bindet die Freiheit der Lehre an die Treue zur Verfassung. Extremisten sollen daran gehindert werden, ihre Ideologie im Hörsaal zu verbreiten, ein Missbrauch der Lehrfreiheit soll auf diese Weise unterbunden werden.

Art. 9 Abs. 2 erklärt Vereinigungen für verboten, „deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten". Das urdemokratische Recht zur Bildung freier Assoziationen darf nicht dazu benutzt werden, extremistische Politik gegen die Verfassung zu betreiben.

Art. 18 ermöglicht die Verwirkung von Grundrechten, wenn einzelne Grundfreiheiten „zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht" werden.

Art. 21 Abs. 2 erklärt Parteien für verfassungswidrig, „die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden".

Art. 21 Abs. 3 schließt Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung aus, „die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden."

Nach: Jaschke, Hans-Gerd: Streitbare Demokratie, In: www.bpb.de, 19.09.2006

Lehre
die Vermittlung von Wissen an Universitäten und Hochschulen

Ziviler Ungehorsam
Aktiver Widerstand gegen bestimmte politische Entscheidungen mit ungesetzlichen Mitteln. Wer zivilen Ungehorsam leistet, nimmt Gesetzesverstöße im (vermeintlichen) Kampf für höherrangige politische oder ethische Ziele bewusst in Kauf und übernimmt häufig auch die juristische Verantwortung für das eigene Handeln.

2 Das Recht zum Widerstand

Das Grundgesetz ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern in letzter Instanz auch das Recht zum Widerstand. Wann und unter welchen Umständen das Widerstandsrecht greifen würde, ist umstritten, sicher ist jedoch, dass es das letzte Mittel der Wahl sein muss, nach Ausschöpfung aller möglichen Rechtswege. Außerdem muss es verhältnismäßig, legitim, erforderlich und angemessen sein. Artikel 20 Abs. 4 GG rechtfertigt keinen zivilen Ungehorsam außerhalb dieser Extremsituation.

Auf Basis von: Deutscher Bundestag: Das Recht auf Widerstand zum Schutz der Deutschen Verfassung. In: www.bundestag.de, Abruf am 21.07.2021

M6 … oder ein „zahnloser Tiger“?

Karikatur: Jan Tomaschoff

Aufgaben

71911-311

1. a) Analysieren Sie – evtl. auch arbeitsteilig –, inwieweit die Fallbeispiele in Einklang mit rechtsstaatlichen Prinzipien stehen (**M2**, **M3**).
   b) Diskutieren Sie mögliche Konfliktpunkte.
2. a) Begründen Sie, weshalb nicht jedes parlamentarisch korrekt zustande gekommene Gesetz automatisch Recht begründet. (**INFO**)
   b) Zeigen Sie, welche Rolle in diesem Zusammenhang dem Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ zukommt (**M4**).
3. Erläutern Sie, warum Verfassungstexte hinreichend offen formuliert sein (d. h. Verzicht auf Detailfestlegung) sollten. (**M4**).
4. a) Begründen Sie – auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte – die Notwendigkeit einer wehrhaften bzw. streitbaren Demokratie (**M5**, **M6**).
   b) Erörtern Sie, inwieweit die Maßnahmen der wehrhaften Demokratie angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen geeignet sind, unsere Werteordnung zu schützen.

F zu Aufgabe 2
„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde)
Interpretieren Sie die Aussage und diskutieren Sie mögliche Folgen.

Rechtsstaatlichkeit und Grundsätze des Rechtstaates → M2, M3, INFO

Rechtsstaatlichkeit bedeutet zuerst die Verpflichtung des Staates, sein Handeln an gültigen Gesetzen auszurichten. Außerdem muss jedes Gesetz formal korrekt zustande gekommen sein, um rechtlich Bestand zu haben (formales Rechtsstaatsprinzip).

Um dieser Gefahr „legalen Unrechts" zu begegnen, ist in der wertgebundenen Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland neben dem formalen auch ein materiales (auch: materielles) Rechtsstaatsprinzip verankert, demzufolge nur Recht sein darf, was vor höherrangigen Grundsätzen der Gerechtigkeit Bestand hat. Hierzu zählen zuallererst die Einhaltung der Grundrechte und Grundfreiheiten, aber auch die Garantie von Rechtssicherheit sowie das Recht auf faire Gerichtsverfahren. Über die Einhaltung dieser Grundsätze wacht eine von Legislative und Exekutive unabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit.

Das Rechtsstaatsprinzip verpflichtet die gesamte Staatsgewalt auf Recht und Gesetz. Es wird u. a. durch folgende Grundsätze konkretisiert:

- Rechtsbindung: Bindung der Verfassungsorgane an die Grundsätze der Verfassung, Vorrang des Gesetzes gegenüber jeder anderen staatlichen Handlung
- Gesetzesvorbehalt: Handeln der Verwaltung nur auf Grundlage eines Gesetzes
- Rechtssicherheit: Rechtswegegarantie, rechtliches Gehör für jede und jeden
- Rechtsgleichheit: Gleichbehandlung gleich liegender Sachverhalte
- Verhältnismäßigkeit: Schutz des Einzelnen vor unnötigen oder übertriebenen staatlichen Eingriffen
- Unabhängigkeit der Gerichte: Freiheit der Rechtsprechung, Unabhängigkeit von Weisungen der Regierung; Ausrichtung juristischer Entscheidungen an Recht und Gesetz

82000-826

Ewigkeitsklausel → M5

Nach Art. 79 Abs. 3 des Grundgesetzes dürfen der Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) sowie die sogenannten Staatsstrukturprinzipien (Art. 20 GG) in ihrem Wesensgehalt nicht angetastet werden. Ihre vermeintlich „ewige" Geltung hat dem Artikel die umgangssprachliche Bezeichnung „Ewigkeitsklausel" eingebracht. Die besondere Stellung von Art. 1 und 20 lässt sich damit erklären, dass Art. 1 die Basis für alle danach konkretisierten Grundrechte bildet, während Art. 20 die Strukturprinzipien der Bundesrepublik Deutschland festlegt. Unter Juristinnen und Juristen ist es gängige Meinung, dass sich Art. 79 Abs. 3 GG auch selbst schützt, obwohl dies dem Wortlaut nicht zu entnehmen ist.

82000-827

WISSEN IM KONTEXT

Auf welchem Konsens beruht der demokratische Rechtsstaat?
M3-M5

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann." Diese These des Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde benennt ein grundsätzliches Dilemma des demokratischen Rechtstaats. Geht er aktiv gegen seine Feinde vor, greift er in demokratische Freiheitsrechte ein, z. B. das Recht auf freie Meinungsäußerung und verstößt damit gegen seine eigenen Prinzipien. Unternimmt er dagegen nichts, bleibt er zwar seinen Prinzipien treu, setzt sich aber der Gefahr aus, durch seine Passivität an der eigenen Zerstörung mitzuwirken.
Lösen lässt sich das „Böckenförde-Dilemma" nicht; es kann nur gebändigt werden durch das Eintreten für eine politische Kultur, in der die Bürgerinnen und Bürger aktiv für rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien eintreten und so den Feinden der Demokratie die Handlungsgrundlage entziehen. Gesellschaftliche Individualisierung und Wertewandel führen allerdings auch dazu, das allgemeinverbindliche Werte und Normen von wachsenden Anteilen der Gesellschaft in Frage gestellt werden und dadurch an Bedeutung verlieren.

Wie widerstandsfähig ist die wehrhafte Demokratie?
M5

Wie weit darf ein demokratischer Staat gehen und welche Mittel darf er wählen, sich vor seinen Feinden zu schützen? In diesem Zusammenhang wurde und wird immer wieder die Möglichkeit des Verbots extremistischer Parteien diskutiert.
Allerdings gab es in der Geschichte der Bundesrepublik bislang nur zwei erfolgreiche Verbotsverfahren, 1952 gegen die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei (SRP) und 1956 gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).
Eine vom Bundesrat angestoßene Initiative, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) verbieten zu lassen, scheiterte dagegen 2017 vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Richterinnen und Richter argumentierten pragmatisch: Der Nutzen des Verbots einer Kleinpartei mit gerade einmal rund drei Prozent Stimmanteil auf Bundesebene stehe in keinem Verhältnis zu ihrem politischen Einfluss bzw. ihrem Gefährdungspotenzial.
Kritikerinnen und Kritiker des Urteils argumentierten allerdings – auch mit Blick auf die deutsche Geschichte –, das Verbot einer rechtsextremen Partei wäre zum Schutz der freiheitlichen Grundordnung notwendig gewesen. Der demokratische Staat müsse seinen Gegnerinnen und Gegnern gegenüber ein deutliches Zeichen setzen und seine Abwehrbereitschaft diesen gegenüber aktiv unter Beweis stellen.

Was ist die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts?
M4

Rechtsstaatlichkeit steht und fällt mit einer starken Verfassungsgerichtsbarkeit, die über die Einhaltung fundamentaler Normen wacht. Den Bürgerinnen und Bürgern steht hierfür das Mittel der Verfassungsbeschwerde zur Verfügung. Auch den Verfassungsorganen der Legislative und Exekutive steht die Möglichkeit offen, einzelne Normen auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassungsordnung hin überprüfen zu lassen (abstrakte Normenkontrolle). Hält ein Fachgericht (z. B. ein Verwaltungsgericht) ein Gesetz für Verfassungswidrig, dann überprüft das Bundesverfassungsgericht das entsprechende Gesetz (konkrete Normenkontrolle).
Wieweit der Einfluss des Bundesverfassungsgerichts reicht bzw. reichen sollte, ist allerdings umstritten. Wegweisend war u. a. das Urteil zum sogenannten Klimaschutzpaket der Bundesregierung aus dem Jahr 2021. Zum ersten Mal erklärten die Verfassungsrichterinnen und -richter ein Gesetz im Namen und zum Schutz künftiger Generationen in Teilen für verfassungswidrig und betraten damit juristisches Neuland.

3.2 Gleichberechtigung und Teilhabe als Ziele des demokratischen Rechtsstaates

Zum Thema: Soziale Ausgrenzung von Minderheiten ist ein alltägliches Merkmal vieler, auch demokratisch verfasster Gesellschaften. Die Gründe dafür sind vielfältig. Häufig sind tief verankerte kulturelle Vorstellungen dafür verantwortlich, dass Menschen z. B. anderer Herkunft, Religionszugehörigkeit oder sexueller Orientierung abgelehnt werden. Aber auch Abstiegsängste und Sozialneid können Ausgrenzung und Diskriminierung fördern, vor allem dann, wenn sie von politischer Seite instrumentalisiert werden. Mit rechtsstaatlichen Grundsätzen (persönlicher Freiheit, Chancengleichheit und gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben) ist Ausgrenzung unvereinbar. Sie zu bekämpfen ist daher sowohl das Ziel allen staatlichen Handelns als auch ein Auftrag an uns alle.

M7 „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

„Schule ohne Rassimus – Schule mit Courage“-Schild am Eingang eines Gymnasiums in Oberfranken.

Einstiegsaufgaben

71911-320

1. Beschreiben Sie Ihre Erwartungen an eine Schule, deren Eingangsportal Sie dieses Schild vorfinden. Vielleicht nimmt Ihre eigene Schule bereits an der Initiative teil. Recherchieren Sie dann nach aktuellen Projekten und Aktionen.
2. Tauschen Sie sich über Ihr Verständnis von „Rassismus“ und „Courage“ aus. In welchem Zusammenhang stehen sie?

M8 Ist Ausgrenzung ein alltägliches Phänomen? Beispiele aus der Praxis der Antidiskriminierungsstelle

Weitere Informationen zu den Fällen

71911-323

INFO

Antidiskriminierungsstelle

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurde 2006 in Zusammenhang mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) geschaffen. Ihre Aufgabe besteht u. a. darin, Betroffene von Ausgrenzung und Diskriminierung zu beraten und zu unterstützen.

1 Alexander S. soll wegen Elternzeit gekündigt werden

Alexander S. ist seit 2016 in einer leitenden Position angestellt.

Als er in seinem Unternehmen ankündigt, in naher Zukunft Elternzeit nehmen zu wollen, drohen seine Vorgesetzten mit Kündigung. Im September 2022 nimmt er dennoch einen Monat Elternzeit. Nach seiner Rückkehr erhält er nur noch wenig anspruchsvolle Aufgaben, die nicht mehr zu seinem Jobprofil passen und ihn unterfordern. Begleitet wird dies von einer Streichung außertariflicher Zulagen, wodurch sein monatliches Gehalt geringer ausfällt. Alexander S. wendet sich an die Beratung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, da er sich wegen seiner Fürsorgetätigkeit diskriminiert sieht.

2 Christian A.s Arbeitsvertrag wird nicht entfristet

Christian A. ist schwerbehindert. Sein Arbeitgeber hat sein Arbeitsverhältnis bisher nicht entfristet, obwohl Christian A. durchweg tadellose Beurteilungen erhalten hat. Kolleg*innen in vergleichbaren Positionen haben mittlerweile alle ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Nun nähert sich wieder einmal das Ende seines Vertrags. Obwohl die Schwerbehindertenvertretung Herrn A.s Interessen bereits vor der Dienststelle vertreten haben, konnte wieder keine Entfristung erreicht werden.

3 E. wird von Ihrem Chef plötzlich anders behandelt

Sie ist eine wichtige Stütze des im Ort gut bekannten Steuerberatungsunternehmens – und sie arbeitet gerne in ihrem Job: Die 62-Jährige E. erledigt gerne auch Zuarbeiten für Ihren Chef und andere Kolleginnen und Kollegen. Über die Zeit hat sie eigenständig auch weitere Aufgaben übernommen. Dann änderte sich die Situation. Nachdem mehrere jüngere Kolleginnen und Kollegen neu eingestellt werden, bekommt sie nur noch unterqualifizierte Aufgaben wie Post sortieren und Kaffeekochen zugeteilt. Den Großteil ihrer Arbeitszeit hat sie nun gar nichts zu tun. Auf mehrmalige Angebote ihrerseits, Aufgaben zu übernehmen, wird ihr sowohl von ihrem Chef als auch von den Kolleginnen und Kollegen immer wieder mitgeteilt, sie hätten keine Aufgaben abzugeben.

4 Herr P. wird des Ladendiebstahls verdächtigt

Herr P. will kurz einen Einkauf vor dem Urlaub erledigen. In einer großen Kaufhauskette kauft er Flipflops. Auf eine Quittung verzichtet er wegen des geringen Kaufbetrags und geht mit den Flipflops in der Hand zum Ausgang.

Vor dem Ausgang wird er vom Ladendetektiv aufgehalten, der die Quittung sehen möchte. Zurück an der Kasse bestätigt der Kassierer dem Ladendetektiv, dass Herr P. seinen Einkauf bezahlt hat, das Missverständnis ist aufgeklärt. Dennoch will der Detektiv nun auch noch den Rucksack von Herrn P. kontrollieren. Herr P. lässt das über sich ergehen, um die unangenehme Situation schnell zu beenden. Obwohl zahlreiche weitere Kund*innen im Geschäft mit Rucksack einkaufen gehen, wird nur Herr P. gefragt, die einzige schwarze Person im Geschäft. Zahlreiche weitere Personen können das Geschehen beobachten, was von ihm als sehr erniedrigend wahrgenommen wird.

5 Dem Partner von Andreas B. wird „Hausverbot" erteilt

Andreas B. wohnt seit fünf Jahren in einer Altbauwohnung in einem größeren Mietshaus. Seine Vermieterin, Eigentümerin von zwei Mietshäusern mit mehr als 50 Wohneinheiten, agierte bisher sehr professionell und zuverlässig.

Dann lernt Andreas Manuel K. kennen und die beiden werden ein Paar. Kurze Zeit später erteilt der Hausverwalter Manuel K. plötzlich Hausverbot. Die Begründung: Gleichgeschlechtliche Beziehungen entsprächen „nicht dem Vermietungskonzept" und würden „die häusliche Atmosphäre und den Hausfrieden stören". Als wäre das nicht schon genug, erleben Andreas B. und Manuel K. regelmäßig homophobe Anfeindungen durch ein heterosexuelles Ehepaar, das in der Wohnung unter Andreas B. lebt. Diese beschimpfen die beiden Männer als „Schwuchteln". Andreas B. und sein Lebensgefährte sind extrem verunsichert und treffen sich inzwischen nur noch bei Manuel K. in der Wohnung.

6 Frau P. darf bei der Arbeit kein Kopftuch tragen

Frau P. arbeitet als Notfallsanitäterin bei einem privat geführten Rettungsdienstunternehmen.

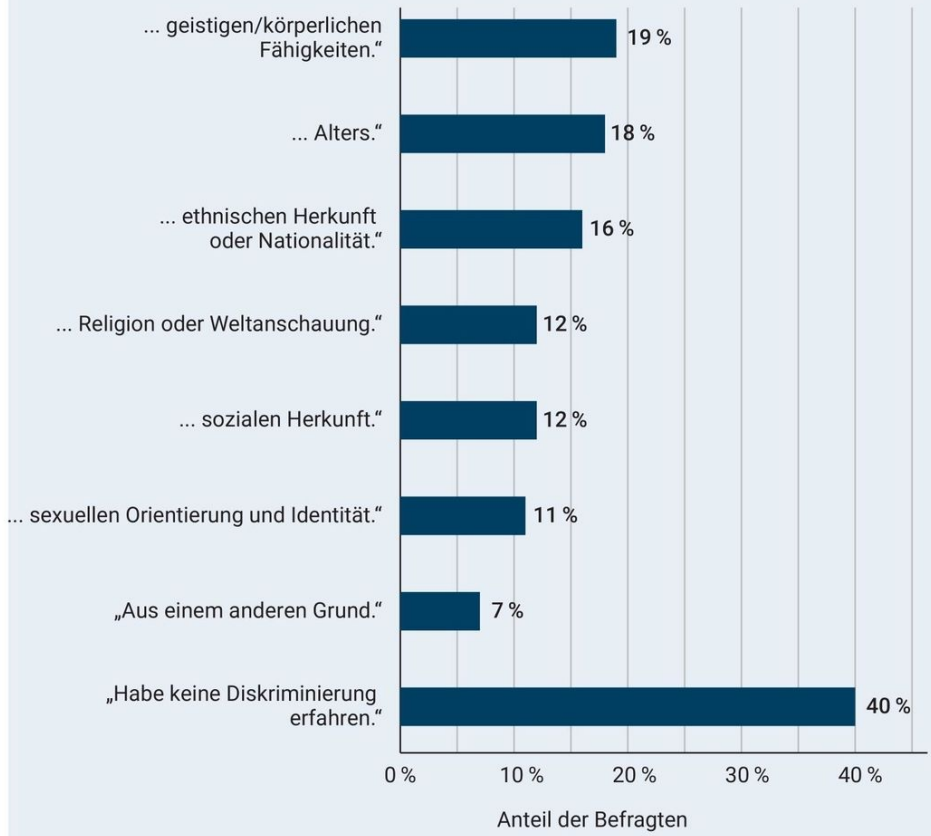
Nach der Geburt ihres zweiten Kindes entscheidet sie sich aus religiösen Gründen dazu, ein Kopftuch zu tragen. Ihr Arbeitgeber teilt ihr mit, dass der Einsatz im Rettungswagen nur ohne Kopftuch möglich sei. Hierzu wird sie auf eine interne Regelung verwiesen, wonach Beschäftigte verpflichtet seien, sich neutral zu verhalten und auf alle Äußerungen zu ihrer Weltanschauung, Religion oder politischen Einstellung zu verzichten. Außerdem werden Gründe der Hygiene und der Sicherheit genannt, da sie beispielsweise an Gegenständen hängenbleiben könne. Sollte Frau P. an ihrem Wunsch festhalten, ein Kopftuch zu tragen, müsse man über eine Kündigung nachdenken.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Aktueller Fall – Fälle aus unserer Beratung, Abruf am 01.06.2023

M9 Wegen welcher Faktoren fühlen sich Jugendliche diskriminiert?

Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen in Deutschland
Stand: 2022

Zustimmung zu der Aussage: „In meinem Alltag habe ich einmal oder mehrfach Diskriminierung erfahren, aufgrund meiner/meines …“



Nach: Statista; Juni 2022; 1.002 Befragte, 16-19 Jahre, maximal drei Nennungen

Aufgaben

71911-322

1. a) Erschließen Sie, z. B. arbeitsteilig in Form eines Gruppenpuzzles, die in den Fallbeispielen dargestellten Ausprägungen alltäglicher Ausgrenzung in unserer Gesellschaft (**M8** 1 - 6).

b) Beurteilen Sie die genannten Fälle aus verschiedenen Perspektiven. Wie würden Sie sich als Betroffene oder Betroffener, als unbeteiligte Dritte oder Dritter bzw. als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter der Antidiskriminierungsstelle verhalten?

2. a) Analysieren Sie das statistische Schaubild (**M9**).

b) Berichten Sie über eigene Alltagserfahrungen, welche Sie selbst erlebt oder miterlebt haben. Sie müssen selbstverständlich nichts teilen, was Sie nicht teilen möchten.

F **zu Aufgabe 1**
Recherchieren Sie mithilfe des QR-Codes neben dem Material zum Ausgang der Fälle.

M10 Was kann der Staat gegen Ausgrenzung und Diskriminierung unternehmen?

1 Wie lautet Art. 3 GG?

Art. 3 GG

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

2 Wozu dient das Allgemeine Gleichhandlungsgesetz (AGG) und wer ist davon betroffen?

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Nach mehreren Vertragsverletzungsverfahren [der Europäischen Union] gegen die Bundesrepublik Deutschland trat das AGG am 18. August 2006 [...] in Kraft. Erstmals wurde in Deutschland ein Gesetz geschaffen, das den Schutz vor Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität durch private Akteure (z. B. Arbeitgeber, Vermieter, Anbieter von Waren und Dienstleistungen) umfassend regelt.

Das Gesetz enthält Rechte und Pflichten für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gleichermaßen wie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der gesamte Bewerbungsprozess, beginnend mit der Stellenausschreibung, muss diskriminierungsfrei gestaltet sein. Bei bestehenden Arbeitsverhältnissen haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf Schutz vor Benachteiligungen. Sie können Schadensersatz oder Entschädigung verlangen und sich bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern über Benachteiligungen beschweren. Dafür muss in allen Betrieben eine entsprechende Beschwerdestelle eingerichtet werden, über deren Existenz alle Beschäftigten informiert sein müssen. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen dafür sorgen, dass Diskriminierungen unterbleiben. Darüber hinaus sind sie verpflichtet, gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzugehen, die andere Kolleginnen und Kollegen diskriminieren. Die möglichen Maßnahmen reichen dabei von einer Versetzung über eine Abmahnung bis hin zur Kündigung.

Auch bei Geschäften des täglichen Lebens wie dem Einkaufen, bei Versicherungs- und Bankgeschäften und bei Restaurant- oder Clubbesuchen gilt der Diskriminierungsschutz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

Nach: Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. In: www.antidiskriminierungsstelle.de, Abruf am 19.05.2023

3 Muss das AGG reformiert werden?

Das Bündnis „AGG Reform – Jetzt!" fordert eine umfassende Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), das Menschen vor Diskriminierung schützen soll. „Es darf hier nicht um kosmetische Änderungen gehen, es muss eine tiefgreifende Reform geben", sagte die Geschäftsführerin des Antidiskriminierungsverbandes, Eva Andrades, auf einer Pressekonferenz [im Januar 2023]. Der Antidiskriminierungsverband ist eine von über 100 Organisationen, die sich hinter der Forderung versammeln. Dazu gehören unter anderem auch der Deutsche Behindertenrat und der Bundesverband Trans*. „Das zeigt sehr eindrucksvoll, dass eine große Einigkeit besteht bezüglich des Reformbedarfs", sagte Andrades.

Das AGG soll Benachteiligungen etwa wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts oder einer Behinderung verhindern oder beseitigen – so steht es im Gesetz. Seit 2006 ist es in Kraft, die Ampelregierung will es laut Koalitionsvertrag „evaluieren" und „Schutzlücken schließen". Passiert ist bis heute wenig.

Deshalb habe man im vergangenen Jahr begonnen, Forderungen einzusammeln, erzählt Andrades. […] Zusätzlich dazu wurden elf Forderungen formuliert, die am Mittwoch von Vertreter*innen des Bündnisses vorgestellt wurden.

So fordern sie etwa eine Ausweitung des AGG auch auf staatliches Handeln. Bisher greift es nur in den Bereichen Beschäftigung, Güter und Dienstleistungen, erklärt Susanna Steinbach von der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen. Also beispielsweise, wenn Menschen auf der Arbeit diskriminiert werden.

Wer aber von staatlicher Seite diskriminiert wird, kann sich nicht auf das AGG berufen. „Zehn Prozent aller Diskriminierungsfälle, die bei der Antidiskriminierungsstelle eingehen, passieren in Ämtern und Behörden", sagt Steinbach. „Das ist eine riesige Lücke."

Auch an anderen Stellen setzt das AGG enge Grenzen. Burcu Akdoğan-Werner vom Antidiskriminierungsbüro Sachsen erzählt von einer Frau, die Kopftuch trägt und deshalb in einem Bewerbungsgespräch abgelehnt wurde. Mit Hilfe des AGG hätte sie die Chance gehabt, eine Entschädigung zu verlangen. Aber Betroffene haben nur zwei Monate Zeit, solche Ansprüche geltend zu machen, sonst erlöschen sie. So auch im Fall der Bewerberin.

Eine Diskriminierungserfahrung müsse erstmal als Unrecht erkannt und verarbeitet werden, sagt Akdoğan-Werner. „So sind zwei Monate oft schnell um." Das Bündnis will die Frist deshalb auf zwölf Monate ausweiten.

Zu den weiteren Forderungen gehören eine Prozessstandschaft, damit Verbände für Betroffene klagen können, und eine Erweiterung der Diskriminierungskategorien. Bisher deckt das AGG sechs Kategorien ab: Ethnie, Geschlecht, Religion, Behinderung, Alter und sexuelle Identität. Das Bündnis sieht hier Lücken. So werden etwa viele Menschen wegen ihres Körpergewichts diskriminiert, was vom Gesetz aber ausgeblendet wird.

Die Forderungen des Bündnisses wurden am Mittwochnachmittag der Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung, Ferda Ataman, übergeben. Für sie sei die Stellungnahme „ganz wichtig", weil diese aus der Zivilgesellschaft komme, sagte Ataman. „Das kann nicht unerhört bleiben".

Paul, Oskar: Appel an Ataman. In: www.taz.de, 25.01.2023

M11 Fallbeispiele: Ausgrenzungen in der Pop- und Protestkultur

1 Braucht es mehr Gleichberechtigung in der Musik?

Dass in Raptexten mit Frauen oft respektlos umgegangen wird, ist bekannt. […] Stellt sich die bekannte Frage: Inwieweit lassen sich Kunst und Künstler trennen – vor allem dann, wenn die Kunst bei einigen Künstlern mutmaßlich keine Kunst, sondern Realität ist?

Genau darüber rätselt Hip-Hop-Fan John […] schon lange. Eine Antwort hat er nicht. Fast etwas ratlos schaut er an die Decke der Küche einer Zwei-Zimmer-Wohnung in Hamburg-Eimsbüttel, in der er steht, als würde irgendwo dort die Antwort stehen. Aber sie steht da nicht. Vermutlich steht sie nirgendwo, weil es dafür keinen logischen Zusammenhang geben kann. Allein, wie es sich anhört: John, 35, Feminist und Deutschrap-Fan. Eine Einstellung, die sich für Gleichberechtigung einsetzt, und eine Musikrichtung, die das in ihren meisten Songs mit Füßen tritt. Das kann und darf nicht zusammenpassen.

Und doch tut es das in Johns Fall. Genau das findet auch er komisch. Genau das kann er sich nicht erklären. Warum ist er Fan von etwas, das so konträr zu seiner eigentlichen Einstellung steht? Während er bei Freunden sofort eingreift, wenn sie in altmodischen Rollenbildern sprechen, hört er im Rap dagegen weg. Er ignoriert es größtenteils in Texten von Kollegah, Capital Bra oder Fler. Aber es gebe dabei einen Unterschied, sagt er: „Deutschrap ist Kunst und Kunst ist frei. Für mich steht das auch über meinen Denkweisen, die ich sonst vertrete."

Tatsächlich wird das oft vergessen. Wenn Bushido etwa in „Stress ohne Grund" „Ich schieß' auf Claudia Roth und sie kriegt Löcher wie ein Golfplatz" rappt, darf das nicht wortwörtlich ausgelegt werden. Trotzdem wird es das oft. Dabei muss ein Künstler nicht mit dem Werk gleichgesetzt werden. Lyrisches Ich und so. Ein Rapper ist Künstler und macht Kunst. Kunst ist frei. Sie darf provozieren. Sie darf Grenzen überschreiten.

Weiß, René-Pascal: Ja, Deutschrap ist frauenfeindlich – aber wer hat Schuld daran? In: www.stern.de, 09.03.2020

Claudia Roth
Politikerin der Partei Bündnis 90/Die Grünen

2 Dürfen weiße Menschen Dreadlocks tragen?

Fridays for Future hat die Musikerin Ronja Maltzahn von einer Demo ausgeladen, weil sie als weiße Person Dreadlocks trägt. Doch ob es sich dabei um kulturelle Aneignung handelt, wie die Aktivistinnen und Aktivisten kritisieren, ist gar nicht so klar. Eigentlich sollte die Musikerin Ronja Maltzahn am Freitag beim Klimastreik von Fridays for Future in Hannover auftreten. Doch die Ortsgruppe der Klimaschutzbewegung hat den Auftritt wegen der Frisur der Künstlerin abgesagt.

Es ist für die Aktivistinnen und Aktivisten nicht vertretbar, „eine weiße Person mit Dreadlocks auf der Bühne zu haben", so heißt es in einer Nachricht der Ortsgruppe, die Maltzahn öffentlich machte. Denn Dreadlocks bei weißen Menschen seien „eine Form der kulturellen Aneignung".

Sind verfilzte Haare politisch?

Dreadlocks
Strähnen verfilzter Kopfhaare. Werden in Europa und den USA meist als modische Frisur getragen. In manchen Kulturen, z. B. bei Rastafari, haben diese auch eine spirituelle oder religiöse Bedeutung.

Die Absage war verbunden mit dem Angebot, dass Maltzahn auf der Demonstration auftreten könne, sollte sie sich bis Freitag dazu entscheiden, die Dreadlocks abzuschneiden.

Für diesen Teil der Nachricht entschuldigten sich die Klimaschützer anschließend in einem Statement: Da Frauen häufig aufgrund ihres Aussehens zurechtgewiesen würden, sei dies unsensibel und grenzüberschreitend formuliert gewesen.

Die Argumentation von Fridays for Future in dem Statement sei teilweise falsch, erklärt Maimouna Jah. Dreadlocks hätten nichts mit aus Indien verschleppten Menschen zu tun, sagt die Journalistin, Afrikanistin und Ethnologin, die selbst anderen Menschen Dreadlocks macht. [...]

Auch weiße Menschen dürfen sich die Haare verfilzen lassen, findet Jah. „Aber wenn sie die Frisur Dreadlocks nennen, dann müssen sie sich auch auf den Kampf, den diese Bewegung getragen hat, beziehen – oder zumindest Stellung dazu beziehen." [...]

Dass nun die mediale Debatte über die Ausladung der Musikerin durch Fridays for Future explodiert, erklärt sich [der Sozialwissenschaftler Lars Distelhorst] damit, dass viele Menschen Angst davor hätten, dass sich derzeit gesellschaftliche Machtverhältnisse ändern: Eine junge Generation gehe massenhaft auf die Straße, um gegen die ökologische Krise zu demonstrieren. Es werde daher versucht, Fridays for Future [lächerlich zu machen], die Bewegung werde als etwas „völlig Unmögliches" dargestellt. Dass angesichts des Kriegs in der Ukraine nun so stark ausgerechnet über dieses Thema diskutiert wird, sagt für [ihn] also etwas über gesellschaftliche Ängste aus: „Die Angst davor, dass sich diese Machtverhältnisse ändern könnten, die wir in der Gesellschaft haben, ist in etwa genauso groß wie die Angst, die die Leute vor Krieg haben."

Grampes, Timo: Dürfen Weiße Dreadlocks tragen? In: www.deutschlandfunkkultur.de, 24.03.2022

Kulturelle Aneignung
Es gibt keine einheitliche Definition des Begriffs „kulturelle Aneignung". Die akademische Mehrheitsmeinung versteht darunter jedoch kein Verbot eines kulturellen Austauschs, sondern die Übernahme von Kulturelementen einer sozial, politisch oder wirtschaftlich benachteiligten „Minderheitskultur" durch eine „dominante Kultur". Die kulturelle Identität wird dabei trivialisiert, verzerrt oder falsch reproduziert. Ein Beispiel ist das Tragen von Kriegsbemalung und Federschmuck nordamerikanischer Ureinwohner als simples Kostüm zum Faschingsfest oder die Nutzung solcher Elemente für Sportvereine (die „Washington Redskins" heißen z. B. seit 2020 „Washington Commanders").

Aufgaben

71911-321

3. a) Erschließen Sie den Geltungsbereich des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (**M10** 2).
b) Begründen Sie, weshalb das AGG trotz des im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatzes notwendig ist und deshalb von der Europäischen Union angemahnt wurde (**M10** 1).
c) Diskutieren Sie, in Anlehnung an **M10** 3, die Schutzwirkung des AGG gegen alle Formen alltäglicher Ausgrenzung.

4. a) Erschließen Sie, inwieweit auch aktuelle Erscheinungen der Pop- und Protestkultur dazu beitragen können, Ausgrenzung zu fördern (**M11**).
b) Beziehen Sie Stellung zu den genannten Beispielen – auch in Hinblick auf Ihr eigenes Verhalten.

5. Erwägen Sie ausgehend von **M8** und **M9**, wie im Alltag wahrgenommenen Fällen von Diskriminierung wirkungsvoll entgegengetreten werden könnte.

Vertiefungsaufgabe: Organisieren Sie eine Podiumsdiskussion oder eine simulierte Talkshow zu einem der im Teilkapitel angesprochenen Problemfelder. Werfen Sie hierbei die Frage auf, inwieweit strengere staatliche Richtlinien, z. B. Gesetzesverschärfungen, ausreichen, um Rassismus, Sexismus oder andere Formen der Ausgrenzung oder Diskriminierung zu verhindern.

H zu Aufgabe 3a
Werfen Sie hierzu einen Blick auf die gesellschaftlichen Bereiche, die das Gesetz erfasst.

F zu Aufgabe 4
Recherchieren Sie die Kontroverse um die deutsche Übersetzung des Gedichts „The Hill We Climb" der Lyrikerin Amanda Gorman und stellen Sie Zusammenhänge zum Thema „Identitätspolitik" her.

Soziale Ausgrenzung → M8-M11

Soziale Ausgrenzung bezeichnet gesellschaftliche Handlungsmuster und Prozesse, durch die bestimmte Individuen oder Gruppen von materiellen Gütern oder der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen und gesellschaftlich isoliert werden. Sie bedeutet regelmäßig einen Eingriff in die fundamentalen Freiheits- und Gleichheitsrechte, die das Grundgesetz allen Bürgerinnen und Bürgern zuspricht. Ausgrenzung geht oftmals einher mit Diskriminierung und Stigmatisierung. Damit beeinträchtigt sie den Anspruch der Betroffenen auf Chancengleichheit sowie eine selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens.

82000-828

Diskriminierung → M8-M11

Die ungerechte oder ungleiche Behandlung von Menschen aufgrund bestimmter Merkmale wie Geschlecht, Rasse, ethnischer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Behinderung oder sozialem Status wird als Diskriminierung bezeichnet. Sie geht in der Regel mit offener oder indirekter Ausgrenzung einher, die verschiedene Lebensbereiche betreffen kann, z. B. Bildung, Erwerbsarbeit, Wohnen oder öffentliche Dienstleistungen. Diskriminierung basiert oft auf Vorurteilen oder dem Denken in Stereotypen und verletzt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien wie den Schutz der Menschenwürde oder den Grundsatz der Rechtsgleichheit.

82000-829

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) → M10

Das in Deutschland seit 2006 geltende Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) setzt europäische Richtlinien zur Gleichbehandlung in nationales Recht um und konkretisiert den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Versteht sich Artikel 3 GG als „Abwehrrecht" der Bürgerinnen und Bürger gegen staatliches Handeln, bindet das AGG auch das Handeln auch gesellschaftlicher Akteure (z. B. Arbeitgebende, Vermietende oder private Versicherungsunternehmen) an den Grundsatz der Nichtdiskriminierung. Verstöße können dementsprechend eingeklagt und geahndet werden. Das Ziel des AGG besteht darin, die Chancengleichheit zu fördern, Diskriminierung zu bekämpfen und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, in der alle Menschen unabhängig von ihren persönlichen Merkmalen gleichberechtigt sind.

82000-830

WISSEN IM KONTEXT

Wie entsteht soziale Ausgrenzung?
M8, M9

Die Ausgrenzung von sozialen Gruppen oder Bevölkerungsteilen hat unterschiedliche Ursachen. Während sie in autoritären bzw. diktatorischen Systemen ein Herrschaftsinstrument darstellen kann, das dem Machterhalt der politischen Führung dient, stellt sie als gesellschaftliches Phänomen auch demokratisch verfasste Gemeinwesen u. U. vor große Herausforderungen, auf die der Rechtsstaat angemessen reagieren muss. So können z. B. in von Angst und Unsicherheit geprägten wirtschaftlichen Krisenzeiten Vorurteile und Ressentiments gegen vermeintlich privilegierte Bevölkerungsgruppen entstehen oder von politisch interessierter Seite geschürt werden, die dann schnell in offene Gewalt umschlagen können. Häufig zählen die von Ablehnung und Ausgrenzung Betroffenen zu sozialen Gruppen, die an sich schon mit Benachteiligungen zu kämpfen haben und mit besonderen Lebensrisiken konfrontiert sind.

Welche Formen sozialer Ausgrenzung lassen sich unterscheiden?
M8, M9

Abhängig von den jeweiligen kulturellen, historischen und gesellschaftlichen Verhältnissen können verschiedene Formen der Ausgrenzung unterschieden werden, mit unterschiedlichen Merkmalen und Folgen:

- Rassistische Ausgrenzung basiert auf der ethnischen Zugehörigkeit einer Person und führt zu Diskriminierung, Vorurteilen und Benachteiligung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder kultureller Identität.
- Geschlechtsbezogene Ausgrenzung bezieht sich auf die Diskriminierung von Personen aufgrund ihres Geschlechts. Dies kann sich in Form von geschlechtsspezifischer Gewalt, ungleicher Bezahlung, eingeschränktem Zugang zu Bildung oder beruflichen Möglichkeiten manifestieren.
- Sexuelle Ausgrenzung hat ihren Ursprung in der Abwertung und Stigmatisierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Menschen können mit Vorurteilen, Ausgrenzung am Arbeitsplatz, Verweigerung von Dienstleistungen oder fehlender rechtlicher Anerkennung konfrontiert sein.
- Schichtbezogene Ausgrenzung entsteht aus der Schichtzugehörigkeit einer Person und dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Status. Menschen mit niedrigem Einkommen oder begrenzten Ressourcen können aufgrund ihrer finanziellen Situation z. B. Bildungs- und Beschäftigungschancen verschlossen bleiben.
- Religiöse Ausgrenzung ist die Folge von Diskriminierung aufgrund der religiösen Überzeugungen oder der konfessionellen Zugehörigkeit einer Person. Sie kann sich in Form von Vorurteilen, Einschränkungen der Religionsfreiheit oder religiös motivierter Gewalt äußern.
- Altersbezogene Ausgrenzung bezieht sich auf Diskriminierung aufgrund des Lebensalters der Betroffenen. Ältere Menschen z. B. können mit einem fehlenden Zugang zum Arbeitsmarkt, begrenztem Zugang zur Gesundheitsversorgung oder sozialer Isolation konfrontiert sein.

Bei aller begrifflichen Differenzierung sollte nicht übersehen werden, dass die genannten Arten der Ausgrenzung oft miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken können.

WISSEN IM KONTEXT

Was können der Staat und die Gesellschaft gegen Ausgrenzung unternehmen?
M10

Dem Rechtsstaat stehen verschiedene Maßnahmen offen, um Ausgrenzung zu bekämpfen und die Rechte aller Menschen zu schützen:

- Antidiskriminierungsgesetze stellen sicher, dass Menschen vor ungerechter Behandlung geschützt sind und rechtliche Schritte gegen Diskriminierung in verschiedenen Bereichen wie Beschäftigung, Bildung, Wohnen und öffentlichen Dienstleistungen ergreifen können.
- Eine an Gleichstellung orientierte Politik kann die Integration bzw. Inklusion randständiger oder marginalisierter Gruppen fördern. Hierzu zählt z. B. die Förderung von kultureller Vielfalt, der Zugang zu Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Gewährleistung von Chancengleichheit bildungsbenachteiligter Familien.
- Der Rechtsstaat kann Bildungsprogramme und Sensibilisierungskampagnen initiieren, um Vorurteile, Stereotypen und Diskriminierung in der Gesellschaft abzubauen. Durch die Förderung von interkulturellem Verständnis und Respekt können Vorurteile und soziale Abgrenzungserscheinungen langfristig nachhaltiger bekämpft werden als durch staatliche Sanktionen.
- Der demokratische Staat stellt den rechtlichen Schutz aller Bürgerinnen und Bürger sicher und gewährleistet, dass Opfer von Ausgrenzung und Diskriminierung Zugang zu einem fairen und unabhängigen Rechtssystem haben.
- Der Rechtsstaat kann Programme zur Förderung der sozialen Integration und Teilhabe marginalisierter Gruppen unterstützen. Hierzu zählen u. a. die Unterstützung von Integrationsmaßnahmen, die Förderung des interkulturellen Austauschs und die Schaffung von inklusiven Gemeinschaften (z. B. Mehr-Generationen-Häuser oder behindertengerechte Schulen).

Viele der dargestellten Maßnahmen lassen sich effektiv aber nur umsetzen, wenn engagierte Bürgerinnen und Bürger mitwirken und ihre Ideen in den Prozess einbringen. Nicht selten braucht es aber auch Zivilcourage, um sich aktiv für Ausgegrenzte einzusetzen und ihnen auch gegen äußere Widerstände zu ihrem Recht zu verhelfen.

3.3 Populismus – eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat?

Zum Thema: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." So definiert das Grundgesetz in Art. 20 Abs. 1 den demokratischen Grundsatz der Volkssouveränität. Damit ist aber noch nicht geklärt, was „Volk" eigentlich heißt. Populistische Politik (lat. populus: Volk) hat auf diese Frage je nach Ausrichtung eine eindeutige Antwort und gibt sich als „Stimme des wahren Volkes" aus. Nicht nur die Ausgrenzung der „anderen" wirft Probleme auf, die die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit berühren.

M12 Was sagen berühmte Persönlichkeiten zu Freiheit und Toleranz?

1 „Demokratie, die Praxis der Selbstregierung, ist ein Vertrag, in dem sich freie Menschen verpflichten, die Rechte und Freiheiten der Mitbürger zu achten."

Franklin D. Roosevelt, US-Präsident (1882; † 1945)*

2 „In einer Demokratie wird niemandem vorgeschrieben, was er glauben soll und an welche moralischen Werte er sich halten soll."

Roman Herzog, deutscher Bundespräsident (1934; † 2017)*

3 „Die Demokratie, wie ich sie verstehe, muss den Schwächsten die gleichen Chancen zusichern wie dem Stärksten."

Mahatma Gandhi, indischer Rechtsanwalt und Bürgerrechtler (1869; † 1948)*

4 „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden."

Rosa Luxemburg, demokratische Sozialistin und Antikapitalistin (1871; † 1919)*

5 „Es gibt keine Freiheit ohne gegenseitiges Verständnis."

Albert Camus, französisches Schriftsteller und Philosoph (1913; † 1960)*

1, 2, 3: Berlin Institut für Partizipation. Zitate zur Demokratie und politischer Teilhabe. In: www.bipar.de, Abruf am 23.05.2023; 4: Camus, Albert: Den Geist hochhalten. In: Vorträge und Reden 1937–1958. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 2021, S. 31; 5: Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974: Karl Dietz Verlag, S. 359.

Einstiegsaufgaben 71911-330

1. Wählen Sie mindestens ein Zitat aus und begründen Sie Ihre Entscheidung.
2. Diskutieren Sie mögliche Folgen fehlender Toleranz.

M13 Populismus – Wahrheiten in der Karikatur?

1

Karikatur: Kostas Koufogiorgos, 2023

2

Karikatur: Leopold Maurer, 2017

3

Karikatur: Oliver Schopf, 2016

4

Karikatur: Gerhard Mester, 2016; Titel: Konsensgesellschaft

M14 Was ist Populismus?

1 Was sind die Merkmale des Populismus?

Der Begriff Populismus geht auf das lateinische Wort „populus" zurück, was „das Volk" heißt. Unter Populismus versteht man heute einen bestimmten Politikstil. Eine genaue oder einheitliche Definition gibt es allerdings nicht. Im Gegenteil, wird der Begriff als unpräzise und wertgeladen angesehen, da er gerade in öffentlichen Debatten häufig als eine Art „Totschlag-Argument" genutzt wird, um gegenteilige Meinungen zu untergraben.

Genauso wenig, wie es eine einheitliche Definition gibt, gibt es „den" Populismus. Er wird von unterschiedlichen politischen Lagern genutzt, sei es von links oder rechts, und kann mit anderen weiteren Ideologien aufgeladen werden. Beim Rechtspopulismus sind dies zum Beispiel radikaler Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit.

Populismus entsteht häufig in Phasen, in denen es große Veränderungen oder Umbrüche gibt. In Deutschland ist ein gutes Beispiel das Erstarken von populistischen Bewegungen und Parteien wie der Alternative für Deutschland, nachdem 2015 viele vom Krieg fliehende Menschen ins Land kamen.

Auch wenn es keine einheitliche Defini-

tion von Populismus gibt, so gibt es doch eine Reihe von Merkmalen, die ihm zugeschrieben werden.

Populisten berufen sich auf „das Volk". Dabei betrachten sie die Bevölkerung jedoch als eine Einheit in dem Sinne, dass es keine innergesellschaftlichen Unterschiede gibt. Es gibt für Populisten nur ein Volk und somit nur eine Meinung. Da in ihren Augen nur sie diese Meinung kennen und verstehen, können auch nur sie für die Bedürfnisse des Volkes eintreten.

Das Volk wird dann im Gegensatz zu einem Anderen, häufig „denen da oben" gestellt. Die Regierung oder auch die Medien werden als korrupt oder abgehoben dargestellt. Sie hätten jeglichen Bezug zur Bevölkerung verloren.

Außerdem schüren Populisten Angst und Unsicherheit, indem sie hauptsächlich über Negatives berichten. Sie warnen vor angeblichen Gefahren, die von bestimmten Bevölkerungsgruppen wie ethnischen Minderheiten, Feministinnen, LGBTQI-Personen oder Einwanderern ausgehen. Sie behaupten, dass andere Akteure, wie politische Parteien und Menschenrechtsaktivisten, unpatriotisch seien und die nationale Kultur zerstören.

Komplexe gesellschaftliche Themen werden extrem vereinfacht und häufig stark emotionalisiert. Durch diese Vereinfachung soll der Eindruck geschaffen werden, dass Probleme von den Populisten besser gelöst werden können als von ihren Konkurrenten oder von „der Elite".

Ein weiteres Merkmal des Populismus ist, dass es eine oder mehrere charismatische Führungspersonen gibt. Diese sollen den Willen „des Volkes" gegen sämtliche Hindernisse durchsetzen und sie vor angeblichen Gefahren schützen, die ihre traditionelle Lebensweise bedrohen.

Otto, Franziska: Was ist Populismus: Definition, Merkmale, Beispiele. In: www.liberties.de, 20.05.2022

2 Was sind die Inhalte des Populismus?

Populismus als Form der politischen Auseinandersetzung

Populistinnen und Populisten wenden sich gegen das „politische Establishment", gegen „die da oben", die ihren Willen angeblich auf Kosten der kleinen Leute und über deren Köpfe hinweg durchsetzen.
Auch etablierte Medien gelten als Handlanger der herrschenden Klasse und werden z. B. als „Lügenpresse" diffamiert.

antipluralistisch

Der populistische Anspruch lautet: Nur wir vertreten den „wahren" Willen des Volkes. Die Notwendigkeit einer demokratischen Opposition mit alternativen politischen Zielen wird daher abgestritten.

antielitär

polarisierend

In der populistischen Logik gibt es nur ein – moralisch begründbares – Richtig oder Falsch und nichts dazwischen. Interessenausgleich und Kompromissfindung spielen keine Rolle.

Populistinnen und Populisten geben vor, der schweigenden Mehrheit eine Stimme zu geben und deshalb den „wahren" Volkswillen zu repräsentieren. Was die Mehrheit will, steht hierbei von vorneherein (a priori) fest. Wer zum Volk gehört, muss aber erst definiert werden – und ist dann häufig Teil des Programms.

einzig legitime Volksvertretung

systemkritisch

Die Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen kann in Fundamentalkritik an demokratischen Institutionen umschlagen: Das vermeintlich „zerstörerische" Herrschaftssystem muss komplett abgeschafft werden.

Bearbeitergrafik, basierend auf: Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Berlin. Suhrkamp 2017

M15 Was sind die zentralen Inhalte des Rechts- und Linkspopulismus?

1 „Law & Order" – Kernthema des Rechtspopulismus

Law & Order kann als Kernelement des Rechtspopulismus verstanden werden. […] VertreterInnen eines solchen Law & Order-Kurses machen sich für den Rechtsstaat stark, aber sie sind gleichzeitig bereit für die Innere Sicherheit auch Individual- und Freiheitsrechte einzuschränken. Rechtspopulistische Parteien fordern eine intensivere Verbrechensbekämpfung mit autoritären Mitteln […]. Die AfD [z. B.] ethnisiert Kriminalität konsequent, auch wenn in den seltensten Fällen tatsächlich ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Straftat und Herkunft besteht. […] Ein reales Problem (Kriminalität) wird dabei rassistisch aufgeladen, indem es komplett einer „fremden" Gruppe („Ausländer", „Migranten", Sinti und Roma, Araber, Nordafrikaner oder „Nafris") angelastet wird. Es wird quasi zur Eigenschaft der entsprechenden Gruppe erklärt. […]

Die Partei versucht – mit zunehmendem Erfolg – den Diskurs um Kriminalität und Innere Sicherheit mit dem um Migration zu verbinden. Nach ihrer Logik kommt Kriminalität mit der Migration von außen und kann somit auch durch „sichere", d. h. kontrollierte bis geschlossene Grenzen verhindert werden. […]

Mit wenigen Ausnahmen sank in den letzten Jahren in der Bundesrepublik die Kriminalität. Entgegen dieser statistischen Realität scheint aber die gefühlte bzw. subjektive Unsicherheit zuzunehmen. Befeuert durch einen Teil der Medien entsteht das Bild eines zerfallenden Staates, der seine Kernfunktionen nicht mehr wahrnehmen kann. Dieses Bild wird teilweise mit der entsprechenden Untergangs-Rhetorik bis ins Apokalyptische gesteigert. Der Zusammenbruch des Rechtsstaates stehe bevor oder habe bereits stattgefunden. Verbunden mit einer Einteilung der Straftäter nach Herkunft oder Religion werden Straftaten von den Hardlinern sogar als Angriff auf das eigene Kollektiv, d. h. das deutsche Volk, begriffen. Straftaten verübt durch (vermeintlich) Nichtdeutsche werden als Vorboten eines heraufziehenden Bürgerkriegs gesehen.

Teidelbaum, Lucius: Innere Sicherheit. Law & Order als Element rechtspopulistischer Politik bei der AfD. In: weiterdenken.de, April 2017

2 Kampf für die „Entrechteten" – Kernthema des Linkspopulismus

Schenkt man politischen, medialen und akademischen Stimmen Glauben, kommt Populismus heute scheinbar überwiegend von rechts. Populismus und Rechtspopulismus werden oft synonym verwendet. Das erstaunt. Denn: Linkspopulismus hat Tradition und ist auch politisch wirksam, wie der Blick auf die in den Parlamenten Europas vertretenen linkspopulistischen Parteien zeigt. […] Linkspopulistische Bewegungen adressieren Ängste in der Bevölkerung: die Angst vor Armut und Arbeitslosigkeit, der Verlust sozialer Sicherung und vor der kapitalistischen Leistungsgesellschaft der Gegenwart. Sie fordern mit politischen Slogans wie „Die Reichen zur Kasse bitten" mehr Gleichheit.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Occupy-Wall-Street-Bewegung in den USA, die als eine der jüngsten Erscheinungsformen von Linkspopulismus vor dem Hintergrund der globalen Finanzkrise ab 2011 international rasch Verbreitung fand. Die Bewegung in den USA zielte von Beginn an auf die Bedürfnisse des „einfachen Menschen" und auf die Polarisierung zwischen dem „entrechteten" Volk als überwältigende Mehrheit (die 99 Prozent) und einer kleinen, herrschenden ‚Plutokratie' (das 1 Prozent). […]

Gemeinsamkeiten von Rechts- und Linkspopulismus gibt es […] auch auf der emotionalen Ebene. Linkspopulistische Bewegungen nutzen vor allem sozio-ökonomische und weniger ethnisch-kulturelle Definitionsmerkmale, um das „Eigene" vom „Anderen" zu trennen. Beide Formen des Populismus eint jedoch die „rigide Ausschließung der verschiedenen definierten ‚anderen' von der Wir-Gruppe, also vom ‚Volk'".

Hartleb, Florian: Linkspopulismus – ein vernachlässigtes Phänomen. In: www.bpb.de, 07.12.2017

M16 Ist der Populismus eine Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat?

Weitere Informationen zu Populismus in der deutschen Bevölkerung

71911-332

Während der Populismus bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa entstand, wurde er erst ab dem 21. Jahrhundert politisch wirklich bedeutend. Heute gibt es populistische Parteien in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die Erfolge sind zwar nicht überall gleich, aber sie spielen in vielen nationalen Parlamenten, sowie im Europäischen Parlament, eine nicht unerhebliche Rolle. [Auch in Deutschland zeigen verschiedene Umfragen, wie die des SINUS-Instituts oder der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine hohe Zustimmung zu populistischen Narrativen in der Bevölkerung.] Gleichzeitig darf [...] jedoch nicht unterschätzt werden, dass sich Populisten grade am rechten Rand weiter radikalisieren [...]. Auch wenn ein gemäßigter Populismus nicht automatisch anti-demokratisch ist, so lässt sich ein extremer Populismus wie auch Rechtspopulismus nicht mit den Werten einer freiheitlichen Demokratie vereinbaren.

Um zu erklären warum dies der Fall ist, muss erst ein grundsätzliches Merkmal einer liberalen Demokratie erklärt werden: der Pluralismus. Pluralismus bedeutet, dass innerhalb einer demokratischen Gesellschaft viele Lebensentwürfe, Meinungen, Interessen und Ziele gleichwertig nebeneinander existieren können. Es gibt Achtung und Respekt voreinander und Personen erkennen die Vielfalt der Gesellschaft an. Dies gilt auch für die Politik, denn jeder hat das Recht, dass seine oder ihre Meinung von Politikern und Politikerinnen gehört und beachtet wird.

Populisten erkennen diesen Pluralismus jedoch nicht an. Sie sehen das Volk als eine homogene Masse. Nur bestimmte politische Positionen und Einstellungen werden anerkannt. In extremeren Fällen werden abweichende Meinungen sogar als Verrat angesehen.

In Deutschland ist vor allem Populismus aus dem rechten Spektrum präsent. Dieser nutzt Begriffe wie „Volk" und „Nation" vor allem so, dass gesellschaftliche Minderheiten ausgegrenzt werden. Die Emotionalisierung von Problemen spiegelt sich auch in der Art und Weise wider, wie Populisten Debatten führen. In Diskussionen werden Beleidigungen genutzt ebenso wie „alternative Fakten". Letztere stützen sich hauptsächlich auf Gefühle und eigene Meinungen anstelle von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dies macht eine sachliche Debatte sehr schwierig. Darüber ist das Ziel in einer Demokratie, auf Grundlage von Fakten einen Kompromiss zu erlangen. Ist die Gegenseite aber nichts willens eine solche Einigung zu erzielen, ist dies beinah unmöglich.

„Alternative Fakten"
Formulierung, die erstmals von Kellyanne Conway, einer Beraterin des damaligen US-Präsidenten Donald Trump, verwendet wurde. Der Begriff wurde 2017 in Deutschland zum Unwort des Jahres gewählt. Ziel der Verwendung sei die Akzeptanz von Falschbehauptungen als legitimes Mittel öffentlicher Auseinandersetzungen.

Einigende Symbole wie (Landes-)flaggen sind typisch für populistische Bewegungen.

Durch die Unterscheidung von „Wir" gegen „Die da Oben" schüren Populisten Misstrauen in demokratische Organisationen. So erzählen sie ihren Anhängern zum Beispiel, dass Wahlen nicht sicher sind oder dass die Regierung und Eliten gegen den Willen des Volkes handeln. Während Kritik an Entscheidungen der Regierung in einer funktionierenden Demokratie erwünscht ist, gehen diese Erzählungen teils über dies hinaus und gefährden demokratische Prozesse. Länder wie Polen und Ungarn zeigen, wie populistische Regierungen den Rechtsstaat unterwandern. Um die eigene Macht zu zementieren und Gesetze auch gegen den Einspruch von Verfassungsgerichten durchzusetzen, wurden in Polen unliebsame Richter*innen zum Beispiel früher in Rente geschickt, damit sie dann durch solche ersetzt werden können, die der eigenen Ideologie angehören.

Nach: Otto, Franziska: Was ist Populismus: Definition, Merkmale, Beispiele. In: www.liberties.eu, 20.05.2022, Daten durch Bearbeiter aktualisiert

M17 Warum brauchen wir Kommentarspalten mit Grautönen?

Der Social-Media-Redakteur Daniel George vom Sender MDR Sachsen-Anhalt berichtet über seine Erfahrungen im Umgang mit populistischen Inhalten im Internet:

Muss ich manchmal Populist sein? Eigentlich nein. Aber irgendwie schon. Zumindest zwingen mich die sozialen Netzwerke, gewisse Stilmittel zu nutzen, derer sich auch Populisten bedienen: komplexe Sachverhalte vereinfachen, mit Themen auch Emotionen wecken.

Müsste ich nicht machen. Könnte ich auch lassen. Stattdessen alles immer ganz trocken formulieren, zu kompliziert. Nur: Dann würden unsere Inhalte wohl weitaus weniger Menschen anschauen und anhören und lesen und ich hätte meinen Job als Social-Media-Redakteur auch nicht richtig gemacht.

Es ist ein kleines Dilemma, in dem meine Kolleginnen und Kollegen deutschlandweit heutzutage stecken. Im Zentrum stehen die Fragen: Wo fängt Populismus an? Wo hört Teasing oder das Bemühen um eine SEO-optimierte Schlagzeile auf? Und wie wandele ich als Social-Media-Redakteur denn nun ordnungsgemäß auf dieser Grenze? Ein Erklärungsversuch.

Es ist Alltag für Social-Media-Redakteure und Social-Media-Redakteurinnen: Inhalte entsprechend aufbereiten, damit sie auf den Plattformen „funktionieren", wie es so schön heißt. Möglichst viele Menschen erreichen also. Und hinter diesem „Funktionieren" stecken die beschriebenen Stilmittel: lange Überschriften werden gekürzt, um einprägsamer zu sein, Teilaspekte mitunter herausgestellt, die besonders emotional sind. […]

Nur, was uns Social-Media-Redakteure und Social-Media-Redakteurinnen, zumindest die meisten, unter anderem von den wahren Populisten da draußen unterscheidet: Wir folgen keiner politischen Agenda, sondern journalistischen Standards. Klar: Auch wir wollen den scrollenden Daumen stoppen, nur eben nicht wie die Populisten um jeden Preis.

Deshalb gibt es eben diese Grenzen, deren Wahrung so wichtig ist: keine sinnentstellenden Kürzungen, keine Dramatisierung, keine Effekthascherei um nur einige zu nennen. Und: Ausgewogenheit, bei aller Mühe um die beste Schlagzeile für die sozialen Netzwerke oder unter SEO-Gesichtspunkten. Und bei der Themenauswahl dürfen wir uns nicht von Populismus einfangen lassen, müssen bloße Kampagne auch als solche identifizieren. […]

„Die sozialen Medien sind für Populistinnen ganz wichtig, weil sie dadurch schaffen, in einer ganz reduzierten Form und einer extrem affektiven Form ihre Botschaften zu verbreiten", sagt Paula Diehl, Professorin für Politische Theorie, Ideengeschichte und Politische Kultur an der

SEO
Engl. für Search Engine Optimization; die Optimierung von Webseiten, damit diese in den Rankings der Suchmaschinen möglichst weit oben stehen.

Universität Kiel, im Gespräch mit MDR Medien360G. „Das liegt in der Natur des Mediums selbst und da sind diese Aufmerksamkeitsregeln noch viel radikalisierter als in den konventionellen Massenmedien."

Und weiter erklärt Diehl: „Es gibt verschiedene Mechanismen, die sich mit den sozialen Medien verbreiten. Einer davon – der, ich glaube, für den Populismus besonders relevant ist – ist dieses Phänomen der Schwarz-Weiß-Malerei, weil man sich dann innerhalb einer Gruppe befindet, die gepolt wird, die gleiche Meinung zu haben und alles andere zu verteufeln, was nicht damit zu tun hat oder etwas dagegen hat. Insofern ist das natürlich eine der Dynamiken, die den Populismus sehr viel hilft."

Sprich: Die Aufgabe von Medienhäusern im Großen und Social-Media-Redakteurinnen und Social-Media-Redakteuren im Speziellen besteht also auch darin, Räume zu schaffen, in denen es mehr als nur Schwarz und Weiß gibt. Kommentarspalten der Grautöne, wenn man so will. Oder zumindest solche, in denen Schwarz und Weiß auf einem vernünftigen Niveau aufeinandertreffen können. [Doch] die Erstellung von Inhalten ist die eine Aufgabe, das Moderieren der Reaktionen darauf die andere.

Der Ton wird rauer, gemeinsame Diskussionen schwieriger. Manchmal bleibt nur noch Ratlosigkeit ob so einiger Kommentare. Und das ist ohne Frage auch ein Ergebnis davon, dass sich Populisten, zuvorderst Rechtspopulisten die sozialen Netzwerke zusehends zu Nutze machen oder das zumindest versuchen.

Doch da liegt – und das sollte allen Social-Media-Redakteurinnen und Social-Media-Redakteuren reichlich Kraft geben – die größte Herausforderung und Chance zugleich: Zwar dienen die sozialen Medien mit ihrer Erscheinungsform durchaus als Katalysator für Populismus. Doch liegt in ihnen auch die Chance, ihn zu entlarven ihn mit den eigenen Stilmitteln zu schlagen.

George, Daniel: Warum wir Kommentarspalten der Grautöne brauchen. In: www.mdr.de, 01.08.2022

Aufgaben

71911-331

1. Schließen Sie aus der genauen Analyse und Interpretation der Karikaturen auf Eigenheiten des Populismus (**M13**).

2. a) Erschließen Sie die Merkmale und Ziele des Populismus und halten Sie Ihre Ergebnisse in Form eines Info-Plakats fest (**M14, M15**).

b) Populismus versteht sich als politische Methode, die mit einer Vielzahl unterschiedlicher Inhalte und Ideologien verknüpft werden kann. Diskutieren Sie die Chancen und Gefahren, die von dieser Eigenschaft auf Demokratie und Rechtsstaat ausgehen können (**M16**).

3. Arbeiten Sie Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede von rechts- und linkspopulistischen Strömungen heraus (**M15**).

4. a) Erarbeiten Sie die Strategien und Mechanismen, womit populistische Beiträge in den sozialen Medien Aufmerksamkeit und Zustimmung generieren wollen (**M17**).

b) Beurteilen Sie die Zielsetzung verantwortungsbewusster Social-Media-Redakteurinnen und -Redakteure, populistische Beiträge rhetorisch und stilistisch „mit ihren eigenen Waffen" zu schlagen. Loten Sie hierbei auch die Grenzen dieses Vorhabens aus.

H zu Aufgabe 1
Sie können auch vorab **M13** und **M14** bearbeiten und Ihre Ergebnisse für die Karikaturenanalyse nutzen.

F zu Aufgabe 4
Eine harte Nuss: Weisen Sie populistische Elemente im öffentlichen Auftreten einer aktuellen Bewegung, z. B. „Fridays for Future" oder „Extinction Rebellion", nach.

Politisches Framing erkennen und einordnen

1. Was bedeutet „Framing“?

Welches Bild entsteht vor Ihrem inneren Auge, wenn von „Polizisten“ die Rede ist? Was assoziieren Sie hingegen mit „Staatsdienern“, „Cops“ oder „Bullen“? Benannt wird in allen Fällen die gleiche Personengruppe: männliche Beamte eines staatlichen Exekutivorgans mit der Aufgabe, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Allerdings unterscheiden sich die jeweiligen Vorstellungsbilder deutlich und wecken ganz unterschiedliche Emotionen.

In der Kognitionswissenschaft werden solche Vorstellungsbilder „Frames“ genannt, Deutungsrahmen also, die wir im Laufe unserer sprachlichen Sozialisation lernen und die unsere Wahrnehmung der Welt steuern.

Frames werden durch Sprache im Gehirn aktiviert, und das macht sie zu wirkungsvollen Instrumenten im politischen Meinungskampf. Es sind also nie nur die Fakten, sondern immer auch die aktivierten Frames, die darüber (mit-)entscheiden, wie politische Sachverhalte oder gesellschaftliche Probleme gesehen und bewertet werden. Wer die Hoheit über die Frames besitzt, sie also sicher zu platzieren weiß, ist möglicherweise besser in der Lage, seine Interessen durchzusetzen. Damit gilt politisches Framing als eine der wichtigsten rhetorischen Strategien in Politik und medialer Öffentlichkeit.

Ausdruck	Bedeutungselemente des Frames (Frame-Semantik)
„Flüchtlingswelle“ **Hintergrund:** Einwanderung hunderttausender, vorwiegend syrischer Bürgerkriegsflüchtender nach der von der damaligen Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel beschlossenen Grenzöffnung im Jahr 2015	• metaphorisches Konzept: Naturgewalt • Frame: Flüchtende als Bedrohung, der die einheimische Bevölkerung relativ schutzlos ausgeliefert wird; geringe Möglichkeit zur vernünftigen Steuerung, allenfalls durch drastische Maßnahmen wie „Dammbau“ = Grenzschließung • Absicht: Darstellung einer humanitären Katastrophe als existenzielle gesellschaftliche Gefahrenlage; Flüchtende sind in der Täterrolle • Begriffliche Varianten: „Flüchtlingsflut“, „Flüchtlings-Tsunami“, „Flüchtlingsstrom“
„Asyltourismus“ **Hintergrund:** Kritik einzelner Politikerinnen und Politiker am vermeintlich ungerechtfertigten Zuzug von Menschen nach Deutschland nicht aufgrund politischer Verfolgung, sondern aus sozialen Gründen, z. B. der Hoffnung auf eine bessere Lebensperspektive	• metaphorisches Konzept: Freizeitvergnügen • Frame: Missbrauch des Asylrechts für Erholungsreisen, assoziiert mit Strand, Sonne, Badefreuden, Bergen, Wandern etc.; Ausnutzung unserer Sozialsysteme durch vermeintlich wohlhabende Personen; Fluchtgeschichten als freiwillig unternommene Pauschalreise • Absicht: Bagatellisierung von Fluchtursachen; Unterstellung eigennütziger Motive der Flüchtenden; Flüchtende werden als „Sozialschmarotzer“ dargestellt • Begriffliche Variante: „Wirtschaftsflüchtling“
„Zuwanderung aus humanitären Gründen“	• metaphorisches Konzept: - • Frame: Orientierung am Sachverhalt in sozialwissenschaftlich verbindlicher Terminologie; Betonung der „humanitas“ (lat. Menschlichkeit) als kulturell verankerter, moralisch hoch stehender Wert • Absicht: sachorientierte Darstellung ohne emotionale Aufladung • Begriffliche Varianten: Migration, Einwanderung

METHODE

2. Wie gehe ich mit politischem Framing um?

Wir alle benutzen meist unbewusst Frames, um unsere Sicht auf die Welt, unsere Vorstellungen und Meinungen auszudrücken. Ansonsten wäre die alltägliche Kommunikation schwierig oder ganz und gar unmöglich. Problematisch wird Framing dann, wenn es gezielt eingesetzt wird, um politische Sichtweisen oder weltanschauliche Haltungen einseitig oder polemisch darzustellen. Immer wieder gelingt es z. B. populistischen Parteien oder extremen Gruppierungen, das gesellschaftliche Klima durch negativ konnotierte Begriffe zu beeinflussen. Sie spielen damit jenen in die Hände, denen es um gedankliche Überwältigung, nicht jedoch um einen sachlichen politischen Diskurs geht, und bedienen in vielen Fällen Vorurteile, anstatt zu einer differenzierten Weltsicht beizutragen. Nicht selten greifen Medien manipulative Ausdrucksweisen auf, multiplizieren sie und tragen so absichtlich oder unwillentlich dazu bei, dass sie sich verfestigen.

Wie also lassen sich die negativen Folgen des politischen Framing minimieren?

1 Frames erkennen

- Seien Sie sprachsensibel. Verfolgen Sie politische Diskurse zu brandaktuellen, kontroversen Themen und die Medienberichterstattung darüber aufmerksam.
- Führen Parteien oder einzelne Politikerinnen und Politiker neue Ausdrücke (Neologismen), Analogieschlüsse oder metaphorische Ausdrucksformen in die politische Debatte ein?
- Verwenden Sie eine solche Begriffsneubildung auffällig oft, z. B. in Redebeiträgen oder Medieninterviews? Dann liegt die Vermutung einer manipulativen Strategie nahe.

2 Deutungsmuster analysieren

Sprache kommt nicht aus ohne Framing, aber nicht jedes Framing ist legitim. Analysieren Sie die politische Rhetorik sorgfältig.

- Welche Frames werden aktiviert? Lassen sie Rückschlüsse auf die angesprochene Zielgruppe zu?
- Wird an Instinkte oder Emotionen der Zuhörerinnen und Zuhörer bzw. Leserinnen und Leser appelliert? Falls ja, mit welchen Folgen?
- Hat eine frisch eingeführte Redeweise gute Chancen, „viral zu gehen“ und sich im öffentlichen Bewusstsein zu verankern?

3 Framing weltanschaulich und politisch einordnen

Personen des politischen Lebens treten öffentlich in der Regel als Vertreterinnen und Vertreter ihrer Partei oder einer bestimmten Interessenorganisation auf. Versuchen Sie daher stets, die von ihnen verwendeten Ausdruckmittel mit ihrem politischen oder ideologischen Hintergrund in Zusammenhang zu bringen.

- Welche übergreifenden Ziele oder konkreten Interessen werden verfolgt?
- Kann ich alle Aussagen und Haltungen teilen? Wo stehe ich im Widerspruch dazu?

4 Die eigene Sprachverwendung reflektieren

Kommunizieren Sie selbst- und sprachkritisch. Hören Sie sich beim Reden zu. Auch Soziolekte wie die Jugendsprache sind nicht frei von problematischem Framing.

- Suchen Sie nach alternativen, sachlichen Ausdrucksformen, um z. B. keine Klischees zu verbreiten, begrifflichen Vereinfachungen aufzusitzen oder andere nicht ungewollt zu diskriminieren.
- Seien Sie kritisch im Umgang mit Modewörtern.
- Bedenken Sie stets die Katalysatorwirkung der Massen- und vor allem der sozialen Medien. Sie tragen zum massenhaften Framing bei.

Bearbeiter

Populismus → M14

Populismus ist der Sammelbegriff für eine bestimmte Form des politischen Handelns. Er wird auch als „dünne Ideologie" bezeichnet, was ausdrückt, dass er keine fixen Inhalte vertritt, sondern als Methode der Politik je nach Land, politischer Kultur oder historischer Situation verschiedene Themen aufgreifen kann.

Gemeinsam ist allen populistischen Strömungen die Behauptung, den „wahren" Volkswillen zu vertreten. Pluralistische Meinungsvielfalt wird deshalb grundsätzlich abgelehnt. Die Dramatisierung und Emotionalisierung komplexer politischer Fragen geht einher mit der Behauptung, einfache Lösungen zu kennen.

82000-831

Rechts- und Linkspopulismus im Vergleich → M15

	Linkspopulismus	Rechtspopulismus
„Volk"	sozial Benachteiligte „die kleinen Leute"	Einheimische „die Normaldenkenden" „die kleinen Leute"
„Nicht-Volk"	gesellschaftliche Elite Reiche („Plutokraten")	„Fremde" (Ausländer, Flüchtende) „Andersartige" (z. B. Homosexuelle)
Abgrenzung / Ablehnung	Kapitalismus Globalisierung (v. a. Aspekt „Ausbeutung") Europäische Integration	Etablierte Politik Massenmedien Globalisierung Europäische Integration
Adressierte Ängste	Prekarisierung (unsichere Lebensverhältnisse) Sozialer Abstieg (Arbeitslosigkeit, Armut)	Menschen anderer Herkunft Kriminalität Besitz- und Statusverlust
Hauptziele	Soziale Gerechtigkeit Umverteilung des Wohlstands	Vorrang der eigenen Nation ethnische Homogenität
Beispiel	„Occupy Wallstreet"	„PEGIDA"

Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz → M16

In Demokratien kommt dem Willen der Mehrheit naturgemäß eine zentrale Bedeutung zu. Wahlen werden durch Mehrheiten entschieden; in den Parlamenten entscheiden qualifizierte Mehrheiten, ob ein Gesetz zustande kommt.

Eine Verabsolutierung dieses demokratischen Prinzips läuft aber Gefahr, in eine „Tyrannei der Mehrheit" (Alexis de Toqueville) umzuschlagen. Um dem vorzubeugen, sieht unsere Verfassungsordnung ausdrücklich Regelungen zum Minderheitenschutz vor, etwa im Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG oder dem Recht auf freie Religionsausübung in Art. 4 GG. Die Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen als „Nicht-Volk" ist damit nicht vereinbar.

82000-832

WISSEN IM KONTEXT

Leben wir im Zeitalter des Populismus?
M13, M14, M16

Spätestens seit der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten (2017-2021) sehen Expertinnen und Experten ein Zeitalter des Populismus im Entstehen. Auch in Europa und anderen Teilen der Welt sind populistische Politikerinnen und Politiker an der Macht oder gewinnen an Einfluss in öffentlichen Debatten. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat auch in Deutschland eine rechtspopulistische Partei im Bundestag und einer Reihe von Landesparlamenten an Einfluss gewonnen und bestimmt die politische Agenda mit.
2020 vertritt gut die Hälfte der deutschen Bevölkerung ganz oder teilweise populistische Einstellungen. Das sind mit 69 Prozent der Befragten zwar deutlich weniger als zwei Jahre zuvor, sollte aber dennoch zu denken geben. Wirtschaftliche Unsicherheit, Existenzängste und sozialer Abstieg können schnell dazu führen, dass das Vertrauen in die demokratischen Institutionen weiter schwindet und der Ruf nach einfachen, aber radikalen Lösungen lauter wird. Das bedroht unsere demokratische Wertordnung.

Verändert der Populismus unsere politische Kultur?
M16, M17

(Rechts-)Populistische Politikerinnen und Politiker definieren sich bevorzugt als „vox populi“, als Sprachrohr der schweigenden Mehrheit, der sie eine Stimme geben wollen. Das wirkt sich auf den Stil der politischen Auseinandersetzung aus:

- Argumentationen mit simplifizierenden Übertragungen vom Privaten auf das Öffentliche, z. B. Ablehnung einer politischen Streitkultur, Vergleich des Staates mit den Rollenvorstellungen innerhalb einer Familie;
- Tendenz zur (verbalen) Radikalisierung, z. B. Pochen auf Kompromisslosigkeit, Fundamentalopposition, hartes Durchgreifen;
- Freund-Feind-Denken: Suche nach einem eindeutig benennbaren Schuldigen, häufig einer vermeintlich privilegierten Gruppe;
- Provokation und Tabubruch: Austesten der gesellschaftlichen Stimmungen durch kalkulierte Entgleisungen und gezieltes „Framing“ mit dem Ziel einer schrittweisen Normverschiebung („Das wird man doch noch sagen dürfen ...“);
- Emotionalisierung und Panikmache: Aufheizen der Stimmung, Wecken von Vorurteilen und Ressentiments zum eigenen Nutzen;
- Verwendung einer biologistischen, brutalisierenden oder verharmlosenden Metaphorik: Relativierung der NS-Vergangenheit, Abwertung von Menschen anderer Religionen oder Herkunft, Diffamierung der parlamentarischen Demokratie als Herrschaftsinstrument „volksferner Eliten“.

Ist Populismus immer etwas Schlechtes?
M14, M16

Auch wenn der Begriff Populismus außerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung häufig als Kampfbegriff verwendet wird, sollte nicht vernachlässigt werden, dass wirksames politisches Handeln nur selten ohne populistische Elemente auskommt. Wer andere Menschen für seine Ideen begeistern möchte, wird ohne den Appell an deren Emotionen, ohne Vereinfachungen und griffige Slogans nicht auskommen. Populistische Elemente finden sich daher in vielen Formen des Politischen. Mitreißende oder charismatische Führungsfiguren können z. B. entscheidend sein für den Wahlerfolg einer Partei. Es gibt sogar Stimmen, die behaupten, dass unsere Debattenkultur zu unterkühlt und rational ist, um bei vielen Menschen ein stabiles und nachhaltiges Interesse an der Politik zu wecken. Die Grenze ist allerdings dort erreicht, wo wissentlich mit falschen Tatsachenbehauptungen gearbeitet wird, einzelne Personen oder soziale Gruppen verächtlich gemacht werden oder an Ressentiments und niedere Instinkte der Bürgerinnen und Bürger appelliert wird.

3.4 Politischer Extremismus – Herausforderung für die freiheitliche demokratische Grundordnung

Zum Thema: Die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) definiert die zentralen Normen, auf denen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruhen. Durch extremistische Bestrebungen ist ihr Bestand einer ständigen Gefahr ausgesetzt. Wir alle sind deshalb in der Verantwortung, uns für ihren Schutz einzusetzen.

M18 Politischer Extremismus in den Medien

1 Urteil im Mordfall Walter Lübcke
„Die Gefahr von rechts wird bagatellisiert"
In: www.deutschlandfunkkultur.de, 28.01.2021

2 Tödlicher Schuss an Tankstelle
Mord aus Hass auf das politische System
In: www.tagesschau.de, 13.09.2022

3 Falsche Polizisten verschaffen sich Zutritt: NPD-Jungpolitiker wurde offenbar in eigener Wohnung attackiert
In: www.tagesspiegel.de, 11.03.2021

4 Zehneinhalb Jahre Haft für IS-Chefanwerber Abu Walaa
In: www.spiegel.de, 24.02.2021

5 Razzia wegen geplanten Staatsstreichs – wie gefährlich sind militante Reichsbürger und Reichsbürgerinnen?

Die Bundesanwaltschaft wirft rund 50 Frauen und Männern vor, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, um die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen und einen Staat nach Vorbild des Deutschen Reichs von 1871 zu errichten. Weit kam die Gruppe dabei aber nicht. Immerhin soll sie unter anderem geplant haben, das Reichstagsgebäude zu stürmen durch Anschläge auf die Stromversorgung bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen sowie die Bundesregierung abzusetzen, um dann die Macht zu übernehmen. Für den Moment der „Machtübernahme" sollen bereits Personen für wichtige Ministerposten ausgesucht worden sein. Führende Ermittler bezeichnen den heutigen Einsatz gegen die Gruppe als beispiellos: „Das sprengt vom Umfang her alle Dimensionen."

Götschenberg, Michael; Schmidt, Holger; Bräutigam, Frank: Razzia wegen geplanten Staatsstreichs. In: www.tagesschau.de, 07.12.2022

Einstiegsaufgaben

71911-340

1. Notieren Sie spontan eine Rangliste der Gefahren für die Zukunft Deutschlands. Auf welchem Platz steht bei Ihnen politischer Extremismus?
2. Beschreiben Sie ausgehend von 1 bis 5 Ihre Eindrücke zur öffentlichen Diskussion von politischem Extremismus in Deutschland.
3. Erarbeiten Sie kurz zu zweit, welche Gefahren sich durch die Ausbreitung von politischem Extremismus für die bundesdeutsche Demokratie ergeben könnten.

M19 Rechtsextremismus – eine Gefahr für die Demokratie in der EU?

LGBTQ+
LGBTQ+ steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender und Queer. Das + steht für weitere Geschlechtsidentitäten. Mitunter wird die Abkürzung auch noch um weitere Buchstaben erweitert.

In vielen Ländern der Europäischen Union haben extrem-rechte Gruppen und Parteien Zulauf, die längst keinen Hehl mehr daraus machen, dass sie die demokratischen Strukturen zerstören wollen.

Zu diesem Ergebnis kommt eine EU-Studie, die im Europaparlament vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres in Auftrag gegeben wurde. Die Experten benennen auch einige Gründe für diese Entwicklung. Zentral seien etwa die Unwägbarkeiten der Globalisierung, die Ablehnung multikultureller Gesellschaften und die Angst vor dem sozialen Abstieg. Verschärft wird die Situation dadurch, dass sich die Akteure längst zu einem europaweiten Netzwerk zusammengeschlossen haben. Die grenzüberschreitende Basis der Rechtsextremen seien „ideologische Elemente, wie Intoleranz gegenüber Minderheiten, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", schreiben die Autoren. Ziel des Hasses seien in der Regel Muslime, Flüchtlinge und Migranten sowie die LGBTQ+-Community. Auffallend ist, dass trotz dieser Entwicklung die Zahl rechter Straftaten in den Staaten der Europäischen Union auf einem niederen Niveau verharrt – außer in Deutschland. Dort sei die Zahl der gemeldeten rechtsextremistischen Übergriffe im Jahr 2020 auf weit über 23 000 stark angestiegen, davon knapp über 1000 Gewaltdelikte. Das ist der höchste Wert in den vergangenen zwanzig Jahren. Auch wird in der Studie betont, dass die rechtsextremen Zirkel wegen ihrer guten Vernetzung in der Lage sind, große Demonstrationen und Veranstaltungen zu organisieren. Positiv hervorgehoben wird, dass die Bundesregierung auf diese Entwicklung nicht nur mit einer Verschärfung der Gesetzgebung reagiert hat. Gearbeitet werde auch an der Stärkung der Zivilgesellschaft, Aufklärung und der politischen Bildung.

Krohn, Knut: EU-Studie sieht Erstarken des Rechtsextremismus. In: www.stuttgarter-nachrichten.de, 05.08.2022

M20 Was ist die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO)?

Hinweis
Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung immer wieder den Kernbestand unserer Demokratie, die „freiheitliche demokratische Grundordnung", definiert. Der Auszug in **M21** stammt aus dem (gescheiterten) Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme Partei NPD aus dem Jahr 2017.

Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 GG umfasst nur jene zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind.

a) Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.

b) Ferner ist das Demokratieprinzip konstitutiver Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Unverzichtbar für ein demokratisches System sind die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).

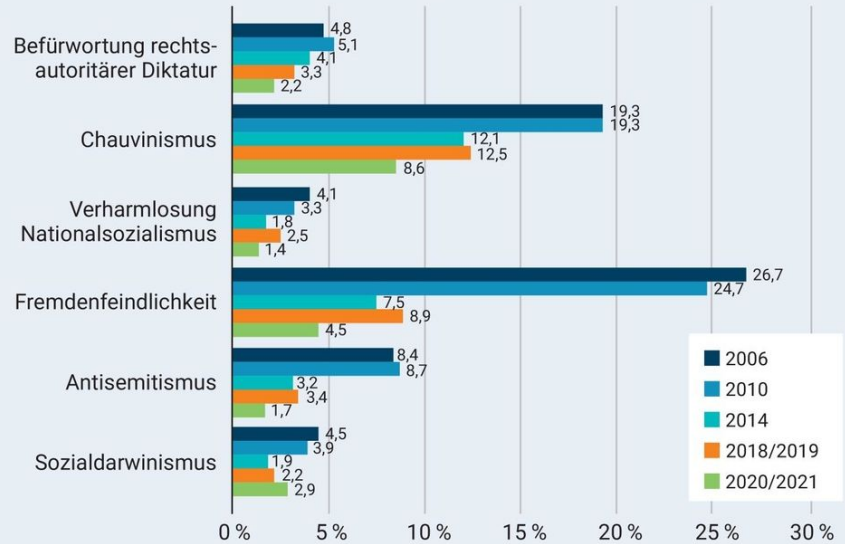
c) Für den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind schließlich die im Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte bestimmend. Zugleich erfordert die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer Gewalt den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten ist.

Nach: Bundesverfassungsgericht: Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017. - 2 BvB 1/13-, Rn. 1-1010

M21 Wie entwickeln sich rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung?

1 Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung

Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung (in Prozent)
(Stand: 2021)



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Friedrich-Ebert-Stiftung (Datenerhebung: 2006-2021; Grafikerstellung: 2023), Stichprobengröße je nach Jahr unterschiedlich

Sozialdarwinismus
unwissenschaftliche Übertragung der Evolutionstheorie Charles Darwins von der „natürlichen Auslese der Besseren" auf die menschliche Gesellschaft. Die davon abgeleitete Unterscheidung von „wertvollem" und „lebensunwertem Leben" war ein Kernelement der NS-Rassenideologie.

Chauvinismus
überzogene, auch aggressiv auftretende Form von Nationalismus; unkritische Verherrlichung der eigenen Nation („Die Deutschen sind anderen Völkern überlegen.")

2 Wie hängen Einkommen und Menschenfeindlichkeit zusammen?

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nach Einkommen (in Prozent) (Stand: 2021)

	Einkommensgruppen		
Facetten	**schwach**	**mittel**	**stark**
Rassismus	9,1	7,2	2,4
Antisemitismus (klassisch)	7,9	9,3	5,6
Antisemitismus (israelbezogen)	14,1	14,3	12,9
Muslimfeindlichkeit	12,6	11,8	6,7
Abwertung von Sinti_zze und Rom_nja	18,8	18,6	14,4
Abwertung asylsuchender Menschen	30,2	39,8	34,9
Sexismus	20,7	5,5	3,7
Abwertung homosexueller Menschen	13,4	8,7	3,8
Abwertung von Trans*Menschen	18,6	12,1	8,8
Abwertung wohnungsloser Menschen	3,5	9,7	7,7
Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen	33,6	24,2	24,9
Etabliertenvorrechte	29,7	29,7	21,0

Lesehilfe und methodische Hinweise zur Studie

71911-343

Sinti_zze, Rom_nja
Inklusive Sammelbezeichnung für Sinti und Sinti(z)a sowie Roma und Romnja

Nach: Die geforderte Mitte. Friedrich-Ebert-Stiftung 2021. Einkommensschwach (n=232): < 70 % des Medians des Äquivalenzeinkommens; mittel (n = 809): 70 % bis < 150%; stark (n = 376): ≥ 150 %

M22 Warum ist die politische Radikalisierung ein gesamtgesellschaftliches Phänomen?

1 „Lernende Systeme" – wie hat sich die Bedrohungslage durch Radikale in den letzten Jahren verändert?

Herr Heitmeyer, Ihr neues Buch über rechte Allianzen trägt den Untertitel „Signaturen der Bedrohung II" - das klingt wie die Fortsetzung eines Actionthrillers. [...] Was hat sich in den vergangenen zwei Jahren qualitativ verändert?

Es sind wesentliche Dinge zu den Entwicklungen hinzugekommen, sodass wir die Gefährdung der liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft nicht mehr allein dadurch beschreiben können, dass wir einzelne Ereignisse für sich genommen analysieren, so dramatisch sie auch sind – sei es der Mord an Walter Lübcke, sei es der Anschlag in Halle, die Tat von Hanau.

klandestin
geheim, im Verborgenen

Wie lassen sich diese Ereignisse dann beschreiben?

Man muss sie einordnen in ein konzentrisches Eskalationskontinuum, das sich immer mehr verdichtet. Man kann sich das Ganze als Zwiebelmuster vorstellen. Es reicht von den äußeren Schichten, nämlich den Einstellungsmustern der Bevölkerung, über den autoritären Nationalradikalismus der AfD, zum systemfeindlichen Milieu mit gewaltbereiten Rechtsextremisten und Neonazis – und schließlich bis zu klandestinen terroristischen Gruppen und einzelnen, ideologisch eingebundenen Vernichtungstätern. Die Akteursgruppen werden zahlenmäßig nach innen immer kleiner und immer gewalttätiger. Das Band, das alles miteinander verbindet, ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit und die Gewaltakzeptanz. [...]

Und warum soll die Betrachtung solcher einzelnen Ereignisse nicht weiterhelfen?

Zweifellos sind sie wichtig, aber sie können das Ausmaß der Bedrohung für unsere offene Gesellschaft und liberale Demokratie nicht angemessen erklären. Wenn man die verschiedenen Taten einzeln analysiert und nicht in einen Zusammenhang stellt, dann gibt es Möglichkeiten, sich davon zu distanzieren. Dann gibt es ständig Strategien der gesellschaftlichen Selbstentlastung – Motto: Wir haben doch nichts damit zu tun, was die Rechtsextremen machen! Das ist eine völlig falsche Sichtweise und politischer Selbstbetrug. [...]

Welche Rolle spielen soziale Medien dabei?

Die Veränderung von Öffentlichkeit ist ein zentrales Problem. Eine Öffentlichkeit im Sinne heterogener Gruppen, die miteinander in Auseinandersetzungen stehen, hat sich entwickelt zu Öffentlichkeiten im Plural mit abgedichteten homogenen Gruppen und Milieus. Da geht es nicht mehr um den Austausch von Argumenten, sondern um wechselseitige Bestätigung und Aufschaukelung. Von außen kommt man da oft gar nicht mehr rein.

Welche Folgen hat das?

Unter anderem erleichtert es die Verbreitung von Verschwörungsideologien. [...] Die Vehemenz der Verbreitung dieser Ideologien macht mir große Sorgen.

Pollmer, Cornelius: Das sind lernende Systeme. Interview mit Wilhelm Heitmeyer. In: www.sueddeutsche.de, 20.10.2020

INFO

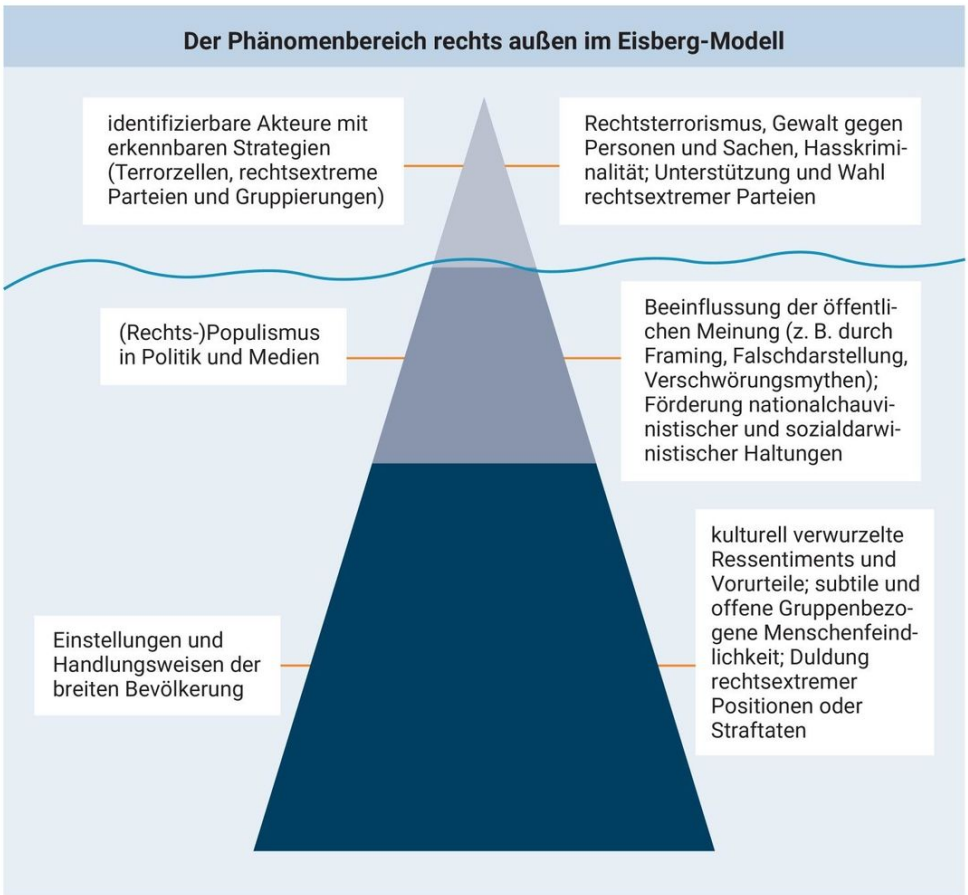
Rechtsterrorismus in Deutschland (Auswahl)

Ermordung von Walter Lübcke: Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) wird am 01.06.2019 von einem Rechtsextremisten ermordet. 2015 war er durch sein Engagement für Flüchtlinge und seinen Widerspruch gegen die Pediga-Bewegung bekannt geworden.

Anschlag in Halle: Am 09.10.2019 sterben in Halle zwei Menschen beim Versuch eines Rechtsextremisten, in eine jüdische Synagoge einzudringen und dort einen Massenmord zu verüben. Der Täter übertrug die Tat per Livestream.

Anschlag in Hanau: Am 19.02.2020 tötet in Hanau ein Rechtsextremist aus fremdenfeindlichen Motiven neun Menschen mit Migrationshintergrund.

2 Ein Erklärungsmodell der gesamtgesellschaftlichen Radikalisierung



Bearbeiter, basierend auf: Die geforderte Mitte. 2021. Friedrich-Ebert-Stiftung

Aufgaben

71911-342

1. Erarbeiten Sie aus **M18** 1 - 5 und **M19** die aktuellen Entwicklungen im Bereich des politischen Extremismus und das Gefährdungspotenzial, das von ihm für den demokratischen Rechtsstaat ausgeht.
2. a) Erschließen Sie aus dem Text **M20** die Merkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO).
   b) Stellen Sie Beziehungen her zu Ihren Ergebnissen aus Aufgabe 1.
3. a) Analysieren Sie das Datenmaterial der Extremismusforschung (**M21** 1 und 2).
   b) Diskutieren Sie mögliche Ursachen für radikale bzw. extremistische Einstellungsmuster in Teilen der Gesellschaft.
4. a) Vergleichen Sie das Beschreibungsmodell des Forschungteams um den Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer mit dem Eisberg-Modell (**M22** 1 und 2).
   b) Begründen Sie, weshalb die Herausforderungen des Rechtsstaats durch Extremismus und Terrorismus alle Ebenen unserer Gesellschaft betrifft und nicht isoliert (z. B. allein durch Parteiverbote oder Strafverfolgung einzelner Tätergruppen) bewältigt werden können.

M23 Einblicke in das extremistische Spektrum

1 Organisierter Rechtsextremismus

Identitäre Bewegung Deutschland (IBD): Die ursprünglich aus Frankreich stammende und inzwischen europaweit agierende „Identitäre Bewegung" ist ein rechtsextremistischer Personenzusammenschluss, der eine mitunter subtile, auf den gesamtgesellschaftlichen Diskurs abzielende Beeinflussungsstrategie verfolgt.

Ihr Ziel ist es, die europäische Jugend im Kampf für die ihrer Meinung nach bedrohte kulturelle Identität zu vereinen. Die IBD ist überzeugt davon, dass ein „Volk" eine „ethnokulturelle Identität" habe, die sich durch jeweils eine gemeinsame Sprache, Kultur, Herkunft und Religion auszeichne. Das Volk sei zudem an einen bestimmten geographischen Raum gebunden. Jeder Mensch wird als Teil eines bestimmten Volkes gesehen. Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD in der Verteidigung und Bewahrung von „Heimat, Freiheit, Tradition". An erster Stelle stehe hierbei der Erhalt der „ethnokulturellen Identität", die durch einen befürchteten „demographischen Kollaps" sowie durch angebliche „Massenzuwanderung" und „Islamisierung" bedroht sei. Die IBD propagiert deshalb einen europäischen Ethnopluralismus, d. h. die räumliche und kulturelle Trennung unterschiedlicher Ethnien. Dies hätte letztlich die Ausweisung großer Bevölkerungsteile unter Missachtung der vom Grundgesetz garantierten Menschenrechte zur Folge. [...] Erkennungszeichen der IBD ist das Lambda in einem Kreis. Das Symbol war in der Antike das Erkennungsmerkmal der Spartaner, die im 5. Jahrhundert vor Christus gegen die Invasion eines übermächtigen persischen Heeres kämpften. Dieser Opfermythos entspricht der Selbstwahrnehmung der IBD, die sich als die letzte Bastion sieht, die Europa vor dem Untergang durch Überfremdung und Islamisierung retten kann.

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration: Nein zu Nazis und Co., S. 16

Der Dritte Weg: Die Partei „III. Weg" vertritt einen stark neonazistisch geprägten Rechtsextremismus. Zahlreiche Mitglieder, Fördermitglieder und Sympathisanten der Partei stammen aus dem Umfeld des 2014 verbotenen neonazistischen Netzwerks „Freies Netz Süd" (FNS). Die ideologischen Ziele der Partei ergeben sich aus ihrer Satzung sowie aus einem „Zehn-Punkte-Programm", das auf Elemente des 25-Punkte-Programms der NSDAP zurückgreift. Beide Programme basieren auf einem biologischen Volksbegriff. Die NSDAP hatte festgeschrieben, dass nur der ein „Volksgenosse" sein könne, der „deutschen Blutes" sei. Die Partei „III. Weg" fordert die „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes" sowie die „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes", die es vor Überfremdung zu schützen gelte. Oberstes Parteiziel ist die „nationale Revolution", an deren Ende die Schaffung eines „Deutschen Sozialismus" stehen soll. In der Grundsatzschrift der Partei „Der Nationalrevolutionär" von 2019 heißt es hierzu: „Die nationale Revolution richtet sich gegen den ausbeuterischen Kapitalismus ebenso wie gegen den volkszerstörenden Liberalismus. An ihrem Ende steht der Deutsche Sozialismus als gerechte soziale und völkische Ordnung."

Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration: Verfassungsschutzbericht 2020, S. 161

2 Autonomer Linksextremismus

Autonome sind – überwiegend junge – gewaltorientierte Linksextremisten. Ihr politisches Selbstverständnis ist in erster Linie von Anti-Einstellungen geprägt. Den Staat, seine Institutionen und Regeln lehnen sie kategorisch ab. Die autonome Szene ist nicht homogen, sondern zerfällt in zumeist lose organisierte Gruppierungen ohne einheitliches ideologisches Konzept. […] Autonome wollen letztlich eine Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch eine „herrschaftsfreie" Gesellschaft. Ihre Weltsicht stützen Autonome vorwiegend auf anarchistische Vorstellungen, teils auch auf Fragmente kommunistischer Ideologie. Der Einsatz von Gewalt ist zentral für das politische Selbstverständnis der Autonomen. Viele Autonome erleben Massenmilitanz – also Gewalt, die aus einer Gruppe heraus begangen wird – als sinnstiftende Erfahrung. Gerne stilisiert sich der Autonome zum Kämpfer gegen den von ihm zum „Schweinesystem" deklarierten demokratischen Rechtsstaat. Das Gewaltmonopol des Staates akzeptieren Autonome nicht, sondern stellen es bewusst in Frage.

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz: Autonome – Linksextremistische Gewalttäter oder Selbsternannte Freiheitskämpfer? Informationen zu autonomen Linksextremisten.

3 Salafismus und Islamismus

In Abgrenzung zur Religion „Islam" bezeichnet der Begriff „Islamismus" eine religiös verbrämte Form des politischen Extremismus. Unter Berufung auf den Islam zielt der Islamismus auf die teilweise oder vollständige Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab.

Der Islamismus basiert auf der Überzeugung, dass der Islam nicht nur eine persönliche, private „Angelegenheit" ist, sondern auch das gesellschaftliche Leben und die politische Ordnung bestimmt oder zumindest teilweise regelt. Der Islamismus postuliert die Existenz einer gottgewollten und daher „wahren" und absoluten Ordnung. Sie steht über den von Menschen gemachten Ordnungen. Mit ihrer Auslegung des Islam stehen Islamisten im Widerspruch insbesondere zu den im Grundgesetz verankerten Grundsätzen der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der freien Meinungsäußerung und der allgemeinen Gleichberechtigung. Ein wesentliches ideologisches Element des Islamismus ist außerdem der Antisemitismus. […] Unter dem Oberbegriff „Islamismus" werden verschiedene Strömungen zusammengefasst. […] Legalistische Strömungen wie die „Millî Görüş"-Bewegung oder die Muslimbruderschaft versuchen, über politische und gesellschaftliche Einflussnahme eine nach ihrer Interpretation islamkonforme Ordnung durchzusetzen. […] Jihadistische Gruppierungen, wie zum Beispiel der sogenannte Islamische Staat (IS) und „al-Qaida", sehen in ihrem Kampf für einen „Gottesstaat" in terroristischer Gewalt ein unverzichtbares Mittel gegen „Ungläubige" und sogenannte korrupte Regime. Ihre terroristische Agenda ist global und bedroht auf internationaler Ebene alle Staaten.

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat: Islamismus und Salafismus. In: www.bmi.bund.de, 06.08.2021

4 „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren. […] [Es] finden sich ideologische Überschneidungen zur rechtsextremistischen Szene. […] Eine besondere Ablehnung gilt den Corona-Schutzmaßnahmen an Schulen, die seitens der Szeneangehörigen als körperliche oder seelische „Misshandlung“ von Kindern diffamiert werden. Mit einer Agitation zugunsten des vermeintlichen Kindeswohls gelang es mitunter, auch Personen außerhalb der Szene gegen die Schutzmaßnahmen zu mobilisieren. […] Etliche „Reichsbürger“ sind der Ansicht, dass es sich bei der Bundesrepublik Deutschland nicht um einen legitimen und souveränen Staat handelt. Teile des Spektrums behaupten, dass das Deutsche Kaiserreich fortbestehe und dessen Verfassung weiterhin Gültigkeit besitze. […]Die Propagierung von Gewalt und Waffeneinsatz ist ein häufiges Phänomen innerhalb der Szene.

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat: Verfassungsschutzbericht 2021. In: www.verfassungsschutz.de, Abruf am 18.11.2022

M24 Delegitimierung des Staates – eine neue Form des Extremismus?

QAnon
QAnon verbreitet seit 2017 Verschwörungstheorien mit rechtsextremem Hintergrund. Kernthese des anonymen Initiators „Q“: eine global agierende satanische Elite des „Deep State“ entführe Kinder, halte sie gefangen und ermorde sie, um aus ihrem Blut ein Verjüngungsmittel zu gewinnen.

Verfassungsschützer aus Bund und Ländern haben in den vergangenen Monaten in Videokonferenzen und Telefonschalten heftig diskutiert und gestritten. Darüber, ob die sogenannten Querdenker, Corona-Leugner und Verschwörungsideologen wirklich ein Fall für den Verfassungsschutz sind. […]

Am Mittwoch hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bekannt gegeben, dass es nun […] bundesweit eine Beobachtung der Bewegung geben wird. Ein neuer „Phänomenbereich“ ist dafür eingerichtet worden, er heißt „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Seit Beginn der Corona-Pandemie seien die „demokratische Grundordnung sowie staatliche Einrichtungen wie Parlamente und Regierende […] vielfältigen Angriffen ausgesetzt“, teilte die Behörde mit. Demokratische Entscheidungsprozesse, Regierung, Parlament und Justiz würden „in sicherheitsgefährdender Art und Weise delegitimiert und verächtlich gemacht“; letztendlich werde das staatliche Gewaltmonopol negiert.

In der Bewegung seien Verschwörungsmythen wie der QAnon-Kult, antisemitische Ressentiments und rechtsextremistische Aspekte festzustellen, so der Verfassungsschutz. Die zahlreichen Verschwörungserzählungen seien in der Szene ein durchgängiges Phänomen und hätten eine erhebliche „katalysatorische Wirkung“. Es finde zudem vonseiten der Protagonisten der Bewegung kaum noch eine Abgrenzung zu Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“ statt.

Gleichzeitig sei eine Zuordnung dieser Leute zu bestehenden Kategorien nicht möglich. […] „Es ist in Betracht zu ziehen“, so heißt es in der Analyse, „dass sich aus bestimmten Verschwörungstheorien ein neuer Extremismus, ein Extremismus sui generis, entwickeln könnte, der nicht unter die geläufigen Phänomenbereiche fällt.“ […] Bei den Corona-Demos würden zunehmend Menschen auch durch Gewalt

auffallen, die offenbar aus einem Milieu stammten, in das die Verfassungsschützer bislang kaum Einblicke hätten. […]
Der Verfassungsschutz darf nun bundesweit nachrichtendienstliche Mittel gegen die Anhänger der Querdenker-Szene einsetzen, also Telefone abhören, E-Mails mitlesen, Finanzermittlungen vornehmen, Personen observieren, deren Social-Media-Aktivitäten beobachten, und auch menschliche Quellen, sogenannte „V-Personen", anwerben und einsetzen.

Flade, Florian/Henzler, Claudia: Angst vor einer neuen Art des Extremismus. In: www.sueddeutsche.de, 28.04.2021

M25 Wie funktioniert rechtsextreme Propaganda im Netz?

Teilnehmende der Demonstration „Vielfalt statt Einfalt – Schule ohne Diskriminierung" stehen mit Plakaten vor dem Schulamt in Cottbus. Organisiert wurde die Demonstration von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften. Auch im Internet sind Schülerinnen und Schüler immer stärker rechtsextremistischer Propaganda ausgesetzt.

Das Internet spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung rechtsextremistischer Hasspropaganda. Rechtsextreme instrumentalisieren Gaming-Plattformen, Messenger-Gruppen und andere Social Communities mit großer Reichweite, um ihre demokratiefeindlichen und rassistischen Ideologien zu verbreiten. Die verwendeten Mechanismen sind meist subtil, zeitgemäß und knüpfen an jugendliche Lebenswelten an. Rechtsextreme Propaganda nutzt aktuelle Ereignisse, Trends und Themen sowie politische Debatten. Jugendliche auf der Suche nach der eigenen Identität und einem (politischen) Weltbild sind in besonderem Maße empfänglich und somit in ihrer Entwicklung gefährdet. Ihnen bieten Rechtsextreme ein Zugehörigkeitsgefühl und eine Erlebniswelt etwa mit spannenden Zeltlagern oder hippen Flashmob-Aktionen. Über Podcasts und Livestreams inszenieren sich Rechtsextreme publikumsnah. Die Internetpräsenzen von Rechtsextremen sehen oft harmlos, modern und jugendaffin aus – doch ist die Ideologie dahinter immer die gleiche: antidemokratisch, rassistisch und menschenverachtend.
Nicht immer ist auf den ersten Blick ersichtlich, dass hinter zeitgemäßen Webangeboten rechtsextreme Inhalte stecken. Das Instrumentarium der Rechtsextremen im Internet stützt sich auf einige Grundstrategien:

1 Modernes Design
Entgegen dem Bild des „ewiggestrigen Neonazis" präsentieren sich rechtsextreme Gruppen im Netz mit zeitgemäßen Auftritten. Professionelles Webdesign und eine jugendaffine Optik sprechen die Sehgewohnheiten von Jugendlichen an.

2 Jugendliche Subkultur
Rechtsextreme knüpfen bewusst an jugendliche Subkulturen an. Sie suchen online die Nähe zu angesagten Themen und Aktivitäten, um ihre Zielgruppe zu erreichen. Ihre ideologischen Absichten verbergen sie hinter der vorgeschobenen Thematik.

3 Internetphänomene
Egal ob Challenge, Meme oder Sarkasmus: was im Netz funktioniert, das wird von Rechtsextremen zur Agitation aufgegriffen.

4 Lifestyle
Viele Jugendliche interessieren sich für Sport und Ernährungsthemen. Auch im Netz sind entsprechende Angebote unter Schlagworten wie „Food-Porn" oder „Motivation" beliebt. Einige rechtsextreme Gruppen versuchen hier anzudocken.

5 Rechtsextreme Subkultur
Neben der Adaption von populären jugendlichen Subkulturen hat die rechtsextreme Szene inzwischen eine eigene Subkultur herausgebildet. Experten sprechen daher von „rechtsextremen Erlebniswelten".

6 Aktionsorientierung
Mit spektakulären Aktionen, die bewusst für die spätere Verbreitung in Sozialen Netzwerken konzipiert sind, versucht die rechtsextreme Szene, sich besonders rebellisch und erfolgreich zu inszenieren.

7 Vernetzung
Rechtsextreme Gruppen suchen im Netz die Kooperation. Von harmloseren Auftritten sind besonders radikale Angebote oft nur wenige Klicks entfernt.

8 Finanzierung
Das Netz wird nicht nur zur Agitation genutzt. Auch in der Finanzierung von rechtsextremen Gruppen spielt es eine entscheidende Rolle. Anders als beim Ladenbesuch verspricht der Internethandel den Kunden Anonymität.

9 Musik
Über Musik lassen sich Jugendliche besonders leicht ködern. Auf Websites, Blogs und in Sozialen Netzwerken sind rechtsextreme Musikvideos problemlos einzubinden.

Klicksafe: Rechtsextremismus im Netz. In: www.klicksafe.de, Abruf am 24.05.2023

Aufgaben

71911-341

5. Stellen Sie die Merkmale der verschiedenen extremistischen Strömungen tabellarisch gegenüber. Suchen Sie hierzu nach geeigneten Oberbegriffen, um sinnvolle Vergleichskategorien zu erhalten (**M23**).
6. Begründen Sie die Notwendigkeit, den Begriff „Extremismus" auf neue Tatbestände auszuweiten (**M24**).
7. a) Erarbeiten Sie die Funktionsweise und die Strategien extremistischer Propaganda im Internet (**M25**).
   b) Reflektieren Sie Ihr eigenes Medienverhalten und stellen Sie Überlegungen an, wie Sie sich selbst und andere gegen den Missbrauch von Social Media schützen könnten.
8. Verfassen Sie einen griffigen Slogan, einen Blogbeitrag oder gestalten Sie ein „Meme", um andere zu motivieren, sich für den Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

Gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit argumentieren

Niemand muss „zum Lachen in den Keller gehen“. Aber manchmal geht ein Witz einfach zu weit, weil er unverhohlen rassistisch oder sexistisch ist. Und auch sonst geraten wir im Alltag immer wieder in Situationen, die mit Unbehagen verbunden sind, Haltung fordern oder sogar aktives Eingreifen: Ein guter Freund hört plötzlich rechte Musik; für Tante Ingrid sind alle Muslime kriminell; in der Clique gibt es Leute, die „ACAB“ an Wände sprühen. Wer schweigt und nichts unternimmt, trägt zumindest ungewollt dazu bei, dass die Werte unserer Demokratie schrittweise ausgehöhlt werden und dadurch an Kraft verlieren, unser Zusammenleben kooperativ und friedlich zu gestalten.

ACAB
steht für den englischen Ausspruch „All Cops Are Bastards“

Zivilgesellschaftliches Engagement kann man zwar nicht lernen wie ein Schulfach; es gibt aber Möglichkeiten, nicht unvorbereitet in schwierige Situationen zu stolpern, sondern handlungsfähig zu bleiben – ganz gleich, ob es um Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geht. In der verbalen Auseinandersetzung können Ihnen die folgenden Tipps nützen:

1 Tipp 1: Situation einschätzen

- Schätzen Sie ein, ob Ihr Gegenüber überhaupt gesprächsbereit ist, oder nur „Stimmung machen“ möchte.
- Begeben Sie sich nicht ohne Not in schwierige Situationen, denen Sie nötigenfalls nicht gefahrlos entrinnen können. Gibt es Leute im Umfeld, die Ihnen den Rücken stärken würden?
- Erwägen Sie, das Gespräch falls möglich auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Das verschafft Ihnen auch die Gelegenheit, sich gut darauf vorzubereiten.

2 Tipp 2: Haltung zeigen, Grenzen ziehen

- „Stopp, bis hierher und nicht weiter!“ Äußern Sie Ihren Standpunkt klar und unmissverständlich.
- Gehen Sie nicht davon aus, ideologisch verfestigte Haltungen durch ein Gespräch „aufbrechen“ zu können. Zu zeigen, dass es Menschen gibt, die anders denken und couragiert sind, ist schon genug. Ihr Vorbild kann andere motivieren, ebenso zu handeln. Dies gilt auch online – oft geht es nicht darum, das Gegenüber zu überzeugen, sondern für „stille Mitlesende“ eine alternative Sichtweise anzubieten.

3 Tipp 3: Nicht provozieren lassen

- Bleiben Sie ruhig, lassen Sie sich nicht provozieren. So vermeiden Sie einen vorzeitigen Abbruch des Gesprächs oder die Gefahr einer bedrohlichen Konflikteskalation.
- Außerdem brauchen Sie Ihren kühlen Kopf, um dem Gesprächsverlauf aufmerksam zu folgen und sich nicht selbst von eigenen Emotionen überwältigen zu lassen und unsachlich zu werden.

4 Tipp 4: Sich umfassend informieren

- Entkräften Sie Vorurteile und Fehlschlüsse durch Fakten und „knallharte" Argumente. Parteinahe Stiftungen und zivilgesellschaftliche Institutionen bieten Kurse und Literatur an, „typischen" Argumentationsmustern der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit schlagkräftig zu begegnen.
- Manchmal hilft auch ein Wechsel der Gesprächsebene, z. B. der humorvolle Bericht über persönlich Erlebtes, um diskriminierende Äußerungen ins Wanken zu bringen.

5 Tipp 5: Kritisch nachfragen, Verborgenes sichtbar machen

- Haken Sie nach, wenn Ihr Gegenüber „mit dem Holzhammer" argumentiert oder bloß pauschale Behauptungen aufstellt.
- Irritieren Sie mit kritischen Fragen, die Widersprüche aufzeigen.
- Vermeiden Sie es aber, Ihr Gegenüber in die Enge zu treiben und den Eindruck zu erwecken, es gehe Ihnen nur darum, als „Siegerin oder Sieger" aus dem Dialog hervorzugehen. Das löst Abwehrreaktionen aus, die nichts bringen.

6 Tipp 6: Offen bleiben

- Bleiben Sie grundsätzlich offen für Ihr Gegenüber. Nicht alles, was es äußert, muss falsch sein. Zeigen Sie z. B. Verständnis für seine persönliche Situation oder die Probleme, die es beschäftigen. Manchmal sind es nur falsche Schlussfolgerungen, die die Grenze unserer demokratischen Wertordnung überschreiten.
- Mag sein, dass sich durch das nötige Maß an Einfühlungsvermögen eine gemeinsame Gesprächsbasis finden lässt, auf der sich das Gespräch konstruktiver führen lässt als anfangs erwartet.

7 Tipp 7: Sich Verbündete schaffen

- Beziehen Sie nach Möglichkeit andere in das Gespräch ein.
- Fragen Sie sie nach deren Meinung oder greifen Sie sinnvolle Argumente auf. Sie schaffen sich dadurch Verbündete und erzeugen den Eindruck, mit Ihrer Meinung nicht allein zu stehen.

Basierend auf: Wurzel, Hanne: Was sage ich wenn … . In: www.bpb.de, Abruf am 24.11.2022

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit → M21

Das Konzept der „GMF" hat das Ziel, alle auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit basierenden Einstellungen und Verhaltensweisen gegen einzelne Bevölkerungsgruppen in einem integrativen Ansatz zusammenzufassen.

Als langfristiges Forschungsprogramm untersucht das Konzept u. a. die Entwicklungen

- im ethnisch-religiösen Bereich: Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Gadjé-Rassismus (Rassismus ggü. Roma, Sinti, Fahrenden etc.);
- im Bereich sexueller Orientierungen: Sexismus, Homophobie, Abwertung von Trans*Menschen;
- im sozialen Bereich: Abwertung von Wohnungslosen, Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Handicap.

82000-833

Politischer Extremismus → M18-M19

Vereinigungen und Parteien mit dem Ziel, deren Zielsetzung darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, werden als extremistisch eingestuft. Sie zu beobachten und die Sicherheitsbehörden vor drohenden Gefahren zu warnen, ist die Aufgabe des Bundesamts für Verfassungsschutz. Hierbei kommen auch geheimdienstliche Methoden, etwa die verdeckte Beobachtung oder das Einschleusen sogenannter „V-Leute" in die personellen Strukturen extremistischer Organisationen zum Einsatz.

82000-834

Rechtsextremismus → M18, M19

Das verbindende Kennzeichen rechtsextremistischer Einstellungsmuster ist die Ablehnung der Personenwertgleichheit aller Menschen. Stattdessen wird der Wert einer Person an ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, Nation oder „Rasse" ermessen, woraus sich antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Haltungen ergeben. Deshalb werden auch die Existenz universal gültiger Menschenrechte geleugnet und bürgerliche Grundfreiheiten infrage gestellt. Rechtsextremistinnen und -extremisten treten in aller Regel für eine autoritäre bzw. diktatorische Regierungsform ein. Sie lehnen die liberale Demokratie und andere auf Toleranz und Gleichberechtigung gründende Wertordnungen (z. B. das Christentum) ab. Das bürgerliche Individuum wird der „identitären", d. h. ethnisch homogenen Volksgemeinschaft untergeordnet. Einzelne Führungsfiguren oder gesellschaftliche Eliten, nicht aber gewählte Parlamente, sollen politische Entscheidungen treffen (Führerprinzip).

82000-835

Linksextremismus → M23

Linksextremistinnen und -extremisten kritisieren den demokratischen Verfassungsstaat als Veranstaltung der herrschenden Klassen. Sie orientieren ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen, deren Ziel es ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu zerschlagen und durch ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie" anarchistische Gesellschaftsform zu ersetzen. Die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols hat zur Folge, dass Gewalt gegen Sachen wie gegen Personen als legitimes Mittel im Kampf für eine vermeintlich „gerechtere Welt" betrachtet wird.

82000-836

Islamischer Fundamentalismus (Salafismus) → M23

Der Islamismus ist eine uneinheitliche sozialrevolutionäre Bewegung, die für die Errichtung einer „islamischen" Gesellschafts- und Rechtsordnung mit strikter Geschlechtertrennung eintritt. Ihre Legitimation erhält diese Ordnung durch den Koran sowie das Wirken des Propheten und der muslimischen Urgemeinde. Dementsprechend werden der moderne säkulare Staat und seine Institutionen als „unislamisch" abgelehnt. Christen, Juden und Schiiten gelten als „kuffar" (Ungläubige). Der als dekadent und moralisch verderbt betrachtete „Westen" sowie der Staat Israel gelten als zentrale Feindbilder. Während der politische Salafismus das Ziel einer islamischen Gesellschaft durch schrittweise Veränderungen erreichen möchte, zeigt sich der jihadistische Salafismus gewaltbereit. Dessen Anhängerinnen und Anhänger interpretieren die im Koran enthaltene Aufforderung zum „heiligen Krieg" (Jihad) – abweichend von anderen muslimischen Rechtsschulen – als Pflicht zum physischen Kampf gegen alle „Ungläubigen" innerhalb und außerhalb der islamischen Welt.

82000-837

WISSEN KOMPAKT

Terrorismus → M19

(lat. terror ‚Furcht', ‚Schrecken') bezeichnet schwere organisierte Gewalttaten gegen Menschen oder Sachen, mit denen politische oder ideologische Ziele erreicht werden sollen.

Die hierbei eingesetzten Mittel (z. B. Attentate, Entführungen, Sprengstoffanschläge oder Cyberattacken) zielen meist darauf ab, Angst, Schrecken und Unsicherheit in der Bevölkerung zu verbreiten. Oft werden dabei unschuldige Menschen verletzt oder getötet. Terrorismus kann von Einzelpersonen sowie fundamentalistischen oder extremistischen Gruppen ausgehen. In autoritären bzw. diktatorischen Herrschaftssystemen können aber auch staatliche Akteure aktive Urheber von Terrormaßnahmen sein („Staatsterrorismus") oder terroristische Aktivitäten stillschweigend billigen.

Die Motive für terroristische Aktivitäten sind vielfältig und reichen von der gewaltsamen Durchsetzung politischer Ziele, wie der Erlangung von ethnischer Unabhängigkeit oder dem Sturz einer Regierung, bis hin zur Verwirklichung von religiösen oder ideologischen Überzeugungen, z. B. der Schaffung eines „Gottesstaates".

82000-838

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates → M24

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht seine Aufgabe darin, gegen die Sicherheit des Bundes oder der Länder gerichtete oder die FDGO gefährdende extremistische Bestrebungen zu identifizieren und aufzuklären. Mit dem neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" reagiert die Behörde auf neuere gesellschaftliche Entwicklungen, die sich darin äußern, dass wachsende Teile unserer Gesellschaft (u. a. sog. „Reichsbürgerinnen und Reichsbürger" oder „Querdenkerinnen und Querdenker") die Legitimität des Staates anzweifeln, das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen und sich behördlichen Anordnungen systematisch widersetzen. Der neu geschaffene Phänomenbereich erlaubt es dem Verfassungsschutz, gegen diese Kräfte mit nachrichtendienstlichen Mitteln vorzugehen.

82000-839

Fundamentalismus → M23

Fundamentalismus bezieht sich auf eine ideologische oder religiöse Haltung, die sich durch die strenge Einhaltung bestimmter Grundprinzipien oder Überzeugungen auszeichnet. Der Begriff entstand ursprünglich im christlichen Kontext, wird jedoch heute auch auf andere Religionen, politische Ideologien und soziale Bewegungen angewendet.

Fundamentalistisch ausgerichtete Menschen neigen dazu, heilige Schriften oder ideologische Texte wörtlich zu deuten und betrachten diese als unfehlbar und absolut bindend. Sie streben oft nach einer Rückkehr zu vermeintlich traditionelle Werte, Normen und Praktiken, um einen vermeintlichen moralischen Niedergang oder Verlust von Identität zu bekämpfen.

Fundamentalistische Ansichten gehen oft mit einer Ablehnung von modernen sozialen, politischen oder wissenschaftlichen Entwicklungen einher. Sie können zu einer Intoleranz gegenüber anderen Glaubensrichtungen, Ideologien oder Lebensweisen führen. In einigen Fällen kann der Fundamentalismus auch extremistische Tendenzen aufweisen, die möglicherweise Gewalt oder Terrorismus zur Folge haben.

82000-840

Warum ist Extremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem?
M19, M21, M22

Jüngste sozialwissenschaftliche Untersuchungen, z. B. die seit 2006 periodisch durchgeführten „Mitte-Studien" der Universität Leipzig, verzeichnen (Stand: 2020/21) einen erkennbaren Rückgang offen rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. So halten rund 70 Prozent der Befragten den Rechtsextremismus für die größte Bedrohung unseres Landes.
Zur Sorglosigkeit besteht dennoch kein Anlass, denn gleichzeitig grenzt sich eine steigende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern immer weniger von demokratiegefährdenden Meinungen ab. Vor allem rechtspopulistische Parteien sorgen dafür, dass geschichtsrevisionistische und fremdenfeindliche Aussagen bis in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hinein akzeptiert und damit anschlussfähig werden. Demokratiedistanz und die Tolerierung von Hass und Gewalt nehmen zu, insbesondere die Ächtung von antisemitischen Übergriffen lässt nach.
Erkennbar ist überdies eine wachsende Wissenschaftsfeindlichkeit sowie die Ablehnung etablierter Medien. Damit droht unsere Gesellschaft ihren allgemeinverbindlichen „Kompass" zu verlieren, was als „wahr" gelten soll. Selbst offensichtlich absurde Verschwörungsmythen (z. B. antisemitische Narrative) finden wachsenden Zuspruch und bedrohen, wenn sie von Extremistinnen und Extremisten instrumentalisiert werden, gesellschaftliche Gruppen oder Minderheiten unmittelbar.

Wie soll unsere Gesellschaft extremistischen Gefahren wirkungsvoll begegnen?
M22

Unsere Verfassungsordnung stellt mit der Möglichkeit zum Verbot von Parteien (Art. 21 GG) oder Vereinigungen (Art. 9 GG) sowie anderen Elemente der „wehrhaften Demokratie" starke Mittel bereit, demokratiefeindlichen Bestrebungen entgegenzutreten. Ihre Gemeinsamkeit: Sie reagieren mit Verboten und Einschränkungen auf einzelne, konkret benennbare Missstände.
Von sozialwissenschaftlicher Seite wird dieser interventionistische Ansatz oft als zu eng betrachtet, weil er die Probleme nicht bei ihrer Wurzel packt. Anstatt mit Kontrolle und Sanktion zu reagieren, so z. B. die Forschergruppe zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit um Wilhelm Heitmeyer, müssten die tieferliegenden sozialen Problem in unserem Land politisch gelöst werden. Existenzielle Unsicherheiten wie die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust oder das Gefühl, gesellschaftlich an den Rand gedrängt und von „der Politik" nicht beachtet zu werden, führten nämlich erst dazu, dass Menschen sich von der Demokratie abwenden und latent oder offen radikalisieren.

Wann werden Verschwörungsmythen verfassungsschutzrelevant?
M24

Die meisten Verschwörungsmythen sind verfassungsrechtlich ohne Belang. Wer die Erde für eine Scheibe hält oder meint, staatliche Behörden würden die Existenz von UFOs vertuschen, mag belächelt werden, gerät aber kaum ins Visier des Verfassungsschutzes. Bedenklich werden solche Narrative, wenn sie mit Zuschreibungen einhergehen, die soziale Gruppen stigmatisieren oder das Vertrauen in demokratische Institutionen schwerwiegend untergraben. Extremistischen Parteien gelingt es, ihre Ideologie mit aktuellen Verschwörungsnarrativen zu verknüpfen. Daraus resultiert die Gefahr, dass menschenverachtendes Gedankengut für weitere Teile der Gesellschaft attraktiv wird und Gewalttaten gebilligt werden.

3.5 Minderheitenschutz und Gleichberechtigung – unsere gemeinsame Aufgabe

Zum Thema: Die gleichberechtigte Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben und insbesondere der Schutz von Minderheiten ist nicht nur eine staatliche Aufgabe, sondern betrifft gleichermaßen die Zivilgesellschaft und damit uns alle. Im Vordergrund dieses Teilkapitels steht daher die Beschäftigung mit erfolgversprechenden Initiativen der Integration und Inklusion.

M26 Kleiner Beitrag – große Wirkung?

Ein Mann sucht nach Pfandflaschen.

Ein „Pfandring“ an einem Müllbehälter.

Einstiegsaufgaben

71911-350

1. Sind Ihnen schon einmal Menschen begegnet, die in öffentlichen Müllbehältern nach Flaschen suchen? Tauschen Sie sich über Ihre Erfahrungen, Gedanken und Gefühle aus.
2. In einigen Kommunen haben Initiativen sozial engagierter Bürgerinnen und Bürger dafür gesorgt, dass an einzelnen Müllbehältern sogenannte „Pfandringe“ angebracht wurden. Stimmen Sie über den Sinn dieser Maßnahme ab und diskutieren Sie Ihren Standpunkt.

M27 Citizenship Education – eine Chance im Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

Citizenship Education
anderer Ausdruck für die Heranbildung mündiger, demokratische Werte vertretender Staatsbürgerinnen und -bürger

Die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wurde in Deutschland 1995 ins Leben gerufen und gilt als eine der bekanntesten Initiativen der „Citizenship Education“. Das Hauptziel der Initiative ist es, Schulen als Lebensräume zu gestalten, in denen alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder anderen Merkmalen respektiert und akzeptiert werden.

Um den Titel „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" zu erhalten, müssen mindestens 70 Prozent aller Personen, die in der Schule lernen oder arbeiten (z. B. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Mitarbeiter), eine Selbstverpflichtungserklärung gegen Rassismus abgeben. Sie verpflichten sich dadurch, aktiv gegen Rassismus vorzugehen, regelmäßig Projekte und Aktionen durchzuführen und eine Kultur des Respekts und der Vielfalt zu fördern. Das breite Spektrum an Aktivitäten zeigt die folgende Zusammenstellung von Projekten aus dem Jahr 2022.

1 Podiumsdiskussion LGBTQ+
Martin-Behaim-Gymnasium, Nürnberg
Planung und Durchführung einer Podiumsdiskussion zum Thema „Für Vielfalt und Toleranz – gegen Ausgrenzung, Herabwürdigung und Nicht-Wahrnehmung queerer Menschen".

2 Cybermobbing – Die dunkle Seite der sozialen Medien
Berufliche Schule 4, Nürnberg
Wir wollen Mitschüler*innen für das Thema Cybermobbing sensibilisieren. Darüber hinaus wollen wir über Folgen aufklären.

3 Jüdisches Leben in unserer Heimat
Mittelschule Hummelsteiner Weg, Nürnberg
Auf den Spuren jüdischen Lebens in unserer Heimat. Hierzu haben wie eine Powerpoint entwickelt.

4 Zeitzeugengespräch
Städtisches Sigena Gymnasium, Nürnberg
Die SMV organisierte für einzelne Schüler*innen der Jahrgangsstufen 8-12 ein virtuelles Zeitzeugengespräch mit [einer Auschwitz-Überlebenden].

5 Psychische Erkrankungen und die damit verbundenen gesellschaftlichen und privaten Ausgrenzungen
MOS Montessori Fachoberschule Franken, Nürnberg
Wir möchten einem Thema, das in unserer Gesellschaft leider immer noch tabuisiert wird, mehr Gehör und Aufmerksamkeit widmen. Psychische Erkrankungen und ihre Auswirkungen sind Teil des Lebens.

6 Verkehrsschilder der Gerechtigkeit
Veit-Stoß-Realschule, Nürnberg
Unter der [Leitung des Künstlers] Johannes Volkmann haben Kinder und Jugendliche weltweit neue Verkehrsschilder entwickelt, die auf mehr Gerechtigkeit hinweisen wollen.

7 Der NSU und rechtsextremes Denken in Bayern
Albert-Schweitzer-Gymnasium, Erlangen
Ausstellung zum NSU und Vortrag [eines Aussteigers aus der Neo-Nazi-Szene] im Rahmen der Erlanger Internationalen Wochen gegen Rassismus [...].

8 Theateraufführung „Ich bin kein Nazi, aber ..."
Gymnasium Höchstadt
Zwei Schauspieler*innen (politisch rechte junge Frau, linksliberaler junger Mann) hinterfragen rechtspopulistische Äußerungen und binden die Zuschauer durch Abstimmung und Nachgespräch in das Geschehen ein.

9 Projekttag zum Thema Rassismus im Alltag
Staatliche Fachoberschule Schwabach
Gestaltung eines Projekttags zum Thema „Rassismus" für die Schulfamilie der FOS Schwabach.

10 Fastenbrechen und Ausstellung zum Ramadan
Martin-Segitz-Schule, Berufsschule 3, Fürth
Während des Fastenmonats Ramadan gab es an unserer Schule eine kleine Ausstellung und ein gemeinsames Fastenbrechen (Iftar).

Nach: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: Projekthandbuch. In: www.bezirksjugendring-mittelfranken.de, Abruf am 23.05.2023

M28 Wie fördern staatlichen Institutionen zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit?

1 „Demokratie leben“

Unsere Demokratie muss jeden Tag neu mit Leben gefüllt werden. Sie braucht Menschen, die demokratische Kultur leben, sie erhalten und gestalten. Um diese Menschen zu stärken, gibt es das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Mit dem Programm fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2015 zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft.

Demokratie, Freiheit und Rechtstaatlichkeit – auf diesen Werten beruht ein gutes und solidarisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Überzeugung. Sie werden jedoch immer wieder angegriffen. Menschen- und Demokratiefeindlichkeit hat viele Gesichter: Sie reicht von Rechtsextremismus über Antisemitismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit, islamistischen Extremismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Antiziganismus bis zu linkem Extremismus.

Demokratie wird auf kommunaler Ebene, auf Landes- und auf Bundesebene gestaltet. Jeden Tag. Daher unterstützt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ innovative Projekte und langfristiges Engagement auf allen drei Ebenen, insbesondere aber konkret vor Ort. […]

Die geförderten Strukturen und Modellprojekte umfassen drei zentrale Handlungsfelder: **Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen**. Das sind die handlungsleitenden Kernziele von „Demokratie leben!“.

Demokratie fördern: „Demokratie leben!“ stärkt das Verständnis für Demokratie, die demokratische Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den geförderten Projekten geht es um grundlegende Prinzipien wie Gleichwertigkeit, Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und gesellschaftliche Teilhabe an politischen Prozessen. Insbesondere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden dabei unterstützt, ihre Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen.

Vielfalt gestalten: „Demokratie leben!“ erarbeitet Lösungen, um allen Menschen in Deutschland unabhängig unter anderem von ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung ein diskriminierungsfreies und friedliches Leben zu ermöglichen. Deshalb setzen sich die geförderten Projekte mit ausgewählten Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie mit Mehrfachdiskriminierungen auseinander und unterstützen die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt. Ziel ist es, dass unsere Gesellschaft Vielfalt als Chance begreift und die damit verbundenen Widersprüche und Konflikte konstruktiv bearbeitet.

Extremismus vorbeugen: „Demokratie leben!“ will die Entstehung demokratie- und menschenfeindlicher Haltungen sowie extremistischer Einstellungen verhindern und Radikalisierungsprozesse frühzeitig unterbrechen. Das schließt neben Rechtsextremismus auch islamistischen Extremismus und linken Extremismus mit ein.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Über „Demokratie leben!“. In: www.demokratie-leben.de, Abruf am 23.05.2023

2 „Zusammenarbeit durch Teilhabe“

Seit 2010 fördert das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Z:T) des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) in ländlichen und strukturschwachen Gegenden Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus. Ein besonderer Fokus des Programms liegt dabei in der Förderung von Vereinen und Verbänden. „Zusammenhalt durch Teilhabe“ war bei seiner Gründung zunächst auf die

Förderung von Projekten in Ostdeutschland ausgerichtet, seit 2017 werden auch Projekte in westdeutschen Bundesländern gefördert. […]
Demokratie, das ist der Grundgedanke des Programms, soll dort gefördert werden, wo sie entsteht: an der Basis. „Zusammenhalt durch Teilhabe" ist ein Präventionsprogramm, es wirkt extremistischen und verfassungsfeindlichen Strömungen entgegen. Um dies zu erreichen, fördert Z:T Vereine und Verbände, die sich der Etablierung demokratischer Verbandsstrukturen und der Bearbeitung von diskriminierenden und demokratiefeindlichen Vorfällen im Verband widmen. Menschen vor Ort können durch die Mitarbeit an den Projekten erfahren, dass sie ihre Zukunft selbst in der Hand haben und diese aktiv und miteinander gestalten können. […]
Im Mittelpunkt steht die Ausbildung von ehrenamtlichen Demokratieberater/-innen, die in der Lage sind, Konflikte mit Bezug zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu identifizieren und zu bearbeiten. Die Ausbildung zu Demokratieberater/-innen ist Teil des Programmbereichs 1, in dem Verbände und Vereine dabei unterstützt werden, in ihren internen Strukturen Demokratisierung und Teilhabe zu stärken.
Im Programmbereich 2 werden Projekte in den Vereinen und Verbänden gefördert, die ins lokale Gemeinwesen hineinwirken und in denen gemeinsam mit anderen Akteuren regionale Netzwerke zur Bearbeitung antidemokratischer Vorfälle entwickelt werden.
Im Programmbereich 3 werden Modellprojekte gefördert, die sich der Stärkung von Demokratie und Teilhabe durch digitale Instrumente widmen. Die geförderten Projekte entwickeln und erproben innovative Konzepte, mit denen diese neuen Kompetenzen in den Organisationsstrukturen, bei Haupt- und Ehrenamtlichen, verankert werden können.

Bundesministerium des Innern und für Heimat: Programm für demokratisches Handeln und gegen Extremismus. In: www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de, Abruf am 23.05.2023

M29 Demokratiestärkung per Gesetz – wie soll das gehen?

Das Bundeskabinett hat [Stand: 14.12.2022] den Entwurf für ein sogenanntes Demokratiefördergesetz beschlossen. Das neue Gesetz soll Vereine und Organisationen, die sich für die Stärkung der Demokratie und die Prävention von Extremismus einsetzen, künftig mit einer besseren finanziellen Grundlage ausstatten.
Es solle eine „angemessene Finanzierung in diesem Bereich nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsgesetzes" sichergestellt werden, heißt es dazu aus dem Familienministerium. Nach der bisherigen Regelung sind vom Bund finanzierte Demokratieförderprojekte immer zeitlich befristet – weshalb sie für diejenigen, die sie umsetzen, oft unsichere Rahmenbedingungen bedeuten. Eine gesetzliche Grundlage, die diese Bedingungen regelt, existiert bislang nicht. Mit dem Gesetz wird laut Ministerium ein „dauerhafter gesetzlicher Auftrag" des Bundes für die Erhaltung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements angestrebt. Die Förderung werde künftig „längerfristig, altersunabhängig und bedarfsorientierter als bisher ausgestaltet sein, um mehr Planungssicherheit für die Zivilgesellschaft zu erreichen". Ein Kriterienkatalog soll festlegen, unter welchen Voraussetzungen gefördert wird.
Neu ist unter anderem, dass künftig auch Erwachsene von der Demokratieförderung des Bundes profitieren sollen. Bislang adressierte beispielsweise das Bundesprogramm „Demokratie leben!" nur Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.
Hintergrund des neuen Gesetzes ist auch die zunehmende Bedrohung durch Rechtsextremismus sowie neue Herausforderungen im Zuge der Corona-Pandemie oder

des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. So würden etwa die Verbreitung von Verschwörungsideologien und die Bildung von Bündnissen zwischen radikalisierten Gruppen zunehmen, heißt es in einem gemeinsamen Infopapier von Innen- und Familienministerium. Das erhöhe den Bedarf an Extremismusprävention.

Das Gesetz wird schon seit mehreren Jahren diskutiert. Es war ursprünglich von der Großen Koalition geplant, allerdings stellte sich die Union seinerzeit quer. Sie fürchtete, es könnten linksextremistische Gruppierungen gefördert werden. Durch die Razzia in der „Reichsbürger"-Szene hat das Thema nun eine neue Aktualität.

Tagesschau: Ein Gesetz, das die Demokratie stärken soll. In: www.tagesschau.de, 14.12.2022

M30 Eine Anhörung des Bundestagsausschusses: Was sagen kritische Stimmen zum Entwurf des Demokratiefördergesetzes?

Subsidiaritätsprinzip
Prinzip, nach dem eine höhere staatliche oder gesellschaftliche Einheit erst dann helfend eingreift, wenn die untergeordnete Einheit nicht ausreicht, die Funktion wahrzunehmen. Eine vereinfachte Rangfolge könnte z. B. lauten: Familie, Kommune, Land, Staat.

1 Der Juraprofessor Ralf Halfmann stellte die Frage, ob ein solches Gesetz überhaupt nötig sei. „Befremdlich" sei, dass laut Entwurf der Staat eigene Maßnahmen ergreifen wolle, der Bund hier also auch an sich selbst denke. Der Staat dürfe private Bildungsträger nicht verdrängen oder deren Projekte an sich ziehen. Halfmann sieht hier einen Konflikt mit dem Subsidiaritätsprinzip. Aus dem Gesetzentwurf gehe außerdem nicht hervor, ob der „weltanschauliche Pluralismus" wirklich gewahrt werden könne. Das Erfordernis der demokratischen Ausrichtung geförderter Träger und Projekte sei im Entwurf zu wenig konkretisiert.

2 „Es gibt derzeit einen Krieg gegen die Demokratie", sagte der Passauer Politikwissenschaftler Lars Rensmann. Er beklagte eine „verbreitete Abkehr vom demokratischen Verfassungsstaat". Hier müsse der Staat reagieren, um freiheitsgefährdende Ideologien zu bekämpfen. Er begrüße deshalb ein Gesetz, das neue und verstärkt Maßnahmen fördere, um die Demokratie zu verteidigen.

Amadeu Antonio Stiftung (AAS)
Ziel der Stiftung ist die Stärkung der Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Sie ist benannt nach dem im Dezember 1990 ermordeten Amadeu Antonio Kiowa, dem ersten Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland nach der Wiedervereinigung.

3 Timo Reinfrank von der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD) sowie der Amadeu Antonio Stiftung (AAS) lobte den Entwurf, weil er auf „dauerhafte Demokratieförderung" und „weg von der Befristung" auf höchstens zwei Förderperioden ziele. Reinfrank forderte zudem, eine „institutionalisierte Form der Beteiligung" von Projektträgern im Gesetz festzuschreiben.

4 Für Heiko Klare vom Bundesverband Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus stellt [...] der Entwurf ein „sehr wichtiges Signal" dar „für alle, die die Demokratie schützen wollen" und sich zivilgesellschaftlich engagierten. Die langjährige Erfahrung aber zeige, dass die Akteure professionelle Unterstützung bräuchten. Diese erfordere allerdings auch eine ausreichende Finanzierung, die im Gesetz verankert werden müsse. Darüber hinaus hält Klare es für wichtig, Beteiligungsrechte der Projektträger im Gesetz zu regeln.

5 Christopher Gohl vom Weltethos-Institut in Tübingen unterstützte zwar den Entwurf, sah aber dennoch „viele Baustellen". So bemängelte er, dass das Ehrenamt dort nicht verankert sei. Des Weiteren findet Gohl das „Leitbild der wehrhaften Demokratie" unangemessen, weil es zu sehr auf sicherheitspolitische Aspekte abhebe. Entscheidend sei hingegen die Frage, wie die liberale Demokratie den Herausforderungen des Klimawandels begegne. „Wir müssen zwar auch den Extremismus bekämpfen", aber Demokratieförderung dürfe sich nicht darin erschöpfen. [...]

6 Robert Kusche vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt verwies darauf, dass solche Taten auf weit verbreiteten Ausgrenzungsideologien beruhten. Nach Zahlen des Bundeskriminalamtes (BKA) würden pro Jahr 248.000 Menschen „rassistisch körperlich angegriffen". Die Opferberatung müsse daher gestärkt und die Förderung bedarfsgerecht ausgestaltet werden. [...] Der Extremismusbegriff, den der Entwurf enthalte, sei zu vage. Kusche plädierte dafür, stattdessen von einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit" zu sprechen, deren Opfer Schutz verdienten.

Nach: Deutscher Bundestag: Demokratiefördergesetz: Fachleute sehen Verbesserungsbedarf. In: www.bundestag.de, Zusammenstellung von Bearbeiter, Reihenfolge geändert

M31 Ursachenbekämpfung als gemeinsame Aufgabe: Fallbeispiel einer Radikalisierung eines Jugendlichen

D. wuchs in einem unauffälligen sozialen Umfeld auf und schloss erfolgreich die Realschule in einem bayerischen Ort ab. Anschließend begann er eine Ausbildung im Handwerk. Kurz vor der Gesellenprüfung brach er die Lehre ab. Er reiste als Kämpfer in den syrischen Bürgerkrieg, wo er wenig später starb. Wie konnte es zu dieser radikalen, tragischen Entwicklung kommen?

Rund zwei Jahre vor der Ausreise:

D. kommt mit der salafistischen Szene und mit islamistischen Predigern in Berührung. Er konvertiert zum Salafismus. Zuvor war er kein Muslim. Er besucht Moscheen in seiner Region und trifft junge Gleichgesinnte. Gemeinsam sehen sie salafistische und jihadistische Propagandavideos. Nach und nach entwickeln sie immer extremere Positionen. Den militanten Jihad – also den bewaffneten Kampf mit dem Ziel, das islamische Herrschaftsgebiet auszudehnen – sehen sie als höchste Pflicht. Von nicht-salafistischen Moscheen und Predigern grenzt sich die Gruppe scharf ab. Nun fällt auch dem Umfeld von D. mit Entsetzen auf, dass er sich verändert. Er achtet besonders streng darauf, die Gebetszeiten einzuhalten, weigert sich, Frauen die Hand zu geben. Sein äußeres Erscheinungsbild passt er dem Look der Salafisten an – auch, um sich gegen „Ungläubige" abzugrenzen.

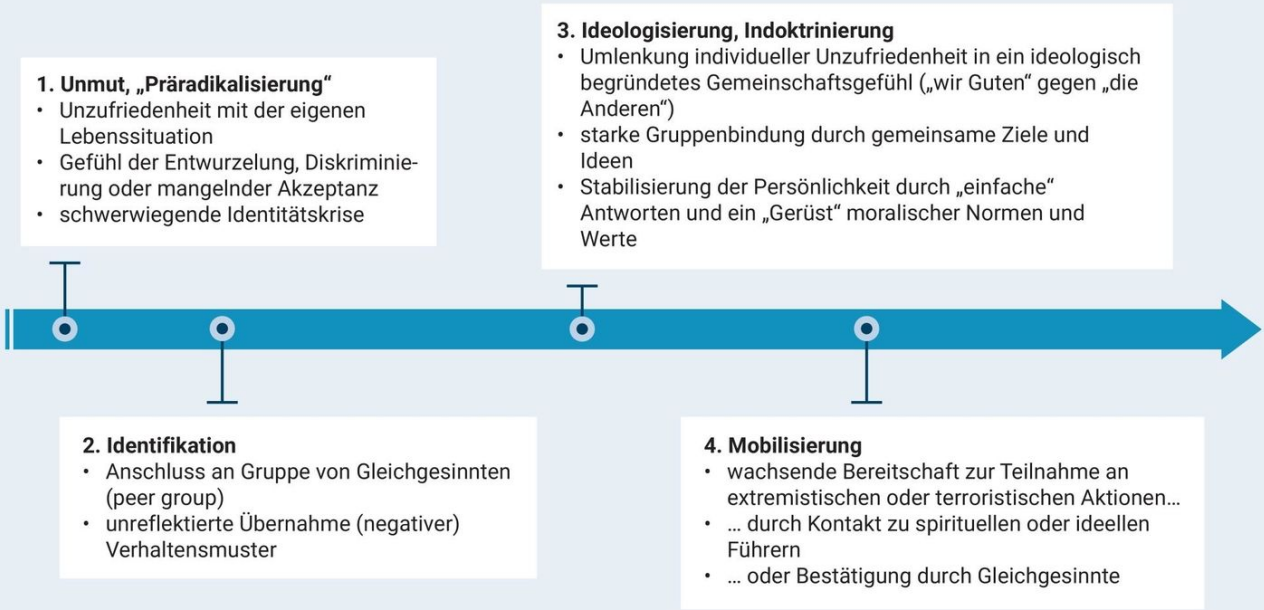
Im weiteren Verlauf der Radikalisierung trainiert D. intensiv Kampfsport und macht Fitnesstraining. Um sich abzuhärten für den Kampf im Jihad-Gebiet, schläft er auf dem Boden und geißelt (peitscht) sich selbst. Um an Bargeld zu kommen, verkauft er fast alles, was er besitzt. Auch zu Jihadisten und Salafisten außerhalb Bayerns nimmt D. Kontakt auf. Er sucht Gesprächspartner, um seine Überzeugungen weiter zu festigen.

Dann versucht er, mit dem Flugzeug nach Syrien zu reisen. D. war den bayerischen Behörden bekannt. Um eine Ausreise zu verhindern, hatten sie u. a. bereits seinen Pass eingezogen. Deshalb scheiterte der erste Ausreiseversuch. Ein zweiter Anlauf gelingt: Diesmal nimmt D. den Landweg in die Türkei. An der türkischen Ostgrenze nimmt er Kontakt zu Jihadisten auf. Sie schleusen ihn in ein Jihad-Kampfgebiet in Nordsyrien. Wenig später wird bekannt: D. ist in Syrien im Kampf gestorben.

Antworten auf Salafismus: Wie verläuft eine Radikalisierung. In: www.antworten-auf-salafismus.de, Abruf am 01.06.2023

M32 Welche Schritte werden auf dem Weg in die Radikalisierung durchlaufen?

Ein Beschreibungsmodell zur Radikalisierung



Bearbeiter, auf Basis von: Bayerische Staatsregierung (Hg.): Antworten auf Salafismus. In: www.antworten-auf-salafismus.de, 21.05.2023 und NYPD Intelligence Division: Radicalization in the West: The Homegrown Threat, Abruf am 23.05.2023

M33 Wie kann die Gesellschaft Menschen helfen, einen Weg aus der Radikalisierung zu finden?

BIGE
Die BIGE unterstützt und fördert Ansätze zur Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus und verfassungsschutzrelevanter Islamfeindlichkeit und berät zum Thema „Reichsbürger“ bzw. „Selbstverwalter“. Sie versteht sich als Anlaufstelle für Kommunen und Schulen sowie einzelne Bürgerinnen und Bürger.

Jan ist ein Beispiel für einen Aussteiger, ein Durchschnitts-Neonazi, den es so nur der Vorstellung halber gibt. […] Gerhard S. will helfen. Er ist der zuständige Sachbearbeiter der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BLfV), kümmert sich um Ausstiegswillige und möchte aus Sicherheitsgründen anonym bleiben. Was ist laut S. die größte Fehleinschätzung von Rechtsextremisten? „Sie stammen nicht immer aus armen Familien und unteren Schichten. Manchmal sind die Eltern gut situiert, auch Abiturienten rutschen ab.“ Welches Vorurteil stimmt? Es sind vorrangig Männer, die abrutschen. Frauen machen S. zufolge nach wie vor unter zehn Prozent aus. […]

Das Aussteigerprogramm beim BLfV soll Rechtsextremen wie Jan einen Ausweg aufzeigen. Was es nicht soll und laut Gerhard S. auch nicht tut: Jan wird nicht nach Kameraden oder Vorgängen aus der Szene befragt. Er soll in seinem Willen bestärkt und nicht ausgefragt werden. Infos über das Milieu beschafft sich der Verfassungsschutz nach eigener Aussage anders.
[Wer geeignet ist, wird genau geprüft]. Die Bedingung: Jemand wie Jan muss derart tief im braunen Sumpf stecken, dass er es von allein nicht mehr herausschafft. […] Damit eins klar ist: Geld gibt's dafür keines, sagt S. Nicht für einen Führerschein, nicht für die erste Bleibe nach dem Gefängnis. Und auch Straffreiheit wird nicht gewährt. Was einem Aussteiger hingegen

ermöglicht wird: [durch eine] geöffnete Tür zurück in die demokratische Gesellschaft schlüpfen. […] Jan bekommt einen neuen Wohnort, wenn er ihn braucht, oft in der Nähe von Verwandten oder einer passenden Arbeitsstelle. Das ist aber die Ausnahme. Racheakte auf Ausstiegswillige habe es bisher so gut wie nicht gegeben […]. Jan & Co. bleiben also meistens in ihrer gewohnten Umgebung und versuchen sich dort ein neues Umfeld zu schaffen. Gerhard S. und seine Kollegen begleiten sie etwa zum Arbeitsamt und holen eine gewisse Sozialisation nach, die andere in ihrer Jugend lernen. Zwei Jahre dauert diese „Hilfe zur Selbsthilfe" im Schnitt. […] Gut 80 Prozent [gelingt es], der Szene den Rücken zu kehren. Die restlichen Ausstiegswilligen haben das Programm abgebrochen und sind wieder abgerutscht – meist, weil sie extrem isoliert blieben und keinen Anker außerhalb der Szene setzen konnten. „Für Außenstehende bleibt der Knacki oft der Knacki und der Nazi der Nazi", bedauert S.

Nach: Beer, Veronica: Tausche Springerstiefel gegen neues Leben. In: www.br.de, 11.02.2014

Anforderungen der BIGE an Ausstiegswillige
- Ehrlichkeit
- eigenes Engagement
- Zuverlässigkeit

Das Programm informiert und hilft auch Angehörigen von Personen, die in extremistischen Zusammenhängen auffällig geworden sind.

Aufgaben

71911-351

1. a) Stellen Sie Bezüge her zwischen den Projektideen der Teilnehmerschulen an der Initiative „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage" und den Themen der vorangegangenen Teilkapitel (**M27**).
b) Begründen Sie die Bedeutung von Schule und Bildungssystem für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

2. a) Erarbeiten Sie aus den Selbstdarstellungen die Zielsetzungen und Arbeitsschwerpunkte der beiden Bundesprogramme (**M28**).
b) Zeigen Sie, inwieweit die Programme die Beteiligung engagierter Bürgerinnen und Bürger in den Blick nehmen und sie bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützen.

3. Recherchieren Sie in Ihrer Kommune nach Initiativen und Projekten, die von der Bundesregierung gefördert werden.

4. Diskutieren Sie, in welchen Bereichen Sie den größten Handlungsbedarf sehen. Wo würden Sie sich gegebenenfalls aktiv einbringen?

5. Beurteilen Sie die Notwendigkeit eines eigenen Gesetzes zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – vor allem in Hinblick auf eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (**M29**, **M30**).

6. a) Zeichnen Sie den Werdegang von „D." mit eigenen Worten nach (**M31**).
b) Identifizieren Sie die modellhaft dargestellten „Stationen" der Radikalisierung in D.s biografischem Profil (**M32**).
c) Erklären Sie, wie das Wissen über Radikalisierungsprozesse (**M31-M33**) und Orte der Radikalisierung (**M25**, S. 145 f.) Individuen und Gruppen gegen Radikalisierung stärken kann.
d) Diskutieren Sie die Rolle der sozialen Gemeinschaft, ein Abdriften junger Menschen in die Radikalisierung zu verhindern oder einen Rückweg in ein normales Leben anzubahnen (**M33**).

Vertiefungsaufgabe: Entwickeln Sie eine eigene Projektidee, die Sie z. B. im Rahmen eines Projekttags an Ihrer Schule umsetzen könnten. Projektideen und Hinweise zur praktischen Umsetzung finden Sie beispielsweise auf den Internetseiten der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage".

H zu Aufgabe 1a
Sie können sich u. a. an den Kategorien „Rassismus", „Ausgrenzung", „Diskriminierung", „Terrorismus", „Extremismus" orientieren.

WISSEN KOMPAKT

Risikofaktoren für extremistisches Verhalten → M31, M32

Niemand wird als Extremist und Extremistin geboren. Häufig stehen schwierige Sozialisationsbedingungen am Anfang einer extremistischen „Karriere". Als Risikofaktoren gelten z. B. instabile Familienverhältnisse (geringe emotionale Bindung, Gewalterfahrungen, Vernachlässigung), ein geringer formaler Bildungsgrad oder eine prekäre berufliche Stellung (keine Ausbildung, Arbeitslosigkeit).

Doch auch das engere soziale Umfeld kann dazu beitragen, dass sich Denkweisen und Verhalten radikalisieren. So erleben Betroffene in vielen Fällen „Alltagsrassismus" und fehlende Toleranz als normal oder verbringen zu viel Zeit in Peergroups, die Ihnen keine oder zu wenige alternative Wertangebote machen. Auf diese Weise verengt sich nach und nach das eigene Weltbild.

82000-841

Motivationen für extremistisches Verhalten → M31, M32

Extremistische Gruppierungen nutzen die psychosoziale Lage von Menschen gezielt aus, um sie für ihre Ziele zu gewinnen. Als sog. Hinwendungsmotive gelten u. a.:

- die Suche nach einfachen Welterklärungsmustern
- das Bedürfnis nach Selbstaufwertung
- der Wunsch nach Anerkennung und Zugehörigkeit
- der Drang nach (gefährlichen) Grenzerfahrungen und „action"
- Frustabbau durch Provokation und „Randale"
- Affinität für simple Geschlechtsrollenbilder (insbesondere für unsichere junge Männer)

82000-842

Aussteigerprogramme → M33

Aussteigerprogramme sind ein wesentlicher Bestandteil der Extremismus-Prävention. Als niederschwellige Angebote ermöglichen sie es Angehörigen aus extremistischen Szenen, einen Rückweg in die demokratische Gesellschaft zu finden.

Grundvoraussetzungen für die Aufnahme in eine Aussteigermaßnahme sind in der Regel Freiwilligkeit und ein klar formulierter Ausstiegswille. Neben psychologischer Unterstützung erhalten Ausstiegswillige auch Hilfen bei der Reintegration in einen geregelten Alltag, z. B. bei der Wohnungs- und Arbeitssuche oder bei Behördengängen. Grundsätzlich gilt aber das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe".

82000-843

Zivilcourage → M27, M28

Zivilcourage bezeichnet zusammengefasst die Fähigkeit und Bereitschaft einer Person, in unerwarteten, manchmal bedrohlichen Situationen für sich selbst oder andere einzustehen, ohne auf den eigenen Vorteil, die eigene Sicherheit oder die eigene Bequemlichkeit zu achten. Im weiteren Sinne wird darunter auch das längerfristige Eintreten für allgemeingültige Werte verstanden, ohne das ein „akuter Handlungsdruck" bestehen muss.

Grundlage für zivilgesellschaftliches Engagement ist ein gefestigtes Wertebewusstsein, insbesondere ein ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit.

82000-844

Citizenship Education → M27, M28

Demokratische Werthaltungen und die Fähigkeit zu demokratischem Verhalten entstehen nicht von selbst. Sie müssen überall im Alltag erfahrbar gemacht und dadurch mit Leben erfüllt werden. „Citizenship Education" fasst die Aktionsformen und Programme in Jugend- und Erwachsenenbildung zusammen, Bürgerinnen und Bürger in den Stand versetzen, auf der Grundlage erworbenen Wissens für demokratische Werte einzutreten, verantwortlich zu handeln und sich für eigene und die Belange anderer zu engagieren.

Mit der Organisation von Podiumsdiskussionen, der Gründung politischer AGs, bis hin zur gemeinsamen Entwicklung einer Schulverfassung oder der Beteiligung an Initiativen wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" bieten sich hierfür auch im schulischen Umfeld vielfältige Umsetzungsmöglichkeiten.

82000-845

Wie sollte die Zivilgesellschaft den Rechtsstaat schützen und weiterentwickeln?
M27, M28

Der Schutz des Rechtsstaats ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Auffassung, darum habe sich allein oder auch nur vorrangig ein „starker" Staat zu kümmern, der schon rechtzeitig mit Verboten oder Strafen auf Übertritte der Regeln reagieren werde, greift zu kurz und wird oftmals als „Kontrollmentalität" oder „Interventionismus" kritisiert.
Bedrohungen präventiv zu begegnen setzt dort an, wo es darum geht, die sozialen Verhältnisse in unserem Land wahrzunehmen und auf Missstände zu reagieren. Soziale Deklassierung, die Angst vor Besitz- und Statusverlust oder das Gefühl, gesellschaftlich an den Rand gedrängt zu werden, sind wichtige Motive, sich von den Werten unserer Demokratie abzuwenden und sein Heil bei „Vereinfachern" und „Systemfeinden" zu suchen, die mit den scheinbar „richtigen" Antworten auf alle drängenden Fragen und Probleme für sich und ihre Ziele werben.
Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit sind somit nicht voneinander zu trennen. Von der grundsätzlichen Zufriedenheit der Menschen eines Landes hängt es ab, ob sie den politischen Institutionen und Verfahren – auch in Krisenzeiten – vertrauen und bereit sind, sich aktiv einzubringen. Es ist daher eine zentrale Aufgabe der politisch Verantwortlichen für gerechte Lebensverhältnisse zu sorgen, um antidemokratischen bzw. rechtsstaatsfeindlichen Kräften den Boden zu entziehen.
Zahlreiche, zum Teil auch von staatlicher Seite geförderte Initiativen und Projekte zeigen aber auch, welche große Rolle der Zivilgesellschaft, also engagierten Bürgerinnen und Bürger zukommt, Demokratie und Rechtsstaat zu schützen und sich aktiv gegen alltägliche und ideologisch motivierte Ausgrenzungen zu positionieren. Die aktuellen politischen Bestrebungen, die Förderung all dieser Aktivitäten auf eine klare gesetzliche Grundlage zu stellen, sind vor dem Hintergrund erodierender demokratischer Werthaltungen in Teilen unserer Gesellschaft zu sehen.

Was kann jeder und jede von uns für ein gleichberechtigtes Zusammenleben tun?
M27, M28

Der Verweis auf staatliche Eingriffsmöglichkeiten, z. B. mit den Mittel der „wehrhaften Demokratie", darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Schutz demokratischer Grundwerte beim eigenen Handeln ansetzt. Es ist wichtig, Zivilcourage zu zeigen, wenn die Rechte anderer Menschen verletzt werden. Ebenso wichtig ist es aber auch, das eigene Verhalten gegenüber anderen Menschen auf Respekt und Wertschätzung zu gründen und auftretende Konflikte nötigenfalls bestimmt, aber in jedem Fall gewaltfrei auszutragen. Das fängt bereits bei der Sprache an. Nicht selten grenzen bereits unbedacht gewählte „mikroaggressive" Ausdrücke andere Menschen aus und beeinträchtigen ihre im Grundgesetz verankerte unantastbare Menschenwürde.

KOMPETENZEN ANWENDEN

Kompetenz-Check
Kapitel 3

71911-360

Die nachstehenden Aufgaben bieten Ihnen die Möglichkeit, sich selbst zu überprüfen, und erlauben Ihnen abzuschätzen, inwieweit Sie die gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt anwenden können. Möglich Lösungsvorschläge finden Sie über die QR- und Mediencodes zu den jeweiligen Aufgaben.

1 Ungarn ohne Rechtsstaat?

Ungarns Regierungschef Orban nutzt die Corona-Krise, um den Rechtsstaat außer Kraft zu setzen. Das Parlament ist bis auf weiteres entmachtet, die Opposition kaltgestellt, und wer als Journalist Kritik wagt, muss ab sofort mit bis zu fünf Jahren Gefängnis rechnen. Die EU schafft ihr Wertesystem ab, wenn sie das durchgehen lässt.

Er liegt in Quarantäne, der ungarische Rechtsstaat. Mit der Corona-Krise als Vorwand hat Regierungschef Orban sich einen Blankoscheck ausstellen lassen. Er kann jetzt praktisch ohne das Parlament regieren. Das hat er in eine Zwangspause geschickt, damit er Politik ab sofort allein machen kann. Einfach mit Verordnungen. Wie die aussehen werden, lässt sich leicht an den schwammigen und zugleich verräterischen Formulierungen des Notstandsgesetzes erkennen. Was auch immer die Regierung in Zukunft als Falschmeldung betrachtet, kann mit fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Da reicht es schon aus, auf fehlende Atemmasken hinzuweisen. Wenn die Regierung aus einer solchen Kritik eine Falschmeldung macht, hindert sie nichts und niemand daran, den Kritiker zu inhaftieren.

Richtig ist, dass auch andere EU-Länder in der Coronakrise die Grundrechte eingeschränkt haben. Aber in anderen Ländern haben die Parlamente ihre Rechte gewahrt. Und es gibt noch einen Unterschied zu Ungarn: In anderen Ländern ist der Ausnahmezustand zeitlich befristet. Sonst wäre es ja kein Ausnahmezustand. Denn eines ist klar: Demokratien überleben den Notstand nicht, wenn er nicht befristet ist. Anders formuliert: Es muss ganz klar sein, dass die Freiheiten und Rechte zurückkehren, wenn die Krise überwunden ist.

Orban bekämpft mit dem Notstandsgesetz aber gar nicht die Coronakrise, sondern die eigene Opposition und den ungarischen Verfassungsstaat. Genauer muss man sagen: das, was von ihm übrig ist. Denn seit Jahren hebelt der national-konservative Regierungschef ein Grundrecht nach dem anderen aus. Aber das Notstandsgesetz geht über alles hinaus, was in einer Krise zulässig ist.

Schmidt, Helga: Ungarn ohne Rechtsstaat. In: www.tagesschau.de, 31.03.2020

2 Eine Sache der Perspektive …

Karikatur: Phil Hubbe, 2022

3 Wie verteidigen wir unsere Werte?

Anlässlich des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine macht sich die Kolumnistin Carolin Emcke Gedanken, wie wir unsere demokratischen Werte verteidigen können:

Es ist wie ein Refrain geworden, so oft wird sie wiederholt, diese Formel von „den Werten", die in der Ukraine verteidigt würden. […] Und das stimmt ja auch. Es ist tatsächlich das Prinzip der Demokratie, es sind die Menschen- und Bürgerrechte, es ist der Rechtsstaat, es ist die säkulare, aufgeklärte, heterogene Gesellschaft, die Wladimir Putin abgrundtief verabscheut und zerstören will. […]

Wer es also ernst meint mit „unseren" Werten, […] kann die Sicherheit Europas nicht nur mit Waffenlieferungen in die Ukraine verteidigen, sondern dann geht es auch um die Menschen- und Bürgerrechte, dann geht es auch um die säkulare, aufgeklärte Gesellschaft. Es passt nicht, sich eitel aufzuplustern gegen Wladimir Putin, die Prinzipien der demokratischen Moderne vor sich herzutragen wie einen rhetorischen Schild, aber dann, bei nächster Gelegenheit, gegen feministische Perspektiven, gegen die Selbstbestimmung von marginalisierten Menschen, gegen die angeblichen Zumutungen der pluralen Gesellschaft, gegen Klimaschutz zu polemisieren. Das ist nicht witzig, das ist nicht banal, das ist nicht harmlos. Das beschädigt im Inneren genau die Werte, die nach außen als so wertvoll, so europäisch, so unverzichtbar postuliert wurden.

Die liberale Demokratie ist inklusiv oder sie ist nicht. Die Würde des Menschen, die im Grundgesetz als unantastbar versprochen ist, ist die Würde des Menschen. Nicht einer einzelnen Sorte, nicht einer einzelnen Kategorie, einer bestimmten Herkunft, eines bestimmten Glaubens, einer bestimmten Lebensweise oder Sexualität. Die säkulare, aufgeklärte Moderne ist Gründen und Argumenten verpflichtet, nicht Aberglauben und Verschwörungen.

Wer Verschiedenheit, wer Vielfalt als vermeintliche Gefahr für gesellschaftlichen Zusammenhalt denunziert, hat die säkulare, liberale Demokratie nicht verstanden. Das ist ja gerade der Vorzug der demokratischen Ordnung gegenüber der totalitären Autokratie: dass wir uns nicht mögen müssen, dass wir nicht einander gleich sein müssen, dass wir uns selbst entscheiden dürfen, was wir individuell unter einem guten Leben verstehen. **Wir müssen einander nicht zustimmen oder uns ähneln. Wir müssen einander nur lassen können.** Das ist die Entlastung, die eine offene, plurale Demokratie gegenüber den Zumutungen autokratischer, religiöser, totalitärer Ordnungen bietet. **Wir dürfen einander auch freundlich gleichgültig sein.**

Nach: Emcke, Carolin: Putin verachtet den Rechtsstaat – überall. In: Süddeutsche Zeitung, 01.07.2023, S. 5, Einleitung und Hervorhebungen vom Bearbeiter

Aufgaben

71911-361

1. a) Fassen Sie die in 1 genannten Sachverhalten mit eigenen Worten zusammen.
   b) Beurteilen Sie das Verhältnis der ungarischen Regierung zum demokratischen Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.
   c) Diskutieren Sie die Folgen, die sich aus der fortgesetzten Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien ergeben könnte.
2. Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur in 2 und stellen Sie Zusammenhänge zu den Themen dieses Kapitels her.
3. a) Interpretieren Sie die in Text 3 hervorgehobenen Schlüsselsätze.
   b) Diskutieren Sie die Reichweite, aber auch mögliche Schranken des in den markierten Textstellen ausgedrückten Toleranzgedankens.

Lösungsvorschläge

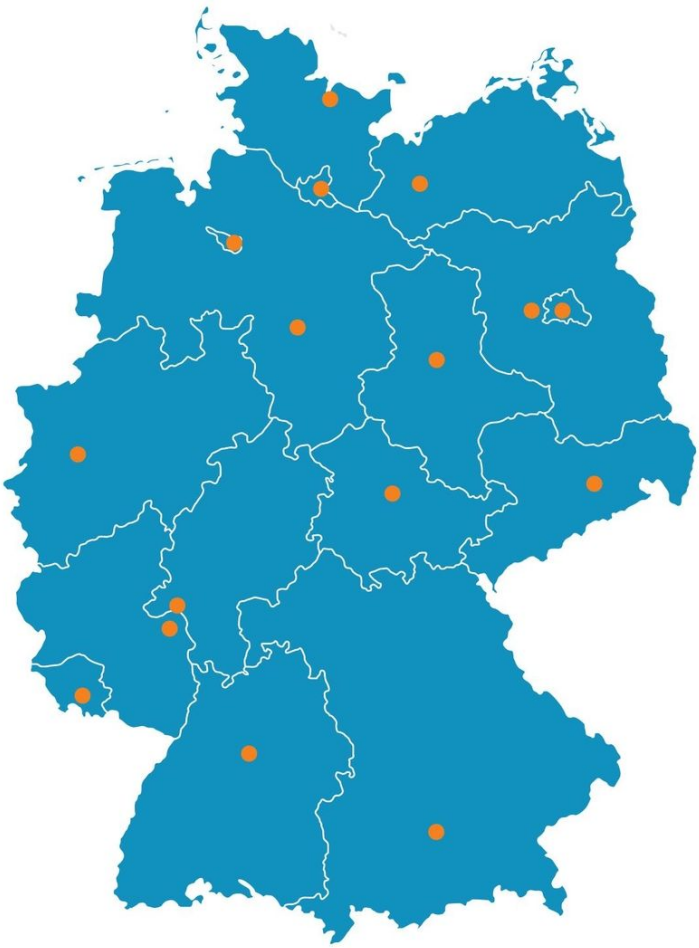
71911-362

1

Eine Frau betrachtet Plakate für die Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober 2018.

Hinweis
Der Begriff Bundesländer ist als solcher eigentlich nicht korrekt und wird nur umgangssprachlich verwendet. Genau genommen müsste man von den Ländern des Bundes sprechen.

2 **Die Länder der Bundesrepublik Deutschland**



Bearbeiterin

Die föderale Demokratie in Deutschland mitgestalten

4

Die Deutschen wissen ihre Bundesstaatlichkeit durchaus zu schätzen – so muss man zumindest die Stürme der Entrüstung interpretieren, die sich regelmäßig erheben, wenn Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler anregen, aus ökonomischen oder Wettbewerbsgründen, die Anzahl der Bundesländer zu reduzieren oder einige kleinere Länder zusammenzulegen. Dennoch gibt es auch viel Kritik an der deutschen „Kleinstaaterei" und nicht zuletzt während der Corona-Krise waren zwei Drittel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger der Ansicht, dass der Föderalismus in der Pandemiebekämpfung eher geschadet als genutzt habe. Dies ergab eine Civey-Umfrage im März 2021. Wo liegen also die Stärken, wo die Schwächen unseres föderal organisierten Staates? Und welches Plus an demokratischen Möglichkeiten bietet er seinen Bürgerinnen und Bürgern?

Kompetenzen

Am Ende des Kapitels sollten Sie Folgendes wissen und können:

- an einem Politikfeld (z. B. Umweltpolitik oder Integration) Chancen politischen Handelns auf kommunaler Ebene sowie im Freistaat Bayern diskutieren, daraus Möglichkeiten persönlicher Einflussnahme ableiten und davon ausgehend das Verhältnis zwischen Interessendurchsetzung und Gemeinwohlorientierung in der repräsentativen Demokratie reflektieren
- sich mit Regelungen und einem konkreten Beispiel zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid oder zu Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern auseinandersetzen, um Möglichkeiten direktdemokratischer Mitbestimmung kennenzulernen
- Szenarien zur Übertragbarkeit plebiszitärer Elemente auf Bundesebene (z. B. Einführung von Quoten, Beschränkung auf bestimmte Themenfelder) entwickeln, um deren Möglichkeiten und Grenzen auf gesamtdeutscher Ebene zu diskutieren
- kriteriengeleitet (z. B. Bürgernähe, Gewaltenteilung, Partizipationsmöglichkeiten, Effizienz, Ideenwettbewerb und kulturelle Vielfalt) politisches Handeln in einem zentralistischen und einem föderalistischen Staat (z. B. in Form einer digitalen Pinnwand) vergleichen und so die Chancen der beiden ordnungspolitischen Positionen beurteilen

Aufgaben

71911-400

1. Benennen Sie mit Hilfe der Blanko-Karte (2) auf der vorherigen Seite die 16 Bundesländer inklusive ihrer Hauptstädte.
2. Reaktivieren Sie Ihr Wissen aus der Jahrgangsstufe 10 und notieren Sie eine knappe Definition des Staatsprinzips „Bundesstaat" in Ihr Heft. Vergleichen Sie Ihre Definition mit zwei bis drei Mitschülerinnen und Mitschülern und einigen Sie sich auf eine optimale Lösung.
3. Sammeln Sie in einem Brainstorming mit der Klasse Begriffe, die Sie mit dem Begriff „Föderalismus" verbinden. Markieren Sie mit unterschiedlichen Farben, ob es sich um eher positive oder eher negative Assoziationen handelt und tauschen Sie sich über das Ergebnis aus.

4.1 Föderalismus in Deutschland – eine Chance für politisches Handeln?

Zum Thema: Eines der unveränderlichen Verfassungsprinzipien ist die Bundesstaatlichkeit. Das Miteinander und bisweilen auch Gegeneinander von 16 Bundesländern und ihrem übergeordneten Ganzen, der Bundesrepublik Deutschland, ist ein bestimmender Faktor im politischen Prozess hierzulande. Wie konstruktiv und effektiv ist die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in ausgewählten politischen Handlungsfeldern?

M1 Fallbeispiel Bildungsföderalismus: Verschiedene Wege führen zum Abitur

Schuljahre bis zum Abitur am Gymnasium
Stand: 2023

73000-306

1 Schleswig-Holstein
2 Hamburg
3 Berlin
4 Bremen
5 Niedersachsen
6 Nordrhein-Westfalen
7 Hessen
8 Rheinland-Pfalz
9 Saarland
10 Baden-Württemberg
11 Bayern
12 Mecklenburg-Vorpommern
13 Brandenburg
14 Sachsen-Anhalt
15 Thüringen
16 Sachsen

Ausschließlich G8
Ausschließlich G9
Mischformen aus G8 und G9*

**in fast allen Bundesländern gibt es Pilotprojekte oder Ausnahmen. Auf eine detaillierte Darstellung dieser wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.*

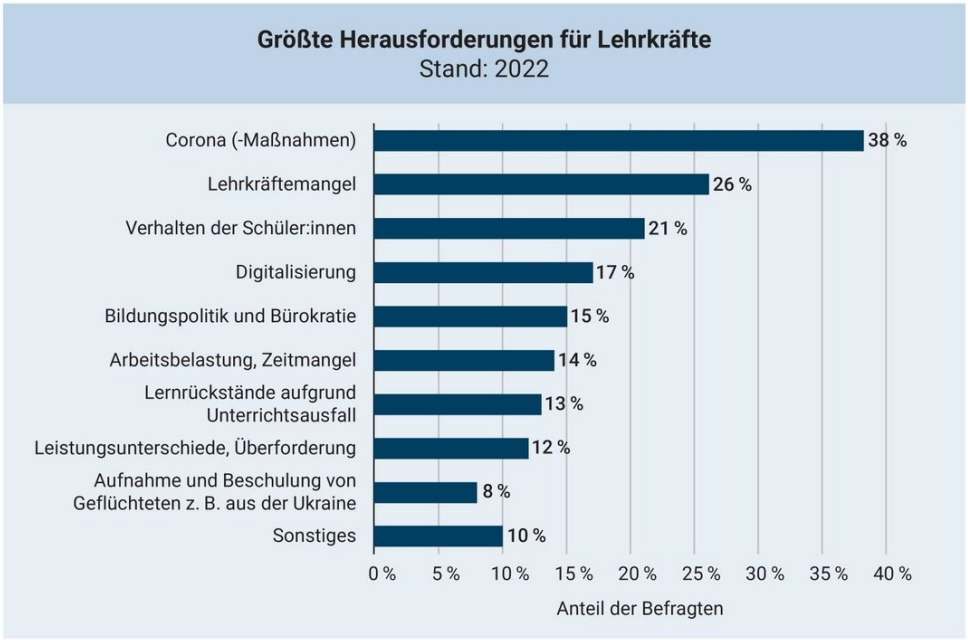
© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: eigene Recherche (Datenerhebung: 2023; Grafikerstellung: 2023)

Einstiegsaufgaben

71911-410

1. Sammeln Sie Erfahrungen und Berührpunkte, die Sie bereits mit der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland gemacht haben.
2. a) Sehen Sie sich die Grafik **M1** an und notieren Sie Folgen des föderalisierten Bildungssystems der Bundesrepublik Deutschland.
   b) Diskutieren Sie anschließend Ihre Ergebnisse in der Klasse.

M2 Welchen Herausforderungen stellen sich Schulen aktuell?



Nach: Statista, 1.017 Befragte im April 2022, Mehrfachnennungen möglich

M3 Digitalpakt Schule: Bund-Länder-Streit auf dem Rücken der Schülerschaft?

Dass das John-Lennon-Gymnasium in Berlin-Mitte zur digitalen Avantgarde gehört, sieht man ihm von außen nicht an. Ein gelb gestrichener Altbau, der schon lange keine Renovierungsarbeiten mehr gesehen hat. Doch die Schule ist im vergangenen Jahr als erste „Smart School" Berlins ausgezeichnet worden.

Schulleiterin Doris Hellmuth […] erzählt von der digitalen Revolution, die ihre Schule erfasst hat:

„Ich kann jeden meiner Schüler jederzeit über ‚It's learning' erreichen. Weil das auch eine App ist, die haben sie auf ihrem Smartphone." […] Über die cloudbasierte Plattform „It's learning" können Lehrer Unterrichtsmaterialien einstellen und Schüler ihre Hausaufgaben digital abgeben, die dann in der nächsten Unterrichtsstunde auf das Smartboard projiziert und gemeinsam diskutiert werden. Fast jedes Klassenzimmer ist damit ausgestattet.

Dass die Schule so weit gekommen ist, wo andere Schulen noch buchstäblich in der Kreidezeit leben, hat sie nicht der Berliner Schulpolitik zu verdanken, sondern vor allem der eigenen Initiative. Für die Smartboards seien Mittel aus Lottoeinnahmen beantragt worden. „Alle Lehrer haben dann wahnsinnig viel Arbeit da reingesteckt. Und dass wir jetzt iPads kaufen können, das verdanken wir zum Teil unserem Förderverein."

Doch an der technischen Ausstattung der Schule mangelt es immer noch vorne und hinten. Die Computer sind veraltet, das WLAN bricht in dem alten Gemäuer ständig zusammen. Es fehlen weitere Schultablets – zumindest drei Klassensätze braucht die Schule. „Und das ist ein Spagat, der schwierig auszuhalten ist manchmal. Weil so viele intellektuelle Mühen investiert wurden. Und man sich dann irgendwann fragt: Ja wozu nützt uns das denn, wenn wir immer noch nicht mit den Schülerinnen und Schülern tatsächlich vor Ort im Internet arbeiten können?"

Eigentlich hätte die Politik längst Abhilfe

DigitalPakt Schule
Mit dem 2018 angekündigten DigitalPakt Schule unterstützt der Bund die Länder und Kommunen mit 5 Milliarden Euro beim Aufbau einer digitalen Infrastruktur im Bildungsbereich. Für die Umsetzung des Vorhabens musste 2019 das Grundgesetz geändert werden, da aufgrund der Bildungshoheit der Länder keine Bundesmittel in Bereiche fließen dürfen, für die alleine die Länder zuständig sind. Die Absicht dieses in der Föderalismusreform 2006 beschlossenen Kooperationsverbotes war es, eine Einflussnahme des Bundes auf die Bildungspolitik der Länder zu verhindern.

Art. 30 GG
„Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt."

In Verbindung dazu Art. 73 GG (ausschließliche Gesetzgebung des Bundes) und Art. 74 GG (konkurrierende Gesetzgebung).

schaffen wollen. Denn ab dem ersten Januar [2019] sollte das Geld aus dem Digitalpakt fließen. Dabei hat der Bund schon vor mehr als zwei Jahren fünf Milliarden Euro in Aussicht gestellt, um damit die deutschen Schulen ins digitale Zeitalter zu hieven. Mit schnellem Internetanschluss und einer Schulcloud, mit Tablets, Smartboards und Notebooks.

Doch aus dem Geldsegen wurde vorerst nichts. Das Projekt Digitalpakt ist in den Mühlen des Föderalismus zerrieben worden. Seit Monaten tobt zwischen Bund und Ländern ein Streit darum, wie das Geld an die Schulen gelangen kann. Denn Bildung ist Ländersache. [...] Die Ministerpräsidenten, sonst kaum ein Ausbund an Harmonie, waren sich selten einig in ihrem Zorn.

Habermalz, Christiane / Fiebig, Peggy: Der Digitalpakt als Prüfstein für den Föderalismus. In: www.deutschlandfunk.de, 29.01.2019

M4 Kontrovers: 16 Schulsysteme in 16 Ländern in Deutschland: muss das sein?

1 Frank Vollmer argumentiert: ja! Der Föderalismus garantiert Wettbewerb.

Auf den Bildungsföderalismus zu schimpfen, ist beliebt. Billig ist es auch. Dass zwischen den 16 Bundesländern manches unrund läuft, bestreitet niemand. Daher alles zentralisieren zu wollen, ist ein fataler Fehlschluss.

Dass die Bundesländer die Schulpolitik machen, ist ein Segen. Am Bildungsföderalismus scheitern die Allmachtsfantasien der Technokraten. Oder will jemand ernsthaft, dass Entscheidungen über die Schule seiner Kinder am Niederrhein in einem Berliner Ministerium getroffen werden, nach denselben Kriterien wie für Hamburg und Vorpommern? Und auch wenn man es sich kaum noch zu sagen traut (es klingt ja so böse ökonomisch): Der Föderalismus – und nur er – garantiert Wettbewerb. Als NRW 2013 im Länder-Leistungsvergleich, nun ja, bescheiden abschnitt, erzeugte das direkt Druck auf die Landespolitik. In einem Zentralsystem, was sollte man da vergleichen? Ein Gymnasium in Gera mit einem in Goch? Und die Schuld an schlechten Leistungen dann galant den Lehrern zuschieben, weil die Politik ja dieselbe ist, nämlich Schema F für alle? Zentralismus verwischt Verantwortung. Vergleichbarkeit ist wichtig, kein Zweifel, und da gibt es noch viel zu tun, zum Beispiel beim Schulwechsel. Es müsste eine Art Punktesystem geben, in das die Heimatschule einen Schüler nach dessen Leistungen einordnen könnte. Gemäß dieser Skala müssten ihn dann Schulen in anderen Bundesländern in ihren Lehrbetrieb übernehmen.

Das war es dann aber auch – Vergleichbarkeit. Einheitlichkeit kann in einem Bundesstaat nicht das Ziel sein. Föderalismus ist der Garant gegen die Übermacht einer Mode. Umso absurder ist es, dass die am lautesten über ihn wehklagen, die am anderen Ende der Republik ein schönes, renommiertes Gymnasium für ihre Sprösslinge suchen. Ohne Bildungsföderalismus gäbe es gar keine Gymnasien mehr – da hätte sich in den 70ern längst irgendein Einheitsschul-Apostel durchgesetzt. Wer die Bildung zentralisiert, schafft über kurz oder lang das gegliederte Schulsystem ab. Das kann man wollen (auch wenn es Unfug ist). Man muss sich nur darüber klar sein.

Technokratie
[griech.] Herrschaft der Sachverständigen und Technokraten. I. d. R. negative, gelegentlich neutrale Beschreibung einer Regierung, die ihre Entscheidungen (ausschließlich) an wissenschaftlich-technischen Argumenten und Sachzwängen orientiert und die politisch-demokratische Willensbildung außer Acht lässt.

Schulbert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon. In: www.bpb.dem Abruf am 18.11.2022

2 Stefan Weigel ist der Meinung: nein. Er erkennt in der Schulpolitik Nachteile für Eltern.

Mal angenommen, lieber Leser, Sie hätten ein weißes Blatt Papier vor sich und sollten aufzeichnen, wie Sie sich ein Schulsystem wünschen für ein Land mit 80 Millionen Menschen. Würden Sie dann a) ein Modell malen, in dem eine zentrale Behörde einen Rahmen vorgibt, und den Rest den Schulen vor Ort überlassen? Oder würden Sie b) das Land in 16 regionale Einheiten in Größen zwischen 500.000 und 18 Millionen Einwohnern aufteilen, 16 eigenständige Bildungsministerien einrichten, mit 16 unterschiedlichen Lehrplänen und mehr als 700.000 Lehrern, die zum größten Teil als Beamte jeweils 16 unterschiedlichen Landesgesetzen unterliegen, und diesen Landesministerien dann per Gesetz jegliche Form der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung untersagen?

Wenn Sie sich für Möglichkeit b) entscheiden – viel Spaß mit den anderen Insassen Ihrer Anstalt! Für alle anderen gilt: willkommen auf der Seite der Vernunft. Denn es gibt keinen einzigen guten Grund dafür, das Schulsystem in Deutschland so zu organisieren, wie das Schulsystem in Deutschland organisiert ist. Die Befürworter eines föderalen Bildungssystems argumentieren mit einem Wettbewerb der unterschiedlichen Modelle, in dem sich am Ende das beste durchsetzt. Das klingt marktwirtschaftlich gut und ist oft auch richtig, etwa bei der Produktion von Autos oder Handys. Wenn es um Schule geht, aber eher nicht. Denn was nützt Eltern aus Bremen ein gutes Bildungssystem in Sachsen? Nichts. Es sei denn, sie zögen nach Leipzig. Und selbst das müssten sie schnell tun. Nach der Einschulung wird ein Wechsel über Ländergrenzen nämlich schwierig.

Noch schwieriger als für Schüler ist es übrigens für Lehrer, von einem Bundesland in ein anderes zu wechseln. Dafür gibt es extra eine „Verfahrensabsprache zur Durchführung der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz zur Übernahme von Lehrkräften aus anderen Ländern" und lange Wartelisten. Aber das hätten Sie sicher auf ihrem weißen Blatt auch so aufgemalt – vorausgesetzt, Sie hätten sich doch für Möglichkeit b) entschieden.

Vollmer, Frank und Weigel, Stefan: 16 Länder, 16 Schulsysteme – muss das wirklich sein? In: www.rp-online.de, 06.02.2016

Aufgaben

71911-412

1. Interpretieren Sie die Ergebnisse der Lehrkräfte-Befragung von 2022 (**M2**) vor ihrem zeitlichen Hintergrund und vergleichen Sie diese Gewichtung mit aktuellen Herausforderungen an Schulen. Führen Sie hierzu eine (nicht repräsentative) Befragung von Schulleitung und Lehrkräften an Ihrer Schule durch.
2. Diskutieren Sie, welche bildungspolitische Ebene (Bund, Länder, Kommunen) am besten geeignet ist, diese Herausforderungen zu meistern.
3. Rekapitulieren Sie Ihr Wissen über vertikale Gewaltenteilung aus der 10. Jahrgangsstufe und zeigen Sie auf, dass die Pluspunkte „Machtbeschränkung" und „Machtkontrolle" auch im Bildungsföderalismus zum Tragen kommen.
4. Werten Sie (ggf. in arbeitsteiliger Arbeit zu zweit) beide Positionen aus **M4** aus und formulieren Sie die Argumente für bzw. gegen den deutschen Bildungsföderalismus.

M5 Bund und Länder – Konkurrenten oder Partner in der Bildungspolitik?

Im Jahr 1964 haben die Länder erstmals länderübergreifende, einheitliche Regelungen für das Schulwesen getroffen. Das „Hamburger Abkommen" regelte [...] die Notengebung, den Beginn und das Ende des Schuljahres, den Korridor für die Sommerferien, die Fremdsprachenfolge und die Bezeichnung der unterschiedlichen Schularten und ihrer Abschlüsse. Die Länder haben nun [...] diese Vorgaben überarbeitet, aktualisiert und an die Bedingungen von heute angepasst. [...] Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat diese im Oktober 2020 als „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen" beschlossen. [...]
Im Vordergrund der Ländervereinbarung stehen die Aspekte der Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung, eine bessere Vergleichbarkeit der Bildungssysteme und Schulabschlüsse über Ländergrenzen hinweg. Es werden die Voraussetzungen geschaffen, um der erhöhten Mobilität von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie der Lehrkräfte zeitgemäß Rechnung zu tragen. [...] Bei der Qualitätssicherung verpflichten sich die Länder, die in der Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz beschriebenen Instrumente (Bildungsstandards, nationale und internationale Vergleichsstudien, Abituraufgabenpool, Vergleichsarbeiten, Bildungsberichterstattung) zu nutzen und sie in landesspezifische, kohärente Systeme der Qualitätssicherung und -entwicklung einzubinden. Einer der zentralen Punkte der Ländervereinbarung ist die weitere Angleichung der Rahmenvorgaben für die gymnasiale Oberstufe. Hier legen die Länder bis zum Jahr 2023 eine genaue Anzahl verpflichtend zu belegender und in die Gesamtqualifikation einzubringender Fächer einschließlich ihrer Gewichtung fest. Sie verständigen sich darüber hinaus auf eine einheitliche Anzahl zu wählender Fächer auf erhöhtem Anforderungsniveau. Des Weiteren verständigen sich die Länder auf einheitliche Regelungen zur Leistungsermittlung in den vier Schulhalbjahren der Qualifikationsphase. [...] Des Weiteren werden die Länder die in der Strategie „Bildung in der digitalen Welt" und dem DigitalPakt Schule vereinbarten Ziele konsequent weiterverfolgen. Hier geht es um die Verankerung von fachdidaktischen Kompetenzen zur Nutzung digitaler Medien in der Lehramtsausbildung, digitale Lehr- und Lernmittel für alle Fächer und Klassenstufen bis 2025, verbindliche technische Schnittstellen zwischen den Medienportalen der Länder und Schulträger und den Plattformen von Anbietern von Bildungsmedien.

Nach: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Ein starkes Signal für den Bildungsföderalismus. In: www.km-bw.de, 03.02.2021

M6 Wie funktioniert Bildungspolitik im Zentralstaat Frankreich?

Anders als in Deutschland ist das Schulsystem in Frankreich vollkommen zentralisiert: Ein Ministerium reguliert das Leben der Collèges und Lycées, der französischen Mittel- und Oberschulen, im gesamten staatlichen Hoheitsgebiet bis ins kleinste Detail: Die Abschlussprüfungen sind landesweit einheitlich – in ganz Frankreich werden die Abiturfragen feierlich am selben Tag und zur selben Zeit geöffnet –, ebenso wie die Lehrpläne. Und sogar die Computersoftware, welche die Lehrer*innen verwenden, um die Noten zu erfassen oder die Zeugnisse zu erstellen, ist eine Online-Software, auf die man von jeder Schule aus zugreifen kann. Dieser extreme Zentralismus, der nicht den geringsten Raum für irgendeine Form der Unabhängigkeit der einzelnen Lehranstalten lässt, führt zu einer enormen Verantwortung des Bildungsministeriums, welches den Schulalltag umfassend regelt. Vor diesem Hintergrund wird klar, warum die Vorstellungen der einzelnen Kandidat*innen zur Bildungspolitik so akkurat ausgearbeitet sind: Die gewählte Strategie [regelt] den Alltag der einzelnen Lehranstalten mehr oder weniger nach dem gleichen Modell regelt – von der Anzahl der einzustellenden Lehrkräfte, über den Stundenplan der Schüler*innen bis hin zum Inhalt der Lehrpläne.

Barrière, Anne-Lise: Bildungspolitik – Dauerthema jedes französischen Präsidentschafswahlkampfs. In: www.bpb.de, 31.03.2017

Eine Pro- und Kontra-Diskussion führen

Die Pro- und Kontra-Diskussion hilft, konträre (gegensätzliche) Meinungen auszutauschen. Es handelt sich dabei um eine Methode, unterschiedliche Meinungen bzw. Positionen zwischen zwei Parteien zu einer Thematik sichtbar zu machen.

1 Grundlegende Entscheidungen und Festlegung des Szenarios

Bei der Planung einer Pro-Kontra-Diskussion sollte zunächst die grundlegende Entscheidung getroffen werden, ob man eine simulative oder nicht-simulative Diskussion durchführen will, denn dies bedingt die Auswahl der Problem- oder Entscheidungsfrage. Es sollte sich zudem um eine bedeutungsvolle, konkret formulierte und in den Auswirkungen für Viele spürbare Frage handeln. Die Frage sollte sinnvoll mit Ja oder Nein zu beantworten und zu begründen sein. Im Anschluss daran gilt es, ein Szenario festzulegen:

- Auswahl der Akteure,
- die Gestaltung des (Klassen-) Raumes,
- Verständigung über den Ablauf.

2 Auswahl der Akteure

- Ein/e Moderator/in: Sie/Er führt die Abstimmung durch und achtet darauf, dass Spielregeln und Zeitvorgaben eingehalten werden. Er bzw. sie trägt Prozessverantwortung, nicht die Inhaltsverantwortung.
- Z. B. zwei Anwältinnen oder Anwälte (Pro und Kontra): Sie halten das Eingangs- und Schlussplädoyer und befragen die Sachverständigen.
- Zwei bis vier Sachverständige: Sie artikulieren keine eigene Position, sondern sie bieten nur Informationen, Erfahrungen und Wissen zu Begründungen für einzelne Positionen. Die Rollen der Sachverständigen müssen in Arbeitsgruppen intensiv vorbereitet, sowie durch Rollenkarten und zusätzliches Material gestützt werden.
- Das Publikum darf die Beobachtungsrolle nicht vernachlässigen. Denn indem die vorgetragenen Argumente gesammelt werden und deren strategischtaktische Relevanz für den Debattenverlauf beurteilt wird, kann ein Perspektivenwechsel zur Innenansicht aller Akteure gelingen. Dies erfolgt aber nur bei konkreten Beobachtungsaufgaben und nicht bei einer eher passiven Adressatenhaltung.

Bearbeiter

M7 Fallbeispiel Pandemiebekämpfung im föderalistischen System: Der Kampf gegen COVID-19 im Bundesstaat Deutschland ...

1 Eine Karikatur zum Föderalismus während der Corona-Pandemie

Karikatur: Klaus Stuttmann, 2020

2 Krisenmanagement im föderalistischen Staat

Über den deutschen Föderalismus wird gern und viel gemeckert: Kleinstaaterei, föderaler Wirrwarr, abschaffen! Auch angesichts der Ausbreitung des Coronavirus, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am Mittwoch als Pandemie einstufte, fühlen sich KritikerInnen wieder bestätigt: Wieso gibt es keine zentral gesteuerten Notfallpläne, wieso schweigt die Kanzlerin so lange? Um dann neidvoll nach Italien zu blicken, wo [der ehemalige] Ministerpräsident Giuseppe Conte [2018-2021] als oberster Krisenmanager das Land flächendeckend unter Quarantäne gestellt hat.

Doch ausgerechnet jetzt ist Kritik am Föderalismus völlig unberechtigt. Deutschland ist eben kein Einheitsstaat mit starker Zentralregierung wie Italien. Entsprechend zurückhaltend tritt die [ehemalige] Kanzlerin auf. Mehr noch: Der Föderalismus ist sogar das bessere System, um solch eine Krise zu überstehen. Da behält Angela Merkel, die sich am Mittwoch in

der Bundespressekonferenz endlich doch noch zu Wort meldete, recht.

Deutschlands föderales Prinzip ist von Vorteil, weil es dezentrales und dem Problem angepasstes Handeln ermöglicht. Im konkreten Fall heißt das, dass Merkel eben nicht wie Conte in Italien entscheiden kann, dass etwa flächendeckend Schulen und Kitas geschlossen werden. In Deutschland entscheiden darüber die Bundesländer und ihre regionalen Ämter, die die Lage vor Ort am besten einschätzen können.

Wieso sollte auf Hiddensee, wo noch keine Coronavirusinfektion gemeldet wurde, der Unterricht genauso ausfallen wie aktuell im Kreis Heinsberg, dem Epizentrum der Epidemie. Das wäre völlig überzogen. Kann deshalb jedes Land und jede Kommune handeln, wie es beliebt? Natürlich nicht. Der deutsche Föderalismus ist ein kooperativer und kein dualer wie in der Schweiz.

Das heißt, es geht nicht vorrangig um Vielfalt und Wettbewerb – auch wenn das im Bereich der Bildung anders erscheinen mag –, sondern die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern steht im Mittelpunkt. Diese Zusammenarbeit funktioniert in der bisherigen Krise bisher ganz gut. Die Große Koalition hat sich am Sonntag auf ein erstes, schnelles Milliardenpaket geeinigt, um die wirtschaftlichen Einbußen abzufedern. Kurzarbeitergeld kann leichter beantragt werden und Unternehmen bekommen Liquiditätshilfen.

[Der ehemalige] Gesundheitsminister Jens Spahn hat zudem empfohlen, Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 [Teilnehmerinnen und Teilnehmern] abzusagen. Und binnen drei Tagen haben das alle Bundesländer auch mehr oder weniger so umgesetzt, wenn auch manchmal erst nach Ermahnung.

Lehmann, Anna: Die Stunde des Föderalismus. In: www.taz.de, 11.03.2020

M8 ... und im Zentralstaat Frankreich

Dass Frankreich den Vergleich mit dem deutschen Nachbarn sucht, ist nicht neu. In der letzten Zeit aber erfolgt der Blick über den Rhein häufiger als üblich. Seit Wochen analysieren die französischen Medien, wie Deutschland durch die Corona-Pandemie kommt. Und sie fragen, warum das Nachbarland weniger Schaden zu nehmen scheint als das eigene. Laut der Johns Hopkins University sind in Frankreich bisher (Stand 28.4.2020) 23 293 Personen am Coronavirus gestorben, in Deutschland 6 126, obwohl weniger strenge Ma[ß]nahmen verhängt wurden. Bei Versuchen, den Unterschied zu erklären, ist von den vielen Tests in Deutschland die Rede, von einer hohen Dichte an Spitälern und Intensivbetten. François Bayrou, Bürgermeister der südwestfranzösischen Stadt Pau und ein Vertrauter von Emmanuel Macron, [...] führte Frankreichs „Versäumnisse" im Umgang mit der Pandemie auf die Schwächen des Zentralstaates zurück. Dass das Virus Deutschland weniger stark getroffen habe, liege auch an lokalen Antworten, mit denen unvorhersehbaren Ereignissen wirksamer begegnet werden könne, argumentierte der Politiker. [...]

Seit sich die Corona-Pandemie auf französischem Boden auszubreiten begann, bewältigt das Land die Krise wie die meisten gro[ß]en Fragen: zentral. Entscheidungen wurden in Paris getroffen und flächendeckend umgesetzt. Verfolgt man eine einheitliche Strategie, bietet das Vorteile. Unter anderem, weil Ma[ß]nahmen schnell ergriffen werden können.

Am Abend des 16. März [2020] kündigte Präsident Macron eine landesweite Ausgangssperre an. Als sie am nächsten Tag um 12 Uhr in Kraft trat, hatte die Administration bereits ein Formular ausgearbeitet, das Franzosen seither herunterladen und ausfüllen müssen, um vor die eigene Haus-

Todeszahlen der COVID-19-Pandemie (Stand: Juli 2023)

Frankreich: 167.985 Tote bei einer Bevölkerung von ca. 65 Millionen Menschen

Deutschland: 174.979 Tote bei einer Bevölkerung von ca. 84 Millionen Menschen

Quelle: WHO

tür treten zu dürfen. Die Vorschrift trat für alle zur gleichen Zeit in Kraft, ob sie in der Bretagne leben, in der Ile-de-France oder auf Korsika. Zahlreiche Polizisten und Gendarmen überwachen seither die Einhaltung der Vorschrift. Für Unmut sorgte sie bei den sonst so freiheitsliebenden Franzosen kaum.

Auch bei der Entlastung der am stärksten vom Virus betroffenen Gebiete reagierte Frankreich rasch. Aus der Region Grand Est, wo Spitäler an ihre Grenzen stie[ß]en, lie[ß] die Regierung ab 18. März Patienten in andere Landesteile verlegen – und mobilisierte dazu auch die Staatsbahn SNCF. [...] „Das zentralistische System hat diese Operationen erleichtert", sagt François Heisbourg, Sicherheitsexperte und Politikberater bei der Fondation pour la Recherche Stratégique, der vor vierzehn Jahren an der Ausarbeitung einer Pandemiestrategie beteiligt war. [...]

Nachteile bringt der Zentralstaat, wenn er lokale Initiativen hemmt. Dass in Frankreich im Vergleich zu Deutschland vor allem anfangs sehr wenige Personen auf Sars-CoV-2 getestet wurden, hat viele Gründe. Doch scheint in Deutschland auch das dezentrale Gesundheitssystem dazu beigetragen zu haben, dass Tests in unterschiedlichen Labors rasch zum Einsatz kamen. [...]

Zwar gibt es im Kampf gegen das Virus in Frankreich einige lokale Initiativen. Städte wie Nizza oder Cannes sind aktiv geworden und haben begonnen, wiederverwendbare Stoffmasken an die Bevölkerung zu verteilen, in Cannes wurde dafür eine eigene Produktion mit rund vierzig Freiwilligen gestartet. Bürgermeister, die in ihrer Gemeinde eine Maskenpflicht einführen und damit von den nationalen Regeln abweichen wollten, wurden allerdings vom Innenminister und auch vom obersten Verwaltungsgericht in die Schranken gewiesen.

Bisher wurden Ma[ß]nahmen nur in sehr geringem Ausma[ß] an lokale Gegebenheiten angepasst. Regionale Lockerungen gab es keine, obwohl etwa der Südwesten des Landes weit weniger stark vom Virus betroffen ist als der Gro[ß]raum Paris. „Unterschiedliche Ma[ß]nahmen hätten wohl ein Gefühl der Ungerechtigkeit in der Bevölkerung geschürt", sagt der Politologe Cautrès.

Kormann, Judith: Wie der Zentralstaat Frankreich durch die Krise steuert. In: Neue Züricher Zeitung, 28.04.2020

Aufgaben

5. Erschließen Sie aus **M3** und **M5** das Verhältnis zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik und bewerten Sie unter Einbeziehung von **M1** und **M2** Folgen der aktuellen Vereinheitlichung im Bildungswesen.
6. Führen Sie eine Pro-Kontra-Diskussion zum Thema „Bildungsföderalismus" (**M4**) nach dem vorgeschlagenen Muster (→ Methode S. 171) durch.
7. Erarbeiten Sie aus **M6** wesentliche Unterschiede in der Bildungspolitik von Deutschland und Frankreich und diskutieren Sie deren Auswirkungen auf die Schulen.
8. Arbeiten Sie aus den Materialien **M7** und **M8** heraus, welche Vorteile ein Bundesstaat und welche Vorteile ein Zentralstaat bei der Pandemiebekämpfung haben.
9. Vergleichen Sie politisches Handeln in einem zentralistischen und einem föderalistischen Staat nach den Kriterien Bürgernähe, Gewaltenteilung, Partizipationsmöglichkeiten, Effizienz, Ideenwettbewerb, kulturelle Vielfalt. Beurteilen Sie anschließend die Chancen der beiden ordnungspolitischen Positionen. Nutzen Sie dazu ggf. eine digitale Pinnwand.

Bundesstaatlichkeit → M4, M5, M7

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Artikel 20 GG ein Bundesstaat, auch föderativer oder föderalistischer Staat (lat. foedus = Bund, Bündnis) genannt. Das bedeutet, dass die Bundesrepublik Deutschland als übergeordneter Gesamtstaat aus mehreren Gliedstaaten bzw. Bundesländern – seit der Wiedervereinigung 1990 insgesamt 16 – besteht. Diese haben wie der Bund Staatsqualität, jedoch mit eingeschränkter Souveränität. Ihre staatliche Qualität zeigt sich in ihren eigenen Verfassungen, eigenen staatlichen Organen der Legislative, der Exekutive und der Judikative: den Landtagen, den Landesregierungen und den Verfassungs- und Staatsgerichtshöfen (Art. 28 Abs. 1 GG). Dass die Länder nur teilsouverän sind, zeigt sich darin, dass sie über keine eigene Verteidigungs- und Außenpolitik verfügen. Die Gesetzgebungsbereiche, über die die Bundesländer bzw. der Bund beschließen, sind im Grundgesetz genau geregelt.

82000-850

Bildungshoheit der Länder → M1, M3

Der Bereich Kultur und Bildung fällt laut Art. 70 GG in den Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung der Länder. Diese sogenannte Bildungshoheit überlässt den Ländern die Entscheidung u. a. über das Schulsystem (Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule oder zwei- bzw. dreigliedriges Schulsystem), Dauer der gemeinsamen Grundschulzeit und der Schulpflichtzeit, die Ausbildung der Lehrkräfte, die Lehrpläne, den Fächerkanon und die Prüfungsmodalitäten. Die Kultusministerkonferenz (KMK) als ständige Konferenz der Kultusministerinnen und Kultusminister aller 16 Länder dient dabei der Koordination und Weiterentwicklung im Bildungsbereich. Sie formuliert die gemeinsamen Interessen und Ziele der Länder, setzt Qualitätsstandards und trägt zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland bei, indem z. B. Bildungsabschlüsse gegenseitig anerkannt werden.

82000-851

Föderalismusreform → M3, M4

Durch die Reform der föderalen Strukturen Deutschlands wurde 2006 der Versuch unternommen, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern und so eine effizientere Aufgabenerfüllung zu erreichen. Dazu wurden die Kompetenzen von Bund und Ländern entflochten und klare Verantwortlichkeiten geschaffen. Mit der Änderung von insgesamt 25 Artikeln des Grundgesetzes wurde damit die umfangreichste Grundgesetzänderung seit 1949 vorgenommen. Waren vor der Reform 60 Prozent der Bundesgesetze zustimmungspflichtig, sind es nun weniger als 40 Prozent. Keine Einigung gab es in der Frage von Länderfusionen. Auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern (bis 2019 „Länderfinanzausgleich“) wurden erst 2020 neu geregelt.

82000-852

Zentralismus → M6-M8

Im zentralistisch organisierten Staat (auch Einheitsstaat) liegt die Macht anders als beim Föderalismus konzentriert an einer Stelle (z. B. in Frankreich in der Hauptstadt Paris bei der französischen Regierung). Die Regionen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Sie haben keine eigenen staatlichen Strukturen, Entscheidungsspielräume oder Gesetzgebungsbefugnisse. Entscheidungen werden von der Zentralgewalt für alle getroffen und müssen überall in gleicher Weise umgesetzt werden. Diese Staatsstruktur verspricht – zumindest in der Theorie – schnelle Reaktionsfähigkeit, eine starke, handlungsfähige Regierung und annähernd gleiche Lebensbedingungen im gesamten Land.

82000-853

WISSEN IM KONTEXT

Wie funktioniert das Zusammenspiel von Bund und Ländern?
M3-M5, M7

Bundes- und Landesebene sind in Deutschland eng miteinander verzahnt. Bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützen sich beide Seiten wechselseitig. Dieser sog. kooperative Föderalismus will regionale Besonderheiten und Schwerpunktsetzungen mit dem Ziel verbinden, durch Ausgleich und Umverteilung gleichwertige Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG) in ganz Deutschland zu erreichen. Aus diesem Grund wirken die Länder über den Bundesrat als Vertreter der Länderinteressen an der Gesetzgebung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Regelmäßige Bund-Länder-Treffen und fest etablierte Gremien, wie die Kultusministerkonferenz, fördern den Austausch und die Zusammenarbeit. Elemente des kompetitiven (auf Wettbewerb ausgerichteten) Föderalismus, der strengen Trennung von Bundes- und Landesebene, finden sich z. B. im Bildungsbereich und in Teilen des Gesundheitswesens. Hier wettstreiten die Länder um die beste politische Lösung.

Welche Gesetzgebungszuständigkeiten haben Bund und Länder?
M3

Das Grundgesetz unterscheidet in den Artikel 70 bis 74 welche Gesetzgebungsbefugnisse alleine beim Bund liegen (nach Art. 73 GG u. a. Außenpolitik, Staatsangehörigkeit und Passwesen, Währung, Zoll und Außenhandel, Bundeswehr und Verteidigung, Kernenergie, Waffen- und Sprengstoffrecht) und welche Befugnisse ausschließlich den Ländern obliegen (u. a. Kultur und Bildung, Polizeiwesen, Länderfinanzpolitik, Gesundheitswesen, Gaststätten und Ladenschluss, Gemeinde- und Kommunalrecht sowie Vereins- und Versammlungsrecht). In den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 72, 74 GG) fallen u. a. Ausländerrecht, Straßenverkehr, Umweltschutz und Lebensmittelrecht). Hier haben die Länder Entscheidungsrecht und Gestaltungsspielraum, solange der Bund seine Befugnisse nicht wahrnimmt.

Was sind die Vor- und Nachteile des Föderalismus?
M4, M5, M7

Der Föderalismus hat in Deutschland eine lange Tradition. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Bundesstaatlichkeit eine Hauptbedingung der Westalliierten für den demokratischen Staatsaufbau Deutschlands, um durch die vertikale Gewaltenteilung (Bund, Länder, Kommunen) die horizontale (Exekutive, Legislative, Judikative) zu stärken und so eine Machtkonzentration zu verhindern. Die Bundesstaatlichkeit erschwert durch wechselseitige Rücksichtnahme und gegenseitige Kontrolle Extrempositionen und wirkt damit stabilisierend.

Weitere Argumente für den Föderalismus sind der Erhalt der regionalen kulturellen Eigenheiten, die Orts- und Bürgernähe durch kleinere staatliche Einheiten verbunden mit größerer Überschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns, das Plus an Mitwirkungsmöglichkeiten für die Menschen und mehr Chancen für politische Parteien sowie die Rekrutierung von politischem Personal durch die Länderebene. Ein weiterer Vorteil, der sich in der Corona-Krise gezeigt hat, ist der Wettbewerb der Länder um die beste Lösung, die auf Landesebene ausprobiert und gegebenenfalls auf das gesamte Bundesgebiet übertragen werden kann.

Kritikerinnen und Kritiker des deutschen Föderalismus monieren die hohen Kosten, die der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler durch 16 Länderparlamente und Landesregierungen entstehen, sowie die langwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, bis gemeinsame Lösungen gefunden werden. Für Bürgerinnen und Bürger sind die verflochtene Staatstätigkeit und die Verantwortlichkeit manchmal schwer zu durchschauen und zwangsläufig entstehende Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern (v. a. im Schulwesen) oft nicht nachvollziehbar.

4.2 Das Volk als Gesetzgeber – direkte Demokratie im Freistaat Bayern

Zum Thema: Auf der Ebene ihres Bundeslandes nutzen Bürgerinnen und Bürger gerne die Möglichkeiten, sich jenseits von Wahlen einzumischen und dem Gesetzgeber ihre Vorstellungen von guter Politik aufzuerlegen. Lassen sich solche Elemente der direkten Demokratie auf die Bundesebene übertragen?

M9 Fallbeispiel: Das Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen!“

Plakat zum Volksbegehren

Plakat bei einer Demonstration des Bayerischen Bauernverbands

Pressefoto zum Start des Volksbegehrens

Einstiegsaufgaben

71911-420

1. Führen Sie in der Klasse eine Blitzabstimmung durch zum Thema: „Ich hätte mich 2019 für bzw. gegen das Volksbegehren Artenschutz entschieden!“
2. Begründen Sie anschließend Ihre Entscheidung.

M10 Das Volk spricht mit – Regeln bei der Volksgesetzgebung

Bayern ist nach der Bayerischen Verfassung eine repräsentative Demokratie, in der der Wille des Volkes durch das von ihm gewählte Parlament ausgeübt wird. Ergänzt wird diese parlamentarisch-repräsentative Ordnung aber durch [...] Elemente der unmittelbaren Demokratie, der nach der Bayerischen Verfassung ebenfalls ein hohes Gewicht zukommt:

1. die Volksgesetzgebung, wonach durch ein Volksbegehren eine Gesetzesvorlage eingebracht und ggf. über sie ein Gesetzesbeschluss durch einen Volksentscheid (mit einfacher Mehrheit) gefasst werden kann; auch verfassungsändernde Gesetze können im Wege der Volksgesetzgebung beschlossen werden, sie bedürfen aber nicht nur der Mehrheit der Abstimmenden, sondern auch der Zustimmung von mindestens einem Viertel der Stimmberechtigten (qualifizierte Mehrheit, auch Quorum genannt),
2. das obligatorische Verfassungsreferendum, wonach jeder Beschluss des Landtags auf Änderung der Verfassung dem Volk zur Entscheidung vorzulegen ist. Der entsprechende Beschluss des Landtags bedarf einer Zweidrittelmehrheit der (gesetzlichen) Mitgliederzahl, bei 180 Abgeordneten sind demnach mindestens 120 Stimmen notwendig; für die Zustimmung im anschließenden Volksentscheid ist die einfache Mehrheit der gültigen Stimmen ausreichend, unabhängig davon, wie viele Stimmberechtigte am Volksentscheid teilnehmen,
3. die Abberufung des Landtags durch Volksentscheid auf Antrag von einer Million stimmberechtigter Staatsbürger.

Stimmberechtigt bei Volksbegehren und Volksentscheiden sind die Staatsbürger, die auch für Landtagswahlen stimmberechtigt sind (Mindestalter 18 Jahre, deutsche Staatsangehörigkeit, Wohnung oder gewöhnlicher Aufenthalt seit mindestens drei Monaten in Bayern). Das Volksgesetzgebungsverfahren ist in Bayern dreistufig ausgestaltet:

1. Der Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens, der von mindestens 25.000 Stimmberechtigten unterzeichnet sein muss,
2. im Fall der Zulassung des Antrags das eigentliche Volksbegehren, bei dem sich innerhalb von zwei Wochen mindestens 10 % der Stimmberechtigten in Bayern in amtlichen Eintragungsräumen in die Listen eintragen müssen,
3. im Fall der ausreichenden Unterstützung des Volksbegehrens und der Nichtannahme des Gesetzentwurfs durch den Landtag schließlich der Volksentscheid, bei dem alle Stimmberechtigten über den Gesetzentwurf mit Ja oder Nein abstimmen können.

Informationen des Bayerischen Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration: Volksbegehren und Volksentscheide in Bayern. In: www.stmi.bayern.de, 30.07.2020

M11 Worum ging es beim Volksbegehren „Rettet die Bienen!"?

Das Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern" bzw. „Rettet die Bienen!" fand Anfang des Jahres 2019 in Bayern statt und beabsichtigte eine Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zum verstärkten Schutz der Tier- und Pflanzenwelt. U. a. sollte verboten werden,

- Feldgehölze, Hecken, Baumreihen, Lesesteinhaufen, Natursteinmauern, natürliche Totholzansammlungen, Feldraine und Kleingewässer zu beeinträchtigen,
- ab dem 1. Januar 2022 auf Dauergrünlandflächen flächenhaft Pflanzenschutzmittel einzusetzen,
- die Fläche entlang von stehenden und fließenden Gewässern auf einer Breite von fünf Metern landwirtschaftlich oder gartenbaulich zu bewirtschaften und
- bei der Mahd auf Grünlandflächen ab 1 Hektar von außen nach innen zu mähen.

Mahd
das Mähen

Gefordert wurde von den Initiatorinnen und Initiatoren, einem Bündnis aus ÖDP, den Grünen und etlichen Umweltverbänden, wie dem Bund Naturschutz und dem Landesbund für Vogelschutz,

- den Anteil von Biotopen von 4,25 % der unbebauten Fläche auf 10 % (bis 2023) und 13 % bis 2027 zu steigern und

- den Ökoanbau von derzeit unter 10 % auf mindestens 20 % bis 2025 und 30 % bis 2030 zu erhöhen.

Zwischen dem 31. Januar 2019 und 13. Februar 2019 trugen sich über 1,7 Millionen Bayerinnen und Bayern in die Eintragungslisten ein. Damit ist das Volksbegehren Artenvielfalt das bislang erfolgreichste im Freistaat Bayern.

Bearbeiterin

M12 „Rettet die Bienen!" Das sagen eine Befürworterin und ein Gegner des Volksbegehrens

1 Das sagen die Befürworterinnen und Befürworter: „Eine historische Chance"

Wenn [Agnes Becker] über das Volksbegehren spricht, bemüht sie große Worte. „Eine historische Chance für den Naturschutz und mehr Artenschutz" sei die Initiative. Den Text kennt sie auswendig. Bei Nachfragen kommen die Antworten prompt: „54 Prozent aller Bienenarten sind bedroht, bei den Schmetterlingen haben wir dramatische Rückgänge von über 70 Prozent." Agnes Becker ist die Landesbeauftragte des Volksbegehrens und stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende. Und ein Umdenken sei dringend nötig, findet sie. „Wir haben fünf vor zwölf", mahnt sie. Förderprogramme, an denen Bauern freiwillig teilnehmen, seien nicht mehr ausreichend, um das Artensterben aufzuhalten. „Wir haben keine Zeit mehr zu warten, bis es jeder verstanden hat." Ihre Befürchtung: „Dass Menschen wie in China mit Wattestäbchen losziehen und Pflanzen von Hand bestäuben."

Ein großer Profiteur des Volksbegehrens wäre die Köcherfliege. Über mehrere hundert Meter könne eine Laterne alle Köcherfliegen aus einem Gewässer locken. Lichtverschmutzung wird das Phänomen genannt, bei dem Tiere durch künstliches Licht die Orientierung verlieren und verenden. Dadurch wird vielen anderen Tieren die Nahrungsgrundlage entzogen. Das Volksbegehren sieht „Beleuchtungen in unmittelbarer Nähe von geschützten Landschaftsbestandteilen" nur in Ausnahmefällen vor.

Agnes Becker (Ökologisch-Demokratische Partei) war die Initiatorin des Volksbegehrens.

2 Das sagen die Gegnerinnen und Gegner: „Gut gemeint, schlecht gemacht"

Wer von Naturschutz redet, kommt an der Landwirtschaft nicht vorbei. Ein großer Teil des Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!" beinhaltet Auflagen für Bauern. Und die fühlen sich an den Pranger gestellt. Der Präsident des Bayerischen Bauernverbands (BBV), Walter Heidl, schrieb am Mittwoch in einem offenen Brief: „Es ist mehr als bedauerlich, dass die Initiatoren des Volksbegehrens [...] die Bäuerinnen und Bauern mit einseitigen Vorwürfen und Forderungen überziehen." Und Markus Peters, Pressesprecher des Bauernverbands, findet, das Volksbegehren sei, „was den Stil angeht, ein No-Go".

Die Ansätze seien gut, aber wenig durchdacht, findet er. Dem Volksbegehren gehe „ein gesamteinheitlicher Blick auf die Landwirtschaft und die Artenvielfalt ab". Es sei „gut gemeint, aber schlecht gemacht". Den Bürgern würde suggeriert, sie täten etwas Gutes mit ihrer Unterschrift, ein „moderner Ablasshandel" sei das.

Da wäre zum Beispiel der ökologische Landbau. Die bis 2030 geforderten 30 Prozent seien unrealistisch. „Der Markt macht das nicht mit", sagt Markus Peters. [...] Die Nachfrage fehle, und der Konkurrenzdruck sei zu groß. Ein erfolgreiches Volksbegehren würde die bayerischen Bauern benachteiligen, glaubt er.

Bub, Gabriel: Volksbegehren „Rettet die Bienen": Das sagen die Befürworter und Gegner. In: www.pnp.de. 26.01.2019

M13 Die Einigung am Runden Tisch – Der Landtag verabschiedet ein Versöhnungsgesetz zum Volksbegehren „Rettet die Bienen!“

Bayerischer Landtag
Der Bayerische Landtag ist die Volksvertretung und legislative Gewalt des Freistaates Bayern. Er wird für 5 Jahre gewählt und besteht aus 180 Abgeordneten, die in 92 Stimmkreisen direkt (Erststimme) bzw. über die Listenwahl (Zweitstimme) gewählt werden. Überhang- und Ausgleichsmandate sind möglich. Im Unterschied zu Bundestagswahl können die Wahlberechtigten die von den Parteien festgelegte Reihenfolge der Kandidaten verändern.

Heute [Anm.: 17.07.2019] haben die Abgeordneten des Bayerischen Landtags das Volksbegehren zur Artenvielfalt angenommen und gleichzeitig ein Begleitgesetz auf den Weg gebracht. 167 Abgeordnete stimmten dafür, 25 waren dagegen, fünf enthielten sich. 152 Parlamentarier, und damit die Mehrheit, stimmten für das Begleitgesetz (Versöhnungsgesetz). 39 sagten indes nein zum Versöhnungsgesetz.

Mit einer Zustimmung von 18,3 Prozent der Wahlberechtigten ist „Rettet die Bienen“ das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte Bayerns. Gut 1,7 Millionen Wahlberechtigte hatten dafür unterschrieben, fast doppelt so viele wie nötig.

Beim Runden Tisch und in den politischen Gesprächen mit Politikern und Parteien hatte sich der Bayerische Bauernverband (BBV) in den letzten Wochen und Monaten für Lösungen im Sinne der Bienen und der Bauern gleichermaßen eingesetzt.

„Es ist uns gelungen, für wesentliche Härten des Volksbegehrens praktikable, rechtssichere Lösungen zu finden. Die ursprünglich drohenden, pauschalen Einschränkungen für die bayerische Landwirtschaft sind so weit als möglich reduziert“, sagte BBV-Präsident Walter Heidl.

Auch wenn der [Bayerische Bauernverband] nach eigenen Angaben durch seine Arbeit und die gemeinsame Diskussion am Runden Tisch viele Probleme und Fehler aus dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens korrigieren konnte, sehen die Bäuerinnen und Bauern die Staatsregierung weiter in der Pflicht.

„Die Landwirte sind weder alleiniger Verursacher des Problems, noch können wir dieses Problem alleine lösen. Umwelt- und Artenschutz geht alle an“, sagte Heidl. „Um den angekündigten Gesellschaftsvertrag für Artenvielfalt und Landwirtschaft mit Leben zu füllen, müssen alle gesellschaftlichen Gruppen einen Beitrag leisten. Unsere Forderungen dafür liegen auf dem Tisch.“

Zwei ganz aktuelle Beispiele, bei denen die Bäuerinnen und Bauern endlich Ergebnisse erwarteten seien Flächenverbrauch und das Thema Alltagskompetenz in der Schule.

Koch, Josef: Bayerns Bauern sind zu mehr Artenschutz verpflichtet. In: www.agrarheute.com, 17.07.2019

Aufgaben

71911-422

1. Arbeiten Sie aus **M10** heraus, wie Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern grundsätzlich geregelt sind, und übertragen Sie die Vorgaben auf das Volksbegehren „Artenschutz“ (**M9**, **M11**).
2. Erschließen Sie die Interessen von Gegnerinnen und Gegnern und Befürworterinnen und Befürwortern des Artenschutzgesetzes und stellen Sie diese tabellarisch gegenüber (**M12**).
3. Ermitteln Sie die Funktion des Bayerischen Landtags im Rahmen der Volksgesetzgebung (**M13**) und bewerten Sie die Intention des „Versöhnungsgesetzes“ (Z. 9).
4. Bewerten Sie das politische Handeln aller an diesem Gesetzgebungsprozess (**M9**-**M13**) beteiligten Akteure unter dem Aspekt der Gemeinwohlorientierung.

M14 Kontrovers: Gesetze aus Volkes Mund? Die Diskussion um Volksentscheide auf Bundesebene

1 Das belebt die Demokratie – sagt Sara Geisler

Ein sieben Meter hohes aufblasbares Grundgesetz, in das ein Pfeil mit der Aufschrift „faire Volksentscheide“ hineinragt, wird am 26.4.2003 in der Kieler Innenstadt aufgestellt. Mit der Aktion begann eine deutschlandweite Aktion für Volksabstimmungen auf Bundesebene. Mit dem aufblasbaren Grundgesetz wirbt der Verband „Mehr Demokratie“ für dieses Ziel.

Im Grundgesetz steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ In Deutschland heißt das in der Regel: alle paar Jahre ein Kreuzchen machen, seine Stimme an Vertreter abgeben und dann in der „Tagesschau“ verfolgen, was die daraus machen. Mit dem Ergebnis zufrieden sind damit am Ende nicht so viele; an den letzten Wahlergebnissen in und um Deutschland (Österreich, Tschechien, Polen) lässt sich das schön beobachten.

Schon Kinder protestieren, wenn man ihnen Ponchos oder Flötenunterricht aufdrückt, ohne sie nach ihrer Zustimmung zu fragen. Wenn über meinen Kopf hinweg Entscheidungen getroffen werden, die ich nicht gut finde, bin ich mindestens irritiert, bei Wiederholung wütend, bei anhaltendem Muster verdrossen. Manche Menschen werden auch anfällig für Taten, die sie später möglicherweise bereuen. Drei von fünf AfD-Wählern stimmten bei der Bundestagswahl [2017] nicht deshalb für die Partei, weil sie von ihrem Programm überzeugt sind. Sie taten es, weil sie auf die Entscheidungen der anderen Parteien einfach keinen Bock mehr hatten.

Wer mitbestimmen darf, wendet sich nicht so schnell ab. Mehr Volksentscheide bedeuten automatisch, dass sich die Bevölkerung weniger bevormundet und mehr einbezogen fühlt. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt: Bürgerbeteiligung stärkt nicht nur das politische Interesse, sondern erhöht auch die Akzeptanz von Politikentscheidungen. Wenn Menschen mit einer Entscheidung inhaltlich nicht einverstanden sind, sind sie eher bereit, sie zu akzeptieren, wenn sie vorher die Möglichkeit hatten, am Prozess teilzuhaben.

Nun warnen Kritiker, das gemeine Volk wäre viel zu doof, viel zu irrational für das alles. Sie deuten nach Großbritannien oder nach Tegel. Ich frage mich dann immer:

Großbritannien
Bezieht sich auf das Referendum zum Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU im Jahr 2016.

Tegel
Bezieht sich auf die Volksentscheide und -initiativen zum Flughafen „Otto Lilienthal“ im Berliner Stadtteil Tegel; dieser ist seit November 2020 geschlossen.

Ja, aber über das Parlament entscheiden zu lassen geht okay? So zu tun, als wäre die Entscheidung für eine politische Richtung, den Regierungsstil der nächsten Jahre, ja ganze Pakete an Vorhaben weniger folgenschwer als die Entscheidung, ob man einen Flughafen offenhält oder nicht, ist doch seltsam.

Um ganz sicher zu sein, nicht plötzlich außerhalb der EU oder in einem Land mit Burkaverbot aufzuwachen, darf man gerne ein paar Maßnahmen zur Qualitätssicherung einbauen.

Erstens: Aufpassen, dass Volksentscheide nicht von Populisten instrumentalisiert werden. Für Referenden – hier kommt die Initiative und die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs nicht aus dem Volk, sondern vom Parlament – gilt dasselbe. Anfangen könnte man damit, die Art der Fragestellung von einem unabhängigen Komitee prüfen zu lassen. In Ungarn legte die Regierung ihrem Volk vor einem Jahr die Suggestivfrage vor, ob sie sich von Europa die Ansiedlung fremder Menschen aufzwingen lassen solle. Beim Berliner Volksentscheid über die Zukunft Tegels Ende September wurde die Abstimmung mit dem Satz eingeleitet: „Der Flughafen Berlin-Tegel ‚Otto-Lilienthal' ergänzt und entlastet den geplanten Flughafen Berlin Brandenburg ‚Willy Brandt' (BER)." Da kann man die Bürger gleich fragen, ob sie weniger Feiertage wollen und dafür mehr Steuern zahlen.

Der amerikanische Forscher James Fishkin hat einmal sinngemäß gesagt: Bei einer Umfrage werden die Leute gefragt, was sie denken, wenn sie nicht denken. Als zweite Sicherungsmaßnahme wäre deshalb gut: Nur Informierte abstimmen lassen. Das mag extrem klingen, aber die Führerscheinprüfung darf auch nur antreten, wer im Theorieteil bewiesen hat, die Straßenregeln zu kennen. Uninformierte Wahlentscheidungen können ähnlich gemeingefährlich sein wie ein betrunkenes Kind hinterm Steuer. Auf keinen Fall verwechseln sollte man diesen Vorschlag mit jenem, nur besonders intelligente Menschen wählen zu lassen – das ist Quatsch und hat mit Demokratie nichts zu tun.

Wie kann man dem Urnengang vorgeschaltete Wissenstests gestalten, damit sie fair sind? Wie stellt man sicher, dass nicht nur jene zur Abstimmung kommen, die gebildet und privilegiert sind? Einige schlaue Leute, zum Beispiel der belgische Historiker David Van Reybrouck, haben sich dazu schon Gedanken gemacht. Die Vorschläge reichen von verpflichtenden Abstimmungen per Losverfahren bis zu bezahlter Recherche. Dass Volksbegehren Land und Demokratie kamikazeartig aus den Angeln heben, braucht man übrigens sowieso nicht zu befürchten: In Deutschland können Anträge auf die Durchführung eines Volksbegehrens vom Bundesverfassungsgericht darauf geprüft werden, ob der vorgelegte Text Grund- und Minderheitenrechte verletzt. Selbst wenn hierzulande Volksentscheide auf Bundesebene möglich wären: Verstößt einer gegen das Grundgesetz, landet er eh in der Tonne. Eine Abstimmung über ein Minarettverbot, wie sie 2009 in der Schweiz durchgeführt wurde, käme in Deutschland zum Beispiel nicht infrage.

Bürger dazu zu bewegen, sich mit komplexen Themen auseinanderzusetzen, anstatt einfach den Politiker zu wählen, der bei letzten TV-Diskussion den schönsten Blazer anhatte, hätte auch noch einen netten Nebeneffekt: Politiker würden dazu gezwungen, faktischer zu diskutieren. Falschinformationen wie die während der Nein-Kampagne der ungarischen Regierung – „Wussten Sie, dass Brüssel eine ganze Stadt voller Flüchtlinge in Ungarn errichten will?" – hätten eine viel kleinere Chance, ernst genommen zu werden. Und sich als Bürger nicht für blöd verkaufen zu lassen – egal ob es nun um eine Volksabstimmung geht oder die nächste Landtagswahl – ist schließlich immer gut.

Geisler, Sara und Dreßler, Anika: Sollte es mehr Volksentscheide geben? In: www.fluter.de, 26.11.2021

Burkaverbot
Verbot, in der Öffentlichkeit eine Ganzkörperverschleierung zu tragen, gilt z. B. in Belgien, Frankreich und den Niederlanden

Kamikazeartig
selbstzerstörerisch, risikoreich und extrem; stammt ursprünglich aus dem Japanischen und bezieht sich auf den Einsatz von Selbstmordpiloten während des Zweiten Weltkriegs.

2 Lass das mal die Profis machen – meint Veronika Dreßler

Demonstration am Flughafen Tegel (TXL war der internationale Code des Flughafens)

Traditionell trifft sich unser Freundeskreis alle vier Jahre nach der Bundestagswahl in einem unserer Wohnzimmer zur sogenannten Wahlparty. Normalerweise diskutieren wir Mittdreißiger dann eifrig über die ersten Hochrechnungen und backen Wahltorten, dieses Jahr jedoch gab es ein Thema, das die meisten von uns genauso beschäftigte wie die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag; die Tegelfrage: Soll der Flughafen geöffnet bleiben oder geschlossen werden? Mindestens die Hälfte von uns hatte gemeinsam die Schulbank am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium in Pankow gedrückt und konnte sich noch lebhaft an die Auswirkungen des Fluglärms erinnern. Wenn im Sommer die Temperaturen stiegen und es in den Klassenräumen, die direkt unter der Einflugschneise lagen, unerträglich heiß wurde, fand der Unterricht ausnahmsweise bei geöffnetem Fenster statt und es herrschte Chaos. Einige Lehrer versuchten angestrengt, den Lärm mit ihrer Stimme zu übertönen, gaben aber spätestens nach der vierten Stunde auf. Andere schwiegen so lange, bis der dröhnende Koloss vorbeigeflogen war, was bedeutete, dass sie ein Drittel des Unterrichts gar nichts sagten. Ganz egal, was sie taten, wir Schüler bekamen kaum etwas vom Stoff mit, waren genervt und mussten oft bis nach dem Klingelzeichen im Klassenraum verbleiben. Doch nicht nur in der Schule, auch im Garten der Großeltern, beim Volleyballspielen oder im Park war der Lärm gegenwärtig. Kurzum: Unsere Lebensqualität war eingeschränkt.

Umso mehr entsetzten uns an diesem Abend die ersten Hochrechnungen des Volksentscheids. Über 50 Prozent stimmten für die Offenhaltung Tegels? Wie konnte das sein?

Meine alten Mitschüler regten sich furchtbar auf, und diejenigen, die noch immer in Pankow leben, fingen an zu fluchen. Alles AfD-Wähler oder zumindest FDP, schimpften sie. Bis Julia, die ursprünglich aus Köln kommt, inzwischen im Friedrichshain wohnt und selten in Pankow war, einwarf: „Also ich habe auch für den Erhalt gestimmt. Das ist halt total praktisch für mich. Mit der Ringbahn bin ich in 20 Minuten da." Verständlich, dass sie für die Of-

fenhaltung gestimmt hat. Für sie ist Tegel einfach: pragmatisch, praktisch, gut.

Menschen treffen Entscheidungen in der Regel nicht auf Grundlage einer systematischen, objektivierbaren Analyse aller Möglichkeiten. Sie wägen nicht immer ab, welche langfristigen Auswirkungen ihr eigener Standpunkt auf das Wohl anderer haben könnte. Sie verhalten sich bei Entscheidungsfindungen vorrangig nach dem heuristischen Prinzip. Mehr als nach ihrer Vernunft urteilen sie nach ihrer momentanen Gefühlslage.

Heuristisches Prinzip
Eine Methode oder Faustregel, um mit begrenzten Informationen schnell Entscheidungen zu treffen oder Probleme zu lösen.

Knapp 300.000 Menschen im Umkreis vom Tegeler Flughafen leben mit Dauerlärm, bei rund 134.00 von ihnen beträgt dieser über 60 Dezibel, was etwa der Lautstärke eines im Abstand weniger Meter vorbeirasenden Pkws entspricht. Die Anrainer in der Einflugschneise sind für die Schließung des Flughafens, weil es sie persönlich betrifft. All diejenigen, deren alltägliches Wohlergehen nicht beeinträchtigt ist, stimmen vermutlich nach ihren eigenen Prioritäten ab. Kann ich den Flughafen leicht erreichen? Ist die Anbindung gut? Oder stimme ich einfach nur deshalb für die Offenhaltung, weil für mich nichts dagegenspricht?

Nicht umsonst haben wir Abgeordnete, die unsere Interessen im Parlament vertreten und Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls treffen sollen. Sie stehen in der Verantwortung, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln, dementsprechend setzen sie sich im Idealfall intensiv mit dem jeweiligen Sachverhalt auseinander und treffen Entscheidungen auf Grundlage einer sorgfältigen Expertise. Auch wenn ein Abgeordneter nicht vollkommen frei von subjektiver Einflussnahme ist, er wird in vielen Fällen objektiver entscheiden als die Bevölkerung. Die Auswirkungen der Entscheidung über den Flughafen Tegel wären überschaubar.

Man stelle sich jedoch einen Volksentscheid über ein Einwanderungsgesetz oder das Aufenthaltsrecht nach Anschlägen in Paris oder Berlin vor. Wenn Populisten an dieser Stelle das Volksbegehren vorantreiben, könnten im Affekt Entscheidungen getroffen werden, die den demokratischen Grundsätzen entgegenwirken. Dazu kommt, dass nachweislich höhere und mittlere Schichten sowie Interessengruppen an Volksentscheiden teilnehmen. Nicht die Meinung des Volkes in seiner Gesamtheit, sondern die Überzeugungen partikularer Gruppen entscheiden in diesem Fall über eine gesamte Bevölkerung. Aus diesem Grund können Volksentscheidungen eine unvorhersehbare Gefahr für die demokratische Gesellschaft darstellen und an dem vorbeigehen, was sie eigentlich beabsichtigen: das Volk zu repräsentieren.

Geisler, Sara und Dreßler, Anika: Sollte es mehr Volksentscheide geben? In: www.fluter.de, 26.11.2021

Aufgaben

71911-421

5. a) Nutzen Sie den Bildimpuls (**M14** 1) für eine spontane Stellungnahme zur Frage, ob es Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene geben sollte.

b) Erschließen Sie die Argumente, die für und gegen die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene sprechen (**M14** 1, 2) und überprüfen Sie anschließend Ihre spontane Meinungsäußerung.

6. Entwickeln Sie ein Konzept für die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene, um die Demokratie zu beleben, ohne sie zu gefährden. Beziehen Sie in Ihre Überlegungen mögliche Einschränkungen (z. B. Ausschluss bestimmter Themen) und Voraussetzungen (z. B. Festlegung von Quoten) ein, die erfüllt sein müssen, damit diese Instrumente der direkten Demokratie nicht im Widerspruch zum Kerngedanken der repräsentativen Demokratie stehen.

Direkte Demokratie → M10, M12, M14

In der direkten Demokratie übt das Volk, also die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger, die Staatsgewalt unmittelbar (direkt) aus. Sie stimmen über politische Fragen selbst ab und fassen in Abstimmungen, auch Plebiszite genannt, verbindliche Beschlüsse. Aufgrund des hohen organisatorischen Aufwands und der Notwendigkeit jedes Thema auf eine mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage zu komprimieren, ist diese Herrschaftsform nur in kleineren politischen Einheiten und nur für bestimmte Sachfragen realisierbar.

82000-854

Repräsentative Demokratie → M13

In der repräsentativen Demokratie überträgt das Volk seine Entscheidungsbefugnisse für eine gewisse Zeit (i.d.R. eine Legislaturperiode) auf gewählte Volksvertreter (Abgeordnete), welche die Interessen des Volkes vertreten sollen. Die Bürgerinnen und Bürger stimmen nicht mehr direkt über politische Fragen ab, sondern mittelbar, denn Gesetze werden vom Parlament, der Volksvertretung, erlassen. Auch die Kontrollfunktion über die Regierung wird in erster Linie vom Parlament ausgeübt.

82000-855

Gemeinwohlverpflichtung → M13, M14

In der Demokratie unterliegen alle staatlichen Organe, insbesondere die Legislative, die Exekutive und die Judikative der Gemeinwohlverpflichtung. Das heißt, Entscheidungen und Beschlüsse dürfen sich nicht am Interesse Einzelner oder bestimmter Gruppen ausrichten. Sie müssen dem Wohl aller, zumindest aber der Mehrheit im Staat dienen, dürfen dabei aber nicht die Rechte und Interessen von Minderheiten außer Acht lassen. Die Definition dessen, was das Gemeinwohl ist, ist Kern des politischen Prozesses und muss im Ausgleich divergierender Interessen stets neu bestimmt werden.

82000-856

Volksbegehren und Volksentscheid (plebeszitäre Elemente) → M9-M12, M14

Im Rahmen der sog. Volksgesetzgebung (Art. 74 BV) gibt es in Bayern und in allen anderen Bundesländern die Möglichkeit, dass die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger durch ein Volksbegehren selbst ein Gesetz einbringen können und so den gewählten Landtag, die legislative Gewalt, zwingen können, sich mit dem Anliegen zu befassen.

Der Landtag kann das Volksbegehren annehmen und damit zum Gesetz erheben oder es ablehnen bzw. einen eigenen Gesetzentwurf einbringen.

In den beiden letzten Fällen kommt es zum Volksentscheid, bei dem das Volk mehrheitlich über den Antrag des Volksbegehrens bzw. den Antrag des Landtags abstimmt (z. B. 1998 beim Volksentscheid zur Abschaffung des Bayerischen Senats). Für eine Verfassungsänderung ist grundsätzlich immer ein Volksentscheid vorgeschrieben.

82000-857

Nach: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

WISSEN IM KONTEXT

Wozu gibt es die Volksgesetzgebung in Bayern?
M9-M13

Volksbegehren und Volksentscheide bieten dem Volk die Möglichkeit, Beschlüsse des Parlamentes und der Staatsregierung zu korrigieren oder die Gesetzgebung selbst in die Hand zu nehmen, wenn es an Initiative auf Seiten der Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber fehlt. Oft werden sie von oppositionellen Gruppen und Parteien angestoßen, um die Regierung zum Einlenken oder Umdenken zu bewegen, was auf parlamentarischem Weg aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht möglich wäre.

Wie erfolgreich sind Volksbegehren in Bayern?
M9-M13

Bis Ende 2021 wurden in Bayern 22 Volksbegehren zugelassen, 19 davon kamen zum Volksentscheid. Davon wiederum waren acht erfolgreich, z. B. 1995 der Volksentscheid zum Bürgerentscheid in Gemeinden und Kreisen, 1998 zur Abschaffung des Bayerischen Senats, 2009 zum Nichtraucherschutz, 2013 zur Abschaffung der Studienbeiträge und 2019 zur Artenvielfalt.
Für die Zulassung eines Volksbegehrens in Bayern sind nicht nur mindestens 25.000 Unterschriften auf dem Antrag nötig, sondern auch die Zulassung durch das Staatsministerium des Innern. Dieses hat wiederholt Anträge abgelehnt, wenn z. B. gegen die Verfassung verstoßen würde. So wurde 2018 dem Antrag auf das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ gegen den Flächenverbrauch in Bayern nicht stattgegeben, weil dadurch das Selbstverwaltungsrecht und die Planungshoheit der Kommunen eingeschränkt worden wären. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Urteil die Ablehnung des Innenministeriums bestätigt.

Sind Volksbegehren und Volksentscheid auf die Bundesebene übertragbar?
M14

Aufgrund der Erfolge direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf Landesebene und auf Ebene der Kommunen gibt es viele Befürworterinnen und Befürworter für die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden. Sie betonen, dass dadurch Interesse, Verständnis und die Akzeptanz für unsere Demokratie gestärkt werden und der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegengewirkt wird. Kritikerinnen und Kritiker befürchten, dass gut organisierte Minderheiten ihre Sonderinteressen durchsetzen, Populisten das Instrument zur Stimmungsmache missbrauchen und vor allem der politische Diskurs und die Suche nach Kompromisslösungen auf der Strecke bleiben, wenn komplexe Fragen auf einfache Ja-Nein-Alternativen reduziert werden. Weiterhin schränkt die Möglichkeit von Volksentscheiden auf Bundesebene den Handlungsspielraum der gewählten Staatsorgane stark ein bzw. beeinflusst deren Handeln, welches sich in erster Linie am Gemeinwohl auszurichten hat.
Das Grundgesetz verzichtet im Unterschied auf die Länderverfassungen von Beginn an bewusst auf plebiszitäre Elemente, auch aus der historischen Erfahrung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus heraus. In unserer repräsentativen Demokratie ist einzig die Möglichkeit der Volksabstimmung zur Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29 Abs. 2 GG) und im Falle einer neuen Verfassung (Art. 146 GG) vorgesehen.

4.3 Politik vor Ort mitgestalten – die kommunale Ebene in Bayern

Zum Thema: „Alle haben einmal klein angefangen." Dieses Sprichwort gilt für viele Größen in der Politik, die ihre Wurzeln meist in der Kommunalpolitik, im Bürgerengagement oder in der Jugendpolitik haben. Die kommunale Ebene gilt als wichtiges Sprungbrett nach oben, bietet aber auch selbst interessante Gestaltungsräume und Mitwirkungsmöglichkeiten – und ist dabei immer ganz nah dran am Menschen!

M15 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei der Arbeit

Der Münchner Bürgermeister eröffnet das Oktoberfest.

Eine Bürgermeisterin in ihrem Büro

Ein Bürgermeister hält eine Rede.

Eine Bürgermeisterin gratuliert zum 110. Geburtstag.

Einstiegsaufgaben

71911-430

1. Erstellen Sie aus dem Bildmaterial Persönlichkeitsmerkmale und Kompetenzen, über die eine Bürgermeisterin bzw. ein Bürgermeister verfügen sollte.
2. Überlegen Sie, mit welcher Motivation jemand für dieses Amt kandidiert.

M16 Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister – keiner will's mehr machen?

Hubert Eberle (CSU) war 18 Jahre lang Bürgermeister in Oberndorf am Lech.

„Es ist schon so, dass die Menschen auch schwieriger werden", sagt Hubert Eberle. Nach 18 Jahren als Gemeindechef in Oberndorf am Lech im Landkreis Donau-Ries will der 62-Jährige nicht mehr kandidieren. [...]

Ein Beispiel, erst ein paar Wochen her: Da hat Eberle einer aus dem Ort angerufen, sechs Mal am Tag, erzählt der Bürgermeister, gar nicht mehr aufhören wollte der, in einem Ton, den man nicht wiederholen möchte. Bloß, weil er sich über die Mücken auf seiner Terrasse ärgert. Im Dorfbach lebt ein Biber, der hat ein Loch ins Ufer gegraben, wo jetzt beständig Wasser steht, und da brüten die Mücken, die dann die Terrasse heimsuchen. „Und da soll jetzt der Bürgermeister den Kopf hinhalten", schimpft Eberle. „So etwas erspare ich mir in Zukunft gerne." Chams Erste Bürgermeisterin Karin Bucher (Freie Wähler) hat ganz ähnliche Erfahrungen gemacht. „Du bist automatisch verantwortlich für jegliches Unheil, das in der Stadt passiert" [...]. Hinzu komme, dass das Amt keine Zeit zum Regenerieren lasse. „Man hat halt einfach kein Privatleben mehr." Das hat sich bei ihr schon gesundheitlich bemerkbar gemacht. [...] Einst war es [...] fast die Regel als Bürgermeister bis zum Ruhestand durchzuregieren, und immerhin ein rundes Drittel derjenigen, die 2020 aus dem Amt scheiden, tut dies wegen Erreichens der Altersgrenze. Dazu kommen immer Amtsinhaber, die schlicht abgewählt werden. Inzwischen zögen sich aber immer mehr Kollegen schon nach einer oder zwei Wahlperioden von sich aus zurück, sagt der Abensberger Bürgermeister Uwe Brandl, der auch Präsident des Bayerischen Gemeindetags ist. Es gehe manchem schon an die Lebensqualität, wenn er sich ununterbrochen für alles rechtfertigen müsse. [...] Inzwischen gelte ein Bürgermeister vielen Menschen aber kaum mehr als Respektsperson, sondern als schlichter Dienstleister, der ihren Wünschen zu entsprechen habe, bestätigt Brandl aus eigener Erfahrung. Da kaufe einer in voller Kenntnis aller Planungen ein Baugrundstück, für das die Gemeinde ein normales Einfamilienhaus vorsehe, und wenn er dann keine Toskanavilla hinstellen dürfe, dann gehe es beim Klingelputzen los und reiche über Unterschriftensammlungen, Petitionen und Klagen bis hin zu Drohungen. „Der Ton hat sich schon sehr, sehr verändert und die Art und Weise, wie man miteinander umgeht."

Von dem, was mancher in Mails und speziell in den sozialen Medien über sich lesen muss, hat Brandl da noch gar nicht gesprochen, sondern von Begegnungen am Stammtisch, bei Geburtstagsfeiern oder Vereinsveranstaltungen. Und wer sich zum Beispiel als Bürgermeister in der Flüchtlingspolitik exponiere, ganz gleich für welche Position, bekomme das entweder von der einen oder der anderen Seite sofort um die Ohren gehauen. [...]

Als Alarmzeichen wertet Brandl, dass es in ungefähr 100 Gemeinden noch überhaupt keinen Bürgermeisterkandidaten gibt. Doch diese Zahl werde in dem Dreivierteljahr bis zur Wahl [Anm.: 15. März 2020] schon noch sinken.

Fuchs, Florian / Matthias Köpf, Matthias / Henzler, Claudia: Man ist ständig das Angriffsobjekt. In: www.sueddeutsche.de, 29.06.2019

INFO

Bürgermeister/in

Politisches und repräsentatives Oberhaupt einer Stadt bzw. Gemeinde; wird von den wahlberechtigten Gemeindebürgerinnen und -bürgern direkt gewählt. Die Amtszeit beträgt 6 Jahre. Es gilt in Bayern aktuell noch eine Altersgrenze von 66 Jahren bei Amtsantritt. Die wichtigsten Aufgaben sind: Leitung des Gemeinderates bzw. Stadtrates sowie der Verwaltung, Entscheidung gemeinsam mit den Ratsmitgliedern über soziale, bauliche und wirtschaftliche Anliegen der Gemeinde, Vertretung der Gemeinde bzw. Stadt nach außen, Umsetzung von übertragenen Aufgaben (z. B. vom Landkreis, Freistaat Bayern), Einberufung der Bürgerversammlung einmal im Jahr, um mit den Bürgerinnen und Bürgern Angelegenheiten der Kommune zu diskutieren.

M17 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid: die „Waffen“ der kleinen Leute?

1 Fallbeispiel 1: Der Mobilfunkmast von Rüdenau

Mobilfunkmasten im Landkreis Schrobenhausen in Bayern

In der 760-Einwohner-Gemeinde Rüdenau im Landkreis Miltenberg ist es sehr ruhig. Denn Rüdenau gilt als größtes Funkloch in Unterfranken. Nur 26 Prozent Netzabdeckung – das ist einsamer Negativrekord. […] Telefonieren mit dem Handy – in Rüdenau im Landkreis Miltenberg, geht das nur an wenigen Stellen. Mobiles Internet ebenso. Deshalb wollte die Gemeinde 2019 einen Sendemast aufs Rathausdach stellen. Doch die Bevölkerung habe nicht mitgespielt, sagt Bürgermeisterin Monika Wolf-Pleßmann. […]

Ulrike Lorenz [Anm.: eine Bürgerin] findet es eigentlich ganz sympathisch, dass man in Rüdenau nicht ständig erreichbar ist. Es gäbe ja auch noch das Festnetz. Und zum Surfen habe ohnehin jeder den Computer daheim. Sie gibt zu, dass ihr die 5G-Technik nicht ganz geheuer ist und meint gelesen zu haben, dass es auch ernsthafte wissenschaftliche Bedenken dagegen gebe. Weil das dem Körper vielleicht schaden könnte. Da nehme sie lieber den schlechteren Empfang in Kauf.

Bürgermeisterin Wolf-Pleßmann nimmt die Bedenken ernst, auch wenn sie diese selbst nicht teilt. Denn gerade die Lücken im Handynetz können Leib und Leben gefährden. Erst vor einem halben Jahr habe es etwas außerhalb im Wald, an einem kleinen See, einen medizinischen Notfall gegeben. Da hätte besserer Empfang womöglich Leben retten können. Doch der Notarzt kam zu spät zum Unglücksort. […] Trotzdem regt sich auch gegen den jüngsten Vorstoß des Gemeinderates Widerstand. Oberhalb des Dorfes würde ein Funkmast am Waldrand zumindest optisch nicht stören. Gleichzeitig könnte von diesem Standort aus der gesamte Ort, der sich über zwei Täler erstreckt, abgedeckt werden. Allerdings stehen dort am Hang – einige hundert Meter entfernt – auch Wohnhäuser und nicht zuletzt der Kindergarten. Auch hier gibt es angeblich besorgte Eltern.

Die Bürgermeisterin hofft nun auf einen Kompromiss, der für möglichst viele akzeptabel ist, damit die Funkstille in Rüdenau bald ein Ende hat. Der Gemeinderat will sich demnächst für einen Standort entscheiden. Dort soll dann der neue Funkmast gebaut werden. Es sei denn, ein Bürgerbegehren spräche sich dagegen aus. Das wäre dann ein Jahr lang bindend. Wolf-Pleßmann nimmt auch das gelassen: „damit muss man in der Kommunalpolitik immer rechnen!“

Breitenstein, Frank: Mobilfunk-Dilemma: Rüdenau streitet um Funkmast. In: www.br.de, 26.07.2021

2 Fallbeispiel 2: Kostenexplosion bei der Theatersanierung

Bis zu 321 Millionen Euro soll die laufende Sanierung des Augsburger Staatstheaters kosten – für viele ein Schock, nachdem bereits die davor genannten 186 Millionen Euro sehr umstritten waren. Offensichtlich laufen die Kosten wieder mal davon, wie so oft bei derartig aufwändigen Projekten. Grund dafür sind Umplanungen und die im Baugewerbe üblichen Kostensteigerungen – schließlich sollen die umfassende Modernisierung und der teilweise Neubau des Augsburger Theaters erst 2026 abgeschlossen sein.

Wahlzettel und das Augsburger Theater

Doch ob es dazu überhaupt kommt, ist abermals fraglich. Mehrere Initiatoren starten ein neues Bürgerbegehren gegen den ihrer Meinung nach viel zu teuren Um- und Ausbau des Theaters. Im Erfolgsfall werden die Augsburger bei einem Bürgerentscheid über folgende Frage abstimmen können: „Sind Sie dafür, dass die Planung und weitere Auftragsvergaben der Theatersanierung sofort gestoppt werden und die Stadtverwaltung beauftragt wird, kostengünstigere Alternativen zu prüfen und vorzulegen?"

Eine Anwaltskanzlei hat die grundsätzliche Zulässigkeit der Frage bereits geprüft, was natürlich nicht heißt, dass alle juristischen Hindernisse schon überwunden wären. Ein erster Anlauf für ein Bürgerbegehren war vor vier Jahren gescheitert, nachdem die damaligen Gegner des Projekts zu wenig Unterschriften gesammelt hatten: Statt der nötigen knapp 11 000 Unterstützer (fünf Prozent der Wahlberechtigten) waren nach der eingehenden Prüfung der Unterschriften durch die Stadt nur gut 8000 zusammengekommen. Kommt es tatsächlich zu einem Bürgerentscheid, wäre eine Wahlbeteiligung von mindestens zehn Prozent nötig, damit das Ergebnis gültig wäre.

Am vergangenen Montagabend wurde bereits ein Verein gegründet, der sich der „Förderung der Augsburger Kultur" verschrieben hat und das neue Bürgerbegehren voranbringen soll. […] Oberbürgermeisterin Eva Weber (CSU) hat sich nach Angaben von Pressesprecher Stefan Sieber bereits vor einigen Tagen kurz und knapp zu einem möglichen Bürgerbegehren geäußert: „Der Bürgerentscheid ist ein demokratisches Beteiligungsformat, das in der Kommunalpolitik vorgesehen ist. Das respektiere ich. Der Stadtrat hat im Juli mit Mehrheit die Theatersanierung beschlossen, das ist maßgeblich."

Jungblut, Peter, Neues Bürgerbegehren: Wird Augsburger Theatersanierung gestoppt? In: www.br.de, 07.10.2020

Aufgaben

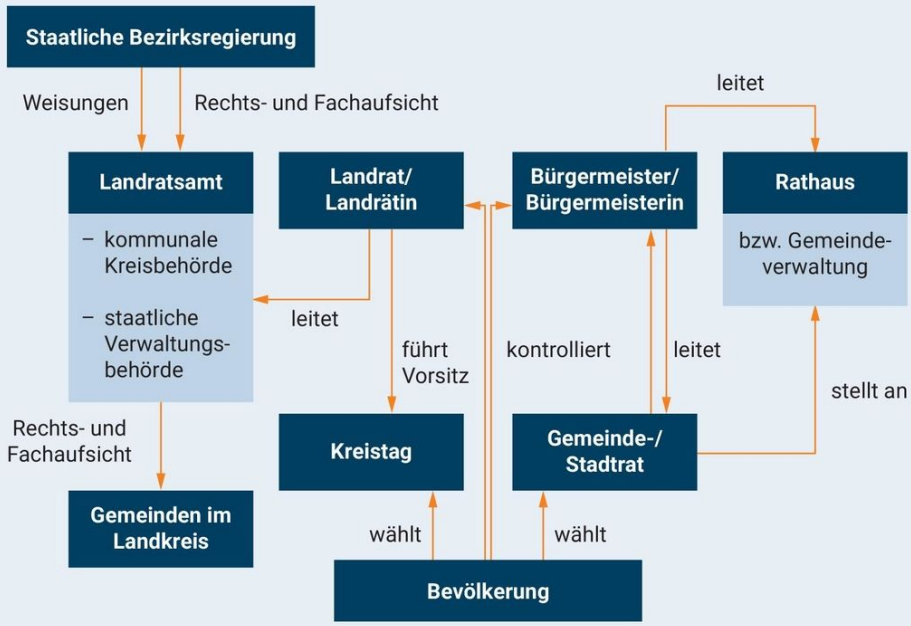
71911-432

1. Erarbeiten Sie mithilfe von **M16** und der **Infobox** wesentliche Aufgaben und Handlungsfelder des Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisteramtes.
2. Entwerfen Sie eine Pro-Kontra-Liste zum Amt des Bürgermeisters, wie sie Hubert Eberle aus Oberndorf am Lech (**M16**) angelegt haben könnte und diskutieren Sie in der Klasse, weshalb Kommunalpolitikerinnen und -politiker oft angefeindet werden.
3. Informieren Sie sich ausgehend von **M17** über die Voraussetzungen und den Ablauf eines Bürgerentscheids in Bayern und entwerfen Sie eine „Anleitung für engagierte Bürgerinnen und Bürger".
4. Reflektieren Sie an den beiden Beispielen aus **M17** das Spannungsverhältnis von Einzelinteressen und Gemeinwohlorientierung.

M18 Kommunalwahlen in Bayern – so viele Möglichkeiten wie nirgendwo sonst

1 Wie funktionieren die Gemeinde- und Kreisparlamente?

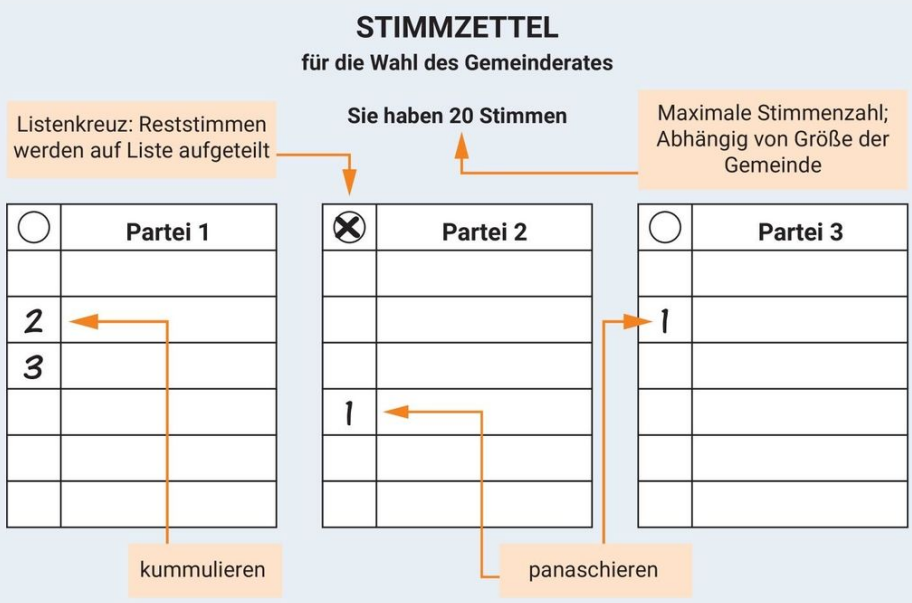
Funktion der Gemeinde- und Kreisparlamente in Bayern



Grafik der Bearbeiterin

Kommunale Gliederung:
Die kommunalen Gebietskörperschaften Bayerns setzen sich aus den drei Ebenen der Städte- und Gemeinden (insgesamt 2056, davon 317 Städte), der 71 Landkreise und der sieben Regierungsbezirke zusammen.
Nach Art. 28, Abs. 2 GG haben die Kommunen das sogenannte Selbstverwaltungsrecht. Das bedeutet, sie haben das Recht, sich um ihre Belange selbst zu kümmern.

2 Wie funktionieren die Wahlzettel zur bayerischen Kommunalwahl?



Bearbeitergrafik

Aktives Wahlrecht haben bei der Kommunalwahl in Bayern alle EU-Bürgerinnen und -Bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und sich seit mindestens zwei Monaten im Wahlkreis aufhalten.

Kumulieren ist die Möglichkeit, einem Kandidaten auf einer Liste bis zu drei Stimmen zu geben, also Stimmen zu „häufeln".

Panaschieren erlaubt den Wählenden, ihre Stimmen auf Kandidaten verschiedener Listen aufzuteilen.

Listenkreuz
Mit dem Listenkreuz vergeben Wählende alle bzw. die nicht bei Kandidierenden gesetzten Reststimmen an eine Partei.

M19 Der Kampf ums Windrad bei Hollfeld

2014 war die Firma Prokon mit Plänen gescheitert, auf dem Jura einen großen Windpark zu errichten. Das Vorhaben hatte einen Proteststurm ausgelöst, weil 16 und mehr Windmühlen befürchtet worden waren. 2023 startet die Firma [...] den zweiten Versuch, Fuß zu fassen. Und sie wird bauen, auch wenn sich Widerstand regt, wie Projektentwickler Patrick Ulger betont. Den Protest gibt es auch heute. Das Prokon-Team wurde von der Bürgerinitiative bei einer Infoveranstaltung in der Hollfelder Schule mit Plakaten empfangen. Ob der Widerstand Aussicht auf Erfolg hat?

Was Prokon vorhat: Zwischen Krögelstein (Stadt Hollfeld) und Feulersdorf (Markt Wonsees) will man auf Hollfelder Gebiet drei, „wenn technisch" möglich, vier Windräder erstellen, wie Konstantin Kosin von der Niederlassung in Mainz mitteilte. Es sollen Räder mit einer Nabenhöhe von 167 Metern werden, deren Rotorspitzen bis in 249 Meter Höhe ragen, so Projektentwickler Patrick Ulges. Die Grundstücke habe man schon gepachtet und so gesichert. Der Windpark hätte mit drei Rädern, die 33 Millionen Euro kosten, eine Leistung von 18 Megawatt und würde pro Jahr 39.000 Megawattstunden Strom erzeugen. Damit könnte man 9740 Haushalte versorgen.

Windpark der Nachbargemeinde Stadelhofen bei Hollfeld

Die Bürgerinitiative wünscht sich die Rückkehr zur 10H-Regelung, nach der der Abstand eines Windrads zum nächsten Wohnhaus mindestens zehn Mal so groß sein muss wie die Höhe des Windrads. Die Vorgaben hat die Staatsregierung aber gelockert. Der Abstand der Anlagen zu Feulersdorf beträgt laut Patrick Ulges 1200 Meter, der zu Buckendorf 1300, zu Eichenhül 1600 und zu Krögelstein 1900 Meter. Ulges: „Theoretisch könnten wir näher heranrücken."

Daran, dass das Areal, das im Regionalplan als Vorbehaltsfläche eingestuft ist, bebaut werde, lässt Prokon keinen Zweifel. „Wenn es wir nicht machen, dann nimmt das die Firma B oder C in Angriff." [...]

Nicht nur den zu geringen Abstand beklagen Anwohner. Sie befürchten gesundheitliche Gefahren: Der Infraschall und eine mögliche Lärmbelästigung bereiten Sorgen. Einer Frau, die unweit einer Anlage lebt und über Beeinträchtigungen klagte, entgegnete Ulges, dass es keine gesundheitlichen Gefahren gebe, man Grenzwerte einhalten werde. „Man redet es sich ein und dann hat man Beschwerden." Eine Aussage, die ihm den Vorwurf einbrachte, einen schlechten Kommunikationsstil zu pflegen. Auch die Äußerung, dass eine Immobile nicht durch ein nahes Windrad entwertet würde, der Wert davon abhänge sei, „ob der Besitzer am Gebäude was macht oder nicht", sorgte für Unmut.

„Wir als kleine Politik können in dem Verfahren nicht mehr viel mitwirken", stellte Hollfelds Bürgermeister Hartmut Stern fest. Wenn die baurechtlichen Vorgaben eingehalten werden, habe man auf einer Vorbehaltsfläche keine Handhabe, den Windpark zu verhindern. Man werde sich in den nächsten Wochen zusammen mit den Bürgermeistern der angrenzenden Gemeinden zusammensetzen, „um für uns noch herauszuholen, was herauszuholen ist". Dass die Kommunen noch ein gewisses Mitwirkungsrecht haben, stellte Stadtrat Manfred Neumeister fest, der dem

Regionalen Planungsverband angehört. Das wäre nicht mehr der Fall, wenn die vom Bund geforderten Ausbauziele nicht erreicht würden. Drei Räder seien auf der Fläche zu verkraften, mehr sollten es nicht werden, sagte er.

Dass gar kein Windrad kommt, hoffen Anlieger wie der Krögelsteiner Hugo Gammisch. „In Krögelstein sind weit mehr als die Hälfte gegen den Windpark", erklärt Gammisch, der eine Unterschriftenaktion starten will, um zu verhindern, „dass unsere schützenswerte Landschaft mit Windrädern zugeknallt wird".

Hartmann, Alexander: Alter Windrad-Kampf bei Hollfeld flammt neu auf. In: Fränkischer Tag, 23.04.2023

M20 Eine Karikatur zum Amt der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters

Karikatur: Achim Greser & Heribert Lenz, 2019

Aufgaben

71911-431

5. Tragen Sie aus den Schaubildern **M18** 1 und 2 zusammen, welche politischen Gremien und Amtsträgerinnen und Amtsträger in Bayern auf kommunaler Ebene vom Volk direkt gewählt werden und welche Besonderheiten das Kommunalwahlsystem aufweist. Erläutern Sie, warum das bayerische Kommunalwahlsystem als kompliziert, aber wählerinnen- und wählerfreundlich gilt.
6. Diskutieren Sie am Beispiel von **M19** die Chancen und Herausforderungen politischen Handelns auf kommunaler Ebene sowie die Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern, Einfluss zu nehmen. Wägen Sie dabei das Verhältnis zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohlorientierung ab. Präsentieren Sie Ihre Überlegungen auf geeignete Weise (z. B. Cluster oder Sketchnote).
7. Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur in **M20**.

WISSEN KOMPAKT

Kommunale Ebene → M16, M18

Die kommunale Ebene in Bayern besteht aus den Gemeinden und Städte als der untersten Ebene, sowie den Landkreisen und den sieben Regierungsbezirken. Alle drei Ebenen sind gleichberechtigt und haben eigene Aufgaben, die sie im Rahmen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts eigenverantwortlich erfüllen. Die politischen Organe der Gemeinden (Bürgermeisterin/Bürgermeister, Gemeinde- bzw. Stadtrat) werden von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Die Aufsicht über alle kommunalen Gebietskörperschaften führt der Freistaat Bayern.

82000-858

Bürgerinitiative → M17, M19

Mit einem zeitlich befristeten, lockeren Zusammenschluss nehmen Bürgerinnen und Bürger in einem bestimmten Anliegen Einfluss auf die lokale Politik. Sie wenden sich dabei an die öffentliche Meinung, an Politikerinnen und Politiker und an staatliche Institutionen, um diese von ihren Interessen zu überzeugen. Nach Erreichen ihres Zieles oder dem Scheitern löst sich die Bürgerinitiative in der Regel wieder auf.

82000-859

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid → M17

Mit einem Bürgerbegehren, dem Sammeln von Unterschriften, können Bürgerinnen und Bürger in Bayern Einfluss auf die kommunale Politik nehmen und dieses Instrument der direkten Demokratie nutzen, um beispielsweise ein Vorhaben der Gemeinde zu verhindern. Dabei muss das Thema als eine mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage formuliert sein.

Ist das Bürgerbegehren zulässig, kann der Gemeinderat den Antrag annehmen. Lehnt er ab, kommt es zum Bürgerentscheid, bei dem die Bürgerinnen und Bürger über den Antrag abstimmen. Das Ergebnis des Bürgerentscheids bindet den Gemeinde- bzw. Stadtrat ein Jahr lang und kann in dieser Zeit nur durch einen neuen Bürgerentscheid geändert werden.

82000-860

Kommunalwahlen → M18

Unter den Kommunalwahlen versteht man sowohl die Wahlen der Stadt- bzw. Gemeinderäte als auch der Landräte und Kreisräte. Sie finden alle 6 Jahre statt. Anders als bei der Landtags- oder Bundestagswahl, bei der die Wahlberechtigten zwei Stimmen haben (Erststimme für den Direktkandidaten, Zweitstimme für die Parteiliste bzw. – bei der Landtagswahl – für eine Person auf der Parteiliste), richtet sich die Stimmenanzahl bei Gemeinderats-, Stadtrats und Kreistagswahl nach der Einwohnerzahl der Gemeinde bzw. des Landkreises. Die Wählerinnen und Wähler können durch das Panaschieren und Kumulieren ihrer Stimmen persönliche Schwerpunkte für die Zusammensetzung des Kommunalparlamentes setzen.

82000-861

Politische Mitwirkungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene → M17-M20

Auf kommunaler Ebene gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten sich politisch zu beteiligen. Darunter fallen:

- Bürgerversammlungen
- Bürgeranträge
- Bürgerbegehren
- Bürgerentscheide
- Bürgersprechstunden
- Übernahme eines Ehrenamtes
- Aktives Wahlrecht
- Passives Wahlrecht
- Engagement in Parteien
- Mitarbeit in Kinder- und Jugendparlamenten
- Engagement in Vereinen
- Engagement in Bürgerinitiativen

82000-862

Die im Sinne der vertikalen Gewaltenteilung „unterste“ politische Ebene der Kommune bietet Bürgerinnen und Bürgern in Bayern zahlreiche Möglichkeiten, sich durch die Übernahme eines Amtes, der Mitwirkung in Gremien oder durch das Engagement in Interessengruppen politisch einzubringen und somit den eigenen Lebensmittelpunkt politisch mitzugestalten. Dabei sind die Themenfelder und Spielräume für politisches Handeln durchaus breit aufgestellt, auch wenn von den Städten und Gemeinden zahlreiche Aufgaben erfüllt und Maßnahmen umgesetzt werden müssen, die von übergeordneten Ebenen (Landkreis, Bundesland, Bund, EU) vorgegeben werden.

Warum ist auch Politik auf kommunaler Ebene wichtig?
M17, M19

Anders als auf der Bundes- oder der europäischen Ebene ist die Politik in der Gemeinde sehr nah dran am Menschen. Vorhaben und Beschlüsse von Gemeinde- oder Stadtrat betreffen die Menschen unmittelbar. Sind sie nicht „im Sinne der Bürgerin oder des Bürgers“, bilden sich oft Bürgerinitiativen, die mit den Instrumenten der Bürgerbeteiligung, z. B. Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, die Entscheidung in ihrem Sinne korrigieren wollen. Meist gelingt es, in kurzer Zeit viele Mitbürgerinnen und Mitbürger zu mobilisieren. Die Anliegen, die mit Hilfe direktdemokratischer Verfahren durchgesetzt werden, stehen bisweilen auch im Widerspruch zum gemeinwohlorientierten Agieren der gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Welchen Sinn macht die kommunale Bürgerbeteiligung?
M19

Politische Wahlen auf der kommunalen Ebene sind kompliziert. Sie bieten Wählerinnen und Wählern aber auch den größten Gestaltungsspielraum und sind vor allem konsequent auf das Persönlichkeitsprinzip ausgerichtet. Das heißt, bei der Stimmabgabe orientiert man sich meist an der Kandidatin bzw. dem Kandidaten und nicht an einer Partei. Wer auf kommunaler Ebene ein Mandat erringen möchte, sei es als Bürgermeisterin oder Bürgermeister, Landrätin oder Landrat, Gemeinderatsmitglied oder Mitglied im Kreis- bzw. Bezirkstag, muss gut vernetzt und in der Gemeinde bekannt sein. Zwar sind Gemeinderatswahlen ähnlich wie Landtags- und die Bundestagswahl nach dem Verhältniswahlsystem organisiert, durch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens haben die Wählerinnen und Wähler jedoch mehr Freiheiten und können so einfach nach persönlicher Sympathie entscheiden. Die Parteizugehörigkeit ist sekundär. Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister und Landrätin bzw. Landrat werden nach absoluten Mehrheitswahlsystem gewählt, häufig kommt es dabei zu Stichwahlen.

Welche Rolle spielt die Persönlichkeit bei Kommunalwahlen?
M15, M16, M18

KOMPETENZEN ANWENDEN

Kompetenz-Check Kapitel 4

71911-440

Die nachfolgenden Aufgaben bieten Ihnen die Möglichkeit, sich selbst zu überprüfen und erlauben Ihnen, abzuschätzen, inwieweit Sie die gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt anwenden können. Mögliche Lösungsvorschläge finden Sie über die QR-Codes zu den jeweiligen Aufgaben.

1 Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern:

Ein Mann macht in einer Fußgängerzone auf das Volksbegehren aufmerksam.

Hintergrund: Im Oktober 2021 startete ein Volksbegehren in Bayern mit dem Ziel, den Bayerischen Landtag abzuberufen und vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen. Die Initiatoren des Bündnisses „Abberufung des Landtags" werden der Querdenker-Szene zugeordnet, die sich aus Gegnerinnen und Gegnern der Corona-Politik bis hin zu Corona-Leugnerinnen und -Leugnern zusammensetzt. Ihre Proteste richteten sich seit März 2020 gegen die pandemiebedingten Einschränkungen von Grundrechten, wie der Freizügigkeit, der Versammlungsfreiheit und der Freiheit der Person, u. a. durch die Maskenpflicht. Mindestens einer der Verantwortlichen der Initiative, nämlich der stellvertretende Beauftragte des Volksbegehrens, Karl Hilz, steht im Visier des Verfassungsschutzes. Die AfD, die selbst im Landtag sitzt, hatte auf einem Landesparteitag beschlossen, das Volksbegehren zu unterstützen. Rund 29.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens, womit die erforderliche Anzahl von 25.000 Unterschriften erreicht wurde. Das Bayerische Innenministerium gab dem Zulassungsantrag vom 24. Juni 2021 deshalb am 30. Juli 2021 statt. In der 14-tägigen Eintragungsfrist entschieden sich nur rund 204.000 Bürgerinnen und Bürger für das Volksbegehren, das entspricht 2,15 % der bayerischen Stimmberechtigten. Nötig gewesen wären 1 Million Unterschriften, also 10 % der Stimmberechtigten. Das von einem Bündnis aus der Querdenker-Szene, den Parteien AfD und „Die Basis" initiierte Volksbegehren ist damit deutlich gescheitert. Es ist das Volksbegehren in Bayern mit der bislang geringsten Unterstützung durch das Volk.

Aufgabe

Sie absolvieren gerade ein dreiwöchiges Volontariat bei Ihrer Heimatzeitung, die beabsichtigt, ihre Leserschaft über das gescheiterte Volksbegehren aus der Querdenker-Szene zu informieren. Die Chefredakteurin bittet Sie, zum geplanten Grundsatzartikel (Sachbericht) eine Stellungnahme der Redaktion (Meinungsbeitrag) zu verfassen, in welchem Sie grundsätzliche Überlegungen zum direktdemokratischen Instrument des Volksbegehrens anstellen, aber auch zum gescheiterten Volksbegehren Stellung nehmen sollen. Fertigen Sie einen Entwurf an!

Lösungsvorschlag

71911-442

2 Handlungsfähigkeit und Krisenfestigkeit des Föderalismus

Hintergrund: In der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 19. März 2020 stoßen Sie in dem Artikel „Dein Staat und Retter" des ehemaligen Richters am Bundesverfassungsgericht Udo di Fabio auf folgende Textstelle:

> „Jede Krise wirft ein Schlaglicht auf den Zustand der Gesellschaft, ist ein Stresstest für ihre Institutionen. Für Deutschland stellt sich vor allem die Frage: Schafft es der Föderalismus, rasch, wirksam und umsichtig zu handeln? Oder erweisen sich zentral geführte Regierungssysteme, seien es Demokratien wie in Frankreich oder Diktaturen wie in China, als krisengerechter?"

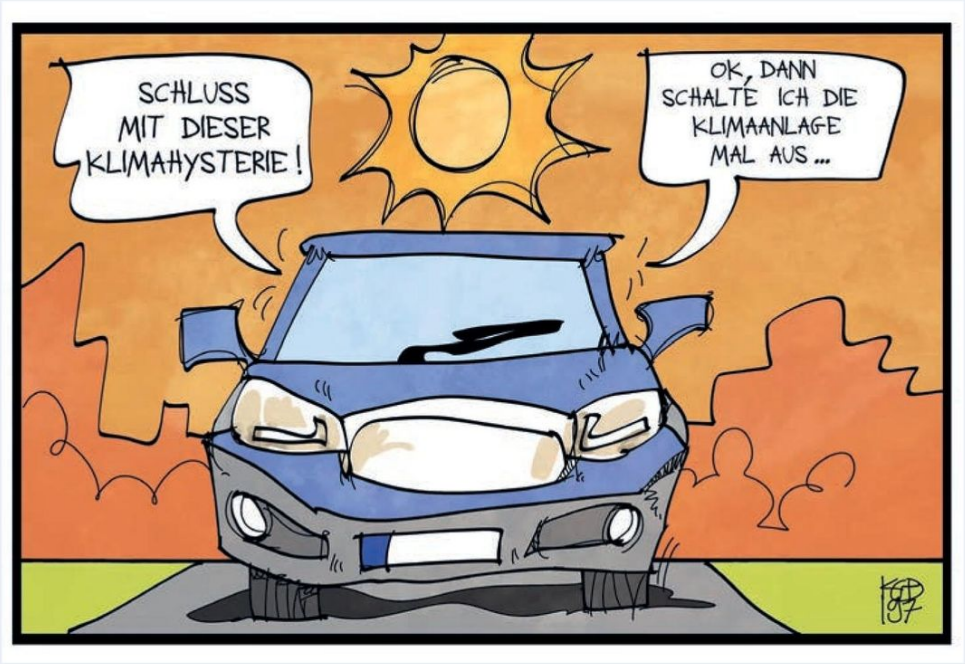
di Fabio, Udo: Dein Staat und Retter. In: www.zeit.de, 18.03.202

Aufgabe

Erläutern Sie, wie die im Grundgesetz festgelegten Bestimmungen zur Bundesstaatlichkeit und deren Ausgestaltung in der politischen Praxis zur Sicherung der Demokratie in Deutschland beitragen! […] Beurteilen Sie ausgehend von dem Zitat, auf welche Weise ein föderalistisches System wie die Bundesrepublik bei der Bewältigung von Krisensituationen profitieren kann!

Lösungsvorschlag

71911-443



Karikatur: Kostas Koufogiorgos, 2019

Das Unwort des Jahres 2019: „Klimahysterie“

Die Wahl des jährlichen Unworts spiegelt stets den Zeitgeist und die aktuelle politische Debatte. Kaum ein Thema bewegte die Menschen 2019 so sehr wie der Klimaschutz: Fridays-for-Future-Demonstrationen, Greta Thunberg, Weltklimagipfel und verheerende Klimakatastrophen. Folgerichtig entschied sich die Jury der sprachkritischen Aktion für „Klimahysterie“, ein Wort, das „Klimaschutzbemühungen und die Klimaschutzbewegung diffamiert und Debatten diskreditiert“, heißt es in der Begründung. Der Ausdruck würde „das zunehmende Engagement für den Klimaschutz als eine Art kollektiver Psychose“ pathologisieren. „Vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Klimawandel ist das Wort zudem irreführend und stützt in unverantwortlicher Weise wissenschaftsfeindliche Tendenzen“, sagte die Sprachwissenschaftlerin Nina Janich, Sprecherin der sprachkritischen Aktion. In der politischen Debatte des vergangenen Jahres war der Begriff häufig von Politikern der rechten Partei AfD genutzt worden. […]

Wie in jedem Jahr waren alle Bürger dazu aufgerufen, Vorschläge für das „Unwort des Jahres“ einzureichen. Dabei sei „Klimahysterie“ neunmal genannt worden, wie überhaupt Einsendungen rund um Ökologie und Umweltschutz stark zugenommen hätten, so Janich. Zu den weiteren Vorschlägen aus diesem Bereich zählten beispielsweise die Begriffe „Ökodiktatur“, „Ökofaschismus“, „Ökoterrorismus“, „Klimaabsolutismus“, „CO_2-Gläubige“, „CO_2-Jünger“ oder „Klimakirche“.

woy/suc (mit dpa/KNA): Das Unwort des Jahres 2019: „Klimahysterie“. In: www.dw.com, 14.01.2020

Die politische Gestaltung globalen Zusammenlebens reflektieren

5

Globalisierung gilt manchen als Verheißung, als eine erdumspannende Bereicherung sowohl der Kontakte als auch der Waren sowie Kulturen. Anderen jagt das Wort einen Schrecken ein, Verlust von Identität, Übermacht einzelner Lebensstile oder grenzüberschreitende Umweltprobleme wirken auf sie bedrohlich. Also treiben nicht nur ökologische Auswirkungen der Globalisierung, die sich mit den Problemen des Klimawandels verbinden, sondern auch die ökonomisch-soziale sowie kulturelle Dimension die Menschen um. Politik hat infolgedessen die Aufgabe, sowohl die positiven als auch die negativen Konsequenzen zu gestalten. Hierbei sind einzelne Staaten überfordert, internationale Zusammenarbeit ist nötig. Das bedeutet eine Chance, macht aber das konkrete politische Handeln oft unübersichtlich und schwierig.

Kompetenzen

Am Ende des Kapitels sollten Sie Folgendes wissen und können:

- auf der Basis Ihrer Kenntnisse globaler wirtschaftlicher Zusammenhänge deren soziale, kulturelle bzw. ökologische Auswirkungen in verschiedenen Regionen der Welt diskutieren, um ein differenziertes Bild von Globalisierungsprozessen zu gewinnen.
- angesichts einer globalen Herausforderung wie Klimawandel oder Migration Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahme auf die Folgen der Globalisierung erkennen, um das Spannungsfeld zwischen nationalstaatlichen, bilateralen und multilateralen Regelungen zu reflektieren.
- Ziele, Aufbau und zentrale Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen ermitteln, um deren Rolle als Forum multilateraler Kooperation zu erkennen.
- an aktuellen Beispielen Legitimation, Entscheidungsfähigkeit und Durchsetzbarkeit von Entscheidungen der Vereinten Nationen untersuchen, um deren Potenzial für eine positive Gestaltung der Globalisierung zu diskutieren.
- Tendenzen zur Renationalisierung und Regionalisierung unter anderem als Reaktion auf Auswirkungen der Globalisierung erfassen und den Identitätsbegriff vor dem Hintergrund regionaler, nationaler und globaler Einflüsse reflektieren.
- die Argumente von Globalisierungsbefürwortern sowie -kritikern abwägen, um den Einfluss der Globalisierung für Frieden und Demokratie in der Welt zu bewerten.

Aufgaben

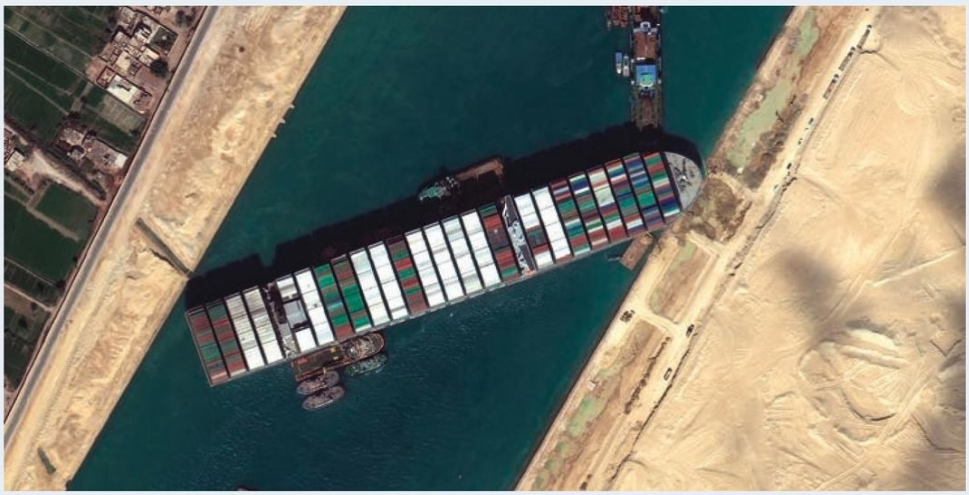
71911-500

1. Recherchieren Sie das aktuelle Unwort des Jahres und bewerten Sie diese Wahl auch im Vergleich mit dem Unwort „Klimahysterie“.
2. Stellen Sie dar, welche grundlegenden Haltungen bzw. Einstellungen offensichtlich in der Bevölkerung verbreitet sind, wenn Sorgen bezüglich des Klimawandels als „Klimahysterie“ verunglimpft werden.

5.1 Wir und die Welt – die Welt und wir: soziale, ökologische und kulturelle Auswirkungen der Globalisierung in Grundzügen

Zum Thema: Das zuweilen nicht genau abgrenzbare Phänomen der Globalisierung tritt den einzelnen Menschen in vielfältigen Auswirkungen entgegen. Wie abhängig die Menschheit inzwischen geworden ist, lässt sich an weltweiten Krisen etwa im Bereich Gesundheit ablesen, aber auch Einzelereignisse wie der Containerschiffunfall im Suezkanal verdeutlichen die Abhängigkeiten. Neben sozialen bzw. ökonomischen Auswirkungen auf Lebensbedingungen und Arbeitplätze zeigen die Frage des ökologischen Fußabdrucks sowie die Kleidungskultur die Nähe globaler Entwicklungen zum einzelnen Menschen auf. Das Thema Soja verbindet wirtschaftlich-soziale, ökologische und kulturelle Aspekte.

M1 Einer der wichtigsten Kanäle der Welt ist blockiert …



Tagelange Blockade einer der wichtigsten Handelsstraßen der Welt, des Suezkanals

Einstiegsaufgaben 71911-510

1. Beschreiben Sie das Bild **M1**. Erwägen Sie Konsequenzen aus dem Vorfall und veranschaulichen Sie diese in einem Pfeildiagramm.
2. Nicht wenige fordern, dass der Transport von Waren teurer werden solle, um so die besonders weiten Reisen von Dingen zu erschweren. Stimmen Sie innerhalb Ihrer Lerngruppe ab, ob Sie in einem ersten Eindruck diesen Ansatz gut oder schlecht finden.

M2 Wie kann ein einziges Schiffsunglück weltweit für Chaos sorgen?

Der deutschen Wirtschaft kommt der Schiffsstau durch den blockierten Suezkanal teuer zu stehen. Chemieindustrie und Maschinenbauer warnen vor einer Störung der Lieferketten, die durch die Corona-Pandemie ohnehin unter Druck stehen. Selbst wenn das am Dienstag auf Grund gelaufene Containerschiff [„Ever Given"] bald wie-

der flottgemacht und die wichtige Wasserstraße wieder befahrbar wird, rechnen Logistiker mit wochenlangen Problemen an den deutschen Häfen. Besonders das Geschäft mit Deutschlands wichtigem Handelspartner China dürfte leiden. „Die Störung kommt zu einem schlechten Zeitpunkt", erklärte der Verband der Chemischen Industrie (VCI) am Donnerstag auf Nachfrage. „Die Kapazitätsauslastung in der Chemie ist hoch. Entsprechend stark ist der Bedarf an Lieferungen aus Asien." Auch die Maschinen- und Anlagenbauer blicken mit Sorge auf die Havarie im Kanal. „Die asiatischen Märkte sind aktuell die Wachstumstreiber für den Maschinen- und Anlagenbau", sagte der Chefvolkswirt des Branchenverbands VDMA, Ralph Wiechers. Das rund 400 Meter lange Containerschiff [„Ever Given"] blockiert seit Dienstag eine der wichtigsten Wasserstraßen der Welt. Dort dürften sich die Bergungsarbeiten noch hinziehen. „Wir können nicht ausschließen, dass es noch Wochen dauern könnte", sagte der Chef der an den Bergungsarbeiten beteiligten Firma Bos, Peter Berdowski, dem niederländischen Fernsehsender „Nieuwsuur". Zehn Schlepper bemühten sich bislang vergeblich, das etwa 400 Meter lange Schiff aus seiner Querlage in einer der wichtigsten Wasserstraßen der Welt zu befreien. Auf Fotos war zu sehen, wie Bagger Erde und Gestein von Rande des Kanals am Bug des Schiffs herausrissen. Der Ölpreis legte auch wegen des Unglücks um etwa sechs Prozent zu. Der 224.000 Tonnen schwere und 59 Meter breite Frachter gehört zu den größten Containerschiffen der Welt. Laut der Hafenbehörde war er im Zuge eines Sandsturms bei starkem Wind manövrierunfähig geworden, vom Kurs abgekommen und in der Nähe der Hafenstadt Suez auf Grund gelaufen. In beiden Richtungen stauten sich Schiffe. Der Verband Deutscher Reeder warnte vor den Auswirkungen einer längeren Blockade. „Das ist wie die Vollsperrung einer großen deutschen Autobahn. Je länger das dauert, desto deutlicher werden die Auswirkungen zu sehen sein", sagte ein Sprecher. Auch nach der Blockade des Suezkanals komme vermutlich auf die Häfen eine weitere Ballung zu. Dann kämen alle Frachter auf einmal zur Abfertigung. Während die Blockade auch die übrige deutsche Wirtschaft zunehmend beunruhigt, hat der Rückstau bisher kaum Auswirkungen auf den Hamburger Hafen. Von der Vorstandsvorsitzenden des Hafenkonzerns HHLA, Angela Titzerath, hieß es aber, dass eine langfristige Störung im Suezkanal „zu wirklich dramatischen Verzögerungen im Fahrplan" führen würden. […] Ein Anwalt, der namentlich nicht genannt werden wollte, sagte: „Das ist möglicherweise das größte Desaster mit einem Containerschiff, bei dem es keinen Knall gab." Eine Stellungnahme von Shoei Kisen lag nicht vor. Durch den Suezkanal fließen rund zwölf Prozent des globalen Frachtvolumens und etwa 30 Prozent des Containervolumens. Im vergangenen Jahr passierten der Kanalbehörde zufolge fast 19.000 Schiffe und damit durchschnittlich fast 52 Schiffe pro Tag die Wasserstraße. Die alternative Route um die Südspitze Afrikas dauert gut eine Woche länger. Für Ägypten ist der Kanal eine wichtige Quelle von harten Währungen: Die Summe betrug 2020 etwa 5,6 Milliarden Dollar.

Nach: dpa-infografik 102241, Quelle: vesselfinder.com

Reuters / dpa: Stau im Suezkanal lässt Wirtschaft bangen. In: www.faz.net, 25.03.2021

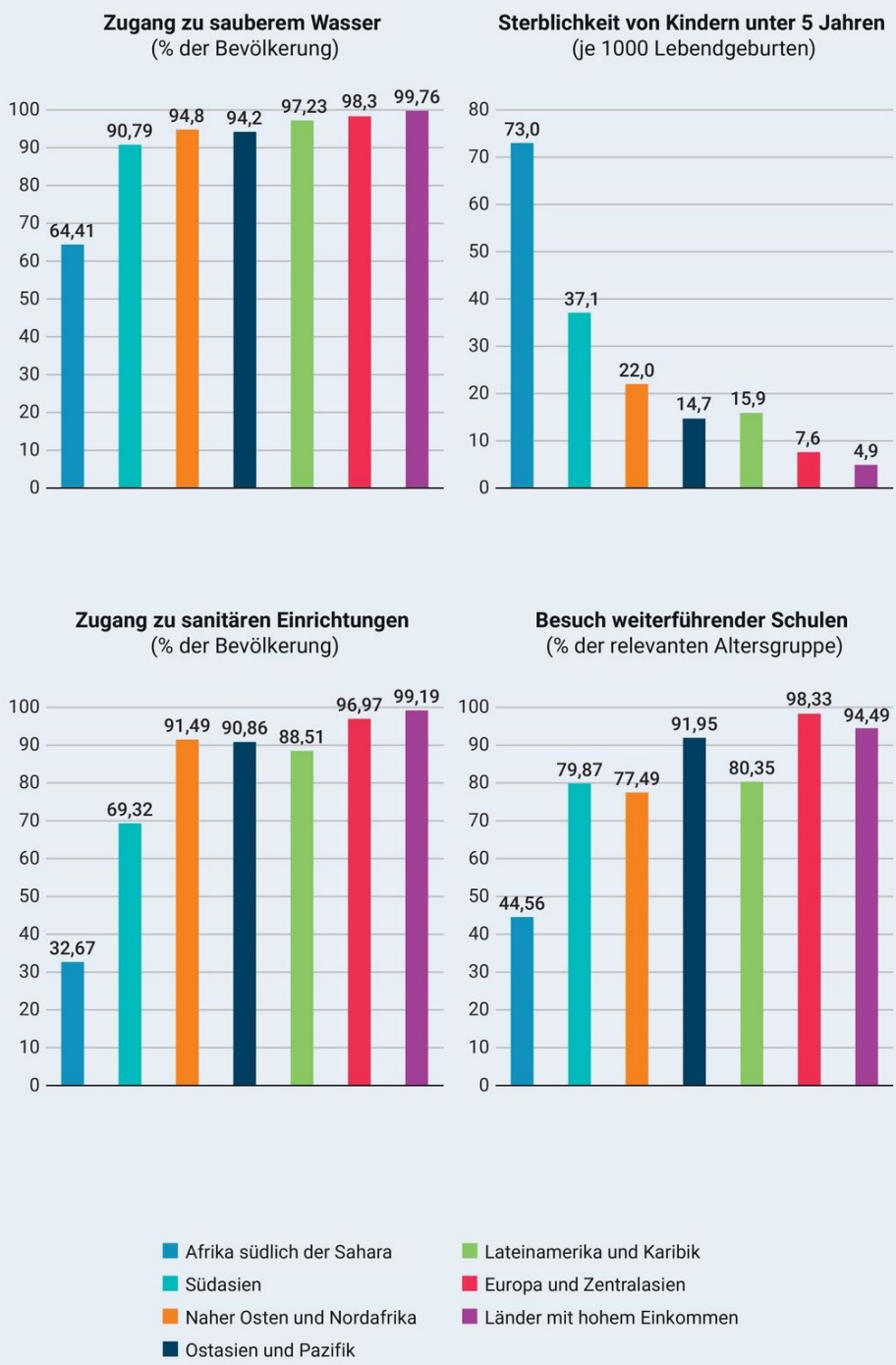
M3 Soziale Auswirkungen der Globalisierung: wie unterscheiden sich die Lebensbedingungen von Menschen weltweit?

Länder mit hohem Einkommen
wurden durch die Weltbank im Jahr 2022 als Länder mit einem Bruttoinlandseinkommen pro Kopf von über $13.845 definiert.

71911-513

Lebensbedingungen in verschiedenen Regionen der Welt
Stand: 2023

73000-515



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Weltbank (Datenerhebung: 2022; Grafikerstellung: 2023)

M4 Welche Folgen hat die Globalisierung für den Arbeitsmarkt in der Europäischen Union?

Neue Jobchancen durch die Globalisierung

- Die Zahl der Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt von EU-Exporten in Länder außerhalb der Union abhängen, nimmt kontinuierlich zu. Im Jahr 2000 sicherten die Ausfuhren der EU 21,7 Millionen Jobs. 2017 waren es bereits 36 Millionen. Jede Milliarde Euro an EU-Exporten unterstützt durchschnittlich rund 13.000 Arbeitsplätze in der Union.
- Neue Arbeitsplätze können sich nicht nur in exportierenden Unternehmen ergeben, sondern auch in den Firmen, die Waren und Dienstleistungen an sie liefern.
- In Deutschland beispielsweise hängen 6,8 Millionen Arbeitsplätze von Exporten in Nicht-EU-Länder ab. Dank des EU-Binnenmarkts haben weitere 1,1 Millionen Deutsche einen Arbeitsplatz, der durch Exporte anderer EU-Länder in Drittstaaten gesichert wird. Insgesamt sind 18 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland auf EU-Exporte angewiesen. [...]
- Der Anteil hochqualifizierter Arbeitnehmer in exportbezogenen Jobs steigt. Arbeitsplätze, die mit Exporten in Verbindung stehen, werden zudem im Schnitt um 12 Prozent besser bezahlt als andere Jobs.

Negative Auswirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung

- Die Globalisierung bringt mehr Wettbewerb mit sich, was wiederum zur Schließung von Unternehmen, Standortverlagerungen (Offshoring) und Arbeitsplatzverlusten führen kann.
- Die am stärksten gefährdeten EU-Sektoren, wie die Textil- und Bekleidungsbranche, die Schuh- und Lederwarenindustrie, die Metallerzeugung und -bearbeitung und die verarbeitende Industrie, sind vorwiegend durch Arbeitsplätze mit niedrigeren Qualifikationsanforderungen gekennzeichnet.
- Vor allem Produktionsbetriebe sind durch die Konkurrenz aus Niedriglohnländern dem Risiko des Offshoring (der Verlagerung der Produktion in andere Länder) ausgesetzt.
- Durch die COVID-19-Pandemie wurde deutlich, wie wichtig es ist, die Produktion in kritischen Bereichen und von systemrelevanten Produkten, wie z. B. Medikamenten, zurück nach Europa zu verlagern.
- Der Trend zum Offshoring verschiebt sich; zunehmend ist dieser Prozess statt in westlichen Mitgliedsstaaten in den osteuropäischen Ländern zu beobachten. Die Zielländer liegen in Nordafrika und Asien.
- Während die Gesamtergebnisse der Liberalisierung des internationalen Handels positiv zu werten sind, sind einige Sektoren stark betroffen und die Dauer des Anpassungszeitraums, den Arbeitnehmer für die Verlagerung in andere Sektoren benötigen, kann die eigentlichen Vorteile mindern.

Europäisches Parlament: Die Folgen der Globalisierung auf dem EU-Arbeitsmarkt. In: www.europarl.europe.eu, 03.08.2021

Aufgaben

71911-511

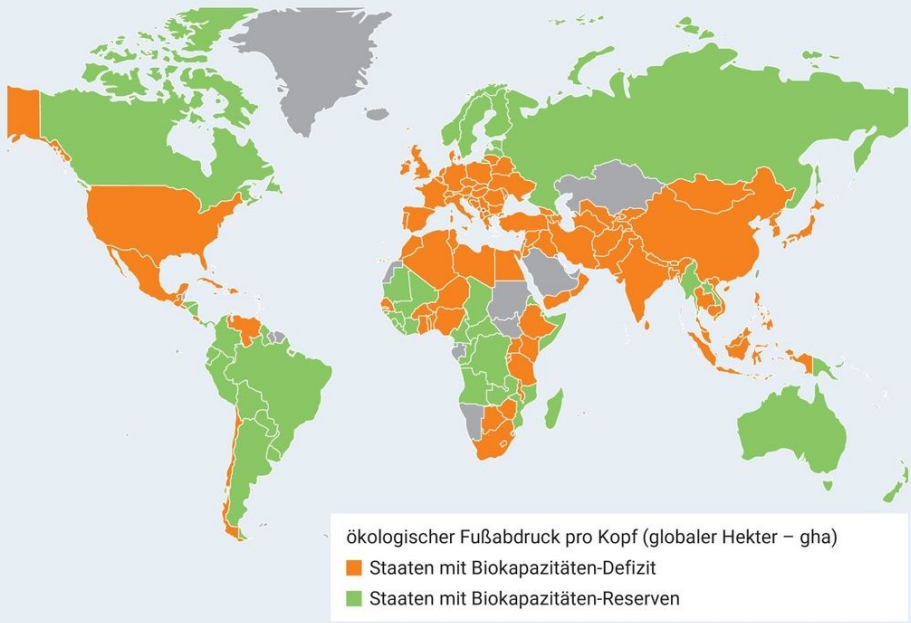
1. a) Umschreiben Sie ausgehend von **M1** und **M2** in eigenen Worten die Bedeutung des Suezkanals zum einen für die Weltwirtschaft, zum anderen für die deutsche Ökonomie.
   b) Erweitern Sie Ihr eigenes Pfeildiagramm aus der Einstiegsaufgabe um Aspekte aus **M2**.
2. Erwägen Sie ausgehend von **M3**, inwieweit die Globalisierung Einfluss nimmt auf die ungleichen Lebensverhältnisse in der Welt.
3. Beziehen Sie persönlich Stellung zu den in **M4** dargestellten Auswirkungen der Globalisierung auf den Arbeitsmarkt der EU.

F zu Aufgabe 2 und 3
Bewerten Sie ausgehend von **M3** oder **M4** soziale Auswirkungen der Globalisierung, indem Sie einen möglichst pointiert formulierten Zeitungskommentar verfassen, der neben dem entsprechenden Material abgedruckt sein könnte.

M5 Ökologischer Fußabdruck und Biokapazität: Leben wir über unsere Verhältnisse?

1 Welche Staaten haben Biokapazitätsreserven, welche ein -defizit?

Biokapazitätsdefizite oder -reserven der Länder der Welt
Stand: 2023



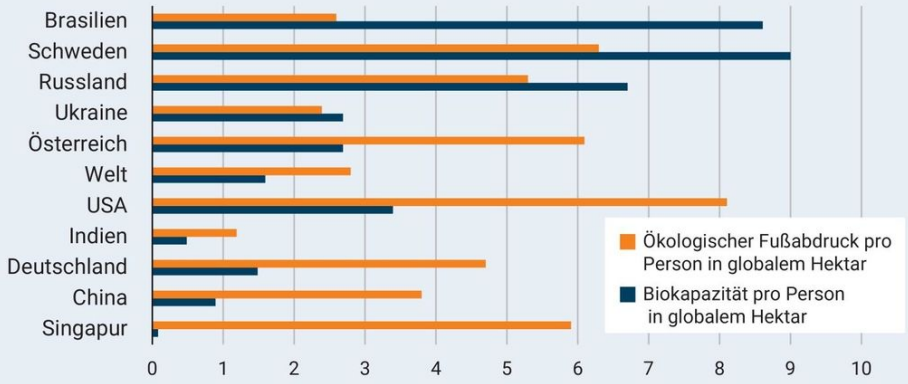
Nach: GlobalFootPrintNetwork (Datenerhebung: 2018; Grafikerstellung: 2023)

Lesehilfe zur Grafik 1: Nach Daten der Non-Profit-Organisation Global Footprint Network übersteigt die weltweite Nachfrage nach natürlichen Ressourcen seit 1971 durchgehend das Angebot an regenerierten Ressourcen – eine Situation, die sich im globalen Maßstab zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte findet. Gegenwärtig bräuchte die Erde mehr als anderthalb Jahre, um den Verbrauch eines Jahres zu decken. Entsprechend findet ein „anhaltender Raubbau" am Bestand statt. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Staaten und Regionen beträchtlich: Wenn alle Menschen so lebten wie die Europäer, wären fast drei Erden notwendig, um den Ressourcenverbrauch nachhaltig zu ermöglichen. Wenn alle Menschen so lebten wie US-Amerikaner, wären es sogar knapp fünf Erden.
Rechnungsgrundlage ist sowohl für die Biokapaziät als auch den biologischen Fußabdruck die Einheit gha – der globale Hektar. Bei der Biokapazität handelt es sich um die biologisch produktive Fläche (d. h. ohne Meere und Wüsten) einer Region, einem Land oder der gesamten Erde. Biokapazität ist dementsprechend eine Größe, die angibt, wieviel gha dieser nutzbaren Fläche jeder Person theoretisch zur Verfügung steht. Der ökologische Fußabdruck (eines Landes oder pro Person) gibt dagegen die biologisch produktive Fläche an, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter den heutigen Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen. Damit ist der ökologische Fußabdruck ein Indikator für Nachhaltigkeit. Das schließt Flächen ein, die zur Produktion von Kleidung und Nahrung oder zur Bereitstellung von Energie benötigt werden, aber z. B. auch zur Entsorgung von Müll oder zum Binden des durch menschliche Aktivitäten freigesetzten Kohlenstoffdioxids.

Bearbeiter

2 **Wie viele „globale Hektar" verbrauchen Menschen in verschiedenen Ländern?**

Ökologischer Fußabdruck und Biokapazität pro Person
Stand: 2023



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: GlobalFootPrintNetwork (Datenerhebung: 2018; Grafikerstellung: 2023)

M6 Heute modern, morgen out: Jeden Tag neue Klamotten – kulturelle Auswirkungen der Globalisierung

Einstellung der Deutschen zu nachhaltiger Mode (Stand: 2021)

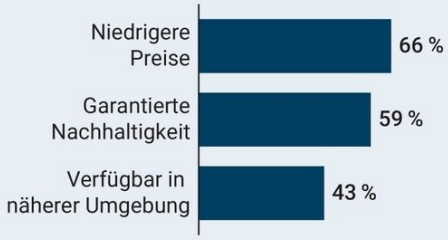
Nutzung und Akzeptanz

+ **8 %** der Verbraucher besitzen mehrere nachhaltige produzierte Kleidungsstücke.

0 Wohlwollend eingestellt sind **79 %** der Bürgerinnen und Bürger, jedoch bleiben diese meist noch tatenlos.

− **13 %** attestieren der Thematik nachhaltige Mode kaum Relevanz.

Aspekte zur Steigerung der Kaufbereitschaft für nachhaltige Mode

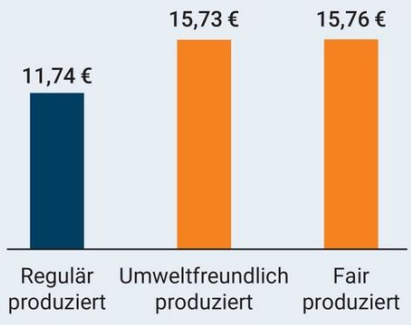


Wichtige Kriterien für Kleidung

	+	0	−
Tragekomfort	100 %	94 %	98 %
Langlebigkeit	96 %	89 %	84 %
Umweltverträgliche Herstellung	96 %	67 %	20 %
Faire Produktion	94 %	64 %	20 %
Design	85 %	74 %	70 %
Marke	62 %	31 %	22 %

+ Erfahrene 0 Geneigte − Unbedarfte

Preisbereitschaft
Einfaches T-Shirt



Nach: Splendid Research, n = 1.490, zwischen 15 und 69 Jahre, Mehrfachnennungen möglich

Informationen zur Aufteilung der Analysegruppen
Erfahrene: Achten beim Kauf auf Nachhaltigkeit von Kleidung und besitzen überwiegend nachhaltige Kleidung

Geneigte: Achten beim Kauf gelegentlich auf Nachhaltigkeit von Kleidung und finden, dass nachhaltige Produktion ein relevantes Kaufkriterium ist.

Unbedarfte: Besitzen kaum oder wenig nachhaltige Kleidung und achten auch beim Kauf nicht auf Nachhaltigkeit.

M7 Ökologische Auswirkungen der Globalisierung am Beispiel von Soja: Segen oder Fluch für das Klima?

Die Sojapflanze

Der Anbau von Soja boomt. Zuletzt lag die weltweite Ernte bei 360 Millionen Tonnen, 70 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Das belegen Zahlen der US-amerikanischen Behörde für Landwirtschaft (USDA). Demnach sind die weltgrößten Erzeuger von Sojabohnen derzeit die USA (34 Prozent), dicht gefolgt von Brasilien (32 Prozent) und Argentinien (15 Prozent). Soja wird vor allem [...] für die Tiermast angebaut. In der EU landen 87 Prozent im Futtertrog der Tierfabriken, sechs Prozent wird zu Biodiesel und sieben Prozent kommen als Nahrungsmittel auf den Teller. Die global steigende Nachfrage nach Fleisch treibt den Bedarf an der proteinreichen Bohne voran. [...] Die größten Abnehmer, um Soja als Tierfutter zu verfüttern, sind vor allem China und die EU. China importierte nach USDA-Angaben 2018/2019 rund 84 Millionen Tonnen; die EU rund 35 Millionen Tonnen. Da der Bedarf an Sojabohnen als Tierfutter steigt, werden Urwälder gerodet, um noch mehr Anbau- und Weideflächen zu schaffen. In Brasilien hat sich die Anbaufläche von Soja in den letzten 20 Jahren auf rund 340.000 Quadratkilometer vervierfacht, so die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Diese Ackerfläche entspricht etwa der Größe Deutschlands. Allein im brasilianischen Teil Amazoniens wurden in den vergangenen 30 Jahren rund 437.000 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt, hat das brasilianische Institut für Weltraumforschung auf Satellitenbildern dokumentiert. Auf einem Teil der Fläche grasen jetzt Rinderherden, anderswo wird Soja angebaut. Weltweit werden laut Umweltbundesamt derzeit rund 10 Millionen Quadratkilometer fruchtbares Ackerland allein für die Produktion von Tierfutter genutzt. Das ist fast vier Mal mehr Fläche als für die direkte Lebensmittelproduktion. Diese Rodungen und Trockenlegungen von Mooren für die Fleischproduktion sind Teil der Emissionen, die von der Landwirtschaft produziert werden. Laut IPCC sind alle diese Emissionen für rund 23 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Werden noch andere Emissionen bei der Lebensmittelproduktion wie beispielsweise der Transport hinzugezählt, steigt dieser Wert laut IPCC-Schätzungen auf rund 29 Prozent. Der Weltklimarat zeigt im aktuellen Sonderbericht zur Landnutzung und Ernährungssicherheit auf, wie sich die globale Land- und Forstwirtschaft ändern müsste, damit die Ernährungs- und Lebensgrundlage für die Menschheit erhalten bleibt und die Pariser Klimaziele erreicht werden kön-

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)
Der Weltklimarat ist ein zwischenstaatlicher Ausschuss. In seinem Auftrag tragen Wissenschaftlerinnen und Wisseschaftler weltweit den aktuellen Stand zum Klimawandel zusammen.

nen. Demnach sollte die weltweit genutzte Fläche für Weide- und Ackerland bis zum Ende dieses Jahrhunderts deutlich sinken – die Fläche müsste von derzeit rund 50 Millionen Quadratkilometer um 20 Prozent reduziert werden, so die IPCC-Empfehlung. Um das Treibhausgas CO_2 wieder aus der Atmosphäre zu entfernen, sieht der Weltklimarat die Bindung von CO_2 in Biomasse durch Wiederaufforstung als einen wichtigen Weg. Auf einer Fläche von bis zu 7,5 Millionen Quadratkilometer sollten in den nächsten 50 Jahren neue Wälder entstehen. Zum Vergleich: Die Fläche der EU beträgt 4,5 Quadratkilometer. Neben einer nachhaltigen Landwirtschaft und Aufforstungen empfiehlt der Weltklimarat auch, weniger Lebensmittel zu verschwenden und weniger Fleisch zu essen. „Bereits heute ist das Ernährungssystem ein wichtiger Treiber für den Klimawandel, für die Übernutzung von Wasserressourcen, und für Umweltverschmutzung. Ohne gezielte Maßnahmen könnten diese Auswirkungen bis 2050 um 60 bis 90 Prozent zunehmen", beschreibt Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, die Situation. „Um die Nahrungsmittelproduktion innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen und damit innerhalb eines sicheren Handlungsraums für die Menschheit zu halten, können wir drei Dinge tun: mehr gesundes Gemüse und weniger Fleisch essen, systematisch Lebensmittelverschwendung vermindern, und landwirtschaftliche Technologien und Management wie zum Beispiel bei Bodenbearbeitung oder Düngerrecycling verbessern", sagt Rockström [...]. Interessanterweise kann bereits der bloße Wechsel zu einer stärker pflanzlichen ‚flexitarischen' Ernährung die Treibhausgasemissionen aus der landwirtschaftlichen Produktion ungefähr halbieren. Alle Maßnahmen zusammen können dazu beitragen, alle gesund zu halten: den Planeten, und die Menschen", so Rockström.

Rueter, Gero: Soja: Segen oder Fluch fürs Klima? In: www.dw.com, 12.09.2019

Aufgaben

71911-512

4. Stellen Sie dar, inwiefern sich die in **M5** dargestellte ökologische Problematik mit fortschreitender Globalisierung noch verschärfen könnte.

5. a) Führen Sie die Umfrage aus **M6** in Ihrer Lerngruppe durch und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse.
b) Diskutieren Sie Hintergründe Ihrer Antworten. Stellen Sie dabei jeweils den Bezug zur Globalisierung her.

6. a) Vergegenwärtigen Sie sich, was unter der kulturellen Dimension der Globalisierung zu verstehen ist. Ziehen Sie dabei die Definition aus „Wissen Kompakt" (→ S. 208) zu Rate.
b) Schätzen Sie den Einfluss internationaler Moden und Trends auf Ihr Verhalten im Bereich des Kleidungskaufes ein und bewerten Sie dies als Teil kultureller Auswirkungen der Globalisierung.

7. Erarbeiten Sie Gründe und Folgen des Sojaanbaus (**M7**).

8. a) Erläutern Sie, inwiefern sich beim Thema Soja wirtschaftlich-soziale, ökologische und kulturelle Aspekte der Globalisierung verbinden.
b) Diskutieren Sie Konsequenzen dieser Entwicklungen.

9. Stimmen Sie nach dieser Unterrichtseinheit über die Fragestellung aus der Einstiegsaufgabe erneut ab. Hat es Veränderungen bei dem Ergebnis gegeben oder nicht? Diskutieren Sie Gründe für den Haltungswechsel oder das Gleichbleiben Ihrer Ansicht.

H zu Aufgabe 7
Stellen Sie in einer kleinen Übersicht die Daten und Fakten des Textes **M7** zusammen.

WISSEN KOMPAKT

Globalisierung → M1-M8

Mit dem Begriff der Globalisierung wird das Phänomen der weltweiten Arbeitsteilung, der wirtschaftlichen Verflechtung und der Entstehung globaler Märkte bezeichnet, die in Ansätzen bereits in der Antike und im Mittelalter zu beobachten sind. Diese Verflechtung wird aufgrund technischer Fortschritte (v. a. im Bereich der Kommunikation), der Liberalisierung des Welthandels (verstärkt nach dem Wegfall der ideologischen Barrieren des Kalten Krieges) und durch Erleichterungen und Vereinheitlichung im Transportwesen (z. B. Wegfall von Zollschranken, Transport in Containern) vorangetrieben. Die Globalisierung von heute ist neben dem wirtschaftlichen Strukturwandel aber auch ein politisches, gesellschaftliches, soziales bzw. ökonomisches, ökologisches und kulturelles Phänomen, weshalb verschiedene Dimensionen von Globalisierung unterschieden werden.

Die politische Dimension der Globalisierung beinhaltet den Bedarf an internationalen Rechtsnormen und Institutionen aufgrund der internationalen Verflechtung der Märkte. Einher geht der Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Entscheidungen. Angesichts globaler Herausforderungen erweisen sich einzelstaatliche Lösungsversuche als begrenzt.

82000-816

Ökonomische Dimension der Globalisierung → M1-M4

Weltweiter Handel und Güterverkehr, internationale Arbeitsteilung und Produktionsketten sowie globale Arbeits- und Finanzmärkte kennzeichnen die ökonomische Dimension der Globalisierung. Infolge derer intensivieren Tourismus und Arbeitsmigration transnationale Austauschbeziehungen.

82000-821

Ökologische Dimension der Globalisierung → M5, M7

Die Umwelt wird als globales Ressourcenlager ausgebeutet und als Mülldeponie missbraucht. Es sind staaten- und kontinentenübergreifende Zusammenhänge zwischen Entstehungs- und Auswirkungsort ökologischer Probleme zu verzeichnen.

82000-822

Soziale Dimension der Globalisierung → M3

Im Zuge der Betrachtung der ökonomischen Dimension der Globalisierung wird die soziale Seite immer stärker als eigene Dimension aufgefasst, da die sozialen Ungleichheiten und Unsicherheiten, die mit der wirtschaftlichen Globalisierung einhergehen, zunehmend wahrgenommen und als eigene Kategorie betrachtet werden.

82000-846

Kulturelle Dimension der Globalisierung → M7

Weltweit ist eine Ausbreitung westlicher Produkte zu beobachten, die zu einer Annäherung der Konsumgewohnheiten und der Lebensstile führt. Die kulturelle Vielfalt, z. B. der Esskulturen, wird von vielen als Bereicherung gesehen. Kritikerinnen und Kritiker beklagen die Dominanz westlich-amerikanischer Lebenskultur und den Verlust kultureller Traditionen. Mit ihren Produkten bereichern die Konzerne nicht nur das Warenangebot in der jeweiligen Zielregion, teilweise werden regionale Produkte und Konsumgewohnheiten verdrängt. Das Internet, ein wichtiger Träger der kuturellen Globalisierung, revolutioniert die Kommunikation hinsichtlich ihrer Raum- und Zeitdimension. Es ermöglicht in Sekundenschnelle die Verbreitung von Ideen, Werten und Meinungen und sorgt für die weltweite Diffusion von Wissen und Informationen und trägt damit auch zur kulturellen Konvergenz bei.

82000-847

WISSEN IM KONTEXT

Was zunächst etwas bizarr anmutet, nämlich die Tatsache, dass ein Containerschiff im Suezkanal quer liegt und sich festfährt, hat handfeste weltweite Auswirkungen. Lieferketten reißen ab, da wichtige Versorgungsgüter oder auch Produktionskomponenten im entstehenden Stau hängen bleiben. Es wird deutlich, wie abhängig die Welt von diesen Versorgungswegen ist und wie diese eine Hauptverkehrsroute entscheidend für den Welthandel ist. Es zeigt auch die Verletzlichkeit des modernen Lebensstils auf, der alles mit allem verbindet. Auch die Abhängigkeit von einzelnen Staaten, hier die Anrainerstaaten dieser Handelsroute, aber auch z. B. von Produktionsländern wichtiger sowie seltener Güter wird deutlich vor Augen geführt. In einer globalisierten Welt kann also manchmal ein zunächst klein wirkendes Ereignis extreme Folgen haben.

Wie kann eine einzelne Schiffspanne so große weltweite Folgen haben?
M1-M2

Auswirkungen der Globalisierung sind nur sehr selten monokausal auf den einen oder anderen gesamtgesellschaftlichen Bereich zu beziehen. Wenn Billigkleidung in Ostasien gefertigt wird, hat dies soziale Auswirkungen, etwa auf die Lebensbedingungen der Näher sowie Näherinnen. Ökologische Folgen ergeben sich z. B. wegen der verwendeten Chemikalien oder des Wasserverbrauchs in der Herstellung. Die ständig wechselnde Mode, oftmals orientiert an US-amerikanischen Vorbildern, beeinflusst weltweit den kulturellen Bereich, so dass zuweilen eine Amerikanisierung der Kultur beklagt wird. Die drei Komponenten soziale, ökologische und kulturelle Auswirkungen der Globalisierung sind eng verzahnt, wenn auch in jedem Bereich ein eigener Blickwinkel erkennbar ist.

Wie wirken soziale, ökologische und kulturelle Auswirkungen der Globalisierung zusammen?
M2-M5

Jeder Mensch kann in seinem Leben versuchen, negative Folgen der Globalisierung abzumildern. Das beginnt schon bei Konsumentscheidungen wie dem Kleiderkauf und setzt sich bei Ernährungsgewohnheiten fort. Die Haltung früherer Generationen, die gar nicht mal unbedingt ökologisch motiviert war, nur einmal in der Woche Fleisch zu essen, der sog. Sonntagsbraten, wäre auch in der heutigen Zeit ein Mittel (s. auch Kapitel 5.4). Gerade am Beispiel Soja ist zu sehen, wie Ernährungsfragen Klimaauswirkungen erzeugen.

Was kann der oder die Einzelne dazu beitragen, negative Folgen der Globalisierung abzumildern?
M6-M7

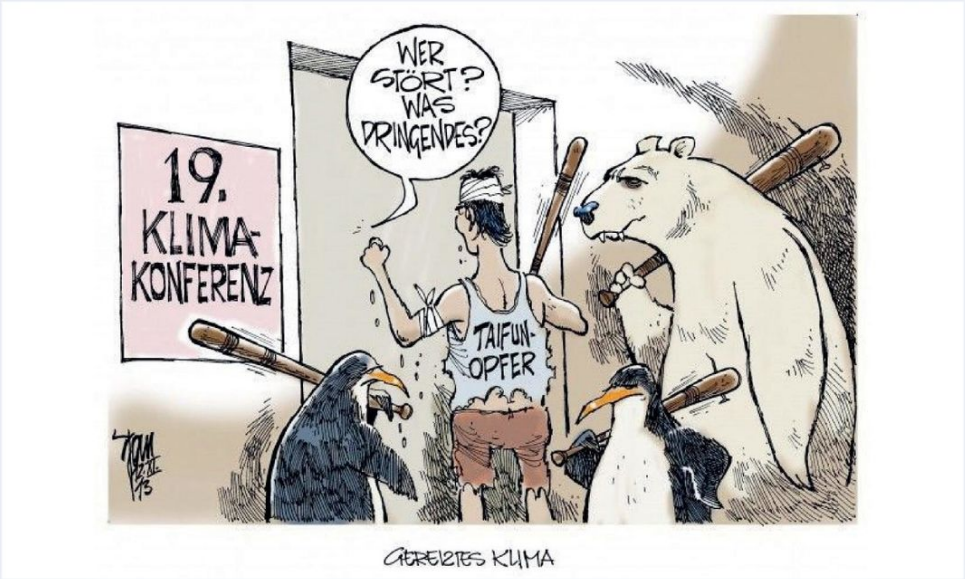
Die vielfältigen Verknüpfungen und Verzahnungen innerhalb der globalisierten Welt erzeugen einen gewaltigen Bedarf an internationalen Absprachen, Regelungen und auch Mechanismen, die die Einhaltung dieser Regularien garantieren sollen. Einzelstaatliche Lösungen spielen heutzutage eine immer geringere Rolle, von daher hat jede soziale, ökologische oder kulturelle Auswirkung der Globalisierung auch politische Folgen.

Wie kommt hier die politische Dimension der Globalisierung ins Spiel?
M7

5.2 Was tun? Spannungsfeld zwischen nationalstaatlichen, bilateralen und multilateralen Möglichkeiten zur politischen Gestaltung der Globalisierung

Zum Thema: Eine weltweite Zusammenarbeit, die schon deshalb auf Konsens bauen muss, weil diese internationalen Kooperationen kaum über echte, z. B. militärische bzw. polizeiliche Durchsetzungsmacht verfügen, ist naturgemäß schwierig. Es gibt verschiedene Ansätze, institutionalisierte Zusammenarbeit ebenso wie einzelstaatliche, eher thematisch indizierte Kooperation. Am Lieferkettengesetz der Bundesrepublik Deutschland lassen sich die vielen Akteure zeigen und auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung derartiger Vorhaben festmachen.

M8 Spannungsfeld multilateraler Politik am Beispiel der Klimapolitik in der Karikatur: gereiztes Klima



Karikatur: Jürgen Janson, 2013

F zu Aufgabe 2
Entwickeln Sie eine ähnliche Karikatur für die heutige Zeit, indem Sie zunächst aktuelle Inhalte festlegen, die die dargestellte Problematik veranschaulichen. Anschließend entwerfen Sie das eigentliche Bild.

Einstiegsaufgaben 71911-520

1. Analysieren Sie die Karikatur **M8**.
2. Die Karikatur ist 2013 entstanden. Bewerten Sie deren heutige Gültigkeit.

M9 Multilaterale Klimapolitik: Wie können reiche Länder arme Staaten finanziell unterstützen?

Die reichen Länder werden ihr Milliarden-Versprechen zur finanziellen Unterstützung ärmerer Staaten beim Klimaschutz nach Einschätzung von Außenministerin Annalena Baerbock in diesem Jahr erstmals einhalten. „Die gute Nachricht ist: So wie es jetzt aussieht, sind wir auf einem Weg, dass wir dieses Jahr endlich die Sum-

me von 100 Milliarden US-Dollar erreichen können", sagte die Grünen-Politikerin beim Petersberger Klimadialog in Berlin. Die Industrieländer hatten 2009 [auf der UN Klimakonferenz] in Kopenhagen versprochen, bis zum Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz in Entwicklungsländern zu mobilisieren, was bisher nicht gelang.

Deutschland habe bereits zugesagt, den eigenen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung auf mindestens sechs Milliarden Euro zu erhöhen, sagte Baerbock. Es brauche aber auch massive private Mittel, weshalb sich Deutschland gemeinsam mit den USA für Reformen beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank einsetze.

Baerbock betonte die existenzbedrohenden Auswirkungen des Klimawandels auf manche Länder und erklärte: „Für uns alle ist diese Krise die größte Sicherheitsherausforderung unserer Zeit." Beim Klimadialog in Berlin bereiten Vertreter von mehr als 40 Staaten die Weltklimakonferenz vor, die am Jahresende in Dubai stattfinden wird. Das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen, gilt angesichts der bisherigen Klimaschutzbemühungen als zunehmend unrealistisch.

„Ich setze mich dafür ein, dass wir uns auch auf ein globales Ziel für erneuerbare Energien und Energieeffizienz einigen", sagte Baerbock. Der designierte Präsident der Klimakonferenz in Dubai, Ahmed al-Dschaber, bekannte sich in Berlin ebenfalls zum rapiden Ausbau erneuerbarer Energien weltweit. „Wir werden die Umsetzung beschleunigen in Bereichen wie den Erneuerbaren, die ihre Kapazität bis 2030 verdreifachen müssen und bis 2040 noch einmal verdoppeln", sagte [er]. Man wolle kluge Regulierungen zur Förderung von Wasserstoff unterstützen und die kommerzielle Speicherung von klimaschädlichem Kohlendioxid ermöglichen.

Al-Dschaber ist Industrieminister der Vereinigten Arabischen Emirate und zugleich Chef des staatlichen Ölkonzerns Adnoc, was Klimaschützer kritisieren. Er hat 2006 allerdings auch das staatliche Erneuerbare-Energien-Unternehmen Masdar mit Sitz in Abu Dhabi gegründet und geleitet, das Wind- und Solarprojekte in mehr als 40 Ländern mit angeschoben hat.

Gerade den ärmsten Ländern werde ein Umsteuern ohne finanzielle Unterstützung aber nicht gelingen, warnte Al-Dschaber. „Die ärmsten Länder machen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aus, tragen aber nur 12 Prozent der globalen Emissionen bei, während 800 Millionen Menschen keinerlei Zugang zu Energie haben." Diese Menschen wollten und verdienten ein besseres Leben. Wenn es der Welt nicht gelinge, diese Menschen im Sinne des Klimaschutzes finanziell zu unterstützen, hätten sie keine andere Wahl als sich in Richtung eines hohen CO_2-Ausstoßes zu entwickeln. „Das ist ein Ergebnis, das wir vermeiden wollen, weil es in niemandes Interesse ist."

Bei der Konferenz in Dubai soll die Weltgemeinschaft eine Bilanz ihrer bisherigen Klimaschutzbemühungen ziehen und sie an den 2015 bei der Pariser Klimakonferenz vereinbarten Zielen messen. „Dies ist ein Augenblick der Klarheit, dem wir alle uns mit kompletter Ehrlichkeit stellen müssen", sagte Al-Dschaber.

Der geschäftsführende Vorstand von Greenpeace Deutschland, Martin Kaiser, sagte, wenn Baerbock und Kanzler Olaf Scholz (SPD) der kommenden Klimakonferenz zum Erfolg verhelfen wollten, müssten sie schon jetzt klar sagen, dass dort die Verbrennung von Öl und Gas beendet werden müsse. „Ein Aufweichen dieser überfälligen Ankündigung durch den gastgebenden Golfstaat muss unbedingt verhindert werden, um im 1,5-Grad-Limit zu bleiben."

Nach: dpa: Baerbock: Klima-Finanz-Zusage für arme Länder in Reichweite, 02.05.2023

Sultan Ahmed Al Jaber (dt. Schreibweise al-Dschaber) ist seit 2016 Industrieminister der Vereinigten Arabischen Emirate und CEO der staatlichen Ölgesellschaft des Landes. Sultan ist Teil seines Vornamens und kein Titel.

M10 Welche Chancen gibt es hinsichtlich der Bedrohung des Klimawandels für eine mulitlaterale Zusammenarbeit?

Regierungswechsel
Ende 2020 wurde in den USA ein neuer Präsident gewählt: Donald Trumps (Rep.) Regierungszeit endetet nach einer Amtsperiode und Jospeh „Joe" Biden (Dem.) wurde am 20. Januar 2021 in sein neues Amt als 46. Präsident der Vereinigten Staaten eingeführt.

Der zweitägige Klimagipfel im Weißen Haus sollte auf mehreren Ebenen einen Aufbruch signalisieren. Zum ersten Mal seit dem Regierungswechsel in den USA kamen 40 Staats- und Regierungschefs zu einem virtuellen Treffen zusammen. Für einen Moment rückten außen- und sicherheitspolitische Konflikte in den Hintergrund. Auch setzten sich eine Reihe von Industrienationen neue, ehrgeizige Klimaziele – darunter die USA, die EU, Japan und Kanada. „Dieser Gipfel ist ein guter Anfang", sagte Biden am Freitag mit Blick auf die UN-Klimakonferenz in Schottland im Herbst. Er mahnte schnelles Handeln an, drängte aber auch darauf, alle Menschen mitzunehmen. „Beim Übergang zu einer sauberen Zukunft müssen wir sicherstellen, dass Arbeitnehmer der Branchen von gestern und heute auch in neuen Branchen erfolgreich sind", sagte Biden. Die Umstände des Gipfels waren kompliziert, durch technische Probleme und die verschiedenen Zeitzonen der Teilnehmenden. Doch die USA unterstrichen erfolgreich ihre Botschaft, dass sie international im Kampf gegen den Klimawandel vorangehen wollen. „Ich freue mich sehr, dass die USA wieder mit uns in der Klimapolitik zusammenarbeiten, denn es besteht kein Zweifel daran, dass die Welt ihren Beitrag benötigt", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel [Regierungszeit: 2005-2021] am Donnerstag. Was vom Gipfel bleibt, sind viele Versprechen – aber auch offene Fragen. Drei Erkenntnisse der Klimakonferenz im Überblick.

Meiritz, Annett: „Keine Bedrohung, sondern Chance": Drei Erkenntnisse der Klimakonferenz im Überblick. In: www.handelsblatt.com, 23.04.2021

1 Viele Länder erhöhen ihre Ziele – aber nicht jeder macht mit

Xi Jinping (*1953) ist seit 2012 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Vorsitzender der Zentralen Millitärkommission und seit 2013 Staatspräsident der Volksrepublik China.

Die USA wollen demonstrieren, dass sie im Kampf gegen den Klimawandel mit voller Kraft einsteigen wollen. Bis zum Jahr 2030 sollen die Emissionen fossiler Brennstoffe in den USA um 52 Prozent sinken. Das ist das mit Abstand ambitionierteste Ziel, das sich die Industrienation im Kampf gegen den Klimawandel jemals vorgenommen hat. Die USA sind nach China das Land mit dem zweitgrößten CO_2-Ausstoß, sie sorgen für etwa 13 Prozent der globalen Emissionen, China stößt 27 Prozent des weltweiten CO_2 aus. Die USA und China haben erklärt, im Klimabereich grundsätzlich kooperieren zu wollen, trotz diverser Konflikte. Allerdings ist unklar, wie die Zusammenarbeit konkret aussehen wird. Chinas Staatspräsident Xi Jinping machte keine neuen Versprechungen auf dem Gipfel. Er bekräftigte das bereits bestehende Ziel, dass die Volksrepublik „vor 2060" CO_2-neutral werden und der Ausstoß von Kohlendioxid „vor 2030" den Höhepunkt erreichen soll. Die EU hatte im Vorfeld des Treffens strengere Klimaziele definiert. So einigten sich die EU-Mitgliedstaaten mit Kommission und Parlament darauf, ihre Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 auf 55 Prozent senken zu wollen. Bis 2050 soll es keine Netto-Emissionen mehr geben. Ähnlich wie China bekräftigten auch andere Länder, an bisherigen Zielen festhalten zu wollen, während Kanada und Südkorea ankündigten, ihre Ziele zu erhöhen. Indien, der drittgrößte Emittent der Welt, gab kein neues Versprechen ab. Russland will seine Anstrengungen „deutlich" erhöhen, legte sich aber auf keine Zahl fest. Dafür erhöhten Kanada und Japan ihre Ziele signifikant. Einige Überraschungen gab es auch: So kündigte Südkorea an, keine neuen Kohlekraftwerke mehr finanzieren zu wollen. Und der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro [Regierungszeit: 2019-2022] versprach, illegale Abholzungen bis 2030 zu beenden und bis 2050 die CO_2-Neutralität erreichen zu wollen.

ebd.

2 Biden rückt Chancen für Wirtschaft in den Mittelpunkt

„Wenn die Leute über das Klima sprechen, denke ich an Jobs", sagte Biden auf dem Gipfel. Arbeite man gemeinsam am Kampf gegen die Erderwärmung, entfalte sich ein „unglaubliches Potenzial für neue Arbeitsplätze und wirtschaftliche Möglichkeiten". Sätze wie diese zeigten, dass das Weiße Haus mit dem virtuellen Gipfel ein Umdenken in der breiten Öffentlichkeit anregen wollte. Seit Monaten arbeitet die US-Regierung an der Botschaft, dass eine grüne Energiewende nicht nur mit Belastung, Kosten und Opfern verbunden ist, sondern mit Chancen. Für die USA geht es dabei um die eigene Wirtschaftskraft, um im Wettbewerb um grüne Energien und Zukunftstechnologien gegen China bestehen zu können. „Im Moment werden wir von China abgehängt", warnte US-Außenminister Antony Blinken. Um die Botschaft zu unterstreichen, lud das Weiße Haus am Freitag Vertreter aus der Wirtschaft ein, darunter Microsoft-Gründer Bill Gates, den Billionär Mike Bloomberg und Chefs von Branchenverbänden für Stahl oder erneuerbare Energien. Biden wirbt derzeit um Unterstützung für ein mehr als zwei Billionen Dollar schweres Infrastrukturpaket, das das Land in eine grüne Energiewende führen soll. Es wäre das erste Mal, dass die USA den Klimawandel als Kern einer Wirtschaftsreform priorisieren. Zu einem beträchtlichen Teil sollen die geplanten Investitionen von Konzernen bezahlt werden. Die US-Regierung will dazu den Körperschaftsteuersatz auf 28 Prozent erhöhen. Als roter Faden zog sich durch den Gipfel, dass die freie Wirtschaft und der Finanzsektor gemeinsam mit der Politik handeln müssen. „Die bisherigen Bemühungen sind nicht annähernd genug, um die Weltwirtschaft ökologisch umzubauen", kritisierte US-Finanzministerin Janet Yellen. In den USA etwa haben die großen Ölkonzerne, anders als europäische Konkurrenten, kaum nachhaltige Strategien vorgelegt. US-Riesen […] setzen weiter auf fossile Brennstoffe. Im Gegensatz dazu ist zum Beispiel die Autobranche grundsätzlich „grüner" eingestellt. [Die Hersteller] haben deutlich gemacht, dass sie langfristig auf Nachhaltigkeit setzen wollen, um wirtschaftlich überleben zu können.

ebd.

Joseph „Joe" Robinette Biden Jr. (*1942) ist ein US-Politiker (Dem.) und seit 2021 der 46. Präsident der Vereinigten Staaten. Von 2009 bis 2017 diente er als Vizepräsident unter Barack Obama.

3 Die Umsetzung der Versprechen ist kompliziert

Selbst die ehrgeizigsten Emissionsziele sind immer nur Richtlinien, keine Verpflichtungen. Das haben zuletzt die USA demonstriert, in denen unter Donald Trump ein Klima- und Umweltziel nach dem anderen kassiert wurde. Ebenso wie die USA müssen auch andere Industrienationen erst das Vertrauen verdienen, dass sie es ernst meinen mit dem Kampf gegen den Klimawandel. Schon auf dem Gipfel schimmerte Skepsis durch. Bidens Sondergesandter für Klimapolitik, John Kerry, kommentierte die Ziele von Brasilien so: „Das hat mich überrascht. Wenn es wirklich funktioniert, ist es sehr gut. Die Frage aber ist: Wird das Land wirklich seine Versprechen umsetzen?" Auch in den USA erfordert das gesetzte neue Ziel dramatische Änderungen im Strom- und Verkehrssektor sowie eine radikale Abkehr von Kohle und Öl hin zu erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie. Immerhin fängt Biden nicht bei null an, auf föderaler Ebene hat sich in den vergangenen Jahren viel bewegt. Selbst unter Trump haben sich viele Bundesstaaten für einen klimafreundlichen Kurs entschieden, allen voran Kalifornien und New York. In den vergangenen Monaten hat das Weiße Haus einige Beschlüsse vorangetrieben. So schränkte Biden per Dekret Öl- und Gasbohrungen ein und verankerte den Kampf gegen die Erderwärmung als Leitlinie in allen Ministerien. Schwieriger gestaltet

Alexandria Ocasio-Cortez (*1989) ist eine US-Politikerin (Dem.) und wurde 2018 als jüngste Frau Kongressabgeordnete. Ihr politischer Fokus liegt auf Sozial-, Umwelt-, und Immigrationspolitik.

sich sein Versprechen, Bundessubventionen für fossile Energien abzuschaffen. Dafür benötigt er den US-Kongress, in dem die Demokraten nur eine knappe Mehrheit halten. Auch das geplante grüne Infrastrukturpaket muss im Kongress verabschiedet werden. Unter Republikanern gilt die Reform als Jobvernichter und Bürokratiemonster. Und auch einige moderate Demokraten, deren Bundesstaaten von Öl und Kohle abhängig sind, könnten das Paket blockieren. Anderen Demokraten geht Bidens Plan nicht weit genug. „Wir müssen noch größer und noch mutiger denken", forderte die Abgeordnete Alexandra Ocasio-Cortez, die die Idee eines 10 Billionen Dollar schweren „Green New Deal" vorantreibt.

Billionen Dollar
Es handelt sich hier um keine Fehlübersetzung der im englischen verwendeten „kurzen Skala". Es handelt sich tatsächlich um Billionen (im Englischen trillion).

Meiritz, Annett: „Keine Bedrohung, sondern Chance": Drei Erkenntnisse der Klimakonferenz im Überblick. In: www.handelsblatt.com, 23.04.2021

M11 Nationalstaatliche Gestaltung von Globalisierung: Das Lieferkettengesetz soll mehr Schutz für Menschen und Umwelt in der globalen Wirtschaft sorgen

Kleidung kommt aus Asien, Kakao und Obst aus Afrika, Kaffee aus Südamerika: Die Rechte der Menschen zu schützen, die Waren für Deutschland produzieren – das ist Ziel des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten. Der Bundestag hat es jetzt beschlossen. Im Handel und der Produktion werden im Zuge der weltweiten Lieferketten immer wieder grundlegende Menschenrechte verletzt. Dazu zählen Kinderarbeit, Ausbeutung, Diskriminierung und fehlende Arbeitsrechte. Auch die Umweltzerstörung wird in den Blick genommen: illegale Abholzung, Pestizid-Ausstoß, Wasser- und Luftverschmutzung. Unternehmen in Deutschland verdienen an dem, was in anderen Teilen der Welt erarbeitet wird. Darum tragen sie auch Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte entlang ihrer Lieferkette. Mit dem „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten" sollen deutsche Unternehmen verpflichtet werden, ihrer globalen Verantwortung besser nachzukommen. Der Bundestag hat es am Freitag in 2./3. Lesung beschlossen. Mit dem Gesetz werden gleichzeitig auch Wettbewerbsnachteile für Unternehmen abgebaut, die schon heute freiwillig in ein nachhaltiges Lieferkettenmanagement investieren.

Die Verantwortung der Unternehmen soll sich entsprechend des neuen Gesetzes auf die gesamte Lieferkette erstrecken, abgestuft nach den Einflussmöglichkeiten. Die Pflichten müssen durch die Unternehmen in ihrem eigenen Geschäftsbereich sowie gegenüber ihren unmittelbaren Zulieferern umgesetzt werden. Mittelbare Zulieferer werden einbezogen, sobald das Unternehmen von Menschenrechtsverletzungen auf dieser Ebene substantiierte Kenntnis erhält. Das Gesetz konkretisiert, in welcher Form die Unternehmen ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht erfüllen. Dies beinhaltet, dass sie menschenrechtliche Risiken analysieren, Präventions- und Abhilfemaßnahmen ergreifen, Beschwerdemöglichkeiten einrichten und über ihre Aktivitäten berichten müssen. Auch der Umweltschutz ist im Entwurf des Gesetzes erfasst, soweit Umweltrisiken zu Menschenrechtsverletzungen führen können. Zudem werden umweltbezogene Pflichten etabliert, die sich aus zwei internationalen Abkommen zum Schutz vor den Gesundheits- und Umweltgefahren durch Quecksilber und langlebige organische Schadstoffe ergeben.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Mehr Schutz von Menschen und Umwelt in der globalen Wirtschaft. In: www.bundesregierung.de, 03.03.2021

M12 Oxfam Deutschland: Lieferkettengesetz – für Menschenrechte in der Wirtschaft

Ein minderjähriger Wanderarbeiter auf einer Zuckerrohrplantage in Bolivien.

Nach jahrelangem Kampf wurde im Juni 2021 endlich das Lieferkettengesetz beschlossen! Das ist ein riesiger Erfolg für den Schutz von Mensch und Umwelt in globalen Lieferketten. Denn erstmalig nimmt ein Gesetz deutsche Unternehmen hierzu in die Pflicht. Mit dem Gesetz bricht die Bundesregierung mit dem Prinzip der freiwilligen Unternehmensverantwortung und setzt ein Zeichen gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung in Lieferketten. Das ist ein Paradigmenwechsel für mehr Menschenrechte in der Wirtschaft.

Allerdings haben es führende Wirtschaftsverbände, der CDU-Wirtschaftsrat und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) geschafft, das Gesetz an entscheidenden Stellen zu verwässern: So ist keine zivilrechtliche Haftung deutscher Unternehmen vorgesehen. Arbeiter*innen, die auf Bananen-, Trauben- oder Teeplantagen schuften, können vor deutschen Gerichten damit weiterhin keinen Schadensersatz für Menschenrechtsverletzungen – zum Beispiel durch deutsche Supermarktketten – einklagen. Außerdem müssen sich Firmen zunächst hauptsächlich um ihre direkten Zulieferer kümmern. Da viele davon in Deutschland ansässig sind und nicht dort, wo Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, droht das Gesetz ins Leere zu laufen. Zudem soll es erst ab 2023 greifen und gilt vorerst nur für Unternehmen ab 3.000 Mitarbeiter*innen. Gleichzeitig haben wir mit unseren Aktionen dazu beigetragen, das Gesetz an einigen Stellen nachzubessern: Es wird nun auch Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen in Deutschland erfassen. Zudem erhalten Betriebsräte in Deutschland gewisse Unterrichtungs- und Beratungsrechte bei der Umsetzung von Sorgfaltspflichten durch ihre Unternehmen.

Trotz seiner Lücken ist das Gesetz ein wichtiger Etappensieg. Er zeigt: Der Druck der Zivilgesellschaft zahlt sich aus! Gemeinsam mit mehr als 120 anderen Organisationen hat Oxfam in der Initiative Lieferkettengesetz fast zwei Jahre gegen

Oxfam
Oxfam ist ein Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, dessen Fokus auf der Sicherung einer Existenzgrundlange für Menschen in armen Ländern liegt. Dazu gehört z. B. die Sicherung der Bildung, gesundheitlicher Versorgung und sauberes Trinkwasser.

NRO/NGO
Nichtregierungsorganisationen (NROs, engl. non-governmental organisations, NGOs) sind alle Verbände oder Gruppen, die gemeinsame Interessen vertreten, nicht gewinnorientiert sind und nicht von Regierungen oder staatlichen Stellen abhängig sind. Im allgemeinen Sprachgebrauch sind damit v. a. Organisationen gemeint, die sich gesellschaftspolitisch engagieren.

Peter Altmaier (*1958) hat in seiner Karriere bei der CDU bereits mehrere Ministerin geleitet. Von 2018 bis 2021 war er unter Angela Merken Bundesminister für Wirtschaft und Energie.

Gewinne ohne Gewissen gekämpft – und das mit Erfolg! Selbst Wirtschaftsminister Altmaier musste schließlich seine Blockadehaltung gegen das Gesetz aufgeben. Auf diesen Erfolg wollen wir aufbauen und weiter für ein starkes Lieferkettengesetz kämpfen. Dafür werden wir die Umsetzung des Lieferkettengesetzes kritisch begleiten und die neuen Möglichkeiten des Gesetzes nutzen.

Wir prüfen bereits jetzt, wie Betroffene ab 2023 mehr Rechtsschutz erhalten können. Gegenüber der zukünftigen Bundesregierung werden wir uns dafür einsetzen, dass sie das Gesetz nachbessert und wirkungsvoll umsetzt. Außerdem soll sie sich auf EU-Ebene für eine europaweite Regelung stark machen, die Gerechtigkeit für die Betroffenen schafft und die Schwachstellen des deutschen Gesetzes behebt.

Auch auf europäischer Ebene ist ein Lieferkettengesetz geplant. Noch in diesem Herbst will die EU-Kommission einen Vorschlag für eine europäische Richtlinie vorstellen. Erste Empfehlungen des Europäischen Parlaments gehen dabei weit über das deutsche Gesetz hinaus. Aber auch in Brüssel werden Wirtschaftsverbände alles daransetzen, eine europäische Regelung zu verhindern oder wenigstens zu verwässern. Wir werden also wieder Durchhaltevermögen und einen langen Atem brauchen, um ans Ziel zu kommen.

Oxfam Deutschland: Gerechte Lieferketten: In: www.oxfam.de, Abruf am 12.12.2022

Aufgaben

71911-521

1. Erarbeiten Sie mithilfe der wichtigsten Informationen aus **M9**, worum es bei den Klimakonferenzen geht.
2. a) Vergleichen Sie den Ansatz, den die Weltklimakonferenzen (**M9**) verfolgen, mit dem, der hinter der Klimakonferenz des Weißen Hauses (**M10**) steht.
   b) Bewerten Sie diese beiden Ansätze überstaatlichen Handelns v. a. hinsichtlich deren potenzieller Wirksamkeit.
3. a) Ermitteln Sie aus **M11** und **M12** die Argumente, die für und gegen das Lieferkettengesetz vorgebracht werden. Berücksichtigen Sie dabei jeweils die Quellen der Materialien: Die Bundesregierung und Oxfam.
   b) Bilden Sie sich eine eigene Meinung zum Lieferkettengesetz und diskutieren Sie dieses in Ihrer Lerngruppe.
4. Arbeiten Sie in Kleingruppen (3-4 Personen)
   a) Stellen Sie ausgehend von den Erkenntnissen, die Sie in diesem Kapitel gewonnen haben, Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahme auf die Folgen der Globalisierung gegenüber.
   b) Benennen Sie die Schwierigkeiten, die sich für nationalstaatliche „Alleingänge" ergeben könnten.
   c) Stellen Sie Ihre Ergebnisse in der Klasse (Kurzreferat, Lernplakat, ...) vor.

H zu Aufgabe 2
Erarbeiten Sie die Kernaussagen von **M9** und **M10**.

F zu Aufgabe 3
Verfassen Sie einen auch sprachlich möglichst prägnanten Zeitungskommentar unter dem Titel „Mächtige ohne Macht: nationale Ohnmacht", der anlässlich einer „Hiobsbotschaft" zum Klimawandel in einer Zeitung erschienen sein könnte.

Bipolar – multipolar → M9, M10

Vor dem Ende des Ost-West-Konflikts hat man von einer klar bipolar organisierten Weltordnung gesprochen: Die beiden Supermächte USA und Russland standen in direkter Konfrontation zueinander. Diese Konfrontation führte zur Gründung der NATO und des Warschauer Paktes, um ihre jeweiligen Einflusssphären zu sichern. Inzwischen ist die Weltordnung multipolar ausgerichtet. Es gibt mehrere Machtzentren, die wirtschaftlich, politisch und auch militärisch stark an Bedeutung gewonnen haben.

82000-848

Unilateral – bilateral – multilateral → M9, M10

Der Multilateralismus (lat. multus= „viel, zahlreich"; latus= „Seite") kennzeichnet die Zusammenarbeit mehrerer Staaten zur Lösung von politischen, gesellschaftlichen oder technischen grenzübergreifenden Problemen. Aber auch in sportlichen oder kulturellen Angelegenheiten gibt es multilaterale Bestrebungen. Zugrunde liegt die Idee einer gleichberechtigten Zusammenarbeit, die z. B. zu gegenseitig vorteilhaften Verträgen führt, im Gegenzug bilaterale Sonderwege ablehnt. Die global bedeutendsten multilateralen Institutionen sind die UNO oder die EU, auch die Klimavereinbarungen sind Auswuchs einer multilateralen Haltung. Dem multilateralen Ansatz gegenüber stehen bilaterale, d. h. zwei involvierte Akteure, oder unilaterale, d. h. ein einzelner Akteur, Einstellungen.

82000-849

NGO / Non-Governmental Organisations / Nichtregierungsorganisationen → M12

NGOs, oder Nichtregierungsorganisationen, sind unabhängige und gemeinnützige Organisationen, die auf nationaler oder internationaler Ebene aktiv sind. Ihr Hauptziel ist es, soziale, ökologische oder politische Probleme anzugehen und positive Veränderungen in der Gesellschaft zu bewirken. Im Gegensatz zu Regierungsbehörden sind NGOs nicht an staatliche Interessen gebunden und können daher flexibler und unabhängiger handeln. Sie arbeiten oft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, Umweltschutz, Gesundheit oder Bildung. NGOs finanzieren sich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge oder öffentliche Mittel. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Bewusstsein, der Lobbyarbeit für politische Veränderungen und der Bereitstellung direkter Hilfe vor Ort. Durch ihr Engagement tragen viele NGOs zur Förderung des Gemeinwohls und zur Schaffung einer gerechteren und nachhaltigeren Welt bei.

82000-863

WISSEN IM KONTEXT

Wie lassen sich weltweite Vereinbarungen organisieren?
M8-M10

Naturgemäß müssen Vertreterinnen und Vertreter der Staaten zusammenkommen, verhandeln und beschließen, um weltweite Vereinbarungen hinsichtlich von Globalisierungsfolgen zu treffen. Die Organisation, die sich dafür anbietet, ist die UNO, so dass die „offiziellen" institutionalisierten Klimakonferenzen auch hier verortet sind. Nichtsdestotrotz werden weitere zwischenstaatliche Konferenzen organisiert, z. B. G7 (eine eher informelle Gruppe der sieben zu ihrem Gründungszeitpunkt bedeutendsten Industriestaaten mit dem Zweck, ökonomische Fragen zu diskutieren) bis hin zu G20 (Gruppe aus 19 Staaten und der EU als informeller Zusammenschluss der wichtigsten Industrie- sowie Schwellenländer) als spezialisierte, eher ökonomisch orientierte Foren. Wenn z. B. die USA einzelne Staaten zu „Konkurrenzgipfeln" einladen, hat dies oftmals politische Hintergründe, die weniger mit der Thematik als stärker innenpolitischen Zwängen oder weltpolitischem Machtstreben zu tun haben. Allen weltweiten Vereinbarungen gemein ist die Problematik, Beschlüsse verbindlich zu fassen und deren Einhaltung auch konsequent einzufordern, da eine exekutive Kraft a lá „Weltpolizei" fehlt.

Kann ein einzelner Staat globalisierte Produktionszusammenhänge regulieren?
M12-M13

Mit dem Lieferkettengesetz wird versucht, von Deutschland ausgehend die Elemente eines Produkts, die jenseits unserer staatlichen, territorialen Zuständigkeit erzeugt werden, zu überwachen. Der Versuch wird unternommen, mithilfe des Endprodukts die Bedingungen in den Herstellungsländern einzelner Komponenten zu steuern. Dies entspricht der Erwartung großer Teile der deutschen Bevölkerung, die auch ethische oder ökologische und nicht rein ökonomische Ansprüche an die Produkte legt. Wie realistisch und z. B. betrugsfrei ein Lieferkettengesetz erfüllt werden kann, wird die Praxis zeigen.

Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahme auf die Folgen der Globalisierung
M9-M12

Die Globalisierung erfordert von nationalen Regierungen, dass sie die Wohlstandserwartungen der eigenen Bevölkerung kompatibel zu den Erfordernissen globalen Wirtschaftens machen muss. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der deutlich gestiegenen Mobilität nicht nur der Menschen, sondern auch von Waren sowie Dienstleitungen. Ebenso globalisieren sich z. B. ökologische oder sicherheitspolitische Fragen. Von dieser Sicht aus betrachtet erfolgt eine Schwächung, da Staaten in ihren Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten territorial beschränkt sind. Das alles bedeutet aber nicht automatisch eine Schwächung des Staates: Wenn dieser die globalisierten Bedingungen zum Wohle seiner eigenen Bevölkerung nutzt, stärkt dies erstens die eigene Machtposition und kann zweitens die Lebensbedingungen im eigenen Land sehr wohl verbessern.
Manche Befürchtungen rund um die Folgen der Globalisierung haben sich nicht nachweisbar bewahrheitet: So ist die von Gegnern immer wieder befürchtete Abwärtsspirale durch den verschärften Wettbewerb mit Ländern, die niedrigere Standards haben, z. B. bei Sozialleistungen oder Umweltbedingungen, das befürchtete „race to the bottom", nicht eingetreten.

5.3 Die UNO: Weltregierung oder „zahnloser Tiger"? Ziele, Aufbau und Handlungsmöglichkeiten

Zum Thema: Die United Nations Organization (UNO), die auf Deutsch manchmal als VN (Vereinte Nationen) oder UN (United Nations) abgekürzt wird, erlebte als Institution Höhen und Tiefen in ihrer Geschichte. Eine derartige weltumspannende Institution birgt in jedem Fall organisatorische, legitimatorische und exekutive Herausforderungen.

M13 Wie wichtig sind die Vereinten Nationen für die Weltpolitik?

Gegen die Geißel des Krieges

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, [...] haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken."

Quelle: Erster Satz der Charta der Vereinten Nationen vom 25. Juni 1945 (Verabschiedung) bzw. 24. Oktober 1945 (Ratifizierung)

Das Logo der Vereinten Nationen

Einstiegsaufgabe

71911-530

Halten Sie Ihre Assoziationen zu **M13** in einer Mindmap fest. Dazu können Sie ggf. gängige Computeranwendungen nutzen.

M14 Warum wurden die Vereinten Nationen gegründet?

Die Idee der Vereinten Nationen kam während des Zweiten Weltkrieges auf. Am 1. Januar 1942 unterzeichneten 26 Staaten – angeführt von Großbritannien, der Sowjetunion und den USA – in Washington die Erklärung Vereinter Nationen. Darin verpflichteten sie sich zur gegenseitigen Unterstützung im Kampf gegen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan. Bis zum Jahr 1945 kamen noch 19 weitere Staaten als Unterzeichner hinzu. Die erste Grundlage für die späteren Vereinten Nationen (United Nations, UN) bildete die Atlantik-Charta. In dieser Erklärung legten der britische Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt am 14. August 1941 nach einem Geheimtreffen auf dem Kriegsschiff USS Augusta ihre gemeinsamen Vorstellungen für eine Nachkriegsordnung dar, einschließlich einer neuen Weltorganisation. Von August bis Oktober 1944 verhandelten die USA, Russland, Großbritannien und China über das Aussehen eben dieser Weltorganisation. Das Abschlusspapier kann als Vorläufer der Charta gesehen

werden und beinhaltete beispielsweise die Institution des Sicherheitsrats mit seinen weitreichenden Befugnissen. Weitere Meinungsverschiedenheiten wurden im Februar 1945 in Jalta, nur wenige Monate vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, ausgeräumt. Nach diesen letzten Hürden und nach Ende des Krieges konnte die Idee von einer Weltorganisation schließlich umgesetzt werden. Auf mehreren Konferenzen wurden bereits wichtige Satzungs- und Abstimmungsfragen geklärt, bevor von April bis Juni 1945 bei der Konferenz von San Francisco 50 Staaten zusammenkamen, um die UN-Charta fertigzustellen und zu verabschieden. Die Unterzeichnung des 51. Gründungsmitglieds Polen wurde nach der dortigen Regierungsbildung nachgeholt. In der Charta sind die Ziele und Prinzipien der UN verankert. In ihrem Kernbestand sind sie seit dem Jahr 1945 unverändert. Die UN, so der ehemalige Generalsekretär Dag Hammarskjöld im Jahr 1954, „wurden nicht geschaffen, um die Menschheit in den Himmel zu bringen, sondern sie vor der Hölle zu bewahren". Somit beinhaltet die Charta sowohl das Ziel des ‚negativen' Friedens – also die reine Abwesenheit militärischer Gewalt – als auch Maßnahmen, um einen positiven Frieden herzustellen: Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten sowie die Zusammenarbeit in den Politikfeldern Menschenrechte, Entwicklung, Wirtschaft und Kultur sollen gefördert werden. Die Vereinten Nationen werden damit zum wichtigsten multilateralen Forum für den internationalen Austausch, in dem zwischenstaatliches Vertrauen geschaffen werden kann. Gleichzeitig legt die UN-Charta Grundregeln des staatlichen Handelns fest, um ein stabiles und sicheres internationales System zu wahren. Basis der Zusammenarbeit sind die Prinzipien der souveränen Gleichheit aller Mitgliedstaaten sowie das System der kollektiven Sicherheit. Dieses sieht konfliktpräventive, friedenssichernde und friedensdurchsetzende Maßnahmen vor.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.: Die Gründung der Vereinten Nationen. In: www.dgvn.de, 09.12.2022

M15 Welche Ziele und Grundsätze haben die Vereinten Nationen?

Nach: Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de; Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de

M16 Mit welchen anderen Themen beschäftigt sich die UN?

Programme und Fonds der UN und deren Aufgaben (Auswahl)

Abkürzung	Name	Aufgaben (Auswahl)
UNDP	United Nations Development Programme	Bekämpfung von Armut und Ungleichheit mit dem Ziel nachhaltigen Wachstums und der Verbesserung der Lebensbedingungen
UNEP	United Nations Environment Programme	Bewertung von Umweltdaten und Entwicklung von Umweltabkommen
UNHRC	United Nations Human Rights Council	Beobachtung und Bewertung der Menschenrechtssituation in Mitgliedstaaten, ggf. Entsendung von Beobachterinnen und Beobachtern
UNICEF	United Nations Children's Fund	Unterstützung und humanitäre Hilfe für Kinder und Mütter weltweit, z. B. in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung, Hygiene und Ernährung
WFP	World Food Programme	Bekämpfung von Hunger und Hungersnöten weltweit
UNIDIR	United Nations Institute for Disarmament Research	Forschungseinrichtung mit Fokus auf Sicherheitspolitik und (Ab-)Rüstungskontrolle
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS	Koordination nationaler Programme zur Bekämpfung von HIV/AIDS

Bearbeiter

M17 Wie funktioniert die UN-Generalversammlung?

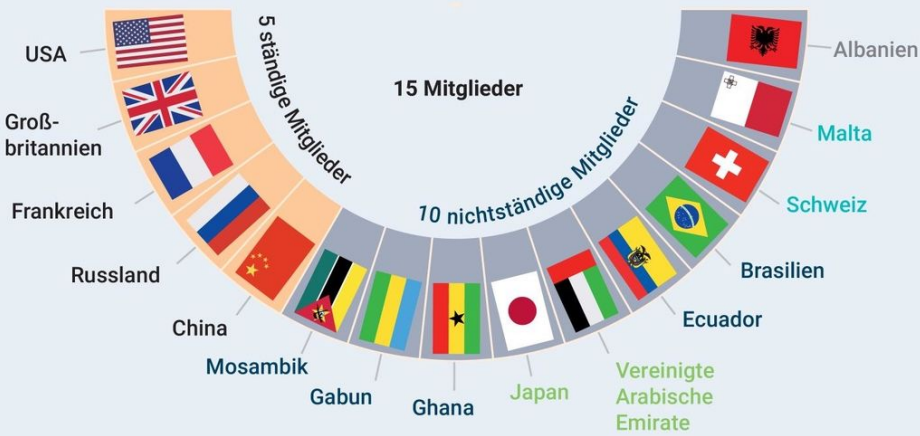
Die UN-Generalversammlung

Nach: dpa, Globus-Grafik 10953, von Bearbeiter angepasst

M18 Wie funktioniert der UN-Sicherheitsrat?

Der UN-Sicherheitsrat
Stand: 2023

73000-116



Die 10 nichtständigen Sitze sind wie folgt auf die Regionalen Gruppen der UN verteilt:

- 3 Afrikanische Staaten
- 2 Asiatische Staaten
- 2 Lateinamerikanische und karibische Staaten
- 2 Westeuropäische und andere Staaten
- 1 Osteuropäischer Staat

5 ständige Mitglieder:
- besitzen jeweils ein Vetorecht

10 nichtständige Mitglieder:
- werden jeweils für 2 Jahre von der UN-Generalversammlung gewählt

Voraussetzungen für die Beschlussfassung:
- 9 von 15 Stimmen
- kein Veto

© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: United Nations (Datenerhebung: 2023, Grafikerstellung: 2023)

M19 Kein Kind zurücklassen: Was sind die Ziele der Agenda 2030?

Eine gerechtere Welt und eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen: Dazu hat sich die internationale Staatengemeinschaft im Jahr 2015 mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verpflichtet. Alle Staaten – ohne Ausnahme – haben es sich mit der Agenda 2030 zur Aufgabe gemacht, den globalen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen und Verantwortung für diese und nachfolgende Generationen zu übernehmen. Im Zentrum der Agenda 2030 stehen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals", SDGs), mit denen die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung vorangebracht werden soll.

Auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung soll niemand – auch kein Kind – zurückgelassen werden. „Leave no one behind" ist das zentrale Leitprinzip der Agenda 2030. Das bedeutet auch: Nur, wenn wir die Lebenssituation von Kindern verbessern, können wir diese Ziele bis zum Jahr 2030 erreichen und die Welt zu einem besseren Ort für uns alle machen. Jedes der in der Agenda 2030 verankerten 17 Ziele hat eine zentrale Bedeutung für Kinder und ihr Wohl. Zahlreiche der Ziele beziehen sich sogar direkt auf eines oder mehrere Kinderrechte. Mit der Agenda 2030 hat sich die Staatengemeinschaft beispielsweise zum Ziel gesetzt, die Überlebens- und Entwicklungschancen von Kindern zu verbessern, allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen, Mädchen und Jungen weltweit besser vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen, das Lebensumfeld nachfolgender Generationen zu wahren und die Chancengleichheit von Kindern zu fördern.

UNICEF: Kinderrechte und nachhaltige Entwicklung. In: www.unicef.de, Abruf am 31.05.2023

Quelle: United Nations

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung

71911-531

M20 Wo auf der Welt sind die Menschenrechte in Gefahr?

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, hat zum Tag der Menschenrechte an diesem Samstag an vergessene Krisen erinnert.

In Haiti terrorisierten gewalttätige Banden die Bevölkerung, die nach Berichten von einflussreichen Politikern oder Unternehmern geführt würden, sagte Türk am Freitag in Genf. Im Jemen gebe es trotz Waffenstillstands nach wie vor Berichte über Folter, willkürliche Verhaftungen, Menschenschmuggel und sexuelle Ausbeutung. Und in Afghanistan sei das Verbannen von Frauen und Mädchen aus dem öffentlichen Leben beispiellos.

Türk, der gerade in der Ukraine war, sprach von immensem Leid für die Menschen dort. Während darüber jedoch berichtet werde, gerieten andere Krisen in Vergessenheit. So werde in Mosambik fünf Jahre nach Ausbruch des Konflikts in Cabo Delgado weiter gekämpft, Menschen würden entführt und Dörfer zerstört. Fast eine Million seien vertrieben worden. In Somalia, das eine verheerende Dürre erlebt, sei die Zahl der Opfer von Angriffen der Terrormiliz Al-Shabaab von Januar bis November im Jahresvergleich um gut 50 Prozent gestiegen.

Die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bezeichnet deren Einhaltung „als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal."

Die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte habe „zu Akten der Barbarei geführt, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen." Dennoch treibe die Missachtung der Menschenrechte auch heute noch viele Menschen in die Flucht, so die UNO-Flüchtlingshilfe. Ihren Angaben zufolge sind derzeit weltweit mehr als 100-Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

Sie flöhen vor Verfolgung und lebensbedrohlichen Situationen in ihren Ländern, weil sie etwa aus ethnischen, politischen, religiösen oder geschlechtsspezifischen Gründen diskriminiert, ausgegrenzt oder verfolgt würden. „Wir müssen Opfer von Menschenrechtsverletzungen aktiv unterstützen", sagte Peter Ruhenstroth-Bauer, Nationaler Direktor der UNO-Flüchtlingshilfe.

Nach: dpa: UN-Hochkommissar: Menschenrechte weltweit in Gefahr, 09.12.2022

M21 Die Generalversammlung der Vereinten Nationen und ihre Entscheidungen – karikiert

Dritte Welt
Die Bezeichnung „Dritte Welt" ist heute nicht mehr gebräulich. Das Begriffspaar umfasst im Sprachgebrauch v. a. arme Länder. Heutzutage sind eher die Begriffe „Entwicklungsländer" oder „Globaler Süden" üblich, auch wenn nicht alle dieser Länder auf der Südhalbkugel liegen.

Karikatur: Schwarwel, 2010

Aufgaben

71911-533

1. a) Ermitteln Sie aus **M15** die Startbedingungen, unter denen die UNO begann.
   b) Versetzen Sie sich ausgehend von der historischen Beschreibung des **M15** in die Rolle eines Zeitgenossen oder einer Zeitgenossin der Gründung der UNO und formulieren Sie in einer kurzen Stellungnahme die Hoffnungen, die sie begründeterweise mit der Einrichtung dieser weltumspannenden Institution verbinden.

F zu Aufgabe 2
Formulieren Sie eine möglichst fundierte Kritik an der UNO, indem sie ihre institutionellen Schwächen ebenso wie reale Probleme bei der Durchsetzung ihrer Idee in den Blick nehmen.

2. Erstellen Sie auf der Basis der Materialien **M15-M18** einen Werbeflyer für die UNO, der u. a. eine knappe Übersicht über die Aufgaben der UNO sowie einer kurzen Charakteristik der UNO als Faktor in der Weltpolitik enthält.

3. a) Wählen Sie drei der Ziele der nachhaltigen Entwicklung aus **M19** aus und schlagen Sie konkrete Maßnahmen vor, die zur Erreichung realistisch durchgeführt werden könnten.
   b) Vergleichen Sie die von Ihnen in Aufgabe 3a vorgeschlagenen Maßnahmen mit den tatsächlich durchgeführten. Recherchieren Sie dazu geeignetes Material, z. B. mithilfe des QR-Codes.

H zu Aufgabe 3

71911-532

4. Erarbeiten Sie grundsätzliche Probleme der UNO, wie sie in **M20** deutlich werden. Gehen Sie dabei auch auf Gefahren für die Legitimation der UNO als Ganze ein.

5. a) Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur **M21**.
   b) Beziehen Sie ausgehend von Aufgabe 4 und weiteren Informationen aus diesem Kapitel kritisch Stellung zu der Aussage der Karikatur.

6. Nehmen Sie auf der Basis Ihrer Erkenntnisse aus diesem Kapitel begründet Stellung zur Frage: Waren die Startumstände der UNO eher eine Chance oder eine Bürde?

7. Diskutieren Sie, inwiefern die UNO als potenziell positive Gestaltungskraft von Globalisierungsprozessen auftreten könnte.

Ein Planspiel durchführen: Konfliktbewältigung im Rahmen der UNO

United Nations Peacekeeping

Das Planspiel simuliert eine Entscheidung des UN-Sicherheitsrats über eine Intervention zur Beendigung von Kampfeshandlungen und Menschenrechtsverletzungen in dem Staat Süd-Chaotei. Die Süd-Chaotei gibt es nicht, sie ist ein erfundener Staat. Die hier auftretenden Fragen und Probleme entsprechen aber der Realität der heutigen Zeit.

Thematische Einführung

M22 Kurz erklärt: R2P – Recht und Pflicht zur Intervention

Der Völkermord in Ruanda 1994 und das Massaker in Srebrenica 1995, aber auch die NATO-Mission Allied Force 1999 im Kosovo, führten der Weltöffentlichkeit das Dilemma des Konzeptes der humanitären Intervention vor Augen. Im Jahr 2005 wurde deshalb von der UN-Generalversammlung das neue Konzept „Responsibility to Protect" (R2P) oder „Schutzveranwortung" angenommen. Damit wurde allerdings kein neues Recht geschaffen, sondern ein Konzept zur Verhinderung und Unterbindung von schweren Brüchen des humanitären Völkerrechtes bei Konflikten verankert.

Bei R2P handelt es sich um ein Konzept der internationalen Ordnung, was auf zwei Säulen basiert. Die eine Säule sieht den einzelnen Staat in der Verantwortung, die eigene Bevölkerung vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Das sind nach UN-Recht: Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen. Dabei ist es unerheblich, ob die Gewalt von einem staatlichen oder nichtstaatlichen Akteur ausgeht. Die zweite Säule sieht die internationale Gemeinschaft in der Schutzverantwortung, sollte der jeweilige Staat nicht willens oder fähig sein, seine Bevölkerung zu schützen. Die Interventionsschwelle für die internationale Gemeinschaft ist aber bewusst hoch angesetzt. Unmandatierte Friedenseinsätze auf Basis von R2P gibt es nicht. Ferner gibt R2P Einzelstaaten weder das Recht noch die Pflicht, einzugreifen. R2P richtet sich ausschließlich an die Staatengemeinschaft. Gewalt- und Interventionsverbot bleiben grundsätzlich gültig. Militärische Maßnahmen kann nur der Sicherheitsrat gemäß Kapitel VII der UN-Charta erlauben.

Das R2P-Konzept ist kein rein militärisches Konzept. Explizit weist es auf die Mittel und Möglichkeiten gemäß der UN-Charta zur gewaltfreien Konfliktbeilegung hin. Auch die Konfliktprävention sowie die Pflicht zum Wiederaufbau sind Bestandteile des Konzeptes. Im Zeitalter von R2P ist es für die internationale Staatengemeinschaft schwieriger geworden, Nichtinterventionen zu rechtfertigen. Denn das Konzept R2P ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Verpflichtung zu handeln. Weiterhin wird staatliche Souveränität sowie das Verbot, sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen, neu definiert. Ein Staat, der seiner Schutzverpflichtung nicht nachkommt, büßt Souveränität und das Recht auf Nichteinmischung ein.

Deutscher Bundeswehrverband: Kurz erklärt: R2P – Recht und Pflicht zur Intervention? In: www.dbwv.de, Abruf am 14.06.2023

Wie weit darf die internationale Gemeinschaft mithilfe von R2P eingreifen?
International ist es umstritten, wie weit die internationale Gemeinschaft gehen darf. um ihrer Schutzverantwortung gerecht zu werden. In der Diskussion ist zum Beispiel, ob ein Regimewechsel wie 2011 in Libyen „herbei gebombt" werden darf. Der NATO-Einsatz gegen das Gaddafi-Regime war der erste Krieg, der mit dem Prinzip R2P gerechtfertigt wurde.

ebd.

M23 Wie erhalten die Vereinten Nationen internationalen Frieden und Sicherheit?

Vorbeugende Diplomatie und Mediation

Der effektivste Weg, menschliches Leid und die massiven wirtschaftlichen Kosten von Konflikten und deren Folgen zu verringern, besteht darin, Konflikte von Anfang an zu verhindern. Die Vereinten Nationen spielen eine wichtige Rolle bei der Konfliktprävention, indem sie Diplomatie, gute Dienste und Mediation anbieten. Zu den Instrumenten, die die Organisation nutzt, gehören auch Sondergesandte und politische Missionen.

Friedenssicherung

Die Wahrung des Friedens ist nachweislich eines der effektivsten Mittel der Vereinten Nationen, um Länder bei dem schwierigen Weg vom Konflikt zu Frieden zu unterstützen. Heutige multidimensionale Friedenssicherungseinsätze beschäftigen sich nicht nur mit dem Erhalt von Frieden und Sicherheit, sondern auch mit politischen Prozessen, dem Schutz von Zivilisten, der Abrüstung, Demobilisierung und Wiedereingliederung früherer Kämpfer, der Unterstützung konstitutioneller Prozesse und der Organisation von Wahlen, dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte und dem Aufbau von Rechtsstaatlichkeit.

Friedenssicherungseinsätze werden vom UN-Sicherheitsrat initiiert und von der UN-Hauptabteilung für Friedensmissionen (DPO), mit Unterstützung durch die UN-Hauptabteilung für Operative Unterstützung (DOS), geleitet. UN-Truppen und UN-Polizisten werden von den UN-Mitgliedsstaaten gestellt.

Friedenskonsolidierung

Die UN-Aktivitäten zur Friedenskonsolidierung zielen darauf ab, Länder bei bestehenden Konflikten zu unterstützen, das Risiko eines Rückfalls zu reduzieren und die Grundlagen für nachhaltigen Frieden und Entwicklung zu schaffen. Die Architektur der Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen umfasst die Kommission für Friedenskonsolidierung, den Friedenskonsolidierungsfond und das Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung. Letzteres unterstützt die Kommission für Friedenskonsolidierung durch strategische Beratung und politische Anleitung, verwaltet den Friedenskonsolidierungsfond und unterstützt den UN Generalsekretär bei der Koordierung der verschiedenen UN-Institutionen in ihren Bemühungen für Friedenskonsolidierung.

Terrorismusbekämpfung

Die Vereinten Nationen sind zunehmend gefordert, den globalen Kampf gegen Terrorismus zu koordinieren. 18 universelle Instrumente gegen internationalen Terrorismus wurden im Rahmen des UN-Systems zu spezifischen terroristischen Aktivitäten erarbeitet. Im September 2006 haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die weltweite Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet. Dies war das erste Mal, dass sich die Mitgliedsstaaten auf einen gemeinsamen strategischen Handlungsrahmen gegen Terrorismus geeinigt haben.

Abrüstung

Die Generalversammlung und andere Institutionen der Vereinten Nationen arbeiten mit Unterstützung des Büros für Abrüstungsfragen daran, internationalen Frieden und Sicherheit voranzutreiben, insbesondere durch die angestrebte Abschaffung nuklearer Waffen und anderer [biologischer und chemischer] Massenvernichtungswaffen sowie die Regulierung konventioneller Waffen.

Vereinte Nationen: Internationalen Frieden und Sicherheit erhalten. In: www.unric.org, 09.12.2022

Zielsetzung des Planspiels

In diesem kleinen Planspiel sollen Sie sich in die Rolle einer Entscheidungsperson versetzen, die in den zuständigen Gremien agiert. Sie versetzen sich in eine Rolle, die Ihnen mithilfe Ihrer Rollenkarte vorgegeben wird. In der simulierten Sicherheitsratssitzung soll ein geeignetes Mittel der Weltgemeinschaft auf die angenommene Situation gewählt werden.

Ablaufplan

Spielphase	Mitglieder des UN-Sicherheitsrates	Experten und Expertinnen (NGOs, Rotes Kreuz etc.)	Medien	Zeitplan (insgesamt 3 Schulstunden)
Einführung/ Vorbereitung	• Einlesen in Thema, Szenario und Rolle • Erarbeitung der Position • Festlegung des Sprechers bzw. der Sprecherin der Gruppe • Vorbereitung der Eröffnungsrede bzw. des Statements	• Einlesen in Thema, Szenario und Rolle • Erarbeitung der Position • Festlegung des Sprechers bzw. der Sprecherin der Gruppe • Vorbereitung des Beitrags im Rahmen der Beratung	• Einlesen in Thema, Szenario und Rolle • Vorplanung der Umsetzung und des Produkts	45 Minuten
Mögliche Recherchephase	Es werden weitere Informationen zur Thematik bzw. jeweiligen Position recherchiert und in die eigene Rolle eingebracht.			
Eröffnung der Sitzung	• Eröffnungsrede der/s Vorsitzenden • Statements der Mitglieder		Beobachtung	15 Minuten
Eigentliche Debatte	• Diskussion • Verhandlung unter Einbeziehung der Expertise Externer	Debattenbeiträge mit beratendem Hintergrund mit jeweils spezifischer Expertise	Erstellung von Notizen für das eigene Produkt	20 Minuten
Abschlussrunde mit Entscheidung	• Statements der Mitglieder, ggf. Darstellung einer geänderten Position (mit Beschlussvorschlag) • Ermittlung und Formulierung des Ergebnisses durch den/r Vorsitzenden • Beendigung der Sitzung		• Erarbeitung des Produkts • Vorbereitung der Berichterstattung	10 Minuten
Medienberichte	Vorstellung der Ergebnisse und des Verlaufs der Sitzung durch Medienvertretungen			25 Minuten
Auswertung	• Diskussion sowohl des Inhalts als auch des Verlaufs des Planspiels • abschließende Bewertung • Überprüfung mithilfe eines realen Beispiels, inwieweit das fiktive Szenario und die Entscheidungsfindung realitätsnah sind			20 Minuten

METHODE

Szenario

Die Süd-Chaotei ist ein erfundenes, mittelgroßes afrikanisches Land, das nur über einen sehr schmalen Zugang zum Meer verfügt. Zunächst gehörte Großchaotien zum britischen Empire, wurde dann aber teilweise als französische Kolonie weitergegeben. Dies hat zur Folge, dass neben den sehr vielen ursprünglichen Ethnien die Unterscheidung englisch- oder französischsprachig eine große Rolle spielt. Das Land ist reich an Bodenschätzen, insbesondere sog. „seltene Erden", aber die Schere zwischen Arm und Reich klafft sehr weit auseinander. In vorgeblich demokratischen Wahlen, bei denen allerdings nur regierungsnahe Kandidierende antreten durften, wurde der langjährige Präsident erneut bestätigt. Weite Teile des Landes, insbesondere im Ostteil, lehnen ihn ab, zumal er einer recht kleinen, lokal sehr begrenzten Ethnie entstammt. Laut Einschätzung internationaler Organisationen muss die Süd-Chaotei im Gegensatz zu dem davon unabhängigen, etwas stabileren sowie eher prosperierenden Nord-Chaotien, die nach der Unabhängigkeit von den Kolonialmächten vorgeblich entlang religiös-kultureller Linien, tatsächlich aber nach Einflussgebieten getrennt wurden, als „failed state" klassifiziert werden, als ein gescheiterter Staat, der seine grundlegenden Funktionen nicht mehr erfüllen kann. Im Kalten Krieg orientierten sich beide Staaten eher am Ostblock, heutzutage gewinnt in der Süd-Chaotei v. a. China sehr großen Einfluss. Die Spannungen zwischen beiden Ländern nehmen aktuell eklatant zu, die Situation verschärft sich deutlich.

Bearbeiter

Sitzungssaal des UN-Sicherheitsrates

Aufgaben

71911-534

1. Führen Sie mithilfe der Materialien und des Ablaufplans auf der vorherigen Seite das Rollenspiel durch.
2. Führen Sie auch die Auswertung des Rollenspiels mithilfe des Ablaufplans durch.

Rollenkarten

Rolle 1: Vorsitzende oder Vorsitzender des UN-Sicherheitsrates
Ihnen geht es neben der inhaltlichen Positionierung in der Thematik insbesondere auch darum, ein geregeltes Verfahren durchzuführen und zu einem klaren und unmissverständlichen Ergebnis zu kommen.

Rolle 2: USA (Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates mit Vetorecht)
Sie sind in der starken Position, ggf. mit einem Veto alles verhindern zu können, was Sie nicht wollen. Grundsätzlich liegt Ihnen aber an einem geregelten, demokratischen Verfahren mit einer klaren Beschlussfassung. Die Interessen Ihres Landes liegen neben Menschenrechtsfragen auch darin, möglichst freien Welthandel zu ermöglichen. Ihr Land hat bereits in der Vergangenheit durchaus Bereitschaft zu militärischen Interventionen gezeigt. Dieser Ansatz ist aber in Ihrem Land inzwischen schwerer durchzusetzen geworden.

Rolle 3: Deutschland (Nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates ohne Vetorecht)
Grundsätzlich ist Ihr Land stark an diplomatischen Lösungen interessiert. Sie verfolgen in Ihrer Position sowohl Menschenrechtsfragen als auch mittel- und langfristige Handelsbeziehungen. Aufgrund historischer Bedingungen und auch grundsätzlicher Haltungen ist in Ihrem Land nur eine geringe Bereitschaft zur militärischen Intervention vorhanden.

Rolle 4: Süd-Chaotei (Nichtmitglied des Sicherheitsrates)
Sie wollen insbesondere eine militärische Einmischung Dritter verhindern, sind aber zugleich durchaus an Hilfslieferungen oder auch -zahlungen interessiert. Grundsätzlich betonen Sie die staatliche Souveränität und territoriale Integrität Ihres Staates. Auch erwecken Sie den Eindruck, volle staatliche Kontrolle ausüben zu können.

Rolle 5: Internationales (Komitee) Rotes Kreuz (Rederecht, kein Stimmrecht)
Ihnen geht es insbesondere um sichere Korridore für Hilfsangebote im Land. Sie wollen allerdings vermeiden, auf eine Seite im Konflikt gezogen zu werden oder ins Visier zu geraten, da Sie vielleicht mit allen anderen ausländischen Akteuren in einen „Topf geworfen“ werden. Die Neutralität des Roten Kreuzes ist ein sehr hoher Wert für Sie.

Rolle 6: Ärzte ohne Grenzen (Anhörung als beratende Experten)
Sie wollen ein sicheres Umfeld für Ihre Hilfsangebote. Wichtig ist Ihnen, dass Sie nicht nur unabhängig von staatlicher Einflussnahme sind, sondern auch als solches erscheinen. Als nichtstaatliche Organisation stehen Ihnen womöglich vor Ort Türen offen, die einer sich einmischenden ausländischen staatlichen Macht verschlossen sind.

Hinweis
Es sollte noch festlegt werden, ob ein Land mit oder ohne Vetorecht turnusmäßig den Vorsitz innehat.

Es können ggf. weitere Länder mit und ohne Vetorecht dazu genommen werden, z. B.:

- Frankreich oder das Vereinigte Königreich mit der Verantwortung ehemaliger Kolonialmächte
- China als heutzutage stark investierende Macht, die dadurch viel Einfluss in manchen afrikanischen Ländern gewinnt
- Russland in der Nachfolge der Sowjetunion, die im Kalten Krieg ebenso Einfluss auf die rohstoffreichen afrikanischen Länder zu üben versuchte

Rolle 7: Militär (Anhörung als beratende Experten)
Für Sie sind v. a. klare Maßgaben wichtig, somit streben Sie ein eindeutiges und von möglichst vielen Konfliktparteien unterstütztes Mandat an. In einen langen Untergrundkonflikt oder „Haus-zu-Haus-Kampf" wollen Sie sich nicht einlassen. Der Schutz der eigenen Kräfte spielt für Sie ebenso eine große Rolle. Sie wollen also tendenziell eher bedächtig und abgesichert, weniger im Hauruck-Verfahren eingreifen.

Rolle 8: Presseorgan Zeitung
Sie wollen die Öffentlichkeit ausgewogen, aber prägnant informieren. Sie berichten nicht nur über Ergebnisse, sondern auch darüber, wie sie zustande gekommen sind. Außerdem haben Sie durchaus auch eine eigene Meinung, achten aber sehr darauf, Kommentar und Bericht zu trennen. Ihre Zeitung legt viel Wert auf seriösen, eher gesetzten Journalismus.

Rolle 9: Presseorgan Radio
Sie wollen die Öffentlichkeit durchaus ausgewogen, aber v. a. attraktiv und mitreißend informieren. Sie berichten grundsätzlich eher über Ergebnisse und erst in zweiter Linie darüber, wie sie zustande gekommen sind. Sie achten stark darauf, dass Ihre Beiträge attraktiv und schwungvoll beim Publikum ankommen.

Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen (VN / UN / UNO) → M14-M15

Ziel der UNO ist die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Neben diesen zentralen Zielen stehen die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten, die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Förderung des sozialen Fortschritts und die Bekämpfung von Hunger und Armut. Die 193 Mitgliedstaaten verpflichten sich zur Einhaltung folgender Grundsätze:

- souveräne Gleichheit aller Mitglieder
- friedliche Streitbeilegung
- Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt (nur zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung)
- Unterstützung von Maßnahmen der UNO
- keine Intervention bei inneren Angelegenheiten der Staaten

82000-864

Mittel zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens → M19-M20

Zur Wahrung bzw. Wiederherstellung des Friedens gibt es vorbeugende (z. B. diplomatische Gespräche), friedensschaffende (Wirtschafts- und Verkehrsblockaden), friedenssichernde (Beobachtermissionen, UN-Friedenstruppen) und friedenskonsolidierende Maßnahmen, die aber stets unter Berücksichtigung der staatlichen Souveränität zu beschließen sind.

82000-865

Die Hauptorgane der Vereinten Nationen → M17, M18

Die Generalversammlung (GV) ist das zentrale Beratungsorgan der VN. In ihr werden globale Konflikte und zentrale Themen wie Frieden und Sicherheit diskutiert. Abstimmungen, z. B. über die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, benötigen eine 2/3-Mehrheit, bei anderen reicht eine einfache Mehrheit. Bei intern ausgerichteten Themen haben die Beschlüsse bindende Wirkung (z. B. Haushaltsfragen), bei anderen politischen Themen kann sie nur Empfehlungen aussprechen. Beim Sicherheitsrat (SR) liegt die Hauptverantwortung für den Weltfrieden. Ihm gehören die 5 ständigen Mitglieder (USA, GB, FR, RU, CH) mit Vetorecht und 10 nichtständige Mitglieder an. Der SR entscheidet, ob eine Bedrohung des Friedens vorliegt und wie reagiert wird. Die UN-Mitglieder müssen den Resolutionen des SR Folge leisten, gleichzeitig sind die Vereinten Nationen darauf angewiesen, dass die Mitgliedstaaten die nötigen Streitkräfte zur Verfügung stellen. An der Spitze der GV steht der Generalsekretär (seit 2017 António Guterres aus Portugal), der die Vereinten Nationen nach außen hin vertritt. Er macht den SR auf Probleme und friedensbedrohende Situationen aufmerksam und erstattet der GV einmal jährlich Bericht über seine Tätigkeit. Er wird auf fünf Jahre von der GV gewählt und kann einmal wiedergewählt werden. Den Vereinten Nationen sind zahlreiche Sonder- und Spezialorganisationen untergeordnet. Beispiele hierfür sind die UNESCO, Weltbank, Atomenergiebehörde oder die WHO.

82000-866

Die Macht der UNO → M14-M22

Die strukturell schwierige Durchsetzbarkeit der Entscheidungen der UNO, die sich insbesondere im Fehlen einer eigenen Exekutive mit echter Durchsetzungsmacht, welche eine eigene Polizei oder Armee hätte, erweist, zeigt eine große Schwäche der UNO auf. Zudem kommen lange Entscheidungsprozesse, die dann, wenn sie tatsächlich zustande kommen, oftmals Kompromisse „des kleinsten gemeinsamen Nenners“ sind, so dass insgesamt die Legitimation der gesamten Institution angezweifelt wird. Nichtsdestotrotz haben Aussagen der UNO-Vollversammlung oder einzelner Repräsentierenden hohe Öffentlichkeitswirkung und damit durchaus auch politisches Gewicht. Ein weiteres wirksames Instrument liegt in verschiedenen, insbesondere wirtschaftspolitischen Sanktionen.

82000-867

WISSEN IM KONTEXT

Kann die UNO als Erfolgsgeschichte gesehen werden?
M14-M17

Grundsätzlich ist es immer eine gute Idee, miteinander in der Diskussion zu sein, gemeinsame Gremien zu bilden und Entscheidungen zu treffen. So gesehen und auch insbesondere vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges ist die UNO natürlich eine erfolgreiche Organisation. Zumal müsste sich eine radikal ablehnende Haltung hinterfragen lassen, was denn z. B. angesichts der Globalisierungsfolgen an Stelle einer UNO treten könnte. Denn die Tatsache, dass es ein weltweites, möglichst demokratisch legitimiertes Gremium geben sollte, ist wohl unstrittig. Manches Auftreten von UNO-Truppen in Krisengebieten, manches Finanzgebahren, manche Unschlüssigkeit und auch manche Mutlosigkeit gegenüber Autokratien sowie Diktaturen lassen allerdings immer wieder Zweifel an der UNO aufkommen. Oftmals dominieren dann doch wieder nationalstaatliche Egoismen. Somit ist die UNO zwar relativ erfolgreich, dies gilt aber insbesondere vor dem Hintergrund einer gewissen Alternativlosigkeit. Die Kritikpunkte stellen das Gesamtkonstrukt immer wieder infrage.

Ist die UNO im „Kalten-Krieg-Denken" verfangen?
M20-M21

Wenn nach dem Zweiten Weltkrieg Fragen nach Krieg und Frieden dominierten und auch „Kalte-Krieg-Logik" immer wieder zu Lähmungen geführt hat, so versucht die UNO auch Antworten auf Fragen zu finden, die weniger der „Ost-West-Konfrontation" zuzuordnen sind. Insbesondere die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die die sog. Milleniumsentwicklungsziele ablöste, zeigt Ansätze, die die UNO als Faktor bei der Bewältigung nachteiliger Folgen von Globalisierungsprozessen zeigen.

Handelt es sich nicht um einen Widerspruch, dass Frieden mit Soldaten geschaffen bzw. bewahrt werden soll?
M22-M23

Die Weltgemeinschaft hat grundsätzlich das Problem, dass bewaffnete Konflikte sich oftmals nur schwer beenden lassen. Es heißt, dass man leicht in einen Krieg käme, aber nur schwer wieder hinaus. Der Instrumentenkasten der UNO beinhaltet neben weicheren diplomatischen Mitteln z. B. Handelssanktionen, die durchaus empfindlich treffen können. Im äußersten Fall sind aber auch Militäreinsätze denkbar und werden auch durchgeführt. Ohne eigene Truppen ist die UNO dabei immer auf Hilfe angewiesen. Die Blauhelmeinsätze sind nicht selten langwierige Aufgaben, die überwiegend den erreichten Status quo bewahren. Als letztes Mittel bleibt also tatsächlich in vielen Konflikten nur der Weg des Friedenerhaltens per Militär, wenn schon das Friedenschaffen vorher diplomatisch erreicht worden ist.

Kann die UNO positiv die Globalisierung gestalten?
M14-M22

Es ließe sich die Frage umkehren, indem man zur Diskussion stellt: Wer, wenn nicht die UNO, könnte positiv die Globalisierung gestalten? Die UNO verfügt über weltweite Strukturen, Entscheidungsmechanismen, Kompetenz insbesondere in Menschenrechtsfragen und trotz allem über ausreichend Legitimation bzw. Rückhalt in den meisten stark von der Globalisierung betroffenen Regionen in der Welt. Gerade UNO-Teilorganisationen, die z. B. im Gesundheits- bzw. Alphabetisierungsbereich oder in der humanitären Hilfe agieren, können hier Vorbild sein. Nötig sind allerdings klarere, transparentere Entscheidungsstrukturen und eine intensivere Mitwirkung der stärkeren Mitglieder, die sich von manchen nationalen Egoismen lösen müssten.

5.4 Weniger ist mehr: Verzicht als Gewinn? Gegenbewegungen zur Globalisierung

Zum Thema: Die Vorteile der Globalisierung liegen oftmals auf der Hand, interessanter scheinen die Gegenbewegungen, die sich entwickeln. Mit den Schlagworten Rückzug aus der Welt und Schließungsbewegung lassen sich eher ambivalente Gegenbewegungen aufzeigen, Nachhaltigkeit in Konsumfragen sowie die Vegetarierbewegung erscheinen weniger konfliktträchtig.

M24 Selbstversorgung: Nachhaltiges Hobby oder staatskritische Grundeinstellung?

1

Eine Frau trägt einen Korb mit selbstangebautem Gemüse aus dem heimischen Garten.

2

In einem Geschäft, welches sich auf Survival-Ausrüstung spezialisiert hat, treffen Menschen Vorsorge für die vermeintliche „globale Katastrophe".

Einstiegsaufgaben

71911-540

1. Vergleichen Sie die Bilder **M24**, indem Sie die jeweils deutlich werdende Geisteshaltung zum Thema Selbstversorgung auf den Punkt bringen.
2. Kann die Tendenz, selbst möglichst autark zu leben, eine nennenswerte Gegenbewegung zur Globalisierung sein?
   a) Stimmen Sie über die Fragestellung innerhalb Ihrer Lerngruppe ab.
   b) Diskutieren Sie Ihre Haltung zu der Frage

M25 Globalisierung im Sinne von Mobilität: „Ab 2001 sind die Grenzen enger geworden“

Die Globalisierung habe zu einer stärkeren Durchlässigkeit von Grenzen geführt. Doch es gebe gleichzeitig eine Gegenbewegung, die er Schließungsbewegung nenne, erläutert der Soziologe Steffen Mau im Deutschlandfunk. Mau ist Professor an der Humboldt-Universität Berlin und Autor des Buches „Sortiermaschinen – Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert“. So gab es 1990 zwölf Mauergrenzen weltweit, ab 2001 ist deren Zahl rasant gestiegen. Heute gebe es 70 Stück in der Regel durch Stacheldraht, Mauern und von Soldaten gesicherte Grenzen auf allen Kontinenten bis auf Australien, das eine Seegrenze habe. [...] Grenzen [üben] stärker Selektivität aus, sie unterscheiden zwischen denen, die passieren dürfen und für die alles ganz einfach wird und denen, die außen vor bleiben. „Wir haben die dunkle Seite der Globalisierung ausgeblendet“, sagte Mau. Bürger afrikanischer Länder hätten heute weniger Mobilitätsrechte als vor 30 oder 40 Jahren, als sie ohne Visum in europäische Länder reisen konnten. „Ihre Situation hat sich verschlechtert“. Mau sieht einen kausalen Zusammenhang zwischen Öffnung und Schließung: Um für die Privilegierten die Mobilität zu vergrößern, mussten andere ausgeschlossen werden. „Die Globalisierung produziert Mobilität und Immobilität gleichermaßen“. Globale Grenzregime sorgen dafür, dass nur ein Teil der Weltbevölkerung von den neuen Möglichkeiten profitieren könne. Das sei, pauschal gesagt, der globale Norden, aber auch reiche Golfstaaten, wo Leute mobil sein können. Als Reicher könne man sich auch einbürgern lassen, etwa in Zypern. [...] Die Szenen am Flughafen von Kabul und die Schwierigkeiten vieler Afghanen bei der Ausreise seien ebenfalls beredetes Zeugnis einer Situation, die aus ungleicher Mobilität entstehe. Viele im globalen Süden hätten noch nie im Leben ein Flugzeug betreten. Die Zahl der global Reisenden in Afrika liege bei ca. zehn Prozent der Bevölkerung. Was für uns Normalität sei, gelte für andere nicht. Das werfe die Frage „globaler Gerechtigkeit“ auf: „Die haben wir bis jetzt gar nicht beantwortet.“ Offene Grenzen für alle sieht Mau nicht kommen. Eher Transparenz darüber, dass wir von Ländern einforderten, die Visumspflicht für Europäer abzuschaffen, ihnen aber im Gegenzug nicht dasselbe einräumten. Doch das sei gerade für Länder am Rand Europas wichtig. Als Serbien die Visumsfreiheit für die EU bekommen habe, sei dort ein Raketenfeuerwerk losgegangen, die Leute lagen sich in den Armen. [...] Der Soziologe Steffen Mau trennt zwischen Mobilität und Migration, denn „wahrscheinlich hingen ein bis drei von tausend Grenzübertritte mit Migration zusammen“. Doch wir haben die Mobilität neuen Paradigmen unterworfen, sodass wir in Leuten, die mobil werden möchten, Grenzen überschreiten möchten, potenzielle Migranten sehen. Das sei eine „Politik des Verdachts“: Die Visumsablehnung von Menschen aus Niger oder Senegal hänge an der Vorstellung, dass diese legal einreisten, um illegal zu bleiben. Er spricht in dem Zusammenhang von „Grenzen als Sortiermaschine“, die durch die Hintertür funktioniere und an der die Behörden und die Verwaltung beteiligt seien. [...] Mau will das Bild der Grenze als territorial fixiert, „als Linie auf der Landkarte“ aufheben. [...] Die Grenze Europas etwa liege in der Subsahara oder zwischen Polen und Belarus, also weit weg vom eigentlichen Territorium. Deutschland habe keine befestigte Außengrenze mehr, dennoch sei diese wirkmächtig wie kaum zuvor. Neue Technologien wie Iris-Scannung, biometrische Verfahren und Gesichtsvermessung führten dazu, dass die Grenze auf Datenbanken sitze. Ein Pass sei künftig vielleicht nicht mehr nötig.

Mau, Steffen / Götzke Manfred: „Ab 2001 sind die Grenzen enger geworden.“ In: www.deutschlandfunk.de, 05.09.2021

M26 Was bedeutet „Deutsch"? – eine Karikatur

Karikatur: Gehard Mester

M27 Ökonomische Globalisierung: Ist Konsum durch Erlebnisse zu ersetzen?

Florence Ziesemer, Sie forschen zu nachhaltigem Konsum. Was kann man sich darunter vorstellen?

Die Fähigkeit, Bedürfnisse so zu befriedigen, dass die Lebenschancen zukünftiger Generationen nicht unter den heutigen liegen.

Müssen wir unseren Konsum verändern, um das zu erreichen?

Ja. Wir nutzen mehr Ressourcen als nachwachsen, gehen unverantwortlich mit nicht nachwachsenden Ressourcen wie Erdöl um. Zu viele Treibhausgas-Emissionen sorgen für die Klimakrise. Wir beuten unsere Mitmenschen für unseren Lebensstil aus. In meiner Promotion geht es darum, mit welchen Fördermöglichkeiten man die Menschen dazu bringt, nur das zu konsumieren, was sie brauchen.

Wie könnte das funktionieren?

Ich habe zum Beispiel mit Kollegen von der Technischen Universität Berlin eine Analyse gemacht, welche Möglichkeiten es im Marketing gibt, den reduzierten Konsum zu fördern. Es gibt tatsächlich Firmen, die Konsumenten bitten zu überlegen, ob sie ein Produkt wirklich brauchen, und besonders haltbare Produkte anbieten. Eine Ikone ist für uns die US-Outdoormarke Patagonia mit der Werbeanzeige „Don't Buy this Jacket" von 2011. Das ist nur eine Möglichkeit, viele Bürger-Initiativen schaffen auch lokale Strukturen, um sich gemeinsam weniger ressourcenintensiv versorgen zu können.

Woher kommt das Gefühl, immer mehr kaufen zu müssen?

Wir haben Jugendliche gefragt: Kaufst du nur, was du wirklich brauchst? Kannst du ein Produkt auch ausleihen? Dann haben wir weitergefragt, warum ihnen ein bestimmtes Verhalten wichtig ist. Es sind grundlegende Werte, die zum Konsum oder Nichtkonsum animieren, Familienwerte, Sicherheit, eigenes Wohlbefinden. Es zeigt sich auch, dass Jugendliche zwar bestimmte Einstellungen haben, sie aber noch nicht umsetzen – auch, weil sie so aggressiv vom Marketing angesprochen werden und scheinbar einfache Lösungen angeboten bekommen, wie Konsum über Unsicherheiten hinweghelfen soll.

So werden Grundlagen etabliert.

In der Forschung sprechen wir von Ge-

legenheitsfenstern in der Biografie, die uns ermöglichen, unsere Gewohnheiten zu hinterfragen. Das wurde anhand von Umzügen und der Geburt eines Kindes getestet. Wenn wir in neuen Geschäften einkaufen, neue Nachbarn haben und andere Menschen versorgen müssen, können wir aus der Routine ausbrechen. Dann braucht es eine gezielte Ansprache, um frühzeitig die Möglichkeit für eine Veränderung aufzuzeigen.

Könnten die Maßnahmen gegen die schnelle Ausbreitung des Coronavirus dazu führen, den Konsum zu überdenken?

Wir könnten merken, dass wir gar nicht immer etwas Neues brauchen. Mit dem, was wir haben, können wir uns wunderbar beschäftigen. Ich bin aber eher skeptisch, weil es eine erzwungene Situation ist, in der wir besorgt um unsere Gesundheit und die unserer Mitmenschen sind. Wenn wir über Wochen zu Hause bleiben, isolieren wir uns auch von anderen, und das ist keine positive Erfahrung.

Was braucht es für echte Veränderung?

Wenn wir überlegen, wie wir es schaffen, Konsum zu reduzieren, sprechen wir häufig vom guten Leben. Können wir unseren materiellen Reichtum reduzieren, aber trotzdem positive Erfahrungen machen? Dazu müssen wir mit Menschen zusammen sein, schöne Erlebnisse haben, statt unsere Bedürfnisse über materielle Kicks zu befriedigen. Wenn wir auf unseren Haushalt beschränkt bleiben, wird sich das nicht verstetigen.

Glauben Sie, dass jetzt alle vor den Computern sitzen und Pakete bestellen?

Das macht mir schon Sorgen. Die meisten Leute, die zu Hause bleiben, werden ja nicht unbedingt Bücher lesen oder sich handwerklich ausleben, sondern vor allem technische Geräte benutzen, und das ist ein wahnsinniger Energieaufwand.

Wie kann man der Mehrheit begreiflich machen, dass wir jetzt wirklich umdenken müssen?

Wenn wir über Kommunikation von nachhaltigem Konsum sprechen, muss man die Dringlichkeit der Verhaltensänderung klarmachen. Wenn wir jetzt nicht handeln, dann wird das nichts mehr. Mit dieser Botschaft muss aber auch gleichzeitig die Möglichkeit des eigenen Handelns gezeigt werden.

Das gilt ja auch ganz aktuell.

Wir brauchen in der Corona-Berichterstattung positive Beispiele, auch Erzählungen von positiven Erfahrungen, die Menschen durch reduzierten Konsum machen, wenn wir einen langfristigen Effekt auf einen bewussteren und nachhaltigen Konsum haben wollen.

Thönnissen, Grit: Konsum ist ersetzbar durch Erlebnisse. In: www.tagesspiegel.de, 17.03.2020

Aufgaben

71911-541

1. a) Ermitteln Sie, wie der Autor von **M25** die Begriffe Migration und Mobilität unterscheidet.
   b) Erwägen Sie politische Maßnahmen, mithilfe derer „gerechte Mobilität" in einer globalisierten Welt gesichert werden kann.
2. a) Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur **M26**.
   b) Definieren Sie den Begriff der Identität, insbesondere vor dem Hintergrund der vielfältigen Mobilitätsbewegungen innerhalb eines Landes sowie auch im grenzüberschreitenden Bereich.
3. Bewerten Sie ausgehend von **M27**, inwieweit Konsumenthaltung bzw. neue Formen des Konsums Mittel sein könnten, unerwünschte Folgen der Globalisierung einzudämmen.

H zu Aufgabe 3
Formulieren Sie aus **M27** Kernthesen zum Konsum.

M28 Ökologische Globalisierung: Retten Vegetarier das Klima?

Die Luft flimmert. Saft tropft vom Gitter auf die glutheißen Kohlen. Es zischt. Es riecht ein bisschen verbrannt, aber vor allem nach Rosmarin und Thymian – und nach Blut. Vielen Deutschen läuft bei dem Gedanken an ein Steak auf dem Grill das Wasser im Mund zusammen. Die Deutschen lieben Fleisch. Doch das ist ein Problem. Denn die Ernährung der Deutschen verursacht laut dem Bundesumweltministerium pro Person rund 1,75 Tonnen an klimarelevanten Emissionen im Jahr – das sind fast so viele Emissionen wie durch Mobilität verursacht werden. Insgesamt emittieren die Deutschen im Durchschnitt 11,6 Tonnen CO_2 – 15 Prozent davon sind unserer Ernährung zuzuschreiben. Ein besonders eindrücklicher Vergleich: Im Juli 2018 kam eine Studie der Umweltorganisation Grain und des agrarkritischen Thinktanks „Institute for Agriculture and Trade Policy" zu der Erkenntnis, dass die weltweite Agrarindustrie mehr zum Klimawandel beiträgt als die Öl-industrie. [...]

Woher stammen die Emissionen?

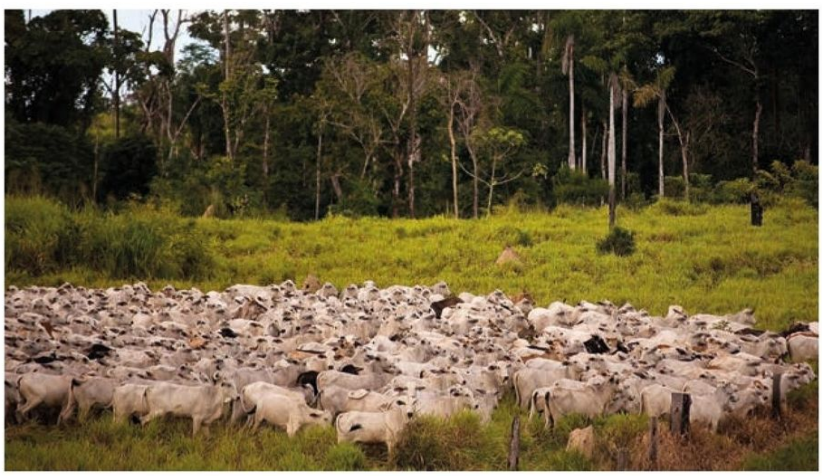
- 45 Prozent der Treibhausgase entstehen bei der Erzeugung der Lebensmittel, dem Transport, der Verarbeitung und durch den Supermarkt
- Ein weiterer großer Teil ist auf den Energieverbrauch zurückzuführen, der für die Lagerung und Zubereitung von Lebensmitteln benötigt wird – aber auch anteilige Raumwärme z. B. in Küchen und durch Fahrten in den Supermarkt

Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Was ist das Effektivste, was man an der eigenen Ernährung umstellen kann, um weniger Treibhausgase zu verursachen?

Experten haben darauf eine sehr klare Antwort: weniger Fleisch essen. Denn 70 Prozent der direkten Treibhausgasemissionen unserer Ernährung sind auf tierische Produkte zurückzuführen. Pflanzliche Kost verursacht deutlich weniger schädliche Klimagase. Doch obwohl es immer mehr Vegetarier gibt, ist das Bewusstsein in der Bevölkerung insgesamt dafür noch nicht sehr ausgeprägt. Nur 36,4 Prozent der Deutschen ist laut BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und Heinrich-Böll-Stiftung der deutliche Zusammenhang zwischen dem Konsum tierischer Erzeugnisse und dem Klimaschutz bewusst. [...]

Punkt 1: Die Fleischproduktion benötigt zu viel Ackerland

Kein anderes Konsumgut der Welt benötigt so viel Land wie die Herstellung von Fleisch- und Milchprodukten. Im Fleischatlas 2018 schreibt der BUND, dass nur 17 Prozent des Kalorienbedarfs der Menschheit durch tierische Produkte gedeckt werden – dafür aber 77 Prozent des globalen Agrarlandes benötigt werden. Zwei Drittel davon sind Weiden, ein Drittel wird dafür benötigt, Futter für die Tiere anzubauen – und das könnte besser dafür genutzt werden, Feldfrüchte und Getreide für die direkte menschliche Ernährung des Menschen anzubauen. Außerdem verursacht der Anbau von Futtermittel noch weitere



Ein Großteil des weltweiten Rinderbestands findet sich in Brasilien, wo gleichzeitig Regenwälder gerodet werden, um Weideland zu schaffen.

Probleme. Die Ackerfläche für den Futtermittelanbau steigt laut BUND kontinuierlich. Wenn der Fleischkonsum wächst, muss entweder auch die Ackerfläche wachsen oder der Ertrag der vorhandenen Flächen muss gesteigert werden. Das wird vielerorts mit Düngern und Pestiziden versucht – doch am Ende laugt das Böden aus, macht die örtliche Bevölkerung krank und sorgt für Wasserknappheit. Also bleibt nur der Ausweg, die Flächen auszuweiten. Und das hat gravierende Folgen, wie der BUND schildert: „Wenn Wälder und Grasland, eigentlich Hotspots der Biodiversität, zu Monokulturen werden, weicht der im Boden gespeicherte Kohlenstoff als CO_2 in die Atmosphäre und die Biodiversität nimmt ab durch den massiven Einsatz von Dünger und Pestiziden."

Punkt 2: Tiere emittieren Methangas – und das ist viel klimaschädlicher als CO_2

Ein weiteres Problem, warum Fleischproduktion wenig nachhaltig ist: Wiederkäuer, vor allem Rinder, emittieren Methangas – und das hat einen deutlich stärkeren Treibhausgas-Effekt als CO_2. Die durchschnittliche Lebenszeit von Methan in der Atmosphäre beträgt laut Umweltbundesamt rund 12 Jahre – die von CO_2 bis zu 1000. Trotzdem ist Methangas für einen substanziellen Teil des menschengemachten Treibhauseffektes verantwortlich, denn das Gas ist 25 mal so wirksam wie CO_2. Wir sollten also weniger Fleisch essen. Doch was würde das wirklich nützen? Im Jahr 2018 lag der Fleischverbrauch (Schlachtgewicht) der Deutschen pro Kopf bei 88,6 Kilogramm, der eigentliche Verzehr bei 60,2 Kilogramm. Der globale Durchschnitt lag bei rund 43 Kilogramm. [...]

Wer sich komplett vegetarisch ernährt, spart 300 bis 400 Kilogramm CO_2 ein Bei einer komplett vegetarischen Ernährung wären es 30 Prozent weniger Treibhausgasemissionen, bei veganer Ernährung nur die Hälfte der Treibhausgasemissionen und auch nur die Hälfte des Flächenbedarfs. Oder anders gesagt: Wer vegetarisch lebt, senkt die durchschnittlich 1,75 Tonnen CO_2, die auf die Ernährung entfallen, auf rund 1,3/1,4 Tonnen.

Und was wäre, wenn die ganze Welt vegetarisch leben würden? „Das würde vor allem den Flächendruck rapide senken. Denn durch unseren Fleischkonsum verbrauchen wir auch viel mehr Fläche als bei einer rein pflanzlichen oder fleischreduzierten Ernährung", sagt Nachhaltigkeitsexperte Bilharz.

Nach Schätzungen der FAO blieb 2018 die Getreideernte weltweit zum zweiten Mal in diesem Jahrzehnt unter der Nachfrage – es wurde zu wenig Getreide auf der Welt produziert, was vor allem an der Hitzewelle in Europa lag. „Dies zeigt sich nicht nur in steigenden Getreidepreisen, es erhöht auch den Flächendruck. Diesen Druck könnten wir senken, wenn wir weniger Fleisch konsumieren würden", sagt Bilharz. [...]

Bis 2030 müsste der Fleischkonsum pro Kopf auf 22 Kilogramm im Jahr, bis 2050 auf 16 Kilogramm sinken, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen. Doch bislang geht der Trend in die andere Richtung: Seit 1965 hat sich die weltweite Fleischproduktion laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) fast vervierfacht. Hoher Fleischkonsum ist ein Wohlstandsmerkmal. So essen Chinesen bislang ein Drittel weniger Fleisch als die Deutschen, in manchen Ländern Afrikas wird nur die Hälfte verzehrt – doch in den USA, Australien oder Argentinien sind es mehr als 100 Kilogramm Fleisch pro Jahr und Kopf. Wächst die Wirtschaft in Schwellenländern, wächst auch die Fleischeslust.

Die Welternährungsorganisation (FAO) geht Prognosen zufolge davon aus, dass der weltweite Verbrauch und die Produktion von Fleisch bis 2030 um 70 Prozent, bis 2050 um 120 Prozent steigt – das hätte fatale Folgen, wie nicht nur die FAO warnt, sondern auch Greenpeace.

Schwellenländer
Es gibt keine exakte, internationle Definition für den Begriff Schwellenland. Im Allgemein sind damit Entwicklungsländer gemeint, welche sich in einem Wandlungsprozess befinden und bei denen die soziale Entwicklung oft nicht mit dem hohen Wachstum und der wirtschaftlichen Leistung mithalten kann.

Wie kann sich der Fleischkonsum künftig ändern?

In Deutschland sinkt der Gesamtkonsum seit einigen Jahren etwas. Der Anteil an Vegetariern ist in den vergangenen Jahren auf zwischen 5 bis 10 Prozent gestiegen. Immer mehr Deutsche bezeichnen sich zudem als Flexitarier, sprich sie [...] wollen die Umwelt und ihre Gesundheit schützen, aber dennoch nicht ganz auf Fleisch verzichten. Experten schlagen verschiedene politische Maßnahmen vor, um den Fleischkonsum weiter zu senken – doch die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass Vorstöße wie der „Veggie-Day" auf breiten Widerstand stoßen. [...] Es gäbe die Möglichkeit, gesunde, fleischfreie Nahrungsmittel zu subventionieren oder eine Fleischsteuer einzuführen – doch bislang zeigen Studien, dass die Auswirkungen solcher Lenkungsinstrumente teuer oder/und gering wären. [...] Modellrechnungen ergeben, dass eine Preiserhöhung um 1 Prozent zu 0,37 Prozent weniger Verzehr führen würden. „Würde also der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent wegfallen und für Fleisch der Normalsatz von 19 Prozent gelten, sänke der Konsum rechnerisch um 4,4 Prozent", schreibt der BUND. Deshalb empfiehlt der BUND vor allem Informationskampagnen in der Bevölkerung zu starten und ein CO_2-Footprint-Label einzuführen, um die Verbraucher stärker zu sensibilisieren.

Jonas, Uschi: Retten Vegetarier das Klima? Das sind die wahren Folgen unseres Fleischverzehrs. In: www.focus.de, 18.04.2021

M29 Führt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine u.a. zur Deglobalisierung?

Der Ukraine-Krieg ist ein weiterer Schock für die globalen Lieferketten. Laut Experten könnte er die Globalisierung zurückwerfen, den Westen aber auch näher zusammenrücken lassen.

Die erste Schockwelle für den globalen Handel ging durch die Präsidentschaft Donald Trumps um die Welt, als er China [im Jahr 2018] den Handelskrieg erklärte und auch Europa und andere Länder mit Strafzöllen nicht verschonte. In Folge der weltweiten Pandemie rissen dann zeitweise einige Lieferketten ganz, was zu Produktionsausfällen und stillstehenden Fabriken in anderen Weltregionen führte. Putins Krieg in der Ukraine mitsamt Wirtschaftssanktionen wiederum verlängert und verstärkt diese Probleme noch einmal. Das alles dürfte zu einer Renationalisierung beitragen oder einer Deglobalisierung. „Deglobalisierung bedeutet, dass der Handel zwischen dem Westen und China oder Russland relativ zum Bruttoinlandsprodukt abnehmen wird", sagt etwa der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer. [...] Angesichts der weltweiten Spannungen hat [Bundeskanzler Olaf Scholz] zur Eröffnung [einer neuen Großfabrik] in Grünheide davor gewarnt, die Globalisierung der Wirtschaft rückgängig zu machen. [...] In der Tat reagieren viele Unternehmen durch die erschütterten Lieferketten damit, sich nach Handels- oder Geschäftspartnern andernorts – und oft in näherer Umgebung – umzuschauen. Im Institut für Weltwirtschaft befürchtet man,

Die Ukraine ist eine der größten Weizenexportnationen der Welt. Die goldenen Felder sind sogar Teil der Landesflagge.

dass durch den tendenziell schwächeren Welthandel Wachstumsimpulse durch die Globalisierung ausbleiben könnten. Politisch motivierte Handelshemmnisse verbunden mit zunehmenden geopolitischen Risiken belasteten demnach die internationale Arbeitsteilung. Nach Ansicht der meisten Experten wird dieser Trend aufgrund der jüngst gehäuft schlechten Erfahrungen also anhalten. „Das führt zu einem gewissen Verkürzen von Lieferketten in dem Sinne, dass wir uns wieder heimatnähere Lieferanten aufbauen [...] Allerdings glaube ich nicht, dass wir damit unsere Lieferanten beispielsweise in Asien einfach vernachlässigen werden. Ich glaube, dass es eher zusätzliche Lieferanten geben wird." (Holger Schmieding, Chefvolkswirt der Berenberg-Bank) Diversifizierung laute dabei das Stichwort. Dabei müsse das nicht zwangsläufig im eigenen Land sein. Gerade in Europa werde man weit über die eigene Landesgrenze hinausblicken.

Zum anderen prognostiziert Schmieding zwar eine ‚Deglobalisierung' im Sinne eines schwächeren Wachstums beim weltweiten Austausch von Gütern. In anderen Bereichen – etwa bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen – sieht er dagegen Wachstumspotentiale. Das gelte auch in Bereichen wie dem Austausch von und der Wertschöpfung durch Daten. Schließlich haben der Konflikt und die Sanktionen gegen Russland die westlichen Staaten – auch innerhalb der EU – stärker zusammengeschweißt. Zwischen diesen Staaten und Regionen könnte sich der Handel also intensivieren, während er mit anderen Regionen schwächer ausfällt.

Ehrhardt, Mischa: Kommt jetzt die Deglobalisierung? In: www.zdf.de, 23.03.2022

M30 Eine Expertin und ein Experte beantworten vier wichtige Fragen zur Globalisierung

Zu den Personen
Sebastian Dullien ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Sabine Stephan ist dort Außenhandelsexpertin.

Vor 20 Jahren gab es die Globalisierungskritiker von links, etwa von Naomi Klein [eine kanadische Journalistin und Kapitalismuskritikerin], heute von rechts, etwa von Donald Trump. Warum ist das so?

Sebastian Dullien: Die Regierungen in den Industrieländern haben es versäumt, ausreichend auf berechtigte Sorgen der Menschen in Bezug auf die Globalisierung zu reagieren. Sie haben etwa nicht verhindert, dass internationaler Handel zumindest in Teilen zum Dumping bei Löhnen, Arbeits- und Umweltstandards missbraucht wurde. In vielen Fällen wurden die Sorgen von linken Globalisierungsskeptikern sogar belächelt. Nun haben sich viele der Globalisierungsverlierer rechten Populisten wie Trump zugewandt, die als einfache Lösung das plumpe Vertreten nationaler Interessen anbieten.

Warum tun sich die Staaten so schwer damit, die Globalisierungsgewinne gerecht zu verteilen?

Sabine Stephan: Ein wesentlicher Grund ist, dass seit Jahrzehnten eine Handelspolitik verfolgt wird, die private über öffentliche Interessen stellt und die Möglichkeiten der Staaten systematisch beschneidet, durch staatliche Regulierung das Gewinnstreben der Unternehmen zugunsten des Gemeinwohls zu begrenzen. Was wir brauchen, ist eine 180 Grad-Wende in der Handelspolitik, die den Nationalstaaten wieder regulatorischen Handlungsspielraum gibt. Dazu gehört, dass das private Schiedsgerichtssystem abgeschafft wird und Investoren nicht nur Rechte haben, sondern auch Pflichten. Bislang verhindern drohende Schadenersatzklagen von Konzernen staatliche Regulierungsmaßnahmen, die dringend notwendige wären, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Es fehlen in den allermeisten Handelsabkommen weiterhin verbindliche Regeln für das Einhalten von Arbeits- und Umweltstandards.

Das Thema Verantwortung /Arbeitsbedingungen/ökologische Folgen in globalen

Wertschöpfungsketten gibt es auch schon sehr lange. Sind da eigentlich endlich Fortschritte zu erkennen?

Sebastian Dullien: Bei grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten wird nach wie vor oft nicht darauf geachtet, unter welchen Arbeits- und Umweltstandards bestimmte Verarbeitungsschritte vor allem in ärmeren Ländern durchgeführt werden. Zwar gibt es für einzelne Bereiche nun verschiedene Qualitätssiegel, diese sind aber oft nicht verlässlich. Verbindliche Regeln für das Einhalten von Arbeits- und Umweltstandards fehlen weiterhin in den allermeisten Handelsabkommen.

Deutschland ist gesamtwirtschaftlich ein Gewinner der Globalisierung. Bleibt das so?

Sabine Stephan: Dass Deutschland in der Vergangenheit so stark von der Globalisierung profitiert hat, lag an einem glücklichen Umstand: nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und im Zuge der Integration Chinas in die Weltwirtschaft war die Nachfrage dieser Länder nach Investitionsgütern riesig und die deutschen Maschinen- und Fahrzeugbauer konnten einen nennenswerten Teil dieser Nachfrage befriedigen. Dieses Geschäftsmodell ist aber keineswegs ein Selbstläufer. Ob Deutschland weiter auf der Erfolgsspur bleibt, hängt entscheidend davon ab, ob es diesen beiden zentralen Industriezweigen gelingt, sich an ein stark verändertes Marktumfeld anzupassen und angesichts der Herausforderungen, vor die uns der Klimawandel stellt, zukunftsfähige Produkte zu entwickeln. Seit Jahrzehnten wird eine Handelspolitik verfolgt, die private über öffentliche Interessen stellt und die Möglichkeiten der Staaten systematisch beschneidet.

Hans-Böckler-Stiftung: Fünf Fragen zur Globalisierung. In: www.boeckler.de, Abruf am 31.05.2023

Aufgaben

71911-542

4. Stellen Sie die Daten und Fakten des Textes **M28** übersichtlich zusammen.

5. Diskutieren Sie im Anschluss an **M28**, inwiefern die Reduktion des eigenen Fleischkonsums ein praktischer Beitrag zur Bewältigung von Globalisierungsfolgen sein könnte.

6. a) Erklären Sie ausgehend von **M29** den Ansatz einer Renationalisierung bzw. Deglobalisierung.
b) Diskutieren Sie diese Entwicklung.

7. Ermitteln Sie die Kernaussagen des Interviews **M30** und bewerten Sie möglichst klar, ob es sich bei den Interviewten Ihrer Meinung nach um Globalisierungsbefürworter oder -gegner handelt.

8. a) Ermitteln Sie z. B. auf Grundlage weiterer geeigneter Interviews die Argumente von Kritikerinnen und Kritikern sowie Befürworterinnen und Befürwortern der Globalisierung.
b) Führen Sie eine Diskussion, ggf. nach der Methode Talkshow (→ Methodenglossar S. 252) durch, um den Einfluss der Globalisierung für Frieden und Demokratie in der Welt zu bewerten.

Vertiefungsaufgabe

Stellen Sie sich vor, Sie sind Politikerin oder Politiker und würden im Wahlkampf zum Thema „Fleischverzicht als Reaktion auf Globalisierungstendenzen" sprechen. Formulieren Sie einen kurzen, prägnanten und möglichst mitreißend formulierten Redebeitrag.

F zu Aufgabe 5

Entwickeln Sie ein Konzept, auf welche Art der Vegetarismus attraktiv beworben werden könnte.

WISSEN KOMPAKT

Migration → M26

Migration (Wanderung) bezeichnet den dauerhaften Wohnortwechsel von Menschen. Man unterscheidet hierbei die Binnenmigration innerhalb eines Staates sowie die Migration über Staatsgrenzen hinweg (Ein- bzw. Auswanderung). Zur globalen Herausforderung des 21. Jahrhunderts zählt die Massenmigration von Menschen aus bestimmten Regionen aufgrund der dort herrschenden politischen und ökonomischen Verhältnisse. Diese Form der Migration ist oft mit Gefahren für Leib und Leben verbunden und stellt die Ziel- und Aufnahmeländer allein schon durch ihren Umgang vor große Probleme.

82000-868

Klimawandel → M28

Wenn vom Klimawandel oder etwas abgeschwächt von der Klimaveränderung die Rede ist, ist zumeist die durch den Menschen verursachte (anthropogene) globale Erderwärmung gemeint. Als Konsequenzen werden ökologische und infolgedessen soziale Krisen (z. B. durch erzwungene Migration, Gesundheitsgefährdungen, Verteilungskämpfe etwa um Trinkwasser oder andere Ressourcen) vorhergesagt, so dass die Begriffe Klimakrise oder Klimakatastrophe ebenso Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden haben.

82000-869

Globalisierungskritik → M27-M29

Die Forderungen der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker sind politisch umstritten. Sie zielen insbesondere auf:

- stärkere Regulierungen und Kontrolle für das weltweite Marktgeschehen (z. B. Börsen- und Bankaufsicht) und Eindämmung neoliberaler Marktmechanismen;
- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Steuer auf alle Finanzbewegungen);
- die Sicherung von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Standards;
- Fairness für Entwicklungs- und Schwellenländer beim Zugang zu den Weltmärkten, insbesondere zu den Agrarmärkten;
- die Berücksichtigung völkerrechtlicher und demokratischer Prinzipien in Staaten und Gesellschaften weltweit;
- die Schließung von Steuerparadiesen und Steuerschlupflöchern;
- Verstärkte weltweite Regelungen und Kontrollen zum Umwelt- und Klimaschutz.

Unter Kritikerinnen und Kritikern der Globalisierung bestehen ebenso Tendenzen zu einer Renationalisierung bzw. Deglobalisierung, die eine stärkere nationale Abschottung fordern, um sich unabhängig von aus ihrer Sicht negativen Folgen globaler Entwicklungen zu machen. Diese Forderungen sind jedoch angesichts der komplexen weltweiten Verflechtungen und populistischer Tendenzen mancher Renationalisierungsvertreterinnen und -vertreter stark in der Kritik.

82000-870

Globalisierungsbefürwortung → M30

Befürworterinnen und Befürworter der Globalisierung betonen insbesondere die wirtschaftlichen Effekte, die die internationale Zusammenarbeit sowie der Handel im Bereich des Güterangebots mit sich bringen. Das betrifft in erster Linie die dauerhafte Verfügung von Waren, die sonst z. B. aus saisonalen Gründen fehlen oder für breite Bevölkerungsschichten sehr teuer wären. Auch das durch den erleichterten kulturellen Austausch gewachsene Verständnis füreinander hat starkes friedenspolitisches Potenzial und ebenso wie ökologische Probleme keine Grenzen kennen, ermöglicht grenzübergreifendes, globalisiertes Handeln auch deren Bekämpfung. Viele Expertinnen und Experten betonen, dass die im Zusammenhang mit der Globalisierung befürchteten verstärkten sozialen Ungleichheiten nicht eingetroffen seien, sondern im Gegenteil der weltweite Wohlstand gestiegen sei. Auch die Gestaltungsfähigkeit der nationalen Politik habe sich eher verändert als reduziert.

82000-871

Hilft stärkere Unabhängigkeit gegen Globalisierungsfolgen?
M24, M27

Man könnte annehmen, dass eine größere Autonomie, Selbstversorgung und Selbstbestimmung gegen zu viel äußeren Einfluss und damit auch die negativen Folgen der Globalisierung hilft. Eine neuseeländische Erdbeere, selbst wenn sie als bio deklariert wäre, existierte in einem Selbstversorgungshaushalt gar nicht, da nur saisonale eigene Erzeugnisse konsumiert werden. Damit wären Arbeitsbedingungen der Erdbeererzeugungsbetriebe uninteressant, der Energieverbrauch des Transports unerheblich und kulturelle Essensmoden einflusslos. Ob aber eine relevante Menge an Menschen eine solche Haltung auch praktisch und tatsächlich konsequent bis zum letzten durchführen könnte, das ist zu bezweifeln. Und Auswüchse der Selbstversorgerszene hinsichtlich der sog. „Prepper", die die Selbsterzeugung und Selbstbestimmung um den Aspekt Selbstverteidigung erweitern, sind gefährlich. Letztendlich stellen sie das Gewaltmonopol des Staates in Frage. In vernünftigem Umfang wird eine verstärkte Selbstversorgung wirklich negative Folgen der Globalisierung mindern können, als hundertprozentige Lebenshaltung ist sie aber unrealistisch. Eine Umorientierung hinsichtlich des Konsumverhaltens, eine Neudefinition dessen, was für die Menschen Glück bedeutet, kann stärkere Unabhängigkeit erzeugen und zugleich den bloßen Verbrauch an aufwändig hergestellten Luxusgütern bremsen. Hier ist Verzicht bzw. Umorientierung Gewinn.

Ist es begrüßenswert, dass die Welt so nah zusammengerückt ist?
M26-M27

Mobilität sowie ihre Sonderform Migration sind in einer globalisierten weitaus leichter möglich als in einer von nationalstaatlichen Schranken geprägten Welt. Mobilität beschreibt die vorübergehende Bewegung in ein anderes Land, Migration die dauerhafte Niederlassung. Mobilität hat viele positive Konsequenzen: Kulturelles Verständnis, gegenseitige Bereicherung, Abbau von Vorurteilen, Fortschritt und auch ökonomisch nutzbare Kontakte werden mehr. Zugleich aber wird Migration, also nicht nur der Besuch, sondern die Übersiedlung an einen anderen Ort, nicht einhellig begrüßt. Sowohl die Migrierenden als auch die Empfangenen stehen dem gespalten gegenüber, auf der einen Seite steht der Verlust der Heimat, auf der anderen die Angst vor dem Fremden. Die Globalisierung, die die Welt technologisch sowie kulturell näher zusammenwachsen lassen hat, befeuert diese Entwicklung. Zwangsweise erzeugte Mobilität, z. B. in Folge von Naturkatastrophen oder politischen Ereignissen im Herkunftsland, ist in den meisten Fällen zunächst eine negative Globalisierungsfolge. Auch die Migration kann jedoch wie die Mobilität ein Gewinn sein, wenn deren Chancen erkannt und genutzt werden.

KOMPETENZEN ANWENDEN

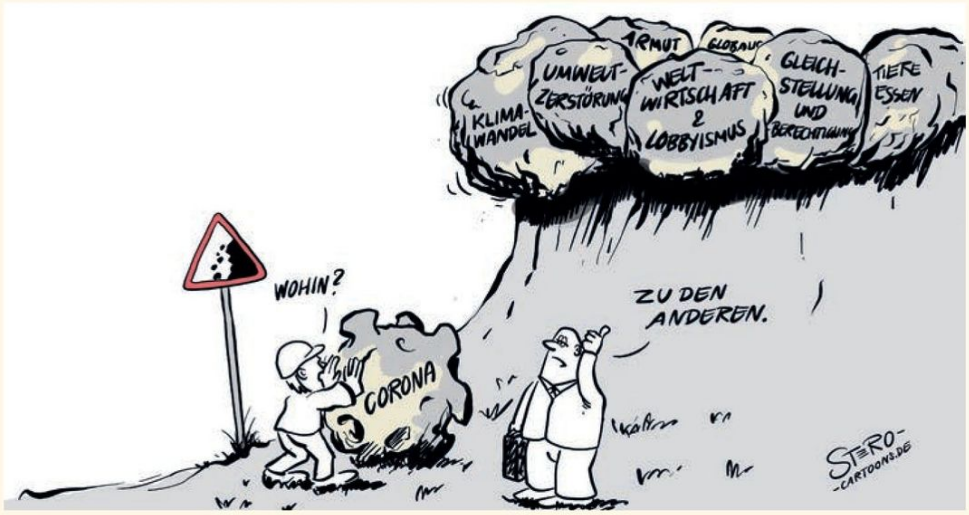
Kompetenz-Check Kapitel 5

71911-550

Die nachfolgenden Aufgaben bieten Ihnen die Möglichkeit, sich selbst zu überprüfen und erlauben Ihnen, abzuschätzen, inwieweit Sie die gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt anwenden können. Mögliche Lösungsvorschläge finden Sie über die QR-Codes zu den jeweiligen Aufgaben.

1 Analyse und Interpretation einer Karikatur: Weltweite Vernetzung

Hintergrund: Vor einer Schulaufgabe gibt die Lehrkraft den Tipp, dass die Klasse sich mit einer Analyse und Interpretation der nachfolgenden Karikatur sehr gut auf die Arbeit vorbereiten könne, da sie sehr viele weltweite Zusammenhänge thematisiere und damit viel abdecke, was gefragt werden könne. Manche Klassenkameradinnen und Klassenkameraden sind ratlos.



Karikatur: Stefan Roth, 2021

Aufgabe

Verfassen Sie einen Lernkarteikarte, auf der Sie kurz skizzieren, wie bei der Karikaturenanalyse vorgegangen wird. Sammeln Sie zu jedem einzelnen Felsbrocken, der in der Karikatur dargestellt wird, inhaltliche Aspekte der jeweiligen Dimension der Globalisierung und stellen Sie in kurzen Worten Interpretationsansätze dar. Es soll schließlich insgesamt eine gute Leistung der gesamten Klasse werden.

Lösungsvorschlag

71911-551

2 Der Kanzler beim Weltwirtschaftsforum 2022: „Die De-Globalisierung ist ein Holzweg"

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) ist eine gemeinnützige Stiftung. Sie wurde 1971 von dem deutschen Ökonomen Klaus Schwab gegründet. Mit dem Ziel einer Balance zwischen wirtschaftlichem Profit und sozialer Gerechtigkeit treffen sich jedes Jahr international führende Wirtschaftsexperten, Politiker, Intellektuelle und Journalisten, um über aktuelle globale Fragen zu diskutieren.

„Ja, die Welt erlebt einen „turning point", einen Umbruch", stimmte Bundeskanzler Scholz dem Leitbild des diesjährigen Weltwirtschaftsforums in Davos zu. Es handle sich um eine Zeitenwende, da durch Russlands Angriffskrieg nicht nur die Staatlichkeit der Ukraine zu Disposition gestellt werde, sondern „ein System internationaler Zusammenarbeit, das aus dem ‚Nie wieder!' zweier verheerender Weltkriege entstanden

ist“, so Scholz in seiner Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos. […]

Eine Zeitenwende sei jenseits des Ukraine-Krieges auch die Gestaltung einer multipolaren Welt, in der unterschiedlichste Länder und Regionen entsprechend ihres wachsenden wirtschaftlichen und demographischen Gewichts größere politische Mitsprache einfordern. „Darin liegt keine Bedrohung“, betonte der Kanzler. […]

Deshalb setze er auf neue Partnerschaften – auch und gerade mit Ländern des Globalen Südens. Viele von ihnen seien ebenso Demokratien – ein Begriff, der zu lange faktisch mit dem „Westen“ gleichgesetzt wurde. Mit den neuen Partnerschaften wolle man gemeinsam für Fortschritt in Zukunftsfragen sorgen. Die Botschaft laute: „Internationale Kooperation liefert Antworten. Der Multilateralismus funktioniert!“, bekräftigte Scholz.

Selbstverständlich würden viele Staaten jetzt ihre strategischen Abhängigkeiten überprüfen und reduzieren. In dieser multipolaren, krisenanfälligen Welt laute das Gebot der Stunde „mehr wirtschaftliche Resilienz“ – durch Diversifizierung. Doch daraus dürfe kein Vorwand für Abschottung, Zollschranken und Protektionismus werden. „Die De-Globalisierung ist ein Holzweg“, so Scholz deutlich. Den Preis für Handelsschranken würden am Ende die Unternehmen, die Arbeitnehmer und Verbraucher zahlen.

Scholz erinnerte zudem daran, dass die in den letzten Jahrzehnten gewachsene Arbeitsteilung, der Wissensaustausch und die weltweite wirtschaftliche Vernetzung Milllarden Menschen den Weg aus der Armut geebnet hätten.

Die Globalisierung müsse sich künftig an vier Kriterien messen lassen. Sie müsse nachhaltig und resilient sein, indem sie Rücksicht nimmt auf natürliche Ressourcen und künftige Generationen. Sie müsse solidarisch sein und allen Bürgerinnen und Bürgern in allen Teilen der Welt zugute kommen. Und sie müsse klug sein, mit modernen Regeln und neuen Arten der Zusammenarbeit.

Ein Beispiel für diese Form der Zusammenarbeit sei der internationale Klima-Club. „Dieser Club steht allen Staaten offen – wenn sie sich auf bestimmte Mindeststandards verpflichten. So schaffen wir ein „level playing field“ und verhindern, dass unterschiedliche Regeln den Wettbewerb verzerren. Zugleich werden wir als Klima-Club klimafreundliche Technologien miteinander weiterentwickeln und noch enger zusammenarbeiten.“

Ein zweites Beispiel sei das im Rahmen der G7-Präsidentschaft gemeinsam mit der Weltbank ins Leben gerufene Bündnis für globale Ernährungssicherheit. Auch das Bekenntnis der G7 zu offenen Agrarmärkten sei vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen- und Kriegslage ein Beispiel für gute internationale Zusammenarbeit. […]

Abschließend appellierte Bundeskanzler Scholz an den „Geist von Davos“. Wenn einige die Welt zurück zu Nationalismus, Imperialismus und Krieg führen wollten, laute die Antwort: „Nicht mit uns! Wir stehen für die Zukunft!“. Eine multipolare Welt solle nur Ansporn sein – für mehr Multilateralismus und mehr internationale Zusammenarbeit, bekräftige Scholz.

Bundesregierung: Kanzler beim Weltwirtschaftsforum in Davos. In: www.bundesregierung.de, 26.05.2022

Aufgaben

1. Reagieren Sie auf diese Pressemitteilung der Bundesregierung, indem Sie einen Brief an den Bundeskanzler verfassen. Sie können mit weiteren zusätzlichen Argumenten eine bestärkende oder ablehnende Position einnehmen.
2. Formulieren Sie ausgehend von der Pressemitteilung begründete, möglichst realistische politische Forderungen, die eine neu gegründete Partei aufstellen könnte, um Globalisierungsthemen breiter in der Bevölkerung zu verankern. Beziehen Sie Ihre Inhalte besonders aus dem Fundus, was junge Menschen im Zusammenhang mit der Globalisierung erwarten (z. B. positive Aspekte wie Technologietransfer oder negative Aspekte wie die Bewältigung des Klimawandels).

Lösungsvorschlag

71911-552

METHODENGLOSSAR

Karikaturen analysieren und interpretieren

Eine Karikatur (ital. caricare = „übertreiben", „verzerren") ist eine Darstellungsform, bei der eine Zeichnerin oder ein Zeichner gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Sachverhalte bewusst überspitzt darstellt. Dabei sollen die Betrachtenden nicht nur unterhalten, sondern auch zum Nachdenken über die dargestellten Ereignisse, Entwicklungen, Zustände oder Personen angeregt werden. Um die Aussageabsicht einer Karikatur zu entschlüsseln, muss diese zunächst genau analysiert werden. Das betrifft nicht nur den dargestellten Sachverhalt, sondern auch die für Karikaturen typische Bildersprache. Das können Symbole sein, etwa die Waage der Gerechtigkeit, Personifikationen (z. B. der „deutsche Michel" mit der Zipfelmütze als Abbild des typischen Staatsbürgers) oder Tiervergleiche (z. B. der „russische Bär"). Oft werden auch Redensarten bildhaft dargestellt, wenn etwa „der Gürtel enger geschnallt" oder etwas „zu Grabe getragen" wird. Schließlich gibt es auch historische Bildzitate, bei denen die Zeichnerin oder der Zeichner Bezug auf bekannte Bilder nimmt. Für eine vollständige Entschlüsselung von Karikaturen empfiehlt sich folgendes Vorgehen:

1 Beschreiben

- Wann und wo ist die Karikatur erschienen?
- Was stellt der die Zeichnerin oder der Zeichner dar?

▼

2 Analysieren

- Wie ist die Karikatur aufgebaut? Welche Text- und Bildelemente enthält sie? Wie sind Vorder- und Hintergrund gestaltet?
- Wen oder was zeigt die Karikatur?
- Welche Symbolik und Metaphorik haben einzelne zeichnerische Elemente? (Personifikationen auflösen, Symbole deuten, Mensch-Tier-Vergleiche untersuchen, natürliche Erscheinungen deuten, politische Metaphern deuten)
- Welche Gestaltungsmittel fallen auf? (ggf. Farbgebung, Schattierungen, Verzerrungen usw.)

▼

3 Interpretieren

- Welche Ziele verfolgt der Karikaturist? An wen wendet er sich dabei (Adressatenbezug)?
- Auf welchen Sachverhalt bezieht sich die Karikatur? Was sind die Kernaussagen?
- Welchen Eindruck macht die Karikatur auf mich bzw. Betrachter mit anderen Einstellungen und Werten?

Bearbeiterin

Eine Positionslinie bilden

Mit Hilfe einer Positionslinie können sowohl Spontanurteile als auch differenzierte Urteile zu einer Problemstellung, Frage oder einem Sachverhalt zum Ausdruck gebracht werden. Dies geschieht durch die körperliche Positionierung auf einer Linie und kann in jedem größeren Raum (z. B. Klassenraum) durchgeführt werden.

1 Positionslinie festlegen und Positionen einnehmen

1. Legen Sie eine gedachte oder durch Klebestreifen auf dem Boden markierte Linie fest.
2. Benennen Sie die Enden der Linie mit alternativen Polen (ja/nein; stimmt/stimmt nicht). Auf der Strecke zwischen den Polen liegen jeweils abgestufte Positionen.
3. Positionieren Sie sich zu der Fragestellung auf der Linie.

2 Positionierungen begründen

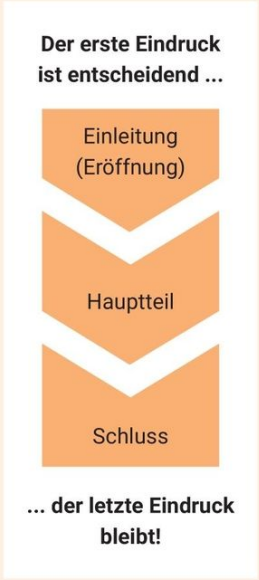
- Begründen Sie Ihre Position so differenziert wie möglich: Bei Spontanurteilen kann die Begründung auch „aus dem Bauch" heraus erfolgen, bei differenzierten Urteilen geben Sie Einblick in Ihren Abwägungsprozess und beziehen Sie sich gewichtend auf Perspektiven und Kriterien.
- Sollten Sie die Positionslinie am Ende einer Einheit wiederholen, begründen Sie auch, inwiefern sich Ihre aktuelle Positionierung von der ersten (spontanen) unterscheidet: Welche Argumente, Perspektiven, Kriterien waren dabei ausschlaggebend?

Bearbeiterin

METHODENGLOSSAR

Einen Kurzvortrag halten

Ein Kurzvortrag ist ein Vortrag über ein Thema, der in einer begrenzten Zeit (etwa 5–15 Minuten) gehalten wird. Häufig wird er in Form von Übungsreferaten in der Schule eingesetzt.



1 Vorbereitung und Einleitung

Beginnen Sie Ihren Vortrag pünktlich. Eine gelungene Eröffnung des Vortrags ist die beste Möglichkeit, um beim Publikum Interesse für die Darbietung zu wecken. Sie können Ihrem Thema entsprechend verschiedene Einstiegsvarianten auswählen. Sicher kennen Sie die schlechteste Variante aus eigener Erfahrung: „Wir wollen heute einen Vortrag zum Thema … halten." Und schon haben Sie das Desinteresse der Zuhörerinnen und Zuhörer auf Ihrer Seite. Ein guter Einstieg spricht das Publikum visuell und persönlich an und bezieht es ein. Wenn es sich thematisch anbietet, können Sie das Publikum auch mit einen Vergleich konfrontieren, provozieren, überraschen oder erheitern.

2 Durchführung

Interessiert sich Ihr Publikum erst einmal für Ihr Thema, können Sie Thema und Gliederung vorstellen. Damit beginnen Sie den Hauptteil des Vortrags - das „Filetstück". Ihre Gliederung als „Fahrplan" der Darbietung schreiben Sie am besten auf eine Folie oder bringen sie vor Beginn des Referats auf einem Flipchart oder einer Tafel an. So kann das Publikum dem Inhalt Ihres Vortrags gut folgen. Planen Sie den Hauptteil wie eine Regieanweisung. Falls Sie das Referat als Gruppe halten, ist es umso wichtiger für jeden nachvollziehbar den Ablauf zu skizzieren. Klären Sie in diesem Fall auch, wer den gerade Vortragenden mit dem Auflegen/Weiterklicken der Folien oder dem Zeigen von Bildern unterstützt.

3 Abschluss

Der Schluss fasst die wesentlichen Aspekte Ihres Vortrags zusammen. Hüten Sie sich vor solchen Formulierungen: „Jetzt sind wir am Ende unseres Vortrags" oder „Alles Wesentliche wurde gesagt, wir fassen nur noch einmal zusammen". Gut ist es, wenn Einstieg und Schluss einen gewissen Rahmen des Referates bilden. Bevor Sie sich setzen, fragen Sie noch einmal nach, ob jemand eine Frage hat.

Bearbeiterin

Mit dem Grundgesetz arbeiten

Das Grundgesetz ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Die Bezeichnung wurde gewählt, um deren provisorischen Charakter bis zur Wiedervereinigung zu unterstreichen. Jedoch behielt das Grundgesetz auch nach der Wiedervereinigung 1990 diesen Namen und ist seitdem die gesamtdeutsche Verfassung. Juristische Texte, also auch das Grundgesetz, sind oft schwer verständlich. Um sie dennoch entschlüsseln zu können, hilft es, sie systematisch zu bearbeiten. Von Ihrer Schule wird Ihnen das Grundgesetz als Buch zur Verfügung gestellt. Alternativ können Sie auch die App der Bundeszentrale für politische Bildung verwenden (Link im QR-Code). Beachten Sie, dass Sie im Abitur die physische Version des Buches verwenden müssen – üben Sie also auch den Umgang damit.
Im Gegensatz zu Gesetzen ist das Grundgesetz nicht in Paragrafen (§) sondern in Artikel (Art.) unterteilt. Artikel können mehrere Absätze (Abs.) umfassen. Wenn Sie auf eine Stelle im Grundgesetz Bezug nehmen wollen, dann schreiben Sie z. B.: **Art. 1 Abs. 1 GG**
Die folgenden Schritte können Ihnen dabei helfen, sich besser im Grundgesetz zurecht zu finden.

1 Analyse des Gegenstands des Artikels

Beachten Sie, dass die Artikel des Grundgesetzes in verschiedene Abschnitte eingeteilt sind. So finden sich z. B. in Abschnitt I die Grundrechte (Art. 1 bis Art. 19) und in Abschnitt IV die Artikel zum Bundesrat (Art. 50 bis Art. 53).
Sollten Sie eine kommentierte Fassung, wie z. B. die Grundgesetz-App der bpb nutzen, so finden Sie bei den einzelnen Artikeln passende Schlüsselbegriffe.

▼

2 Klärung unbekannter Begriffe

Notieren Sie sich zunächst unbekannte Begriffe und versuchen Sie diese mithilfe des Kontexts, eines Rechtslexikons oder des Internets zu klären.

▼

3 Erschließung des Textinhalts

Beispiel aus dem Grundgesetz Art. 1 Abs. 1:
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Erschließen Sie sich den Text durch die Anwendung verschiedener W-Fragen, z. B.:
WAS ist der Inhalt, welche Rechte werden festgelegt? → Im Beispiel: Die Würde des Menschen
WIE werden diese Rechte eingeschränkt? → Im Beispiel: Gar nicht, die Würde des Menschen ist unantastbar.
WELCHE Pflichten werden auferlegt? → Im Beispiel: Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung […].
WER hat diese Pflicht? → Im Beispiel: [die] staatlich[e] Gewalt

Grundgesetz-App der Bundeszentrale für politische Bildung

71910-09

Bearbeiterin

METHODENGLOSSAR

Die Qualität von Web-Auftritten beurteilen

Wie lässt sich die Vertrauenswürdigkeit einer Quelle beurteilen und vermeiden wir es, ungewollt einem Verschwörungsmythos aufzusitzen, der sich mit etwas digitalem Glanz als seriöse wissenschaftliche Quelle tarnt? Absolute Gewissheit ist nicht immer zu erlangen. Dennoch gibt es einige Hinweise, an denen sich Medienkonsumierende orientieren können.

1 Das Impressum ermitteln

Die in Deutschland gültige Impressumspflicht verlangt, dass auf jeder Website eine Adresse, ein Klarname und eine Kontaktmöglichkeit angegeben sein muss. Damit steht fest, wer z. B. im Beschwerdefall als juristische Person im Sinne des Presserechts angesprochen werden kann. Internetseiten ohne Impressum oder mit vagen Angaben (z. B. einem Pseudonym statt des Klarnamens) sind daher mit Vorsicht zu genießen. Ist ein Klarname vorhanden, kann es sich lohnen, ihn in die Suchmaschine einzugeben, um mehr über die zugehörige Person zu erfahren. Gehört sie u. U. einer Gruppe oder einer Partei an, die einseitige Interessenpolitik betreibt?

2 Die Professionalität der Verfasserin bzw. des Verfassers überprüfen

Hat die Verfasserin bzw. der Verfasser bereits Beiträge in einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht, könnte das ein Qualitätskriterium sein. Anerkannte wissenschaftliche Organe unterziehen sich meist einem so genannten PeerReview-Verfahren, d. h. ihre Beiträge werden vor der Publikation von unabhängigen Expertinnen oder Experten auf ihre wissenschaftliche Stichhaltigkeit überprüft.

3 Den Inhalt der Studie kritisch hinterfragen

Seriöses wissenschaftliches Arbeiten erfolgt nach drei anerkannten Gütekriterien. Sind die Ergebnisse glaubwürdig (Validität)? Ist davon auszugehen, dass eine Wiederholung der Untersuchung zu gleichen oder zumindest ähnlichen Ergebnissen führen würde (Reliabilität)? Sind persönliche Einflüsse weitestgehend ausgeschlossen (Objektivität)? Um diese Gütekriterien überprüfen zu können, müssen die Arbeitsschritte transparent gemacht werden, z. B. durch die genaue Darstellung der Datengrundlage, der angewandten Methoden oder die Angabe der verwendeten Literatur

4 Den Sprachstil analysieren

Ein relativ verlässlicher Indikator ist schließlich der Blick auf die sprachliche Darstellung. Ist der Stil sachlich oder emotional aufgeladen und tendenziös? Ist die Ausdrucksweise fachsprachlich fundiert oder tauchen gehäuft medienwirksame oder umgangssprachliche Schlagwörter auf? Werden die Ergebnisse als „unumstößliche Wahrheiten“ ausgegeben oder zurückhaltend mit allen etwa noch vorhandenen Unsicherheiten dargestellt? Und nicht zuletzt: Ist die Rechtschreibung korrekt?

Bearbeiter

Eine Concept Map erstellen

Mit einer Concept Map können Sie Ideen und Aspekte zu einem Thema gut gegliedert und übersichtlich in einem Netzwerk darstellen. Einzelne Begriffe, die zum Thema gehören, werden durch Linien oder Pfeile verbunden. Auf die Linien und Pfeile werden Kommentare und Hinweise geschrieben, die anzeigen, wie die Begriffe zusammengehören.

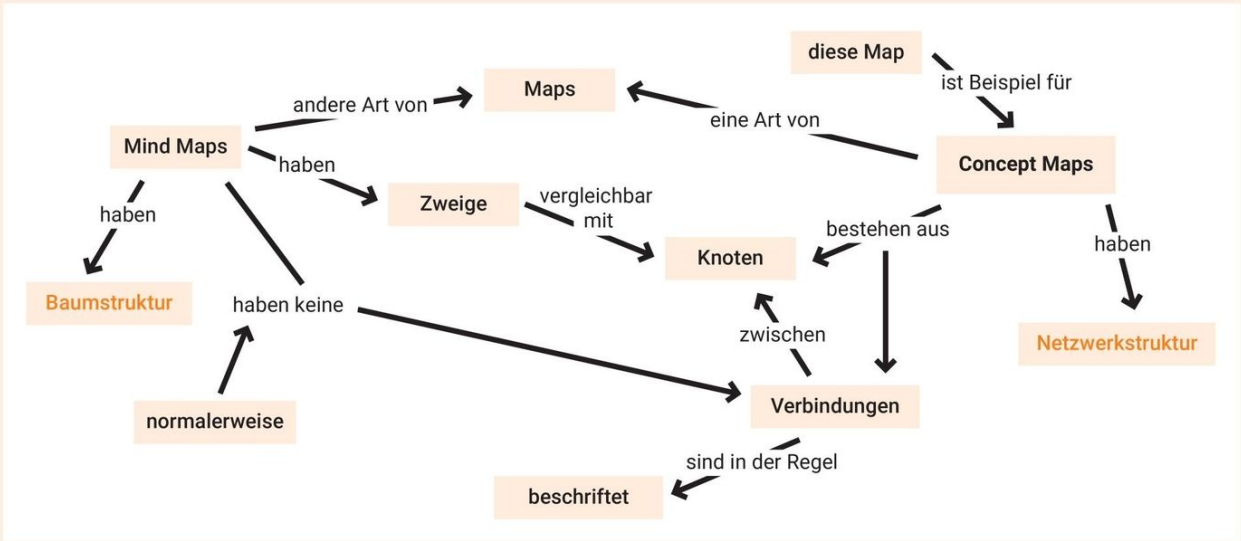
1 Text oder Material bearbeiten und das Thema bestimmen

1. Lesen Sie den Text(-teil) oder das Material, zu dem Sie eine Concept Map erstellen wollen.
2. Notieren Sie die wichtigsten Begriffe.
3. Formulieren Sie das oder die zentrale Frage: Was soll die Concept Map beantworten?

2 Die Concept Map erstellen

1. Schreiben Sie das Thema in den oberen Teil eines Blattes Papier.
2. Verteilen Sie die Begriffe auf dem Papier.
3. Stellen Sie sich die Frage, wie die Begriffe zusammenhängen und verbinden Sie sie mit Pfeilen und/oder Linien.
4. Beschriften Sie die Pfeile/Linien.

Eine Concept Map könnte wie folgt aussehen:



Bearbeiter

METHODENGLOSSAR

Eine Talkshow durchführen

Die Durchführung einer Talkshow in der Lerngruppe bietet Ihnen nicht nur die Möglichkeit sich näher mit den Argumenten gegensätzlicher Positionen auseinanderzusetzen, sondern ermöglicht Ihnen auch das Training Ihrer eigenen rhetorischen Fähigkeiten.
Die Durchführung einer Talkshow ist eine große Herausforderung, welche jedoch für alle Beteiligten extrem gewinnbringend und spaßig sein kann. Die folgenden Punkte können Ihnen bei der Organisation und Durchführung der Talkshow helfen. Vergessen Sie jedoch nie, dass Sie alle in den Talkshows nur Rollen einnehmen. Vergessen Sie nicht: Sie spielen alle nur eine Rolle, ein Streit oder eine heftige Diskussion in der Talkshow sollte nie Auswirkungen auf die zwischenmenschliche Ebene außerhalb der Talkshow haben.

1 Vorbereitung der Talkshow

- **Gäste:** Versetzen Sie sich in die Rolle des jeweiligen Talkshowgastes und bereiten Sie mit Ihrem Team Ihr Auftreten in der Show vor.
- **Moderatoren:** Bereiten Sie sich mit Ihrem Team gemäß der Anleitung oder mithilfe der Materialien auf die Moderation der Talkshow vor.

▼

2.1 Durchführung der Talkshow

- **Anmoderation:** Nach dem Vorspann begrüßt das Moderationsteam die Zuschauenden und nennt die Streitfragte der Sendung.
- **Vorstellung der Gäste:** Das Moderationsteam stellt abwechselnd die Gäste kurz und prägnant vor.
- **Statements der Gäste:** Alle Gäste äußern ihre Position auf Aufforderung des Moderationsteams (max. eine Minute pro Gast)
- **Diskussion:** Die Gäste diskutieren miteinander, wobei die Moderierenden die Diskussion strukturieren (Themenblöcke), Beiträge – z. B. durch Provokation oder direkte Aufforderungen – anregen und Zwischenfazits ziehen.
- **Einspieler:** An geeigneter Stelle kann in der Diskussion fakultativ ein kurzer Filmbeitrag gezeigt werden, in dem z. B. Betroffene zu Wort kommen (max. drei Minuten). Die Auswahl und Vorbereitung des Einspielers würde in das Aufgabengebiet des Moderationsteams fallen.
- **Fazit:** Am Ende der Sendung erhalten noch einmal alle Gäste die Gelegenheit zu einem sehr kurzen Schluss-Statement (ca. 30 Sekunden pro Gast). Die Moderierenden schließen mit einem kurzen inhaltlichen Fazit je nach Gesprächsverlauf.
- **Abmoderation:** Das Moderationsteams bedankt sich bei den Gästen, gibt einen Ausblick auf das Thema der kommenden Woche und verabschiedet sich von den Zuschauenden.

▼

2.2 Die Moderation des Talks

Das Moderationsteam gilt als das am besten vorbereitete Team im deutschen Fernsehen. In der Talkshow sind sie stets wertschätzend und auch dezent humorvoll, ohne sich aber mit Floskeln oder allgemeinen Aussagen zufriedenzugeben. Unterstützt werden die Moderierenden in der Vorbereitung von ihrem kleinen, professionellen Team. Dabei gehen Sie und ihre Mitarbeitenden folgendermaßen vor:

- Sie recherchieren die Positionen und die (voraussichtlichen) Argumente der Gäste.
- Sie ordnen die Argumente nach inhaltlichen Kriterien: Welche Argumente lassen sich sinnvoll aufeinander beziehen? Welche nicht?
- Sie strukturieren das Gespräch vor (Themenblöcke). Dabei lassen Sie sich aber auch die Freiheit, von der Struktur abweichen zu können, wenn das Gespräch kontrovers und argumentativ geführt wird.
- Sie bereiten provokante Impulse vor für den Fall, dass das Gespräch „einzuschlafen" droht, ein Gast „verstummt" oder einseitig in eine Ecke gedrängt wird. Unsachgemäße verbale Angriffe auf Gäste unterbinden Sie.
- Sie bereiten die Kurzvorstellung jedes Gastes vor: Name, Funktion/Tätigkeit, Position in einem knappen, sehr prägnanten Satz (ggf. vorher geäußertes Zitat des Gastes)
- Sie bereiten ein mögliches Fazit (dabei behalten Sie sich aber ein erhebliches Maß inhaltlicher Offenheit vor) und eine Verabschiedung der Gäste vor.
- Sie bestimmen die Sitzordnung der Gäste (möglichst gegensätzliche Positionen sollten einander gegenübersitzen).

3 Nach der Talkshow

- Reflektieren Sie die Rollenübernahme: An welchen Stellen ist sie wirklichkeitsnah gelungen? An welchen Stellen ist sie schwergefallen?
- Schätzen Sie die Überzeugungskraft der Gäste ein: Wer hat am meisten überzeugt? Entstammte die Überzeugungskraft eher den inhaltlichen Argumenten oder ehe dem verbalten Auftreten und der sonstigen Wirkung des Gastes?
- Reflektieren Sie Struktur und das Moderationsverhalten: Inwieweit ist es gelungen, die Diskussion zu ordnen und die Gesprächsanteile sinnvoll zu verteilen? Welchen Beitrag konnten die Moderierenden dazu leisten, die Diskussion – kontrovers, aber sachlich – in Gang zu halten und alle Gäste einzubeziehen.

Bearbeiter

Lexikon Politik und Gesellschaft

A

Abgeordnete
Die gewählten Mitglieder eines Parlaments.

B

Bilateral
Eine Handlung, Vereinbarung oder Beziehung, die zwischen zwei Parteien stattfindet. Der Begriff wird oft in politischem, wirtschaftlichem oder diplomatischem Kontext verwendet, um auf gegenseitige Interaktionen und Verhandlungen hinzuweisen. Bilaterale Abkommen oder Verträge betreffen ausschließlich die beteiligten Parteien und nicht eine größere Gruppe oder Gemeinschaft.

Bürgerinitiative
Lockerer, zeitlich befristeter Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die wegen eines bestimmten Anliegens Einfluss auf die Politik nehmen möchten

Bürgerbegehren/Bürgerentscheide
Da Gebietskörperschaften wie Kommunen und Landkreise keine Gesetzgebungskompetenz haben, werden die direktdemokratischen Instrumente dort als Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bezeichnet.

Bund (Bundesstaat)
Der Zusammenschluss mehrerer Länder zu einem Gesamtstaat, zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland mit allen Bundesländern.

Bundeskanzler/in
Der Chef oder die Chefin der Bundesregierung. Er oder sie bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt die Verantwortung dafür. Er oder Sie wird vom Bundestag gewählt.

Bundespräsident/in
Das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik. Er oder sie repräsentiert Deutschland nach außen. Außerdem gehören zu den Aufgaben die Ernennung und Entlassung der höchsten Staatsbeamten und die Unterzeichnung der vom Bundestag verabschiedeten Gesetze

Bundesrat
Der Bundesrat ist ein Teil der Legislative. Über ihn wirken die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mit. Der Bundesrat muss bei Gesetzen, die Länderinteressen berühren oder die Verfassung ändern, zustimmen, damit diese in Kraft treten können. Bei anderen Gesetzen kann er Einspruch erheben, der aber vom Bundestag überstimmt werden kann.

Bundesverfassungsgericht
Höchstes deutsches Gericht mit Sitz in Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht wacht darüber, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte in Deutschland das Grundgesetz einhalten. Alle Bürgerinnen und Bürger können eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einreichen

C

Cyberübergriffe
Mittels modernster Technologie können verschiedene (staatliche) Akteure heimlich auf digitale Endgeräte zugreifen und deren Daten ausspionieren. Neben der Bekämpfung terroristischer Aktivitäten wird diese Technologie auch gegen Journalistinnen und Journalisten eingesetzt, die mit ihren Recherchen auf Probleme in Staat und Gesellschaft aufmerksam machen wollen. Dies geschieht häufig, aber nicht ausschließlich, in autokratischen Staaten.

D

Demografischer Wandel
Allgemein der Wandel der Bevölkerungsstruktur einer Gesellschaft hinsichtlich der Bevölkerungsgröße, der Altersstruktur o. ä.; in Deutschland und anderen Gesellschaften der nördlichen Hemisphäre wird als „demographischer Wandel" angesichts der gegenwärtigen Tendenzen die Alterung der Gesellschaft in Folge einer höheren Lebenserwartung bei gleichzeitigem Geburtenrückgang verstanden.

Demokratie
Das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet Herrschaft des Volkes. Die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an allen Abstimmungen kann nur in sehr kleinen Staatsgesellschaften verwirklicht werden (direkte Demokratie). Wo dies nicht möglich ist, wählt das Volk Vertreter (Repräsentanten), die für das Volk handeln (repräsentative Demokratie).

Digitalisierung
Fortschreitender Wandlungsprozess, in dessen Verlauf immer mehr Prozesse von Wirtschaft (z. B. Zahlungsverkehr, Produktionsüberwachung, Logistik) und Gesellschaft (z. B. Alltagskommunikation, Konsum) auf digitalen Technologien beruhen, die die vorherige analoge Vorgehensweise ablösen.

E

Echokammer
Echokammern können eine direkte Folge von Filterblasen sein. Bestehende Meinungen und Haltungen werden stetig reproduziert und verstärkt, da zunehmend ähnliche und sich ergänzende Inhalte konsumiert werden und sich widersprechende Inhalte kaum oder nur wenig auftreten.

Europäische Union
Die Gemeinschaft von heute (2023) mit 27 europäischen Staaten wurde 1957 als Wirtschaftsbündnis gegründet. Neben der gemeinsamen Politik in allen wirtschaftlichen Bereichen wurde im Vertrag von Maastricht (1992) auch eine Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Justiz- und Innenpolitik beschlossen.

F

Filterblase
Das Konzept der Filterblase bedeutet, dass Intermediäre (siehe Kapitel 2.2) den Nutzerinnen und Nutzern aufgrund von Personalisierungsmechanismen eine Vorauswahl von Inhalten und Informationen anbieten, die das Weltbild der Nutzerinnen und Nutzer vermutlich bestätigen. Es handelt sich also um ein Zusammenspiel von Intermediären und Empfehlungsalgorithmen, das in der Regel ohne Wissen der Nutzerinnen und Nutzer abläuft und ihnen eine eher eindimensionale Realität „vorspielt".

Freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO oder fdGO)
Gemeint sind damit die wichtigsten und unabänderlichen Grundsätze der Demokratie in Deutschland. Dazu gehören u. a. die Menschenrechte (allen voran Art. 1 GG) und die demokratischen Prinzipien.

Föderalismus
Gliederung eines Staates in Gliedstaaten (in der Bundesrepublik Deutschland die Länder des Bundes) mit eigener Verfassung, Regierung und Parlament. Bezeichnet auch das Bestreben, die Rechte der Gliedstaaten zu wahren. In der Bundesrepublik ist damit auch die Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung auf Bundesebene gemeint.

G

Generationenkonflikt
Damit sind Spannungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Altersgruppen innerhalb einer Gesellschaft gemeint. Unterschiedliche Werte, Einstellungen, Lebenserfahrungen und Interessen können insbesondere in Bezug auf politische, soziale und kulturelle Fragen zu Konflikten führen.

Gesellschaft
Eine Gesellschaft bezeichnet einen relativ dauerhaften Verbund von Gemeinschaften/Gruppen, die innerhalb einer politischen und wirtschaftlichen Ordnung leben und gemeinsame Normen und Werte teilen.

Gewaltenteilung
Verteilung der drei Gewalten Gesetzgebung (Legislative), Verwaltung (Exekutive) und Gerichtsbarkeit (Judikative) auf verschiedene, voneinander unabhängige Staatsorgane. In der Regel sind dies Parlament, Regierung und Verwaltung und eine unabhängige Richterschaft. In der Bundesrepublik Deutschland ist die klassische

Gewaltenteilung teilweise durchbrochen (Gewaltenverschränkung). Ziel der Gewaltenteilung ist die gegenseitige Kontrolle der Gewalten und somit der Schutz vor Machtmissbrauch.

Globalisierung
Prozess der weltweiten Verflechtung der überwiegenden Zahl der Staaten auf verschiedenen Ebenen: wirtschaftlich u. a. durch Unternehmensinternationalisierung, politisch u. a. durch Abgabe von Souveränität an trans- oder supranationale Institutionen und internationale Regelungssysteme, kulturell z. B. durch die (mediale) Verbreitung einheitlicher Kulturgüter und gesellschaftlich z. B. durch Tourismus, Migration und weltweite Kommunikation. Historisch gesehen setzte ökonomische und politische Globalisierung bereits im 16. Jahrhundert ein (u. a. europäischer Kolonialismus). Unsere jetzige Vorstellung von Globalisierung wurde etwa in den 1960er Jahren begründet und gewann spätestens in den 1980ern stark an Dynamik.

Grundgesetz
Die Verfassung der Bundesrepublik; sie regelt den Aufbau, die Aufgaben und das Zusammenspiel der Staatsorgane. Im Grundgesetz werden auch die Grundrechte garantiert.

Grundrechte
In der Verfassung garantierte Rechte, die für jedem und jeder Einzelnen gewährleistet werden, wie zum Beispiel die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Menschenwürde

I

Ideologie
„Lehre von den Ideen" (griech.); Konzept von Meinungen und Haltungen, die zusammen eine Art Weltanschauung bilden. Dabei werden Grundeinstellungen und Werte definiert, von denen kaum abgewichen wird. Im Extremfall kann eine Ideologie ein Religionsersatz werden. Der Begriff wird meist negativ oder neutral verwendet.

K

Klimawandel
Mit dem Begriff Klimawandel bezeichnen wir heute meist die von natürlichen Schwankungen unabhängige Erderwärmung. Sie hat schwerwiegende Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen: Teile der Erde werden zu Wüsten, die Gefahr von Hurrikanen und Sturmfluten steigt, Tierarten werden aussterben.

M

Massenmedien
Sammelbezeichnung für Presse, Rundfunk, Fernsehen und Internet. Allgemein Kommunikationsmittel, mit denen Informationen durch Schrift, Ton oder Bild einseitig an ein sehr breites Publikum übermittelt werden können.

Menschenrechte
Persönlichen Rechte, die jedem Menschen von Geburt an zustehen, z. B. das Recht auf Meinungsfreiheit. Alle Menschen besitzen diese Menschenrechte und diese können nicht (auch nicht freiwillig) aufgegeben werden. Menschenrechte sind somit universell und unveräußerlich.

Mikrozensus
jährliche repräsentative Haushaltsbefragung in Deutschland seit 1957 zu Lebensbedingungen und Bevölkerungsstruktur. Die Stichprobe der Befragten umfasst ca. 1 % der Bevölkerung (370.000 Haushalte mit 830.000 Personen)

Multilateral
Multilateral bezieht sich auf Handlungen, Vereinbarungen oder Beziehungen, die zwischen mehr als zwei Parteien stattfinden. Dieser Begriff wird häufig im politischen, wirtschaftlichen oder diplomatischen Kontext verwendet, um auf Zusammenarbeit und Interaktionen innerhalb einer größeren Gruppe oder Gemeinschaft hinzuweisen. Multilaterale Abkommen oder Verträge können eine Vielzahl von Interessen und Perspektiven berücksichtigen.

N

Nachhaltigkeit
Der Begriff bedeutet, dass man nicht mehr von einem Rohstoff (der Natur) verbrauchen soll, als nachwachsen kann. In Bezug auf die Umwelt heißt das, dass man den Ausgangszustand für die folgenden Generationen bewahren soll und die Umwelt nicht durch Abgase und Müll irreparabel schädigen darf.

P

Pictorial Turn
Dabei handelt es sich um einen grundsätzlichen Wandel in der Medien- und Nachrichtenlandschaft, in dem Worte und Nachrichten zunehmend durch Bilder und ihre Botschaften ersetzt werden.

Plebiszitäre Elemente
Es handelt sich um die Einbeziehung direkter demokratischer Instrumente in politische Entscheidungsprozesse. Durch (z. B.) Volksabstimmungen und Bürgerbefragungen erhalten die Bürgerinnen und Bürger direkten Einfluss auf politische Angelegenheiten.

Politik
Politik bedeutet die allgemeinverbindliche oder auf Allgemeinverbindlichkeit zielende Problemlösung oder Gestaltung des Gemeinwesens. Unterschieden werden drei Dimensionen der Politik: policy (Inhalte), polity (Rahmen / Strukturen), politics (Prozesse).

Populismus
Bei Populismus handelt es sich um eine Art Politik, die durch vermeintliche Volksnähe die Ängste, Emotionen und Vorurteile der Bevölkerung nutzt, um eigene Interessen und Ziele zu verwirklichen. Dabei werden oft (zu) einfache und klare Lösungen für komplexe politische Probleme angeboten. Populistinnen und Populisten behaupten zudem oft, für das gesamte Volk zu sprechen und dessen Willen gegenüber einer vermeintlichen „Elite“ zu vertreten.

Pressefreiheit
Garantie für die freie Berichterstattung und Veröffentlichung von Informationen und Meinungen. Sie ist im deutschen Grundgesetz festgeschrieben (Art. 5 GG) und gilt als Grundlage der Demokratie, da sich die Bürger nur mithilfe der Informationen an politischen Entscheidungen beteiligen können.

R

Rechtsstaat
In einem Rechtsstaat sind die staatlichen Gewalten durch klare Gesetze begrenzt, die von unabhängigen Gerichten ausgelegt und angewendet werden. Der Rechtsstaat garantiert den Schutz der individuellen Rechte und Freiheiten, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Eigentumsrechte und das Recht auf ein faires Verfahren. Die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative stellt sicher, dass keine einzelne Instanz übermäßige Macht ausübt. Der Rechtsstaat ist ein zentrales Prinzip moderner Demokratien und gewährleistet die Rechtssicherheit und Gleichbehandlung aller Bürger.

Regionenkonflikt
Damit sind Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen verschiedenen geografischen Regionen innerhalb eines Landes gemeint. Solche Konflikte können auf ethnischen, religiösen, politischen oder wirtschaftlichen Unterschieden basieren, im bundesdeutschen Kontext z. B. die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern.

S

Streitbare/wehrhafte Demokratie
Begriff für eine Demokratie, die Mittel bereithält, um gegen Feinde der Demokratie vorzugehen. Sie nutzt rechtsstaatliche Mittel, um ihre eigenen Werte, Prinzipien und Institutionen zu schützen. In Deutschland gehören dazu Maßnahmen wie das Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen

oder die Einschränkung bestimmter Freiheiten, um die freiheitliche demokratische Ordnung zu bewahren.

V

Vereinte Nationen (VN / UNO)
Nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeter zwischenstaatlicher Zusammenschluss und eine globale internationale Organisation mit 193 Mitgliedstaaten (Stand: 2022) zur Wahrung des Weltfriedens, Sicherung der Menschenrechte und Förderung der internationalen Zusammenarbeit. UNO steht im englischen für „United Nations Organization", zu Deutsch: Vereinte Nationen oder auch Organisation der Vereinten Nationen

Verschwörungsmythos
Dieser Begriff hat in den letzten Jahren den Begriff Verschwörungstheorie ersetzt, da diese nicht die Ansprüche einer wissenschaftlichen Theorie erfüllen können und wollen. Es handelt sich dabei um falsche oder übertriebe Erzählungen, die z. B. behaupten, dass eine im Geheimen agierende Gruppe von Akteurinnen und Akteuren bestimmte Ereignisse oder Phänomene kontrolliert.

Volksbegehren/Volksentscheide
Volksbegehren und Volksentscheide sind Instrumente der direkten Demokratie, bei denen die Bürger eines Landes oder einer Region über politische Fragen oder Gesetzesvorhaben abstimmen können. Volksbegehren sind somit eine Vorstufe zu einem Volksentscheid. Sie ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern eine bestimmte Anzahl von Unterschriften für ein Anliegen zu sammeln und somit einen Gesetzesvorschlag in den Landtag einzubringen. Wird dieser nicht angenommen, kommt es zu einem Volksentscheid, welcher die tatsächlich Abstimmung über das Anliegen ermöglicht.

Z

Zentralistische Ordnung
Eine zentralistische Ordnung bezieht sich auf ein politisches oder organisatorisches System, bei dem die Entscheidungsgewalt und Kontrolle auf eine zentrale Autorität konzentriert sind. Hierbei werden Entscheidungen und Ressourcen von der zentralen Regierung oder Institution auf niedrigere Ebenen delegiert. Dieser Ansatz kann Effizienz fördern, aber auch zu einem Mangel an regionaler Autonomie führen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung
(engl. Sustainable Development Goals, SDGs) Politische Zielsetzung der Vereinten Nationen, die weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung dienen soll. Die insgesamt 17 Ziele beziehen sich auf die ökonomische, die soziale sowie die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit. Sie richten sich an die Regierungen weltweit, aber auch an die Zivilgesellschaft, die Privatwirtschaft und die Wissenschaft.

Register

Zur Benutzung des Registers: Fett gedruckte Begriffe und Seitenzahlen weisen auf die Erläuterung der Begriffe auf den „Wissen Kompakt"-Seiten hin.

A

Agenda 2030 222, 232
Agenda-Setting 55
Al Jaber, Sultan Ahmed 211
Algorithmen 66 f., 81, 85, 97
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz 119 ff.
Altersaufbau 11, 18
Alternde Gesellschaft 34 f.
Altersgerechte Umgestaltung der Kommunen 34
Altersvorsorge, Betriebliche 38, 42
Amadeu Antonio Stiftung 156
Analoge und digitale Medien 66
Artenvielfalt 177 ff., 186
Ausgrenzung 109, 115 ff., **123 f.**
Aussteigerprogramme 158 ff.

B

Babyboomer 11
Bayerischer Landtag 180
Bevölkerungsstruktur 10 ff.
Bevölkerungsentwicklung 10 ff., 18, 20 ff., 28 ff.
Bevölkerungspyramide 11
Bevölkerungsrückgang 26, 32f.
Biden, Joe 93, 212
BIGE 158
Bilateral 217
Bildungshoheit der Länder 167, **175**
Bildungspolitik 167, 170
Bildungssystem 163, 169
Binnenmigration 13, 242
Biokapazität 204
Bipolar 217
Bundesstaatlichkeit 166, **175 f.**
Bundestagswahl 68, 181
Bundesverfassungsgericht 55, 109 f., 114, 138 f.
Bürgerbegehren und Bürgerentscheid 189, **194**
Bürgerinitiative 194
Bürgermeisterin / Bürgermeister 31 f., 187 ff., 194 ff.

C

Citizenship Education 152, 160
Counterspeech 100
COVID-19 81, 87, 172, 203

D

DDR 21
Deglobalisierung 239
Delegitimierung des Staates 91, 144
Demografie 18
Demografischer Wandel 18
Demografischer Wandel, Kosten des
Demokratie, direkte 177, **185**
Demokratie, repräsentative 185
Demokratiefördergesetz 155 f.
Demokratiestärkung 155 f.
Deutscher Presserat 51
Digitale Partizipation 84
Digitalisierung 79 f.

Digitalpakt Schule 176 f.
Diskriminierung 81, 109, 115, 118, 120 ff., 214
Dritte Welt 224

E

Einstellungen, rechtsextreme 139
Elterngeld 23, 27
Elternzeit 23, 116
Engagement, zivilgesellschaftliches 95, **100**, 147, 154
Europäische Union 70, 101
Ewigkeitsklausel 113
Extremismus, politischer 137, 149

F

Fachkräftemangel 29, **34**
Fertilitätsrate 21
Fleischkonsum 238 f., 243
Föderalismus 166 ff., 172, 176
Föderalismusreform 167, **175**
Framing 50, 55, 133 f., 136
Freiheitliche demokratische Grundordnung 55, 111, 137 ff., 149
Fundamentalismus, Islamischer 149

G

G7-Gipfel 72
Gatekeeper 60 f., **66**, 99
Geburtenrate / Geburtenziffer 11, 19, 21, 26 f., 28, 40
Gegenrede 96, 100
Gemeinwohlverpflichtung 185
Generationen 25, 34, 38, 110, 114, 209
Generationenkonflikt 34 f.
Generationenvertrag 34 f., 37
Geschlechterverhältnis 20, **26**
Gesellschaft 18
Gesundheitsausgaben 17, 28
Gesundheitssystem 19, 28, 35, 174
Gewaltenteilung 55, 108, 176, 195
Gleichberechtigung 115 ff., 119, 143
Globaler Süden 224
Globalisierung, Auswirkungen der 200 ff.
Globalisierung, Befürwortung der 242
Globalisierung, Gegenbewegungen zur 233 ff.
Globalisierung, Kulturelle Dimension der 208
Globalisierung, Ökologische Dimension der 206 f., **208**
Globalisierung, Ökonomische Dimension der 208
Globalisierung, Soziale Dimension der 202, **208**
Globalisierungskritik 240, **242**
Grundgesetz 55, 95, 98 f., 109 f., 112 f., 126, 142 f., 168, 176, 181 f., 186
Grundsicherung 36, 38, 42

H

Halle, Anschlag in 51, 89, 140
Hanau, Anschlag in 94, 140
Hasspostings, Konsequenzen von 94
Hasspostings, Staatliche Maßnahmen gegen 100
Hatespeech / Hassrede 81, **84**, 101

I

Info-/Politainment 76
Informationsmedium 58
Inklusion 125, 163
Internet-Blockaden 80, 84
Investigativer Journalismus 55

K

Kanada 44 f.
Klimahysterie 198
Klimaschutz 110, 114, 120, 198, 210 f.,
Klimawandel 32 f., 35, 81, 157, 198, 206 f., 211 ff., 237, 240 f., **242**
Kommunale Ebene 187 ff., **194**
Kommunalwahlen 191, **194**
Krankheitskosten 29
Kultur, politische 114, 131
Kulturelle Aneignung 121 f.

L

Ländlicher Raum 15
Lebensbedingungen 202, 209, 218
Lebensentwürfe 10, 20 ff.
Lebensformen 22 ff., **26**
Linksextremismus 143, **149**, 158
Linkspopulismus 129, **135**
Lübcke, Walter 51, 94, 137, 140

M

Mantelredaktion 66
Mediatisierung/Medialisierung 59, 70, **76**
Medien, Funktionen der 49
Medien, Glaubwürdigkeit der 58
Medien, Soziale 59 ff., 67, 71, 80, 81, 85
Medienintermediäre 61, 67
Medienkonzentration 63, **66 f.**
Medienlandschaft 57 ff.
Mehrgenerationenhäuser 30, 34
Mehrheitsprinzip 135
Mehrkindfamilie 22
Meinungs- und Pressefreiheit 46, 49, 53, **55 f.**
Menschenfeindlichkeit, Gruppenbezogene 147, **149 ff.**
Menschenrechte 109, 142, 149, 154, 214 f., 217, 220, 223
Menschenwürde 108, 113, 138, 161
Migration 11 ff., 36, 39 ff., 129, 133, 234, **242**
Migrationshintergrund 13, 19, 40, 94
Mikrozensus 22
Minderheitenschutz 108, **135**, 152 ff.
Motivationen für extremistisches Verhalten 160
Multilateral 217
Multipolar 217

N

Nachhaltige Mode 205
NetzDG 96 ff.
NGO 215, **217**

O

Ocasio-Cortez, Alexandria 213 f.
Ökologischer Fußabdruck 204
Online-Petitionen 79, 84
Oxfam 215

P

Pegasus Projekt 52 f., 107
Personalisierung 59, 70, **76**
Pfandflaschen 152
Pflegebedürftige 28
Pflegenotstand 28
Pillenknick 11
Politikvermittlung 68 ff.
Politische Mitwirkungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene 194
Politischer Aktivismus 79
Populismus 82, 95, 126 ff., 135 f.
Pressefreiheit, Grenzen der 55
Protestkultur 121

Q

Querdenken-Initiative 91

R

Racial Profiling 111
Radbruch, Gustav 109
Radbruch'sche Formel 109
Radikalisierung 81 ff., 136, 140 f., 157 f.
Radikalisierung, gesamtgesellschaftliche 101
Rechtsextremismus 138, 142, **149**, 151, 154, 156
Rechtsklarheit 108
Rechtspopulismus 127, 129 f.
Rechtsschutz 108
Rechtssicherheit 108, 1137
Rechtsstaatlichkeit 113
Rechtsstaatlichkeit, Index der 104
Rechtsstaatsprinzip, Formales 109
Rechtsstaatsprinzip, Materielles 109
Regionenkonflikt 34
Reichsbürger 137, 144, 150, 156
Rentenreform 38, 42
Rentenversicherung 37 ff., **42 f.**
Rentenversicherung, Finanzierung der 42
Riesterrente 39, 42
Risikofaktoren für extremistisches Verhalten 160

S

Sachverständigenrat 38
Salafismus 143, 149, 157
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage 115, 153, 159 f.
Scraping 97 f.
Selbstinszenierung 69, **76**
Silencing 81, **84**
Solidarprinzip 34, 43
Sozialisation, politische 60, 67
Sozialstruktur 12, **18**
Stadtbevölkerung 14 f.
Stammtische 31 f.
Sterbefälle 19, 21
Suezkanal 200 f., 209

T

Talkshows 74, 77, 252
Targeted Ads 98, 100
Technokratie 168
Teilhabe 82, 115 ff., 123, 152, 154 f.
Terrorismus 52, 101, 140, 150, 158 f., 226

U

Ukraine 91, 122, 156, 223, 239, 244 f.
Umlageverfahren 34
Unilateral 217
UNO 218 ff.
Urbaner Raum 15

V

Vegetarier 237 f.
Verhältnismäßigkeit 108
Vereinte Nationen 219 ff.
Vereinte Nationen, Generalversammlung der 221
Vereinte Nationen, Grundsätze der 220
Vereinte Nationen, Hauptorgane der 231
Vereinte Nationen, Macht der 231
Vereinte Nationen, Programme und Fonds der 221
Vereinte Nationen, Sicherheitsrat der 222
Verschwörungsmythen 86 ff., **91 f.**, 144, 151
Verschwörungstheorie 91
Vestager, Margarethe 97
Vierte Gewalt 54
Volksbegehren 177 ff.
Volksbegehren und Volksentscheid 185
Volksgesetzgebung 178, 185
Vollredaktion 66

W

Wehrhafte Demokratie 111
Weltwirtschaftsforum 244 f.
Werte 23, **26**, 50, 70, 114, 150, 160
Wertewandel 20 ff.
Widerstand, Recht zum 112
Windräder 192
Wohlstandseinbußen 31, 34

X

Xi Jinping 212

Z

Zentralismus 168, 170, **175**
Zentralstaat 170, 173
Zivilcourage 95, 101, 125, 160, 161
Ziviler Ungehorsam 112
Zivilgesellschaft 75, 80, 94, 101, 138, 152, 155 f., 161, 215

Bildnachweis

Alamy Stock Photo / AB Historic – S. 72; - / BrazilPhotos, Ricardo Funari – S. 237; - / ZUMA Press, Inc. – S. 177; AlgorithmWatch, CC BY 4.0 – S. 97; Baaske Cartoons / Gerhard Mester – S. 20, 50, 74, 106, 127, 235; - / Burkhard Mohr – 69; - / Thomas Plaßmann – S. 36; Christine Betz, Zapfendorf – S. 192; Wolfgang Borrs – S. 48; Copyright: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – S. 154; Bundeszentrale für politische Bildung – S. 155; -/ 2010, www.bpb.de; Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de – S. 220; Hubert Eberle – S. 188; Getty Images / FilmMagic, Lucianna Faraone Coccia – S. 59; - / Mark Trowbridge – S. 79; Getty Images Plus / iStockphoto, Ryan Fletcher – S. 86; - / iStockphoto, fotokostic – S. 206; - / iStockphoto, Hydromet – S. 10; - / iStockphoto, m-imagephotography – S. 233; - / iStockphoto, photographer – S. 121; - / iStockphoto, Prostock-Studio – S. 82; - / iStockphoto, sqback – S. 86; - / iStockphoto, stsmhn – S. 239; - / iStockphoto, vicvic13 – S. 108; - / iStockphoto, Xantana – S. 10; - / Jupiterimages, The Image Bank – S. 10; Greser & Lenz – S. 193; HateAid gGmbH – S. 95; HUBBE Cartoons / www.hubbe-cartoons.de – S. 162; ichbinhier e.V. – S. 95; imago images / Cinema Publishers Collection – S. 86; - / Christian Ohde – S. 80; - / POP-EYE – S. 48; - / ZUMA Wire, Sachelle Babbar – S. 196; Jürgen Janson, Landau – S. 210; © Mike Keefe, InToon.com – S. 57; Mauritius Images / Alamy Stock Photo, IanDagnall – S. 93 (6); - / dieKleinert, Leopold Maurer – S. 127; - / SZ Photo Creative, Alessandra Schellnegger – S. 189; picture-alliance / ASSOCIATED PRESS, J. Scott Applewhite – S. 213; - / ASSOCIATED PRESS, Uncredited – S. 200; - / Ken Cedeno, Pool via CNP – S. 213; - / dieKLEINERT, Kostas Koufogiorgos – S. 127; - / dpa – S. 109; - / dpa, Matthias Balk – S. 177, 179; - / dpa, David Ebener – S. 152; - / dpa, Axel Heimken – S. 187; - / dpa, Daniel Karmann – S. 187; - / dpa, Peter Kneffel – S. 40, 187; - / dpa, Carsten Koall – S. 8; - / dpa, Lino Mirgeler – S. 63; - / dpa, Wulf Pfeiffer – S. 181; - / dpa, Patrick Pleul – S. 145; - / dpa, Bodo Schackow – S. 28; - / dpa, Sina Schuldt – S. 177; - / dpa, Soeren Stache – S. 183; - / dpa Grafik, dpa-infografik GmbH – S. 201; - / dpa-infografik – S. 221; - / EPA, ALI HAIDER – S. 211; - / EPA, OLIVIER HOSLET – S. 53; - / Flashpic, Jens Krick – S. 48; - / Ralph Goldmann – S. 164; - / imageBROKER, Florian Kopp – S. 215; - / Kay Nietfeld – S. 102; - / Newscom, GERMAN FEDERAL GOVERNMENT – S. 72; - / NurPhoto, Olivier Donnars – S. 233; - / photothek, Florian Gaertner – S. 32; - / photothek, Janine Schmitz – Cover; - / picturedesk.com, Franz Neumayr – S. 187; - / Wolfram Steinberg – S. 152; - / SZ Photo, Sebastian Gabriel – S. 79; - / SZ Photo, Leonard Simon – S. 8; - / ZB, Sascha Steinach – S. 115; - / ZUMAPRESS.com, Sachelle Babbar – S. 86, 130; - / ZUMAPRESS.com, Luiz Roberto Lima – S. 228; © Bernhard Schäfers – S. 23; Oliver Schopf, Wien – S. 127; Shutterstock / Kaliva – S. 212; - / Alexandros Michailidis – S. 97; - / photocosmos1 – S. 44; Statista GmbH, Hamburg – S. 25, 74, 118, 167; STERO / Stefan Roth – S. 244; Klaus Stuttmann, Berlin – S. 172; toonpool.com / Kostas Koufogiorgos – S. 198; - / Schwarwel – S. 54, 224; - / Jan Tomaschoff – S. 112; United Nations – S. 223; Anne Wall – S. 190; www.wikimedia.org / Wilfried Huss – S. 219.

Mediencode

Photo by: Adam Scotti, Photo provided by the Office of the Prime Minister, © His Majesty the King in Right of Canada, 2023. – S. 72.

Erläuterungen zu den Operatoren

Anforderungsbereich I
Operatoren für **Reproduktionsleistungen (Wissen und Kennen)**
Dieser Anforderungsbereich fokussiert sich auf die reine Wiedergabe von bereits vermitteltem Wissen und Kenntnissen bzw. auf das Beschreiben von Sachverhalten aus einem bekannten Gebiet.

Operator	Erklärung
Anforderungsbereich I	
aufzählen **nennen** **wiedergeben**	Kenntnisse (Fachbegriffe, Daten, Fakten, Modelle) und Aussagen in kurzer Form unkommentiert wiedergeben
beschriften	Vorgegebenes (bspw. Modelle) begrifflich präzise, in der Regel mit Fachbegriffen, benennen
beschreiben **darstellen** **skizzieren**	wesentliche Aspekte eines Sachverhaltes wiedergeben
definieren	Erklärung eines Begriffs inhaltlich präzise wiedergeben
sortieren	Elemente in eine sinnvolle Reihenfolge bringen, um beispielsweise einen Ablauf darzustellen

Anforderungsbereich II
Operatoren für **Reorganisations- und Transferleistungen (Anwenden und Übertragen)**
Dieser Anforderungsbereich stellt das selbständige Erklären, Einordnen, Übertragen und Anwenden auf neue Sachverhalte in den Vordergrund. Somit wird die Wissensbasis des Anforderungsbereichs I auf z. B. neue Fragestellungen, Verfahrensweisen, Sachzusammenhänge ausgeweitet.

Operator	Erklärung
Anforderungsbereich II	
analysieren **auswerten** **herausarbeiten**	Materialien (z. B. Textquellen) oder Sachverhalte kriterienorientiert oder aspektgeleitet erschließen, in systematische Zusammenhänge einordnen und Hintergründe und Beziehungen herstellen
belegen	aus vorliegenden Materialien bestimmte Sachverhalte herausfinden, um eine vorgegebene Position oder Aussage zu unterstützen
erklären **erläutern**	Ursachen, Abläufe oder Folgen von Sachverhalten deuten und nachvollziehbar darstellen
interpretieren	Sinnzusammenhänge aus Materialien (z. B. Karikaturen) erschließen und zu einer Aussage kommen
vergleichen	Sachverhalte gegenüberstellen, um Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede herauszufinden
zuordnen	Verbindung zwischen Material oder Aussage und einem bestimmten Beispiel oder Sachverhalt herstellen

Anforderungsbereich III

Operatoren für **Reflexion und Problemlösung (Urteilen und Bewerten)**

Dieser Anforderungsbereich spiegelt das eigentliche Ziel von politischer Bildung wider. Die Schülerinnen und Schüler sollen durch den bewussten und reflektierten Umgang mit neuen Erkenntnissen – insbesondere Problemstellungen – zeigen, dass sie in der Lage sind, zu eigenständigen Begründungen, Folgerungen, Lösungen und Urteilen etc. zu gelangen.

Operator	Erklärung
Anforderungsbereich III	
abwägen diskutieren erörtern	zu einer vorgegebenen Problemstellung die Pro- und/oder Contra-Aspekte begründet ausführen
begründen	einen Sachverhalt reflektiert und argumentativ schlüssig bestätigen/widerlegen
beurteilen bewerten	den Stellenwert von Sachverhalten oder Prozessen in einem Zusammenhang reflektieren, um kriterienorientiert zu einem begründeten Urteil zu gelangen
Stellung beziehen Stellung nehmen	hinsichtlich einer vorgegebenen Problemstellung zu einer persönlichen, begründeten Position gelangen
prüfen überprüfen	Inhalte, Sachverhalte, Vermutungen oder Hypothesen auf der Grundlage eigener Kenntnisse oder mithilfe zusätzlicher Materialien kriterienorientiert untersuchen

Nach: © Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB): Operatorenliste für das Fach Politik und Gesellschaft. In: www.lehrplanplus.bayern.de, 2021.

71911